

### 3. Die schwierige Suche nach dem Konservativen in der Bundesrepublik Deutschland

#### 3.1. Herausgefordert von der liberalen Demokratie. Der Konservatismusbegriff in der frühen Bundesrepublik

Was 1945 in Schutt und Trümmer sank, war mehr als nur der Nationalsozialismus oder die Größe des Reiches. Mit ihnen fielen in den Staub auch Begriffe, Gefühle, Lebenswerte, die jedem Konservativen teuer sind: Ordnung, Autorität, Tradition. Zu sehr waren sie missbraucht, ausgehöhlt, entleert worden; sie waren in die Nähe des Unheimlichen und Abstoßenden gekommen; man konnte sie so leicht nicht wieder daraus lösen.<sup>1</sup>

In der Tat: Das Ende des angeblich tausendjährigen ‚Dritten Reiches‘ und damit der nationalsozialistischen Herrschaft, auf deren Konto millionenfacher Tod wie umfassende Verwüstung gingen, bedeutete auch das Ende der „*lingua tertii imperii*“, der Sprache des Dritten Reiches, die Victor Klemperer, unter nationalsozialistischer Verfolgung leidend, akribisch notiert und analysiert hatte.<sup>2</sup> An der Sprache und ihren Begriffswelten zeigte sich, wie tief sich die nationalsozialistische Ideologie in die deutsche Gesellschaft eingegraben hatte. Gleichermassen offenbarte die Sprache, die im nationalsozialistischen Deutschland propagiert und gesprochen wurde, ein Charakteristikum des Nationalsozialismus: Seine Ideologie war eklektisch, relativ offen und oft uneindeutig; sie bediente sich aus den verschiedensten ideellen Kontexten, aus denen sie Begriffe und Interpretamente aufsog und sich anverwandelt.<sup>3</sup>

Dies traf auf kaum ein politisches Spektrum so zu wie auf den Weimarer Konservatismus. Die begrifflichen und ideellen Überlappungen, Synergien und Diskurskoalitionen mit dem Nationalsozialismus sind detailliert beschrieben worden.<sup>4</sup> In der durch einen begrenzten Pluralismus gekennzeichneten nationalsozialistischen Öffentlichkeit verschwammen konservative und nationalsozialistische Begriffswelten bis zur Unkenntlichkeit. Dies galt besonders für die Begriffsbestände der Weimarer neuen Rechten, erfasste aber genauso die des nationalistischen, antidemokratischen Konservatismus, der sich parteipolitisch hauptsächlich in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) ausgebildet hatte.

*Konservativ* war nach 1945 problematisch geworden. Zu den Untiefen einer nationalsozialistisch durchseuchten Sprache kam, dass der Weimarer politische Konservatismus für seine Rolle zunächst bei der Delegitimierung und dann der Zerstörung der Republik in Verantwortung genommen wurde. Konservative hatten

<sup>1</sup> PAUL SETHE, Ein neuer Wilhelminismus? Noch gibt es in Deutschland keine konservative Bewegung, in: DIE ZEIT, 10.3.1967.

<sup>2</sup> KLEMPERER, LTI.

<sup>3</sup> Vgl. RAPHAEL, Pluralities of National Socialist Ideology.

<sup>4</sup> SONTHEIMER, Antidemokratisches Denken, 1962; BREUER, Anatomie; BREUER, Ordnungen der Ungleichheit; SIEFERLE, Die konservative Revolution.

das Bündnis mit dem Nationalsozialismus gesucht und Hitler so erst an die Macht gebracht. Sollte ein demokratischer Neubeginn gelingen, musste mit der antiliberalen Tradition deutschen Denkens gebrochen werden, so lautete eine häufig vorgebrachte Forderung im Nachkriegsdeutschland. Der Politik der Westalliierten lag dieses Prinzip zugrunde, das die Praxis der Reeducation leitete. Demokratie zu lernen bedeutete Orientierung an westlichen, liberalen Vorbildern und an solchen deutschen Traditionen des politischen Denkens, die als unverdächtig galten, nationalsozialistisch imprägniert zu sein. Der antiliberal ausgerichtete deutsche Konservatismus galt dafür als herzlich ungeeignet.

Die politische Sprache des deutschen Konservatismus war nach 1945 diskreditiert. Ganz im Gegensatz zu Großbritannien wagten es wenige Konservative, sich als solche zu bezeichnen. Doch so gänzlich in das linguistische Abseits konnte der Begriff nicht verdammt werden, dazu war er zu prominent. So waren die späten 1940er und die 1950er Jahre von einer eigentümlichen Suchbewegung gekennzeichnet. Welchen Platz sollte der Begriff in der politischen Sprache des demokratischen Deutschland einnehmen, was mochte *konservativ* in der Demokratie heißen? Was war nach den Gräueln des Nationalsozialismus überhaupt zu hüten übrig geblieben? In welchem Verhältnis stand ein deutscher Konservatismus zu den Konservatismen der westlichen Demokratien? Die zweite deutsche Demokratie musste allenthalben eine politische Sprache entwickeln, die sie trug und die ihre Zertrümmerung von innen verhinderte – auch hier stand Weimar als warnendes Beispiel vor Augen. So waren die 1950er Jahre ein einziges semantisches Laboratorium. Für die Konservativen wurde die Suche nach dieser neuen politischen Sprache zu einer eklatanten Herausforderung. Sie kristallisierte sich im Konservatismusbegriff. Das setzte diesen auf einen eigentümlichen, spezifisch westdeutschen Pfad.

### **3.1.1. *Konservatismus* nach der Katastrophe. Determinanten der Begriffsbildung in der unmittelbaren Nachkriegszeit**

Wer bzw. was überhaupt als *konservativ* gelten mochte in Deutschland unmittelbar nach 1945, war keineswegs klar inmitten der Trümmer, die Nationalsozialismus und Völkermord hinterlassen hatten. Woran mochte eine Suche nach dem Konservativen anknüpfen? Was mochte *konservativ* zu sein, was mochte der Impuls, Überkommenes bewahren zu wollen, überhaupt bedeuten in einer Situation vollständigen Zusammenbruchs? War es nicht besser, mit dem Konservativen für immer und ewig abzuschließen, die Chance zu ergreifen, die der Zusammenbruch bot, um sich von einer Tradition loszusagen, die in die absolute Unmenschlichkeit geführt hatte?

Tatsächlich griff man zunächst auf Bekanntes zurück: Die Begriffsbestimmung in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges orientierte sich an der Situation der Weimarer Republik. Wurde über *Konservative* gehandelt, ging es um jene politischen Kräfte der 1920er Jahre, die dem Nationalsozialismus zum Aufstieg verholfen und die NSDAP schließlich in die Regierungsverantwortung

gebracht hatten. Als solche Steigbügelhalter Hitlers galten zum einen die Intellektuellen der Weimarer neuen Rechten sowie einzelne exponierte Figuren wie Carl Schmitt und Martin Heidegger, und zum anderen die Parteien, die sich in der Tradition des preußischen Konservatismus verortet hatten, allen voran die DNVP. Dies war insofern erstaunlich, als die Selbstbeschreibung *konservativ* von der DNVP nur zögerlich verwendet worden war. Denn der Begriff galt bereits 1918 als diskreditiert, nachdem er mit den annexionistischen, kriegstreiberischen und antiparlamentarischen Positionen der Deutschkonservativen im Ersten Weltkrieg verbunden wurde.<sup>5</sup>

In dieses begriffliche Vakuum war die intellektuelle neue Rechte der Weimarer Republik vorgestoßen, die sich im Weltkrieg zu formieren begonnen hatte. Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte sie den Begriff okkupiert und ihn in ihrem Sinne umgedeutet. Nicht mehr die Bewahrung von Institutionen und gesellschaftlicher Ordnung sollte Aufgabe des so verstandenen Konservatismus sein, sondern die Konservierung des „Wesentlichen“ im „deutschen Volk“ gegen die Dekadenz des „Westens“. Dafür schien aber ein radikaler, revolutionärer Bruch mit dem Überkommenen nötig, um dieses vorgeblich „Wesentliche“ und damit auch einen erneuerten Konservatismus wieder neu zur Geltung zu bringen. Das „zu Erhaltende“ musste, in den Worten Arthur Moeller van den Brucks, stets neu „errungen“ werden.<sup>6</sup> Diese Umwertung des Konservatismusbegriffs veränderte seine Zeitstruktur elementar: Zwar wurde vordergründig der Grundsatz der Einheit der Zeitdimensionen gewahrt, doch das Vergangene gleichzeitig enthistorisiert, mythisiert und letztlich als Wunschprojektion in die utopisch aufgeladene Zukunft verlagert. Selbst das konservative Ideal kontinuierlicher Entwicklung wurde verworfen.<sup>7</sup> Der Konservatismusbegriff stand in dieser Lesart daher auf äußerst wackeligen Beinen.

Zweifel an der Belastbarkeit einer solchen Begriffsdefinition kamen in den neu-rechten Intellektuallenzirkeln selbst auf.<sup>8</sup> Denn statt des Konservatismusbegriffs setzte sich Ende der 1920er Jahre der „paradoxe Begriff“<sup>9</sup> der *konservativen Revolution* als Selbstbeschreibungsformel durch. Der Begriff war 1927 von Hugo von Hoffmannsthal in einem kulturphilosophischen, allerdings bereits antiliberalen und nationalistischen Sinne eingeführt worden. Wilhelm Stapel und Edgar Julius Jung übernahmen ihn Anfang der 1930er Jahre zur Charakterisierung ihrer

<sup>5</sup> Vgl. SCHILDT, Konservatismus in Deutschland, S. 138; OHNEZEIT, Zwischen „schärfster Opposition“, S. 38–40.

<sup>6</sup> MOELLER VAN DEN BRUCK, Das dritte Reich, 1926, S. 201.

<sup>7</sup> Vgl. BUSSCHE, Konservatismus, S. 43–45, der sich vor allem auf BOEHM, Konservatismus, Deutschnationale Volkspartei und Weltrevolution, 1919, sowie das Denken Arthur Moeller van den Brucks bezieht (BUSSCHE, Konservatismus, S. 152–178); SCHILDT, Konservatismus in Deutschland, S. 159–162. Zu Moeller van den Bruck vgl. WEISS, Moderne Antimoderne; KEMPER, Das „Gewissen“ 1919–1925. Für *Deutsches Volkstum* vgl. GOSSLER, Publizistik und konservative Revolution, S. 195–207.

<sup>8</sup> Vgl. die Ablehnungen des Begriff in *Die Kommenden*, der Zeitschrift der Bündischen Jugend: BREUER und SCHMIDT, Die Kommenden, S. 219–222.

<sup>9</sup> SCHILDT, Konservatismus in Deutschland, S. 157.

eigenen Anstrengungen mit klar politischer Stoßrichtung.<sup>10</sup> Die *Konservative Revolution* propagierte Jung als genuin deutsche Gegenbewegung gegen die Ideale der „Französischen Revolution“, als Bewegung gegen alles das, was der „Westen“ zu verkörpern schien – Liberalismus, Parlamentarismus und Individualismus. *Konservative Revolution*, so definierte Jung 1932,

nennen wir die Wiederinachtsetzung all jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit der Natur und mit Gott verliert und keine wahre Ordnung aufbauen kann. An Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an Stelle der sozialen Gesinnung der gerechte Einbau in die gestufte Gesellschaft, an Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, an Stelle bürokratischen Zwangs die innere Verantwortung echter Selbstverwaltung, an Stelle des Massenglücks das Recht der Volkspersönlichkeit.

Jung schwebte dabei eine deutsche Vorherrschaft über Europa vor, „eine neue Ordnung, ein neues Ethos und eine neue abendländische Einheit unter deutscher Führung“.<sup>11</sup>

Ganz entscheidend war die Zeitstruktur, die der Idee der *Konservativen Revolution* zugrunde lag und in der paradoxen Begriffsverkettung um einiges überzeugender ausgedrückt werden konnte als im zunächst herangezogenen Konservatismusbegriff: Realisiert werden sollte eine politische und gesellschaftliche Ordnung, die sich an den Konstitutionsprinzipien einer Welt vor den Umwälzungen der Französischen Revolution orientierte. Das Vergangene sollte im revolutionären Akt wieder zu seinem Recht kommen, das Rad der Geschichte gewaltsam zurückgedreht werden. Dabei ging es Jung allerdings nicht um eine Restauration des Ancien Regime, sondern um eine revolutionäre Wiedereinsetzung des ewig Gültigen. „Wir sehen die Welt wieder wie sie ist, weil wir selbst nicht nur von dieser Welt sind, sondern weil wir die metaphysische ahnen und als kosmisches Gesetz in uns fühlen.“<sup>12</sup> Die Negation des Fortschritts manifestierte sich letztlich in der Abkehr von einem linearen Geschichtsverständnis. „Form“ war im ewig Gültigen zu finden, das einer Entwicklungsgeschichte enthoben schien. Der revolutionäre Akt beendete für Jung für immer den liberalen, auf eine Zukunft hin orientierten Irrweg und setzte ein statisches Zeitmodell wieder in sein Recht. Ganz in diesem Sinne bestimmte Hermann Rauschning 1941 in Bezug auf Hoffmannsthal und Jung „konservative Revolution“ als gegen die Ideen der Französische Revolution gerichtete Bewegung.<sup>13</sup>

Zu einer festen Kategorie wurde der Begriff aber erst nach 1945 mit Armin Mohlers Arbeit zu den Rechtsintellektuellen der Weimarer Republik, deren Denken er erst systematisierte und dem er damit analytisch klare Konturen verlieh.<sup>14</sup> Die Theorien der *Konservativen Revolution* präsentierte Mohler als eigenständiges

<sup>10</sup> Vgl. STAPEL, The Coming Conservative Revolution, 1931, zitiert in: DIETZ, Gab es eine Konservative Revolution in Großbritannien?, S. 625; DIETZ, Neo-Tories, S. 142.

<sup>11</sup> JUNG, Deutschland und die konservative Revolution, 1932, S. 380.

<sup>12</sup> Ebd., S. 383.

<sup>13</sup> Vgl. RAUSCHNING, Die konservative Revolution, 1941.

<sup>14</sup> Zu Armin Mohler vgl. die von unkritischer Sympathie gezeichnete Biographie von WEISSMANN, Armin Mohler; außerdem LEGGEWIE, Der Geist steht rechts, S. 187–211; WALKENHAUS, Armin Mohlers Denkstil; VAN LAAK, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens, S. 256–262; PFAHL-TRAUGHER, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“, S. 164–170.

Denksystem und ganz dezidiert als nicht-nationalsozialistisch. *Konservative Revolution* und Nationalsozialismus erschienen in seiner Arbeit als zwei voneinander unabhängige „Stränge“ politischen Denkens. Mohler betrieb Begriffspolitik in gegenwärtiger, politischer Absicht. Denn sein Buch schloss er mit einem akzentuierten Bedauern über die Rezeptionsblockade konservativ-revolutionärer Ideen auf Grund ihrer „kompromittierenden Nähe zum Nationalsozialismus“, die er als „unheilvolle[s] Kennzeichen der geistigen Lage der Gegenwart“ wertete.<sup>15</sup> „Konservative Revolution“ definierte Mohler, Jahrgang 1920, der von 1949 bis 1953 als Privatsekretär Ernst Jüngers agierte, sehr pauschal als europäische Gegenbewegung zur Französischen Revolution, mit der „die Welt zum Siege“ gekommen sei, „die der ‚Konservativen Revolution‘ als der eigentliche Gegner erscheint“ und die „an einen stufenweisen Fortschritt glaubt, alle Dinge, Beziehungen und Geschehnisse für verstandesmäßig durchschaubar hält und jeden Gegenstand zu vereinzeln und in sich selbst zu begreifen sucht“. Mohler schloss sich also der Begriffsbestimmung der Konservativen Revolutionäre an. Dabei schied er die so verstandene „Konservative Revolution“ von der „Reaktion“ und „Restauration“, denn ihr ginge es nicht darum, „einfach irgendein Ancien Régime wiederher[zu]stellen“, vielmehr ziele sie darauf ab, „die Grundlagen des Fortschritts“ anzugreifen.<sup>16</sup> Nur theoretisch, nicht praktisch politisch sei die „Konservative Revolution“ bisher ausgestaltet worden, argumentierte Mohler, und zog damit den Strich gegenüber dem Nationalsozialismus noch einmal kräftiger nach.

Die Wahl des Begriffs *konservativ* mit seiner semantischen Wurzel des Bewahrens und Erhaltens verlangte freilich nach Erklärung. „Konservativ“, so Mohler, werde von den Intellektuellen der „Konservativen Revolution“ mit „neue[m] Inhalt“ versehen.<sup>17</sup> Im Gegensatz zum „Reaktionär“ ginge es dem Vertreter des „neue[n] Konservatismus“ nicht um ein „Festhalten an überlebten Einzelformen“. Vielmehr bedeute, so Mohler mit Verweis auf Moeller van den Bruck, „[k]onservativ sein [...] nicht ein Hängen an dem, was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt“.<sup>18</sup> Bei der Zuweisung des Zitats hatte er sich hingegen geirrt.<sup>19</sup> Das Bonmot stammte aus einem Beitrag Albrecht Erich Günthers zu *Deutsches Volkstum* aus dem Jahr 1927.<sup>20</sup> Der zweite Bestandteil des Syntagmas

<sup>15</sup> MOHLER, Die konservative Revolution, 1950, S. 211.

<sup>16</sup> Ebd., S. 19, Hervorhebung im Original.

<sup>17</sup> Ebd., S. 147.

<sup>18</sup> Ebd., S. 149.

<sup>19</sup> Vgl. Mohlers eigenhändige Ausbesserungen bzw. Ergänzungen im Innenumschlag in einem Exemplar der ersten Auflage seines Buches von 1950, das er 1972 an die Bayerische Staatsbibliothek gegeben hatte: Bayerische Staatsbibliothek 72.2613; in der Ausgabe von 1972 wird das Zitat zwar A.E. Günther zugeordnet, aber auf einen Aufsatz Günthers aus dem Jahr 1931 verwiesen, vgl. MOHLER, Die konservative Revolution in Deutschland, 1972, S. 115.

<sup>20</sup> Vgl. GOSSLER, Publizistik und konservative Revolution, S. 197, dort zitiert: GÜNTHER, Nationalismus, 1927: „Die liberale Idee des Fortschritts ist heute als Leben spendende und gestaltende Macht erloschen. Das konservative Wesen kann sich ausdrücken, ohne mehr der Bezugnahme auf sie zu bedürfen. Es kennzeichnet sich nicht mehr als das Hemmrad des Fortschritts oder als Bewahrer des Vergehenden. Es schöpft seine Kraft nicht aus dem, was war, sondern aus dem, was immer ist.“

*konservative Revolution*, also *Revolution*, hänge, so Mohler, mit diesem spezifischen Verständnis von Bewahren eng zusammen: Sobald eine Sache sich überlebt habe, sei sie, wenn nötig auch gewaltsam, zu entfernen – „[b]esser ein schneller Schnitt als langsames Faulen, wenn der Untergang ohnehin beschlossen ist“.<sup>21</sup> Da in einem solchen Verständnis des Konservativen „alles immer schon da“ sei, bedeute „Revolution“ dem Konservativen daher nur „das Ergebnis einer neuen Gliederung des Vorhandenen“.<sup>22</sup> Mohler tradierte die Selbstbeschreibung des Weimarer Rechtsintellektualismus in die Nachkriegszeit und adelte sie mit dem Duktus des Wissenschaftlichen, indem er den Begriff *Konservative Revolution* zu einem der historiographischen Analyse machte.

Mohlers Bedauern über die mangelnde Konjunktur der Ideen der Weimarer neuen Rechten wurde in jenen intellektuellen Kreisen geteilt, die er in seinem Buch beschrieben hatte. Die Mehrzahl der Vordenker der autoritären Wende hatten sich nach 1945 in die „Sicherheit des Schweigens“ zurückgezogen, pflegten dort weiterhin das Gespräch mit- und übereinander und vermochten dabei, vermittelt durch jüngere Verehrer wie Mohler, Gerhard Nebel oder Egon Vietta,<sup>23</sup> durchaus in die intellektuelle Öffentlichkeit der jungen Bundesrepublik zu wirken.<sup>24</sup> Dies war aber nur möglich, wenn sie – anders als in Weimar – die Grenzen anerkannten, die ihnen die Bonner Republik setzte. Der Konservatismus Bonns konnte – anders als der Konservatismus Weimars – öffentlich nur als Konservatismus in der liberalen Demokratie artikuliert werden. In diesem Kontext sind die Deutungen des Begriffs zu verstehen, die von verschiedenen Seiten in den 1950er Jahren vorgebracht wurden. Was *konservativ* in der politischen Situation nach 1945 und dann vor allem nach 1949 bedeuten sollte, wollte man den Begriff in der politischen Kultur der Demokratie fruchtbar machen, war zunächst offen. Dementsprechend sind die Anläufe zur Füllung des Konservatismusbegriffs in den 1950er Jahren zuallererst als vorsichtige Suchbewegungen zu verstehen.

Voraussetzungslos waren die Begriffszuschreibungen allerdings keineswegs. Die deutsche Geschichte lieferte, wie wir gesehen haben, genügend Bedeutungsvorräte. Außerdem richtete sich der nach Blick Großbritannien, wo sich der Konservatismus in der liberalen Demokratie ausgesuchter Lebendigkeit erfreute. Zur Auseinandersetzung mit ‚westlichen‘ Ideentraditionen gezwungen, schauten die deutschen Nachkriegsinterpreten des Konservatismus gen Nordwesten, zumal die britische konservative Tradition eine Fülle sehr unterschiedlicher, mehr oder weniger liberaler Ansatzpunkte bot.<sup>25</sup> Zugleich blickten sie aber auch über den Atlantik bzw. vermeinten dies zu tun. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte

<sup>21</sup> MOHLER, Die konservative Revolution, 1950, S. 149.

<sup>22</sup> Ebd., S. 149–150.

<sup>23</sup> Vgl. STREIM, Der Auftritt der Triarier.

<sup>24</sup> Vgl. VAN LAAK, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens; MORAT, Von der Tat zur Gelassenheit; MEHRING, Carl Schmitt, S. 438–578; SCHÖNING und STÖCKMANN, Ernst Jünger und die Bundesrepublik; KIESEL, Ernst Jünger, S. 534–626; GOSCHLER, Radikalkonservative Intellektuelle.

<sup>25</sup> Vgl. dazu nun SCHILDT, Ideenimporte, bes. S. 12–14; GALLUS, Traditionstransfer.

und politischen Kultur der USA, omnipräsent im besetzten Deutschland, bot auch für Konservative Anknüpfungspunkte. Eine besondere Rolle kam dabei Alexis de Tocqueville zu, dem französischen Intellektuellen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, dessen *De la démocratie en Amérique* (1835/40) zu einem Standardwerk der konservativen Aussöhnung mit der Demokratie wurde.<sup>26</sup>

Dieser „westliche“ Referenzrahmen bot sich auch deshalb besonders an, weil ein Rückgriff auf die deutsche Tradition wie auf die deutsche Geschichte des vergangenen Jahrhunderts problematisch war – die deutschen Konservativen mussten sich die Geschichte, auf die sich berufen mochten, und die Vergangenheit, die zu bewahren sie sich verpflichtet glaubten, erst mühsam rekonstruieren. Was lag näher, als in die Anfänge modernen konservativen Denkens zurückzugehen und an seine europäische Verflechtungsgeschichte zu erinnern. Neben Alexis de Tocqueville spielte dabei das Denken Edmund Burkes eine zentrale Rolle, dessen Schriften von Friedrich von Gentz bereits 1793 ins Deutsche übertragen worden waren.<sup>27</sup> Hans Freyer, zentrale Figur des Weimarer Rechtsintellektualismus, wählte etwa 1951 einen Text Burkes aus, um seiner Leserschaft den „politischen Grundbegriff“ Konservatismus quasi unverfälscht an seinem „Ursprung“ näher zu bringen – allerdings ohne die Auswahl der Burke-Passage zu rechtfertigen oder zu kommentieren.<sup>28</sup>

Bestimmt wurden die Anläufe in der frühen Bundesrepublik zur Neukonturierung des Konservatismusbegriffs vor allem aber auch durch die Struktur des politischen Raumes, in dem die politische Diskussion geführt wurde. Zum einen traf dies die Parteibildung und zum anderen die Verbindung von intellektuellem und parteipolitischem Diskurs. Augenscheinlich werden die Charakteristika der deutschen Situation im Vergleich zu Großbritannien. Dort wurde, wie wir gesehen haben, der Begriff *konservativ* bzw. *Konservatismus* seit seiner Einführung in die englische Sprache eindeutig einem politischen Lager zugeordnet, das sich zudem in einer Partei vertreten sah. Die deutsche Parteibildung seit den 1850er Jahren war bekanntermaßen anders verlaufen. Das deutsche Parteiensystem des Kaiserreichs war einerseits durch eine starke Versäulung gekennzeichnet, die von sozialmoralischen Milieus getragen (und verteidigt) wurde. Andererseits prägten es konfessionelle Bruchlinien, die durch die föderale Gestalt des Reiches noch einmal verstärkt wurden. Und im Gegensatz zum Vereinigten Königreich, wo sich mit den Liberalen und den Konservativen zwei große Lager in der Regierungsbildung abwechselten (und auch die Labour Party schließlich in dieses System integriert wurde), konkurrierten im kaiserzeitlichen bundesstaatlichen Deutschland eine ganze Reihe von Parteien miteinander, die je unterschiedliche Aspekte liberaler, konservativer, sozialistischer oder katholischer Überzeugungen zu vertreten meinten. Dabei sorgten konfessioneller Gegensatz und Föderalismus dafür, dass

<sup>26</sup> Vgl. STEBER, „The West“, Toqueville and West Germany Conservatism.

<sup>27</sup> Vgl. BURKE, Betrachtungen über die französische Revolution, 1793; dazu u. a. ZIMMERMANN, Friedrich Gentz, bes. S. 47–67; GREEN, Friedrich Gentz's Translation of Burke's Reflections.

<sup>28</sup> Vgl. FREYER, Politische Grundbegriffe an ihrem Ursprung aufgesucht, 1951.

sich neben dem Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus der politische Katholizismus parteipolitisch wie intellektuell als vierte politische Richtung formieren konnte.

Diese konfliktäre Pluralität hatte zur Folge, dass sich jeweils eigene, parteipolitisch und föderal geprägte Begriffswelten ausbildeten. Vor allem die Richtungsbegriffe *liberal* und *konservativ* wurden im Gegensatz zu Großbritannien von den sich formierenden Parteien nur zögerlich als Selbstbeschreibungsformeln verwendet. Für die weitere Entwicklung des Konservatismusbegriffs entscheidend war seine Aneignung durch die Parteien des preußischen Gouvernementalismus, die Deutsche Reichspartei (die sogenannten Freikonservativen) und die Deutsch-Konservative Partei, seit den 1870er Jahren.<sup>29</sup> „Preußisch und ostelbisch zu sein, das bestimmte Charakter wie Grenzen der Konservativen“ im deutschen Kaiserreich, wie Thomas Nipperdey bemerkt,<sup>30</sup> und ein protestantisch sei dem noch hinzugefügt. Damit war der Begriff eindeutig zugeordnet. In die Begriffswelt des Zentrums, der Partei des politischen Katholizismus – föderalistisch, katholisch und in Opposition zum preußischen Gouvernementalismus –, passte er sicherlich nicht.

Die kaiserzeitlichen Begrifflichkeiten zur Bezeichnung der politischen Richtungen – konservativ, liberal, katholisch, sozialdemokratisch – perpetuierten sich in die Weimarer Republik. Nach 1945 wurden sie reaktiviert, zumal das Parteiensystem, das sich zunächst ausbildete, in deutlicher Kontinuität zu Weimar stand – mit einer Ausnahme: der Formierung von CDU/CSU als überkonfessionellen Parteien. Sie ließ das Prinzip der Konfessionalität, eine schwere Bürde der Weimarer Republik, hinter sich. In der „Union“, einem „Kind der Besatzungszeit“<sup>31</sup> sammelten sich ehemalige Politiker des Zentrums bzw. der Bayerischen Volkspartei (BVP) wie aus DNVP, Deutscher Volkspartei (DVP) und weiteren Weimarer Splitterparteien.<sup>32</sup> Sie wollten „christliche“ Politik realisieren nach der nationalsozialistischen Katastrophe, an christlichen Grundsätzen, demokratisch und antikommunistisch orientiert. Sie bezeichneten sich als „christlich“ und verstanden die Union als „Partei der Mitte“<sup>33</sup> – der Suche nach adäquaten Begriffen der Selbstbeschreibung in den Unionsparteien werden wir unten nachgehen. Im Laufe der 1950er Jahren sogen CDU und CSU die kleinen Parteien auf, die sich – zumeist als Regionalparteien – als Nachfolgerinnen des Weimarer Konservatismus positioniert hatten. In den meisten Fällen traten führende Politiker der Unionsfraktion im Bundestag bei, was den Parteien den Boden entzog und ihr Wählerpotential so schwächte, dass sie an der Fünfprozenthürde scheiterten und nur mehr eine Randexistenz führen konnten. Diese Entwicklung betraf vor allem die Gesamtdeutsche Partei/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE),

<sup>29</sup> Vgl. STALMANN, Die Partei Bismarcks; ders., Die Deutschkonservative Partei; ALEXANDER, Die Freikonservative Partei 1890–1918.

<sup>30</sup> NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, 1992, S. 332.

<sup>31</sup> BÖSCH, Die Adenauer-CDU, S. 51.

<sup>32</sup> Ebd., S. 21–51.

<sup>33</sup> Vgl. ebd., S. 61–62.

1955, die Deutsche Partei (DP), 1960, sowie (für die CSU) die Bayernpartei, die bei den bayerischen Landtagswahlen im Jahr 1962 marginalisiert werden konnte.<sup>34</sup> Der Trend hin zu einem Dreiparteiensystem zweier großer Volksparteien (CDU/CSU und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD) und einer kleinen liberalen Partei (FDP) war am Ende der 1950er Jahre jedoch nicht abzusehen. Vielfach rechneten Politiker, Parteistrategen und Beobachter aus Wissenschaft und Publizistik mit einem Ende der FDP und der Ausbildung eines Zweiparteiensystems nach angelsächsischem Vorbild, dem mit der Einführung des Mehrheitswahlrechts zur endgültigen Durchsetzung verholfen werden sollte.<sup>35</sup>

Es war einiges in Bewegung im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik. Der Dynamik des politischen Systems entsprach die Dynamik der politischen Begriffe, und beides bedingte einander. Die Debatten um den Konservatismus in den 1950er Jahren replizierten einerseits die Diskursräume der Weimarer Republik, andererseits positionierten sie den Begriff in neuen Kontexten. Dabei unterschieden sich die intellektuellen Strategien: Während die einen sich in das Arkanum des intellektuellen Gesprächs fern aller Parteipolitik zurückzogen, suchten die anderen bewusst den Kontakt zu Politikern, bzw. diese griffen in intellektuellem Duktus selbst in die Begriffsdebatten ein. Neben selbstbewussten Strategien der Begriffsaneignung standen solche der Begriffszuschreibung, die oftmals auf das Konto des politischen Gegners gingen. Alles in allem steckte in dem Begriff um einiges mehr an Leben als dies die Abgesänge auf den deutschen Konservatismus erwarten lassen mochten.

Die diskursive Aneignung des Konservatismusbegriffs in den 1950er Jahren konzentrierte sich auf vier Gravitationszentren: 1) die Intellektuellen der Weimarer neuen Rechten und deren Schüler; 2) die Deutsche Partei; 3) die Abendlandbewegung; 4) die kulturkritische Publizistik. Wie wir sehen werden, wurde hier im Kern verhandelt, ob und wie ein Schlüsselbegriff der Sprache des Antiliberalismus in die Begriffslandschaften der jungen liberalen Demokratie eingepasst werden konnte. Die verschlungene, komplexe Aneignung demokratischen Denkens im deutschen Konservatismus der 1950er Jahre bündelte sich im Prisma der Bedeutungsanreicherung des Konservatismusbegriffs.

### **3.1.2. Schweigen und zaghafte Begriffsbestimmungen. *Konservatismus in den bundesrepublikanischen Debatten der Weimarer neuen Rechten***

Jene Protagonisten der Weimarer neuen Rechten, die sich nach 1945 mehr oder weniger zustimmend in der Demokratie einrichteten, gelten bis heute als hauptsächliche Vertreter des bundesrepublikanischen Konservatismus der 1950er Jahre.

<sup>34</sup> Vgl. ebd., S. 174–190; WOLF, CSU und Bayernpartei.

<sup>35</sup> Die Debatte um eine Wahlrechtsreform zumal der späten 1950er und 1960er Jahre ist noch so gut wie unerforscht, vgl. nur POSCHER, Das Weimarer Wahlrechtsgespenst, und JESSE, Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform; mit Bezug auf die Wahrnehmung der Weimarer Republik vgl. für die Wahlrechtsdebatte 1953 ULLRICH, Der Weimar-Komplex, S. 399–412.

Im „technokratischen Konservatismus“ hätten sie eine einflussreiche Variante konservativen Denkens geschaffen, so eine erstmals von Martin Greiffenhagen formulierte These.<sup>36</sup> Die Analyse ihrer Konstruktionsarbeit am Konservatismusbegriff öffnet eine neue Perspektive auf diese Gruppe. So eindeutig und so klar konturiert wie oftmals behauptet, war ihr Entwurf mitnichten. Vielmehr illustriert ihre Arbeit am Begriff die Unsicherheit der Weimarer Rechtsintellektuellen und den schwankenden Boden, auf dem sie versuchten, ihre Überzeugungen in eine neue Zeit zu retten.

Während Armin Mohler offensiv versuchte, den Begriff der *Konservativen Revolution* in den Begriffswelten der jungen Bundesrepublik zu verankern und damit auch das Denken der Weimarer neuen Rechten zu beleben, erkannten deren führende Protagonisten die Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens. Carl Schmitt zog sich zurück; was *konservativ* in der Bundesrepublik bedeuten sollte, dazu sind von ihm keine öffentlichen Äußerungen überliefert. Zu den Begriffswelten des demokratischen Staates wollte der „esoterische Diskurspartisan“ wohl auch nicht beitragen.<sup>37</sup> Sein Schüler Ernst Forsthoff, der als Staatsrechtler Entscheidendes zur Theorie des totalen Staates und zur Legitimierung der nationalsozialistischen Herrschaft beigetragen hatte, hatte sich zwar seit 1943 im Zuge seiner Abwendung vom NS-Regime eingehend mit dem Konservatismus auseinandergesetzt, gar an einem großen Buchprojekt zu Geschichte und Charakter konservativen Denkens gearbeitet, dieses Vorhaben aber 1950 endgültig begraben.<sup>38</sup> Dies nimmt kaum wunder, vergegenwärtigt man sich die Definition des Konservatismus, die Forsthoff als Alternative zum Nationalsozialismus entwickelte. Er idealisierte die bürgerlichen Entwürfe deutschen konservativen Denkens des frühen 19. Jahrhunderts. Auch Forsthoff glaubte in der Negation der Französischen Revolution bzw. der Ideen, die mit ihr assoziiert wurden, den Kern konservativen Denkens zu finden. „Als konservativ ist derjenige zu bezeichnen, der die innere Assimilation des 19. Jahrhunderts an [die] Revolution nicht mitgemacht hat.“<sup>39</sup> Konstituierend für Forsthoffs Konservatismus-Verständnis war seine Ablehnung der liberalen Verfassungstheorie. Legitimität kam nur der überlieferten Ordnung eines organischen Staates zu, eine auf revolutionärem Wege gesetzte Verfassung zeichnete sich nach Forsthoff dagegen durch die charakteristische „Mechanik von oben diktiert Ordnungen“ aus.<sup>40</sup> Beginne der Konservatismus, Legitimitätsfragen auch nur in Betracht zu ziehen, höre er auf, Konservatismus zu sein!<sup>41</sup>

<sup>36</sup> Vgl. GREIFFENHAGEN, Das Dilemma, 1971, S. 316–346.

<sup>37</sup> MEHRING, Der esoterische Diskurspartisan; zur Wirkung Schmitts in der frühen Bundesrepublik vgl. auch VAN LAAK, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens; für Europa: MÜLLER, Ein gefährlicher Geist; zu Schmitts neurechter Ideologie der Weimarer Jahre vgl. MEHRING, Carl Schmitt, S. 114–302; FISCHER, Hobbes, Schmitt, and the Paradox of Religious Liberality.

<sup>38</sup> Vgl. MEINEL, Der Jurist in der industriellen Gesellschaft, S. 272–278.

<sup>39</sup> Ernst Forsthoff, Vorlesung Allgemeine Staatslehre, Wintersemester 1943/44, zitiert in: ebd., S. 277–278.

<sup>40</sup> Ernst Forsthoff, Die Entstehung des Konservatismus, zitiert in: ebd., S. 277.

<sup>41</sup> Vgl. ebd., S. 277.

Konservatismus tradierte für Forsthoff also die allgemeingültige, unhinterfragte Gedankenwelt einer vorrevolutionären, idealisierten Welt in die Moderne. Nach dem Krieg glaubte er die Stunde des Konservatismus gekommen, damit rechnend, dass die Kräfte, die die Französische Revolution freigesetzt hatte – Liberalismus, Demokratie, Sozialismus –, erschöpft seien.<sup>42</sup> Der Verlauf der Geschichte belehrte ihn eines Besseren. Für die liberale Demokratie war Forsthoffs Konservatismus-Verständnis daher denkbar ungeeignet. Es war nur folgerichtig, dass er die Arbeiten an seiner Konservatismus-Studie 1950 einstellte. Insofern verstummte auch Forsthoff. Eine Neujustierung des Konservatismusbegriffs aus dem Geist der Demokratie widersprach seinen antiliberalen und antidemokratischen Überzeugungen.<sup>43</sup> Daher mochte ihm dieser wie andere politische Richtungsbegriffe nur mehr als entideologisierte, leere Formel erscheinen.<sup>44</sup> Er „wandte sich ab von dem, was in der Bundesrepublik den Konservatismus repräsentierte“, wie sein Biograph Florian Meinel konstatiert.<sup>45</sup> „Das Wort ‚konservativ‘“, so schrieb Forsthoff 1972 an Ernst-Wolfgang Böckenförde, „kommt seit Jahrzehnten in meinem Sprachschatz nicht mehr vor [...], weil es mir nichts mehr sagt.“<sup>46</sup>

Andere Vertreter der neuen Rechten taten sich nach 1945 nicht so leicht damit, einen zentralen Begriff ihrer politischen Sprache ad acta zu legen. Wie Forsthoff reaktivierte Ernst Jünger, neben Martin Heidegger und Carl Schmitt Teil des „Netzwerks der Verschwiegenheit“, das Daniel Morat beschrieben hat,<sup>47</sup> die Bedeutungsbestände des Konservatismusbegriffs der Weimarer neuen Rechten, allerdings platzierte er seine Begriffsbestimmung ganz gezielt im intellektuellen Diskurs der frühen Bundesrepublik. In seinem 1955 erschienenen Essay *Rivarol* fand er dazu Gelegenheit.<sup>48</sup> „Das Wort ‚konservativ‘“, so Jünger, „gehört nicht zu den glücklichen Bildungen. Es verbirgt einen auf die Zeit bezogenen Charakter und bindet den Willen an die Wiederherstellung unhaltbar gewordener Formen und Zustände.“ Er bezog sich damit auf die etablierte Begriffsbestimmung, die auf die Bedeutungsbestände rekurrierte, die in direkter Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution formuliert worden waren. Die Lösungen, die Chateaubriand oder Burke anboten, meinte Jünger freilich, sagten der Gegenwart nichts mehr – „[m]an tritt in halbverfallene Paläste ein, die unbewohnbar geworden sind“. Anstelle einer Suche nach historischen Beständen schlug Jünger die Besinnung auf das Ewige vor, auf „ein Außerzeitliches, zu dem weder Rück- noch Fortschritt führt“.<sup>49</sup> Damit reaktivierte er die antilibrale Ideologie des Unpolitischen,

<sup>42</sup> Vgl. ebd., S. 278.

<sup>43</sup> Vgl. zu Forsthoffs Rolle in der Staatsrechtslehre der frühen Bundesrepublik GÜNTHER, Denken vom Staat her; außerdem ders., Ordnen, gestalten, bewahren.

<sup>44</sup> Vgl. FORSTHOFF, Die Bundesrepublik Deutschland, 1960, S. 812.

<sup>45</sup> MEINEL, Der Jurist in der industriellen Gesellschaft, S. 477.

<sup>46</sup> Ernst Forsthoff an Ernst-Wolfgang Böckenförde, zitiert in: ebd., S. 480.

<sup>47</sup> MORAT, Von der Tat zur Gelassenheit, S. 526.

<sup>48</sup> Vgl. dazu MORAT, Die Entpolitisierung des Politischen, S. 177–178.

<sup>49</sup> JÜNGER, Rivarol, 1978, S. 250.

die dem Weimarer Konservatismus sein charakteristisches Gesicht gegeben hatte. Das Konservative sollte über dem Tagespolitischen schweben.<sup>50</sup>

So hob also Jüngers Konservatismus-Definition ganz ähnlich derer Forsthoffs das Konservative aus den Strukturen moderner Zeitlichkeit heraus. In der Gegenwart vermeinte Jünger auf die Entstehung eines neuen Konservatismus hoffen zu können, auf die Bildung neuer Traditionen aus den ewigen Wahrheiten. Dabei erwartete er auch ein „neues, glaubwürdiges Wort für ‚konservativ‘“, das „nicht erfunden, sondern geboren“ werden musste, nachdem er den Begriff *konservativ* als einer überlebten Epoche angehörig betrachtete.<sup>51</sup> Zugleich jedoch sah Jünger in der Sprache eine konservative Macht, einen Speicher von Wissen und Erfahrung – „die feste Burg, das Kernwerk der Überlieferung“.<sup>52</sup> Aus ihren Quellen erhoffte er sich die Neukonstitution von Tradition, über die es dem Menschen erst möglich sei, lebenswichtige „Bindung“<sup>53</sup> zu gestalten. Was dieses Ewige denn nun konkret sei, blieb allerdings im metapolitischen und posthistorischen Dunst. Die liberale Demokratie, soviel konnte man schließen, gehörte für Jünger zu den zerstörerischen Kräften einer „gesunden Ordnung“<sup>54</sup> und war mit dem Konservativen sicherlich nicht vereinbar.

Letztlich wartete Jünger also weiterhin auf eine Neuschaffung des Konservativen zur Überwindung der historischen Entwicklung seit 1789 – wenn auch nicht mehr auf revolutionärem Wege. Auch hier findet sich die Absage an „die Tat“ und die Kultivierung „der Gelassenheit“, die für die Deradikalisierung der Weimarer neuen Rechten seit Mitte der 1930er Jahre typisch ist. Dass diese „Deradikalisierung aber nicht mit einer Demokratisierung oder Liberalisierung verwechselt werden“ darf,<sup>55</sup> trifft auf Jüngers Konservatismus-Auffassung ebenso zu wie auf sein gesamtes Werk der Jahrzehnte nach 1945.

Auch bei Hans Zehrer, ehemals Herausgeber des jungkonservativen Zentralorgans *Die Tat*, genauso wie bei Wilhelm Stapel, dem einstigen Herausgeber von *Deutsches Volkstum*, ist zu verfolgen, wie Ideenstränge der Weimarer neuen Rechten in den Konservatismusbegriff des Nachkriegs übertragen wurden.<sup>56</sup> Dies wird deutlich an beider Auseinandersetzung mit Mohlers Charakterisierung der *Konservativen Revolution*. Die beiden kommentierten als Zeitzeugen. Für Zehrer stand fest, und hier stimmte er mit Mohler überein, dass sich in der Moderne zwei große Bewegungen dichotomisch gegenüberstanden: die des Fortschritts, der Aufklärung und des Humanismus auf der einen und der Konservatismus auf der anderen Seite. Aus dieser geschichtsphilosophischen Setzung erhielt der Begriff – wie

<sup>50</sup> Vgl. MORAT, Die Entpolitisierung des Politischen, S. 178.

<sup>51</sup> JÜNGER, Rivarol, 1978, S. 253.

<sup>52</sup> Ebd., S. 254–255.

<sup>53</sup> Ebd., S. 253.

<sup>54</sup> Ebd., S. 250.

<sup>55</sup> MORAT, Von der Tat zur Gelassenheit, S. 527.

<sup>56</sup> Zu Transformation und Kontinuität von Zehrers Denken vgl. SCHILDT, Deutschlands Platz in einem „christlichen Abendland“; zu Zehrers publizistischer Tätigkeit nach 1945 mit deutlichen Sympathien von SOTHEN, Hans Zehrer als politischer Publizist nach 1945.

schon in den Weimarer Jahren – seinen Bedeutungskern. Zehrer situierte den Beginn des neuzeitlichen Weltbildes hingegen nicht in der Französischen Revolution, sondern in der Renaissance, die einen „dynamischen geschichtlichen Prozess“ in Gang gesetzt hätte, der „über die Kräfte des Bewahrenden, des Organischen, hinweggeht, sie überwindet und heute bis an seine äußerste Grenze, den Kommunismus, gelangt ist“<sup>57</sup> Wiederum also wurde eine geschichtsphilosophische Deutung dem Konservatismusbegriff eingeschrieben, und wiederum waren die Mächte der Moderne schnell benannt: „Im Geistigen heißt es Humanismus, im Wissenschaftlichen Rationalismus, im Geschichtlichen Fortschritt, im Naturwissenschaftlichen Materialismus, im Politischen Liberalismus, im Gesellschaftlichen Sozialismus.“ Allerdings glaubte Zehrer – und das unterschied ihn von Schmitt, Jünger und Forsthoff –, dass diese Bewegung in der Gegenwart an ihr Ende gekommen sei und die „geistige Führung“ nun in den „Händen der Bewahrenden“ liege. Der Begriff *konservativ* treffe die Realitäten ebenso wenig, wie dies bei anderen politischen Begriffen der Fall sei – und hier glich Zehrs Argumentation wiederum der Jüngers. Diese Begriffe gehörten einer vergangenen Epoche an, einer Epoche, die überwunden sei. Man habe es daher gegenwärtig mit einem „nachhumanistischen Konservativismus“ des Metapolitischen zu tun – mit einer Figuration, die aller zeitgebundenen, realen Politik enthoben sei.<sup>58</sup> So einfach war die Ersetzung des Terminus dann offenbar doch nicht.

Kleinteiligem Denken wenig zugeneigt postulierte Zehrer diese konservative Herrschaft denn auch gleich über die ganze Welt, und er hatte dabei den Ost-West-Konflikt vor Augen. Zehrer assoziierte offensichtlich den „Westen“ mit den von ihm favorisierten konservativen Kräften, während der Kommunismus des „Ostens“ ihm als die letzte Ausgeburt der „humanistischen“ Bewegung erschien.<sup>59</sup> Für Zehrer traf dies ebenso auf den Nationalsozialismus zu, den er konsequenter Weise als „radikal-liberal“ bezeichnete. An dieser Stelle konnte er Mohlers Interpretation nur zustimmen: Auch Zehrer zog einen dicken Strich zwischen der Weimarer „konservativ-geistigen Bewegung“ und dem Nationalsozialismus. Dies diente der persönlichen Entlastung und öffnete die Türen zur Partizipation an der demokratischen Öffentlichkeit. Zehrs Interpretation passte sich ein in den totalitarismustheoretisch bestimmten Chor verschiedenster Couleur, der nach 1945 laut zu hören war.<sup>60</sup> Für diese Theoretiker lag das Grundübel der Moderne in der Negation des christlichen Gottes. Der Säkularisierung entsprang also das Unheil der Menschheit. Einem an Friedrich Nietzsche geschulten Ernst Jünger etwa lag eine solche Interpretation fern, genauso wie Armin Mohler. Dies monierte Hans Zehrer. Das „Konservative ohne das Christentum“ ähnele einer „Dame ohne Unterleib“. Worauf, so fragte Zehrer rhetorisch, könne sich der „konservative Mensch“ gründen, wenn nicht „allein auf den christlichen

<sup>57</sup> HANS ZEHMER, Ein geschichtlicher Untergrund taucht auf. Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1933, in: SONNTAGSBLATT, 1. 1. 1950, genauso wie für alle folgenden Zitate.

<sup>58</sup> Zur Denkfigur der Metapolitik bei Zehrer vgl. PAYK, A Post-Liberal Order?

<sup>59</sup> Zur Konstruktion des *Westens* in Deutschland vgl. STEBER und BAVAJ, Germany and „the West“.

<sup>60</sup> Vgl. SOLCHANY, Vom Antimodernismus zum Antifotalitarismus.

Glauben“.<sup>61</sup> Diese Wendung zum Christlichen, die bei Zehrer seit den 1930er Jahren zu beobachten war, ermöglichte eine Transformation seines Konservatismusbegriffs, die, wenn auch resignativ, die Tatsachen des Nachkriegs anerkannte und damit trotz aller Kritik an Liberalismus und Demokratie Eingang in die Begriffswelten der jungen Republik nehmen konnte.

Aus der „Natur“ einer Lebensgemeinschaft“, aus den „ursprünglichen Lebenskräfte[n] des deutschen Volkes“ musste der Konservatismus für Wilhelm Stapel seine Kraft schöpfen, und dazu zählte er das Christentum.<sup>62</sup> Damit widersprach Stapel der nietzscheanischen, zyklischen Geschichtsphilosophie, die Mohler zugrunde legte, genauso wie er dessen Begriff der *Konservativen Revolution* zurückwies. „Konservativismus kann nach Wesen und Gehalt nie revolutionär sein, kann es auch nie werden. Wenn nach einer Revolution die früheren unterdrückten Mächte wieder zur Herrschaft kommen, so ist das nicht ein konservativer Sieg, sondern Reaktion. Konservative und Reaktionäre sind verschiedenen Wesens.“ Der Kern der Wortbedeutung von *konservativ* lag für Stapel in der „Bewahrung der Kontinuität“. Auch diese Begriffsfestlegung perpetuierte die antideomokratischen Affekte der 1920er und 1930er Jahre, und dies galt nicht nur für die völkische Grundlegung. Der Konservative im Sinne Stapels verachtete demokratische Parteipolitik – er stand über den Parteien, danach strebend das „Ethos der Politik zu erneuern“. Konservativismus bedeutete also auch hier die Suprematie des ewig Gültigen und verband sich mit einer elitären, antideomokratischen Haltung. Wie zu Weimarer Zeiten evozierte Staps Konservatismusbegriff eine „politikfreie Gesellschaft, eine Gemeinschaft, deren Ordnung von politischen Auseinandersetzungen unberührt sein“ und die ihre Legitimation in irrationalen, letztlich nicht begründungsbedürftigen Prinzipien finden sollte.<sup>63</sup> Staps Hoffnung, dass sich das politische Denken der Weimarer neuen Rechten in seiner christlichen Form, das er als genuin konservativ vorstellte, Bahn brechen möchte, weist auf seine ganz eigene Konstruktion biographischer Kontinuität. Während also Zehrer sich in die Realitäten des Nachkriegs fügte und diese in sein Geschichtsbild integrierte, versperrte ihnen sich Stapel ganz grundsätzlich.<sup>64</sup>

Dagegen fand die Deradikalisierung von Hans Freyers politischen Denken, ganz ähnlich wie das bei Hans Zehrer der Fall war, über die Besinnung auf das Konservative statt – ohne dass er allerdings den Begriff selbst profiliert hätte. Freyer, Soziologe, Theoretiker des „politischen Volkes“ und einstiger Propagator der „Revolution von rechts“<sup>65</sup> flüchtete sich nach seiner Abwendung vom Nationalsozialismus in eine geschichtsphilosophische Welterklärung, die in solch

<sup>61</sup> HANS ZEHMER, Ein geschichtlicher Untergrund taucht auf. Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1933, in: SONNTAGSBLATT, 1. 1. 1950.

<sup>62</sup> STAPEL, Kann ein Konservativer Gegner des Christentums sein?, 1951, S. 324 sowie alle folgenden Zitate.

<sup>63</sup> BUSSCHE, Konservativismus, S. 364.

<sup>64</sup> Vgl. VORDERMAYER, Bildungsbürgertum und völkische Idee, S. 353–364 und 380–394.

<sup>65</sup> FREYER, Revolution von rechts, 1931; Zu Hans Freyers politischem Denken vgl. MULLER, The Other God that Failed; GROSSHEIM, „Totaler Staat“, S. 158–152.

großen Zügen zu argumentieren wusste, dass nationalsozialistischer Völkermord, nicht zu sprechen von individueller Schuld, in weltgeschichtlichen Schwaden verschwanden. Wie bei Zehrer transformierte sich sein völkischer Nationalismus in die Vision eines christlichen Abendlandes. In seiner *Weltgeschichte Europas*, die 1948 bei Dieterich erschien, legte er seine Thesen der Öffentlichkeit des Nachkriegs als „conservative credo“ vor.<sup>66</sup> Entscheidend war dabei seine Auseinandersetzung mit dem Fortschrittsbegriff. Während er noch 1931 mittels der „Revolution von rechts“ mit den „Resten des neunzehnten Jahrhunderts [...] aufräumen“ wollte, um „die Geschichte des zwanzigsten frei[zu]machen“,<sup>67</sup> ging er in seinem Theoretisieren – wenn auch widerwillig und letztlich resignativ – nach der Erfahrung von nationalsozialistischer Herrschaft und Vernichtungskrieg von der Gesellschaft aus, die sich seit dem 19. Jahrhundert geformt hatte.<sup>68</sup> Zwar sah er in der „Dialektik der Vernunft“ noch immer eine große Gefahr und warnte vor der zerstörerischen Kraft der liberalen Ideale, doch propagierte er für die Gegenwart trotz aller ätzenden Kulturkritik keine Position mehr, die auf deren Überwindung drang.<sup>69</sup>

Das 19. Jahrhundert, so Freyer, sei von den „Ideen von 1789“ geprägt gewesen. „Was sich in diesem Jahrhundert entscheidet, was verbindlich wird, tut es in ihrem Lichte oder mindestens in ihrem Namen, in der Nachfolge zu ihnen oder in der Auseinandersetzung mit ihnen.“<sup>70</sup> Und das galt auch für den Konservatismus. Er war ein Kind der Französischen Revolution. In der Anerkennung des Konservatismus als Kind der Moderne, als dialektische Kraft, geboren aus der liberalen Revolution, lag der entscheidende Schritt hin zur Konzeptualisierung des Konservativen als Teil der Demokratie. Das Konservative konnte so historisch wie gegenwartsaktuell als genuiner Bestandteil des verfassungsliberalen Bezugssystems gedacht werden, war also nicht mehr auf seine Überwindung, sondern auf seine systemimmanente Korrektur hin festgelegt.

Dabei rekurrierte Freyer auf eine spezifisch deutsche Geschichte des Konservatismus, die er als Vorbild und Anknüpfungspunkt für die Gegenwart pries. Sein Ideal waren die preußischen Reformen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts. An ihnen zeige sich, so Freyer, wie „kühn und frei konservative Männer“ denken können, wenn sie die Werte, die sie verantwortlich zu hüten haben, total gefährdet wissen.<sup>71</sup> Dabei hätten sie die Ideen des Gegners aufgenommen, um ihnen Paroli bieten zu können – „so stehen auch sie im Zeichen der Revolution“.<sup>72</sup> Ein solcher „produktiver Konservativismus“, wie er dann formuliert worden sei, sei durch die fortgesetzte Radikalisierung allerdings verkümmert. Die Folge für das konservative Denken habe bestanden in der „Flucht in den Irrationalismus

<sup>66</sup> MULLER, The Other God that Failed, S. 332.

<sup>67</sup> FREYER, Revolution von rechts, 1931, S. 5.

<sup>68</sup> Vgl. MULLER, The Other God that Failed, S. 330–354.

<sup>69</sup> Zu Freyers Kulturkritik nach 1945 vgl. WIRSCHING, Konsum statt Arbeit?, S. 175–176.

<sup>70</sup> FREYER, Weltgeschichte Europas, 1948, S. 896.

<sup>71</sup> Ebd., S. 909.

<sup>72</sup> Ebd., S. 910.

ohne Entschluss zur Zukunft, Flucht in die Autorität aus Unvermögen zur Freiheit, politische Romantik im faulen Sinne des Worts“.<sup>73</sup> Diese Entwicklung mochte Freyer allerdings nicht nur im Deutschland des 19. Jahrhunderts, sondern in ganz Europa beobachten – mit der Ausnahme Großbritanniens. Dessen Geschichte war ihm Ergebnis „konservativer Leistung“ und damit Idealbild eines zeitgemäßen Konservatismus.<sup>74</sup>

Die entscheidende Voraussetzung für Freyers Nachkriegs-Lesart des 19. Jahrhunderts lieferte seine Neu-Interpretation des Fortschritts, die er bereits in *Weltgeschichte Europas* entwickelt hatte und im Laufe des nächsten Jahrzehnts ausformulierte. Freyer fand einen Weg, um Fortschrittsidee und Traditionswahrung zusammenzubinden. Da der Fortschritt an der Substanz, aus der er schöpfe, beständig „zehre“, bedürfe es „haltender Mächte“, die für deren „Regenerationsfähigkeit“ sorgten. Ihre Bedeutung bestehe nicht darin, „den weiterstrebenden Prozess abzubremsen, sondern sich ihm anzuschmelzen und ihm das osmotisch mitzuteilen, was in sekundären Sachsystemen autogen nie wachsen kann: Lebendigkeit, menschlichen Sinn, menschliche Fülle und Fruchtbarkeit.“<sup>75</sup> Den „haltenden Mächten“ kam in der industriegesellschaftlichen Moderne, in der Freyer anonyme „sekundäre Systeme“ – anonyme bürokratische Ordnungen, über die der Mensch seine Verfügungsgewalt verloren hatte – walten sah, insofern eine ausschlaggebende Rolle zu: Sie bewahrten die Menschheit vor völliger „Entfremdung“.<sup>76</sup> Dabei war der Modus des so verstandenen Konservativen nicht aufhaltend, bremsend, wie Freyer betonte. Denn was „nur beharrt und sich der Veränderung nur widersetzt, spielt in der Geschichte nicht lange mit“. Dieser „falsche[n] Haltung und Vorstellung“ verfalle konservatives Denken sehr leicht.<sup>77</sup> Dem gelte es zu begegnen.

Bereits 1948 hatte er seine Hoffnung in die „haltenden Mächte“ formuliert. Seine *Weltgeschichte Europas* ist in der Tat als Manifest eines revidierten, deradikalierten Konservatismus Freyers zu lesen. Wenn Welten zerbrechen, so Freyer in geschichtsphilosophischer Allgemeinheit und doch gegenwärtiger Bezüglichkeit, werde „der Glaube an haltende Mächte zum Garanten der Zukunft; vielmehr nicht der Glaube an sie, sondern sie selbst werden es, wenn sie mitten im Zusammenbruch da sind und wirken“.<sup>78</sup> So also bestimmte der bekehrte Prophet des Nationalsozialismus selbstbewusst seinen Standort im Nachkriegsdeutschland. Wie Zehrer propagierte er den Konservativismus als die einzige mögliche, zukunftsverheißende Kraft. Dass die beiden sich dabei als angebliche Kenner der „haltenden Mächte“ selbstredend eine bedeutende Rolle zuerkannten, war ein sicherlich willkommener Effekt dieser Begriffspolitik. Tatsächlich sicherten sie sich so in der

<sup>73</sup> Ebd., S. 914.

<sup>74</sup> Ebd., S. 950.

<sup>75</sup> FREYER, Der Fortschritt, 1952, S. 82.

<sup>76</sup> Vgl. FREYER, Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, 1955, S. 260.

<sup>77</sup> FREYER, Der Fortschritt, 1952, S. 82.

<sup>78</sup> FREYER, Weltgeschichte Europas, 1948, S. 616.

westdeutschen Öffentlichkeit der späten 1940er und 1950er Jahren persönlichen Einfluss.

Arnold Gehlens Kommentar zu Freyers *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters* (1955), dessen wichtigster gesellschaftsphilosophischer Schrift nach 1945, nämlich dass die zentrale These des Buches eine „konservative“ sei, traf ins Schwarze.<sup>79</sup> Gehlen attestierte seinem akademischen Lehrer einen „weltoffenen Konservativismus“, mit dem er offensichtlich selbst sympathisierte. Er lieferte in diesem Zusammenhang eine Definition des Konservativismus, die sich so explizit in Freyers Buch nicht findet:

Der Konservativismus [...] will ein gewachsenes und geschichtliches Erbe von Maßstäben und Haltungen festhalten und bewahren, und in einer so auf das Ideologische abgestimmten Zeit wie der unseren liegt seine Schwierigkeit und Benachteiligung darin, dass er wesensmäßig keine Probleme, keine Planungen, keine Schlagzeilen hergeben kann, mit einem Wort: er ist nicht organisierbar.<sup>80</sup>

Wiederum schwebte das Motiv des sich aller parteipolitischen Vertretung entziehenden, angeblich unideologischen und damit unsystematischen Konservativismus über dieser Definition. Es zeugte einerseits von der Perpetuierung des Antiparteienaffekts der Weimarer neuen Rechten in ihrem bundesrepublikanischen Konservativismusbegriff und andererseits von den Reserven gegenüber einer demokratischen Öffentlichkeit, die in den auf Konsens bedachten 1950er Jahren vielerorts anzutreffen war.

Infrage stellte Gehlen jedoch Freyers Vertrauen in die unhinterfragte Existenz der „haltenden Mächte“. Aus welchen „Reserven der Geschichtlichkeit“ sei im deutschen Falle zu „schöpfen“, „wenn diese zu einem großen Teil verleugnet werden muss, andere Teile in Zwangsverwaltung genommen sind, wieder andere in „unverbindlicher Maßgeblichkeit“ im geistigen Raume herumstehen, wenn sogar der grauhaarige Avantgardenismus schon Fassade ist und überall das Persönliche das Sachliche verstellt“, fragte Gehlen.<sup>81</sup> Die Frage nach der Möglichkeit des Bewahrens angesichts eines völligen Bankrotts intellektueller Traditionen war in der Tat das zentrale Problem der Weimarer Rechtsintellektuellen nach 1945. Da sie es nicht zu lösen vermochten, versandeten letztlich all ihre Versuche, dem Konservativismusbegriff Bedeutung zu geben.

Von dieser Verlorenheit zeugt Gehlens Versuch, dem Konservativismus Substanz zu geben. Allein in einer sich der Utopie (und nicht der Tradition) bedienenden Philosophie mochte Gehlen einen zukunftsverheißenden Weg des intellektuellen Neuaufbaus im zerstörten Deutschland erkennen – für einen Konservativen eine bemerkenswerte Denkfigur. Damit kam der Gehlen des Jahres 1955 den Gedankenvorräten der Weimarer neuen Rechten sehr nahe: Restitution des verschütteten Erbes durch Absage an das Morsche und Neuerrichtung des als ewig Gültig Erkannten auf neuem Grund. Allerdings sollte eine solche Neufassung des Kon-

<sup>79</sup> Zu Arnold Gehlen vgl. THIES, Arnold Gehlen; DELITZ, Arnold Gehlen; REHBERG, Nachwort des Herausgebers.

<sup>80</sup> GEHLEN, Zu Hans Freyers Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, 1955, S. 580.

<sup>81</sup> Ebd., S. 581.

servatismus in der Bundesrepublik im Arkanum der Philosophie erfolgen, fern der Politik. Jene Denkfigur, die den „Geist“ als „metapolitische Autorität und Deutungsmacht“ wiederbeleben wollte, geisterte in den 1950er Jahren durch die Feuilletons der Republik.<sup>82</sup> Sie rechnete mit der Realität, dem Gegebenen, das nicht überwunden, sondern nur verbessert werden konnte. Daher vermochte sie es auch, einen Strich zu ziehen gegenüber bislang prägenden Traditionen des neurechten Denkens, die in die nationalsozialistische Sackgasse geführt hatten. Ein „Neuanstrich der Fassaden“, zu denen Gehlen den Hegelianismus zählte, gebe kaum Antworten auf die Fragen der Gegenwart. In dieser grundsätzlichen Ambivalenz zwischen utopischer Systemüberwindung und resignativer Systemakzeptanz ist Gehlens „Abschied von der Utopie“ zu verstehen.<sup>83</sup>

Die Definition des Konservatismusbegriffs, die er vier Jahre später, 1959, anbot, fasste diesen Abschied von der Utopie. Im Gegensatz zu seiner Begriffsbestimmung des Jahres 1955 rechnete Gehlen sowohl mit der Tradition als auch mit dem Fortschritt. Dabei unterschied er den „radikalen“ Konservativen, der ausschließlich am Alten festhalte und sich jeder Neuerung verschließe, von dem flexibleren „europäischen“ Konservativen, der, seinem Wesen nach undoktrinär, das Bestehende verteidige, dabei wissend, dass es niemals ideal sein könne. Diese Verteidigung des Bestehenden halte er aber nur so lange aufrecht, bis „auch die Fortschrittler Traditionalisten werden“. Gehlen zielte auf eine Charakteristik, die er dem Konservativen einschrieb: der „Synthese von Tradition und Fortschritt“. Mit der Gewöhnung an den Fortschritt werde dieser zur Tradition, die dem Konservatismus dann zu bewahren zur Aufgabe gestellt sei. Eine solche „Synthese des schon eingewöhnten, zur Tradition gewordenen und für selbstverständlich gehaltenen Fortschritts“ verortete Gehlen erstens in angelsächsischen Kulturen und erkannte er zweitens im modernen industriegesellschaftlichen Wohlfahrtsstaat.<sup>84</sup> Wiederum also wurde Großbritannien als Exempel für die positive Bedeutung des Konservatismus zitiert. Der deutsche Abschied vom Radikalismus mündete in Gehlens Interpretation denn auch in einen allgemeinen wohlfahrtsstaatlichen Konservatismus, den er zur Signatur der Zeit erhob. Ganz ähnlich interpretierte der Publizist Hans Schuster 1959 seine Gegenwart, wie wir unten sehen werden.<sup>85</sup>

Der dritte Soziologe neben Freyer und Gehlen, der als maßgeblicher Motor der Ausformulierung eines die Demokratie anerkennenden Konservatismus der 1950er Jahre gilt, ist Helmut Schelsky – nach Dirk van Laak ein typischer „modern conservative with a Conservative-Revolutionary background“.<sup>86</sup> Am Begriff

<sup>82</sup> PAYK, Der Geist der Demokratie, S. 215.

<sup>83</sup> Vgl. NOLTE, Die Ordnung, S. 285–287.

<sup>84</sup> GEHLEN, Tradition und Fortschritt, 1959, S. 417 und 419. Einen prägnanten Überblick über Gehlens Theorie der Industriegesellschaft bietet HACKE, Konservatismus des Standhaltens; zu Gehlens Institutionentheorie vgl. ders., Philosophie der Bürgerlichkeit, S. 140–147; THIES, Arnold Gehlen, S. 115–129.

<sup>85</sup> SCHUSTER, Konservativ in unserer Zeit, 1959.

<sup>86</sup> VAN LAAK, From the Conservative Revolution to Technocratic Conservatism, S. 153. Zu Schelsky vgl. GALLUS, Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe; NOLTE, Die Ordnung,

des *Konservatismus* arbeitete er hingegen nicht – in der Tat eine auffällige Leerstelle. Das mochte an seiner Überzeugung liegen, dass die überkommenen politischen Richtungsbegriffe ihre Bedeutung verloren hatten und für die Konturierung politischer Positionen in der Gegenwart nicht mehr taugten.<sup>87</sup> Diesen Prozess sah der „Poet der Sachlichkeit und Polemiker“ im Zusammenhang mit Utopieverlust und Entideologisierung als den Signaturen seiner Zeit.<sup>88</sup> Schelsky glaubte seine Gegenwart von einem allenthalben bemerkbaren Zug zum „Restaurativen“ geprägt – dem Wiederanknüpfen an bekannte Formen, Begriffe und Handlungsweisen, die zwar Stabilität vorgaukelten, aber letztlich einer von Grund auf veränderten Gesellschaft nicht adäquat sein konnten. „Ein stillgestandenes Bewusstsein bemüht sich um die bloße Reproduktion der Welt in vorwiegend technischer und organisatorischer Daseinsbewältigung“, lautete sein wenig verheißungsvolles Urteil im Jahr 1955.<sup>89</sup> Andererseits aber erkannte Schelsky in dem individuellen Bedürfnis nach Rückversicherung durchaus Positives: Das Restaurative drücke in diesem Falle „die Sehnsucht nach dem [aus], was wir einst fraglos besessen haben und was, wie wir immer mehr spüren, Fundamente des Daseins enthielt, auf die wir allzu unwissend oder leichtfertig verzichtet haben“. Der einzelne erkenne so die Bedeutung von Tradition, was für die Wiederherstellung seiner Personhaftigkeit in der gewandelten sozialen Wirklichkeit unbedingt vonnöten sei. Der Weg zum Menschsein, so also Schelsky, führte über die Erkenntnis des Wertes der Tradition. Nicht von ungefähr diente ihm Arnold Gehlen als Gewährsmann dieser Interpretation.<sup>90</sup>

Genau hieraus, aus der Wirkung des „Restaurativen“ auf das Individuum, entwickelte Schelsky eine positive Zukunftsvision, die, wie er hoffte, die Gesellschaft aus ihrer diagnostizierten Statik zu lösen vermochte. „Vielleicht“, so mutmaßte er, „erwächst aber schon in der unscheinbaren Hülle eines ideologie- und planungsfeindlichen restaurativen Zeitbewusstseins der neue, industriegesellschaftliche Traditionalismus des Abendlandes“.<sup>91</sup> Gekennzeichnet sei dieser gerade nicht durch eine Haltung der Restauration, sondern durch eine solche der Renaissance – sprich des Wiedererweckens, des Lebendigmachens des guten Alten auf dem Boden des Neuen. Diese Vision schien Schelsky offensichtlich im tradierten Konservatismusbegriff nicht ausdrückbar zu sein, so dass er stattdessen versuchte, mit „industriegesellschaftlicher Traditionalismus“ einen Alternativbegriff zu prägen. Viel Erfolg war dem zwar nicht beschieden, doch trug Schelsky auch damit dazu

S. 237–240 et al.; zu seinem Institutionenbegriff außerdem HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit, S. 147–153.

<sup>87</sup> Vgl. SCHELSKY, Über das Restaurative in unserer Zeit, 1955, S. 412.

<sup>88</sup> GALLUS, Schillernder Schelsky, S. 15; zur Figur der *Sachlichkeit* bei Schelsky vgl. THÜMMLER, Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?. Zu der Diskussion um die *Entideologisierung* vgl. PAYK, Der Geist der Demokratie, S. 282–285; SCHILDT, Konservatismus in Deutschland, 213–214; ders., Moderne Zeiten, S. 425–426.

<sup>89</sup> SCHELSKY, Über das Restaurative in unserer Zeit, 1955, S. 411; vgl. dazu KIESEL, Die Restauration des Restaurationsbegriffs, S. 179–181.

<sup>90</sup> SCHELSKY, Über das Restaurative in unserer Zeit, 1955, S. 410.

<sup>91</sup> Ebd., S. 414.

bei, dem Konservativen in der bundesrepublikanischen Demokratie festere Konturen zu verleihen.

Was also kennzeichnete den Konservatismusbegriff, wie er von Vertretern der Weimarer neuen Rechten nach 1945 verwendet wurde? Zunächst fällt die Verzagtheit auf, mit der sich diese Männer dem Begriff näherten. Keiner von ihnen suchte den Konservatismusbegriff an zentraler Stelle seines Werkes aufzugreifen und neu zu bestimmen. Vielmehr erfolgten Bedeutungszuschreibungen *en passant*, wenn überhaupt. Allem Anschein nach scheutn die Männer vor einer zu deutlichen Kennzeichnung ihres Denkens mit dem verfemten Konservatismusbegriff zurück – zumal sie damit ihre eigenen, nationalsozialistisch stark imprägnierten Biographien betont hätten. So gesehen, hatte Mohlers Konstruktion der Weimarer neuen Rechten als *konservative Revolution* deutliche Spuren hinterlassen.

Jene indes, die sich wie Carl Schmitt oder Ernst Forsthoff der Demokratie verweigerten, verweigerten sich auch einer Neubestimmung des Konservatismusbegriffs. Sie konnten diesen nur antiliberal denken – in dem Wortschatz der Demokratie hatte *Konservatismus* aus dieser Sicht nur als radikaler Gegenbegriff einen Platz. Daher kam ihnen die sich im Laufe der 1950er und dann vor allem der 1960er Jahre herausbildende liberale Begriffsviariante nur als bedeutungsleer vor. Ihr Referenzrahmen war die politische Kultur Weimars. Vor dem Hintergrund ihrer extremen Polarisierung, ihrer Ideologisierung und ihrer Infragestellung der Demokratie erhielt aus dieser Sicht der Konservatismusbegriff, wie andere politische Richtungsbegriffe auch, seinen Sinn. Demgegenüber erschien die demokratische Konsenskultur der Bundesrepublik als „entideologisiert“, ohne wirkliche Alternativen, letztlich entpolitisiert.<sup>92</sup>

Jene, die sich auf die Demokratie einließen – aus welchen Gründen auch immer – passten ihr den Konservatismusbegriff ein. Sie nahmen Abschied von der Hoffnung auf Systemüberwindung und erkannten die *Wirklichkeit* – ein zentraler Begriff in diesem Kontext – an. Ihnen war, in den Worten Paul Noltens, ein „funktional argumentierender Pragmatismus“ eigen.<sup>93</sup> Im Mittelpunkt dieser Transformation ihres politischen Denkens stand die Aussöhnung mit der Moderne. Der Konservatismus wurde nicht mehr als ihr Gegenpol definiert, sondern als eine ihr inhärente Kraft. Wenn auch diese Anerkennung der Moderne in vielen Fällen resignativ blieb, war dieser intellektuelle Schritt entscheidend. Das Gegen-satzpaar von Fortschritt versus Bewahrung, das dem Konservatismusbegriff zugrunde lag, wurde nun also im Rahmen der Moderne gedacht. Weiterhin wurde die Geschichte – meist seit der Französischen Revolution, aber auch seit der Renaissance – als Kampf dieser beiden Prinzipien interpretiert und damit in kulturphilosophischen Großinterpretationen geradezu aufgelöst. Das NS-Regime konnte auf diese Weise trefflich in historischen Schwaden verschwinden, ja sogar zur Ausgeburt „des Liberalismus“ verkehrt werden, um den Konservatismus reinzuwaschen.

<sup>92</sup> Vgl. z. B. FORSTHOFF, Die Bundesrepublik Deutschland, 1960, S. 812.

<sup>93</sup> NOLTE, Die Ordnung, S. 286–287.

Zudem führten Gehlen, Freyer, Zehrer oder Schelsky den Begriff auf seine Zeitdimension zurück – und drängten so problematische Bedeutungsbestände in den Hintergrund. Es fällt auf, dass sich alle Definitionsansätze auf das Verhältnis von *Tradition* und *Fortschritt* konzentrierten, auf die für Konservative in der Tat bedeutende Frage nach der Möglichkeit von Kontinuität im Wandel. Es war, wie wir gesehen haben, etwa für Arnold Gehlen ein längerer Prozess, um schließlich Kontinuität als Synthese von Tradition und Fortschritt denken zu können – und damit von der Denkfigur der Überwindung des Fortschritts durch die Wiedereinsetzung der Tradition in einem revolutionären Akt Abschied zu nehmen.

Die Lösung jener zentralen Frage, die sich all denen stellte, die sich als *konservativ* verstanden, die Frage nämlich, die Gehlen 1955 in seiner Besprechung Freyers aufgeworfen hatte, an welche Traditionen es den Deutschen überhaupt noch möglich sei, anzuknüpfen, die Lösung dieser Frage wurde im Kontext der zaghaften Begriffsfestlegung des Konservativen letztlich nur angedeutet. Sie beschäftigte die Soziologen unablässig. Kontinuität konnte, da waren sich alle hier Genannten einig, ohnehin nur mehr vom Individuum verbürgt werden. Es erschien als Speicher von Erfahrung und Tradition, bewahrte das Überkommene in sich und musste daher vor der „Entfremdung“ im industriegesellschaftlichen System und der „Massengesellschaft“ geschützt werden. Andererseits aber fand es auch „Entlastung“ in den Institutionen der modernen Industriegesellschaft. Gleichzeitig fungierte in dieser Denkfigur das Individuum als konservative Kraft.<sup>94</sup> Es ist nicht zu erkennen, dass in solchen Entwürfen des Individuums das Ideal des heroischen Tatmenschen nachwirkte, das die Weimarer neue Rechte geprägt hatte.<sup>95</sup> Nur was konnte das Individuum tatsächlich bewahren, wie konnte es konservierend aktiv werden? Helmut Schelskys Antwort war eindeutig: Es galt, „ein in den Fundamenten gegenläufiges Handlungs- und Wertsystem“ dem Sog des industriegesellschaftlichen Systems entgegenzusetzen.<sup>96</sup> Dies wurde dem bundesrepublikanischen Konservatismus zur Aufgabe gestellt. Zweierlei ist abschließend festzuhalten: erstens erhielt das Individuum eine zentrale Stellung in einem demokratisierten Konservatismus, wie er von einigen Vertretern der Weimarer neuen Rechten nach 1945 entwickelt wurde; zweitens wurde der Bewahrung etablierter Handlungsformen und Wertordnungen ausschlaggebende Bedeutung beigemessen. Für die weitere Entwicklung des bundesrepublikanischen Konservatismusbegriffs sollten diese Zuschreibungen wichtig werden.

Gleichzeitig wirkten im bundesrepublikanischen Konservatismusbegriff der Weimarer neuen Rechten antiliberalen Vorbehalte weiter. Erkennbar sind die Kontinuitäten, erstens, in ihrer kulturkritischen Haltung gegenüber der Gesellschaft ihrer Gegenwart, die Axel Schildt und Paul Nolte ausführlich beschrieben ha-

<sup>94</sup> Zu Arnold Gehlen vgl. DELITZ, Arnold Gehlen; WÖHRLE, Metamorphosen des Mängelwesens; für die Zentralität individueller Autonomie in Freyers Nachkriegsdenken vgl. MÜLLER, The Other God that Failed, S. 339, 352 et al.

<sup>95</sup> Vgl. WÖHRLE, Das Denken und die Dinge, S. 68.

<sup>96</sup> SCHELSKY, Zukunftsaspekte der industriellen Gesellschaft, 1953, S. 103; vgl. auch SCHILDT, Moderne Zeiten, S. 347.

ben.<sup>97</sup> Die Kritik an *Technik* und *Masse*, das Vertrauen in die *Institutionen*, die Konstruktion des *Sachzwangs*<sup>98</sup> oder die Figur der *Elite*,<sup>99</sup> all diese Begriffe legten sich um den Konservatismusbegriff, zumal er der Soziologie Freyers, Gehlens und Schelskys mitunter auch von außen zugeschrieben wurde. So subsummierte der *Spiegel* 1956 Gehlen unter einen international wirkenden „Neo-Konservatismus“, zu dem sowohl Walter Lippmann als auch die Ideologie Stalins gezählt wurden.<sup>100</sup> Erst 1971 wurde von dem Politikwissenschaftler Martin Greiffenhagen der Begriff „technokratischer Konservatismus“ in einer, wie wir sehen werden, ideologisch explosiven und intellektuell stark polarisierten Situation geprägt, unter dem diese Strömung des Denkens bis heute gefasst wird.<sup>101</sup>

Elemente der Gedankenwelt der Weimarer neuen Rechten konservierte ihr bundesrepublikanischer Konservatismusbegriff, zweitens, in der Konturierung des Konservativen als unpolitisch, als der demokratischen Auseinandersetzung der Parteien genauso entgegengesetzt wie bürgerschaftlicher Partizipation. Die „Politisierung des Unpolitischen“, Kern des Weimarer Konservatismus, wirkte so in der Bundesrepublik nach.<sup>102</sup> Dabei gingen antiparlamentarische und anti-liberale Denkfiguren eine eigenartige Symbiose mit dem typisch konservativen Selbstverständnis als grundsätzlich nicht ideologisch ein, das (wie am britischen Konservatismusbegriff deutlich geworden ist) durchaus mit demokratischen Idealen kompatibel war. Dafür musste – und das war entscheidend – der Konservatismus als eine Möglichkeit politischer Haltung im liberalen Rechtsstaat gedacht werde. Im Konservatismusbegriff, wie er von den Advokaten der Weimarer neuen Rechten in der Bundesrepublik der 1950er Jahre konturiert wurde, schwangen beide Optionen mit. Diese charakteristische Ambivalenz ermöglichte ihnen die langsame Aussöhnung mit der repräsentativen Demokratie.

Deutlich wird aber auch, welche Rolle dem britischen Konservatismus für die Demokratisierung des deutschen Konservatismusbegriffs zukam: Für die bekehrten Männer der Weimarer neuen Rechten war er Beweis, dass konservatives Denken und Handeln in der Demokratie möglich war, dass sich Tradition und Fortschritt ausgleichen ließen. Dies verband sie mit den Aktivisten der Deutschen Partei.

### 3.1.3. Eine selbstbewusste Aneignung. Der Konservatismusbegriff der Deutschen Partei

Das zweite Gravitationszentrum einer diskursiven und hier durchaus selbstbewussten Aneignung des Konservatismusbegriffs in der frühen Bundesrepublik

<sup>97</sup> Vgl. ebd., S. 344–350; NOLTE, Die Ordnung, S. 283–290; für einen kurzen Überblick über den kulturreditischen Diskurs vgl. KELLER, Kulturredit nach 1945.

<sup>98</sup> Vgl. STEINMETZ, Anbetung und Dämonisierung.

<sup>99</sup> Vgl. REITMAYER, Elite.

<sup>100</sup> Die Kunst, zu überleben, in: DER SPIEGEL, 4. 7. 1956, S. 44.

<sup>101</sup> Vgl. GREIFFENHAGEN, Das Dilemma, 1971, 316–346.

<sup>102</sup> BUSSCHE, Konservatismus.

bildete die Deutsche Partei. Als einzige Partei bezeichnete sie sich ohne Einschränkung als *konservativ*, so dass die Definition dessen, was unter *konservativer Politik* zu verstehen war, im Zentrum ihrer programmatischen Debatten stand. Ganz offensiv wollte sie Abschied von „Wunschkildern“ nehmen,<sup>103</sup> wollte zeigen, dass ein Neustart des deutschen Konservatismus nach 1945 politisch erfolgreich sein konnte. Am Ende der 1950er Jahre stand die Partei jedoch vor ihrem politischen Aus. Der Abschied von konservativen „Wunschkildern“ war ihr offensichtlich nicht gegückt.

Die DP war aus der Niedersächsischen Landespartei hervorgegangen,<sup>104</sup> die 1945 aus Resten der Deutsch-Hannoverschen Partei und der welfischen Bewegung gegründet worden war und sich 1947 zu einer Umbenennung in Deutsche Partei entschloss, um ihr Aktionszentrum auf das gesamte Gebiet der Westzonen auszuweiten. Letztlich blieb sie aber eine norddeutsche Regionalpartei mit niedersächsischem Schwerpunkt. Mit der geographischen Weitung öffnete sich die Partei politischen Gruppierungen, in denen ehemalige Nationalsozialisten den Ton angaben. Sie drängten die Partei zu einem Kurs der „nationalen Opposition“. Als dezidierte „Rechtspartei“ trat die DP, die seit 1949 eine eigene Bundestagsfraktion stellte und in der ersten Koalitionsregierung Konrad Adenauers vertreten war, denn auch für die Anliegen von Wehrmachts- und Waffen-SS-Soldaten und -Offizieren sowie ehemaligen nationalsozialistischen Führungschargen ein, wetterte gegen die Entnazifizierung und setzte sich für die Ehrung der alten Fahne des Deutschen Reiches ein, die mit dem deutschen Expansions- und Vernichtungskrieg assoziiert wurde.<sup>105</sup>

Währenddessen tobte im Inneren ein Flügelkampf zwischen den neuen Landesverbänden, v. a. den Landesverbänden Hamburg, Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen, und der niedersächsischen Gründungsgruppe.<sup>106</sup> Sie stellte mit Heinrich Hellwege den Parteivorsitzenden, der zwischen 1955 und 1959 auch als Ministerpräsident Niedersachsens agierte.<sup>107</sup> Während erstere eine „nationale Oppositorpartei“<sup>108</sup> anstrebten, plädierte letztere für einen Weg der „konservativen Erneuerung“.<sup>109</sup> Der Konservatismusbegriff war dabei bewusst gewählt. Nach dem für die Partei verheerenden Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 1953, bei der sie deutschlandweit nur 3,3% der Stimmen auf sich vereinigen konnte und acht ihrer gewählten 15 Bundestagsabgeordneten ihr Mandat Wahl-

<sup>103</sup> MÜHLENFELD, Politik ohne Wunschkilder, 1952.

<sup>104</sup> Zur Niedersächsischen Landespartei vgl. SCHMOLLINGER, Die Deutsche Partei, S. 1025–1029, 1042–1045 und 1058–1060; ASCHOFF, Die Deutsche Partei, S. 76–79.

<sup>105</sup> Vgl. MEYN, Die Deutsche Partei, S. 41–42; SCHMOLLINGER, Die Deutsche Partei, 1058–1089.

<sup>106</sup> Vgl. MEYN, Die Deutsche Partei, S. 30–44.

<sup>107</sup> Zu Heinrich Hellwege vgl. FREDERICH, Niedersachsen, sowie das unkritische Lebensbild EHRICH, Heinrich Hellwege. Ehrich gehörte zu den engsten Mitarbeitern Hellweges in dessen Zeit als Ministerpräsident Niedersachsens. Zuvor hatte der überzeugte Nationalsozialist in der Auslandsorganisation der NSDAP und im Auswärtigen Amt Karriere gemacht.

<sup>108</sup> Antrag der Landesverbände Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, zum Bundesparteitag in Goslar, 24. 9. 1952, zitiert in: MEYN, Die Deutsche Partei, S. 34.

<sup>109</sup> Vgl. ebd., S. 36.

absprachen mit der CDU verdankten, schlug die Parteiführung konsequent einen Kurs der Distanzierung nach rechts und der programmatischen Klärung ein. Profil sollte der Konservatismusbegriff bringen, wobei stets betont wurde, dass „konservativ“ mit „reaktionär“ nichts gemein hatte, und das obwohl die Begriffe „in Deutschland leicht verwechselt“ würden.<sup>110</sup>

Unter dem Vorsitz von Hans-Joachim von Merkatz<sup>111</sup> arbeitete ein Grundsatzausschuss über zwei Jahre an einem programmatisch verstandenen Textentwurf, der schließlich 1955 auf dem Bundesparteitag der DP in Bielefeld als *Zwanzig Thesen einer zeitnahen konservativen Politik* verabschiedet wurde. Dem Grundsatzausschuss war die Aufgabe gestellt zu formulieren, was die Partei unter „konservativer Politik“ verstand. Die Diskussionen im Ausschuss legten wohl offen, wie heterogen die Vorstellungen darüber bislang gewesen waren, wie von Merkatz gestand.<sup>112</sup> Dem Bedürfnis nach Klärung dessen, was *Konservatismus* in der Bundesrepublik bedeuten konnte, hatte bereits 1952 Hans Mühlenfeld, stellvertretender Parteivorsitzender und Vorsitzender der DP-Fraktion im Bundestag, nachzukommen gesucht. Auch er stammte aus dem niedersächsischen DP-Milieu. Sein Buch *Politik ohne Wunschkinder. Die konservative Aufgabe unserer Zeit* suchte in der Form einer gelehrten Abhandlung „den konservativen Gedanken in einer zeitgemäßen Weise neu zu fassen“ und von allem vergangenheitspolitischen Ballast zu reinigen.<sup>113</sup> 1957 legte von Merkatz ebenfalls eine Schrift vor, die den Konservatismus ideengeschichtlich einzuordnen suchte.<sup>114</sup>

Sehr systematisch besetzte die DP also den Begriff, wobei die Intellektualisierungsstrategie wohl nicht von ungefähr an die Begriffspolitik der Conservative Party erinnert. Der niedersächsische Blick nach Großbritannien war einerseits historisch und andererseits politisch bedingt. Seit die Hannoveraner 1714 den britischen Thron bestiegen hatten, waren die Verbindungen eng. Daran konnte angeknüpft werden, seit die Briten als Besatzungsmacht in Niedersachsen herrschten.<sup>115</sup> Für Heinrich Hellwege ergab sich aus den Hannoveraner Verbindungen gar eine „tausendjährige niedersächsische Mission“, nämlich „Übergangsbrücke und Bindegelenk zur angelsächsischen Welt“ zu sein.<sup>116</sup> Mühlenfeld schrieb denn auch die neue Attraktivität eines modernen Konservatismus nach 1945 zu einem Gutteil dem britischen Einfluss zu. „Erfolg, Stil und Ethos dieser [konservativen britischen] Politik rechtfertigen damit, als historisches Ganzes genommen, kon-

<sup>110</sup> JAN MOLITOR, „Das wär' bei Hitler nicht passiert...“. Die Rechtsradikalen – Gespräch einer Niedersachsen-Fahrt, in: DIE ZEIT, 3. 5. 1951.

<sup>111</sup> Zu Hans-Joachim von Merkatz, allerdings betont affirmativ, vgl. STRELOW, Konservative Politik in der frühen Bundesrepublik.

<sup>112</sup> Konservative Politik ist zeitnah, 1955, S. 20.

<sup>113</sup> Vgl. MÜHLENFELD, Politik ohne Wunschkinder, 1952, S. 6.

<sup>114</sup> Vgl. MERKATZ, Die konservative Funktion, 1957.

<sup>115</sup> Vgl. bereits die Programmatik der Niedersächsischen Landespartei, die u. a. die „engste Verbindung mit dem britischen Imperium“ forderte, vgl. MEYN, Die Deutsche Partei, S. 13. Zur britischen Besetzungszeit vgl. FOSCHEPOTH und STEININGER, Die britische Deutschland- und Besetzungszeit.

<sup>116</sup> HELLWEGE, Niedersachsens deutsche Aufgabe, 1947, S. 17–18.

servatives Denken überhaupt sichtbarer und eindrucksvoller, als es seine gedankliche Klärung zu tun vermöchte“,<sup>117</sup> meinte Mühlenfeld. Besonders die britische parlamentarische Monarchie diente dabei als Vorbild und wurde zur Legitimation monarchistischer Konzeptionen, die im niedersächsischen Flügel der DP verbreitet waren, herangezogen.<sup>118</sup> Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rezeption des konservativen britischen Vorbilds äußerst selektiv vor sich ging – von einer Auseinandersetzung mit der Politik der Conservative Party in den 1950er Jahren finden sich in den programmatischen Texten keine Spuren. Vielmehr war auch ihr ein politisch-strategischer Zug kaum abzusprechen: Mit der Betonung der britischen Verbindungen eines erneuerten deutschen Konservatismus stützte die DP einerseits innerparteilich ihre positive Haltung gegenüber der Adenauerschen Politik der Westintegration und grenzte sich andererseits gegenüber rechtsextremen, nationalistischen Bewegungen ab – wohl gerade auch im Blick auf die britischen Besatzungsbehörden, die im Falle der rechtsextremen Unterwanderung der FDP energisch durchgegriffen hatten.<sup>119</sup>

Der Verweis auf den britischen Konservatismus stützte noch ein zweites, zentrales Argument von Mühlenfelds Buch. Denn dieser beabsichtigte die „theoretisch-begriffliche Reinigung“<sup>120</sup> des konservativen Denkens in Deutschland. Dieses sei nämlich im Laufe des 19. Jahrhunderts „entstellt“ worden, indem es im Legitimismus und Nationalismus bestimmende Elemente des Denkens seines Gegners, des Liberalismus, aufgenommen habe. An erster Stelle hätte hier die Abkehr von der Rationalitäts- und Fortschrittskritik gestanden, konservatives Denken hätte sich ideologisiert „bis zur Verkehrung seiner ursprünglichen Intentionen ins extreme Gegenteil“.<sup>121</sup> Während so der „offizielle Konservatismus“ zu einer „Quasi-Ideologie“<sup>122</sup> zum „Pseudokonservatismus“<sup>123</sup> der Eliten mutiert sei, habe der „echte Konservatismus“ fern aller Politik in der „Pflege von Brauch und Sitte, Volkskultur und Heimattradition“ überdauert, „gleichsam im Hintergrund der einzelnen deutschen Landschaften aufbewahrt“, getragen von einer „weitverbreitete[n] Schicht von Menschen, die [...] den noch uneingestandenen, doch offenkundigen Bankrott der modernen Ideologien zum Anlass einer Be- sinnung auf ihre Aufgabe im Ganzen nehmen“.<sup>124</sup>

Durch diesen interpretativen Kunstgriff – im Begriff des *Pseudokonservatismus* auf eine einprägsame Formel gebracht – gelang Mühlenfeld zweierlei: Zum einen konnte er die nationalistische und antidemokratische Kontinuitätslinie des deutschen Konservatismus kappen und seinen Nachkriegsentwurf davon reinwaschen; zum anderen vermochte er es so, das niedersächsische konservative Milieu, das

<sup>117</sup> MÜHLENFELD, Politik ohne Wunschbilder, 1952, S. 15.

<sup>118</sup> HELLWEGE, Niedersachsens deutsche Aufgabe, 1947, S. 18–19.

<sup>119</sup> BUCHNA, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr.

<sup>120</sup> MÜHLENFELD, Politik ohne Wunschbilder, 1952, S. 19.

<sup>121</sup> Ebd., S. 7.

<sup>122</sup> Ebd., S. 183.

<sup>123</sup> Ebd., S. 7.

<sup>124</sup> Ebd., S. 183.

diesen über Jahrzehnte getragen und gerade mit einer nationalistischen und anti-liberalen Heimatbeschwörung die Weimarer Republik zu Fall gebracht und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft den Weg gebahnt hatte,<sup>125</sup> von allen Verstrickungsvorwürfen zu entlasten. Erst die Umbrüche, die der Zweite Weltkrieg ausgelöst hatte, hätten die Tür zur Wiederbelebung des ‚echten‘ Konservatismus geöffnet. Vier Gründe machte Mühlenfeld dafür verantwortlich: Zum einen den britischen Einfluss, wie oben bereits erwähnt; zum zweiten hätte der Krieg die Fortschrittsutopie bis ins Mark erschüttert, an deren Stelle eine „ganz andere und ungewohnte, weil undogmatische und unsystematische Vorstellung vom Werden der Zukunft“ gerückt sei, nämlich eine genuin konservative;<sup>126</sup> zum dritten habe der Krieg zu einer sozialen Entmachtung bislang führender Schichten geführt, so dass „konservatives Denken als Gesamterscheinung nicht mehr bloß auf deren egoistische Interessen zurückgeführt werden kann“;<sup>127</sup> und zum vierten seien Sozialismus wie Liberalismus angesichts der Realitäten ideologiegeleiteter Politik zur Entideologisierung und damit zur Aufnahme konservativen Gedankenguts gezwungen worden. Die Zeiten, so der Tenor, stünden gut für das Konservative, auch wenn der Begriff selbst über keine gute Reputation verfügte, vielmehr „oft eine ganze Skala von negativen Empfindungen“ hervorriefe.<sup>128</sup> Die „überall verstreuten Regungen des konservativen Denkens“, die Mühlenfeld zu erkennen vermeinte, träten „oft noch unter fremden Namen“ auf, so dass er seine Arbeit auch als Erkennungshilfe für das wahrhaft Konservative unter misslichen begrifflichen Bedingungen verstand.<sup>129</sup>

So wie das historische Narrativ, das die Mühlenfeldsche und Merkatzsche Differenzierung zwischen *Pseudokonservatismus* und ‚echtem‘ *Konservatismus* stützte, deutsche konservative Heroen vom Sockel stürzte, erhob sie andere zu ihren Leitfiguren. Merkatz folgte in seiner 1957 erschienenen Abhandlung *Die konservative Funktion. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens* der Geschichtskonstruktion Mühlenfelds. Dabei legte er sein Augenmerk auf die Inkubationszeit des modernen konservativen Denkens an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Auch bei von Merkatz erschien der Konservatismus als Gegenbewegung zu den Umwälzungen der Französischen Revolution, als sich eine polare Konstellation zweier entgegengesetzter politischer Strömungen herausgebildet habe, die bis in die Gegenwart den Fortgang der Geschichte bestimme. Zu konservativen Kronzeugen wurden ihm Justus Möser und Edmund Burke – ein deutsch-britisches Gespann. Deutsches und britisches Denken bauten aufeinander auf, so die Botschaft, der Konservatismus hatte in seiner britischen Reinform auch deutsche Wurzeln, so wie der deutsche Konservatismus sich aus britischen Quellen speiste. Beide hätte dasselbe Anliegen bewegt, nämlich „die Freiheit des Menschen als einzelnen wie als Gruppe in der geschichtlich gewordenen und

<sup>125</sup> Vgl. BÖSCH, Das konservative Milieu.

<sup>126</sup> MÜHLENFELD, Politik ohne Wunschbilder, 1952, S. 13.

<sup>127</sup> Ebd., S. 14.

<sup>128</sup> Ebd., S. 11.

<sup>129</sup> Ebd., S. 6.

damit natürlich gewachsenen Eigenart und Besonderheit seines Wesens“ zu bewahren,<sup>130</sup> und beide hätten „hellsichtig“ die „Nachteile der Inthronisierung der Vernunft“ erkannt.<sup>131</sup>

Darauf aufbauend und die „Vielfalt des Lebens in seiner natürlichen Ordnung“ achtend, müsse der Konservatismus sich beständig wandeln, weil sich auch das, „was verteidigt werden muss, in ständiger Wandlung befindet“. Für Merkatz bedeutete dies, dass sich der „politische Konservatismus [...] monarchisch oder republikanisch, legitimistisch oder demokratisch, konstitutionell oder parlamentarisch“ positionieren und sich dennoch selbst treu bleiben könne.<sup>132</sup> Wiederum diente dieses Argument dazu, den Konservatismusbegriff gegenwärtstauglich zu machen, hatte die DP doch den Anspruch, eine „zeitnahe“ – und das bedeutete in der Bundesrepublik der 1950er Jahre: demokratische – konservative Politik zu vertreten.<sup>133</sup>

Wie aber sollte eine solche aussehen? Wodurch sollte sich ein zeitgemäßer Konservatismus á la DP auszeichnen? Kondensiert man die Aussagen dazu, kristallieren sich drei Elemente heraus. Erstens war der Konservatismusbegriff der DP anti-rationalistisch bestimmt. Die Funktion des Konservativen war für Merkatz, „Regulativ des Rationalismus“ zu sein.<sup>134</sup> Für Mühlenfeld war den Konservativen der Gegenwart zur Aufgabe gestellt, die

dem menschlichen Wesen entsprechenden Voraussetzungen des Daseins im Kampf gegen die naturwidrige Künstlichkeit der herrschenden Lebensordnung, gegen die in ihr Gestalt gewordenen Übergriffe des rationalen Fortschritts, gegen die schädlichen Wirkungen und Einflüsse der technischen Zivilisation

wiederherzustellen;<sup>135</sup> nicht zu bewahren also, sondern zu rekonstruieren – das ist entscheidend. Dabei lehnte Mühlenfeld den Fortschritt per se nicht ab, sondern differenzierte in einen gutzuheißenden „Fortschritt in der Welt der Sachen“ und die abzulehnenden „Übergriffe[n] des rationalen Fortschritts auf die Welt des Menschen“, die die Ordnung der Zeiten, die Verkettung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aushebeln würden.<sup>136</sup>

Wie nun diese gesellschaftspolitische Rekonstruktion der „natürlichen“ Ordnung vonstatten gehen sollte, das blieb selbst in den politischen Grundsätzen der DP nebulös. Stattdessen wurde ein Begriffsgebäude angeboten, das den politischen Standpunkt umschreiben sollte: „Heimat, Grund und Boden, Eigentum; Familie, Sitte und Brauch, Tradition; Freiheit, Recht und Religion“ – das, so Mühlenfeld seien die „Sinnprinzipien“ konservativen Denkens, die den Zielen „rationalistisch“ geleiteter, ideologischer Politik ganz grundsätzlich widersprächen.<sup>137</sup> Zu-

<sup>130</sup> MERKATZ, Die konservative Funktion, 1957, S. 24.

<sup>131</sup> Ebd., S. 32.

<sup>132</sup> Ebd., S. 34.

<sup>133</sup> Vgl. Konservative Politik ist zeitnah, 1955.

<sup>134</sup> MERKATZ, Die konservative Funktion, 1957, S. 79.

<sup>135</sup> MÜHLENFELD, Politik ohne Wunschkinder, 1952, S. 353.

<sup>136</sup> Ebd., S. 372.

<sup>137</sup> Ebd., S. 326.

dem definierte Mühlenfeld „Strukturelemente“ konservativen Denkens, die dem absoluten Rationalitätspramat Barrieren aufrichten würden: „Anschauung und Erfahrung, natürliche Entwicklung, Wachsen und Werden; Unterschied und Mannigfaltigkeit; Konkretes, Besonderes und Eigentümliches; Ausgleich und Vermittlung“.<sup>138</sup> Auch sie geronnen zu Leitbegriffen der DP.

Zweitens sollte konservative Politik in der Bundesrepublik den Menschen schützen, den Menschen „in seiner durch lange Jahrhunderte natürlich-ge- schichtlich gewordenen Form“.<sup>139</sup> Erst wenn der einzelne eins sei mit seiner ganz individuellen Geschichte, erhalte er „Persönlichkeit“, die „hoch oder niedrig an einem eigenen Ort steht“.<sup>140</sup> Entscheidend war also die Bindung des Menschen an gewachsene soziale Ordnungen, die als „natürlich“, historisch und unveränderbar vorgestellt wurden. Der beständigen Hervorhebung der „Vielfalt“ als konservativer Grundkonstante entsprach die Überzeugung von der „Ungleichheit in der Ordnung des Lebens“ und der Glaube an die Führungsaufgabe von Eliten.<sup>141</sup> Brach der einzelne aus diesen Ordnungen aus bzw. wurden diese durch den „Fortschritt“ infrage gestellt, ging Individualität verloren.<sup>142</sup> Das galt auch für den Transzendenzbezug des Menschen. Denn obwohl die Religion – und damit war immer das Christentum gemeint – als „Fundament, aus dem die Prinzipien des konservativen Gedankens erst ihre wahre Kraft gewinnen“ eine bedeutende Rolle in dem Konservatismusentwurf der DP spielte, so doch nicht als Kraft aus sich heraus, sondern als „Religion der Väter“, als der „geschichtlich gewordene und gewachsene Glaube“, der sich als „Wertkanon“ manifestierte.<sup>143</sup> Selbst wenn von Merkatz dem christlichen Glauben eine bedeutendere Rolle einräumte, als dies Mühlenfeld tat, so basierte auch sein Denken auf der Vorstellung des Christlichen als Garant und Lieferant „ewiger Lebenswerte“ zur rechten Ordnung von Staat und Gesellschaft, die dem Individuum Halt zu geben verhießen.<sup>144</sup> Wiederum also rückte das Individuum ins Zentrum konservativen Denkens und Sprechens.

Mit dieser Gesellschaftsvorstellung eng verknüpft war auch das dritte Bestimmungsmerkmal des Konservatismusbegriffs der DP. Da sie an ihrem Antiliberalismus festhielt, sich aber zugleich genötigt sah, ihren eigenen Standort in der liberalen Demokratie zu bestimmen, war begriffliche Ausgleichsarbeit nötig. Diese für die Demokratisierung des konservativen Denkens wichtige Anpassungsarbeit konzentrierte sich auf den Freiheitsbegriff. Dabei konnten die konservativen Programmatiker auf historische Arbeit an den Begriffen zurückgreifen. Merkatz’ Gewährsmann war Edmund Burke. In der Freiheit und Gerechtigkeit für den einzelnen liege der Sinn des „geschichtlichen Lebens“, so referierte von Merkatz den

<sup>138</sup> Vgl. ebd., S. 327.

<sup>139</sup> Ebd., S. 323.

<sup>140</sup> Ebd., S. 325.

<sup>141</sup> MERKATZ, Die konservative Funktion, 1957, S. 77.

<sup>142</sup> Vgl. MÜHLENFELD, Politik ohne Wunschkilder, 1952, S. 327.

<sup>143</sup> Ebd., S. 334.

<sup>144</sup> Vgl. MERKATZ, Aufgaben und Möglichkeiten einer konservativen Politik, 1956, S. 45.

britischen Denker. Allerdings konnte Freiheit immer nur „definierte Freiheit“ unter dem historisch gewachsenen Gesetz sein, da sie andernfalls in „Anarchie und Zerstörung“ ausartete. Freiheit galt es also auszugleichen, in Balance zu bringen, die Freiheit des Individuums im „richtige[n] Maß“ gegenüber der „Autorität des Staatswillens“ und gesellschaftlichen Ordnungen zu halten. Das Strukturprinzip der Synthese und des Ausgleichs prägte auch die Sprache des Merkatzschen Konservatismus. So sehr er auf Burke abhob und damit an die liberale Tradition des britischen Konservatismus anschloss, so sehr war ihm daran gelegen, seinem Freiheitsbegriff einen nationalen Anstrich zu geben. *Freiheit* sei, so führte er vor dem Parteitag der DP 1955 aus, „niemals ein Begriff an sich, sondern Freiheit ist eine alte deutsche Lehre, stellt immer eine Frage, wozu ich sie habe“.<sup>145</sup> Denn der Nationsbegriff wurde hochgehalten in der DP, zumal in den Hochzeiten der Flügelkämpfe, als die Parteführung allerdings bestrebt war, sich von allem chauvinistischen „Nationalismus“ zu distanzieren. Wenn dann aber dazu aufgerufen wurde, „auf allen Gebieten der Politik, der Wirtschaft und des sozialen Lebens [...] ständig die nationale Gemeinschaft durch die Tat und das gegenseitige Vertrauen“ zu „erneuer[n]“, dann evozierte dieser Appell wohl nicht zufällig die nationalsozialistische Volksgemeinschaftsverheißung.<sup>146</sup> *Freiheit* hieß denn auch Freiheit der Nation nach außen, allerdings eingebunden in ein nach abendländischen Träumen gestaltetes Europa, fest verankert im westlichen Bündnis.<sup>147</sup>

In seiner Exegese des Freiheitsbegriffs brachte Merkatz aber auch den Verantwortungsbegriff ins Spiel, denn staatliche Autorität in einer Demokratie beruhe in erster Linie auf der freiwilligen Anerkennung durch das Individuum, das seine eigenen Grenzen und seinen Platz innerhalb der gegebenen Ordnung annehme und zugleich für die Aufrechterhaltung dieser sozialen Ordnung *Verantwortung* übernehme. Je mehr *Freiheit* also dem Individuum zugestanden wurde – und in einer liberalen Demokratie war dies conditio sine qua non – desto wichtiger wurde für konservatives Denken, das der Autorität des Staates wie historisch begründeten sozialen Ordnungen hohe Bedeutung zuschrieb, der Verantwortungsbegriff. Zugleich musste der Erhalt normativer Ordnungen immer deutlicher ins Blickfeld konservativen Denkens rücken. Deshalb erhielten die Begriffe *Werte* und *Sittlichkeit* eine zentrale Bedeutung in den politischen Sprachen des Konservativen in der bundesrepublikanischen Demokratie.

Während also einerseits der auf das Individuum bezogene Freiheitsbegriff qualifiziert wurde, wurde er andererseits nachdrücklich betont, dann nämlich, wenn die Freiheit des Individuums in der „Uniformität in der heutigen Massendemokratie“, in der Herrschaft des „Nivellierende[n], Gleichmachende[n] [...] in der sogenannten egalitären Demokratie“<sup>148</sup> bedroht schien. Das Vokabular der konservativen Kulturkritik, die gegen *Masse* und *Technik* zu Felde zog, prägte das

<sup>145</sup> MERKATZ, Zeitnahe konservative Politik, 1955, S. 22.

<sup>146</sup> Ebd., S. 27.

<sup>147</sup> Vgl. MÜHLENFELD, Politik ohne Wunschnbilder, 1952, S. 332.

<sup>148</sup> MERKATZ, Zeitnahe konservative Politik, 1955, S. 23–24.

Denken der DP.<sup>149</sup> Seine *Freiheit* konnte der einzelne angesichts der „Anonymität der Organisationsapparate“<sup>150</sup> nur in „kleinen Einheiten“ bewahren, etwa in der Familie, der Gemeinde oder der Berufsgenossenschaft – Individualität wurde in dieser Vorstellung in geordneten Bindungen realisiert, wie sie „Institutionen“ (ein weiterer zentraler Begriff) boten. Zugleich wurde Freiheit im Ökonomischen durch *Privateigentum*, *Leistung* sowie „eigene Vorsorge“ und „eigene Verantwortung“ gewährleistet.<sup>151</sup>

*Freiheit* war ein schwieriger Begriff für die ‚neuen‘ Konservativen der DP in den 1950er Jahren, die einerseits am Vergangenen hingen, dieses andererseits aber zurück- und sich auf Neues einlassen wollten. Gerade deshalb blieb ihr Freiheitsbegriff ambivalent – so ambivalent wie ihr gesamter Entwurf des Konservatismus. Von liebgewonnenen „Wunschbildern“ des deutschen Konservatismus war der Abschied nur partiell geglückt. Die Ambivalenz des Freiheitsbegriffs reflektierte von Merkatz in seinem Buch nur indirekt, und dies wiederum in Rückgriff auf Burke. Der nämlich sei „liberal“ gewesen, „weil er konservativ war. Doch sein Konservatismus war kein Liberalismus im späteren Sinn dieses Begriffs“.<sup>152</sup> An der Wurzel des modernen Konservatismus habe ein liberaler Impuls gelegen, der aber spezifisch konservative Züge getragen habe. Hieran galt es für Konservative in der liberalen Demokratie anzuknüpfen.

Sehr direkt hatte sich von Merkatz mit den ambivalenten Zusammenhängen von Liberalem und Konservativem 1956/57 auseinanderzusetzen, als die DP mit der Freien Volkspartei fusionierte. Diese war kurz zuvor von sechzehn FDP-Bundestagsabgeordneten gegründet worden, die ihrer Partei auf Grund außenpolitischer Differenzen den Rücken gekehrt hatten.<sup>153</sup> Die Konfliktlinien des 19. Jahrhunderts hätten sich abgeschliffen, argumentierte von Merkatz, in der Demokratie bezeichneten „Begriffe wie konservativ, liberal, demokratisch, republikanisch [...] keine kontradiktiorischen Gegensätze mehr“. Vielmehr sei „[p]ersönliche Freiheit im ursprünglich liberalen Sinn [...] nur denkbar in einer Ordnung, die nach konservativer Auffassung auf sittlichreligiösen Werten ruht.“ Liberales und Konservatives seien daher „zwei Seiten ein *und* derselben Sache“. Diese liberal-konservative Allianz sei besonders aktuell, weil sich die zentrale ideologische Konfliktlinie in der Gegenwart verschoben habe. Die Weichen für die Zukunft würden nun über der Entscheidung zwischen einer „freiheitlichen, auf persönlicher Freiheit und Verantwortung ruhende[n] Sozial- und Wirtschaftsordnung“ und einer Gesellschaftsordnung gestellt, in der „der Staat zu einer totalen Zwangsausgleichskasse und die Gesellschaft zu einer einzigen Konsumgenossenschaft

<sup>149</sup> Vgl. z. B. MERKATZ, Ein konservatives Leitbild, 1956.

<sup>150</sup> Ebd., S. 17.

<sup>151</sup> Vgl. MERKATZ, Zeitnahe konservative Politik, 1955, S. 25–26. Zum Institutionsbegriff vgl. ders., Die konservative Funktion, 1957, S. 72, wo „Institution“ als „Gestalt gewordene Tradition und Konvention“ definiert wird.

<sup>152</sup> Ebd., S. 24.

<sup>153</sup> Vgl. MEYN, Die Deutsche Partei, S. 48–50; SCHMOLLINGER, Die Deutsche Partei, S. 1078–1082.

unter der Herrschaft einer allmächtigen Bürokratie“ werde.<sup>154</sup> Das Gespenst des „Versorgungsstaates“ und der Massenkonsumentengesellschaft einte Konservative und Liberale in der jungen Bundesrepublik, wodurch der Begriff der individuellen *Freiheit* im konservativen Denken eine weitere Aufwertung erfuhr.

Dabei entsprach die Akzentuierung individueller Freiheit auch eigenen Erfahrungswelten, wie von Merkatz vor dem DP-Bundesparteitag unterstrich. Nach zwei verlorenen Kriegen und dem völligen Zusammenbruch sei eines deutlich geworden: „[W]ir wissen, was die Freiheit der Persönlichkeit auf allen Gebieten des menschlichen Lebens bedeutet“. Hier liege „der Kern konservativer Politik.“<sup>155</sup> Aber die Hochschätzung der Freiheit in der DP hatte ihre Grenzen – „schrankenlose individualistische Freiheit lehnen wir ab“, betonte der in seiner Partei zunehmend verwaiste Hellwege noch 1960 gegenüber *Spiegel*-Redakteuren. Führende Politiker hatten ihn und die DP verlassen und in der CDU eine neue politische Heimat gefunden. Dass sich darunter auch Hans-Joachim von Merkatz, der Politiker-Intellektuelle der DP, befand, spricht Bände. Die Umarmungsstrategie der CDU war aufgegangen.<sup>156</sup> Nirgendwo anders als in der Union sah Merkatz nun die politische Zukunft für konservative Überzeugungen.<sup>157</sup> Weder die Zerstörung der sozialen Basis des Konservatismus durch die Verwerfungen des Krieges noch die zeitgenössisch viel diskutierte ‚Entideologisierung‘ der Parteien markierten das Ende der DP,<sup>158</sup> sondern ihre ambivalente Haltung zu Demokratie, Konsumentengesellschaft und Sozialstaatlichkeit. Denn je mehr sich die Bundesrepublik festigte und sich der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft einstellte, desto deutlicher traten die Widersprüche in der Programmatik der DP zutage und desto stärker wurden auch die innerparteilichen Auseinandersetzungen. Den programmatischen Weg der britischen Konservativen ging die DP gerade nicht, trotz aller Beteuerungen konservativer Verwandtschaft. Ihr Konservatismusbegriff blieb im Gestern stecken.

Schließlich tat sich auch Hellwege schwer, programmatiche Unterschiede zwischen dem Konservatismus der DP und christdemokratischer Programmatik auf den Punkt zu bringen.<sup>159</sup> Jovial versicherte der ob des Erfolges seiner „staubsaugerartige[n]<sup>160</sup> Integrationspolitik zufriedene Adenauer denn auch 1963, dass die DP „mit der CDU in der Tiefe so viel gemeinsam“ habe.<sup>161</sup> Ob die CDU dann auch als *konservativ* bezeichnet werden konnte, dazu äußerte sich der Kanzler nicht.

<sup>154</sup> HANS-JOACHIM VON MERKATZ, Konservative und Liberale, in: DIE ZEIT, 4. 10. 1956, Hervorhebung im Original.

<sup>155</sup> MERKATZ, Zeitnahe konservative Politik, 1955, S. 28.

<sup>156</sup> Zur langsamem Selbstaflösung der DP vgl. MEYN, Die Deutsche Partei, S. 59–70; SCHMOLLINGER, Die Deutsche Partei, S. 1078–1089; OELZE, Margot Kalinke; zum Kontext NASSMACHER, Parteien im Abstieg.

<sup>157</sup> Vgl. MERKATZ, Unser Weg in die Union.

<sup>158</sup> Vgl. etwa MARION GRÄFIN DÖNHOFF, Das Ende der Konservativen, in: DIE ZEIT, 8. 7. 1960.

<sup>159</sup> Kulturpflege im kleinen Raum. Spiegel-Gespräch mit dem DP-Bundesvorsitzenden Heinrich Hellwege, in: DER SPIEGEL, 13. 7. 1960.

<sup>160</sup> SCHILDIT, Konservatismus in Deutschland, S. 235.

<sup>161</sup> „Keine besonderen Vorkommnisse“, in: DIE ZEIT, 17. 5. 1963.

### 3.1.4. *Konservative Haltung und das christliche Abendland.* Die Abendland-Bewegung

Zu einem dritten Gravitationszentrum der diskursiven Aneignung des Konservatismusbegriffs in der Bundesrepublik der 1950er Jahre wurde die Abendlandbewegung. Während über ihre Struktur, ihre Programmatik, ihre Publizistik, ihre führenden Persönlichkeiten ausführlich gearbeitet wurde, blieb ihre Bedeutung für den bundesrepublikanischen Konservatismusbegriff bislang unterbelichtet. Dabei entwickelte sie sich zu einem wichtigen Forum der Suche nach einer neuen politischen Sprache des Konservativen, das vor allem auch deshalb von Bedeutung war, da es vornehmlich katholisch geprägt war.

Nach 1945 hatten sich vornehmlich katholische Intellektuelle zunächst in der Zeitschrift *Neues Abendland* (gegr. 1946), dann in der Bewegung Abendländische Aktion (1951–1953) und schließlich in der Abendländischen Akademie (1952–1966) intellektuelle Räume geschaffen, um ihre antiliberalen, antiparlamentarischen und von föderalistischen Europaideen getragenen Überzeugungen in der demokratischen Öffentlichkeit durchzusetzen.<sup>162</sup> Biographische und ideengeschichtliche Kontinuitäten zur Abendlandbewegung der Weimarer Republik wurden offensiv hervorgehoben, einstmalige Sympathien gegenüber Aspekten der nationalsozialistischen Ideologie verleugnet und stattdessen eine Geschichte von Verfolgung und Widerstand konstruiert.<sup>163</sup> Dies galt besonders nach der Übernahme der Redaktionsleitung des *Neuen Abendlandes* durch Emil Franzel im Herbst 1947, der das Blatt „auf einen dezidiert rechtskonservativen Kurs führte“.<sup>164</sup> Mit Franzel hielt auch ein positiv konnotierter Konservatismusbegriff Einzug in das *Neue Abendland*. Auch wenn dieser Mohlers Deutung der *konservativen Revolution* für zu eng befand und die Einbindung des christlichen Konservatismus der Zwischenkriegszeit anmahnte, hatte er gegen die Begrifflichkeit nichts einzuwenden.<sup>165</sup> Vielmehr deutete er sie selbst, wenn er argumentierte, dass die „konservative Revolution“ nichts anderes anstrebe „als die Rückkehr aus einer rechtlosen Ordnung zu einer Ordnung des Rechtes“, die der Offenbarung Gottes folgte.<sup>166</sup>

Dabei ist die Aneignung des Konservatismusbegriffs im intellektuellen Katholizismus durchaus bemerkenswert, galt der Begriff doch als preußisch und protestantisch besetzt. Allerdings konnten die Nachkriegs-Abendländer an katholische Versuche der Begriffsbestimmung aus den Weimarer Jahren und des katholisch-konservativen Exils anknüpfen.<sup>167</sup> Sinn machte diese Selbstzuschreibung nach

<sup>162</sup> Vgl. SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika; CONZE, Das Europa der Deutschen.

<sup>163</sup> Vgl. CONZE, Das Europa der Deutschen, S. 157; zur Annäherung an den Nationalsozialismus in den frühen 1930er Jahren vgl. ebd., S. 51–56.

<sup>164</sup> SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika, S. 42; zu Franzel vgl. CONZE, Das Europa der Deutschen, S. 71–85.

<sup>165</sup> Vgl. MURNER, Konservative Revolution – Romantik – Deutsche Bewegung, 1950; ebenso affirmativ: SCHÜTZ, Restauration und Tradition, 1954.

<sup>166</sup> MURNER, Konservative Revolution – Romantik – Deutsche Bewegung, 1950, S. 453.

<sup>167</sup> Vgl. DIRSCH, Das „Hochland“; SEEFRIED, Reich und Stände, bes. S. 159–271 und 353–377; einen Überblick über den katholischen Konservatismus bietet DIRSCH, Katholischer Konser-

1945 doch nur in der überkonfessionellen Schlagrichtung der Bewegung. Keine rein katholische, sondern eine christliche Alternative zur Entwicklung der Bundesrepublik sollte formuliert werden, die als „liberal“ und „formaldemokratisch“ geschmäht wurde. Zwar ging durch die geöffnete katholische Tür nur eine Minderheit aus dem Lager des Protestantismus wie Wilhelm Stählin,<sup>168</sup> doch wurde der überkonfessionelle Anspruch und das Werben um die Protestanten aufrechterhalten. Mit der Selbstbezeichnung als *konservativ* hatte man in jedem Falle einen relativ offenen Sammelbegriff gefunden, der die theologischen und staatsrechtlichen Differenzen, die in der Abendlandbewegung herrschten,<sup>169</sup> zu übertünchen versprach. Ganz im Gegensatz zu den intellektuellen Vertretern der Weimarer neuen Rechten eigneten sich die Abendländer den Begriff offensiv an und reicherten ihn mit einem weiten Bedeutungsfeld an, das sich zu einem engmaschigen semantischen Netz verdichtete. Dass es mit dem semantischen Netz, das die DP entwickelt hatte, wenn nicht deckungsgleich, so doch kompatibel war, zeigte nichts besser als das Engagement von Hans-Joachim von Merkatz in der Abendländischen Akademie.

Seit Ende der 1940er Jahre platzierte Franzel den Begriff des *Konservatismus* in den abendländischen Debatten, wobei er auf seine ganz eigenen Kontinuitäten der Begriffsprägungen zurückgreifen konnte.<sup>170</sup> Andere nahmen ihn auf, wie etwa Robert Ingram das 1953 tat, der glaubte, seine „Hoffnung auf ein Gelingen des abendländischen Zusammenschlusses nur noch auf die konservativen Kräfte gründen“ zu können.<sup>171</sup> 1956 schließlich wurde er endgültig auf die große abendländische Bühne gehoben, als die Jahrestagung der Abendländischen Akademie in Eichstätt unter das Motto *Konservative Haltung in der politischen Existenz* gestellt wurde.<sup>172</sup> Die Rednerliste war – ein Prinzip der Abendländischen Akademie – paritätisch ausgeglichen, sowohl bezüglich des Konfessionsproporztes als auch des politischen Standorts. Es sprachen der protestantische Theologe Wilhelm Stählin,<sup>173</sup>

tismus; zum Weimarer Rechtskatholizismus vgl. HÜBNER, Die Rechtskatholiken, der auf die Begriffsgeschichte leider nicht eingeht.

<sup>168</sup> Vgl. SCHILDT, Ökumene wider den Liberalismus; zu den hochkirchlichen Strömungen im deutschen Protestantismus vgl. HERING, Konservative Ökumene; ausführlich zu Stählin ebd., S. 76–81.

<sup>169</sup> Vgl. UERTZ, Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik.

<sup>170</sup> Vgl. FRANZEL, Abendländische Revolution, 1936, S. 256: „Diese Revolution des Abendlandes muss aber, und hier irrte der liberale Sozialismus, eine konservative Revolution sein. Denn sie muss sich besinnen auf den Ursprung. Sie braucht Tradition. Sie will das Zusammenspiel aller Nationen. Sie weist ja zurück in das Abendland [...]. Nicht der Fortschritt schlechthin tut uns not, der uns mit neuen Maschinen und neuen Künsten nur Unsegen bringt, sondern der Schritt, der zurück zu den uns gemäßen, dem abendländischen Menschen, dem abendländischen Raum geziemenden Ordnungen führt. Nicht Auflösung brauchen wir, Zersetzung und Lockerung, sondern Bindung, Synthese, Zusammenklang.“

<sup>171</sup> INGRIM, Die Stunde des Konservatismus, 1953, S. 176.

<sup>172</sup> Vgl. Konservative Haltung in der politischen Existenz, 1956.

<sup>173</sup> Zu Wilhelm Stählin vgl. MEYER-BLANCK, Leben, Leib und Liturgie; KELLNER, Das theologische Denken Wilhelm Stähliens.

der einflussreiche katholische Theologe Gustav Gundlach,<sup>174</sup> der DP-Politiker Merkatz und der rechtskatholische Publizist Paul Wilhelm Wenger.<sup>175</sup>

Das Konservative, so die implizite Botschaft, fungierte als Dach für alle in der abendländischen Bewegung vertretenen Richtungen. „Konservative Haltung“, so wurde denn auch in der Zusammenfassung der Beratungsergebnisse betont, „steht jenseits aller parteipolitischen Begriffe und Bindungen“. Damit wurde ein Topos konservativen Selbstverständnisses bemüht. Nicht von ungefähr wollte die Tagung die konservative „Haltung“ beschreiben und meinte damit eine dem Menschen eigentümliche, vorpolitisches Einstellung zum Leben. Daher, so unterstrich Wenger, seien die „Maximen“ des Konservatismus „zeitlos und unabänderlich: sie sind uns vorgegeben und nur um den Preis der Zerstörung der humanen Substanz veränderlich“.<sup>176</sup> Aus diesem Grunde sei der Konservatismus seinem Wesen nach „anti-ideologisch“ – Ideologien konstruierten sich ein Idealbild der Welt und suchten dieses dann in ihrem Sinne zu schaffen, der Konservatismus dagegen wisse um das Gegebene – auch das ein bekannter Topos der Konservatismus-Definition, der im deutschen Fall an die Weimarer Verschleierungsformel vom ‚Unpolitischen‘ (und tatsächlich höchst Politischen) anschloss.<sup>177</sup> Der Konservative sei, so Wenger weiter, um nichts anderes bemüht als „im Wandel der Gesellschaft die natürliche Ordnung der Grundstrukturen bewahren zu helfen“. Seit jeher basiere der Konservatismus auf „vier ehernen Säulen“: der „Schöpfungsordnung, des Naturrechts, der historischen Tradition und der politisch experimentellen Erfahrung“.<sup>178</sup>

Was Wenger darunter verstand, führte er in seinem Vortrag vor der Abendländischen Akademie in aller Deutlichkeit aus: Er plädierte für eine ständische Ordnung mit autoritärer Führung und Elitenauslese, patriarchalische, kleinräumige, bäuerliche Gesellschaftsstrukturen und die Verpflichtung der Politik auf den Dekalog als Erbe des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.<sup>179</sup> Mit seinem ätzenden Angriff auf die Verfassungsordnung der Bundesrepublik stand er 1956 in Eichstätt allein. Er wirkte wie ein Relikt aus den ersten Jahren der Abendlandbewegung.

Denn kurz nachdem diese, ausgehend vom *Spiegel*, im Sommer 1955 unter journalistischen Beschuss geraten war und Innenminister Gerhard Schröder im Bundestag eine umfassende „Prüfung“ angekündigt hatte, suchte die Akademie allen Vorwürfen, die demokratische Ordnung zu untergraben, den Wind aus den Segeln zu nehmen.<sup>180</sup> Dementsprechend argumentierten Stählin, Gundlach und

<sup>174</sup> Zu Gustav Gundlach vgl. SCHWARTE, Gustav Gundlach; RAUSCHER, Gustav Gundlach; eine Sammlung von Gundlachs Texten findet sich in RAUSCHER, Gustav Gundlach 1892–1963.

<sup>175</sup> Zu Paul Wilhelm Wenger vgl. Paul Wilhelm Wenger, in: DER SPIEGEL, 21. 5. 1958. Wenger war Redakteur bei *Rheinischer Merkur*; zu dieser Zeitung in der Nachkriegszeit vgl. MÜLLER, Der Rheinische Merkur.

<sup>176</sup> WENGER, Aufgaben und Möglichkeiten, 1956, S. 51.

<sup>177</sup> Vgl. BUSSCHE, Konservatismus.

<sup>178</sup> WENGER, Aufgaben und Möglichkeiten, 1956, S. 51, Hervorhebungen im Original.

<sup>179</sup> Vgl. ebd., S. 54.

<sup>180</sup> Vgl. FÜRST VON WALDBURG ZU ZEIL, Aufgabe und bisherige Arbeit der Akademie, 1956; außerdem SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika, S. 71.

Merkatz zwar grundsätzlich kulturkritisch – und sahen sich hierin von einer breiten Öffentlichkeit gestützt –,<sup>181</sup> stellten die demokratische Ordnung jedoch nicht in Frage. Zwar machte Gundlach keinen Hehl aus seiner Präferenz ständischer Ordnungen als Ausdruck eines „gesunde[n] Pluralismus konkret-menschlicher Wirklichkeit“ und der Realisierung von „Über- und Unterordnung“, um eine „auf personaler Führung des Daseins beruhende Gesellschaftlichkeit [...] zu gestalten“,<sup>182</sup> doch gleichfalls stellte er als Charakterzug des Konservativen heraus, dass dieser „das Diesseits voll zu bejahren“ entschlossen sei – ein Diesseits, „das in das Jenseitige hineingestellt“ sei.<sup>183</sup> Ein anderes Diesseits als die Bundesrepublik war nicht in Sicht, der Konservatismus hatte sich trotz aller Demokratieskepsis auf diesem Boden zu bewegen.

Was zu bewahren war dem Konservativen dann zur Aufgabe gestellt? Keine Staatsordnung, nein: den „lebendige[n], wirkliche[n] Mensch[en] in dem Gefüge seines Lebens“. Den Konservatismusbegriff der Abendländerbewegung kennzeichnete dabei sein christlicher Kern. Nur im christlichen Gottesbezug sei „menschliche Gesellschaft in Freiheit und Würde möglich“.<sup>184</sup> In der Zentralität, die dem Individuum zugesprochen wurde, äußerte sich die katholische Prägung dieser Konservatismus-Definition, ersichtlich bereits in der Terminologie: Es wurde vom *Menschen*, der *Person*, von der *Personhaftigkeit*, vom *personhaften Sein* und der *Personalität* gesprochen, mithin die Sprache der katholischen Theologie, genauer des neuscholastischen Personalismus, aufgenommen.<sup>185</sup> Am dezidiertesten, und am wenigsten überraschend, findet sich eine Ausführung dieser Gedanken bei dem Exponenten des jesuitischen Personalismus, Gustav Gundlach.<sup>186</sup> Der Konservatismus konzipiere die Freiheit des Menschen gerade nicht vom Staat her, wie dies für die Hegelsche Staatsphilosophie, die den konservativen Etatismus in Deutschland tief geprägt hatte, typisch gewesen sei. Nicht die „Sozialgebilde“ trügen den Menschen und definierten damit seine Personhaftigkeit, vielmehr ruhten diese auf der „Eigenstruktur des konkreten Menschen als Grundlage jeder Ganzheit“ auf.

Gundlach verabschiedete damit mit einem Handstreich die vorherrschende Form konservativen Denkens in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert. Alle organischen Vorstellungen sozialer Ordnung und andere „biologisch gefärbte Vorstellungen von Sozialgebilden“ seien nicht *konservativ*, sondern „schein-konservativ“ und Auswüchse eines „verirrten Ganzheitsdenkens“.<sup>187</sup> Dabei konnte er auf seine eigenen scharfsichtigen Analysen des Jahres 1932 verweisen, die in *Stimmen der Zeit* veröffentlicht worden waren.<sup>188</sup> Der Mensch selbst sei „als Person fähig und

<sup>181</sup> Vgl. SCHILDT, Moderne Zeiten, S. 324–350.

<sup>182</sup> GUNDLACH, Konservative Haltung, 1956, S. 34.

<sup>183</sup> Ebd., S. 38–39; ebenso S. 27.

<sup>184</sup> GAUPP-BERHAUSEN, Vorwort, 1956.

<sup>185</sup> Vgl. dazu und zu Gundlachs Rolle in der Formulierung und Deutung der katholischen Staatstheorie nach 1945 UERTZ, Vom Gottesrecht zum Menschenrecht, S. 363–405, 419–433.

<sup>186</sup> Zum Personbegriff Gundlachs vgl. SCHWARTE, Gustav Gundlach, S. 339–349.

<sup>187</sup> GUNDLACH, Konservative Haltung, 1956, S. 28.

<sup>188</sup> GUNDLACH, Konservativismus und antiliberale Konjunktur, 1932.

gerufen, sein Dasein immer wieder zu konkreter Ganzheit im wahren Sinne zu führen“<sup>189</sup> – an die Vollendung des einzelnen in der „Ganzheit“ glaubte Gundlach augenscheinlich weiterhin. Und auch die Bedeutung von Institutionen als „notwendige Ordnungsgefüge gemäß der Vorsehung Gottes“ unterstrich er, die vom Menschen gestaltet und mit dem Menschen unlösbar verbunden seien. Allerdings hatten sie nur so lange eine Berechtigung, wie ihr „personale[r] Kern“ erkennbar blieb. Konkret hieß dies, dass ein Konservativer für Ehe, Familie und Privateigentum eintreten würde und für einen Staat, dessen Autorität „durch Personen repräsentiert wird und nicht durch versachlichte Funktionsordnungen“.<sup>190</sup> Solchermaßen definierte auch Stählin, Protestant mit katholischen Neigungen, den Kern des Konservatismus. Zu „konservieren“ gelte es den „Mensch[en] in dem Gefüge, in dem allein der Mensch seine wahrhaft menschliche Existenz hat und haben kann“.<sup>191</sup>

Zugleich wurden die Abendländer nicht müde, Wandel und Erneuerung in ihren Konservatismusbegriff zu integrieren, ihr Verständnis von Zeitlichkeit auszuloten. *Beharrung, Reaktion, Restauration* dienten dafür als Gegenbegriffe. „Die Geschichte, in der es konservative Haltung gibt“, so fasste Stählin dieses Zeitverständnis in ein eindrückliches Bild, „ist eine Kette, wo ein Glied in das andere greift, und nicht eine Stange, die an jedem Punkt gleich aussieht“.<sup>192</sup> Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sollten ineinandergreifen, miteinander harmonisch verbunden sein, ganz im Sinne der neuzeitlichen christlichen Idee vom Gang der Heilsgeschichte; das für die konservative Sprache charakteristische Strukturprinzip der Zeitlichkeit manifestierte sich in theologischen Begriffen. Von der anderen Seite her sahen die Abendländer diese Harmonie der Zeitebenen durch einen unbedingten Fortschrittsglauben bedroht. So verstand Merkatz die Abendländerbewegung als „Bewegung der Erneuerung“, die die verschütteten Heilswerte des „christlichen Abendlandes“ zu einer „Wiedergeburt“ führte, und rief seine Zuhörer dazu auf, „der Vokabel ‚konservativ‘ mit Entschlossenheit den Sinn der Erneuerung“ zu geben.<sup>193</sup> In der Tat: Die Abendländer setzten viel Mühe darein, den Konservatismusbegriff rhetorisch von seinem vergangenheitspolitischen Ballast zu reinigen – und blieben dennoch, wenn auch in unterschiedlichem Maße, seinen antiliberalen Gehalten verhaftet.

Das engmaschige semantische Netz, das dem abendländischen Konservatismusbegriff Kontur gab, enthielt Begriffe wie *Abendland, Autorität, Christentum, Föderalismus, patriarchalisch, Heimat, Überschaubarkeit, Mannigfaltigkeit in der Einheit, Ehe, Familie, Privateigentum, Staat, Geschichte, Heimatboden und Vaterland, Macht, Verantwortung usw.* Liberale Begriffe wurden durch Verbindungen mit anderen Begriffen qualifiziert, wie vor allem der Begriff der *Freiheit* zeigt. Für Wenger etwa war „Freiheit“ nur „versöhnt und verbunden mit echter Auto-

<sup>189</sup> GUNDLACH, Konservative Haltung, 1956, S. 30.

<sup>190</sup> Ebd., S. 33.

<sup>191</sup> STÄHLIN, Konservative Haltung, 1956, hier 14.

<sup>192</sup> Ebd., S. 17.

<sup>193</sup> MERKATZ, Aufgaben und Möglichkeiten einer konservativen Politik, 1956, S. 45.

rität“ akzeptabel.<sup>194</sup> Hier wirkte das Strukturprinzip der Synthese und des Ausgleichs.

Schwierig war der Begriff der *Freiheit* für die Abendländer – genauso wie für die Politiker der DP – schon allein deshalb, weil er als Zentralbegriff des *Liberalismus* galt und letzterer neben dem *Bolschewismus* als unbedingter Gegenbegriff zu *Konservatismus* fungierte. Alle übrigen Gegenbegriffe wurden diesen beiden zugeordnet, wie „Fortschritt“, „Individualismus“,<sup>195</sup> „abstrakte Gleichheit und Freiheit“,<sup>196</sup> „Ökonomismus und Technizismus“,<sup>197</sup> „soziale Atomisierung“,<sup>198</sup> „Kollektiv“ oder „Kollektivismus“<sup>199</sup>, „anonyme Masse“,<sup>200</sup> „Zentralismus und Uniformismus“<sup>201</sup> oder „Ideologie“, um nur einige zu nennen. Letztlich wurde zwischen *Liberalismus* und *Bolschewismus* kaum unterschieden – beide galten als Verleugnung der göttlichen Heilsordnung und daher derselben säkularen Wurzel entsprungen.<sup>202</sup>

Der abendländischen „grundsätzliche[n] Antithese zur Moderne“<sup>203</sup> die sich im Konservatismusbegriff manifestierte, war keine Zukunft beschieden. Im Jahr 1956 hatte sie ihren Zenit bereits überschritten, wie die politischen Auseinandersetzungen im Nachgang des Augsburger Ulrichsjubiläums im Jahr davor deutlich zeigten.<sup>204</sup> Die abendländischen Ordnungsvorstellungen hatten ihre Anziehungskraft verloren. Sie stellten sich als genau das heraus, wovon ihre Protagonisten überzeugt waren, dass sie es gerade nicht waren: „Konstruktionen und Wunschträume [...] ohne den Boden des wirklichen Lebens“. Die angebliche abendländische „Nüchternheit, die ein Merkmal der echt konservativen Haltung“ sei, wie Stählin sie sich selbst zuschrieb,<sup>205</sup> hatte sich als ideologische Illusion entpuppt.

### 3.1.5. Zwischen beschämter Stille und ambivalenter Thematisierung. Publizistische Deutungen des Konservatismusbegriffs

Um den Konservatismus blieb es erstaunlich still in den intellektuellen Blättern, Zeitschriften und Zeitungen der frühen Bundesrepublik und wohl auch im Radio

<sup>194</sup> WENGER, Aufgaben und Möglichkeiten, 1956, S. 70.

<sup>195</sup> STÄHLIN, Konservative Haltung, 1956, S. 15.

<sup>196</sup> GUNDLACH, Konservative Haltung, 1956, S. 34

<sup>197</sup> Ebd., S. 35.

<sup>198</sup> WENGER, Aufgaben und Möglichkeiten, 1956, S. 52.

<sup>199</sup> Ebd.; STÄHLIN, Konservative Haltung, 1956, S. 15.

<sup>200</sup> STÄHLIN, Konservative Haltung, 1956, S. 15.

<sup>201</sup> GUNDLACH, Konservative Haltung, 1956, S. 34.

<sup>202</sup> Zum katholischen Antikommunismus der frühen Bundesrepublik vgl. BRECHENMACHER, Katholische Kirche und (Anti-)Kommunismus; zu den totalitarismustheoretischen Säkularisierungsinterpretationen der Kirchen vgl. SOLCHANY, Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus; GRESCHAT, „Rechristianisierung“ und „Säkularisierung“.

<sup>203</sup> CONZE, Das Europa der Deutschen, S. 147.

<sup>204</sup> Vgl. ebd., S. 162–167; CONZE, Abendland gegen Amerika!; SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika, S. 66–71; SEEFRIED, Abendland in Augsburg. Die Jubiläumsfeierlichkeiten sind dokumentiert in SCHWARZ und HOHENESTER, Crux Victorialis, 1955.

<sup>205</sup> STÄHLIN, Konservative Haltung, 1956, S. 17.

und im Fernsehen.<sup>206</sup> In der publizistischen Öffentlichkeit wurde das Konservativen kaum thematisiert, schon gar nicht wurde um einen zeitgemäßen Konservatismus gerungen, geschweige denn gestritten. Er schien nicht vorzukommen in der politischen Sprache der intellektuellen Beobachter und Begleiter der jungen Demokratie, vielmehr blieb er in jenen Arenen gefangen, in denen sich die Advokaten des ausgesprochenen Konservativen bewegten. Bis ans Ende der 1950er Jahre herrschte in der weiteren publizistischen Öffentlichkeit eine beschämte Stille vor. Dieser Umstand trug entscheidend zu dem Eindruck bei, dass der Konservatismus keine Relevanz mehr beanspruchen konnte in der neuen Republik. Der Begriff wurde selbst von jenen gemieden, die sich als *konservativ* verstanden und sich eine Erneuerung konservativen Denkens auf die Fahnen geschrieben hatten. Dies traf etwa auf Margret Boveri zu<sup>207</sup> wie auf das publizistische Netzwerk des Tat-Kreises bei der *Welt* und bei *Christ und Welt*,<sup>208</sup> genauso aber auch auf Rudolf Pechel, der sich durch die Erfahrung der NS-Diktatur vom Anhänger der Weimarer neuen Rechten zu einem Advokaten der Republik gewandelt hatte und nach 1945 in seiner *Deutschen Rundschau* einen mit der liberalen Demokratie kompatiblen Konservatismus propagierte.<sup>209</sup> Ausführungen zum Begriff aber vermied er.

Statt dessen druckte Pechel 1951 einen Auszug aus dem Buch *Zerfall und Wiederaufbau der Politik* des Schweizer Publizisten und Politikers Peter Dürrenmatt, in dem „konservative Politik“ grundsätzlich beschrieben wurde. Er ließ also eine Stimme aus dem unbelasteten Ausland zu Wort kommen. Aus der Feder eines Schweizers schien zu Beginn der 1950er Jahre eine Positionsbestimmung des Konservatismus in einer deutschen Zeitschrift möglich – allein dies war Beweis genug für die Problematik des Begriffs. Dürrenmatt entwarf einen Konservatismus, der sich durch „Sinn für Gegenwart und Wirklichkeit“, die unbedingte Orientierung auf den Menschen hin, die Anerkennung der Autorität des christlichen Gottes sowie durch die Prinzipien von Gleichgewicht und Ausgleich auszeichnete. Nicht für eine Politik der „Extreme“ stehe das Konservative, sondern ganz im Gegenteil für eine „Politik des Gleichgewichts, des schrittweisen Aufbaues, der Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit, der lebendigen Ruhe und der gemessenen Bewegung“. Auch hier also wurde auf die Semantik des Ausgleichs zurückgegriffen, um das Konservative in der demokratischen Gegenwart zu positionieren. Sollten sich seine Zeitgenossen „des Wortes ‚konservativ‘ schämen“, so empfahl ihnen Dürrenmatt, so sollten sie sich zumindest „zu seinem Wesen [zu] bekennen“<sup>210</sup> – *konservativ* sein, ohne sich so zu bezeichnen also.

<sup>206</sup> Zur Bedeutung intellektueller Debatten im Radio vgl. BOLL, Nachtprogramm, zum Fernsehen VERHEYEN, Diskussionslust, S. 154–206; zur Presselandschaft HODENBERG, Konsens und Krise; und die relevanten Beiträge in SCHILDT und SYWOTTEK, Modernisierung im Wiederaufbau.

<sup>207</sup> GÖRTEMAKER, Ein deutsches Leben, S. 261.

<sup>208</sup> Vgl. dazu PAYK, Ideologische Distanz, sachliche Nähe; SCHILDT, Deutschlands Platz in einem „christlichen Abendland“; KRACHT, „Schmissiges Christentum“.

<sup>209</sup> Vgl. GALLUS, Von der „Konservativen Revolution“ zur westdeutschen Demokratie.

<sup>210</sup> DÜRRENMATT, Konservative Politik, 1951.

Durchbrochen wurde die beschämte Stille der Publizistik, wenn einschlägige Bücher besprochen wurden. Dann entwickelte sich tatsächlich ansatzweise ein Diskurs darüber, was *konservativ* in der Gegenwart zu bedeuten hatte. Auf diese Weise wurden die Begriffsprägungen in den oben beschriebenen Gravitationszentren, die teils durch Institutionalisierung, teils durch intellektuelle Vernetzung über eine relativ feste Binnenstruktur verfügten, in die weitere Öffentlichkeit getragen, dort reflektiert und kommentiert. Dass Mittlerfiguren, die „freischwabenden“ Intellektuellen im Sinne Karl Mannheims,<sup>211</sup> in diesem Diffusionsprozess eine wichtige Rolle spielten, wurde am Beispiel Armin Mohlers bereits deutlich.

Anfang der 1950er Jahre forderte Hans Mühlenfelds Buch zur publizistischen Auseinandersetzung heraus. Es wurde breit besprochen.<sup>212</sup> Die beiden substantiellsten Beiträge lieferten Otto Heinrich von der Gablentz in *Politische Literatur* und Franz Josef Schöningh in *Hochland*.<sup>213</sup> In ihrer Kritik an Mühlenfelds Ansatz stimmten die so ungleichen Publizisten überein – der Protestant von der Gablentz, Mitglied des Kreisauer Kreises, Mitbegründer der CDU und Politikwissenschaftler,<sup>214</sup> und der Katholik Schöningh, Redakteur der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) und Herausgeber von *Hochland*, der als stellvertretender Kreishauptmann der deutschen Besatzungsverwaltung im Distrikt Galizien des Generalgouvernements zwischen 1942 und 1944 an der Organisation des Holocaust beteiligt gewesen war.<sup>215</sup> Zwar teilten beide Mühlenfelds Diagnose konservativer Verirrung ob der Übernahme nationalistischer Ideen im 19. Jahrhundert, waren von der Notwendigkeit, den ursprünglichen, wahren Konservatismus wiederzubeleben, überzeugt, und erkannten im britischen Konservatismus ein Vorbild. Doch zugleich zweifelten sie an Mühlenfelds Herleitung des konservativen Denkens. Die ewige Ordnung, die dem Konservatismus zu bewahren zur Aufgabe gestellt sei, entbehre in Mühlenfelds Entwurf der Legitimation. Allein die Berufung auf „das Gewachsene“ beinhalte „keinen Maßstab für die geschichtliche Verantwortung“, argumentierte von der Gablentz. „Den findet man nur in der Dimension, die hinter Natur und Geschichte liegt, in der religiösen.“<sup>216</sup> Auch Schöningh fehlte in Mühlenfelds Bestimmung des Konservativen die „tiefere christliche Begründung“, in der er die „eigentlichen geistigen Wurzeln“ des Konservatismus erkannte.<sup>217</sup> Das Christliche kristallisierte sich im Diskurs der 1950er Jahre immer deutlicher als Essenz des Konservativen heraus.

<sup>211</sup> Vgl. SCHILDT, Auf neuem und doch scheinbar vertrautem Feld, S. 31.

<sup>212</sup> Vgl. WALTER FREDERICIA, Gegen den Fortschrittsglauben, in: DIE ZEIT, 27.11.1952; H. HAHNE, Konservative Politik, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 3. 10. 1953; Konservativ ist nicht reaktionär!, in: CHRIST UND WELT, 16. 4. 1953; zur Rezeption in den USA vgl. ROBERTS, Recent Books, 1954, S. 332; SCHARF, Rezension: Hans Mühlenfeld, 1953.

<sup>213</sup> Vgl. VON DER GABLENTZ, Erneuerung konservativen Denkens?, 1953; SCHÖNINGH, Was heißt heute konservativ?, 1953/54.

<sup>214</sup> Vgl. STEINBACH, „Jenseits von Staat und Markt“.

<sup>215</sup> Vgl. HARBOU, Wege und Abwege.

<sup>216</sup> VON DER GABLENTZ, Erneuerung konservativen Denkens?, 1953, S. 162.

<sup>217</sup> SCHÖNINGH, Was heißt heute konservativ?, 1953/54, S. 25–26, FN 5.

Der fortschreitenden Säkularisierung habe ein zeitgemäßer Konservatismus entgegenzutreten. In der Gegenwart würde die „konservative Haltung“ im kontinentalen Europa von den christlichen Parteien vertreten, so von der Gablentz, die nicht von ungefähr gegenwärtig den politischen „Platz einnehmen [würden], der früher den Konservativen zukam“.<sup>218</sup> CDU und CSU, so durfte geschlossen werden, seien die konservativen Parteien der Gegenwart.

Nicht nur in dieser Hinsicht stand von der Gablentz quer zu Schöningh. Der hielt an der parteienkritischen Position der Zwischenkriegszeit fest, die den Konservatismus seines Eigentlichen beraubt und zur „Ideologie unter anderen“ mutiert glaubte, sobald er sich mit einer politischen Partei verband.<sup>219</sup> Vielmehr hatten sich Konservative in Unabhängigkeit in die politische Diskussion einzubringen und vor den Gefahren der Kollektivierung zu warnen – in „Geduld, Zähigkeit und Demut“.<sup>220</sup> In dieser Empfehlung für einen konservativen Politikstil stimmte Schöningh wiederum mit von der Gablentz überein, der zu „Behutsamkeit“ anriet und dabei Anleihen beim britischen Konservatismus nahm. Während „[c]onservative [...] im Englischen behutsam, pfleglich“ hieße, dächten die Deutschen dabei „an Eingemachtes in Konservenbüchsen und an Denkmalskonservatoren“ – an eine leblose Bewahrung des Abgelebten also. Konservative Haltung impliziere dagegen, insistierte von der Gablentz, „[b]ehutsam mit der ganzen Wirklichkeit, pfleglich mit den Dingen und menschlich mit den Menschen um[zu]gehen“.<sup>221</sup>

Nicht das reaktive Prinzip der Gegensätze, sondern das Prinzip des Ausgleichs bestimmten Schöningh und von der Gablentz zum Ingredienz des Konservativen – und sie fanden dafür neue Begriffe wie eben *Behutsamkeit* oder *Geduld*, die sich um den Konservatismusbegriff legten. Zugleich verklammerten sie den Konservatismusbegriff mit dem Christlichen – eine Synthese ganz eigener Art, die also nicht nur in der Abendlandbewegung oder in Hans Zehrs publizistischen Beiträgen propagierte wurde. Für amerikanische Beobachter wie den Historiker Henry L. Roberts musste die an Mühlenfelds Konservatismusentwurf geäußerte Kritik eines Mangels an christlicher Legitimation wohl erstaunlich klingen: Sie sahen in seinem Buch gerade den Versuch, konservative Theorie auf religiöser Grundlage zu entwerfen.<sup>222</sup>

Eben jene in der Publizistik der frühen Bundesrepublik so selten gestellte Frage, was *konservativ* in der Gegenwart bedeuten könnte, trieb 1953 Golo Mann um, als er Russell Kirks *The Conservative Mind*, in seinen Händen hielt.<sup>223</sup> Es passt ins Bild, dass Manns Rezension im *Monat*, der Zeitschrift des Kongresses für kulturelle Freiheit, erschien, die sich den transatlantischen Dialog im Zeichen des

<sup>218</sup> VON DER GABLENTZ, Erneuerung konservativen Denkens?, 1953, S. 164–165.

<sup>219</sup> Vgl. SCHÖNINGH, Was heißt heute konservativ?, 1953/54, S. 33.

<sup>220</sup> Ebd., S. 34.

<sup>221</sup> VON DER GABLENTZ, Erneuerung konservativen Denkens?, 1953, S. 164, Hervorhebung im Oritinal.

<sup>222</sup> Vgl. ROBERTS, Recent Books, 1954; SCHARF, Rezension: Hans Mühlenfeld, 1953.

<sup>223</sup> Siehe S. 7, 30–31, 44.

Antikommunismus zur Aufgabe gemacht hatte.<sup>224</sup> Und gleichermaßen passte der Rezendent, ein transatlantischer Mittler, der viele Jahre der Emigration in den USA verbracht hatte, und durch seine Übersetzung Edmund Burkes und seine Arbeit zu Friedrich von Gentz ein ausgewiesener Kenner der Materie war.<sup>225</sup> Denn die Suche nach dem Konservatismus in den bundesrepublikanischen 1950er Jahren implizierte stets einen Blick gen Westen und konturierte dabei zugleich das Bild, das man sich vom Westen mache.<sup>226</sup>

Manns kritische Besprechung von Kirks Erstlingswerk stieß sich an dessen Parteilichkeit, an seiner Tendenz, die Moderne als reines Negativum darzustellen, und an dem Absolutheitsanspruch, mit dem er den Konservatismus umgab. Dagegen setzte Mann ein Bild des Konservatismus als „Fragment des geistigen Universums, provoziert durch andere Fragmente, die zu balancieren er auf den Plan trat“.<sup>227</sup> Daraus sprach Manns Skepsis gegenüber jeder Theoriebildung, die statt auf das Partielle und auf die Vielfalt auf Einheit und Ausschließlichkeit setzte. Letztlich also begegnete Mann Kirks Synthetisierungsangebot mit einem konservativen Argument. Das „Herz des Konservatismus“, meinte er, sei „die Liebe zur Vergangenheit“. Was aber könnte die Vergangenheit die Deutschen lehren, die mit einer völlig neuen Gegenwart konfrontiert seien? Wiederum war Manns Antwort genuin konservativ: Nicht „Systeme [...], aus denen das jetzt und hier zu Tuende sich zuverlässig ableiten ließe“, böten gegenwärtige Hilfe, sondern allein die Beschäftigung mit den großen Männern der konservativen Tradition. Handlungsanleitung aber könnten auch sie nicht geben, diese Aufgabe bleibe „der Intuition, dem Wagnis, dem guten Willen“ vorbehalten.<sup>228</sup> Politisches Handeln in der *Wirklichkeit*, geleitet von historischer Erfahrung, Instinkt und praktischer Vernunft – Golo Manns Ratschläge entsprachen dem, was unter *konservativ* verhandelt wurde, ohne dass er selbst den Begriff verwendete. Sie entsprachen außerdem seinem eigenen Ideal eines liberalen Konservatismus, das sich im Studium Burkes und Gentz' ausgebildet hatte.<sup>229</sup> Und nicht zuletzt spiegelten sie seine eigene Entdeckungserfahrung des Konservativen: Konservatismus als in die Gegenwart hineinwirkendes Fragment, das man aufgreifen und sich aneignen, aber auch ablehnen konnte – es jedenfalls in der Aktualisierung immer wieder neu veränderte.

So fragmentarisch, wie Golo Mann sich das Wirken politischer Denksysteme vorstellte, so fragmentarisch blieb die publizistische Auseinandersetzung mit dem Konservatismus in den 1950er Jahren. Erst am Ende des Jahrzehnts sollte sich dies ändern, als eine Debatte über das Konservative einsetzte, die nicht von ungefähr in der Publizistik geführt wurde. Offensichtlich war ein begriffliches Vakuum entstanden, nachdem überdeutlich geworden war, dass die selbstbewussten Advokaten eines bundesrepublikanischen Konservatismus, die Deutsche Partei und die

<sup>224</sup> Zum *Monat* vgl. MARTIN, „Eine Zeitschrift gegen das Vergessen“.

<sup>225</sup> Vgl. Zu Manns Burke-Rezeption vgl. essayistisch GÖRNER, Retrospektiver Fortschritt.

<sup>226</sup> Vgl. STEBER, „The West“, Toqueville und West Germany Conservatism.

<sup>227</sup> MANN, Was ist konservativ?, 1953, S. 187.

<sup>228</sup> Ebd., S. 188.

<sup>229</sup> Vgl. LAHME, Golo Mann, S. 128–131.

Abendland-Bewegung, rapide an Bedeutung verloren. Welchen Stellenwert möchte das Konservative in der Bundesrepublik überhaupt noch haben, wenn es seine letzten institutionellen Stützen verloren hatte? Ihre Deutungsangebote liefen ins Leere, wie im Übrigen auch die der konservativen Kulturkritik.<sup>230</sup> Dasselbe galt für jene Vertreter der Weimarer neuen Rechten, die sich mit der Demokratie nicht oder nur fragmentarisch arrangieren wollten und von einer jungen, kritischen Intellektuellengeneration nur mehr als „resigniert“ oder einfach „alt“ beurteilt wurden.<sup>231</sup> Allein jene Intellektuelle aus diesen Kreisen, die sich auf die moderne Gesellschaft eingelassen hatten und ihr theoretisch beizukommen suchten wie Schelsky und Gehlen, schienen ein Rezept für einen zukunftsfähigen Konservatismus zu haben.<sup>232</sup> Doch auch sie schreckten vor der Selbstbezeichnung als Konservative zurück. Das Ergebnis war Verunsicherung, Ratlosigkeit, zuweilen Resignation, aber auch offensive Neujustierung.

So setzte am Ende des Jahrzehnts eine publizistische Debatte um das Konservative ein, in der eine Bandbreite von Positionen aufschien und die 1962 in dem bekannten Forum *Konservativ 1962* in der Zeitschrift *Monat* ihren Höhepunkt und Abschluss erreichte. Die Verunsicherung über die Begriffe der politischen Sprache in der Demokratie lag an ihrem Grunde. Sie sprach bereits 1957 aus einem Beitrag des Politikwissenschaftlers Siegfried Landshut, der nichts weniger als das Ende einer Epoche diagnostizierte. Lange Jahre hatte er im Exil in Ägypten, Palästina und Großbritannien verbracht und half nach seiner Rückkehr die Politikwissenschaften in der Bundesrepublik aufzubauen.<sup>233</sup> Mit der Distanz der von ihm bevorzugten begriffsgeschichtlichen Methode analysierte Landshut die Begriffe *Restauration*<sup>234</sup> – einen Zentralbegriff der 1950er Jahre – und *Konservativismus*.<sup>235</sup> Den Konservatismus definierte er dabei als so ideologisch wie seine aufklärerische Gegenposition, seine Begriffswelt charakterisierte Landshut als dichotomisch. Das Gegeneinander von fortschrittlicher Haltung einerseits und konservativer Haltung andererseits, das die Geschichte seit der Französischen Revolution geprägt habe, sei allerdings obsolet geworden, weil sich die Gesellschaft radikal verändert habe. Die alten Begriffe passten nicht mehr in eine neue Zeit, argumentierte Landshut, sie seien zu „Anachronismen“ geworden. Letzten Endes sei nur noch eine konservative Haltung möglich – eine Haltung der beständigen „Restauration“ des „seit 200 Jahren Gültigen“, die für den Liberalen ohnehin galt, aber auch für den „Neo-Konservativen“, der sich mit der Demokratie arrangiert hatte, ob freiwillig oder gezwungenermaßen. Er habe, so Landshut,

<sup>230</sup> Vgl. PAYK, Der Geist der Demokratie, S. 282–288.

<sup>231</sup> Vgl. LÜBBE, Die resignierte konservative Revolution, 1959; JÜRGEN HABERMAS, Der Verrat und die Maßstäbe, in: DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG, 15. 10. 1956. Vgl. dazu PAYK, Der Geist der Demokratie, S. 341–353.

<sup>232</sup> Für konservative, die Moderne bejahende Positionen in *Merkur* vgl. KISSLING, Die undeutschen Deutschen, S. 326–333.

<sup>233</sup> Vgl. NICOLAYSEN, Siegfried Landshut; ders., Zur Kontinuität politischen Denkens.

<sup>234</sup> Vgl. KIESEL, Die Restauration des Restaurationsbegriffs.

<sup>235</sup> LANDSHUT, Restauration und Neo-Konservativismus, 1957, S. 49. Zu Landshuts Begriffs geschichten vgl. NICOLAYSEN, Zur Kontinuität politischen Denkens, S. 291–292.

keine andere Möglichkeit, als die von aufklärerischen Ideen und Formen durchdrungene liberale Welt zu bewahren.<sup>236</sup> Mehr Liberalität als bereits im 19. Jahrhundert ersonnen, konnte in dieser Perspektive im 20. Jahrhundert nicht mehr gedacht werden. Der Gegensatz der Ideologien war an sein Ende gekommen – und damit auch die Begriffe, die sie bezeichneten.

Die gegenseitige Durchdringung von Liberalismus und Konservatismus, die Landshut aus der Position des wissenschaftlichen Beobachters beschrieb und für die ihm andernorts Alexis de Tocqueville zum Gewährsmann wurde,<sup>237</sup> führte bei Hans Schuster, der 1959 in *Merkur* nach der „deutsche[n] Rechte[n]“ fahndete, dagegen zu einer resignativen Haltung. Von „konservativer Erneuerung“, auf die ein halbes Jahrzehnt zuvor noch zu hoffen gewesen sei, sei gegenwärtig nichts zu spüren. Statt dessen rufe der Begriff „eine ganze Skala von negativen Empfindungen“ hervor – und das, so konstatierte Schuster lakonisch, obwohl (oder gerade weil) die „Zeiten selbst [...] konservativ geworden“ seien. *Konservatismus* bedeutete Schuster ausschließlich Reaktion auf und Gegenwehr gegenüber dem Fortschritt. Solange aber die bundesrepublikanische Gesellschaft sich in einer Ruhe des „keine Experimente“ wiege, solange gebe es für eine Formierung des Konservatismus keine Ansatzpunkte.<sup>238</sup> Für einen Konservatismusbegriff, wie ihn Schuster voraussetzte, basierend auf Anti-Fortschritts-Haltung, Gegensatzprinzip und ideologischer Geschlossenheit, war in der Bundesrepublik der späten 1950er Jahre tatsächlich kein Platz mehr.

Auch Marion Gräfin Dönhoff zog das Ende der 1950er Jahre gängige Interpretation der Entideologisierung heran, um im Jahr 1960 das Ende der Deutschen Partei historisch einzuordnen.<sup>239</sup> Mit dem „Prozess der Einebnung der klassischen Ideologien“ glichen sich die Parteien immer stärker einander an, so dass die alten Richtungsbegriffe *konservativ*, *liberal* und *sozial* ihren Distinktionscharakter verloren und sich die Bundesrepublik auf ein Zweiparteiensystem mit *Rechts-Links*-Schema zubewegte. Mit dem Bedeutungsverlust der überkommenen Begriffe verlor auch der *Konservatismus* begrifflich wie substanzell seine Kontur, so die These. Dönhoff identifizierte zum einen spezifisch deutsche Gründe für diesen Prozess: Die beiden verlorenen Weltkriege hätten die „Sozialstruktur von Grund auf vernichtet“, so dass es „keine Kontinuität“ mehr gebe, das von Ideen geprägte 19. Jahrhundert vergessen sei und der Pragmatismus regiere. Zum anderen sei die deutsche Entwicklung auch Teil eines Wandels, der die gesamte industrialisierte Welt erfasse, in der nicht mehr ideologische Politik zähle, sondern eine pragmatische Politik der Wohlstandsmehrung. Ein Leben in der Gegenwart, ohne Bezug zur Vergangenheit, ohne Ideale, ohne alternative Zukunftsentwürfe – in dieser Welt war dem politischen Konservatismus für Dönhoff alle Existenzmöglichkeit versagt. Dennoch hoffte sie auf ein Weiterleben des Konservativen als

<sup>236</sup> LANDSHUT, Restauration und Neo-Konservativismus, 1957, S. 50.

<sup>237</sup> Vgl. STEBER, „The West“, Toqueville and West Germany Conservatism, S. 237.

<sup>238</sup> SCHUSTER, Konservativ in unserer Zeit, 1959.

<sup>239</sup> Zu Dönhoff vgl. HARPPRECHT, Die Gräfin Marion Dönhoff.

„geistige Haltung“, wobei sie im Rückgriff auf eine Episode aus der preußischen Geschichte nur schemenhaft andeutete, was sie darunter verstand.<sup>240</sup> Moral, individuelle Freiheit, Verantwortung, Adel, Staatsgesinnung, Gemeinwohlorientierung – das mochte sich der Leser vorstellen. Es entsprach den Idealen und Topoi, die Dönhoff mit den Widerständlern des 20. Juli 1944 verband.<sup>241</sup> Wie auch immer, aus Dönhoffs Zeilen sprach in erster Linie Nostalgie. Der Konservatismus war vergangen, gehörte der Geschichte an, hatte keine Zukunft mehr.

Während Dönhoff den Konservatismus begrub und Schuster sich in Resignation gefiel, dachte Friedrich Sieburg in der FAZ über Inhalte und Ziele eines Konservatismus der Gegenwart nach.<sup>242</sup> Auch er diagnostizierte eine konservative Grundstimmung der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die Verschmelzung von Konservativismus und Liberalismus sowie eine Erstarrung des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Wo also könnte ein verjüngter Konservativismus ansetzen? Was sollte er „bewahren wollen“? Das, was ist, war Sieburgs Antwort, also die bundesrepublikanische Demokratie – die „parlamentarischen Institutionen“ und ein „Höchstmaß an wirtschaftlicher, politischer und persönlicher Freiheit“. Außerdem müsse *konservativ* zu sein heißen, die Verantwortung für die gesamte deutsche Geschichte anzunehmen und damit „die Schuld der jüngsten Vergangenheit“. Im Umkehrschluss bedeutete dies aber auch, dass ein positiver Rückbezug möglich sein musste.<sup>243</sup>

Sieburg entwarf in aller Kompromisslosigkeit einen Konservativismus, der allein auf bundesrepublikanischem Boden stand, der das Liberale in sich aufgesogen hatten. Sein Fluchtpunkt war die Freiheit des Individuums, „seine Autonomie gegenüber Gesellschaft und Staat“.<sup>244</sup> Sieburg evozierte dabei die breite konservative Kritik am sozialstaatlichen Ausbau, die dem Einzelnen seine Verantwortung für das eigene Leben aus der Hand nehmen und ihn zur Marionette der Bürokratien werden ließe. Erst wenn sich das Individuum von diesen Zwängen befreien würde, sei oppositionelle, sprich konservative Haltung möglich gegenüber den fortschreitenden Eigenlogiken eines Systems, das auf die Masse statt das Individuum setze.<sup>245</sup> Wie wir gesehen haben, waren diese Deutungsmuster in allen Konservativismus-Entwürfen der 1950er Jahre präsent. Sieburg griff sie auf und spitzte sie zu. Die vom Staat unabhängige, freie Persönlichkeit gerann zum Ideal des Sieburgschen Konservativismusbegriffs.<sup>246</sup> Dabei variierte er nur das Thema der kri-

<sup>240</sup> MARION GRÄFIN DÖNHOFF, Das Ende der Konservativen, in: DIE ZEIT, 8. 7. 1960.

<sup>241</sup> Vgl. CONZE, Aufstand des preußischen Adels.

<sup>242</sup> Zu Friedrich Sieburg vgl. DEINET, Friedrich Sieburg (1893–1964); BUDDENBROCK, Friedrich Sieburg.

<sup>243</sup> Vgl. KRAUS, Als konservativer Intellektueller, S. 271–273.

<sup>244</sup> FRIEDRICH SIEBURG, Darf man noch konservativ sein?, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 23. 9. 1959.

<sup>245</sup> Zu Sieburgs kulturkritischen Einlassungen vgl. KRAUS, Als konservativer Intellektueller, S. 281–287.

<sup>246</sup> Bereits 1956 in seiner Besprechung von Jüngers Rivarol hatte Sieburg den Jüngerschen Entwurf des Konservativismus gepriesen und sein Kern als einen „Weg ins Freie“ charakterisiert; vgl. ebd., S. 295.

senhaften Existenz des Individuums in der Moderne, das seit den frühen 1920er Jahren das „Schlüsselproblem“ seines Denkens geblieben war.<sup>247</sup> Allerdings glaubte Sieburg nicht an eine schnelle Realisierung des von ihm entworfenen Konservatismus angesichts der Gegebenheiten im Wohlfahrtsstaat. Insofern blieb auch seine Konservatismus-Analyse resignativ.

Für den jungen Historiker Rudolf von Thadden-Trieglaff, der sich in einem Leserbrief auf Sieburgs Kommentar hin zu Wort meldete, blieb sie zudem unvollständig. Sollte ein erneuerter Konservatismus eine Chance haben, so erst dann, wenn sein Verhältnis zur eigenen Vergangenheit geklärt sei und seine Inhalte präzise bestimmt würden. Allein über die „Kategorie des Bewahrens“ sei dem Phänomen jedenfalls nicht beizukommen.<sup>248</sup> Ganz ähnlich sollte sich wenig später auch Armin Mohler äußern.<sup>249</sup> Beide mahnten die klare Bestimmung eines Begriffs an, dessen Inhalte ins Rutschen gekommen waren und der deshalb über eine relativ breite Bedeutungsvarianz verfügte.

Recht konkret waren allerdings die Vorstellungen einer „konservativen Erneuerung“ des jüdischen Publizisten, Religionsphilosophen und -historikers Hans-Joachim Schoeps, der nach Jahren im schwedischen Exil in die Bundesrepublik zurückgekehrt war und als Ordinarius für Religions- und Geistesgeschichte in Erlangen amtierte.<sup>250</sup> Schoeps’ Orientierungspunkt war Preußen, ein „anderes Preußen“,<sup>251</sup> das er entgegen der verbreiteten Interpretation nach 1945 nicht nationalistisch und autoritär zeichnete, nicht als Ursprung und Herd der deutschen Katastrophe, sondern als organisch gewachsenen Rechtsstaat, christlichen Werten verpflichtet, hierarchisch, aber ausbalanciert gegliedert, weise geführt von einer verantwortungsvollen adeligen Elite und mit einer patriarchalischen Sozialpolitik Gerechtigkeit verbürgend. Preußen wurde Schoeps’ Lebensthema. Es war ihm sowohl Bezugspunkt als auch Wunschbild seines monarchistischen Konservatismusentwurfs, den er in den 1950er Jahren formulierte, publizistisch energisch vertrat und bis in die 1970er Jahre hinein nur in Nuancen variierte.

Dabei räumte Schoeps eine „spätere Entartungszeit des Preußentums“ ein und zieh die preußischen Könige des Versäumnisses, dem Adel früh genug Freiräume gegeben zu haben, wodurch verhindert worden sei, dass sich im Vergleich zu Großbritannien „eine politische Führungsschicht der Nation“ ausgebildet hätte.<sup>252</sup> Zudem übte er heftige Kritik an den preußischen Konservativen, denen „Bismarck als ihr größter Sohn schon 1866 das ideelle Rückgrat gebrochen“ habe.<sup>253</sup> Die Konservative Partei Preußens, die über die „Ära Gerlach-Stahl geistig

<sup>247</sup> KNÄBICH, Solitär wider Willen, S. 149.

<sup>248</sup> RUDOLF VON THADDEN-TRIEGLAFF, Nicht allein Bewahren, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 30. 9. 1959.

<sup>249</sup> Vgl. MOHLER, Konservative Literatur, 1960.

<sup>250</sup> Vgl. KROLL, Geistesgeschichte in interdisziplinärer Sicht.

<sup>251</sup> Vgl. SCHOEPS, Das andere Preußen, 1952.

<sup>252</sup> Vgl. SCHOEPS, Konservative Erneuerung, 1958, S. 82.

<sup>253</sup> Diese These hatte Schoeps in seiner Studie SCHOEPS, Das andere Preußen, 1952 ausgearbeitet.

niemals hinausgekommen“ sei, habe den Konservatismus und damit auch die Idee des preußischen Staates mit dem Einschwenken auf die Bismarcksche Nationalstaats- und Eroberungspolitik verraten.<sup>254</sup>

Mit dem Namen konservativ haben sich neben- und hintereinander schmücken können: Interessengruppen der Großagrarier, völkische Nationalisten, alldeutsche Imperialisten, bürgerliche Kultur- und Besitzreaktionäre, bis dann ein nationalliberaler Geheimrat die Liquidationsmasse der einstigen Partei nach Ausverkauf der konservativen Rechtsstaatsidee Preußens in den totalen Staat Adolf Hitlers eingebracht hat, den Todfeind alles wirklichen Konservativen.<sup>255</sup>

Das war eine Variante der *Pseudokonservatismus*-These, die in DP-Kreisen kultiert wurde, und sie hatte bei Schoeps die gleiche Funktion wie bei Mühlenfeld und von Merkatz: Der Nachkriegskonservatismus konnte sich so von diesen Traditionslinien reinwaschen und gleichzeitig im deutschen Frühkonservatismus nationale Anknüpfungspunkte für sein Projekt der „Erneuerung“ finden. Zugleich wurde Begriffspolitik betrieben, der Bedeutungshorizont des Konservatismusbegriffs zurechtgerückt. Der sollte auf andere Inhalte festgelegt werden und das Vorbild dafür war Großbritannien. Dessen kontinuierliche, revolutionslose, organische Entwicklung sei der klugen Politik der Konservativen zuzuschreiben, die wussten, dass Revolutionen durch Reformen abgefangen werden könnten. Insofern sei die fehlgeleitete Geschichte der preußischen Konservativen „tragisch für den deutschen Geschichtsablauf“ gewesen.<sup>256</sup> Schoeps’ unverhohlenes Eintreten für die Wiedererrichtung der Monarchie, für die er noch in den 1950er Jahren Chancen sah, bezog sich argumentativ vorrangig auf das britische Vorbild einer lebendigen parlamentarischen Monarchie als idealer Synthese von Tradition und Moderne.<sup>257</sup>

Damit nahm Schoeps die Kritik an Preußen auf, ohne sein Ideal des preußischen Staates aufgeben zu müssen. Während andere Preußen als ursächlich für den deutschen ‚Sonderweg‘ glaubten, interpretierte Schoeps den deutschen Weg in die Katastrophe als Verrat an Preußen. Denn trotz aller Kritik setzte Schoeps im Ganzen dem negativen Zerrbild Preußens ein Bild entgegen, das in seiner Schönzeichnung nicht weniger entstellt war.<sup>258</sup> Wie aber sollte nun der „Konservativismus von morgen“,<sup>259</sup> der sich am Preußen von gestern orientierte, aussehen? Er hatte den Lauf der Geschichte anzuerkennen, sich auf den Boden der „Wirklichkeit“ zu stellen, und das hieß die Demokratie zu akzeptieren. Jede andere Option, so unterstrich Schoeps, sei „reaktionär“. Dementsprechend definierte er das Kon-

<sup>254</sup> So ebenfalls in SCHOEPS, Die Ehre Preußens, 1951, S. 28.

<sup>255</sup> Ebd., S. 11–12.

<sup>256</sup> Vgl. ebd. Schoeps’ Großbritannien-Bild scheint in seiner Analyse der Haltung der preußischen Konservativen gegenüber dem Vereinigten Königreich auf vgl. SCHOEPS, Das andere Preußen, 1952, S. 224–228

<sup>257</sup> Vgl. SCHOEPS, Kommt die Monarchie?, 1953; dazu KRAUS, Eine Monarchie unter dem Grundgesetz?; KROLL, Hans-Joachim Schoeps und Preußen, S. 122–128; KRAUS, Hans-Joachim Schoeps als konservativer Denker, S. 169–171.

<sup>258</sup> Zu historischen Preußenbildern vgl. KROLL, Sehnsüchte nach Preußen?, sowie den kurzen Überblick bei CLARK, Preußenbilder im Wandel.

<sup>259</sup> SCHOEPS, Die Ehre Preußens, 1951, S. 32.

servative, sehr typisch, als spezifische Ordnungsidee der Zeitlichkeit, deren „Wesen“ sich im „Ausgehen vom Gegebenen“, in der „Übersetzung des Wertvollen an der Vergangenheit hinein in das Zukünftige“ kristallisierte.<sup>260</sup> Das Wertvolle der Vergangenheit lag für den Monarchisten Schoeps selbstredend im Preußentum.

Am Ende des Jahrzehnts standen unterschiedliche publizistische Entwürfe des Konservativen, die sich mehr oder minder leise an eine Neubestimmung des Konservatismusbegriffs herantasteten. Die beschämte Stille der ersten Jahre bundesrepublikanischer Publizistik war einer ambivalenten Thematisierung des Konservativen gewichen. In ihrer Begrifflichkeit wiesen diese Entwürfe klare Kontinuitätslinien zu früheren Begriffsbestimmungen auf und waren mit jenen der frühen und mittleren 1950er Jahre in vielfacher Hinsicht verschränkt. Alle zeichneten sich durch ein Bekenntnis zur *Wirklichkeit* aus, führten den Begriff auf seine lateinische Wurzel *conservare* zurück und leiteten daraus eine typische Zeitordnung ab, die auf der Kontinuität der Zeitdimension basierte. Darüber hinaus wurde der Ausgleich zum konservativen Grundprinzip erklärt und semantisch variiert. Und nicht zuletzt suchten die deutschen Begriffsbilder des Konservatismus Orientierung in anderen Ländern und bemühten sich, einzelne Denker und Traditionsbstände in ihre Konstruktion deutscher Konservatismus-Geschichte zu integrieren. Vor allem bezogen sie sich auf Großbritannien, aber auch auf die USA und die Schweiz.

Dabei deuteten sich zwei Varianten des Konservatismus-Verständnisses an, die geradezu idealtypisch in zwei Texten des Zürcher Philosophen Hans Barth und des deutsch-schweizer Publizisten Armin Mohler formuliert wurden. Barth meldete sich 1958 mit einer Anthologie von Grundlagentexten des konservativen Denkens zu Wort. Dort entfaltete er in einer gewichtigen Einleitung sein Verständnis des Konservativen, an dem die Auswahl der Quellentexte ausgerichtet war.<sup>261</sup> *Konservatismus* bedeutete Barth nicht bloßes Erhalten, sondern auch Anerkennung des historischen Wandels und dementsprechend: reformieren, um zu „verbessern“.<sup>262</sup> Denn der Konservatismus sei ursprünglich dialektisch, weise über sich hinaus, „weiß sich ergänzungsbedürftig“.<sup>263</sup> Mit der „Restauration“ habe Konservatismus daher nichts gemein – dementsprechend suchte man in Barths Anthologie vergeblich nach Texten etwa von Joseph de Maistre oder Carl Ludwig von Haller.

Allerdings benötigte der Konservatismus, so hob Barth hervor, eine ethische Quelle, ein „Wertsystem“ als „Maß des Unterscheidens“. Diese Quelle lag für Barth im „christlich bestimmten Naturrecht“, das die Spannung von Freiheit und Bindung des Menschen austarieren würde.<sup>264</sup> Auch Barth identifizierte den Konservatismus als Antwort auf die Französische Revolution und die rationalistischen Denker des 18. Jahrhunderts. Doch da der Konservatismus ob seines dialektischen

<sup>260</sup> SCHOEPS, Konservative Erneuerung, 1958, S. 99.

<sup>261</sup> Vgl. BARTH, Der konservative Gedanke, 1958.

<sup>262</sup> BARTH, Einleitung, 1958, S. 12.

<sup>263</sup> Ebd., S. 10.

<sup>264</sup> Ebd., S. 12.

Grundelementes „ergänzungsbedürftig“ sei, sei ihm der Liberalismus von Beginn an inhärent.<sup>265</sup> Daher war für Barth Alexis de Tocqueville ein herausragender Konservativer: Von seinen Zeitgenossen als Liberaler eingeschätzt, sich selbst als „Liberalen von besonderer Art“ bezeichnend, hätte der französische Aristokrat der 1830er und 1840er Jahre die Entwicklung hin zur Demokratie als unumgänglich erkannt, dann aber alles daran gesetzt, sie mit hergebrachten Traditionen und Institutionen in Einklang zu bringen. Edmund Burke und Alexis de Tocqueville, das waren die beiden Heroen an Barths konservativem Himmel, Großbritannien und die USA die Staaten, in denen sich solch ein Konservatismus hatte entfalten können – geprägt von dem Willen zum dialektischen Ausgleich, von liberalen Voraussetzungen, einem christlichen Weltverständnis und angelsächsisch orientiert. Dies war die eine Variante des Konservatismusbegriffs der späten 1950er Jahre.

Die andere Variante formulierte Armin Mohler, der Barths Definition neutralisierte, indem er sie in ein Schema konservativer Ausprägungen einordnete und mit dem Etikett „Liberalkonservatismus angelsächsischer und [...] eigenständig schweizerischer Prägung“ ausstattete.<sup>266</sup> Blühen könnte ein solcher Konservatismus nur in Ländern, die sich kontinuierlich, ohne Bruch entwickelt hätten. Für die Bundesrepublik aber – „auf einem totalitär durchpfügten Boden wie dem deutschen, über den noch immer, wenn auch in veränderter Form ‚politische Mythen‘ hinweggehen“ – tauge ein auf vorsichtiges Weiterentwickeln des Bestehenden ausgerichteter Konservatismus nicht. Mohlers Angriff galt dabei nicht Barth, dem er zugestand, zumindest der Formulierung konservativer Theorie nicht auszuweichen, Mohler zielte auf von Merkatz und damit auf die Deutsche Partei. Diese sei in „ihrer Substanz“ ohnehin „eine nationalliberale Partei“, trage sie doch die Begriffe „Individuum“ und „Privateigentum“ auf einem Schild vor sich her. Die, so war daraus zu schließen, waren nach Mohlers Ansicht kein genuiner Bestandteil des konservativen Vokabulars.<sup>267</sup> Vor allem aber mangele es der Deutschen Partei an einem ideologischen Ziel, das sich nicht in „Anti-Haltungen“ verliere, und an festen konservativen Ideenpflöcken, die über das Erhalten des Natürlichen hinausgingen.<sup>268</sup> „Der auf Burke sich berufende ‚Gärtner-Konservatismus‘“ tauge nicht für die Bundesrepublik, konstatierte Mohler lapidar.<sup>269</sup> Diese Abrechnung mit der DP hatte eine Vorgeschichte: Mohler war 1952 von Hellwege für eine Mitarbeit in der Partei umworben worden und an der Formulierung ihres Grundsatzprogramms im gleichen Jahr beteiligt gewesen. Distanzierung und Bruch kamen dann bereits im Januar 1953, als Mohler die ideologischen Gegensätze vor allem zu von Merkatz unüberbrückbar schienen.<sup>270</sup>

Dass der neu formulierte Konservatismus gerade eines Hans Joachim von Merkatz mit dem antidemokratischen Denken bewusst brach, dass er liberale

<sup>265</sup> Vgl. ebd., S. 10–11.

<sup>266</sup> MOHLER, Konservative Literatur, 1960, hier Sp. 1040.

<sup>267</sup> Ebd., Sp. 1049.

<sup>268</sup> Ebd., Sp. 1054.

<sup>269</sup> Ebd., Sp. 1050.

<sup>270</sup> Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 122–123.

Denkfiguren integrierte, sich am angelsächsischen Beispiel orientierte und auf Ausgleich statt auf die Profilierung der Extreme setzte, genau das bekämpfte Mohler. Konservatismus war ihm das Gegenteil: ein festgefügtes System von Ideen, sicherlich nicht christlich, aus der deutschen antidemokratischen Tradition des Denkens schöpfend, ein radikales antiliberales Gegenprogramm formulierend. Wenig überraschend waren ihm Schoeps Ansätze „konservativer Erneuerung“ sympathisch.<sup>271</sup> Mohler umriss in seiner Sammelrezension des Jahres 1960 damit die zweite Variante des Konservatismusbegriffs, die in dem Vakuum der späten 1950er Jahre formuliert wurde. In den folgenden zwei Jahrzehnten sollte er diese ausarbeiten, verfeinern und mit Verve vertreten.

Unterstützung erfuhr er dabei von unerwarteter Seite. 1961 veröffentlichte der junge Politikwissenschaftler Martin Greiffenhagen erstmals seine Überlegungen zu einer Theorie des Konservatismus. In Aufsatzform legte er den Kern seiner Interpretation dar, die er ein Jahrzehnt später als Monographie in umfassender Ausarbeitung publizieren sollte.<sup>272</sup> Greiffenhagens einflussreiche These besagte, dass am Grunde des modernen konservativen Denkens ein Dilemma liege, das letztlich nicht aufzulösen sei, in dem der zerstörerische Antrieb des Konservatismus aber gründe. Dieses Dilemma ergebe sich aus der Tatsache, dass der Konservatismus gegen die moderne Rationalität opponiere und sich auf vorrationale Quellen berufe, dabei aber von Beginn an „*im Horizont dieser Rationalität argumentiert hat und somit an sich selbst bereits im Ansatz rational*“ sei. Das „Denken gegen die Rationalität ist selber rational, und das konservative Bewahren ist in Wahrheit ein Bewahren wollen, d. h. aber: ein bewusster Rückgriff auf eine entchwundene Welt und der Versuch einer Wiedergewinnung von bereits entglittenen oder entgleitenden Vorstellungen“, so Greiffenhagens zentrale These.<sup>273</sup>

Um diese These begründen zu können, bedurfte es einer sehr bewussten Fokussierung: Greiffenhagen klammerte all jene Varianten konservativen Denkens aus, die sich dieses Dilemmas von Beginn an bewusst gewesen waren und das aufklärerische Fundament des modernen Konservatismus anerkannt hatten. Und er klammerte folglich auch all jene Neujustierungen des Konservatismusbegriffs in der Bundesrepublik der 1950er Jahre aus, die im Rückgriff auf Denker des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts sich diese Tradition – in vielerlei Variation, wie wir gesehen haben – aneigneten und dabei durchaus auch auf deutsche Traditionslinien zurückgreifen konnten. Der Politikwissenschaftler Greiffenhagen reduzierte den deutschen Konservatismus also auf eine ablehnende Haltung gegenüber der aufgeklärten Moderne, während er alles andere als „angelsächsisch-liberale Richtung des Konservatismus“ aus der deutschen Genealogie konservativen Denkens verbannte.<sup>274</sup>

<sup>271</sup> Vgl. MOHLER, Konservative Literatur, 1960, Sp. 1049, FN 17.

<sup>272</sup> Vgl. GREIFFENHAGEN, Das Dilemma des Konservatismus, 1961; ders., Das Dilemma, 1971.

<sup>273</sup> GREIFFENHAGEN, Das Dilemma des Konservatismus, 1961, S. 16, Hervorhebungen im Original.

<sup>274</sup> Vgl. ebd., S. 13, FN 4.

Es war daher nur konsequent, wenn er in der Weimarer neuen Rechten, für die er Mohlers Begriff und Interpretation der *konservativen Revolution* übernahm, die reinste Ausformung des deutschen dilemmatischen Konservatismus erkannte:

In der konservativen Revolution erscheint der Konservatismus deutlich als das, was er von Anbeginn war: als Gegenschlag gegen den liberalen Geist, aber aus einer reflexiv-restaurativen Haltung heraus, die dem Liberalismus gerade in seiner Berufung auf den ‚Gegensatz‘ dialektisch verbunden bleibt. In der revolutionären Form zeigt der Konservatismus sein von Anfang an modernes Gesicht, das Programmatische und Ideologische seines Wesens, den Geist des Machens und Planens.<sup>275</sup>

Dementsprechend demonstrierte Greiffenhagen seine These am politischen Denken der Weimarer neuen Rechten.

Wie aber ordnete Greiffenhagen dann die konservativen Neujustierungen seiner Gegenwart ein? Das dialektische Prinzip als die dem Konservatismus typische Form des Denkens werde auf den Konservatismus selbst angewandt, nachdem der dialektische Versuch der Weimarer neuen Rechten, die Gegensätze der Moderne gewaltsam aufzuheben, gescheitert war. Nun also interpreiere sich der Konservatismus als eigenständigen Faktor im historischen Spiel der Gegensätze: Das Ringen zwischen Konservatismus und Fortschritt werde essentialisiert und als ewig betrachtet. Dabei gehe allerdings der Konservatismus wesentlicher Grundsätze verlustig, da nun alles Natürliche in seinen Anlagen auch als fortschrittlich gedacht werden müsse. Das einzige, was bleibe, sei die Auffassung, dass konservatives Denken allein reaktiv sei, es konservative Inhalte per se nicht geben könne. Daher beschränke sich der Konservatismus auf eine „resignative Verteidigung einer Position, die den restaurativen Charakter des Konservatismus dialektisch zu rechtfertigen“ suche.<sup>276</sup> In einer Gesellschaft aber, in der Rationalismus und aufklärerische Prinzipien dominierten, wirkten konservative Positionsbestimmungen, die allein auf Irrationalität setzten, unglaubwürdig.<sup>277</sup> Vollends sichtbar werde das Dilemma des Konservatismus denn auch in der neuen Akzentsetzung auf das Individuum. Wiederum fungiere eine Idee „rationalistischen Ursprung“ nur als Mittel, um einen alten Gegensatz, nämlich den von Individuum und Gesellschaft, dialektisch aufzuheben. Dies solle nun zwar zugunsten des Individuums geschehen, doch ohne die rationalistischen Voraussetzungen des Individualismus anzuerkennen.<sup>278</sup> Damit sei die Geschichte des Konservatismus in der Gegenwart, in der sich die Aufklärung durchgesetzt habe, an ihr Ende gelangt.<sup>279</sup>

Dies sah Mohler naturgemäß anders, aber in der Festlegung des Konservatismusbegriffs auf die neurechte Variante stimmte er mit Greiffenhagen überein. Greiffenhagens wissenschaftliche Begriffsbildung, die sich durch ein hohes Maß an philosophischer Reflexion auszeichnete, kreuzte sich so mit Mohlers Begriffs-

<sup>275</sup> Ebd., S. 38.

<sup>276</sup> Ebd., S. 50–52, Zitat S. 51.

<sup>277</sup> Vgl. ebd., S. 52–57.

<sup>278</sup> Ebd., S. 59.

<sup>279</sup> Vgl. ebd., S. 26, 35, 53.

politik, der jener stets einen wissenschaftlichen Anstrich verlieh. Ihre volle Wirkung sollte Greiffenhagens These aber erst mit der Publikation des Buches in den fiebernden frühen 1970er Jahren entfalten.

Als im Frühjahr 1962 die Redaktion des *Monat* eine Plattform zur Verständigung über das Konservative in der bundesrepublikanischen Gegenwart bot, setzte sie keine neue Diskussion in Gang, sondern griff das auf, was in der publizistischen Luft lag. Das häufig zitierte Diskussionsforum *Konservativ 1962* gab der Diskussion über das Konservative in der Bundesrepublik einen starken Impuls und ließ sie durch die prominente Platzierung relevant erscheinen. Es bündelte die Debatte, die seit den späten 1950er Jahren in der publizistischen Öffentlichkeit entstanden war, und suchte Klärung in eine Situation begrifflicher Unsicherheit zu bringen. Dabei ging es der Redaktion des *Monat* um nichts weniger als um eine Zustandsbeschreibung der politischen Kultur der Bundesrepublik, die sie von zwei politischen Lagern, nämlich einem *linken* und einem *rechten*, geprägt glaubte. Während die *Linke* unter diesem Etikett tatsächlich diskutiert wurde, ersetzte die Redaktion den Begriff *rechts* durch *konservativ*, da „rechts“ als „vage“ und „emotional belastet“ galt.<sup>280</sup> Dass *konservativ* problematisch sein würde, zeigte sich in den Beiträgen recht schnell.

Dazu eingeladen wurden bekannte Advokaten der konservativen Sache: Armin Mohler, der Radiojournalist Dietrich Schwarzkopf, Golo Mann, Hans-Joachim von Merkatz, der Publizist Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, der Journalist Klaus Harpprecht, Hans Zehrer, Peter Dürrenmatt und Eugen Gerstenmaier. Ein Beitrag Emil Franzels wurde angekündigt, aber nie publiziert. Damit wäre auch das katholische Spektrum der Konservatismus-Debatte der 1950er Jahre abgedeckt gewesen – im Übrigen aber konnte die Redaktion tatsächlich die gesamte Palette von aktuellen Entwürfen des Konservativen präsentieren. Dabei zeichneten sich klar die beiden Lager ab, die sich Ende der 1950er Jahre im Verlauf der Konservatismus-Diskussion formiert hatten: Die einen formulierten einen auf dem Boden der liberalen Demokratie stehenden Konservatismus, die anderen einen Konservatismus in Nachfolge der Weimarer neuen Rechten. Für letzteren traten Armin Mohler und Caspar von Schrenck-Notzing ein, während die liberale Variante zwar eine Spannbreite von Interpretationen zuließ, aber in der grundsätzlichen Anerkennung der Demokratie sowie des Konservatismus als Kind der Moderne ihre allseits geteilten Fluchtpunkte fand. Diese beiden Varianten des Konservativen sollten, wie wir sehen werden, die politische Kultur der Bundesrepublik fortan prägen – bis in unsere Gegenwart hinein. Das macht die Bedeutung der publizistischen Debatten der späten 1950er und frühen 1960er Jahre aus.

Wie näherten sich die Forumsbeiträger dem ihnen gestellten Thema? Wie definierten sie den bundesrepublikanischen Konservatismus des Jahres 1962? Der „moderne Konservative“, bemerkte Dietrich Schwarzkopf, habe zuallererst den Auftrag, die „Freiheit zu erhalten und weiterzuentwickeln“. Freiheit bedeute dem

<sup>280</sup> MOHLER, *Konservativ*, 1962, S. 23, Vorbemerkung der Redaktion.

Konservativen dabei „die Möglichkeit, eine politische Individualität frei zu offenbaren, in den Grenzen, die der Respekt vor der gleichen Freiheit der anderen zieht“. Insofern sei konservativ „synonym mit freiheitlich“ und der Konservative „das freiheitssichernde Regulativ der Demokratie“. Das mochte Schwarzkopf als „restaurativ“ verstehen – und so gesehen war die Verabschiedung des Grundgesetzes ein restaurativer Akt gewesen. Konkret meinte eine solche konservative Verteidigung der Freiheit für den Schweizer Publizisten vollen Einsatz für die „Vielfalt“ einer „vorhandenen Ordnung“, das Vorantreiben der „Entideologisierung“, die Beförderung „legitimer Autorität“, die „Normalisierung des politischen Bewusstseins“ (worunter die Akzeptanz nationaler Traditionsbildung und eines positiven Verhältnisses zur deutschen Geschichte verstanden wurde) und „Respekt vor der Individualität“.<sup>281</sup>

Dabei berief sich Schwarzkopf explizit auf eine Traditionslinie des „Liberalkonservatismus à la Burke“,<sup>282</sup> und ebenso huldigte Golo Mann Edmund Burke, „diese[m] Burke, der das wunderbare Grundbuch des Konservatismus geschrieben hat“. Wenn aber nun der Konservatismus auf dem Liberalen aufbaute, wenn er historisch mit dem Liberalismus verflochten war, was unterschied ihn dann noch vom Liberalismus? Golo Mann ging diese Frage mit einem historischen Argument an. Der Konservative misstraut unbeschränkter Macht; diese gelte es zu begrenzen. Die geeigneten Mittel dazu seien das Naturrecht, die Bindung an eine Verfassung sowie ein dezentral aufgebautes Staatswesen. Historisch betrachtet handele es sich um liberale Kernforderungen, die allerdings nur von einem Teil der Liberalen vertreten worden seien: „Die Liberalen, welche der Macht, nicht bloß der Macht der Könige, sondern *jeder* Allmacht misstrauen, gehören ins konservative Lager; die Rousseau-Robespierre-Liberalen ins revolutionäre.“<sup>283</sup> Der Konservatismus, wie ihn Mann definierte, setzte die gemäßigte Tradition des Frühliberalismus fort, sein Kristallisierungspunkt fand sich in der Ablehnung der Revolution.

Glaubte Golo Mann noch zu Beginn der 1950er Jahre den Konservatismus nur noch als Erinnerungsfragment erschließen zu können, erschien er ihm ein Jahrzehnt später als deutlich geschlossener – sicherlich nicht als System, aber als Konglomerat von zusammenhängenden und sich ergänzenden Ideen und Begriffen, das sich als Antithese zum „anderen Bündel von Begriffen, dem von dem Oberbegriff ‚Revolution‘ zusammengehaltenen“ formte. Einige solcher konservativer „Kern-Prinzipien, Kern-Thesen, Bejahungen und Verneinungen“ benannte Mann: Reform im Sinne des „praktisch Notwendigen“, den Zweifel an der menschlichen „Perfektibilität“ sowie an der Möglichkeit von Planung zur Aufhebung allen Leids auf Erden, die „Neigung zu den Sachen“, der Kampf gegen die „Allmacht der Gesellschaft“ und das Prinzip sozialer Nützlichkeit, das Misstrauen gegenüber einer

<sup>281</sup> Vgl. SCHWARZKOPF, Was ist heute eigentlich konservativ?, 1962.

<sup>282</sup> Ebd., S. 46.

<sup>283</sup> MANN, Konservative Politik und konservative Charaktere, 1962, Zitate S. 48 und 50, Hervorhebung im Original.

postulierten „Allvernunft“.<sup>284</sup> Dabei lehnte Mann es dezidiert ab, den Gegenstand des Konservativen über das Moment des Bewahrens festzulegen. In jedem Falle habe sich der Konservatismus aus den Problemen der Gegenwart heraus zu bilden, während der Ideenvorrat des 19. Jahrhunderts ad acta gelegt werden könne. Im Zentrum müsse die Klärung dessen stehen, was konservatives Denken in einer Epoche beschleunigten Wandels zu leisten vermöge – wohlgemerkt: konservatives Denken verstanden als Widerpart revolutionärer Dynamik.

Ging Golo Mann das komplizierte Mischungsverhältnis von Konservatismus und Liberalismus historisch an, konzentrierte Klaus Harpprecht seine Erklärung auf den Fortschrittsbegriff, an dem sich Konservative seit jeher abgearbeitet haben. Auszuloten galt es das Spannungsverhältnis von Fortschreiten und Bewahren, von Zukunftsstreben und Wertschätzung des Vergangen. Der Konservative, meinte Harpprecht, akzeptiere Veränderung durchaus, beizeiten initiere er diese auch selbst. Nur dem „Fortschreiten um jeden Preis“ gelte sein unbedingter Widerstand.<sup>285</sup> So war auch sein Aufruf zur „Verteidigung des Altmodischen“ gemeint: Ein zeitgemäßer Konservatismus stemme sich gegen die beständig fortschreitende Entwicklung hin zu gesellschaftlicher Uniformität, seine „Pflicht“ bestehe darin, der „Welt die Vielfalt zu erhalten“.<sup>286</sup>

Sehr ähnlich lautete auch Peter Dürrenmatts Resümee: ein der Gegenwart angepasster Konservatismus bedeute zuvorderst „Gegenläufigkeit, Widerstand, Aushalten“.<sup>287</sup> Die vordringlichste Aufgabe, die den Konservativen aufgetragen sei, bestand laut Dürrenmatt in der „Trennung von Staat und Gesellschaft“ und damit zusammenhängend in der „Klärung der Begriffe Eigentum und Verantwortung“.<sup>288</sup> Außerdem offerierte der Schweizer Publizist eine weitere Variante der Entstehung des Konservatismus in Auseinandersetzung mit dem Liberalismus. Während bis dahin ein Narrativ gängig war, das Liberalismus und Konservatismus als ursprüngliche Antipoden konzeptualisierte, erforderte die Abkehr vom antidemokratischen Denken eine Revision. Wie auch Golo Mann drehte Dürrenmatt in diesem Sinne an den entscheidenden historischen Stellschrauben. Der „europäische Konservatismus“ sei aus der Opposition von „Jakobinertum und Reaktion“ entstanden – und so von Beginn an ein Produkt der „Synthese“, „in einer von den Extremen beherrschten Lage die Mitte“.<sup>289</sup>

Neujustierung, Neubestimmung, Anerkennung der Realitäten und die Ummarmung des Liberalen – das war die Richtung, in die Mann, Dürrenmatt und Schwarzkopf die Suche nach dem Konservativen in einer Zeit beschleunigten Wandels wiesen. Als Suche aber verstanden sie ihre tastende Arbeit am Begriff allemal. Dagegen sah Armin Mohlers Suche konkreter aus: Er fahndete nach einer Möglichkeit konservativer Sammlung nach dem Abgang Adenauers. Das Konser-

<sup>284</sup> Ebd., S. 50–51.

<sup>285</sup> HARPPRECHT, Verteidigung des Altmodischen, 1962, S. 60.

<sup>286</sup> Ebd., S. 62.

<sup>287</sup> DÜRRENMATT, Europa wird konservativ sein – oder es wird nicht sein, 1962, S. 35.

<sup>288</sup> Ebd., S. 36.

<sup>289</sup> Ebd., S. 35.

vative selbst glaubte er zu kennen, daran hegte er keinen Zweifel. Seine Definition war die der Weimarer neuen Rechten: nicht ein „Hängen an dem, was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt“.<sup>290</sup> Demnach galt es nur noch die aus der konkreten historischen Situation erwachsenden Inhalte zu finden, Kerne also, auf die sich die „konservativen Energien“<sup>291</sup> die Mohler in der Bundesrepublik überall wahrzunehmen glaubte, konzentrieren konnten. Er schlug zwei solcher Kerne einer konservativen Sammlung vor: erstens der Widerstand gegen eine „Moralisierung der Politik“, worunter er schlichtweg die Entsorgung der NS-Vergangenheit aus der bundesrepublikanischen Politik verstand.<sup>292</sup> So sollten Forderungen nach Wiedervereinigung und „dem Zurückerhalten verlorener Provinzen“ als legitim und als Recht auf „Selbstbehauptung“ von „Volk“ und „Nation“ gelten und der „Moralisierungsrummel“ um „Kriegsverbrecher“ sein Ende finden.<sup>293</sup> Mohler forderte also nichts anderes als eine stolze undfordernde Besinnung auf das Nationale in Zeiten des Eichmann-Prozesses.<sup>294</sup> Zweitens glaubte Mohler ein „monumentales Bedürfnis“ zu spüren, ein Bedürfnis des einzelnen nach Einordnung in „übergreifende“, ewige Ordnungen, die in Ritualen und im „Kult“ erst erfahrbar würden. Der Mensch, so Mohler, „will nicht frei *von* allem“ sein, „sondern frei *für* etwas“. Sehr explizit evozierte er die Erfahrung von „Gemeinschaft“ im NS-Regime, das „brachliegenden Einordnungswünschen Einordnungsmöglichkeiten“ geboten hätte, „die zum mindesten subjektiv Sinnerfüllungen sein konnten“. Die Idee vom „Volk“ als „eigenartige Einheit“, als eigenständiges, nicht durchschaubares Wesen mit einer im Kultischen weiterlebenden heroischen Geschichte feierte in Mohlers Konservatismusdefinition fröhliche Urständ – ebenso wie die eng verwandte Idee der *Volksgemeinschaft*.<sup>295</sup> Beide waren nicht nur Grundelemente nationalsozialistischer Ideologie, sondern auch des politischen Denkens der Weimarer neuen Rechten.

Ganz im Sinne Mohlers argumentierte wenige Wochen später Caspar von Schrenck-Notzing. Vom Bewahren als dem Ingredienz des Konservativen wollte er nichts wissen, von einer unhinterfragten Fortführung konservativer Ideenstrände ebenso wenig. Vielmehr gelte es das auszuwählen, was der gegenwärtigen Situation „angemessen“ sei. Konservatismus bedeutete ihm „Einschnitt“ und „Protest“ und manifestierte sich dementsprechend in „konservative[r] Aktion“.<sup>296</sup> Schrenck-Notzing feierte die Extreme, pries den Dezisionismus und zelebrierte die Tat. Auch das hatte die deutsche Öffentlichkeit schon zu Weimarer Zeiten gehört, so dass der mehr oder weniger geneigte Leser sicherlich nicht überrascht war zu erfahren, dass Schrenck-Notzing in der Weimarer neuen Rechten die „letz-

<sup>290</sup> MOHLER, Konservativ, 1962, S. 23, FN 1.

<sup>291</sup> Ebd., S. 24 und 25.

<sup>292</sup> Vgl. dazu BERG, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker, S. 294–298, 338–339.

<sup>293</sup> MOHLER, Konservativ, 1962, S. 25–27.

<sup>294</sup> Zur vergangenheitspolitischen Dimension des Konservatismus-Forums im *Monat* vgl. SCHOLTYSECK, Conservative Intellectuals, S. 242–243.

<sup>295</sup> MOHLER, Konservativ, 1962, S. 27, Hervorhebungen im Original.

<sup>296</sup> SCHRENCK-NOTZING, Wider die Gefühlspolitik, 1962, S. 57.

te Blütezeit“ des deutschen Konservatismus erblickte.<sup>297</sup> Für die 1960er Jahre empfahl er die „Sachgerechtigkeit“ als Kristallisation des Konservativen, eine allein an den Notwendigkeiten und Nützlichkeiten, an institutioneller Logik und unemotionaler Entscheidung orientierte Politik.<sup>298</sup> Auch das war seit Weimarer Zeiten bekannt und die konservative Soziologie Gehlens oder Schelskys, die überall nur noch Technokratien an der Herrschaft glaubte, hatte diesen Erklärungsmustern neue Nahrung gegeben.<sup>299</sup> Schrenck-Notzing nun wollte die Sachgerechtigkeit in oppositionelle Position bringen, und als Gegner ausersehen waren ein angeblicher „Neupietismus“, der Mohlers „Moralisierung“ entsprach, sowie der „Provinzialismus“, worunter das fiel, was andere als Mitte des Konservatismusbegriffs ausmachten: kleine Einheiten, Föderalismus, Dezentralisierung, „Heimat“, „Boden“, „Brauch“ und „Sitte“. Ein Konservatismus „für die Institutionen und gegen das Gefühl“ sei weder an Kultur noch an Tradition gebunden, sondern global durchsetzbar.<sup>300</sup> Schrenck-Notzing rief also zur internationalen Sammlung in einer „nacheuropäischen Welt“ auf. *Konservativ* setzte er synonym mit *rechts*.<sup>301</sup>

So explizit findet sich diese Gleichsetzung in Mohlers Beitrag nicht, seine Strategie war es offensichtlich, den Konservatismusbegriff zu okkupieren. Dagegen verabschiedete Robert Hepp, der sich per Leserbrief in die Debatte des *Monat* einschaltete, den Begriff konsequent, weil er seine Konturen verloren habe und „alles oder nichts“ bedeute. Der zu diesem Zeitpunkt 24-jährige Hepp, der in engem Kontakt zu Mohler stand, bei Schoeps in Erlangen studierte und schließlich 1967 promovierte, sollte als installierter Ordinarius für Soziologie in Salzburg, Saarbrücken und schließlich Vechta zu einem publizistisch aktiven Vertreter der Neuen Rechten werden.<sup>302</sup> Diesen Begriff führte er in seinem Leserbrief denn auch als Alternativbegriff ein: „Die neue Rechte formiert sich also in der Reaktion gegen die bloße Reaktion.“<sup>303</sup> Es ist zu vermuten, dass dafür die französische Nouvelle Droite Pate stand, die Armin Mohler ausführlich beschrieben und an deren Beispiel er sein Konzept einer politischen Rechten nach 1945 entwickelt hatte.<sup>304</sup> In diesem Zusammenhang offenbarte Mohler auch seine Haltung gegenüber dem Konservatismusbegriff, den er in seinem Beitrag im *Monat* 1962 bereits in die Tradition der Weimarer neuen Rechten gestellt hatte. Dezidierter hatte er sich wenige Jahre zuvor geäußert. Die Rechte könne in der Gegenwart „keine

<sup>297</sup> Ebd., S. 56.

<sup>298</sup> Ebd., S. 58.

<sup>299</sup> Zum Diskurs um die *Sachlichkeit* vgl. PAYK, Der Geist der Demokratie, S. 282–283, und zur Einschätzung in Bezug auf die Stabilisierungsfunktion der jungen bundesrepublikanischen Demokratie S. 367–374; am Beispiel von Wahlkämpfen vgl. MERGEL, Der mediale Stil der „Sachlichkeit“.

<sup>300</sup> SCHRENCK-NOTZING, Wider die Gefühlspolitik, 1962, S. 58–59.

<sup>301</sup> Ebd., S. 58.

<sup>302</sup> Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 128–129. Zur Neuen Rechten vgl. GRESS et al., Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa; BRAUNER-ORTHEN, Die Neue Rechte in Deutschland; PFAHL-TRAUGHER, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“; BOTSCHE, Die extreme Rechte, S. 69–71.

<sup>303</sup> Was ist eigentlich konservativ?, 1962, Leserbrief von Robert Hepp, S. 86–92, S. 88.

<sup>304</sup> Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 93–109.

konservierende, sondern nur eine sprengende Funktion haben.“<sup>305</sup> Wenn Mohler also 1962 den Konservatismusbegriff verwendete, dann in rein funktionaler Absicht: Der Begriff *rechts* war in der politischen Sprache der Bundesrepublik verpönt, *Konservatismus* galt dagegen als legitim. Zudem ging es um die Deutungshoheit zu einer Zeit, als sich ein liberaler Konservatismusbegriff zu etablieren begann. Dem wollte Mohler Einhalt gebieten – und dies konnte nicht besser gelingen als über den Anspruch auf den Begriff und die Diffamierung der Konkurrenten als nicht-konservativ. Dass er dies im Falle der Deutschen Partei mit Liebe tat, haben wir oben gesehen, und auch im *Monat* ließ er die Gelegenheit nicht verstreichen. Alle liberalen Deutungen verspottete er als programmlosen „Gärtner-Konservatismus“ des „Hegens“ und „Pflegens“ und gelegentlichen „Ausrupfens von Unkraut“.<sup>306</sup>

Angesichts dieser Angriffe glaubten sich die auf Mohler folgenden Autoren des Forums im *Monat* aufgefordert, ihre Variante des Konservatismusbegriffs zu verteidigen. Dietrich Schwarzkopf sah sich genötigt, sich als „moderne[n] Konservative[n]“ vorzustellen und so seine Distanz zu allen Versuchen, die „konservative Revolution“ weiterzuführen, zu verdeutlichen.<sup>307</sup> Von Merkatz, der seine bekannten Thesen präsentierte, bezichtigte Mohler ebenfalls nicht-konservativer – wörtlich „pseudo-konservativer“ – Überzeugungen, da dessen Forderung nach konservativer Theorie die Essenz des Konservativen infrage stelle.<sup>308</sup> Und Klaus Harpprecht nannte Mohler beim Namen: „[K]onservativen Revolutionären“ traue er „nicht über den Weg. Sie basteln immer an einem Mythos. [...] Die Krise ist ihr Lebenselixier. Sie haben es mit dem Monumentalen.“ Nichts anderes als „permanente Unruhe“ sei ihr Ziel. Das genaue Gegenteil erstrebe der „Konservative“: „menschliches Maß“, die Bändigung des Mythischen und Archaischen, überschaubare Lebenswelten, „Stillstand wie Bewegung“ und Misstrauen gegenüber allem Ideologischen.<sup>309</sup>

Am Ende des halben Jahres, in dem im *Monat* über einen zeitgemäßen Konservatismus diskutiert worden war, stand letztlich ein Patt. Zwei Versionen des Konservatismusbegriffs waren artikuliert worden, dazu eine Reihe von mehr oder weniger konkreten Vorschlägen für Ansatzpunkte konservativer Politik in den 1960er Jahren. Dass über das Konservative nicht gesprochen wurde, dass der Konservatismusbegriff verpönt sei und daher gemieden werde, dass er ausschließlich negativ besetzt sei, diese Klagen entpuppten sich als mittlerweile gefestigter Topos in der politischen Sprache der Bundesrepublik. Das hieß aber nicht, dass dieser Topos nicht doch Wirkung entfaltete. *Konservatismus* blieb – trotz oder gerade wegen der vielfältigen Bemühungen um definitorische Eingrenzung – ein Begriff, der mit Vorsicht zu benutzen war. Die gezielte Begriffspolitik Mohlers und

<sup>305</sup> MOHLER, Die französische Rechte, 1958, S. 81.

<sup>306</sup> MOHLER, Konservativ, 1962, S. 24.

<sup>307</sup> SCHWARZKOPF, Was ist heute eigentlich konservativ?, 1962, S. 45–46.

<sup>308</sup> Vgl. MERKATZ, Konservatives Denken, 1962.

<sup>309</sup> HARPPRECHT, Verteidigung des Altmodischen, 1962, S. 60–61.

Schrenck-Notzings, die durch ihre Rezeption in der politischen Wissenschaft Legitimation erfuhr, trug ganz entscheidend dazu bei, den Begriff instabil zu halten.

Abgesehen von Mohlers und Schrenck-Notzings Träumen einer konservativen Sammlung zweifelten alle übrigen Forums-Beiträge an den Chancen einer explizit konservativen Partei in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren. In der Scheu, sich an eine Partei zu binden, glaubte Dietrich Schwarzkopf den konservativen Individualismus bestätigt,<sup>310</sup> Golo Mann zeigte sich davon überzeugt, dass in der Gesellschaft seiner Gegenwart nur mehr Parteien eine Chance hätten, die sowohl konservatives als auch fortschrittliches Gedankengut in sich vereinten,<sup>311</sup> und Hans-Joachim von Merkatz fand im Zuge der Entideologisierung konservative Elemente ebenfalls in allen Parteien.<sup>312</sup> Das war in seinem Falle durchaus verständlich, nachdem der intellektuelle Advokat des Konservatismus der 1950er Jahre seine Deutsche Partei verlassen und in die Adenauersche CDU eingetreten war. Selbst Eugen Gerstenmaier, Kopf des protestantischen Flügels der Union, erklärte 1962 „konservativ“ als Etikett für eine „große Partei in Deutschland“ – damit konnte nur die Union gemeint sein – für ungeeignet. Denn, wie er berichtete, hatte er aus eigenen Fehlern gelernt. Als er seine Partei auf dem Bundesparteitag 1958 als *konservativ* bezeichnet habe, habe er energischen Widerspruch geerntet. Der sei allerdings völlig unfundiert gewesen, weil mit *konservativ* das assoziiert wurde, was Gerstenmaier ohnehin fern lag: „Ihr Widerspruch galt der Gefahr, vom politischen Gegner als reaktionär, als besitzbürgerlich, als deutschnational verketzt zu werden.“ Zwar sei eine solche Bedeutungszuschreibung „falsch“, aber in Deutschland gängig, weshalb der Begriff „aus psychologischen und gar nicht aus programmatischen Gründen“ zu meiden sei.<sup>313</sup> Auf den Punkt gebracht bedeutete dies: Die Unionsparteien waren konservative Parteien, konnten sich auf Grund der komplizierten semantischen Realitäten der Bundesrepublik nur nicht so nennen. Das war eine starke These.

<sup>310</sup> Vgl. SCHWARZKOPF, Was ist heute eigentlich konservativ?, 1962, S. 46.

<sup>311</sup> Vgl. MANN, Konservative Politik und konservative Charaktere, 1962, S. 52.

<sup>312</sup> Vgl. MERKATZ, Konseratives Denken, 1962, S. 56.

<sup>313</sup> GERSTENMAIER, Was heißt heute konservativ?, 1962, S. 27.

### ***3.2. Christliche Politik in säkulareren Zeiten. Selbstverständigungsdiskurse in CDU und CSU in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren***

Der Kieler CDU-Bundesparteitag des Jahres 1958 wurde für Eugen Gerstenmaier, Präsident des Bundestages und Stellvertretender Parteivorsitzender, zu einer Erfahrung ganz eigener Art. Mit viel Mühe, nach eigener Auskunft in Tag- und Nachschichten über zwei Wochen hinweg, und in enger Abstimmung mit seinen Parteikollegen mit Ministeramt hatte er eine Grundsatzrede vorbereitet,<sup>1</sup> die den „Zentralpunkt dessen, was unsere Arbeit ausmacht“ auf den Punkt bringen sollte.<sup>2</sup> Nicht „polemisieren“ wollte er, vielmehr zielte er auf eine „Klarstellung unseres Standpunktes, von wo aus und zu welchem Ziel wir streben“.<sup>3</sup> Es ging ihm also um nichts weniger als um die konzise Zusammenfassung des Selbstverständnisses der CDU. Über „Staatsordnung und Gesellschaftsbild“ hatte Gerstenmaier sich aufgegeben zu sprechen, wohlgemerkt genau in dieser Reihenfolge, weil er davon überzeugt war, dass das „Gesellschaftsbild der Mehrheit durch die Staatsordnung bestimmt“ würde.<sup>4</sup> Er zeigte sich nicht nur offen für die Diskussion seines Referats, sondern unterstrich gegenüber Adenauer, dem eine vorher geplante und gelenkte Debatte um einiges lieber gewesen wäre, ihre Notwendigkeit. Kai-Uwe von Hassel, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und ebenfalls Stellvertreter Adenauers an der Parteispitze, sekundierte Gerstenmaier in der den Parteitag vorbereitenden Bundesvorstandssitzung: „Der Tenor muss sein, dass wir es wagen, auch Fragen offen zu diskutieren.“<sup>5</sup>

Dass Gerstenmaier mit seiner ausgetüftelten Rede die Partei entgegen aller Beteuerungen tatsächlich polarisierte und eine über mehrere Jahre währende Grundsatzdebatte über das Profil der CDU auslösen würde, damit hatte er wohl kaum gerechnet. So viel offene Diskussion hatte die CDU bislang noch nicht erlebt. Sie wurde auf den Parteitagen geführt, die sich zu einer Clearingstelle politischer Sprache entwickelten, in den der Partei nahestehenden Verbänden, in den Kirchen, in den kirchlichen Akademien und in diversen Zeitschriften und Zeitungen des politischen Spektrums, das die Union repräsentierte. Diese Diskussion zeugte von dem Bedürfnis nach programmatischer Verständigung nach der Konsolidierung der Bundesrepublik. Die Integrationsmomente der Gründungsjahre erschienen kaum mehr ausreichend, um einerseits der Partei ein zeitgemäßes Profil zu geben und andererseits die verschiedenen innerparteilichen Flügel zusammenzuspannen.<sup>6</sup> Zwar sah das Adenauer anders, glaubte vielmehr, dass es nottue, gerade diese neu zu profilieren, aber von der Notwendigkeit, „das Grund-

<sup>1</sup> Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961, 18. 9. 1958, S. 248.

<sup>2</sup> Ebd., S. 249.

<sup>3</sup> Ebd., S. 248.

<sup>4</sup> Ebd., S. 249.

<sup>5</sup> Ebd., S. 253.

<sup>6</sup> Zum Gründungskonkurs der Unionsparteien vgl. MITCHELL, Materialism and Secularism; SCHLEMMER, Aufbruch, Krise und Erneuerung; BÖSCH, Die Adenauer-CDU, S. 59–68.

sätzliche“ zu schärfen, zeigte er sich nach dem Kieler Parteitag bestärkt.<sup>7</sup> Zu diesen partiinternen Impulsen kam, dass die politischen Richtungsbegriffe in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit am Ende der 1950er Jahre allesamt ins Rutschen kamen, wie wir oben gesehen haben. Dies forderte die Unionsparteien zu exakter Definition heraus.

Der Sprachwandel erfasste die Unionsparteien mit aller Wucht. Wie mochten sie sich terminologisch positionieren in der schwierigen Landschaft politischer Sprache in der Bundesrepublik? Mit welchen Begriffen mochten sie sich beschreiben? Was machte den Markenkern der CDU/CSU aus? Was band norddeutsche Protestanten, rheinische Katholiken, städtische Bürgerliche oder ländliche Handwerker aneinander? Der Konservatismusbegriff verfolgte CDU und CSU während dieser Grundsatzdebatten regelrecht – zunehmend wurden sie am Ende der 1950er Jahre als *konservativ* bezeichnet. Und waren sie das nicht auch? Und wenn sie nicht *konservativ* waren, was waren sie dann?

Die Antwort, die CDU und CSU am Ende der 1950er Jahre auf diese Frage gaben, war recht eindeutig. Sie hielten an dem Begriff fest, den sie seit ihrer Gründung zu ihrem Markenzeichen gemacht hatten: *christlich* bzw. *Christentum*.<sup>8</sup> Als Bestandteil des Parteinamens war er ohnehin nicht so einfach zu übergehen, so dass er formelhaft zum C verdichtet wurde. Das Christliche schwebte wie ein Leitstern über der Union. Aber dies war nicht der einzige Stern am christlich-demokratischen bzw. christlich-sozialen Himmel der späten 1950er und frühen 1960er Jahre. Vielmehr band *christlich* andere Begriffe der Selbstbeschreibung bzw. gab diesen Richtung. Dazu trug auch seine relative Bedeutungsoffenheit bei – der Begriff war nach vielen Seiten hin anschlussfähig und erwies sich als höchst integrativ. Dies galt zum einen für die Konfessionalität der Union, die durch protestantische bzw. katholische Zuschreibungen des Christlichen zwar noch einmal befördert wurde, jedoch in dem Christlichen eine starke Formel der Gemeinsamkeit gefunden hatte. Dies galt zum anderen für die soziale Heterogenität der Partei. Interessengegensätze sollten im geteilten Glauben wenn nicht verschwinden, so doch gelöst werden können. Insofern tradierte die Begriffsbestimmung der späten 1950er und frühen 1960er Jahre den Gründungskonsens. Allerdings kam der von immer mehr Seiten unter Beschuss. Die fortschreitende gesellschaftliche Säkularisierung und Liberalisierung nagte an dem Selbstverständnis in der Unionsparteien. Was mochte das C in sich säkularisierenden Zeiten noch bedeuten?<sup>9</sup>

Die Selbstbeschreibung der Unionsparteien differenzierte sich dabei auf drei Ebenen aus: Sie positionierten sich erstens als Vertreterinnen einer politischen Richtung, definierten sich zweitens als spezifischen Parteityp und schrieben sich

<sup>7</sup> SCHIFFERS, Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1957–1961, Nr. 75, 30.9.1958.

<sup>8</sup> Vgl. BUCHHAAS, Die Volkspartei, S. 205–221; BÖSCH, Die Adenauer-CDU; GRESCHAT, Konfessionelle Spannungen in der Ära Adenauer, S. 28–31.

<sup>9</sup> Zu den Pluralisierungs- und Säkularisierungstendenzen vgl. im Überblick GROSSBÖLTING, Der verlorene Himmel, S. 96–179; DAMBERG, Entwicklungslinien des europäischen Katholizismus.

drittens einen charakteristischen Politikstil zu. Während die britischen Begriffe *Conservatism* bzw. *Toryism* diese drei Komponenten in sich vereinigten, fehlte der Union ein solch übergreifender Selbstbeschreibungsbegriff, nachdem das Christliche, das in den ersten Jahren die Partei zu überwölben vermocht hatte, an Erklärungskraft verlor. Die komplexen Begriffswelten, die aus dieser schwierigen semantischen Situation rührten, werden im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen. Denn nur in ihrem Zusammenhang erschließt sich die Geschichte des Konservatismusbegriffs in der politischen Sprache der Bundesrepublik.

### 3.2.1. Eine Parteitagsrede mit Sprengkraft. Eugen Gerstenmaier und das Liberale in der Union

Welchen Sprengstoff enthielt nun Gerstenmaiers eineinhalbstündige Parteitagsrede? Ausgehend von der weit verbreiteten These, dass ein Zweiparteiensystem sich durchzusetzen im Begriff war, das durch ein sozialistisches und ein christliches Lager getragen werden würde, suchte der protestantische Theologe vorsichtig Traditionen des liberalen Denkens in das parteihistorische Narrativ zu integrieren. Das empfanden viele als Ungeheuerlichkeit: Der Liberalismus galt als unvereinbar mit den Grundsätzen, auf denen die Unionsparteien ruhten. Gerstenmaier rührte an der Verortung seiner Partei im Kanon politischer Richtungen, der in der frühen Bundesrepublik etabliert worden war.

Dessen war er sich wohl bewusst und ging vorsichtig vor. Er erinnerte an das Staatsverständnis Wilhelm von Humboldts und die synthetisierenden Konzepte Friedrich Naumanns und machte die Freiheit des einzelnen zum Angelpunkt des „christlich-sozialen Gesellschaftsbildes“: „die auf eigenen Füßen stehende verantwortungsbewusste Persönlichkeit in der gegliederten und geordneten Gemeinschaft“.<sup>10</sup> Damit gab er dem Freiheitsbegriff, der für CDU/CSU seit den frühesten Anfängen als rechtsstaatliches Prinzip im nachtotalitären Konsens zentral gewesen war, ein neues sozialpolitisches Gewicht. Denn Gerstenmaier passte den Freiheitsbegriff als Erbe des Liberalismus ein in sein Plädoyer für den „sozialen Rechtsstaat“, den zu schaffen sich die Union durch das Grundgesetz verpflichtet sah. Zugleich aber mahnte er dessen Grenzen an und beschwor die Gefahr des „sozialistischen Versorgungsstaates“. Christliche Solidarität durfte nur in einem solchen Maße auf den Staat übertragen werden, soweit nicht die Freiheit und Leistungskraft des Einzelnen eingeschränkt und letztlich eine „uniforme, von staatlichen Befehlsständen aus dirigierte unfreie Masse“ geformt würde.<sup>11</sup> Das „apostolische Gebot ‚Einer trage des anderen Last‘ ist ein verpflichtender Anspruch [...], aber es ist keine Zwangsparole“, unterstrich Gerstenmaier mit der Autorität des Theologen und griff dabei auf eine in der Union gängige rhetorische Formel zurück: Argumentationen wurden mit Bibelzitaten abgestützt, um ihnen absolute Legitimität zu verleihen. Zugleich aber wurde ihre Sprengkraft

<sup>10</sup> Bundesparteitag der CDU 1958, S. 103.

<sup>11</sup> Ebd., S. 98.

entschärft, wurde ihnen eine der jeweiligen politischen Position gemäß Deutung gegeben. Theologen beider Konfessionen spielten dabei eine wichtige Rolle, traten sie doch mit der Aura des Experten auf, und der Politiker Gerstenmaier verstand sich auch weiterhin als ein solcher intellektueller Wächter über den Begriffshaus-halt seiner Partei. Dementsprechend gingen nicht nur biblische Begriffe, sondern auch solche der Theologie in die politische Sprache von CDU und CSU ein. Das unterschied den innerparteilichen Diskurs in der Union ganz elementar von jenem, der in der Conservative Party geführt wurde.

Gerstenmaier zielte auf die katholische Soziallehre, die prägenden Einfluss auf das sozialpolitische Profil der Union genommen hatte. Ihre Grundprinzipien wurden in der Dreheit von *Personalismus* bzw. *Personalität*, *Solidarität* und *Subsidiarität* gefasst, in griffigen Begriffen also, die als Fachtermini kenntlich waren, als theologische Konzepte verstanden wurden und die sich in verschiedene Kontexte einpassen ließen.<sup>12</sup> Wenn Gerstenmaier – theologisch begründet – dem Begriff der *Solidarität* Bedeutungsgrenzen zu setzen suchte, setzte er auch der Deutungsmacht des sozialkatholischen Parteiflügels Grenzen, der bislang den sozialpolitischen Diskurs in der Partei beherrscht hatte. Dass Gerstenmaier nicht vergaß, auf die katholische wie protestantische Tradition des Sozialkonservatismus des 19. Jahrhunderts zu verweisen, ging in dem Sturm der Empörung, die auf sein Referat folgte, unter. Zu sehr hatte er die Sprachregelungen seiner Partei verletzt. In der mehrjährigen Grundsatzdebatte, die er auslöste, wurde vor allem eines verhandelt: die politische Sprache der Union.

Diese war bis dahin von einer klaren Abgrenzung nach zwei Seiten hin gekennzeichnet gewesen: zum einen gegenüber dem *Liberalismus* und zum anderen gegenüber dem *Sozialismus*. So sah sich Hans Katzer, der Vorsitzende der Sozialausschüsse und einer der starken Männer des Arbeitnehmerflügels der CDU,<sup>13</sup> in seiner Replik auf Gerstenmaier dazu aufgerufen, diese begriffliche Konstellation wieder zurechtzurücken: „Die Christlich Demokratische Union ist stark geworden als Partei der Mitte. Sie ist stark geworden, weil sie sich gleichermaßen wehrte gegen den Sozialismus und gegen den Liberalismus.“<sup>14</sup> In der Tat hatte die Konsensformel *Partei der Mitte* eine wichtige Rolle für die Integration der unterschiedlichen politischen Gruppierungen in der Gründungsphase der Partei gespielt, weil sie sowohl das Neue der überkonfessionellen und alle sozialen Schichten integrierenden Parteigründung hervorhob, als auch nach innen wirkte in dem Appell *die Mitte* zu finden, also divergierende konfessionelle wie soziale Interessen in der Gemeinsamkeit christlicher Überzeugung auszugleichen.<sup>15</sup> Die gleiche Funktion besaß der Ruf nach der *Mitte*, dem *Ausgleich* und der *Synthese* in der

<sup>12</sup> Zum Sozialkatholizismus vgl. im kurzen Überblick RAUSCHER, Die Entwicklung des Sozialkatholizismus nach 1945.

<sup>13</sup> Zu Hans Katzer vgl. BUCHSTAB, Hans Katzer.

<sup>14</sup> Bundesparteitag der CDU 1958, S. 143. Zur Neoliberalismus-Kritik im Sozialkatholizismus vgl. LANGNER, Wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen im deutschen Katholizismus, S. 88–96.

<sup>15</sup> Zur komplexen Gründungssituation vgl. SCHLEMMER, Aufbruch, Krise und Erneuerung; UERTZ, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU; DOERING-MANTEUFFEL, Die „Frommen“ und

Conservative Party.<sup>16</sup> Katzer pickte aber noch weitere Verletzungen christdemokratischer Begriffskonventionen aus Gerstenmaiers Referat heraus. Zwar hätte er von „Personalismus“ und „Subsidiarität“ gesprochen, der Begriff der „Solidarität“ sei dagegen nicht gefallen. Nur in dieser Dreifheit, so Katzer, sei die „christlich-soziale Idee“ vollständig beschrieben. Gerstenmaiers begriffliche Grenzsetzungen hatten also ins Schwarze getroffen.

Darüber hinaus meinte Katzer eine andere semantische Schwerpunktsetzung zurechtrücken zu müssen. Gerstenmaier hatte geendet mit dem von der britischen Conservative Party übernommenen Aufruf „Vorwärts, Freunde, vorwärts in Freiheit“ – zu diesem transnationalen Begriffstransfer unten noch mehr. Katzer war das um einiges zu viel der Freiheitssemantik. Er erinnerte an das Motto des für die katholische Sozialbewegung bedeutenden Bochumer Katholikentages des Jahres 1949, das *Gerechtigkeit schafft Frieden* gelautet hatte.<sup>17</sup> Von der *Freiheit* zu sprechen und von der *Gerechtigkeit* zu schweigen, sei einer christlichen Partei nicht angemessen, entgegnete er Gerstenmaier und damit dem gesamten marktliberalen Flügel.<sup>18</sup> Gerstenmaiers Semantik wurde von den Exponenten des katholischen Sozialflügels als *liberal* wahrgenommen, wobei *liberal* auf die Wirtschaftsordnung bezogen wurde.<sup>19</sup> Doch nicht nur von diesen: In katholischen Blättern, Akademien, Verbänden wurde die Gefahr einer „wachsende[n] Liberalisierung der Union“ an die Wand gemalt.<sup>20</sup>

In der Diskussion um Gerstenmaiers Parteitags-Referat brachen ganz offensichtlich die konfessionellen Gegensätze auf, mehr noch, die Diskussion um Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde konfessionalisiert. Gerstenmaier galt in erster Linie der Vorwurf, das christliche Selbstverständnis zu verwischen, indem – ganz in protestantischer Tradition – die Abgrenzung gegenüber dem Liberalismus aufgeweicht würde. Es kam also nicht von ungefähr, dass ihm in der Diskussion auf dem Kieler Bundesparteitag ein Protestant und profiliertes Wirtschaftspolitiker beisprang. Finanzminister Franz Etzel wollte Katzers Begriffsdefinitionen so jedenfalls nicht stehen lassen. Zunächst erinnerte er seine katholischen Parteikollegen daran, dass der „Begriff der Solidarität [...] in dem Wort des christlichen ‚Du‘ oder der christlichen Nächstenliebe enthalten“ sei. So reklamierte er die Gleichrangigkeit der protestantischen Sprache im Begriffshaushalt der CDU. Zugleich erinnerte Etzel an das

die „Linken“; SCHMIDT, Zentrum oder CDU; MITCHELL, Materialism and Secularism; BÖSCH, Die Adenauer-CDU, S. 22–138.

<sup>16</sup> Siehe S. 46–49.

<sup>17</sup> Zum Bochumer Katholikentag vgl. LANGNER, Wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen im deutschen Katholizismus, S. 51–55.

<sup>18</sup> Bundesparteitag der CDU 1958, S. 143–144.

<sup>19</sup> Vgl. auch die Redebeiträge von Theodor Blank, Josef Arndgen, Josef Mick und Franz Skorzak, ebd., S. 114–119, 128–129 und 146–150.

<sup>20</sup> Vgl. paradigmatisch ZENTRALKOMITEE DER DEUTSCHEN KATHOLIKEN, Arbeitstagung Ettal 25.–28. April 1960, Arbeitskreis: Staatspolitische Arbeit, S. 267–301, bes. S. 267–271; zum Verhältnis von Union und Zentralkomitee der deutschen Katholiken vgl. GROSSMANN, Zwischen Kirche und Gesellschaft, S. 277–299; RAABE, Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1952–1964.

christliche Prinzip des Ausgleichs in der „Partei der Mitte“, in der über das „christliche ‚Du‘“ zu einer „Synthese der Interessen“ gefunden werde.<sup>21</sup>

Überdies widmete sich Etzel der Positionsbestimmung der Union gegenüber dem Liberalismus. Auch hier suchte er zu vermitteln und protestantisch-katholische Gemeinsamkeiten herauszustellen. Als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses seit den frühesten Jahren der Parteigründung habe er stets dem „Liberalismus Absage“ geleistet. „Wir machen keine Politik des ‚Laissez faire, laissez aller‘“, betonte Etzel, keine Politik „des Liberalismus im alten Sinne“. Statt dessen habe sich die Union der „sozialen Marktwirtschaft“ verschrieben und damit einen Begriff gefunden, der diese „Abgrenzung völlig beinhaltet“ – allerdings werde in „der Wissenschaft“ für das Konzept der sozialen Marktwirtschaft der Begriff „Neoliberalismus“ verwendet. Etzel ermahnte also Katzer zu begrifflicher Differenzierung und erinnerte ihn außerdem an die parteiinterne Konsensformel der *sozialen Marktwirtschaft*.<sup>22</sup> Zwar müsse die Union sich nun nicht selbst als „neoliberal“ bezeichnen, sollte das wohl heißen, diesen Begriff der Zuschreibung von außen hingegen annehmen, zumal das Präfix „neo“ die Abgrenzung gegenüber marktliberalen Konzeptionen des 19. Jahrhunderts anzeigen.

Damit argumentierte Etzel ganz auf der Linie der neoliberalen Intellektuellen, die er verteidigte. Sie hatten in Reaktion auf die ökonomischen und politischen Krisen der 1920er und 1930er Jahre in einem internationalen Netzwerk ein alternatives Ordnungsmodell formuliert, das sowohl von einem „Liberalismus alter Prägung“ als auch von staatsinterventionistischen Konzepten Abstand nahm.<sup>23</sup> Bewusst bezeichneten sie sich als *neoliberal*.<sup>24</sup> Als „internationale Forschungsgemeinschaft“ organisierten sich Wirtschaftswissenschaftler aus Europa und den USA in den 1930er Jahren zunächst infolge des Colloque Walter Lippmann, das 1938 in Paris stattfand, in dem kurzlebigen Zentrum für neoliberale Studien in Paris, dann seit 1947 in der Mont Pèlerin Society. Der deutsche Flügel dieses Netzwerkes, für den Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Armack, Walter Eucken und Alexander Rüstow standen und der auch als ordoliberal bezeichnet wird, prägte das Schlagwort vom „dritten Weg“ zwischen „altem Liberalismus“ und Kollektivismus. Ihre Ordnungskonzeption wollten sie als „Synthese“ verstanden wissen.<sup>25</sup> Auch darüber gerieten sie zunehmend in Konflikt mit jüngeren amerikanischen Mitgliedern der Mont-Pèlerin-Society um Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises und Milton Friedman, denen die deutsche Liberalismuskritik um einiges zu weit ging.

Über Röpke und Müller-Armack fanden Konzepte der katholischen Soziallehre Eingang in das ohnehin von christlichen Überzeugungen geprägte ordoliberalen

<sup>21</sup> Bundesparteitag der CDU 1958, S. 151.

<sup>22</sup> Zur Begriffsgeschichte der *sozialen Marktwirtschaft* vgl. WENGELE, Vom Jedermann-Programm, S. 396–400; ders., „Die Planwirtschaft ist das Unsozialste“.

<sup>23</sup> Vgl. LÖFFLER, Ökonomie und Geist, S. 88.

<sup>24</sup> Vgl. WEGMANN, Früher Neoliberalismus, S. 104–110.

<sup>25</sup> Vgl. ebd., S. 146–156.

Denken,<sup>26</sup> das zudem von kulturkritischen und abendländischen Denkmustern durchzogen war und dem Modell eines starken Staates anhing.<sup>27</sup> Zugleich schöpften die Ordoliberalen aus dem angelsächsischen Frühliberalismus. Sie synthetisierten also sehr unterschiedliche Traditionen des politischen Denkens in Europa – und dies gebrochen durch die totalitarismustheoretische Linse des Kalten Krieges.<sup>28</sup> Die Ordoliberalen formulierten, so Josef Mooser auf Wilhelm Röpke bezogen, „einen neuen Liberalismus für das ‚wahre‘, nämlich für ein vom ‚Kollektivismus‘ befreites 20. Jahrhundert in der Sprache des Konservatismus des 19. Jahrhunderts“.<sup>29</sup> Sie zielten auf die Etablierung einer neuen Ordnung, die mehr war als nur Wirtschaftsordnung. Die Ordoliberalen erstrebten eine ganzheitliche Gesellschaftsverfassung, in der sich Freiheit und Bindung im Gleichgewicht befanden, die auf christlichen Werten und Normen basierte und die die Selbstverantwortung und -bescheidung des Individuums voraussetzte.<sup>30</sup> Sie teilten viele Überzeugungen daher nicht allein mit den Protestantenten in der Bundesrepublik, sondern auch mit Teilen des Katholizismus, sogar des Sozialkatholizismus.<sup>31</sup> So eindeutig konfessionell, wie das der katholische Sozialflügel der CDU darstellte, waren die sozialpolitischen Konzepte keinesfalls kodiert.

Mit Ludwig Erhard hatte die CDU einen herausragenden Repräsentanten dieses Netzwerkes in ihren Reihen, der als Wirtschaftsminister den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft verkörperte und ihre Identifikation mit der Union personalisierte.<sup>32</sup> Erhard galt innerhalb der CDU, der er erst beitrat, als im April 1963 feststand, dass er Adenauer als Kanzler nachfolgen würde,<sup>33</sup> als „Liberaler“<sup>34</sup> – un-

<sup>26</sup> Zur ambivalenten Rezeption des Ordoliberalismus im Katholizismus bzw. Protestantismus vgl. LÖFFLER, Religiöses Weltbild und Wirtschaftsordnung; HASELBACH, Autoritärer Liberalismus und soziale Marktwirtschaft, S. 117–158; HISSLER, Zwischen Liberalismus und Christentum; STEGMANN und LANGHORST, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, S. 786–791; SCHÄFER, Kapitalismus und Kultukrise; die Gegensätze zwischen dem ordoliberalen Konzept der *sozialen Marktwirtschaft* und dem soialethischen Denken der Kirchen in der frühen Bundesrepublik arbeitet GROSSBÖLTING, „Soziale Marktwirtschaft“ als christliche Verpflichtung?, heraus.

<sup>27</sup> Eine konzise Charakterisierung neo- bzw. ordoliberalen Denkens bei WEGMANN, Früher Neoliberalismus, S. 101–240; vgl. außerdem PTAK, Vom Ordoliberalismus zur sozialen Marktwirtschaft; ders., Neoliberalism in Germany; JACKSON, At the Origins of Neo-Liberalism; HARVEY, A Brief History of Neoliberalism; MOOSER, Liberalismus und Gesellschaft nach 1945.

<sup>28</sup> Vgl. LÖFFLER, Ökonomie und Geist, S. 89–99; ders., Ein deutscher Weg in den Westen.

<sup>29</sup> MOOSER, Liberalismus und Gesellschaft nach 1945, S. 150; Wilhelm Röpke eignete sich den Konservatismusbegriff an und orientierte sich an den amerikanischen Konservatismusentwürfen Russell Kirks und Peter Vierecks, die er als *liberalen Konservatismus* verstanden wissen wollte, vgl. WILHELM RÖPKE, Liberaler Konservatismus in Amerika, in: NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, 16.5. 1955; zu Röpkes konservativer Variante des Neoliberalismus vgl. SOLCHANY, Wilhelm Röpke.

<sup>30</sup> Vgl. LÖFFLER, Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis, S. 63–70.

<sup>31</sup> Vgl. LANGNER, Wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen im deutschen Katholizismus 1945–1963, S. 78–96; LÖFFLER, Religiöses Weltbild und Wirtschaftsordnung; BRAKELMANN und JÄHNICHEN, Die protestantischen Wurzeln; GOLDSCHMIDT, Wirtschaft und Gesellschaft miteinander versöhnen.

<sup>32</sup> Für Ludwig Erhard vgl. MIERZEJEWSKI, Ludwig Erhard.

<sup>33</sup> Vgl. ebd., S. 184.

<sup>34</sup> Vgl. z. B. KRONE, Tagebücher, Bd. 2, S. 386, Eintrag v. 21. 6. 1965.

geachtet der kulturkritischen, sozialharmonischen Ideen von Ganzheitlichkeit, die sein Denken bestimmten.<sup>35</sup> Seine Zurückhaltung gegenüber offensiven Bekundungen des Christlichen und seine Distanz zu den Kirchen trugen zu dieser Einschätzung erheblich bei, und dies zumal unter bekennenden Katholiken in der Union.<sup>36</sup>

Am Kieler Bundesparteitag der CDU 1958 nahm sich Finanzminister Etzel in seiner Verteidigung Gerstenmaiers und seinem Plädoyer für den Ordoliberalismus nicht zuletzt den Freiheitsbegriff vor.<sup>37</sup> Dem „Wesen des Mensch[en]“, der „Mittelpunkt“ allen Wirtschaftens sei, entspreche ein „Leben in Freiheit und Verantwortung“, und nur wenn die „Wirtschaft dem Menschen die Freiheit verschafft, gibt es auch eine freiheitliche politische Ordnung“. Ökonomische und bürgerschaftliche Freiheit bedingten demzufolge einander, Demokratie war nur in einem freiheitlichen Wirtschaftssystem möglich. Auch hier bewegte sich Etzel in den Fußstapfen des Ordoliberalismus.<sup>38</sup> Dem Begriff der *Freiheit* stellte Etzel dabei aber den Begriff der *Verantwortung* bei und gründete ihn christlich. Dieser Verantwortungsbegriff war eng an den Begriff des *Eigentums* gebunden, einen weiteren Schlüsselbegriff der Unionsparteien, der von allen Flügeln emphatisch bejaht wurde.<sup>39</sup> Ein auf „Verantwortungsbewusstsein und Verantwortungsfähigkeit aufgebautes Eigentum“ müsse „zur Sittlichkeit und im Fühlen zum Stil eines angesehenen Menschen“ gehören, meinte Etzel und verknüpfte die Begriffe *Freiheit*, *Verantwortung* und *Eigentum* damit noch zusätzlich mit dem ebenfalls zentralen Begriff der *Sittlichkeit*, der den Moraldiskurs in der Union der 1950er Jahre dominierte.<sup>40</sup> Über die individuelle *Verantwortung* wollte Etzel der *Freiheit* Grenzen ziehen, das Individuum hatte den Umgang mit seiner Freiheit selbst zu regulieren.

Die katholischen Sozialpolitiker dagegen waren misstrauischer gegenüber einer so ausschließlichen Verpflichtung des Individuums. Dass „Freiheit nicht gleich Zügellosigkeit ist“, wie Konrad Adenauer in seiner Rede auf dem Kieler Parteitag formulierte,<sup>41</sup> war Teil des Grundkonsenses der Union. So betonten auch die katholischen Sozialpolitiker, dass die Freiheit des einzelnen ganz grundsätzlich durch die Freiheit des anderen beschränkt sei – eine klassische kantianische Argumentation.<sup>42</sup> *Freiheit* bedürfe zudem der Rückbindung an die gesellschaftliche Ordnung, woraus ein Spannungsverhältnis resultiere, das in den Begriffspaaren von „Freiheit und Ordnung“ und „Freiheit und Gesetz“ ausgedrückt werden könne.<sup>43</sup> Freiheit werde zudem durch Macht begrenzt, wie Theodor Blank hervor hob: „[D]ie Macht muss den Sozialpolitiker als eine der Ursachen der Unfreiheit inte-

<sup>35</sup> Vgl. NOLTE, Die Ordnung, S. 386–389. Für Erhards gesellschaftspolitische Entwürfe der späten 1950er Jahre vgl. ERHARD, Das gesellschaftspolitische Leitbild der CDU/CSU, 1957.

<sup>36</sup> Vgl. LÖFFLER, Religiöses Weltbild und Wirtschaftsordnung, S. 120–121.

<sup>37</sup> Vgl. auch in sehr ähnlicher Wortwahl ETZEL, Begrüßung, 1957, v.a. S. 4.

<sup>38</sup> Vgl. LÖFFLER, Ökonomie und Geist, S. 91–93.

<sup>39</sup> Bundesparteitag der CDU 1958, S. 152–153.

<sup>40</sup> Ebd., S. 153; zum Kontext vgl. STEINBACHER, Wie der Sex nach Deutschland kam.

<sup>41</sup> „Entscheidung für Freiheit“, 1958, S. 1.

<sup>42</sup> Vgl. Bundesparteitag der CDU 1958, S. 115.

<sup>43</sup> Vgl. ebd., S. 148.

ressieren“. Und diese Macht zu bändigen sei dem Staat aufgetragen, er habe für eine „soziale Ordnung“ wie für „soziale Gerechtigkeit“ zu sorgen.<sup>44</sup>

In Kiel war der Streit um die Begriffe mit Etzels Beitrag noch nicht beendet, vielmehr ergriff Eugen Gerstenmaier zum Abschluss selbst das Wort. Zunächst betonte er seine eigene intellektuelle Sozialisation, die weder im „alten“ noch im „neuen Liberalismus“ und auch nicht im Umfeld des „hochverehrten Friedrich Naumann“ erfolgt sei, sondern in „der Tradition des christlich sozialen Protestantismus“.<sup>45</sup> Dies gesagt, erinnerte er seine katholischen Kollegen an die Personalismus-Konzepte der neuscholastischen Theologie<sup>46</sup> und besonders an die „geheimnisvoll inspirierende Kraft des Neu-Thomismus im französischen Sozialdenken“, der sich dem Schutz des Menschen „in seinem Personkern“ verpflichtet fühle, dem Schutz des Menschen „vor der Verknechtung unter die überwältigende Gewalt der unpersönlichen, der nicht personalen Apparaturen“.<sup>47</sup> Er hätte dabei auch auf den Personalismus-Begriff und die anthropologische Komponente des Ordoliberalismus verweisen können.<sup>48</sup> Die Gefährdung der Freiheit des Individuums durch den „Versorgungsstaat“, so Gerstenmaier, sehe die katholische Theologie genauso wie die protestantische – und implizit bat er den katholischen Sozialflügel, davon Notiz zu nehmen. „Das ist Personalismus!“, setzte Gerstenmaier noch hinzu und unterstrich damit seinen Anspruch auf den Begriff.<sup>49</sup>

Seine Offenheit gegenüber liberalem Gedankengut bekräftigte der Bundestagspräsident dabei noch einmal. „Wenn man Liberalismus sagt, dann bedeutet das, auch bei uns, noch nicht, dass alles, was im Laufe von 150 Jahren damit zusammenhängt, vom Teufel ist.“<sup>50</sup> Vielmehr, so die Botschaft, finde sich hier eine Tradition, an die anzuknüpfen sich lohnte. Auf dem Weg zum Zweiparteiensystem jedenfalls hieß er all jene in der Union willkommen, die sich in der Tradition des Liberalismus verorteten. Den großen Konflikt seiner Gegenwart glaubte Gerstenmaier zwischen christlichen und sozialistischen Kräften, zwischen „Freiheit“ und „Zwang“, zwischen „Vermassung“ und „Selbständigkeit und Eigenverantwortung“, zwischen „sozialem Rechtsstaat“ und „sozialistischem Versorgungsstaat“ – die Antithesen ließen sich fortsetzen.<sup>51</sup> Gerstenmaiers Ziel war die antisozialistische Sammlung unter christlichem Banner, seine Gegenwart sah er von einem Entweder-Oder bestimmt, er wähnte sich in einem Zweifrontenkampf – und in einem solchen hätten die Liberalen gar keine andere Wahl als mit den Christlichen Demokraten „das personalistische Gesellschaftsbild gegen die Bedrohung durch den sozialistischen Versorgungsstaat [zu] verfechten“.<sup>52</sup> Im Angesicht des sozialisti-

<sup>44</sup> Ebd., S. 115.

<sup>45</sup> Ebd., S. 178.

<sup>46</sup> Vgl. dazu UERTZ, Vom Gottesrecht zum Menschenrecht, S. 419–433 und 439–463.

<sup>47</sup> Bundesparteitag der CDU 1958, S. 179.

<sup>48</sup> Vgl. WEGMANN, Früher Neoliberalismus, S. 156–168; LÖFFLER, Ökonomie und Geist, S. 95.

<sup>49</sup> Bundesparteitag der CDU 1958, S. 179

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> Vgl. die Begrifflichkeiten in seinem Hauptreferat: Ebd., S. 90–108.

<sup>52</sup> Ebd., S. 180.

schen Gegners tarierte Gerstenmaier, geleitet vom Strukturprinzip der Gegensatzbildung, die Begriffsbestände der Union vorsichtig neu aus. Dass er seine Rede mit einem programmatischen Schulterschluss mit der Conservative Party schloss und sie im Rückblick als Beleg dafür nahm, dass die CDU eine *konservative* Partei sei,<sup>53</sup> kam nicht von ungefähr.

### 3.2.2. Der christlich-soziale Flügel der Union und das *hohe C*

Laut schrillten die Alarmglocken auf dem Sozialflügel der Union angesichts Gerschenmaiers Herumhantieren mit dem Werkzeugkasten politischer Richtungsgriffe. Es scheint, als ob die zerstrittene christlich-soziale Bewegung, die in verschiedenen Kraftzentren organisiert war und sich im Laufe der 1950er Jahre im Streit um Einheits- oder Richtungsgewerkschaft selbst blockiert hatte,<sup>54</sup> letztlich in der Zurückweisung der vorsichtigen Integration des Liberalen, für die Gerstenmaier stand, einen gemeinsamen Anker gefunden hatte. Allerdings lagen die konfessionellen Bruchlinien nicht so klar, wie es am Parteitag erschienen sein mochte. Denn in den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmer-schaft (CDA) waren sowohl katholische als auch protestantische Mitglieder organisiert. Die CDA fungierte als eigenständige Vereinigung der Union, die sich als Verbindungsglied zwischen Gesellschaft und Partei verstand. Trotz ihres bundesweiten Anspruchs blieb sie im Großen und Ganzen auf ihr rheinisches, katholisches Kerngebiet beschränkt, klammerte sich an das in der Partei längst ad acta gelegte *Ahlener Programm* und verlor zunehmend an Einfluss. Seit 1957 befand sich die CDA im „offenen Konfliktkurs gegenüber der Partei“, nicht nur weil der Einfluss der Arbeitnehmer in der Partei „prekär“<sup>55</sup> blieb, sondern auch weil Forderungen nach weiterer Liberalisierung immer deutlicher vernehmbar wurden.<sup>56</sup> Letztlich markierte der parteiinterne Streit um die Begriffe das letzte Rückzugsgefecht einer Bewegung und ihrer Begriffswelten, die die CDU in ihren Anfangsjahren entscheidend geprägt hatte.

Die katholische Schlagseite der CDA offenbarte sich kaum deutlicher als in ihrer Antwort auf Gerstenmaiers Rede, die beim Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongress im März 1960 erfolgte. Nach langem, konfliktreichem Vorlauf war es gelungen, den Großteil der Verbände, die sich der christlich-sozialen Bewegung zugehörig fühlten, nach dem Vorbild der Weimarer Republik zu einem Kongress zu versammeln, der sich ihrer aktuellen Positionsbestimmung verschrieben hatte.<sup>57</sup> Das heiße Eisen, nämlich der Konflikt im eigenen Lager zwischen Anhängern

<sup>53</sup> Vgl. GERSTENMAIER, Was heißt heute konservativ?, 1962.

<sup>54</sup> Vgl. dazu SCHROEDER, Katholizismus und Einheitsgewerkschaft; ders., Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960; ARETZ, Katholische Arbeiterbewegung und christliche Gewerkschaften.

<sup>55</sup> SCHROEDER, Katholizismus und Einheitsgewerkschaft, S. 266.

<sup>56</sup> Ebd., S. 296; BÖSCH, Die Adenauer-CDU, S. 294.

<sup>57</sup> Zu den komplizierten Vorverhandlungen vgl. SCHROEDER, Katholizismus und Einheitsgewerkschaft, S. 255–261.

von DGB und solchen der Christlichen Gewerkschaften, wurde allerdings ausgespart – stattdessen widmeten sich die Delegierten ausführlich der Kritik an Liberalismus und Sozialismus, wie die *Zeit* noch ein halbes Jahr später bemerkte.<sup>58</sup> In der Tat war die dezidiert christliche Standortbestimmung eine solche ex negativo: Ein Hauptreferat nahm die Abgrenzung gegenüber dem *Liberalismus* vor, ein anderes die gegenüber dem *Sozialismus* und erst dann definierte Hans Katzer „Christlich-sozial in unserer Zeit“.<sup>59</sup> Der Konservatismusbegriff hingegen spielte in dieser Auseinandersetzung nur eine untergeordnete Rolle. Als absoluter Gegner der christlich-sozialen Bewegung wurde das Konservative offenbar nicht empfunden.

Heinz Budde, CDU-Politiker, Mitglied im Bundesvorstand der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Dozent am Katholisch-Sozialen Institut Bad Honnef und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke,<sup>60</sup> war zunächst aufgetragen worden, das Christlich-Soziale vom Liberalen zu scheiden. In seinem Referat schienen paradigmatisch die Hauptelemente des Liberalismusbegriffs auf, der die politische Sprache der Union in den 1950er Jahren prägte. Gleich zu Beginn seines Vortrags gab Budde zu bedenken, dass er über den Liberalismus aus der strikten Perspektive der christlichen Soziallehre und nicht unter Bezugnahme auf „allgemeine Kategorien“ urteilen werde. Liberalismus hatte in diesen Kreisen eine spezifische Bedeutung, derer sich die Protagonisten bewusst waren. Sie führten ihre besondere Sensibilität gegenüber liberalem Denken und liberaler Politik auf die historische Erfahrung der christlich-sozialen Bewegung zurück: „[A]m eigenen Leibe“ hätte die Arbeitnehmerschaft den Liberalismus zu spüren bekommen. Mit der Begriffsbestimmung war ein historisches Narrativ verbunden, dessen zentrale Bezugspunkte Industrialisierung, ökonomische Liberalisierung und Urbanisierung des 19. Jahrhunderts sowie die Lösungsansätze der katholischen Sozialreform bildeten. In der verehrenden Erinnerung an Wilhelm von Ketteler, Adolph Kolping und Papst Leo XIII. wurde dieses Narrativ personifiziert.

Abgesehen von dieser Erfahrungsgeschichte, so setzte Budde hinzu, stehe der „christliche Arbeitnehmer“ ohnehin in einem „natürlichen Interessengegensatz zu den typischen Trägern der liberalistischen Idee“.<sup>61</sup> Der Gegensatz von Kapital und Arbeit bestimmte Buddes Begriffsbestimmung des Liberalen.<sup>62</sup> Dabei erkannte er im „Individualismus“ das Zentrum liberalen Denkens; *Individualismus* fungierte als absoluter Gegenbegriff der politischen Sprache, die in christlich-sozialen Kreisen gepflegt wurde. Während die christliche Gesellschaftsidee von einer Einbindung des einzelnen in eine gottgewollte Ordnung ausgehe, worin sich auch moralische Normen manifestierten, huldige der Liberalismus der „atomisier-

<sup>58</sup> Vgl. Uneins mit sich selbst, in: DIE ZEIT, 21. 10. 1960.

<sup>59</sup> Vgl. STÄNDIGER AUSSCHUSS CHRISTLICH-SOZIALER ARBEITNEHMERKONGRESSE, Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongress, 1960.

<sup>60</sup> Vgl. VIERHAUS, Biographisches Handbuch, Bd. 1, S. 109.

<sup>61</sup> BUDDE, Christlich-sozial und Liberalismus, 1960, S. 21.

<sup>62</sup> Ebd., S. 22.

te[n] Gesellschaft, in der die einzelnen unverbunden und beziehungslos neben-einander“ stünden. Einer solch „mechanistischen Gesellschaftsauffassung“, die davon ausgehe, dass die Gesellschaft allein durch menschliche Vernunft konstruierbar sei, entspreche ein „materialistischer Gemeinwohlbegriff“ des „größte[n] Glück[s] der größten Zahl“. Dieser sei der „christlichen Gemeinwohlidee“ diametral entgegengesetzt, deren Ziel ein „Ordnungszustand der Gesellschaft“ sei, in der jeder einzelne selbständig „sein irdisches und übernatürliches Heil“ realisieren könne.<sup>63</sup> *Atomismus, Mechanismus, Materialismus, Individualismus* – in diesen vier Begriffen kristallisierte sich nach Budde das Wesen des Liberalismus. Als Gegenbegriffe dienten sie der Schärfung des Eigenen, das als *christlich* definiert wurde.

So einfach aus dem begrifflichen Repertoire der Selbstbeschreibung auszuscheiden war der Freiheitsbegriff allein nicht – der Schlüsselbegriff des Liberalismus. Denn auch die katholische Sozialbewegung der 1950er Jahre beanspruchte den Begriff der *Freiheit*. Während der Liberalismus die Freiheit des Individuums über alles setze, alle Bindung negiere, diese also bloßer „Selbstzweck“ sei, wisse das Christentum, dass „[w]ahre Freiheit der Person nur denkbar und möglich in den gottgewollten Bindungen an das Sittengesetz und in Beachtung der Erfordernisse des Gemeinwohles“ sei.<sup>64</sup> *Freiheit* wurde mit *Selbstverantwortung* parallelisiert, *Bindung* mit *Staatstätigkeit*, und das Gleichgewicht zwischen *Freiheit* und *Bindung* als Ideal formuliert. *Christentum* stand für den Ausgleich, *Liberalismus* für den Konflikt, und dieses Prinzip asymmetrischer Gegensatzbildung dirigierte die Anordnung der Begriffe in Buddes Vortrag.

Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts, angetreten unter der Fahne der Freiheit, habe der Arbeiterschaft gerade diese Freiheit nicht zugebilligt und damit die „liberale Freiheitsidee“ pervertiert.<sup>65</sup> Denn wenn die Freiheit „unteilbar“ sei, dann sei „politische Freiheit nicht denkbar ohne Freiheit und Sicherheit im Sozialen“. Wer von „politischer Freiheit“ spreche, dürfe von „sozialer Freiheit“ nicht schweigen. „Soziale Sicherheit“, ein Kernbegriff des christlich-sozialen Flügels der Union, setzte Budde bedeutungsgleich mit „sozialer Freiheit“. Der demokratische Freiheitsimpuls wurde in die Sozialpolitik hinein verlängert. Geschehe das nicht und werde der Staat zudem nicht in seiner organischen, der „Natur des Menschen“ entsprechenden Substanz anerkannt, sondern als Vertragswerk freier Menschen konzipiert, führe diese „Verabsolutierung der Freiheit zwangsläufig zur Selbstaufhebung der Freiheit [...] und bei ungehinderter geschichtlicher Entwicklung schließlich [in den] Totalitarismus“.<sup>66</sup> Erst wenn sich die „Formal-demokratie“ des „Rechtsstaats“ zu einer „sozialen Demokratie“ fortbilde, sei wirkliche Freiheit gewährleistet.<sup>67</sup> Damit verband Budde die totalitarismustheo-

<sup>63</sup> Ebd., S. 25.

<sup>64</sup> Ebd.

<sup>65</sup> Ebd., S. 22.

<sup>66</sup> Ebd., S. 28.

<sup>67</sup> Ebd., S. 29.

retische Bestimmung des Liberalismusbegriffs, die, wie wir gesehen haben, in katholischen wie protestantischen Kreisen der 1950er Jahre und nicht zuletzt in der Abendland-Bewegung gängig war, mit den sozialpolitischen Forderungen der christlich-sozialen Bewegung. Zusätzlich versah er diese mit einer demokratietheoretischen Schlagseite. Das Konzept der „sozialen Demokratie“, das in der christlich-sozialen Bewegung der 1950er Jahre diskutiert wurde, basierte auf korporatistischen Modellen, die mit liberalen Vorstellungen parlamentarischer Demokratie in der Tat im Konflikt standen.<sup>68</sup> Alles in allem erschien die „soziale Marktwirtschaft“ als ideales Modell der erstrebten synthetischen Wirtschaftsordnung.<sup>69</sup>

*Christlich* verfügte neben einem in den 1950er Jahren weitverbreiteten totalitarismustheoretischen auch über einen moralpolitischen Bedeutungshorizont,<sup>70</sup> den etwa Konrad Adenauer 1953 herausstellte:

Gegenüber dem allgemeinen Verlust an Tradition und gegenüber der sich im Zuge befindenden vollständigen gesellschaftlichen Umwälzung im deutschen Volke sind klare Grundsätze nötig, um die staatliche Ordnung in Deutschland lebensfähig zu halten. Diese können nur den christlichen Ordnungsprinzipien entstammen.<sup>71</sup>

Das Christliche wurde also als Bollwerk gegen gesellschaftlichen Wandel konzipiert, als aufhaltendes, bewahrendes – letztlich konservatives Prinzip. Aufgrund der Bedeutung, die dem Christlichen für den neuen deutschen Staat zugemessen wurde, wurden alle Tendenzen gesellschaftlicher Liberalisierung als Angriff auf den Kodex christlicher *Sittlichkeit* interpretiert und mit dementsprechenden Befürchtungen verbunden. Gefasst unter dem Begriff der *Säkularisierung* evozierten sie die totalitäre Gefahr.<sup>72</sup> Von Beginn an einte ein solch vager Begriff des *Christlichen* die heterogenen politischen Kreise, die sich in der Union zusammengefunden hatten, und ebenso überspielte er zunächst die Differenzen, die sich unter seiner Oberfläche verbargen.<sup>73</sup> In Buddes Referat vor dem Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongress hatte dieses Rezept ein weiteres Mal gewirkt.

Als der *Liberalismus* abgearbeitet war, stand der *Sozialismus* auf dem Programm. Diesen Part hatte Rupprecht Dittmar übernommen, dem Konfessionsproporz folgend evangelisch, CDU-Mitglied und im Hauptvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft tätig.<sup>74</sup> Seine Aufgabe war vertrackt. Denn zwar herrschte in der Union ein antisozialistischer Konsens vor, der sich im Antikommunismus verdichtete, doch seit der Reform der SPD, die 1959 im *Godesberger*

<sup>68</sup> Vgl. NOLTE, Die Ordnung, S. 298–303.

<sup>69</sup> BUDDE, Christlich-sozial und Liberalismus, 1960, S. 31.

<sup>70</sup> Zum totalitarismustheoretischen Bedeutungshorizont des Christlichen vgl. GRESCHAT, „Rechristianisierung“ und „Säkularisierung“.

<sup>71</sup> KONRAD ADENAUER, Christentum und Staatsgesinnung, in: ECHO DER ZEIT, 1.1.1953.

<sup>72</sup> Vgl. z. B. GERSTENMAIER, Freiheit – Wozu?, 1960, S. 183.

<sup>73</sup> Vgl. BUCHHAAS, Die Volkspartei, S. 207–221.

<sup>74</sup> Vgl. zu Dittmar die kurzen Angaben in: Betriebliches Miteigentum verträgt keinen Zwang, in: DIE ZEIT, 14. 11. 1957 sowie für sein Wirken in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft MÜLLER, Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, S. 191 et al.

Programm kulminierte,<sup>75</sup> war dieser seiner Hauptangriffspunkte beraubt. Der Sozialismusbegriff hatte einen fulminanten Bedeutungswandel mitgemacht, so dass er nicht mehr so einfach als allseits passender Gegenbegriff fungionierte. Für die Union wurde dabei die Öffnung der SPD gegenüber den Kirchen und damit verbunden die Verabschiedung des Atheismus zu einem Problem, das immer virulenter wurde.<sup>76</sup> Bereits 1958, als die Katholische Akademie in Bayern erstmalig zu einem Gesprächsforum zwischen Kirchen und SPD geladen hatte, hatte der CDU-Bundesvorstand den Beginn dieses Dialogs mit größter Sorge verfolgt.<sup>77</sup> Der alarmierte und über die Eigenmächtigkeit der Kirche höchst verärgerte Adenauer sah durch die Sozialdemokratie die „persönliche Freiheit des Menschen gegenüber der Allmacht des Staates“ infrage gestellt und malte die Herrschaft der „Funktionäre“ an die Wand.<sup>78</sup> Letztlich glaubte er den Kommunismus in der Bundesrepublik einziehen, sollte die SPD an die Macht gelangen. Gerstenmaier dagegen nahm die Öffnung der Sozialdemokratie um einiges gelassener hin. Die eigentliche Gefahr sah er, recht weitsichtig, in „Säkularisierungstendenzen“ in der CDU selbst.<sup>79</sup>

Letztlich wurden CDU und CSU trotz aller Gegenwehr ihres exklusiven Anspruches beraubt, christliche Interessen zu vertreten. Die begriffliche Opposition von *Christentum* und *Sozialismus* wurde verwischt. Für den christlich-sozialen Flügel der Union bedeutete diese Öffnung eine massive Herausforderung. Einerseits war eine klare Abgrenzung zur Pflege eines eigenständigen Profils nötig, andererseits arbeiteten christlich-soziale Gewerkschafter mit sozialdemokratischen im DGB zusammen und verfolgten im Tagesgeschäft ganz ähnliche Interessen.<sup>80</sup> Den Begriff des *Sozialen*, der von den Vertretern des christlich-sozialen Flügels innerparteilich vehement betont wurde und ein Element ihrer Selbstbezeichnung war, teilten sie sich ohnehin.

Dementsprechend übte sich Dittmar in Differenzierung, zuallererst hinsichtlich des Sozialismusbegriffs. Dieser sei nämlich seit dem Beginn des sozialdemokratischen Revisionismus an der Jahrhundertwende kein „eindeutiger Begriff“ mehr. Dittmar unterschied zwei Varianten: den „humanitären Sozialismus“, wie er in der bundesrepublikanischen Politik erscheine, sowie den „marxistischen So-

<sup>75</sup> Vgl. LÖSCHE und WALTER, Die SPD, S. 110–115; ANGSTER, Eine transnationale Geschichte des Godesberger Programms.

<sup>76</sup> Vgl. BÖSCH, Die Adenauer-CDU, S. 391–397; für eine Annäherung des Katholizismus an die SPD, auch wenn dies nur für eine Minderheit galt, vgl. z. B. KLÜBER, Freiheitlicher Sozialismus und katholische Gesellschaftslehre, 1964.

<sup>77</sup> Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961, 17. 1. 1958, S. 73–85; Münchener Gespräch zwischen Katholiken und Sozialdemokraten, in: ARCHIV DER GEGENWART, 18. 1. 1958. Die Vorträge des Forums sind publiziert in ARNDT und GUNDLACH, Christentum und demokratischer Sozialismus, 1958; zum Kontext vgl. HERING, Die Kirchen als Schlüssel zur politischen Macht?, S. 240–247, im großen Überblick UMMENHOFER, Hin zum Schreiten Seit’ an Seit’, und LÖSCHE und WALTER, Die SPD, S. 301–311.

<sup>78</sup> BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961, 17. 1. 1958, S. 78–79.

<sup>79</sup> Ebd., 17. 1. 1958, S. 84.

<sup>80</sup> Vgl. SCHROEDER, Katholizismus und Einheitsgewerkschaft.

zialismus, der in seiner bolschewistischen Form Sklaverei, Furcht, Not und Elend über die Völker seines Machtbereiches gebracht hat und weiter bringt“.<sup>81</sup> Dennoch definierte er zunächst ganz allgemein zwei Merkmale des Sozialismus – die Differenzierung ging also ganz schnell wieder verloren. Wie Budde für den Liberalismus erklärte Dittmar das „Menschenbild“ zum zentralen Kriterium der Differenz zwischen Christentum und Sozialismus. Im Gegensatz zum „Marxismus“ sehe der Christ den Menschen in einem transzendenten Zusammenhang. Überdies trenne Sozialismus und christlich-soziale Bewegung ihre grundlegend verschiedenen Konzepte zur Lösung der sozialen Frage. Während der Sozialist glaube, die Gesellschaft „zu einer Bestform konstruieren“, diese revolutionär umgestalten zu können, strebe der Christlich-Soziale nach einer gegliederten Ordnung der Gesellschaft, die sich an der Natur des Menschen orientiere. Sein Weg sei „nie endende Sozialreform“, nicht der „Klassenkampf“.<sup>82</sup>

Dittmar hatte in dieser Beziehung ganz allgemein vom „Sozialismus“ gesprochen. Schwieriger wurde seine Definition, sobald er sie auf die reformierte Sozialdemokratie nach Godesberg bezog. Diese bekenne sich nun zu einem „gewandelten[n] Sozialismus in die Unverbindlichkeit“, in dem aber weiterhin „Restbestände des philosophischen Materialismus wie der Aufklärung“ fortlebten.<sup>83</sup> Zur Zusammenarbeit mit der reformierten Sozialdemokratie zeigte Dittmar sich stellvertretend für die christlich-soziale Bewegung aber bereit, überall dort nämlich, „wo der humanitäre Sozialismus sich [...] im Kampf mit den negativen Erscheinungen des Kapitalismus befindet“.<sup>84</sup>

Das unterschied den christlich-sozialen Unionsflügel von der Gesamtpartei, und kaum jemand formulierte die absolute Distanz gegenüber den Sozialdemokraten auch nach Godesberg schärfer als Konrad Adenauer. „Das sind Marxisten reinsten Wassers. Das sind sie auch geblieben“, erklärte er noch 1963 vor der Konferenz der CDU-Landesvorsitzenden.<sup>85</sup> Den Konnex zwischen bundesrepublikanischer Sozialdemokratie und den kommunistischen Regimen Osteuropas, der seit ihrer Gründung zu den Grundaxiomen der Union gehört hatte, löste Adenauer nie auf. Dennoch begannen Anfang der 1960er Jahre aus taktischen Gründen koalitionspolitische Sondierungen, die sich unter Erhardts Kanzlerschaft festigten und schließlich 1966 in die Große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger mündeten – mit dem von der CDU im Bundestagswahlkampf 1961 noch auf das Übelste geschmähten Willy Brandt als Vizekanzler und Außenminister.<sup>86</sup> Grundlegende Voraussetzung dafür war die Neukodierung der politischen Sprache der Unionsparteien, die seit den späten 1950er Jahren ausgehandelt worden war.

<sup>81</sup> DITTMAR, Christlich-sozial und Sozialismus, 1960, S. 40–41.

<sup>82</sup> Ebd., S. 39.

<sup>83</sup> Ebd., S. 42.

<sup>84</sup> Ebd., S. 45.

<sup>85</sup> Zitiert in BÖSCH, Die Adenauer-CDU, S. 392.

<sup>86</sup> Vgl. ebd., S. 394–297.

### 3.2.3. Begriffliche Ausgleichsversuche. *Christliche Politik und Konservatismus*

Die in der Auseinandersetzung um Gerstenmaiers Parteitagsreferat offen zutage getretenen Konfliktlinien in der Union mussten schon des Außenbildes wegen gekittet werden. Es galt, konsensuale Begriffe zu definieren, die das Selbstverständnis der Partei über alle divergierenden Sprachbestände hinweg fassten. Nachdem die Bundesrepublik nach zehnjährigem Bestehen gefestigt war und eine charakteristische politische Kultur ausgebildet hatte, waren auch CDU und CSU offensichtlich gefordert, ihre Grundlagen zu reflektieren und klar zu benennen. Diesen Auftrag hatte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Heinrich Krone für den nächsten Bundesparteitag erhalten,<sup>87</sup> der im April 1960 in Karlsruhe stattfand. Sein Referat, das den Bericht aus der Fraktion ersetzte, war als katholische Version des gesellschaftspolitischen Grundsatzreferats gedacht, mit dem der Protestant Gerstenmaier das letzte Mal für Furore gesorgt hatte.

Krones Selbstverortung der Union entsprach dem dort allgegenwärtigen Sprechen über die *Mitte* und den *Ausgleich*. Zwischen *Liberalismus* und *Sozialismus* sah er CDU/CSU als eigenständige Kraft, rekurrierte damit auf die etablierte Selbstbeschreibung im Kontext politischer Richtungsbegriffe der jungen Bundesrepublik und machte diese Positionierung mittels semantischer Gegensatzbildung deutlich: Weder könne es Ziel christlich-demokratischer Politik sein, „dem Liberalismus zu verfallen und dem Staat alle gesellschaftlichen Ordnungsfunktionen und Verantwortlichkeit abzusprechen“, noch die „Gesellschaft zu gängeln und durch ein Übermaß an Reglementierung, wie sie der Sozialismus will, praktisch zu verstaatlichen“.<sup>88</sup> Krones Referat wurde als konsequente Absage an den Liberalismus verstanden. Zufrieden zeigte sich der Fraktionsvorsitzende mit der Wirkung des Parteitags im Katholizismus, der die aufgeregte Diskussion beruhigt hätte,<sup>89</sup> weniger zufrieden mit der Berichterstattung in der katholischen Presse, die nur en passant erfolgt sei.<sup>90</sup> Dagegen habe die „liberale Presse“ die Bedeutung des Parteitags verstanden. Dabei bezog er sich vor allem auf die FAZ, was noch einmal unterstreicht, wie sehr Krones Begriffsbestimmung des Liberalen aus einem katholischen Milieuintegralismus schöpfte. Dass Krones Standortbestimmung der Vergangenheit angehöre, letztlich in den Auseinandersetzungen von Liberalismus und politischem Katholizismus des 19. Jahrhunderts gründe, daran erinnerte Alfred Rapp in der FAZ und warnte die Union vor den Folgen einer solchen Position. Letztlich sei diese ein Rückschritt gegenüber einer früheren Öffnung, die gerade aus dem Gedanken erwachsen sei, dass die Gegensätze der Vergangenheit überwunden werden müssten. Krones politische Sprache sei nicht

<sup>87</sup> Zu Heinrich Krone vgl. OPPELAND, Heinrich Krone; HEHL, Der Politiker als Zeitzeuge; zu seinem Agieren als Fraktionsvorsitzender vgl. SCHWARZ, „Für mich ist das Fegefeuer, wenn ich in die Fraktion muss“, S. 22–25.

<sup>88</sup> Bundesparteitag der CDU 1960, S. 104.

<sup>89</sup> KRONE, Tagebücher, Bd. 1, S. 418, Eintrag v. 13.5.1960.

<sup>90</sup> Ebd., S. 417, Eintrag v. 12.5.1960.

mehr zeitgemäß, so lautete der Vorwurf implizit, war Ausfluss einer „noch nicht bewältigten Vergangenheit“ – der Geschichte des 19. Jahrhunderts.<sup>91</sup>

Krone ging von drei politischen Richtungen aus: *Liberalismus*, *Sozialismus* und *Christentum*. Und *Konservatismus*? Als Bezeichnung für eine eigenständige, parteipolitisch institutionalisierte politische Richtung wurde der Begriff zumal nach dem Ende der Deutschen Partei als ernstzunehmende politische Kraft 1960 in CDU und CSU nicht verwendet. Dennoch gehörte er zu ihrem Repertoire politischer Begriffe, ohne einen prominenten Platz in ihrer Selbstbeschreibung einzunehmen. Paradigmatisch war etwa Adenauers Lob auf das Berufsbeamtentum auf dem CDU-Bundesparteitag 1951, das für ihn ein „wertvolles Element echt konservativen Denkens“ darstellte.<sup>92</sup> Paradigmatisch war auch Robert Tillmanns Plädoyer zwei Jahre später für eine „echte Neuordnung“ nach der nationalsozialistischen „Katastrophe“, die nur eine „fortschrittliche Lösung“ sein könne, wobei, wie er Jakob Kaiser zitierend betonte, „kein wirkliche[r] Fortschritt“ möglich sei, „wenn nicht auch gesunde konservative Elemente vorhanden“ seien.<sup>93</sup> Und paradigmatisch war ebenso Hans Erich Stiers Grundlegung christdemokratischer Politik beim ersten Bundesparteitag 1950 als einer in abendländischer, christlicher Haltung gegründeten Politik eines evolutionären Konservatismus.<sup>94</sup>

Zu viele der Gruppen, die sich in der Union zusammengefunden hatten, entstammten einer politischen Kultur, in der der Konservatismusbegriff tief verankert war. Dies galt besonders für protestantische Kreise, reichte aber auch in den Katholizismus. *Konservativ* wurde auf seine Zeitdimension reduziert, auf eine Haltung der Ehrfurcht vor dem Überkommenen, einem Impuls des Bewahren-Wollens im Bewusstsein immerwährenden Wandels. So definierte auch Krone in seiner Parteitagsrede 1960 das Konservative:

Christlichsozial ist das Bekenntnis zu Gottes Gesetz und Ordnung im Bereich des menschlichen Zusammenlebens. In diesem Sinne ist christlich soziale Politik konservativ. Doch der ist kein Christlichsozialer, der konservativ mit Reaktion oder gar mit politischer oder sozialer Restauration verwechselt und meint, unsere Wirtschaft und Gesellschaft hätten heute die allgemein gültige und endgültige richtige Verfassung für das Allgemeinwohl erreicht.<sup>95</sup>

Völlig im Einklang mit der Begriffsbestimmung im publizistischen und intellektuellen Diskurs schied Krone also *konservativ* von *Reaktion* und *Restauration*.

Dass er *konservativ* mit *christlich-sozial* verband, war eine Syntheseleistung ganz eigener Art, die seiner parteiinternen Versöhnungsstrategie folgte. Er antwortete damit auf Hans Katzer, der beim Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongress sehr deutlich allen Bemühungen, den Begriff als Selbstbeschreibungs begriff der Union einzuführen, einen Riegel vorgeschoben hatte. Als solchen Vorstoß hatte er das Finale von Gerstenmaiers Kieler Parteitagsrede interpretiert, als dieser das Programm der Union mit dem der britischen Konservativen identifiziert und

<sup>91</sup> ALFRED RAPP, Das große C, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 30. 4. 1960.

<sup>92</sup> Bundesparteitag der CDU 1951, S. 17.

<sup>93</sup> Bundesparteitag der CDU 1953, S. 35.

<sup>94</sup> Vgl. Bundesparteitag der CDU 1950, S. 36.

<sup>95</sup> Bundesparteitag der CDU 1960, S. 102.

deren Slogan *Onward in Freedom* als „Vorwärts, Freunde, vorwärts in Freiheit“ ins Deutsche übersetzt den Parteitagsdelegierten zugerufen hatte.<sup>96</sup> Sollte die Union zu einer konservativen Partei werden? Nicht allein von der Liberalisierungsfront drohte in Katzers Augen Ungemach, sondern auch von ganz anderer Seite. Ergo fiel seine Antwort kategorisch aus: „Christlich-demokratisch kann man nicht durch Konservativismus ersetzen.“<sup>97</sup> Als Selbstbeschreibungsbegriff taugte *konservativ* demnach nicht, die Präponderanz des Christlichen sollte nicht infrage gestellt werden. Allerdings mochte auch Katzer den Begriff nicht völlig aus dem christdemokratischen Vokabular verbannen – ganz anders als *liberal* oder *sozialistisch*. „Konservativ heißt bewahren“, definierte er und fuhr fort: „Der Christ ist insoweit konservativ, als er an unveräußerlichen sittlichen Wertvorstellungen festhält. Er huldigt nicht einem blinden Fortschrittsglauben.“ *Konservativ* wurde in das semantische Netz um *christlich* eingegordnet, das Konservative dem Christlichen untergeordnet und mit dem für die Unionsparteien zentralen Begriff der *Werte* verbunden. Zugleich wurde es über seine Zeitdimension bestimmt und von einer als liberal konnotierten Fortschrittsläubigkeit positiv geschieden. Stattdessen konzipierte Katzer Wandel als evolutionäre Fortentwicklung der Gesellschaft hin zu immer vollkommenerer „Gemeinwohlgerechtigkeit“, wofür politische „Beweglichkeit“ vonnöten sei. Folglich distanzierte er sich und damit auch die Union von „einem politischen System des Konservativismus [...], das nur darauf abzielt den gesellschaftlichen ‚status quo‘ zu konservieren“.<sup>98</sup> Nicht zuletzt verzichtete Katzer auf eine historische Bestimmung des Begriffs, ganz im Gegensatz zu den Begriffsbestimmungen in Deutscher Partei oder im intellektuellen Diskurs. *Konservativ* beschrieb nur eine Haltung, nicht mehr und nicht weniger. Fast wortgleich wiederholte Katzer seine Begriffsbestimmung auf dem Karlsruher Parteitag 1960, auf der Krone sie bereits zuvor bestätigt hatte. Das „verbindliche Programm“ der Union sei das C, „übersetzt als ‚christlich‘ und nicht als ‚konservativ‘“.<sup>99</sup>

Widerspruch erhielt Katzer dabei aus einer Ecke, auf die er wohl hauptsächlich gezielt hatte: auf jene Politiker, die die Deutsche Partei verlassen und zur Union übergetreten waren. Im Frühjahr 1960 war diese Frage besonders virulent, bahnte sich doch der Übertritt neun führender Mitglieder der DP-Bundestagsfraktion an, der im September schließlich erfolgte und hohe Wellen schlug. Die Sozialausschüsse positionierten sich in dieser Situation eindeutig kritisch. Sie warnten ihre Partei vor einer Verwässerung der „nach dem Kriege aufgestellten Grundziele“.<sup>100</sup>

Eine solche Warnung schien nach dem Auftritt von Alexander Elbrächter auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe umso angebrachter. Der niedersächsische Protestant Elbrächter hatte sich bereits 1958, nach der Integration der Freien

<sup>96</sup> Bundesparteitag der CDU 1958, S. 108.

<sup>97</sup> KATZER, Christlich-sozial in unserer Zeit, 1960, S. 62.

<sup>98</sup> Ebd.

<sup>99</sup> Bundesparteitag der CDU 1960, S. 145–146.

<sup>100</sup> Die neuen Abgeordneten haben es schwer, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 23. 7. 1960; Bedenken gegen die DP-Abgeordneten, in: ebd., 21. 9. 1960.

Volkspartei in die Deutsche Partei, der CDU/CSU-Fraktion angeschlossen.<sup>101</sup> Dem Parteitag stellte er sich 1960 als „konservativer Politiker“ vor, der „stolz darauf“ sei, „konservativ zu sein“.<sup>102</sup> Das herausragende Merkmal des Konservativen sei sein Realitätssinn, er sehe „die Wirklichkeit [...] so, wie sie ist“. Mit dem Blick auf das britische Vorbild und die Geschichte des 19. Jahrhunderts argumentierte er für die Reformfreudigkeit des Konservatismus, bekräftigte, dass „Konservativismus und Sozialreform“ sich gegenseitig nicht ausschlössen und wehrte sich entschieden gegen eine semantische Identifikation mit *reaktionär*. Konservatismus sei eine „innere Einstellung“ und tauge nicht zur diffamierenden Beschreibung „praktisch-politische[r] Entscheidung[en]“. Seine Parteikollegen erinnerte Elbrächter außerdem an den Slogan der für die Union erfolgreichen Bundestagswahl 1957, der bekanntermaßen *Keine Experimente* lautete und in der Tat das in Worte fasste, was als *konservativ* im allgemeinen Sprachgebrauch verstanden wurde. Überhaupt entsprachen die „überkommene[n] Kategorien der politischen Klassifizierung in keiner Weise mehr dem ihnen fälschlicherweise zugeordneten Begriffsinhalt“, behauptete Elbrächter und bezog dabei den Liberalismusbegriff genauso ein wie den Konservatismusbegriff, für den er sich ins Zeug legte.<sup>103</sup>

Kritik ließ nicht lange auf sich warten. Sie kam von Rupprecht Dittmar, der mit Verweis auf die Politik der konservativen Parteien des Kaiserreichs und der DNVP der Weimarer Republik bezweifelte, dass ein Sinn für die Wirklichkeit den Konservatismus jemals gekennzeichnet habe. Das Konservative zu vertreten könne nie Auftrag der Union sein, abgesehen von der Bewahrung „guter, alter geistiger Gehalte“, aber eben nicht von erstarrten „Formen“. *Werte* bewahren, sich der *Formen* entledigen, um der Dynamik, die das Grundgesetz beinhaltet, auf dem Weg zum „soziale[n] Rechtsstaat“ zu entsprechen – an dieser Formel habe sich die CDU/CSU zu orientieren.<sup>104</sup>

Trotz aller Meinungsverschiedenheiten sticht doch ins Auge, dass ein auf seine Zeitdimension reduzierter Konservatismusbegriff in der Union an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren Konsens war. Dies beweist auch ein Blick in die Diskussionen der bayerischen CSU. Hier war es der Landesvorsitzende Hanns Seidel,<sup>105</sup> der in einem Grundsatzreferat auf der CSU-Landesversammlung 1959 den Begriff profilierte, als er seine Generation dazu aufrief, die jüngeren Parteikollegen dabei zu unterstützen, sich zu „konservative[n] Neuerer[n]“ zu entwickeln. „Verantwortung für die Stärkung grundsätzlicher Werte, die Achtung vor den geschichtlichen Wurzeln einer Gesellschaft, aber auch die Verachtung ihrer Selbstherrlichkeit, den Respekt vor dem Mitmenschen und das Erkennen der eigenen Schwächen und Grenzen“ seien die Charakteristika konservativer Haltung, wobei sich Seidel recht nebulös auf einen „amerikanische[n] Schriftsteller“ be-

<sup>101</sup> Vgl. Elbrächter, in: VIERHAUS.

<sup>102</sup> Bundesparteitag der CDU 1960, S. 165.

<sup>103</sup> Ebd., S. 167.

<sup>104</sup> Ebd., S. 187-188.

<sup>105</sup> Zu Hanns Seidel vgl. GROSS, Hanns Seidel; BAYER, Weltanschauung und politisches Handeln; MÖLLER, Hanns Seidels christliches Menschenbild.

rief.<sup>106</sup> Wer auch immer dies gewesen sein mag, es ist davon auszugehen, dass der Konservatismusbegriff, der in der mit der CDU/CSU eng vernetzten Abendlandbewegung seit Mitte der 1950er Jahre gepflegt wurde,<sup>107</sup> seine Spuren in der politischen Sprache der Union hinterlassen hatte. Zum mindesten hatten die dort geführten Debatten um „konservative Haltung in der politischen Existenz“ den Begriff im Katholizismus salonfähig gemacht und seine positive Integration in das semantische Netz um Christlichkeit in den Unionsparteien vorbereitet.<sup>108</sup>

Besonders im Hinblick auf die spätere Begriffspolitik Franz Josef Strauß, der sich mit der Charakterisierung als „konservativer Neuerer“ sicherlich identifizieren konnte,<sup>109</sup> ist Seidels Integration des Konservatismusbegriffs aufschlussreich. In der CSU als „Liberaler“ bekannt,<sup>110</sup> wurde Seidel anlässlich seines Rücktritts auf der Landesversammlung 1961 mit einem Zitat aus seiner Rede vor der Landesversammlung vier Jahre zuvor gewürdigt. Geradezu idealtypisch schien darin seine begriffspolitische Syntheseanstrengung auf:

Immer wieder begegnen wir der Meinung, dass konservative Grundhaltung mit echter Liberalität nicht zu vereinbaren sei und dass ‚christlich‘ und ‚liberal‘ unüberbrückbare Gegensätze seien. Eine christliche Partei [...] steht unter dem Gebot des Gewissens, und wenn man dieses Gebot wegen seines hohen Alters ein konservatives nennen will, so mag es geschehen. Es wird dadurch nichts an der Tatsache geändert, dass wirkliche auf die Würde der menschlichen Person gestützte Liberalität geradezu eine natürliche Voraussetzung christlichen Verhaltens und damit auch christlicher Politik ist.<sup>111</sup>

Während die CDU sich in innerparteiliche Kämpfe um den Liberalismusbegriff verstrickte und weite Teile in der Partei einer strikten Abgrenzung zwischen *Christentum* und *Liberalismus* huldigten, suchte der Parteivorsitzende der CSU seine Partei als liberal zu beschreiben – und dafür führte er den Alternativbegriff der „Liberalität“ ein. Die politischen Parteien seiner Gegenwart, so meinte Seidel, seien mit „statische[n] Typisierung[en]“ ohnehin kaum mehr zu greifen, zumal mit solchen, die aus dem 19. Jahrhundert stammten.<sup>112</sup> Vielmehr wandelten sie sich stetig, so dass flexible, dynamische Kategorien nötig seien. Seidels Strategie der Anreicherung des semantischen Netzes um *Christentum* bzw. *christlich* mit den Begriffen *liberal* und *konservativ* folgte dieser Überzeugung. Sie entsprach der Integrationspolitik gegenüber kleineren bürgerlichen Parteien, die CDU und CSU die 1950er Jahre über erfolgreich verfolgten. Letztlich übertrug Seidel diese auf die semantische Ebene.

<sup>106</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19590613, Landesversammlung der CSU, 12.–14. 6. 1959, Referat Hanns Seidel, S. 22.

<sup>107</sup> Vgl. SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika; CONZE, Das Europa der Deutschen; UERTZ, Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik; SEEFRIED, Abendland in Augsburg; BRAUN, Konservative Existenz in der Moderne, S. 265–282.

<sup>108</sup> Siehe S. 138–143.

<sup>109</sup> Zu Franz Josef Strauß‘ politischem Agieren in den 1950er und 1960er Jahren im Bund vgl. WEBER, Föderalismus und Lobbyismus; außerdem MILOSCH, Modernizing Bavaria.

<sup>110</sup> Vgl. GROSS, Hanns Seidel.

<sup>111</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19610318, Außerordentliche Landesversammlung der CSU, 18. 3. 1961, S. 7.

<sup>112</sup> Vgl. SEIDEL, Weltanschauung und Politik, 1961, S. 19.

Es darf allerdings bezweifelt werden, dass er dabei die Mehrheit seiner Partei hinter sich wusste. Das *Grundsatzprogramm* der CSU bekräftigte 1957, dass das „liberale Zeitalter des Individualismus mit seinen hochkapitalistischen Erscheinungen“ nur mehr Geschichte sei,<sup>113</sup> und noch im Jahr zuvor hatten die beiden Hauptreferenten der Landesversammlung, der protestantische Theologe Walter Künneth und der Jesuit Oskar Simmel, Christentum und Liberalismus in den bekannten Bahnen voneinander geschieden.<sup>114</sup> Doch selbst in Simmels Tirade gegen den „Liberalismus westlicher Prägung“ findet sich eine augenfällige Differenzierung des Liberalismusbegriffs. Auch sie nahm ihren Ausgangspunkt beim Begriff der *Freiheit*, der als genuin *christlich* konnotiert wurde. Insofern sei das „echte Anliegen des Liberalismus“, nämlich „den Menschen in seiner unantastbaren sittlichen Freiheit zu schützen“, nur von einer „christlichen Partei“ zu realisieren.<sup>115</sup> Die Aufweichung der strikten semantischen Gegensatzbildung lag 1958 bereits in der Luft.

Befördert wurde diese von der Beobachtung, dass sich die Bundesrepublik auf ein Zwei- bzw. Dreiparteiensystem hin zubewege, die allüberall durch die Spalten der Presse geisterte und dies zumal, als das Ende der Deutschen Partei und ihr Aufgehen in der CDU nur noch als eine Frage der Zeit erschien. Wenn das deutsche Parteiensystem sich in einer Phase solch grundlegenden Wandels befand und sich dem angelsächsischen Modell anzugleichen schien, kam damit, so die allgemeine Interpretation, auch die aus dem 19. Jahrhundert überkommene Parteientwicklung an ihr Ende. In der CDU-Zeitschrift *Die politische Meinung* formulierte Hans-Joachim von Merkatz, im Jahre 1958 noch DP-Minister, diese These. Er sah ein „System der zwei Blöcke“ sich herausbilden, in dem „die freiheitliche Sozialdemokratie“ auf der einen und die „bürgerlichen“ Parteien“ der Regierungskoalition auf der anderen Seite positioniert seien. Zur Bezeichnung dieser Konstellation taugten die Begriffe „konservativ, liberal und sozialistisch“ nur bedingt, da sie ihres ursprünglichen Inhalts verlustig gegangen seien und daher das Eigentliche des Neuen nicht auszudrücken vermochten.<sup>116</sup> Die Zuschreibungen variierten in der Tat beträchtlich und zeigten, wie sehr die politischen Richtungsbegriffe ins Rutschen gekommen waren. In der Union selbst leitete der Antikommunismus die Begriffswahl. Dass das Gegenüber in einem Zweiparteiensystem der Sozialismus sein würde, selbst in seiner revidierten Form, daran bestand kein Zweifel. Eugen Gerstenmaiers Impuls zu der Integration des Liberalen in die Union rührte, wie wir gesehen haben, aus der Überzeugung, nur so der „Bedrohung durch den sozialistischen Versorgungsstaat“ etwas entgegensetzen zu können.<sup>117</sup>

<sup>113</sup> Grundsatzprogramm der CSU 1957.

<sup>114</sup> Vgl. ACSP, Parteitagsprotokolle, 19581011-1, Landesversammlung der CSU, 10.–12. 10. 1958, Walter Künneth: Die Stellung des evangelischen Christen zur Politik, S. 13–27; Pater Oskar Simmel: Mit welchem Recht nennen wir uns christlich? Eine Selbstbesinnung, S. 29–48.

<sup>115</sup> Ebd., S. 44–46.

<sup>116</sup> MERKATZ, Das Parteienswesen in Deutschland, 1959, S. 50–51.

<sup>117</sup> Bundesparteitag der CDU 1958, S. 180.

Dabei verschwammen manchmal die Grenzen zwischen innenpolitischer Sozialismus-Bekämpfung und außenpolitischer Bindung an den freiheitlichen ‚Westen‘ in der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Sowjetimperium. Dies war besonders bei Franz Josef Strauß der Fall, der die weltpolitischen Fronten in der bundesrepublikanischen Innenpolitik gespiegelt sah. Bereits in der ersten Grundsatzrede nach seiner Wahl zum CSU-Parteivorsitzenden vor der Landesversammlung im Juni 1961 unterstrich er diese Einschätzung:

Was ist denn die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus? Es ist der Kampf mit dem staatlich organisierten und geförderten Atheismus, mit dem dialektischen Materialismus. Es stehen sich nicht gegenüber das liberale oder demokratisch-sozialistische Menschenbild auf der einen und das kommunistische Menschenbild auf der anderen Seite, sondern es stehen sich gegenüber christliches Menschenbild und kommunistisches Menschenbild, oder anders: der Mensch als Ebenbild Gottes oder der Mensch als Werkzeug einer Funktionärsschicht in einer angeblich klassenlosen Gesellschaft.<sup>118</sup>

Für Strauß hießen die sich gegenüberstehenden Feinde *Christentum* und *Kommunismus* – noch hielt er an den Begriffen des Antikommunismus der 1950er Jahre fest und wusste nicht zuletzt Konrad Adenauer an seiner Seite.<sup>119</sup> Die Union sollte *christlich* sein und sich den Kräften des Atheismus entgegenstellen.

Die Vorstellung einer politischen Zwei-Fronten-Situation entsprang dabei nicht nur innerparteilichen Konstellationen, sondern wurde auch von außen verstärkt. Das Ende der Deutschen Partei wurde mit einem Trend zu einem Zweiparteiensystem erklärt, geprägt von den „Grundtypen *rechts* (CDU) und *links* (SPD)“, wie Marion von Dönhoff argumentierte.<sup>120</sup> Auch Georg Schröder in der *Welt* zeigte sich sicher, dass die Bundesrepublik keiner „konservativen Rechtspartei“ mehr bedürfe, „seit die CDU sich zu einer Partei der gemäßigten Rechten entwickelt“ habe.<sup>121</sup> *Links* und *rechts* – damit waren freilich alles andere als präzise Begriffe gefunden, um die politischen Konstellationen zu beschreiben. *Links* schien dabei noch eindeutiger als *rechts*, wurde es doch mit „sozialistisch“ bzw. „sozialdemokratisch“ identifiziert. Nur was mochte *rechts* bedeuten? Auch der CDU-nahe Publizist Rüdiger Altmann fand in seiner Analyse der späten Adenauer-Ära keine eindeutigen Begriffe, um die CDU zu fassen. Diese sei, so diagnostizierte er, „im Ideologischen [...] im unreinen mit sich selbst“. Während die katholisch dominierten Sozialausschüsse auf eine „Sozialideologie“ hinarbeiteten, bewegten sich andere auf einen „Neokonservatismus“ zu, wobei auch diese Bestrebungen stecken geblieben seien. Nur „in gewissem Sinne“ könne die CDU daher als „konservativ“ bezeichnet werden. Einigkeit herrsche nur vor in dem „Bedürfnis, rechts zu stehen“. Tatsächlich, so Altmann, sei die CDU „zu einem Sammelbecken der nichtsozialistischen Wähler gewor-

<sup>118</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19610708, Landesversammlung der CSU, Rede Franz Josef Strauß, 8.-9.7.1961.

<sup>119</sup> Vgl. FRANZ, „Wir wählen die Freiheit!“.

<sup>120</sup> MARION GRÄFIN DÖNHOFF, Das Ende der Konservativen, in: DIE ZEIT, 8.7.1960, Hervorhebungen im Original.

<sup>121</sup> GEORG SCHRÖDER, Da waren es nur noch sechs..., in: DIE WELT, 4.7.1960.

den“. Wie die Partei sich nach dem Abgang Adenauers entwickeln werde, ließ Altmann offen.<sup>122</sup>

Nicht mit den Begriffen *rechts* und *links* belegte Ralph Dahrendorf das sich herausbildende neue Parteiensystem der Bundesrepublik, sondern der in Großbritannien geschulte Soziologe glaubte, dass das angelsächsische Modell im Begriff sei sich durchzusetzen. In einem Vortrag vor dem Kongress „Junge Generation und Macht“, den die SPD 1960 in Godesberg veranstaltete, entfaltete Dahrendorf, der zu dieser Zeit seine Hoffnung auf die SPD richtete, seine These von dem Weg der SPD hin zu einer „große[n] liberalen Partei“, der die CDU als Partei der „neuen Manager-Oberschicht“, als *konservative* Partei entgegenstehe. Die Zuschreibungen waren ins Rutschen geraten und forderten die Union heraus. Dass Dahrendorfs Ausführungen im CDU-Organ *Die politische Meinung* aufmerksam verfolgt wurden, unterstreicht die Suchbewegungen in der Union an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren.<sup>123</sup>

### 3.2.4. Das Selbstverständnis einer christlichen Weltanschauungspartei

Die Unionsparteien definierten ihr Selbstverständnis in der Auseinandersetzung mit jenen politischen Richtungsbegriffen, die in der politischen Sprache der Bundesrepublik etabliert waren. So reklamierten sie ihren ganz eigenen Platz im politischen Raum. Dabei machten sie indes nicht Halt. Zugleich ordneten sich CDU und CSU einem spezifischen Parteityp zu: Sie beschrieben sich als *Weltanschauungsparteien*. Ganz im Gegensatz zu der Frage, ob sie nun zuvorderst *liberal*, *konservativ* oder *christlich-sozial* seien, herrschte weitgehende Einigkeit darüber, dass CDU und CSU *Weltanschauungsparteien* seien, Parteien also, die auf dem Christentum als einer verbindenden *Weltanschauung* basierten und ihr Handeln daraus ableiteten und rechtfertigten.

Wir sind beim Neubeginn unseres politischen Weges 1945 nicht aus theoretischen Erwägungen, sondern aus praktischen in Not und Tod bewährten Erfahrungen zu der Überzeugung gekommen, dass es für uns keine andere tragfähige Grundlage unseres politischen Handelns geben kann als die Verantwortung vor dem Worte Gottes,

fasste Hermann Ehlers zur Definition des Begriffs *Weltanschauungspartei* 1953 den Gründungskonsens der Union zusammen.<sup>124</sup> 1958 beschrieb Rainer Barzel das bundesrepublikanische Parteiensystem als „weltanschaulich mitbestimmtes Mehr-Parteien-System“,<sup>125</sup> in dem die CDU als christliche Partei den Auftrag habe, eine „Politik der Zehn Gebote“ zu betreiben, „den Willen Gottes zu tun und

<sup>122</sup> ALTMANN, Das Erbe Adenauers, 1960, S. 101–102.

<sup>123</sup> TRIESCH, Gestaffelte Linke, 1960, S. 8. Vgl. dazu DAHRENDORF, Über Grenzen, S. 119; MICUS, Tribunen, Solisten, Visionäre, S. 172.

<sup>124</sup> Bundesparteitag der CDU 1953, S. 16.

<sup>125</sup> BARZEL, Koalitionspolitik, 1958, S. 122. Zu Rainer Barzel vgl. AGETHEN, Rainer Barzel; WAMBACH, Streben nach Konsens; SCHLIEBEN, Politische Karrieren in der Bundesrepublik, S. 111–158.

dafür zu streiten, dass die gottgewollte Ordnung Wirklichkeit wird“.<sup>126</sup> Dabei stand diese positive Lesart des Begriffs in Spannung zu seiner Verwendung in der Politikwissenschaft, wo der Typus der *Weltanschauungspartei* für die koalitions-politische Inflexibilität und letztlich Bewegungsunfähigkeit des Weimarer Parteiensystems verantwortlich gemacht wurde.<sup>127</sup>

Der Begriff der *Weltanschauungspartei* fasste das christliche Selbstverständnis der Union. Aber was mochte das bedeuten im Übergang von den 1950er zu den 1960er Jahren, als sich das Verhältnis zwischen Kirchen und Parteien grundlegend zu wandeln begann? Welche Bedeutung konnte das Bekenntnis zum Christentum in einer liberalen Demokratie für CDU und CSU haben, die dem Grundgesetz verpflichtet Politik auch für jene Bevölkerungsgruppen machen wollten, die den Kirchen fern standen? Und nicht zuletzt: Wie wirkte das Bekenntnis, *Weltanschauungspartei* zu sein, in einer politischen Situation, in der das Ende der Ideologien proklamiert wurde und sich die politischen Lager ohnehin völlig neu zu formieren schienen?

Es mag kaum überraschen, dass der theologisch versierte Eugen Gerstenmaier in dieser Situation besonders seine protestantischen Parteikollegen immer wieder an die Verpflichtung erinnerte, die eine *Weltanschauungspartei* mit sich bringe. Denn während unter den Katholiken in der CDU dieser Begriff nicht hinterfragt werde, sei er „im Bewusstsein des Protestantismus ein problematische[r] Begriff“<sup>128</sup> – und blieb dies auch weiterhin.<sup>129</sup> Gerstenmaiers Umschreibung für *Weltanschauungspartei* lautete „christlich bestimmte Volkspartei“. Damit nahm er Bezug auf den zweiten Begriff, der als Selbstbeschreibungskategorie für die „Partei neuen Typs“ in der Union kursierte. Während *Weltanschauungspartei* die christliche Basis der CDU/CSU und zudem die Integration der Konfessionen bezeichnete, zielte *Volkspartei* auf ein weiteres Charakteristikum der Union: ihren Anspruch, die Interessen aller sozialen Gruppen in der föderalen bundesrepublikanischen Gesellschaft zu vertreten. Geradezu klassisch formulierte Adenauer auf dem Kieler Parteitag 1958: „Wir sind eine große Volkspartei, eine Volkspartei, die sich durch alle Stände und alle Berufe hindurchzieht und die in allen deutschen Ländern beheimatet ist.“<sup>130</sup> Die beiden Begriffe *Volkspartei* und *Weltanschauungspartei* waren aufeinander bezogen.

Warum aber taten sich die Protestanten in der CDU schwer mit dem Begriff der *Weltanschauungspartei*? Der Begriff implizierte, dass CDU und CSU exklusiv die christliche Lehre in der Politik vertraten. Insofern entsprach er der begrifflichen

<sup>126</sup> BARZEL, Koalitionspolitik, 1958, S. 126.

<sup>127</sup> Vgl. z. B. BRACHER, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 77–80; VON DER HEYDTE und SACHERL, Soziologie der deutschen Parteien, 1955, S. 27–33.

<sup>128</sup> BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandprotokolle 1957–1961, 17. 1. 1958, S. 74.

<sup>129</sup> Vgl. z. B. HAHN, Die CDU als Problem der evangelischen Theologie, 1962, S. 7.

<sup>130</sup> Bundesparteitag der CDU 1958, S. 191–192; vgl. auch SCHARDT, Wohin steuert die CDU?, 1961, S. 15–28. Zur politikwissenschaftlichen, wenn auch umstrittenen, Analysekategorie wurde *Volkspartei* erst Mitte der 1960er Jahre, vgl. NICLAUSS, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, S. 25–29.

Opposition von *Liberalismus* und *Sozialismus* auf der einen und *Christentum* auf der anderen Seite. Nun waren aber die politischen Bindungen im deutschen Protestantismus der 1950er Jahre weniger eindeutig, als dies im deutschen Katholizismus der Fall war. Während die Katholiken, abgesehen von einer kleinen Gruppe intellektueller Linkskatholiken um Walter Dirks und Eugen Kogon, in den Unionsparteien ihre politische Heimat gefunden hatten, waren die Protestanten spätestens seit dem Austritt Gustav Heinemanns aus der CDU 1952, der Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei und deren Aufgehen in der SPD 1957 parteipolitisch gespalten.<sup>131</sup> Diese politische Spaltung war theologisch und biographisch unterfüttert.<sup>132</sup>

Denn der protestantische Flügel um Gustav Heinemann, der sich mit Adenauer über die Westintegration der Bundesrepublik überworfen hatte, wurde hauptsächlich von ehemaligen Mitgliedern der ‚radikalen‘ Bruderräte der Bekennenden Kirche getragen. In Opposition zu den Deutschen Christen, die eine nach nationalsozialistischen Prinzipien gereinigte Kirche anstrebten, war die Bekennende Kirche 1934 gegründet worden, spaltete sich aber bald in zwei Flügel auf: die ‚radikalen‘ Bruderräte auf der einen Seite und die seit 1936 im Lutherrat zusammengeschlossenen Vertreter der intakten Landeskirchen (die nicht in die nationalsozialistisch geführte Reichskirche eingegliedert worden waren) samt einigen Bruderräten auf der anderen Seite, die dem radikalen Kurs einer völligen Verweigerung der Integration ins NS-Regime nicht folgen mochten.<sup>133</sup> Tief beeinflusst von der dialektischen Theologie Karl Barths kämpften die Theologen, Pfarrer und Politiker des ‚radikalen‘ bruderrätlichen Flügels dann auch für eine kompromisslose Umsetzung der christlichen Lehre in der Bundesrepublik. Vor allem appellierte sie an die unbedingten Gebote der Versöhnung wie des Friedens und traten demzufolge für ein neutrales, unbewaffnetes Deutschland zwischen den Blöcken ein.<sup>134</sup>

In der Union sammelten sich dagegen vornehmlich jene protestantischen Kreise, die das NS-Regime in den intakten Landeskirchen erlebt hatten, auch wenn ebenso prominente Vertreter des bruderrätlichen Flügels wie Hanns Lilje<sup>135</sup> oder Hans Asmussen,<sup>136</sup> der sich in den späten 1940er Jahren mit den einstigen Gefährten überworfen hatte, ihren Weg in die CDU/CSU fanden. Tendenziell

<sup>131</sup> Zu Gustav Heinemann vgl. FLEMMING, Gustav W. Heinemann; zur Gesamtdeutschen Volkspartei MÜLLER, Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Zu den systemischen Folgen der GVP-Gründung vgl. WALTER, Sammlung und Spaltung des bürgerlichen Lagers.

<sup>132</sup> Vgl. dazu den Überblick bei SAUER, Westorientierung, S. 25–50; KLEIN, Der westdeutsche Protestantismus und die CDU; ders., Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien, S. 89–263; außerdem GRESCHAT, Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945; ders., Vorgeschichte; LEPP, Entwicklungsetappen der Evangelischen Kirche, bes. S. 46–56.

<sup>133</sup> Vgl. die klassischen Grundlagenwerke MEIER, Der evangelische Kirchenkampf; SCHOLDER, Die Kirchen und das Dritte Reich; zum aktuellen Forschungsstand vgl. GAILUS, Protestantismus und Nationalsozialismus.

<sup>134</sup> Vgl. konzentriert auf Heinemann GAILUS, Die Neutralisten, S. 76–85.

<sup>135</sup> Vgl. OELKE, Hanns Lilje; zu seinem Engagement im Kronberger Kreis vgl. SAUER, Westorientierung.

<sup>136</sup> Vgl. LEHMANN, Hans Asmussen; BESIER, Hans Asmussen.

neigten die wortführenden Theologen in der Union zu einer konservativen, lutherischen Theologie, die an einer modifizierten Zwei-Reiche-Lehre festhielt, wie etwa Walter Künneth,<sup>137</sup> der erwähnte Hans Asmussen oder Helmut Thielicke.<sup>138</sup> Parteipolitisch waren die Protestanten in der Union in der Weimarer Republik in der DNVF, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Deutschen Volkspartei (DVP) oder im Christlich-Sozialen Volksdienst (CSV) beheimatet gewesen. Sie fanden ihr Forum im Evangelischen Arbeitskreis der Union, der 1952 auf Initiative Hermann Ehlers aus der Taufe gehoben worden war, um nach dem spektakulären Austritt Gustav Heinemanns aus der CDU protestantischen Interessen in der Partei und in der Öffentlichkeit lauteres Gehör zu verschaffen.<sup>139</sup> Und nicht nur das: Die „Sprache der CDU“, deren katholisch geprägtes Vokabular „für protestantische Ohren nicht nur schwer verständlich, sondern auch schwer akzeptabel“ gewesen sei, wie sich Wilhelm Hahn erinnerte, sollte „so übersetzt, ja gewandelt werden, dass sie von den Eierschalen des Zentrums befreit und auch mit den Vorstellungen evangelischer politischer Ethik vereinbar war“.<sup>140</sup> Sehr grundsätzlich verstand neben dem Evangelischen Arbeitskreis der Union auch der Kronberger Kreis seine Aufgabe als Plattform eines konservativen, der Union verbundenen Protestantismus.<sup>141</sup>

Die politische Spaltung des Protestantismus machte den Anspruch von CDU und CSU, *Weltanschauungsparteien* zu sein, problematisch. Wie umfassend wollte die Union die deutsche Gesellschaft nach *christlichen* Maßstäben gestalten? In welchem Verhältnis standen ihre politischen Vorhaben zur Lehre der Kirchen? Und nicht zuletzt: Wer legte fest, was *christliche Politik* in der bundesrepublikanischen Gegenwart bedeutete? Der die 1950er Jahre über schwelende Konflikt<sup>142</sup> drang schließlich 1960 an die breite Öffentlichkeit, als der sozialistische, politisch engagierte Theologe Helmut Gollwitzer mit der Politik der Union abrechnete. Er warf der CDU vor, eine „Konventionalisierung des Christentums“ zu betreiben, also dessen radikale (sozialrevolutionäre wie pazifistische) Wurzeln zu kappen und dem Materialismus des „Wirtschaftswunderlands“ anzupassen. Von „evangelischen Voraussetzungen her“ sei die Aufnahme des „Christlichen“ in einen Parteinamen „indiskutabel“. Weder programmatisch, noch in individuellem Handeln, noch in der alltäglichen parteipolitischen Praxis lasse die Union „Christlich-

<sup>137</sup> Vgl. KUMMER, Politische Ethik im 20. Jahrhundert; MAASER, Ständisches Demokratieverständnis; SAUER, Westorientierung, S. 40–41.

<sup>138</sup> Vgl. SCHARFFENORT, Helmut Thielicke; KRONDORFER, Protestantische Theologenautobiographien; FRIEDRICH, Helmut Thielicke als Antipode der sozialen Bewegungen.

<sup>139</sup> Vgl. OPPELAND, Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU 1952–1969; OPPELAND, „Politik aus christlicher Verantwortung“; EGEN, Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU; OPPELAND, Gerhard Schröder, S. 379–401; MARTIN et al., Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU.

<sup>140</sup> HAHN, Ich stehe dazu, 1981, S. 92.

<sup>141</sup> Vgl. SAUER, Westorientierung; ders., Der Kronberger Kreis.

<sup>142</sup> Vgl. KLEIN, Der westdeutsche Protestantismus und die CDU, S. 93–96; vgl. auch den aus der protestantischen Theologie argumentierenden Beitrag REDEKER, Die Bedeutung des Wortes „christlich“ in der Politik, 1959.

keit“ erkennen, sie sei vielmehr „so unchristlich wie alle anderen Parteien auch“. Die Heiligkeit des christlichen Namens trete sie mit Füßen. Für Gollwitzer bedeutete das „Christliche“ ein radikales Gegenprogramm zur Gesellschaft seiner Zeit: orientiert am Evangelium, radikal anders, von „dynamische[m], revolutionäre[m] Charakter“, entweltlicht, kompromisslos.<sup>143</sup> Der Begriff des *Christlichen* wurde so auf seinen theologischen Kern hin verengt; alle politischen und historischen Bedeutungsschichten wurden in Gollwitzers Lesart verdammt. Das hieß nun aber keineswegs, dass Gollwitzer nicht politisch Position bezogen hätte, ganz im Gegenteil. So vertrat er Ende der 1950er Jahre nur, was bereits in den 1930er Jahren im Umkreis Karl Barths formuliert worden war und seitdem die protestantische Theologie polarisiert hatte.

Mit seiner Argumentation stellte Gollwitzer das Fundament infrage, auf dem die Union gebaut war: Er zog in Zweifel, dass CDU und CSU *christliche Politik* betrieben. Gollwitzers Anwürfe wurden sehr ernst genommen: Mit Eugen Gerstenmaier reagierte der profilierteste protestantische Politiker der CDU. Er konnte als Theologe sprechen, seine Antwort erfolgte in der FAZ und wurde zudem noch in Pamphletform veröffentlicht.<sup>144</sup> „Verschleuderte“ die CDU den „christlichen Namen“?<sup>145</sup>

Gerstenmaier nutzte 1960 diese Gelegenheit, um das Selbstverständnis der CDU als „christliche Partei“ zu definieren. Das tat er nicht zum ersten Mal<sup>146</sup> und er konnte dabei auf Formulierungen zurückgreifen, die seit Mitte der 1940er Jahre in den protestantischen Debatten gefunden worden waren.<sup>147</sup> Weder habe sich die Partei 1945 zum Ziel gegeben, „einen christlichen Staat zu errichten“,<sup>148</sup> noch sei „die CDU/CSU [...] zu einem kirchlichen Hilfsverein oder einer missionarischen Unternehmung der Kirchen im Bereiche der Politik geworden“, noch sei sie „ein Unternehmen von frommen Leuten zur Veredelung der politischen Sitten“. CDU und CSU seien „[a]uf christliche Grundsätze verpflichtet“,<sup>149</sup> agierten als „christliche Partei[en] im säkularen Staat“.<sup>150</sup> Sie seien politische Parteien „wie andere auch“, die allerdings „ihre Programmatik, ihre Zielstellung und ihre Praxis vor dem Gebot und den Ordnungen Gottes“ verantworteten.<sup>151</sup> Diese Christlichkeit weise zuallererst auf das Individuum, auf den in der Partei engagierten Politiker.

<sup>143</sup> GOLLWITZER, Christ und Bürger in der Bundesrepublik, 1960, S. 6; Erstveröffentlichung: ders., Die sich selbst betrügen, 1960. Zu Helmut Gollwitzer vgl. ORTH, Helmut Gollwitzer.

<sup>144</sup> EUGEN GERSTENMAIER, Verschleuderung des christlichen Namens? Eine Disputation mit Prof. Helmut Gollwitzer, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 17. 11. 1960; ders., Verschleuderung des christlichen Namens?, 1960. Vgl. zur Kontroverse GNISS, Der Politiker Eugen Gerstenmaier, S. 377–378.

<sup>145</sup> GOLLWITZER, Christ und Bürger in der Bundesrepublik, 1960, S. 6.

<sup>146</sup> Vgl. z. B. GERSTENMAIER, Darf sich die CDU christlich nennen?, 1957.

<sup>147</sup> Vgl. SAUER, Westorientierung, S. 129–130; KLEIN, Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien, S. 244; ders., Der westdeutsche Protestantismus und die CDU, S. 91–96.

<sup>148</sup> GERSTENMAIER, Verschleuderung des christlichen Namens?, 1960, S. 15.

<sup>149</sup> Ebd., S. 17.

<sup>150</sup> Ebd., S. 15.

<sup>151</sup> Ebd., S. 17.

Das ‚Christlich‘ im Namen der CDU/CSU ist ein Bekenntnis, eine Richtschnur für uns selbst. [...] In unserem Namen schmückt sich nicht eine Massenpartei mit einem Beiwort [...], sondern mit diesem C rückt die CDU/CSU ihre Programmatik und Praxis, ihr Menschenbild und ihr Rechtsbewusstsein unter einen Horizont, der auch dann etwas Entscheidendes für sie bedeutet, wenn sie dasselbe politische Kostüm trägt und dieselbe raue Sprache führt wie andere politische Parteien auch.<sup>152</sup>

*Christlich* war in dieser Definition kein „heiliger“, kein exklusiv theologischer Begriff, kein Begriff außerhalb des Begriffsgefüges der politischen Sprache, sondern hatte eine profilierte politische Dimension.

Gerstenmaiers Definition grenzte auch den Begriff *Weltanschauungspartei* ein, und sie wurde nicht nur auf dem protestantischen Flügel, sondern auch unter den führenden Katholiken der Union zustimmend vermerkt.<sup>153</sup> Denn nicht nur von protestantischer Seite wurde der Union vorgeworfen, dem Säkularisierungsschub nichts entgegenzusetzen. Auch auf katholischer Seite regten sich Ende der 1950er Jahre kritische Stimmen, die sich nicht zuletzt in Reaktion auf Gerstenmaiers Kieler Parteitagsrede formiert hatten. Die Debatte, die der christlich-soziale Arbeitnehmerflügel um die Gefahr einer „Liberalisierung der Union“ heraufbeschworen hatte, zog ihre Kreise. Der Zug zum Zweiparteiensystem, der eine Öffnung für Wähler erforderte, die nicht aus den kirchlichen Milieus kamen und die allgemeine Entkonfessionalisierung der Politik, die die Union aktiv vorantrieb,<sup>154</sup> verursachte dieses katholische „Unbehagen“<sup>155</sup> über eine „Entweltanschaulichung“<sup>156</sup> der Union, das den Diskussionen um ein „evangelisches Unbehagen“ antwortete.<sup>157</sup> Dazu kam, dass die SPD sich vom Begriff der *Weltanschauungspartei* löste und sich neutraler als „Partei des Volkes“ umschrieb, gerade auch weil sie sich auf diese Weise kirchlich gebundenen Wählern öffnen konnte.<sup>158</sup>

Am schärfsten griff der junge Journalist Josef Othmar Zöller die Union 1961 in der katholischen Wochenzeitung *Echo der Zeit* an. Der „Preis der Volkspartei“, der Preis für die Integration unterschiedlicher Gruppen wie der Preis für die Überkonfessionalität, sei der Verzicht auf „ideologische Einheit“ und ein kohärentes „Geschichtsbild“, so dass CDU/CSU „lediglich die Negation des Marxismus in toto“ auszeichne. „Es ist das Dilemma der deutschen Parteien, zumal derer, die sich christlich nennen, dass sie der dämonischen Idee aus dem Osten keine geschlossene Idee christlicher Gesellschaftsordnung, orientiert an einem annähernd einheitlichen Geschichtsbild gegenüberstellen können,“ spitzte Zöller seine Kritik

<sup>152</sup> Ebd., S. 18.

<sup>153</sup> Vgl. KRONE, Tagebücher, Bd. 1, 21. 11. 1960, S. 458.

<sup>154</sup> Vgl. GROSSBÖLTING, Der verlorene Himmel, S. 55–71.

<sup>155</sup> KAFKA, Christliche Parteien und katholische Kräfte, 1958, S. 133. Vgl. die Zusammenfassung der kritischen Argumente bei SÜSTERHENN, Der geistesgeschichtliche Standort, 1961, S. 49–51. Vgl. hierzu GROSSMANN, Zwischen Kirche und Gesellschaft, S. 279–287.

<sup>156</sup> SÜSTERHENN, Der geistesgeschichtliche Standort, 1961, S. 54.

<sup>157</sup> Vgl. dazu z. B. WOLFGANG HÖPKER, Der konfessionelle Alpdruck der CDU, in: CHRIST UND WELT, 13. 1. 1961; Ein evangelisches Unbehagen in der CDU, in: CHRIST UND WELT, 1. 6. 1962.

<sup>158</sup> Vgl. z. B. SPD VORSTAND, Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1959, S. 58, 490; „Partei des Volkes“: S. 29, 327 und 540.

zu, und endete mit der rhetorischen Frage, ob der „freie Westen“ nicht auf diese Weise seine „Währung geistiger Substanz zerrütte“.<sup>159</sup> Allen, die zwischen den Zeilen lesen konnten, war eines klar: Zöller empfahl der Union nichts anderes als den Bruch mit ihrem überkonfessionellen Gründungskonsens und die Entwicklung hin zu einer katholischen Partei nach dem Vorbild des Zentrums.

Heinrich Krone konterte, zunächst in *Echo der Zeit*, dann aber auch in *Evangelische Verantwortung* und setzte damit ein Zeichen für die Überkonfessionalität der Union. Ausführlich geriet seine historische Herleitung aus der „christlichen Bewegung“, die ihre „Wurzel in der Überwindung der Aufklärung und in der Erneuerung des christlichen Ideenguts“ zu Beginn des 19. Jahrhundert habe.<sup>160</sup> „Geschichtslos“, „ohne Tradition“ seien CDU und CSU mitnichten.<sup>161</sup> Und wie Gerstenmaier in Reaktion auf protestantische Anwürfe, rückte Krone in Reaktion auf Zöllers katholische Unterminierung der Union den Begriff der „christlichen Partei“ zurecht. Eine Partei könne nicht „Kirche, ihre Politik nicht Religion sein“ und sie dürfe auch „christliche Sittlichkeit nicht für sich allein in Erbpacht“ nehmen. Christlichkeit bedeute für die CDU/CSU stattdessen, „in der Politik aus christlichem Glauben zu handeln, christlichen Ordnungsgedanken in Staat und Gesellschaft Geltung zu verschaffen“. Nur so, betonte Krone, sei die annähernde Realisierung eines „christliche[n] Ordnungs- und Gesellschaftsziel“ möglich – nicht mehr und nicht weniger.<sup>162</sup>

Auch Franz Josef Strauß, der bei seiner ersten programmatischen Rede als neu gewählter Parteivorsitzender der CSU nicht umhin kam, zum christlichen Charakter seiner Partei Stellung zu nehmen, war sich bewusst, dass

man mit dem Begriff christlicher Politik vorsichtig umgehen muss, denn es ist sehr sorgfältig zu prüfen, wie weit man eine politische Konzeption, deren Umsetzung in die Wirklichkeit ohnehin mit den unvermeidbaren Kompromissen begleitet ist, insgesamt als spezifisch christlich bezeichnen kann.<sup>163</sup>

Er wollte nur vom „Christen in der Politik“ sprechen,<sup>164</sup> reduzierte damit also den christlichen Anspruch seiner Partei auf das individuelle Handeln jedes Politikers. Mit dem Begriff der *Weltanschauungspartei* hatte Strauß daher seine lieben Nöte. Nicht zuletzt durch Seidels Wirken fest in der Selbstbeschreibung der Partei etabliert,<sup>165</sup> hatte der neue Parteivorsitzende einen Weg zu finden, dem Begriff seinen Zahn zu ziehen. Zwar sei die CSU „bewusst eine christliche Weltanschauungspartei“, doch sollte sie dennoch für jene offen sein, die dem ein oder anderen Grundsatz kritisch gegenüberstünden. Außerdem sei die CSU „nicht nur Weltanschauungspartei, sondern auch im Bereich der politischen Pragmatik und Realität tätig“. Und schließlich wagte sich Strauß – unter Zuhilfenahme des *Philosophischen*

<sup>159</sup> JOSEF OTHMAR ZÖLLER, Der Preis der „Volkspartei“, in: ECHO DER ZEIT, 1. 1. 1961.

<sup>160</sup> KRONE, Die geistigen und sozialpolitischen Grundlagen der CDU/CSU, S. 5.

<sup>161</sup> Ebd., S. 6.

<sup>162</sup> Ebd., S. 7.

<sup>163</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19610708, Landesversammlung der CSU, 8.–9.7.1961, Referat Franz Josef Strauß, S. 2.

<sup>164</sup> Ebd., S. 3.

<sup>165</sup> Vgl. SEIDEL, Weltanschauung und Politik, 1961.

Wörterbuchs aus dem Herder-Verlag und wohl auch von Seidels *Weltanschauung und Politik*<sup>166</sup> – an eine sehr individuelle Definition von *Weltanschauung*:

Weltanschauung ist nicht Weltbild oder Religion. Weltanschauung ist ‚Gesamtauffassung von Wesen und Ursprung, Sinn und Ziel der Welt und des Menschenbildes‘ [...]. Weltbild ist naturwissenschaftliche und naturphilosophische Betrachtung und Deutung des Kosmos, Religion ist die individuelle Bindung des Menschen an Gott. Die führenden Persönlichkeiten einer Weltanschauungs-Partei sollen Weltbild und Religion haben, aber das ist nicht Teil ihres öffentlichen Gestaltungsbereiches, sondern vielmehr Hintergrund und Rückhalt, wenn sie Wege zu suchen oder Entscheidungen zu treffen haben.<sup>167</sup>

Was die „führenden Persönlichkeiten“ der *Weltanschauungspartei* CSU mit diesen etwas verqueren Klarstellungen ihres Parteivorsitzenden anfangen konnten, muss offen bleiben. Nicht von ungefähr verschwand der Begriff Mitte der 1960er Jahre sang- und klanglos aus dem Begriffshaushalt der Union.

Den wohl letzten systematischen Versuch, die CDU als *Weltanschauungspartei* zu beschreiben, unternahm 1964 Josef Hermann Dufhues, zu dieser Zeit Geschäftsführender Vorsitzender der Partei. Er führte eine Unterscheidung ein, die implizit bereits in allen vorherigen Definitionen enthalten war, nämlich die Unterscheidung zwischen *Weltanschauung* und *Ideologie*. *Ideologie* als „umfassende Wahrheitslehre über Welt und Mensch“ schließe „eine Offenbarung als Erkenntnisquelle aus und will nur Wissenschaft anerkennen, ja sie hält sich selbst für Wissenschaft“. Sie trete „in Form einer Doktrin, eines Systems, eines theoretisch unterbauten Programms mit dogmatischem Anspruch“ auf. All das treffe auf die *Weltanschauung* nicht zu. Die CDU sei „eine Partei der christlichen Existenz in der Welt, nicht eine Partei des ideologischen Dogmatismus“.<sup>168</sup> Die Abwehrhaltung gegenüber aller *Ideologie* gehörte freilich seit jeher zum Kern eines konservativen Selbstverständnisses. *Weltanschauungspartei* zu sein hieß, in einem charakteristischen Stile Politik zu machen. Auch auf diese Weise beschrieben sich die Unionsparteien.

### 3.2.5. Politik im Stile der Union. Selbstzuschreibungen und die Strukturprinzipien politischer Sprache

Politik wollten CDU und CSU als *Volks-* und *Weltanschauungsparteien* betreiben, dabei *christliche*, *liberale* und *konservative* Positionen in sich vereinend. Doch nicht nur das: Politiker und Parteistrategen wurden nicht müde zu betonen, dass aus diesen Grundsätzen ein spezifischer Politikstil erwachse, dass CDU und CSU auf eine ihnen ganz eigene Art und Weise Politik machen würden. Die in un-

<sup>166</sup> Vgl. BRUGGER, Philosophisches Wörterbuch, 1959. Die Passage ähnelt stark einer Passage aus Seidels Vorwort zu SEIDEL, Weltanschauung und Politik, 1961, S. 19–20.

<sup>167</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19610708, Landesversammlung der CSU, 8.–9. 7. 1961, Referat Franz Josef Strauß, S. 7–8. Das Zitat wird von Strauß nicht völlig richtig wiedergegeben, statt „Menschenleben“ spricht er von „Menschenbild“. Im Original heißt es: „Weltanschauung bedeutet die Gesamtauffassung von Wesen u[nd] Ursprung, Wert, Sinn u[nd] Ziel der Welt u[nd] des Menschenlebens“, BRUGGER, Philosophisches Wörterbuch, 1959, S. 370.

<sup>168</sup> DUFHUES, Christen in der Demokratie, 1964, S. 17.

zähligen Kontexten vorgetragene Beschreibung eines unionseigenen Politikstils entfaltete reiche semantische Netze. Gleichermassen kristallisierten sich in ihr die Strukturprinzipien der politischen Sprache der Union. Wie also charakterisierten CDU- und CSU-Politiker sprachlich ihr tägliches Geschäft?

Der politische Stil der Union sei, so unterstrich Josef Hermann Dufhues, grundsätzlich fern aller *ideologischen* Verbohrtheit. Dies bedeute eine Ablehnung jeglichen Dogmatismus', und es bedeute, christliche *Weltanschauung* als „offen und dynamisch“ und damit als dem „Fortschritt“ zugewandt zu erkennen.<sup>169</sup> Die Union sei „eine Fortschrittspartei“.<sup>170</sup> Dufhues leitete den Fortschrittsbegriff einerseits aus dem Buch Genesis her, als göttlichen Auftrag an den Menschen, sich die Erde untertan zu machen, andererseits aus dem Glauben an das kommende Reich Gottes als Ziel menschlicher Geschichte.<sup>171</sup> Die Qualifizierung des Fortschrittsbegriffs und seine Einpassung in das Prinzip kontinuierlicher Zeitlichkeit erfolgte in der Union über den Begriff des *Christlichen*, während im britischen Konservatismus hierfür der Konservatismusbegriff herangezogen wurde. Auf beiden Seiten sorgte freilich die antisozialistische Stoßrichtung für seine Einhegung.<sup>172</sup>

Damit subsummierte Dufhues Begriffe der Selbstbeschreibung von CDU und CSU unter den Begriff *Weltanschauungspartei*, die in den beiden Parteien seit den Gründungsjahren gängig waren. Während sich die Unionspolitiker einig waren, weltanschaulich basierte „Politik aus christlicher Verantwortung“ zu betreiben,<sup>173</sup> wiesen sie alle Anwürfe *ideologischen* Handelns zurück. Der Ideologiebegriff war für die konkurrierenden politischen Strömungen reserviert: für den *Sozialismus*, den *Liberalismus*, den *Bolschewismus*, den *Nationalismus* und den *Nationalsozialismus*.<sup>174</sup> *Ideologien* seien der jeweiligen Zeit ihrer Entstehung verhaftet, vermochten daher keine Antwort auf die Probleme der Gegenwart zu geben; dagegen schöpften die Unionsparteien aus den ewigen Quellen des Christentums und waren so gerüstet, um „die Probleme der Zeitlichkeit [...] mit überzeitlichen Prinzipien“ zu bewältigen, erklärte Karl Arnold in seiner Auseinandersetzung mit dem „Zeitalter der neuen Technik“, an dessen Beginn er sich und seine Zeitgenossen wähnte.<sup>175</sup>

Der *Ideologie* als Gegenbegriff entsprachen Begriffe, die CDU und CSU sich und ihrem Stil, Politik zu betreiben, positiv zuschrieben. Es genügt ein Blick in die Protokolle der Bundesparteitage der CDU bzw. der Landesversammlungen der CSU, um die Allgegenwart der entsprechenden semantischen Netze zu ver-

<sup>169</sup> Ebd., S. 18.

<sup>170</sup> Ebd., S. 22–23.

<sup>171</sup> Vgl. ebd., S. 22.

<sup>172</sup> Siehe S. 34–43.

<sup>173</sup> Vgl. Bundesparteitag der CDU 1962, Stoltenberg, 216: „[...] uns allen bekannte und für uns alle günstige Formel von der, Politik aus christlicher Verantwortung“.

<sup>174</sup> Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1953, Hermann Ehlers, S. 27; Hahn, Die CDU als Problem der evangelischen Theologie, 1965, S. 95; vgl. auch Bundesparteitag der CDU 1957, Heinrich Krone, S. 47.

<sup>175</sup> Bundesparteitag der CDU 1957, S. 161.

deutlichen, die in ganz unterschiedliche Kontexte diffundierten: *Realismus*<sup>176</sup>, *Nüchternheit*,<sup>177</sup> *Sachlichkeit*,<sup>178</sup> *Vernunft*<sup>179</sup> – jeweils mit ihren adjektivischen Entsprechungen – prägten die politische Sprache der Union. Die beiden Parteien wollten eine Politik machen, die von der *Wirklichkeit* ausging – und nicht von utopischen Wunschträumen einer Welt, wie sie sein sollte.<sup>180</sup> Sie griffen damit einen zentralen Begriff konservativer Selbstbeschreibung der 1950er Jahre auf. Aufgrund dieses Plädoyers für die *Wirklichkeit* begegneten sie Parteiprogrammen mit großer Skepsis. Gerade Adenauer, der mit dem *Ahlener Programm* die Erfahrung gemacht hatte, dass einmal Geschriebenes und als programmatisch Verabschiedetes schwierig wieder aus der Welt zu räumen war, sperrte sich energisch jedem Versuch, dem Ende der 1950er Jahre empfundenen programmatischen Vakuum mittels eines neuen Programms beizukommen.<sup>181</sup> Das Christentum war ihm und vielen anderen Programm genug.<sup>182</sup> *Ideologie* und *Doktrin* fungierten sehr klar als Gegenbegriffe in der Selbstbeschreibung der Union.

Selbst als Adenauer 1961 konzedieren musste, dass durch den sozialen und kulturellen Wandel das „christliche Fundament“ der CDU vernachlässigt worden war, regte er keine Programmarbeit an, sondern beauftragte Rainer Barzel nur mit einer Untersuchung über „das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU“, die sich auch mit den „geistigen Grundlagen“ der Partei beschäftigen sollte.<sup>183</sup> Ganz dem entsprechend stellte Barzel denn auch fest:

Die Christlichen-Demokraten haben nicht ein Programm gesucht, haben nicht in Ideologien, Traditionen, Vorurteilen und Restaurationen ihre Kraft verbraucht, haben nicht fremde Gedanken oder Ideologien dem Volk werbend vorgetragen, sondern sie waren die Sprecher und Träger von Gedanken, die spontan aus dem Volk selbst hervorgebrochen waren. Die ‚Volkspartei‘ ergab sich ebenso von selbst wie ihr christliches Fundament.<sup>184</sup>

<sup>176</sup> Vgl. z. B. DUFHUES, Der Evangelische Arbeitskreis und die CDU, 1962, S. 13; Die Pläne der dreisten Radikalen, 1960; ACSP, Parteitagsprotokolle, 19610708, Landesversammlung der CSU, 8. 7. 1961, S. 15–16, Hermann Höcherl.

<sup>177</sup> Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1960, Ernst Lemmer, S. 95; ebd., Heinrich Krone, S. 99; Bundesparteitag der CDU 1965, Eugen Gerstenmaier, S. 87.

<sup>178</sup> Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1958, Kai-Uwe von Hassell, S. 192; Bundesparteitag der CDU 1960, Kurt Schmücker, S. 160; Bundesparteitag der CDU 1964, Hans Furler, S. 254; ACSP, 19581011, Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hanns Seidel anlässlich der Landesversammlung 1958 der Christlich-Sozialen Union, 11. 10. 1958, S. 6. Auch im protestantischen Kronberger Kreis gehörte die Formel von der *sachlichen Politik* zu den „Schlüsselbegriffen“, die sich auf die Überzeugung, ideologiefrei zu denken und zu handeln bezog, vgl. SAUER, Westorientierung, S. 130–131, 156–158.

<sup>179</sup> Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1962, Eugen Gerstenmaier, S. 187; Bundesparteitag der CDU 1964, Rainer Barzel, S. 95.

<sup>180</sup> Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1960, Heinrich Krone, S. 109; oder z. B. Franz Josef Strauß 1960 vor der CSU-Landesgruppe: Sitzung der CSU-Landesgruppe, 4. 4. 1960, CD-ROM-Supplement, S. 596–597.

<sup>181</sup> Vgl. z. B. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961, 26. 4. 1960, S. 655–656.

<sup>182</sup> Vgl. z. B. BÖHM, Wie die Volkspartei aussehen sollte, 1958.

<sup>183</sup> BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1961–1965, 11. 12. 1961.

<sup>184</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Dn 041, Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU, vorgelegt von Dr.

Wie dem auch gewesen sein mag, der Anti-Programm-Affekt war tief verankert in der Union. Allerdings teilten ihn die jungen Nachwuchs-Politiker gerade nicht. Der 1928 geborene Gerhard Stoltenberg, promovierter Politikwissenschaftler und Bundesvorsitzender der Jungen Union, mahnte immer wieder zu „programmatische[r] Klärung“, dabei betonend, dass die CDU „keine Ideologie“ brauche und sicherlich „nicht die Absicht [habe], ein Grundsatzprogramm à la Godesberg nach der Methode der SPD in all seiner schon in zwei, drei Jahren zutage getretenen Fragwürdigkeit zu machen“. Von einer offenen Auseinandersetzung mit den Thesen Barzels, die vom Bundesvorstand mit wenig Zustimmung aufgenommen worden waren,<sup>185</sup> erhoffte er sich eine Dezimierung der innerparteilichen, oft konfessionell grundierten Spannungen und vor allem „eine Beseitigung [...] der begrifflichen Missverständnisse“, die aus den konfessionell verschiedenen Begriffshaushalten herrührten.<sup>186</sup>

Die Bedeutung, die den Begriffen und damit der politischen Sprache in der Union zukam, hatte Gerhard Stoltenberg geradezu seismographisch erfasst. Denn solange programmatische Festschreibungen in der Partei fehlten, Begriffe nicht schriftlich festgehalten und mit der Autorität eines Parteitags besiegelt waren, hatte dies zwar einerseits den Vorteil, dass sich unterschiedliche Gruppen unter ihrem Dach einfinden konnten, politische Sprache ob ihrer Flexibilität also integrierend wirkte; andererseits aber konnte die Partei in einer Situation des kulturellen Wandels, der auch auf sprachlicher Ebene wirkte, schnell ihr Profil verlieren. Das viel geäußerte ‚Unbehagen‘ in der Union an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren spiegelte letztlich nichts anderes als die begrifflichen Unsicherheiten, die am Ende der Ära Adenauer überall aufgebrochen waren.

Der Anti-Programm-Affekt der Union war nicht allein in ihrem *unideologischen* Selbstverständnis begründet, sondern berührte auch ein weiteres Charakteristikum ihrer Selbstbeschreibung. Programme aufzustellen bedeutete, so wurde argumentiert, die Zukunft nach den menschlichen Vorstellungen der Gegenwart gestalten zu wollen. Denn die Zeit liege in Gottes Händen,<sup>187</sup> strebe einem Ziel, dem Reich Gottes zu, das menschlicher Gestaltung kategorial entzogen sei. Wieder war es Eugen Gerstenmaier, der 1958 dieses Zeitverständnis in Worte fasste: Der

Wandel der Gesellschaft gehört zum ewigen Wellenschlag der Geschichte. Auch wenn es anders aussieht, glauben wir doch mit der Christenheit der ganzen Erde, dass sich die Geschichte mit dem Menschen nicht im sinnlosen Wirbel dreht, sondern, vom Atem Gottes getragen, einem großen Ziele zustrebt. Wir sind gerade deshalb mehr als andere, denen dieser Horizont des persönlichen und politischen Wirkens fehlt, davor gefeit, am unhaltbar Gewordenen zu kleben. Wir greifen in das Morgen, wenn wir zu dem stehen, was im Wandel der Staatsordnungen und Gesellschaftsformen gültig bleibt, weil es, auf die wahre Berufung des Menschen gegründet, eine ewige Geltung hat.<sup>188</sup>

Rainer Barzel, MdB, auf Grund eines Beschlusses des Bundesvorstandes der CDU vom 11. Dezember 1961, abgeschlossen am 20. März 1962, Nr. 8.

<sup>185</sup> Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandprotokolle 1961–1965, 10. 5. 1962, S. 239–258.

<sup>186</sup> Bundesparteitag der CDU 1962, Gerhard Stoltenberg, S. 216–217.

<sup>187</sup> Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1960, Eugen Gerstenmaier, S. 200.

<sup>188</sup> Bundesparteitag der CDU 1958, S. 107.

Gerstenmaier plädierte für das Ausloten der Zeitdimensionen in der christdemokratischen Politik. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sollten aufeinander bezogen sein, das eine sich aus dem anderen ergeben, ohne dass eine Zeitdimension bevorzugt werden durfte. Für Ludwig Erhard machte dies einen Markenkern der „sozialen Marktwirtschaft“ aus, die „ohne scharfe Brüche und schwere Erschütterungen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft harmonisch zu verbinden“ wüsstete.<sup>189</sup> Und nicht nur die Exponenten des protestantischen bzw. des ordoliberalen Flügels der Union propagierten dieses Zeitverständnis. Auch Hans Katzer wollte das Vergangene bewahren, soweit es sich um die ewigen christlichen Werte handelte; zugleich distanzierte er sich von „einem blinden Fortschrittsglauben“ und plädierte folglich für eine „evolutionäre Beweglichkeit in der Politik“.<sup>190</sup> Es war kein Zufall, dass er sich in seiner Klarstellung mit dem Konservatismusbegriff auseinandersetzte, dessen semantische Wurzel auf das zu Bewahrende wies. Dieses Verständnis von Zeitlichkeit wurde dem Begriff, wie wir gesehen haben, in der Union eingeschrieben.<sup>191</sup> Dementsprechend lehnte die Union die *Revolution* ab und plädierte für die *Reform*. Tatsächlich strukturierte sich ihre politische Sprache nach demselben Strukturprinzip der Zeitlichkeit wie dies in der Conservative Party der Fall war.<sup>192</sup>

Mit der Wertschätzung des Vergangenen und der Orientierung hin auf die *Wirklichkeit* in der Gegenwart ging eine Differenzierung des Fortschrittsbegriffs einher, der auch in der politischen Sprache der Union eine feste Größe war, und dies zumal als er zu einem allgemeinen Leitbegriff der späten 1950er und der 1960er Jahre geworden war.<sup>193</sup> Denn die Einschätzung, in einer Zeit rapiden Wandels zu leben, wurde in der Union allgemein geteilt, und sie verstärkte sich noch seit Anfang der 1960er Jahre. Der *Fortschritt* galt als Signum der Gegenwart. Seine Antriebskräfte erkannten die Unionspolitiker in erster Linie in der technologischen Entwicklung, die alle Bereiche menschlichen Lebens mit sich reiße. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Franz Meyers, begrüßte seine Parteikollegen 1962 zum Parteitag in Dortmund denn auch mit dem Hinweis, dass sie in einer Region tagen würden, in der die Zukunft bereits angebrochen sei: „Hier im Ruhrgebiet formt sich unter den Bedingungen eines technischen Massenzeitalters die Welt, in der wir morgen leben und arbeiten müssen.“ Und genau hier sah Meyers die Aufgabe der CDU, die diese Entwicklung „in den Griff“ bekommen und „nach dem christlich-demokratischen Ordnungsbild“ formen müsse. Dafür aber sei es nötig, dass die Partei auf die „Zukunft hin [...] arbeit[e] und diese Zukunft klar, nüchtern und ohne sozialromantische Verbrämung zur Grundlage ihres politischen Denkens und Handelns“ mache.<sup>194</sup>

Die Zukunft galt es also einzufangen, aber dies in sachlicher Attitüde und ohne in utopische Träume zu verfallen. Dies bekräftigte auch Theodor Blank, Arbeits-

<sup>189</sup> Ebd., S. 111.

<sup>190</sup> Ebd., S. 145–146.

<sup>191</sup> Siehe S. 180–183.

<sup>192</sup> Siehe S. 34–53.

<sup>193</sup> Vgl. HERZOG, Schwundstufen des Fortschrittsbegriffs.

<sup>194</sup> Bundesparteitag der CDU 1964, Franz Meyers, S. 10–11.

und Sozialminister, der 1958 zwar für den Ausbau des „Wohlfahrtsstaates“ eintrat, aber die Konzepte der Union dabei von einem „Fortschrittsglaube[n], diese[r] Glücksduselei aus dem vergangenen und vorvergangenen Jahrhundert“ distanzierte, die doch „durch die harte Wirklichkeit widerlegt“ sei.<sup>195</sup> Ein unrealistischer, utopischer Fortschrittsbegriff wurde den Liberalen und der Linken angelastet und dies ganz in totalitarismustheoretischer Lesart. „Die Verstrickung des selbstherrlichen und blind fortschrittsgläubigen Menschen einerseits in eine schrankenlose nihilistische Selbstsucht und andererseits in eine totale neuaufgelegte Sklaverei gegenüber Funktionären des totalen Staates“ habe in die totalitäre Katastrophe geführt, so dass die einzige Option der Zeit eine Rückführung des Fortschrittsbegriffs auf die „christlichen Wahrheiten“ sei, wie der nordbadische Parteivorsitzende Franz Gurk 1960 darlegte.<sup>196</sup> Dem sekundierte auch die CSU. Deren „Optimismus“ sei „nicht umkränzt von den welken, noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden Girlanden des Fortschritts; es ist ein Optimismus, der sich auf die Lebenskraft des Christentums gründet“, so unterstrich Parteivorsitzender Hanns Seidel auf der CSU-Landesversammlung des Jahres 1959.<sup>197</sup>

Die Abgrenzung gegenüber allen utopischen Versuchen, Zukunft zu gestalten, implizierte auch eine solche gegenüber den in diesen Jahren populärer werdenen Ideen von wissenschaftlich begleiteter Planung und Steuerung komplexer Systeme, die besonders von der SPD aufgegriffen wurden.<sup>198</sup> In diesem Punkt war die Union um einiges vorsichtiger als die Conservative Party, in der Planungs-ideen zu Beginn der 1960er Jahre tiefen Wurzeln geschlagen hatten.<sup>199</sup> Planung gefährde die Freiheit des Einzelnen, unterwerfe diesen undurchsichtigen bürokratischen Apparaten.<sup>200</sup> Planung führe letzten Endes in die kommunistische Diktatur, so wurde argumentiert. Vor allem negiere Planung das Menschliche überhaupt. Denn sie ziele darauf, auf „längere Sicht das lebendige Leben in Zahlen“ einzufangen. Das „Verhalten der Menschen“ stelle aber eine Qualität an sich dar, sei weder quantifizierbar noch vorhersagbar, die Zukunft nicht mittels Zahlen in den Griff zu bekommen. Insofern müsse Planung entweder dem „Leben hinterherlaufen“ oder „ihm Gewalt antun“, wie Ludwig Erhard 1962 in einer aufsehenerregenden Rede vor dem Europäischen Parlament zu dem Memorandum der EWG-Kommission zur Wirtschaftspolitik (*Aktionsprogramm für die zweite Stufe*) erklärte, dem er „zentralistische“ und „planwirtschaftliche“ Tendenzen unterstellte.<sup>201</sup>

<sup>195</sup> Bundesparteitag der CDU 1958, Theodor Blank, S. 117.

<sup>196</sup> Bundesparteitag der CDU 1960, Franz Gurk, S. 11.

<sup>197</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19590613, Landesparteitag der CSU, 12.–14.6.1959, Referat Hanns Seidel, S. 9.

<sup>198</sup> Vgl. RUCK, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie.

<sup>199</sup> Siehe S. 49–53.

<sup>200</sup> Vgl. z. B. BARZEL, Wohlfahrtsstaat gegen Versorgungsstaat, 1958, bes. S. 44–46; MUTHESIUS, Wenn die SDP gewinnt..., 1957.

<sup>201</sup> Vgl. EUROPÄISCHES PARLAMENT, Europäisches Parlament, S. 58–64, Zitate S. 62 und 63; dazu: ARTZINGER, Planung und Freiheit, 1963, S. 5. Vgl. zu dieser Debatte PLITZKO, Planung ohne Planwirtschaft, 1964; RUCK, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie, S. 371–372; METZLER, Konzeptionen politischen Handelns, S. 232–238.

Die Anti-Planungsfront – die sich aber immer nur auf den Bereich ökonomischer Steuerung bezog, weil etwa raumplanerische Konzepte längst akzeptierter Usus in den Ländern waren<sup>202</sup> oder Bundeswehr und Nato mit militärischer Planung operierten<sup>203</sup> – begann allerdings seit Mitte der 1960er Jahre zu bröckeln.<sup>204</sup> Die vorsichtige Bedeutungsverschiebung im Planungsbegriff gelang über eine Differenzierung von sozialistischer auf der einen und christdemokratischer Planung auf der anderen Seite: „Planung und Planung ist zweierlei“, stellte Anton Böhm 1964 fest, als er an seine Partei appellierte, in die Zukunft zu denken. Christdemokratische Planung sollte denn ihr Ziel auch nicht in der Konzentration von Macht besitzen, sondern „in nichts anderem bestehen als in dem Entwerfen eines Zusammenhangs vorbeugender oder fordernder Maßnahmen, die auf eine künftige, voraussehbare Situation antworten“ sollten.<sup>205</sup> Die prinzipielle Offenheit der Zukunft sollte also in den *Weltanschauungsparteien* CDU und CSU nicht angetastet werden.

Dem „weitgehend sinnentleerten Begriff ‚Fortschritt‘ wieder einen christlichen Inhalt“ zu geben, dafür plädierte nicht nur Franz Meyers, sondern auch Josef Hermann Dufhues.<sup>206</sup> Das führte dazu, dass, wenn vom *Fortschritt* als Abstraktum – und nicht von *Fortschritten* in bestimmten Feldern – gesprochen wurde, immer ein „ja – aber“ folgte, der Begriff also differenziert, in semantische Netze eingeordnet, mit anderen Begriffen gekoppelt und damit seiner Bedeutung Grenzen gesetzt wurden. Zugleich wurde seinen auf die Zukunft hindrängenden Gehalten eine klare Bindung an die Vergangenheit eingeschrieben. Drei Beispiele mögen zur Illustration genügen: Rainer Barzel rief 1962 dazu auf, der „Säkularisierung des Fortschritts allein auf das Materielle den Kampf anzusagen“, um den „„Fortschritt“ künftig auch [zu] begreifen [...]“ als „Fortschritt auf mehr Sittlichkeit, mehr Menschlichkeit, mehr Rücksicht.“ Josef Hermann Dufhues charakterisierte die CDU 1964 als „Partei des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts“, um dann gleich einzuschränkend hinzuzufügen, dass seine Partei „keinen Fortschritt um jeden Preis“ anstrebe, „insbesondere keinen Fortschritt auf Kosten der Stabilität. Wir wollen einen Fortschritt ohne Abenteuer“.<sup>207</sup> Und last, but not least sei Ludwig Erhard zitiert, dessen Sympathie für die Kontinuität der Zeitdimensionen sich auch im Fortschrittsbegriff niederschlug. Die CDU müsse „die Brücke schlagen zwischen Vergangenheit und Zukunft. [...] Vor allem aber hat sie die Pflicht, unsere beste Tradition, unsere christlichen Bindungen, mit dem zu ver-

<sup>202</sup> Vgl. LEENDERTZ, Ordnung, Ausgleich, Harmonie; dies., Vom Anfang und Ende einer wissenschaftlich-administrativen Mission.

<sup>203</sup> Vgl. THOSS, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung.

<sup>204</sup> Vgl. RUCK, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie; METZLER, Konzeptionen politischen Handelns, S. 241–259; zur Geschichte implementierter Planungskonzepte in der Bundesrepublik vgl. ebd., S. 347–403; SÜSS, „Wer aber denkt für das Ganze?“; SEEFRIED, Experten für die Planung?.

<sup>205</sup> BÖHM, Vorwärts-Strategie für die CDU, 1964, S. 19; vgl. außerdem ACSP, Parteitagsprotokolle, 19630706, Landesversammlung der CSU, 6. 7. 1963, Referat Franz Josef Strauß, S. 12.

<sup>206</sup> Bundesparteitag der CDU 1960, Franz Meyers, S. 66; siehe S. 194.

<sup>207</sup> Bundesparteitag der CDU 1964, Josef Hermann Dufhues, S. 46.

binden, was wir in einem guten Sinne fortschrittlich und weltaufgeschlossen nennen.“<sup>208</sup>

Wie tief sich diese Bestimmung des Fortschrittsbegriffs in die Selbstbeschreibung der Partei eingrub, belegte niemand anderer als Konrad Adenauer auf dem Bundesparteitag der CDU 1965, der in Düsseldorf stattfand. Von seinem Fahrer während des Parteitags zwischen seinem Wohnort in Rhöndorf und dem Veranstaltungsort hin- und hergefahren, hatte er Zeit, über das Verhältnis seiner Partei zum Fortschritt zu sinnieren. Im Freizeit- und Berufsverkehr auf der neu gebauten Autobahn, die er schlicht zum „Werk unserer Partei“ erklärte, erkannte Adenauer den „Fortschritt“, für den er die Union verantwortlich machte. Zugleich aber mahnte der 88-Jährige, die „geistigen Werte“ der „Vergangenheit“ ernst zu nehmen, konkret „das christliche Fundament unserer Partei“ in aller Fortschrittzufriedenheit nicht zu vernachlässigen. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft galt es zu verbinden, das überlieferte Gute für die Zukunft zu bewahren. So also konnte Adenauer die CDU als „Partei des konservativen Fortschritts“ beschreiben.<sup>209</sup> Diese Charakterisierung griff Marga Beitzel, eine Delegierte aus Schleswig-Holstein, auf. Die CDU als „Partei des konservativen Fortschritts“ erschien ihr zunächst als Paradoxon, das sie schließlich in einem einprägsamen Bild auflöste: „Wenn ich mir überlege, dass konservativ mit Tradition gleichzusetzen sei, ist es richtig. Tradition aber nicht als Sofa verstanden, sondern als Sprungbrett.“<sup>210</sup> Der Fortschrittsbegriff wurde damit dem Konservatismusbegriff eingeschrieben. Auf der Basis überliefelter christlicher *Werte* sollte der sichere Sprung in die Zukunft gelingen. Das entsprach dem, was in der Conservative Party über den *Fortschritt* gedacht und gesagt wurde.<sup>211</sup>

Die Vergangenheitsdimension wurde dabei, wie wir an verschiedener Stelle gesehen haben, mit dem recht allgemeinen Begriff der christlichen Tradition beschrieben. Dieses Bewahren des Christlichen hatte auch eine parteigeschichtliche Seite. Denn das spezifische Prinzip christdemokratischer und christsozialer Zeitchlichkeit wäre unglaubwürdig gewesen, hätte es sich nicht auch auf die eigene Parteigeschichte erstreckt. Für eine im Jahre 1945 gegründete Partei war die Erzählung von Geschichte allerdings eine Herausforderung und dies zumal vor dem Hintergrund der zwölf Jahre des NS-Regimes. In den Unionsparteien sammelten sich Männer und Frauen, die aktiv Widerstand geleistet hatten, solche, die die Jahre des Regimes in distanziertter Resistenz durchlebt, andere, die es partiell mitgetragen hatten, und auch solche, die ihm Sympathien abgewinnen hatten können und in bestimmten Feldern aktiv an der Realisierung nationalsozialistischer Ziele mitgewirkt hatten.<sup>212</sup> Es war schwierig, diese Spannungslinien zu kitten, die durch die konfessionellen Differenzen noch verstärkt wurden. Selten wurden sie

<sup>208</sup> Ebd., Ludwig Erhard, S. 123.

<sup>209</sup> Bundesparteitag der CDU 1965, Konrad Adenauer, S. 66–67.

<sup>210</sup> Ebd., Marga Beitzel, S. 339.

<sup>211</sup> Siehe S. 34–53.

<sup>212</sup> Vgl. BÖSCH, Die Adenauer-CDU; SCHLEMMER, Aufbruch, Krise und Erneuerung; ders., Grenzen der Integration.

allerdings offen thematisiert. Für die Konstruktion eines parteigeschichtlichen Narrativs waren sie eine Herausforderung. „Wer von uns spürte nicht die geistige Spannung“, so gab Dufhues zu bedenken, „die darin besteht, dass wir auf der einen Seite die Tradition unserer Geschichte als Verpflichtung, als Bewusstsein der Kontinuität bewahren und auf der anderen Seite eine Distanz von der bisherigen Geschichte nehmen müssen wie nie eine Generation zuvor“<sup>213</sup>

Das Jahr 1945 wurde für die Union zum nicht zu hinterfragenden Ausgangspunkt ihrer Geschichte, erzählt als heilsamer Einschnitt, als völliger Bruch mit dem Vergangenen. Die Geschichte des Landes wie die Geschichte der Partei begannen in den Jahren 1945 bzw. 1949 und beide wurden im Unionsnarrativ eng miteinander verknüpft.<sup>214</sup> Konrad Adenauer wiederholte dieses Narrativ beständig. Auch am zehnten Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik unterstrich er, dass die Bundesregierung alles daran gesetzt hätte, „der Welt zu zeigen, ja unter Opfern zu beweisen, dass sich Deutschland abgewandt hat von dem Ungeist, der dieses Blutbad der Völker heraufbeschwore, dass unser Volk gebrochen hat mit der totalitären Politik der Maßlosigkeit, der Grausamkeit, die uns zum Verhängnis geworden war.“<sup>215</sup> Und gleichermaßen bedeutete 1945 einen Neubeginn, der sich in der Gründung von CDU und CSU manifestierte. Als überkonfessionelle, auf das Christentum gegründete Volksparteien stellten sie ein Novum in der Parteigeschichte dar, ihre Gründungsväter hätten nach dem absoluten Zusammenbruch „nach neuen Wegen für die Zukunft“ gesucht.<sup>216</sup>

Diese Erzählung von Bruch und Neubeginn wurde ergänzt durch eine solche der Kontinuität im Christlichen. Ganz in totalitarismustheoretischer Lesart wurde davon ausgegangen, dass das Christentum aus den Kämpfen des „Dritten Reiches“ siegreich hervorgegangen sei. Die Unionsparteien verstanden sich als Fortsetzung des christlichen Widerstandes, was auf manchen Unionspolitiker tatsächlich zutraf. Sie glaubten, das ‚gute‘ Deutschland zu verkörpern, das der totalitären Versuchung widerstanden habe. Und all jene, die sich – in welcher Art und Intensität auch immer – auf das Regime eingelassen hatten, merkten gegen eine solche Zuschreibung sicherlich nicht auf. Als Mitglied des Kreisauer Kreises verlieh Eugen Gerstenmaier diesem Narrativ besondere Legitimation. So war es auch er, der die Bedeutung dieser ganz besonderen Kontinuitätsrelation zwischen Vergangenheit und Gegenwart hervorhob:

Der Widerstand gegen die Tyrannie und die Opfer, die von ihm gebracht wurden, haben Deutschland in den dunkelsten Jahren noch jenen letzten Rest von Autorität bewahrt, ohne den ein Staat nicht sein kann, ohne den ein Volk im Dunkel der Geschichtslosigkeit versinkt.<sup>217</sup>

<sup>213</sup> Bundesparteitag der CDU 1965, Hermann Josef Dufhues, S. 82.

<sup>214</sup> Vgl. z. B. ACSP, Parteitagsprotokolle, 19630706, Landesversammlung der CSU, 6. 7. 1963, Referat Franz Josef Strauß, S. 1: „Gründung, Weg und Arbeit unserer Partei, die Umwandlung Bayerns zu einem modernen Sozialstaat und der Aufbau der Bundesrepublik Deutschland gehören so eng zusammen, wie kaum jemals eine Politik sichtbaren Ausdruck gefunden hat.“

<sup>215</sup> ADENAUER, Vorwort zum Tätigkeitsbericht der Bundesregierung, 1959.

<sup>216</sup> Vgl. ADENAUER, Ansprache zum 10. Bundesparteitag der CDU, 1961, S. 1–2.

<sup>217</sup> GERSTENMAIER, Wider die Ächtung der Autorität, 1960, S. 54.

Unterfüttert wurde die Erzählung von der Kontinuität im Christlichen durch die Rekonstruktion christlicher – sowohl protestantischer als auch katholischer – Parteipolitik des 19. Jahrhunderts, in deren Tradition die Unionsparteien sich setzten.<sup>218</sup>

Der Politikstil der Union sollte von einem Ausgleich der Zeitdimensionen geprägt sein. Um den Ausgleich ging es CDU und CSU allerdings auch in anderen Kontexten, mehr noch: er sollte ein Prinzip ihrer Politik sein. Wie wir bereits in den Auseinandersetzungen um die Liberalisierung der CDU gesehen haben, beschrieb sich die Partei seit ihren Anfängen als *Partei der Mitte*. In der *Mitte* zu stehen, bedeutete *auszugleichen*, sich von den Extremen fernzuhalten, abzuwagen, zu vermitteln, ein *Gleichgewicht* herzustellen, Maß zu halten, zu einer neuen *Synthese* zu kommen. Damit ist das semantische Netz, das sich in der Union um den Begriff der *Mitte* ausgebildet hatte, bereits umrissen. Dabei war eine Positionierung in der *Mitte* natürlich relational – die beiden Pole, zwischen denen man sich positionierte, waren flexibel festlegbar. Dementsprechend diffundierte das Sprechen über die *Mitte* in der politischen Sprache von CDU und CSU und erfasste Selbstbeschreibungsdiskurse ebenso wie die Formulierung konkreter Politikentwürfe in einer Vielzahl von Politikfeldern.

Dass die Union sich zwischen *Liberalismus* und *Sozialismus* ansiedelte, war nur eine Version der Selbstpositionierung in der *Mitte*. Hanns Seidel sah seine CSU als *Partei der Mitte* 1959 zwischen den beiden Extremen von „links und rechts“, zwischen „Bolschewismus“ und „Radikalismus von rechts“.<sup>219</sup> Über diese Verortung innerhalb der politischen Landschaft hinaus leitete das Prinzip des Ausgleichs auch die weitere inhaltliche Selbstbeschreibung der Partei. Geradezu klassisch findet sich eine solche Formulierung in Rainer Barzels programmatischer Denkschrift für den Parteivorstand 1962:

Der geistige Ort der CDU/CSU ist die Synthese zwischen Glauben und Wissen, zwischen den Ansprüchen des Ganzen und der Glieder, zwischen generellen Normen und differenzierten Situationen – ist die moralische Verwurzelung einer Politik der Tradition und des Fortschritts, der Freiheit und der Gerechtigkeit für alle.<sup>220</sup>

Zugleich aber wurde das semantische Netz um die *Mitte* und den *Ausgleich* bemüht, um die innere Situation der Union zu beschreiben, wo unterschiedliche Flügel miteinander rangen und divergente Erwartungen aufeinanderprallten. Eine „große Volkspartei“ müsse stets auf den „Ausgleich der Interessen bedacht“ sein, lautete das Credo.<sup>221</sup> Dabei setzte der Wille zum Ausgleich die Existenz von Gegensätzen voraus. Insofern bedingten die beiden Strukturprinzipien des Aus-

<sup>218</sup> Vgl. z. B. SÜSTERHENN, Der geistesgeschichtliche Standort der CDU, I, 1959 und ders., Der geistesgeschichtliche Standort der CDU, II, 1959.

<sup>219</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19590613, Landesversammlung der CSU, 12.–14. 6. 1959, Referat Hanns Seidel, S. 22.

<sup>220</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Dn 041, Barzel, Untersuchungen, Nr. 120.

<sup>221</sup> Z. B. ACSP, Parteitagsprotokolle, 19581011, Landesversammlung der CSU, 10.–12. 10. 1958, Referat Hanns Seidel, S. 21; SCHARDT, Wohin steuert die CDU?, 1961, S. 101–102.

gleichs und der Gegensatzbildung einander dialektisch – und hatten dies im konservativen Denken seit jeher getan.<sup>222</sup>

Augenscheinlich strukturierte das synthetische Prinzip der Verklammerung der Gegensätze zur Herstellung neuer Ordnung die politische Sprache der Union – und dies bis in die Satzstrukturen hinein. Die Präposition *zwischen*, kopulative Konjunktionen wie *und, sowie oder sowohl ... als auch, sowohl ... wie auch, nicht nur ... sondern auch* oder Adverbien wie *zugleich* ermöglichten dieses Sprechen. Dabei ließen sich durch die Verknüpfung gegensätzlicher Begriffe deren Bedeutungsgehalte eingrenzen, wie bereits an einigen Stellen deutlich wurde. Wiederum sei zur Illustration Rainer Barzels Denkschrift zitiert:

Inzwischen sollten wir für eine Auspendelung auf die Mitte der Wirklichkeit Verständnis gefunden haben: Freiheit in Ordnung, Einzelner im Ganzen, Menschenrechte nicht ohne Menschenpflichten, Subsidiarität zugleich mit Solidarität, deutsche Staatlichkeit im Vereinigten Europa und Freiheit auch zur Abwehr der kommunistischen Weltgefahr.<sup>223</sup>

Dieses Prinzip des Ausgleichs fand Anwendung nicht allein in programmatischen Texten, sondern auch in den Debatten um einzelne Politikfelder. Die Union meinte etwa dazu berufen zu sein, „in dem Spannungsfeld des Bundes und der Länder“ für einen „Ausgleich“ zu sorgen,<sup>224</sup> das Wirtschaftssystem so zu gestalten, dass die „Spekulation [...] im rechten Maß“ bliebe, weil sie „wo sie maßlos wird [...], unsinnig, gleichgültig“ werde,<sup>225</sup> und dass außerdem der einzelne vor einem Zuviel des Konsums bewahrt werde, so dass „durch Maß und Selbstzucht diese verhängnisvolle Freiheit in Selbstsucht“ überwunden werde könne.<sup>226</sup> Das *rechte Maß* konnte also auch individualisiert, die Aufgabe der Union dann als moralische verstanden werden, die das *Maßhalten* zu befördern habe. Gerade in den 1950er und frühen 1960er Jahren prägte dieser Appell an das *Maßhalten* und die *Mäßigung* die konsumkritischen Debatten in der Union genauso stark wie er in ordoliberalen Texten der Zeit aufschien.<sup>227</sup> Dem Prinzip des Ausgleichs folgten dabei außerdem einige der zentralen Begriffe, die spezifische Politikentwürfe der späten 1950er und frühen 1960er Jahre festschrieben: vom *Lastenausgleich* über den *Familienlastenausgleich* bis hin zum *Länderfinanzausgleich*.

Neben Syntax und semantischen Netzen prägte dieses Strukturprinzip politischer Sprache den Bedeutungsgehalt einzelner programmatischer Begriffe, wie dies für den Begriff der *Partnerschaft* ebenso der Fall war wie für die *soziale Marktwirtschaft*. *Partnerschaft* beschrieb in der Sprache der Union das ideale Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer als gleichberechtigte *Partner* auf Augenhöhe, die im Bewusstsein ihrer Verbundenheit auf einen Ausgleich ihrer Interessen bedacht waren.

<sup>222</sup> Vgl. GREIFFENHAGEN, Das Dilemma, 1971, S. 231–233.

<sup>223</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Dn 041, Barzel, Untersuchungen, Nr. 200.

<sup>224</sup> Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1964, Josef Hermann Dufhues, S. 38; außerdem Bundesparteitag der CDU 1958, Kai Uwe von Hassel, S. 13.

<sup>225</sup> Vgl. Bundesparteitag der CDU 1962, Kurt Schmücker, S. 126.

<sup>226</sup> Vgl. Bundesparteitag der CDU 1961, Aenne Brauksiepe, S. 217.

<sup>227</sup> Vgl. z. B. ERHARD, Wohlstand für alle, 1957, S. 285; RÖPKE, Maß und Mitte, 1950.

Partnerschaft ist eine Formel der Zusammenarbeit jenseits des Klassenkampfes [...]. Partnerschaft sorgt [...] dafür, dass aus den Unterschieden nicht Gegeneinander, sondern Miteinander, nicht Kampf, sondern Begegnung wird, weil die Unterschiedlichkeiten in den Rahmen eines höheren Gemeinsamen gestellt werden.<sup>228</sup>

Gleichermaßen synthetisch wurde die *soziale Marktwirtschaft* verstanden, nämlich als Konzept, das die Gegensätze austariere und in einer besseren Ordnung aufgehen lasse. Sie strebe danach, „auf dem Boden einer freien Wettbewerbsordnung persönliche Freiheit, wachsenden Wohlstand und soziale Sicherheit in Einklang zu bringen“, so rekapitulierte Ludwig Erhard 1960 ihre „Leitidee“. Die beiden Begriffsbestandteile *sozial* und *Marktwirtschaft* verdeutlichten ihre synthetische Anlage.

*Maß* zu halten oder die *Mitte* zu suchen, für *Ausgleich* und *Gleichgewicht* zu sorgen, mit solchen Begriffen und Formeln beschrieb die Union ihren Politikstil nicht als erste Partei. Sie gehörten, wie wir gesehen haben, zu den Grundfesten der politischen Sprachen des Konservativen seit der Entstehung des modernen Konservatismus zu Beginn 19. Jahrhunderts, und das Strukturprinzip des Ausgleichs prägte auch die politischen Sprachen des so lebendigen britischen Konservatismus der 1950er und 1960er Jahre. Dementsprechend fand Anton Böhm, der CDU-nahe stellvertretende Chefredakteur des *Rheinischen Merkur*, in der um 1960 immer wieder bemühten Charakterisierung von CDU und CSU als *konservativ* genau dieses Element bestätigt:

Konservativ ist weder reaktionär noch quietistisch; wer das in Abrede stellt, verfehlt die Wirklichkeit. Aber wenn man schon die christlich-demokratischen Parteien als ‚konservativ‘ bezeichnen will, so kann heute damit nur gemeint sein, dass sie die Kräfte des Maßhaltens und des solidarischen Interessenausgleichs unter der Maxime des Gemeinwohls sind.<sup>229</sup>

Und in der Tat mehrten sich zu Beginn der 1960er Jahre die Stimmen, die die Union als *konservativ* beschrieben – sei es im Sinne *konservativer* Elemente in ihrer Programmatik, sei es tatsächlich im Sinne von *konservativer Partei* in einem Dreiparteiensystem nach angelsächsischem Vorbild.<sup>230</sup> Dass Eugen Gerstenmaier gebeten worden war, einen Beitrag zum Forum *Konservativ heute des Monat* im Jahre 1962 beizusteuern, war also keineswegs aus der Luft gegriffen. Er nutzte die Plattform, um den Begriff einmal mehr von seinen undemokratischen Bedeutungsgehalten zu lösen und damit für die Union annehmbar zu machen.<sup>231</sup>

Die Debatten, in denen die Union um ihr Selbstverständnis rang, aber genauso alle völlig unkontroversen Affirmationen des als selbstverständlich Geltenden auf Parteitaggen, in Zeitschriften der Partei, auf Wahlkampfveranstaltungen, in Parteigremien oder in Interviews fungierten dabei als Arenen, in denen die Begriffe der politischen Sprache der Union verhandelt wurden. Sie wurden aktualisiert, gewannen durch Wiederholung an Gewicht und wurden neu tariert. Das Struktur-

<sup>228</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Dn 041, Barzel, Untersuchungen, Nr. 173; vgl. z. B. KATZER, Partnerschaftliche Gesellschaftspolitik, 1961.

<sup>229</sup> BÖHM, Mit der SPD gehen?, 1960.

<sup>230</sup> Vgl. z. B. Die Umfrage, 1964.

<sup>231</sup> Vgl. GERSTENMAIER, Was heißt heute konservativ?, 1962.

prinzip der Repetition und Aktualisierung sorgte einerseits für Stabilität in den semantischen Netzen, andererseits für Verschiebungen, die so weit gehen konnten, dass die Bedeutung einzelner Begriffe sich weitete bzw. sich so veränderte, dass diese zu Streitbegriffen wurden. Der Streit um das Liberale war auch ein Kampf um die historischen Begriffsbestände, derer sich die politische Sprache der Union bediente. Während die Conservative Party auf ein breites historisches Reservoir an Texten, Aphorismen und Begriffen zurückgreifen konnte, stellte die Konstruktion von Tradition in der Union eine fortwährende Herausforderung dar, mussten die Möglichkeiten begrifflicher Bezüge auf Texte, die vor 1945 entstanden waren, erst mühsam ausgehandelt werden.

Es kam nicht von ungefähr, dass Gerhard Stoltenberg auf dem CDU-Bundesparteitag 1962 eine Klärung „der begrifflichen Missverständnisse“ anmahnte, die sich in der Partei zu häufen schienen.<sup>232</sup> Die Sitzung des Bundesvorstandes vom Mai 1962, in der Barzels Studie kontrovers und letztlich ergebnislos diskutiert worden war und in der sich die Vorstandsmitglieder allein darüber einig zeigten, dass diese „zu kirchlich“ und außerdem zu katholisch ausgesunken sei, hatte Stoltenberg wohl noch im Ohr.<sup>233</sup> Dabei hatte die Infragestellung alter Gewissheiten sicherlich mit der Konsolidierung der Bundesrepublik und dem Generationswechsel zu tun, wie von Merkatz seinen Vorstandskollegen zu bedenken gab:

Wir dürfen nicht vergessen, dass das Grunderlebnis der CDU und der christlichen Demokraten in Europa aus der Katastrophe des Krieges und des Totalitarismus entstanden ist. Dieses Erlebnis verblasst aber bei den jüngeren Menschen, und damit geht aus dem Erlebnis des Zusammenbruches unseres Reiches etwas an Dynamik allmählich verloren und wird Geschichte.<sup>234</sup>

Diese weit verbreitete Einschätzung, eine erste Periode der jungen Republik erfolgreich abgeschlossen zu haben und zugleich an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter technischer und industrieller Innovation zu stehen, war in CDU und CSU nicht nur weit verbreitet, sondern wurde von ihren führenden Politikern auch bekräftigt: Ludwig Erhard sprach von der „zweiten Phase der sozialen Marktwirtschaft“<sup>235</sup> Hanns Seidel war sich sicher, „am Beginn eines neuen Zeitalters [zu] stehen“, in einer Welt zu leben, „die den menschlichen Geist und menschlichen Willen vor Entscheidungen stellt, die ganz andere Dimensionen besitzen als die Entscheidungen, die in früheren Jahrhunderten zu fällen“ gewesen

<sup>232</sup> Bundesparteitag der CDU 1962, Gerhard Stoltenberg, S. 217.

<sup>233</sup> BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandprotokolle 1961–1965, 10. 5. 1962, S. 239–258, Zitat Konrad Adenauer, S. 250. Zur Rezeption der Studie vgl. außerdem BARZEL, Im Streit und umstritten, 1986, S. 29–31; ADENAUER, Briefe 1961–1963, Nr. 93A, Vermerk Adenauers vom 13. April 1962 über sein Gespräch vom 11. April 1962 mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Rainer Barzel, S. 122–123; Selbstbildnis der CDU, von Barzel gezeichnet, in: CHRIST UND WELT, 11. 5. 1962; Ein evangelisches Unbehagen in der CDU, in: ebd., 1. 6. 1962; RÜDIGER ALTMANN, Ist die CDU verbraucht?, in: DIE ZEIT, 11. 5. 1962; RAINER BARZEL, Die unaufgebare Basis, in: DER RHEINISCHE MERKUR, 11. 5. 1962; BUCHHAAS, Die Volkspartei, S. 298–303.

<sup>234</sup> BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandprotokolle 1961–1965, 10. 5. 1962, S. 252.

<sup>235</sup> Vgl. z. B. ERHARD, Das gesellschaftspolitische Leitbild der CDU/CSU, 1957, S. 37; MÜLLER-ARMACK, Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft, 1966.

seien;<sup>236</sup> Franz Josef Strauß sah 1963 den „erste[n] Abschnitt der deutschen Nachkriegsgeschichte“ – symbolisiert durch den Wechsel im Kanzleramt – zu Ende gehen und den Beginn einer „neuen Periode mit neuen Aufgaben und neuen Prüfungen“ anbrechen;<sup>237</sup> und obwohl Rainer Barzel das Schlagwort von der „zweiten industriellen Revolution“, das sich die SPD auf ihre Fahnen geschrieben hatte, zurückwies,<sup>238</sup> verortete er sich und die CDU doch im „Atomzeitalter“ mit seinen gesellschaftlichen Umwälzungen.<sup>239</sup> Die Führungskrise, die in der CDU seit einigen Jahren schwelte, die ausbleibende Organisationsreform und eine nachlassende Wählerbindung vor allem im katholischen Milieu taten das Ihre, um dem Eindruck, dass die Union die Verbindung mit einer sich wandelnden Gesellschaft verloren hatte, zu bestärken.<sup>240</sup> Erhardts unglückliche Kanzlerschaft intensivierte die Misere noch. „Deprimierender Ausweis einer tiefen Ermüdung. Mangel an Prinzipien, an Ordnung, Konsequenz“, so kommentierte Klaus Harpprecht die Lage der CDU im Sommer 1965.<sup>241</sup>

Die Krise der Union war auch eine Krise ihrer politischen Sprache. Allerdings waren die politischen Begriffe an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren nicht nur in der Union ins Rutschen gekommen, vielmehr charakterisierte eine semantische Unsicherheit das gesamte konservative Spektrum. Scharfsichtig bemerkte der Publizist Hans Schuster 1961, dass der in der Bundesrepublik nach zehn Jahren erreichte rechtsstaatliche „Konsensus“ eine „neue politische Sprache“ benötige, da die alten Begriffe des ideologischen Streits der Weimarer Zeit diesen nicht mehr abzubilden in der Lage seien. Die viel beklagte Entideologisierung der Parteien war aus dieser Sicht eine positive Entwicklung hin zur allseitigen Akzeptanz demokratischer „Grundwerte“, die dem „pluralistischen Getriebe“ entzogen seien. Diese neue politische Sprache war in Schusters Augen indes erst in Umrissen erkennbar.<sup>242</sup>

Nicht allein um dem Vorwurf beizukommen, dem „Geist“ fernzustehen und deshalb den Anschluss an die neue Zeit zu verpassen, suchten CDU und CSU daher Rat bei profilierten Intellektuellen. Zum Bundesparteitag in Hannover diskutierten der Literaturwissenschaftler Walter Jens, der Jurist und CDU-Kultusminister Paul Mikat, der Soziologe Arnold Gehlen, der Journalist Hans Schwab-

<sup>236</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19590613, Landesversammlung der CSU, 12.–14. 6. 1959, Referat Hanns Seidel, S. 6–7.

<sup>237</sup> Ebd., 19630706, Referat Strauß, S. 5.

<sup>238</sup> Vgl. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Dn 041, Barzel, Untersuchungen, Nr. 90–92. Zum Schlagwort von der „zweiten industriellen Revolution“ vgl. BRANDT, Die 2. industrielle Revolution, 1956; dazu: METZLER, Konzeptionen politischen Handelns, S. 62–80.

<sup>239</sup> Bundesparteitag der CDU 1962, Rainer Barzel, S. 337; zum Begriff des *Atomzeitalters* vgl. SCHILDIT, Moderne Zeiten, S. 431–433; RENGER-BERKA, Transzendenzbezüge und Gemeinsinnbehauptungen.

<sup>240</sup> Vgl. z. B. JOHANNES GROSS, Das große C wird immer kleiner, in: CHRIST UND WELT, 16. 10. 1964; RÜDIGER ALTMANN, Ist die CDU verbraucht?, in: DIE ZEIT, 11. 5. 1962 Zum Wandel der CDU in den 1960er Jahren vgl. BÖSCH, Die Adenauer-CDU, S. 339–418; BUCHHAAS, Die Volkspartei, S. 285–317.

<sup>241</sup> KLAUS HARPPRECHT, Wer kann die CDU retten?, in: CHRIST UND WELT, 20. 8. 1965.

<sup>242</sup> SCHUSTER, Parteien ohne Ideale?, 1961, Zitate S. 169, 170 und 171.

Felisch und der Schriftsteller Martin Walser unter der Leitung Eugen Gerstenmaiers unter der Überschrift *Geist – Stiefkind der Nation* allerdings mehr über den „Geist“ als „Stiefkind der CDU“ als der „Nation“; außerdem stritten sie über das Verhältnis von Intellektuellen, Politik und Macht.<sup>243</sup> Walter Jens charakterisierte dabei die CDU so, wie sie sich selbst partout nicht sehen wollte: als Partei des „Beharren[s], des „Rückblicken[s], des „Sich-Beschäftigen[s] mit den Errungenschaften von gestern“, des „Status quo“, des „keine Experimente“, des „melancholische[n] Rückblick[s] auf das christliche Abendland“. Demgegenüber blickte der Intellektuelle in die Zukunft, gehe Risiken ein, suche die Aktion und wage das Experiment.<sup>244</sup> Auch *Civis*, das Blatt des RCDS, gestaltete im gleichen Jahr ein Forum zum Thema „Die CDU und ihr Geist“, das auch in *Evangelische Verantwortung* in voller Länge abgedruckt wurde. Der Beitrag des Publizisten Johannes Gross fiel für die Partei wenig schmeichelhaft aus. Er konstatierte einen „Verlust an politischer Substanz“ ob der „Einkehr der Bundesrepublik in die Normalität“ und sah die CDU in einem „ideologische[n] Morast stecken, weil sie „keinesfalls reaktionär [..], sondern fortschrittlich, wenn auch auf konservative Weise“ sein wolle. Die CDU habe „Antworten auf Fragen, die keiner mehr stellt“.<sup>245</sup>

Die CDU schien die Kompetenz verloren zu haben, die Wirklichkeit, auf deren Boden sie zu stehen vorgab, begrifflich abbilden zu können. Wie Johannes Gross hielt Gerhard Stoltenberg, wenn auch in höflicherer Formulierung, dies seiner Partei 1964 vor: „[V]iele alte Formeln und Antworten der vierziger und fünfziger Jahre genügen nicht mehr im schnellen, im rasenden Wandel der Zeit, der Gesellschaft“.<sup>246</sup> Dieses Urteil war sicherlich weitsichtiger als das Arnold Gehlens, der sich in der Gerstenmaierschen Parteitags-Diskussionsrunde darüber echauffierte, dass „die Intellektuellen“ die „Massenmedien besetzten“ und den Konservativen mit aller Macht „die Sprache wegskamotiert[en]“.<sup>247</sup> Die Linken, die den Konservativen die Begriffe raubten – dieses Interpretament wurde zu einem festen Bestandteil konservativer Selbstbeschreibung der nächsten zwei Jahrzehnte. Doch wer auch immer für den Sprachverlust verantwortlich war: CDU und CSU benötigten eine neue politische Sprache.

<sup>243</sup> Vgl. Bundesparteitag der CDU 1964, S. 548–588.

<sup>244</sup> Ebd., S. 549–550.

<sup>245</sup> GROSS, Die CDU und ihre Scheinprobleme, 1964, Zitate S. 7–8. Ähnlich: JOHANNES GROSS, Die unmögliche CDU-Reform, in: DIE ZEIT, 8.6.1962; ders., Die CDU und ihre Lorbeerbaum, in: CHRIST UND WELT, 3.4.1964.

<sup>246</sup> Bundesparteitag der CDU 1964, Gerhard Stoltenberg, S. 478.

<sup>247</sup> Ebd., Arnold Gehlen, S. 576. Die Gedanken sind ausgeführt in GEHLEN, Über Sprachlosigkeit und Lüge, 1970.

### **3.3. „Wir schleppen Begriffe einer verlarvten Sprache mit uns herum“. Sprachverlust, Sprachkritik und Begriffsoffensiven in den 1960er und 1970er Jahren**

#### **3.3.1. Die Sprachlosigkeit der Union in den 1960er Jahren und eine Straußsche Begriffsoffensive**

Die Erosion ihrer sprachlichen Deutungshoheit trieb die Union in den 1960er Jahren um. Mit Ludwig Erhards Formel der *formierten Gesellschaft*, die dieser auf dem Bundesparteitag der CDU 1965 mit großem Applomb einföhrte, war dieses Problem sicherlich nicht gelöst – ganz im Gegenteil: Die „formierte Gesellschaft“ offenbarte die Sprachlosigkeit der Union in aller Deutlichkeit. Sie wurde, wie Hans Schuster in *Merkur* schrieb, zu einer „unerschöpfliche[n] Quelle des Rätselratens und Vergnügens“.<sup>1</sup> Kaum offensichtlicher hätte das Unvermögen der Union, sich in einer der Gegenwart angemessenen politischen Sprache ausdrücken zu können, zutage treten können. Der Sprachverlust forderte die Union seit den späten 1950er Jahren sehr grundlegend heraus.

Die *formierte Gesellschaft* war der Versuch, gesellschaftspolitische Deutungshoheit zurückzugewinnen. Erhard glaubte die Gesellschaft seiner Gegenwart auf dem Weg hin zu einer *formierten Gesellschaft*, einer Gesellschaft, die zwar durch Interessenpluralismus gekennzeichnet sei, der aber wiederum durch kooperatives, demokratisches Zusammenwirken aller in einem größeren Ganzen aufgehoben werde. Diese gesellschaftliche Einheit, hergestellt durch eine Bändigung des modernen Pluralismus, sollte den Staat stärken, vor allem aber die „organisierten Interessen“, sprich Verbände und Lobbygruppen, zurückdrängen, denen Erhard die Torpedierung seiner harmonischen Einheitsideen zuschrieb. Er wünschte sich – und vermeinte diesen Wunsch in der gesamten Gesellschaft zu spüren – eine „Stabilisierung der Lebensordnung und zugleich [...] eine sinnvoll gegliederte Gesellschaft [...], die dem einzelnen und der Gemeinschaft, wenn nicht überschaubar, so doch ein Gefühl der Geborgenheit gibt“. Eine solche Gesellschaft sollte sich mit „dem Staat“ zu einem „weitausgreifenden Fortschrittswillen ver einen und versöhnen“.<sup>2</sup>

Dementsprechend schlug Erhard die Gründung eines Deutschen Gemeinschaftswerks zur Finanzierung von „Gemeinschaftsaufgaben“ der öffentlichen Hand vor, um das Ungleichgewicht zwischen privatem und öffentlichem Wohlstand, das die SPD stetig anmahnte, zu beheben. Dazu sollte ein Sondervermögen aus den jährlichen Mehreinnahmen von Bund und Ländern, die durch die Steuerprogression anfielen, sowie durch Privatisierungserlöse gebildet werden.<sup>3</sup> Dieser Vorschlag tangierte das austarierte föderale System der Bundesrepublik freilich ganz elementar, genauso wie die Budgethoheit der Parlamente, und dass Erhard

<sup>1</sup> SCHUSTER, Bundesrepublik im Widerspruch, 1966, S. 508.

<sup>2</sup> Bundesparteitag der CDU 1965, S. 706–708.

<sup>3</sup> Vgl. ebd., S. 711–712.

auch noch eine „Reform der deutschen Demokratie“<sup>4</sup> anvisierte, machte die Einrichtung des Deutschen Gemeinschaftswerks zu einer verfassungspolitischen Angelegenheit ersten Ranges. Damit musste er in seiner eigenen Partei auf heftigen Widerstand stoßen, die in Konzeption und Ausarbeitung von *formierter Gesellschaft* und Gemeinschaftswerk an keiner Stelle einbezogen worden war, wie sich nicht zuletzt in der erregten Diskussion des Bundesvorstandes im Nachgang zum Parteitag zeigte, bei der Erhard – wie so oft – nicht anwesend war.<sup>5</sup> Zwar hatte das Parteipräsidium eine Erklärung veröffentlicht, die Erhards Konzept stützte, um im anstehenden Wahlkampf nicht den Eindruck zu erwecken, die Partei stehe nicht hinter ihrem Kanzler, doch wollten sich selbst die Präsidiumsmitglieder Adenauer und Gerstenmaier in der Bundesvorstandssitzung nicht mehr an ihre Zustimmung zu den „Siebzehn Thesen der CDU“ erinnern.<sup>6</sup> Diese kaprizierten sich auf das avisierte Gemeinschaftswerk, die Formel der *formierten Gesellschaft* war dagegen nicht aufgenommen worden.<sup>7</sup>

Das mochte auch damit zusammenhängen, dass sich selbst die CDU-Kollegen Erhards kaum Konkretes darunter vorstellen konnten. Eugen Gerstenmaier wusste nach eigenem Bekunden noch Monate nach dem Bundesparteitag nicht, „was ‚Formierte Gesellschaft‘ ist“ und Konrad Adenauer verstand, ebenfalls nach eigenem Bekunden, selbst nach intensiver Lektüre nicht, was das Deutsche Gemeinschaftswerk sein sollte.<sup>8</sup> Dabei war die Formel von der *formierten Gesellschaft* wohl bewusst offen angelegt gewesen, folgt man Rüdiger Altmann, ihrem spiritus rector. Der Publizist, geprägt von Carl Schmitt genauso wie von Rudolf Smend und Wolfgang Abendroth, gehörte dem engsten Beraterkreis Erhards an und verantwortete die verschiedenen Entwürfe in der Ausformulierung der Idee.<sup>9</sup> Altmann präsentierte die Formel geradezu als unergründlich und ob ihrer Unergründlichkeit elektrisierend. „Das Beunruhigende an der Formierten Gesellschaft kommt aus der scheinbaren Spannung zwischen der sprachlichen Transparenz des Wortes und seiner ideologischen Undurchsichtigkeit“. Die Formel umschließe „einen Hohlraum [...], in dem bestimmte Motive und Initiativen bereitgehalten werden. Daher die provozierende Neutralität des Wortes, der Verzicht auf ideologische Füllung, der Eindruck einer gewissen Leere und zugleich geschärften Oberflächlichkeit – nur ein Wort, so schwer, so leicht.“<sup>10</sup> Die Spitzenpolitiker der Union jedenfalls konnten dieser Art von Unergründlichkeit wenig abgewinnen. Von *Spiegel*-Journalisten gefragt, ob er die *formierte Gesellschaft* konkretisieren könne, wusste sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rainer Barzel nur noch zu helfen, indem er auf ein *Spiegel*-Interview Ludwig Erhards

<sup>4</sup> Ebd., S. 720.

<sup>5</sup> Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1961–1965, 21. 6. 1965, S. 965–974.

<sup>6</sup> Vgl. Siebzehn Thesen der CDU, in: UNION IN DEUTSCHLAND, 17. 6. 1965, S. 3 und 5; BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1961–1965, 21. 6. 1965, S. 971–972.

<sup>7</sup> Vgl. Siebzehn Thesen der CDU, in: UNION IN DEUTSCHLAND, 17. 6. 1965, S. 3 und 5.

<sup>8</sup> Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1961–1965, 21. 6. 1965, S. 971–972.

<sup>9</sup> Vgl. HILDEBRAND, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 162–164.

<sup>10</sup> ALTMANN, Die Formierte Gesellschaft, 1968, S. 28.

verwies, in dem dieser die Formel definiert hätte.<sup>11</sup> Dieses *Spiegel*-Interview allerdings offenbarte Erhards eigene Hilflosigkeit, wenn es darum ging, seiner Gesellschaftsbeschreibung konkretere Züge zu verleihen. Letzten Endes musste er zugeben, dass er nicht wusste, wie er „zum Beispiel vor 8000 oder 10 000 Menschen klarmachen“ konnte, „was eine Formierte Gesellschaft ist“. Das sei schon „vor zwei Leuten schwierig genug“, bemerkten die beiden *Spiegel*-Journalisten süffisant.<sup>12</sup>

Doch in erster Linie sorgte nicht die Verwaschenheit der Formel von der *formierten Gesellschaft* für Irritation, sondern ihre Semantik, die (ganz entgegen der Behauptung Altmanns) alles andere als „ideologisch undurchsichtig“ und „provokierend neutral“ war. Das Wort *formieren* entstammte der Sprache des Militärs und war im Zuge der Militarisierung der politischen Sprache zu einem charakteristischen Begriff der Nationalsozialisten geworden. Sprach Ludwig Erhard 1965 von der *formierten Gesellschaft*, angereichert mit Begriffen wie *Ordnung, Gliederung, Staat, Autorität, Willenseinheit, Volk, Nation* und nicht zuletzt *Gemeinschaft*, evozierte er die Semantik der nationalsozialistischen *Volksgemeinschaft*, selbst wenn er durch die Betonung demokratischer Grundsätze dem entgegenzusteuern suchte. Die beiden *Spiegel*-Journalisten, die Barzel im März 1966 interviewten, brachten dies auf den Punkt: Begriffe wie die *formierte Gesellschaft* würden „sehr schnell in Zusammenhang gebracht mit früheren Vorstellungen von der deutschen Volksgemeinschaft“.<sup>13</sup>

Um diese Bedeutungsschichten zu reaktivieren, musste der Begriff der *Volksgemeinschaft* gar nicht unbedingt fallen – aber er war im Hintergrund omnipräsent.<sup>14</sup> Wenn Karl Schiller in der Bundestagsdebatte, die auf Erhards Regierungserklärung als wiedergewählter Kanzler folgte, bemerkte, dass man bei der *formierten Gesellschaft* an „Strammstehen“ denke, „an Strammstehen nicht aufgrund von Befehl und Gesetz, nein Strammstehen aufgrund höherer Einsicht“, spielte er auf diese Bedeutungsschichten an.<sup>15</sup> Die SPD antwortete im Wahlkampfjahr mit dem wirtschaftspolitischen Konzept der „mündigen Gesellschaft“.<sup>16</sup> Besonders aber *Die Zeit* nutzte die Formel von der *formierten Gesellschaft*, um Erhard im Besonderen und die Union im Allgemeinen in eine antiliberale Ecke zu stellen. Sie druckte Heinrich Bölls Rede zur Eröffnung des Schauspielhauses in Wuppertal ab, in welcher der Schriftsteller die Rolle der Künstler und Intellektuellen in einer

<sup>11</sup> Vgl. Können Sie Bundeskanzler werden? Spiegel-Gespräch mit dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, Rainer Barzel, in: DER SPIEGEL, 28. 3. 1966.

<sup>12</sup> Von der bloßen Macht halte ich nicht viel. Spiegel-Gespräch mit Bundeskanzler Ludwig Erhard, in: DER SPIEGEL, 8. 9. 1965. Zu Erhards eigener Unsicherheit bzgl. des Begriffs vgl. auch HODENBERG, Konsens und Krise, S. 378–379.

<sup>13</sup> Können Sie Bundeskanzler werden? Spiegel-Gespräch mit dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, Rainer Barzel, in: DER SPIEGEL, 28. 3. 1966.

<sup>14</sup> Zum nationalsozialistischen Volksgemeinschafts-Begriff und seiner Wirkung vgl. u. a. STEBER und GOTTO, Visions of Community in Nazi Germany.

<sup>15</sup> Zitiert nach: Der Regenmacher, in: DER SPIEGEL, 9. 1. 1967.

<sup>16</sup> Vgl. dazu SCHANETZKY, Die große Ernüchterung, S. 143–145; GREBING, Ideengeschichte des Sozialismus, S. 465–467.

freien Gesellschaft geradezu als das Gegenteil von Erhards harmonischem Gesellschaftideal beschrieb:

Ihre [der Kunst] Last ist, dass sie Freiheit nur hat [...], wenn das von ihr erst geordnete und geformte (was gleichbedeutend ist mit: erst in Unordnung gebrachte und reformierte) Material erkannt wird: ja, geordnet und geformt, in Unordnung gebracht oder deformiert – nicht eingeordnet und formiert. Das ist es, was die Gesellschaft mit ihr unternimmt: einordnen, formieren in die Marschordnungen der freien Marktwirtschaft hinein – die Freiheit zu Freiheiten zerstückereln.<sup>17</sup>

Einen Angriff auf die Freiheit der Kunst warfen die Künstler Ludwig Erhard dabei nicht zu Unrecht vor in diesem Sommer 1965, in dem Erhard mit unflätigster Kritik an den Intellektuellen, die sich für die SPD engagierten, nicht gespart und sich zu der Warnung vor „Entartungerscheinungen“ in Kunst und Literatur versteigern hatte. Die als „Pinscher“, „Banausen“ und „Nichtsköninger“ Beschimpften sahen die Freiheit der Kunst bedroht und die Union als Heimat des Anti-Intellektualismus.<sup>18</sup>

Der Vorwurf des Antiliberalismus war mit dem Begriff der *formierten Gesellschaft* fortan eng verbunden und konnte in den unterschiedlichsten Kontexten aktiviert werden. So berichtete die *Zeit* über die Probleme männlicher Jugendlicher, die sich die Frisuren der Beatles zum Vorbild nahmen und dafür Spott und Prügel ernteten, weil sie sich „außerhalb der kurzaarig formierten Gesellschaft“ stellten.<sup>19</sup> Wiederum wurde auf die Exklusions-Logik des Volksgemeinschaftsbegriffs anspielt. Den politisch aber gewichtigsten Angriff formulierte die FPD-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher in der *Zeit* im September 1966 – und auch sie nutzte das Signalwort der *Formierung* zur semantischen Untermauerung ihrer Thesen. Ihre *Gedanken zur Zukunft des Liberalismus in Deutschland* entfalteten ihre Kraft nämlich vor dem Zerrbild einer von der Union geformten, antiliberalen Gegenwart. Sie knüpfte damit freilich auch an die Selbstbeschreibung der Union an, in der, wie wir gesehen haben, der Begriff des *Liberalismus* als Gegenbegriff fungierte – eine semantische Abgrenzungsstrategie, die zum Verdruss vieler noch Mitte der 1960er Jahre auf dem katholischen Arbeitnehmerflügel kultiviert wurde.<sup>20</sup> „In den einundzwanzig Jahren der Nachkriegszeit“, so argumentierte Hamm-Brücher nun,

haben sich hinter klug konstruierten demokratischen Fassaden, abgeschirmt und unterstützt von einer diesmal als ‚christlich‘ deklarierten erzkonservativen Mehrheit, aufs neue die Grundstrukturen, die Denk- und Verhaltensweisen einer obrigkeitstaatlichen, einer illiberalen Gesellschaft ‚formiert‘. [...] Die gesellschaftspolitische Verewigung des 19. Jahrhunderts, die Restaura-

<sup>17</sup> Heinrich Böll, Die Kunst muss zu weit gehen, in: DIE ZEIT, 30. 9. 1966. Zum Presseecho vgl. SCHOTT, Die formierte Gesellschaft und das deutsche Gemeinschaftswerk, S. 177–184.

<sup>18</sup> Vgl. Im Stil der Zeit, in: DER SPIEGEL, 21. 7. 1965.

<sup>19</sup> Zeitspiegel, in: DIE ZEIT, 2. 9. 1966.

<sup>20</sup> Vgl. z. B. ALFRED RAPP, Kolpingsöhne und Neoliberalen, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 24. 2. 1966; ULRICH FRANK-PLANITZ, Gralshüter des hohen C, in: CHRIST UND WELT, 4. 3. 1966; ROLF ZUNDEL, Wie christlich ist die Union? Anmerkungen zum Streit um das „hohe C“, in: DIE ZEIT, 29. 4. 1966; ULRICH FRANK-PLANITZ, Selbstauflösung der Union, in: CHRIST UND WELT, 16. 9. 1966.

tion einer scheinbar paradiesischen Ordnung sind es, die verhindern, dass sich die Postulate unserer Verfassung im Zusammenleben der Bürger glaubhaft verwirklichen lassen.<sup>21</sup>

Warf Hamm-Brücher der Union zwar vor, die Liberalisierung der Gesellschaft nicht voranzutreiben, so zieh sie CDU und CSU nicht des Antidemokratismus. Solche Vorwürfe erhab die Neue Linke, die die Formel von der *formierten Gesellschaft* als „faschistisch“ bezeichnete.<sup>22</sup>

Der in der Union lange als *Liberaler* beargwöhnte Erhard, hatte mithin ein gut Deut dazu beigetragen, dass seine Partei Mitte der 1960er Jahre als antiliberal kodiert werden konnte. Die Episode der *formierten Gesellschaft*, die eine – wenn auch intensive – Episode bleiben sollte, erwies augenfällig, dass die ordoliberalen Sprache der 1950er Jahre die Situation der 1960er Jahre nicht mehr einfangen konnte. Das „universalistisch, utopisch und integrativ angelegte soziale Denken [...] im deutschen Konservati[vi]smus“ war an sein Ende gekommen.<sup>23</sup> Die kritische Öffentlichkeit, die sich seitdem entwickelt hat, wollte sich nicht mehr staatlicherseits ordnen lassen, der demokratische Pluralismus wurde als Chance und nicht als Gefahr begriffen und alle Schwärmereien von Integration in nationaler Einheit wurden als grundsätzlich suspekt bewertet.<sup>24</sup> Erhard hatte, so Lutz Köllner wiederum in der *Zeit*, „in seltenem politischen Anachronismus sein eigenes Werk“ überlebt.<sup>25</sup> Ein Mann, der in der Sprache der Nachkriegszeit sprach, wurde in den 1960er Jahren nicht mehr verstanden.

Wenige hatten dies so scharfsichtig erkannt wie Bruno Heck. Seit Juni 1966 Generalsekretär der CDU, war Heck die treibende Kraft hinter dem Programmprozess, der schließlich in die Verabschiedung des *Berliner Programms* 1968 mündete. Denn nach der für die erfolgsverwöhlte CDU mit schmerhaften Verlusten verbundenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Juli 1966 schien die Notwendigkeit, sich innerhalb der Partei über das Grundsätzliche zu verständigen und die Ergebnisse auch zu formulieren, umso notwendiger.<sup>26</sup> Selbst Adenauer sperrte sich nicht mehr dagegen. Heck verfolgte dabei einen dialogischen Ansatz, davon überzeugt, dass die Parteien in der Demokratie als „stets offene Foren der Aussprache“ zu fungieren hätten, um so die „Beteiligung des einzelnen am Staat zu sichern, dem einzelnen seine Freiheit zu wahren und zugleich dem Staat Autorität zu geben“.<sup>27</sup> Die Überzeugung, dass Dissens für eine demokratische Gesellschaft konstitutiv und zugleich produktiv sei, hielt auch in den Unionsparteien Einzug. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte organisierte die CDU einen Diskus-

<sup>21</sup> HILDEGARD HAMM-BRÜCHER, Kann die FDP überleben?, in: DIE ZEIT, 9.9.1966.

<sup>22</sup> Vgl. HILDEBRAND, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 169.

<sup>23</sup> NOLTE, Die Ordnung, S. 389; vgl. auch die Analyse bei HASELBACH, Autoritärer Liberalismus und soziale Marktwirtschaft, S. 225–230.

<sup>24</sup> Vgl. HODENBERG, Konsens und Krise, S. 372–380.

<sup>25</sup> LUTZ KÖLLNER, Ist Erhard eine tragische Figur? Das Ende der Nachkriegszeit, in: DIE ZEIT, 18.3.1966.

<sup>26</sup> Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandspunkt 1965–1969, 11.7.1966, S. 196–259; das Präsidium hatte sich bereits kurz zuvor damit beschäftigt, „wie ein Programm für die kommenden Jahre entwickelt werden kann“ und dementsprechende Schritte eingeleitet, vgl. ebd., S. 259.

<sup>27</sup> Bundesparteitag der CDU 1968, S. 58.

sionsprozess, der alle Ebenen der Partei integrierte, und auf dem Berliner Parteitag 1968, als das *Aktionsprogramm* diskutiert und dann verabschiedet wurde, auch per Antragsverfahren zu Wort kommen ließ.

Heck war sich der Bedeutung seines Vorhabens bewusst. Sein Ziel war es, die Union zukunftsfähig zu machen – und dazu bedurfte es einer neuen Sprache, wie er 1968 in Berlin erklärte:

Auch die Sprache der Politik wandelt sich. Meine Freunde, wir schleppen Begriffe einer verlarvten Sprache mit uns herum, die nicht mehr verstanden werden; sie sagen nichts mehr und erwecken eher den Eindruck, als spiele sich hinter ihren Masken weiß Gott was ab. Wir brauchen für unsere veränderten Verhältnisse auch eine Sprache, die unverbraucht ist, eine Sprache, die unter die Haut geht. Das Volk muss uns verstehen und wir das Volk.<sup>28</sup>

Hecks Sprachsensibilität rührte wohl aus seinem Latein- und Germanistikstudium; 1946 hatte er für den Klett-Verlag eine Sallust- und Cicero-Übersetzung besorgt.<sup>29</sup> In einer Zeit, in der es seiner Überzeugung nach „kaum noch Wahrheiten gibt, die unangefochten geglaubt werden [...] und kaum noch Institutionen [...], deren Autorität nicht angezweifelt“<sup>30</sup> werde, wurde Heck seit den mittleren 1960er Jahren nicht müde, seine Partei an die Bedeutung ihrer politischen Sprache zu erinnern. Eine ähnliche Thematisierung der politischen Sprache, ein ähnliches Maß an sprachsensibler Selbstreflexion war in der Conservative Party der 1960er Jahre nicht zu finden.

Dass das *Berliner Programm* der CDU, das für Jahre gelten sollte, allerdings bereits im Jahr nach dem Machtverlust im Bund einer Revision bedurfte, damit hatte Heck wohl nicht gerechnet. Dabei zeugten die kaum enden wollenden Programmdiskussionen, die immer wieder neu eingesetzten Kommissionen und Arbeitsgruppen, die intensiven Debatten in den verschiedensten Gremien der Partei, die die CDU die gesamten 1970er Jahre hindurch begleiten sollten,<sup>31</sup> doch gerade von der beständigen Arbeit an der Sprache – und ihrer Notwendigkeit. Dass es mit einer einmaligen Formulierung nicht getan war, wurde nicht allein durch den Regierungswechsel 1969 klar, der die Union in die ihr unbekannte Oppositionsrolle drängte, sondern vor allem durch ihre eigene innere Zerrissenheit. Die innerparteilichen Bruchstellen hatten sich gegenüber den frühen 1960er Jahren verschoben: Nicht mehr konfessionelle Gegensätze definierten vorrangig Flügelzugehörigkeiten, vielmehr entschied Ende der 1960er Jahre einerseits die Haltung zu betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung und andererseits die Haltung gegenüber der sozialliberalen „neuen Ostpolitik“ über den Standort in der Partei. Mit der die Bundesrepublik über ein Jahrzehnt in Atem haltenden Debatte um die „Mitbestimmung“ verbanden sich sehr unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzepte und gesellschaftspolitische Entwürfe, um die in der Union erbittert gerungen wurde, und die „neue Ostpolitik“ trieb vor allem auch einen Keil zwischen CDU und

<sup>28</sup> Ebd., S. 56.

<sup>29</sup> Vgl. GAUGER und LINGEN, Bruno Heck.

<sup>30</sup> HECK, Nachdenken über die Rebellion, 1974, S. 172.

<sup>31</sup> Vgl. BÖSCH, Macht und Machtverlust, S. 29–44.

CSU.<sup>32</sup> In den Programmdebatten mussten sich die Parteiflügel auf eine allseits akzeptierte Sprachregelung einigen – und diese dann nach außen vertreten.

Mit Manfred Wörner sprach keineswegs zufällig ein Politiker der jungen Generation und ein Ziehsohn Bruno Hecks offen das Schlüsselproblem des *Berliner Programms* an: Es sparte die kontroversen Fragen einfach aus.<sup>33</sup> Die „Sprache des Berliner Programms“ hätten viele im Wahlkampf eben nicht gesprochen, so monierte Wörner, eine Sprache des Kompromisses, die nach Verabschiedung des Programms von den beiden Parteiflügeln schnell ad acta gelegt worden sei. „Und daher röhrt es auch, dass draußen nicht zu Unrecht der Eindruck entstehen musste, dass diese Partei nicht mit einer Sprache spricht.“ Wörners Rezept zur Behebung dieser Malaise lautete: innerparteiliche Streitkultur. Denn die CDU, so prophezeite der junge Geschäftsführende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, werde es

nicht schaffen, eine klare und verbindliche Sprache nach außen zu sprechen und eine überzeugende Sprache, wenn wir nicht auch den Mut finden, einmal hier in diesem Kreise dann abzustimmen und dann auch notfalls eine Minderheit zu überstimmen. [...] Offenheit für das Komende, Mut zur risikoreichen Entscheidung, das sollten die Kennzeichen unserer Politik sein.<sup>34</sup>

Dies galt auch für die Art und Weise, wie innerhalb der Union Politik gemacht wurde.

Die selbstkritische Thematisierung ihrer eigenen politischen Sprache setzte, wie wir gesehen haben, in der Union bereits in den frühen 1960er Jahren ein und wurde 1968/69 wieder aufgegriffen. Dabei zielten die Initiativen stets auf die Neuformulierung der Begriffswelten der Partei und dies immer angetrieben durch den Verdacht, dass diese dem allgemeinen Sprachwandel hinterherhinkten, sowie dem unbedingten Wollen, dies zu ändern, um die CDU zukunftsfähig zu halten. Die Union hatte sich der Sprache der Gegenwart anzupassen, nicht die Sprache der Gegenwart der der Union, so die Logik des Arguments.

Dieses Argument stellte kein anderer als Franz Josef Strauß 1968 von den Beinen auf den Kopf. Und nicht zufällig drehte sich dabei alles um den Konservatismusbegriff – dieses für die Union so schwierige Wort. Auch die CSU beschäftigte sich im Jahr 1968 mit der Formulierung eines Parteiprogramms – sie verabschiedete schließlich ein *Grundsatzprogramm* und nicht nur ein *Aktionsprogramm*, wie dies ihre Schwesterpartei tat. Während in der CDU alle Diskussionen um die Formulierung der Passagen, die die grundsätzliche Orientierung der Partei zum Ausdruck bringen sollten, von der Parteführung im Keim ersticket wurden (und dadurch Konfliktlinien ungeklärt blieben),<sup>35</sup> ließ die CSU-Führung eine ausführliche Diskussion auf ihrem Landesparteitag im Dezember 1968 zu. Diese entfaltete sich um die Formulierung, die CSU sei eine *konservative* Partei.

<sup>32</sup> Vgl. GRAU, Gegen den Strom; GRANIERI, Odd man out?; LINK, Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik; SÜSS, Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder in der Reformära.

<sup>33</sup> Vgl. BÖSCH, Macht und Machtverlust, S. 30–31.

<sup>34</sup> Bundesparteitag der CDU 1969, S. 80–81.

<sup>35</sup> Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, 20. 9. 1968, S. 1092–1095.

Die Bedenken gegenüber der Aufnahme des Begriffs waren bekannt: „Man vermeint, konservativ wäre rückschrittlich, restaurativ, überaltert, überholt“, was der Intention des Programms widerspreche, das „fortschrittlich und zukunftsweisend“ sein wollte.<sup>36</sup> In der stundenlangen Debatte wurden alle Bedeutungsschichten des Konservatismusbegriffs, wie er in der politischen Sprache der Bundesrepublik in den 1960er Jahren gängig war, aufgefächert: *Konservativ* gelte als Gegenbegriff zu *fortschrittlich* und evoziere zudem die verhängnisvolle Tradition des deutschen Konservatismus.

Und weil wir wissen, dass dieses Wort ‚konservativ‘ in der Auffassung Deutschlands auch heute noch so geprägt ist, darum meinen wir, wir sollten hier ein Missverständnis vermeiden, nämlich das Missverständnis, dass wir uns hier in einer Form festlegen, wie das nicht gewollt ist,

argumentierte der Bundestagsabgeordnete Walter Althammer. Viele CSU-Mitglieder verspürten kein gesondertes Bedürfnis danach, sich „mit diesem festgelegten Wort [...] abstempeln“ zu lassen.<sup>37</sup> Denn in den fortschritts- und zukunftsorientierten 1960er Jahren wollten viele in der CSU politisch Aktive ihre Politik gerade nicht als *konservativ* verstanden wissen. Der junge Alois Glück sah einen „Widerspruch zwischen der Fortschriftlichkeit der Politik der CSU und dem Ausdruck ‚konservative Kraft‘“ und dies zumal als das Parteiprogramm die Modernität der CSU zum Ausdruck bringen sollte.<sup>38</sup> Allerdings bekräftigten auch jene Parteitagsdelegierten, die sich gegen eine Aufnahme des Begriffs in das *Grundsatzzprogramm* stemmten, dass sie gegen eine Haltung des Respekts vor dem Überkommenen nichts einzuwenden hätten, vielmehr glaubten auch sie im „Bewahren-Wollen“ des Guten einen Grundzug der CSU zu erkennen. Dies mochte aber nun den Befürwortern des Wörtchens *konservativ* nicht einleuchten, zumal hinter mehr oder weniger vorgehaltener Hand die Aussage: „Wir sind zwar alle konservativ, aber wir sagen es besser nicht“, die Runde machte.<sup>39</sup>

Für Franz Josef Strauß, auf dessen persönliche Initiative der Begriff *konservativ* wieder in den Antragsentwurf eingefügt worden war, obwohl sich der zuständige Parteitags-Arbeitskreis, wenn auch mit knapper Mehrheit, dagegen ausgesprochen hatte, hatte die Diskussion daher etwas „Gespenstische[s]“, das sich darin ausdrückte,

dass wir in der Sache das gleiche wollen, auch das gleiche denken, dass es hier nicht den geringssten Unterschied gibt, dass wir aber Angst vor der magischen Weiterwirkung von Begriffen der Vergangenheit haben, denen wir glauben keine moderne Sinnkraft geben zu können: Das heißt, wir kapitulieren vor uns selber.<sup>40</sup>

Während der Augsburger CSU-Stadtrat Erich Maiberger seinen Parteivorsitzenden „als Philologen“ daran erinnert hatte, dass auch die CSU nicht „über die Sprache [...] verfügen“ könne, dass auch die CSU nicht „über die Sprache [...] beschließen“ könne, dass sich die „Sprache entwickel[e] und [...] einen Bedeu-

<sup>36</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19681214, Parteitag der CSU, 14. 12. 1968, Gerhard Wacher, S. 24.

<sup>37</sup> Ebd., S. 27.

<sup>38</sup> Ebd., S. 29.

<sup>39</sup> Ebd., S. 24.

<sup>40</sup> Ebd., S. 31.

tungswandel“ zeige, dass also „heute [...] ,konservativ‘ nicht das [bedeutet], was wir gern sagen möchten“,<sup>41</sup> war Strauß anderer Meinung. Er traute der CSU durchaus zu, begriffsprägend zu wirken:

Wenn wir, die Christlich-Soziale Union, als eine politische Partei uns expressis verbis dazu bekennen, wissenschaftliche Erkenntnisse in pragmatisches Handeln umzusetzen, dann haben wir auch die Kraft, dem Begriff ‚konservativ‘ eine neue Deutung zu geben.

Die Union sollte also sprachprägend wirken, den Sprachwandel mittels moderner Erkenntnisse steuern. Beim Begriff *konservativ* traute Strauß das sich und der CSU offensichtlich zu, beim Begriff *liberal* dagegen weniger. Denn dieser sei „missbraucht und zum Teil verbraucht“ und eigne sich daher nicht für das *Grundsatzprogramm*, zum Bedauern von Strauß, wie er betonte: „Ich möchte von mir persönlich behaupten, dass ich konservativ und liberal bin.“ Und genau dieses Mischungsverhältnis suchte Strauß nun in seiner Begriffsbestimmung von *konservativ* auszudrücken. Er fuhr fort:

Wir sollen aber in Zukunft den Begriff ‚konservativ‘ so denken, formulieren und anwenden, dass konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren, dass konservativ heißt, das was am überkommenen Erbe erhaltenswert und gut ist, zu erhalten [.....], dass konservativ aber auch heißt, ständig neue Werte zu schaffen, die der Konservierung wert sind, und damit die Kontinuität zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu schaffen.<sup>42</sup>

Strauß integrierte mehrere Komponenten in seinen Konservatismusbegriff: Ersstens lotete er die Zeitdimensionen aus, zweitens band er den in den 1960er Jahren omnipräsenen Fortschrittsbegriff in das semantische Netz um *Konservatismus* ein, drittens konzipierte er Wandel als aus dem Guten des Vergangenen schöpfend, und viertens rekurrierte er auf den eingeführten Begriff der *Werte* als dem zu Erhaltenden und zu Schützenden. Dabei verlieh er ihm eine zukunftsweisende Schlagseite, wenn er betonte, dass neue Werte „geschaffen“ werden sollten, die in der Zukunft zu erhalten seien. Damit kam er einerseits sicherlich den innerparteilichen Kritikern seiner Sprachpolitik in Sachen Konservatismus entgegen, die mit *Fortschritt* auch den endgültigen Abschied von überkommenen Formen verbanden. „In dem Wort ‚christlich‘, so erinnerte Maiberger etwa Strauß an den dominierenden Selbstbeschreibungsbegriff der Union, ‚steckt nicht nur drin, dass wir bewahren, in dem Wort ‚christlich‘ steckt drin, dass wir unerhört revolutionär sind‘.“<sup>43</sup>

Andererseits legte diese Definition Strauß’ Nähe zu Armin Mohler offen. Das Schaffen neuer Werte, die der Konservierung wert sind – diese Formel gehörte zu den Charakteristika der neuen Rechten der Weimarer Republik, die von Armin Mohler in die Bundesrepublik getragen wurden. In Strauß vermutete Mohler in den 1960er Jahren die größte politische Hoffnung des rechten Lagers, die Inkarnation eines gaullistischen Führers, der eine rechte, nationalrevolutionäre Massenbewegung anzuführen imstande schien.<sup>44</sup> Strauß wiederum honorierte Moh-

<sup>41</sup> Ebd., S. 28.

<sup>42</sup> Ebd., S. 32.

<sup>43</sup> Ebd., S. 28.

<sup>44</sup> Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 135–139, 156–157.

lers publizistische Unterstützung während der *Spiegel*-Affäre, dessen Einsatz in der Auseinandersetzung mit der Linken und seine gaullistische Positionierung.<sup>45</sup> Anonym verfasste Mohler die Einleitung zu einer von der CSU in Auftrag gegebenen Apologie zur *Spiegel*-Affäre,<sup>46</sup> unter dem Pseudonym Nepomuk Vogel schrieb Mohler regelmäßig für den *Bayernkurier*,<sup>47</sup> sprang auch sonst publizistisch für Strauß in die Bresche,<sup>48</sup> und seinen jungen Intimus Marcel Hepp (geb. 1936), den Bruder Robert Hepps,<sup>49</sup> hatte er 1965 als Persönlichen Referenten an Strauß vermittelt. Hepp führte bis zu seinem frühen Tod 1970 das Persönliche Büro von Strauß und verantwortete seit 1967 als Geschäftsführender Herausgeber den *Bayernkurier*.<sup>50</sup> Er wiederum brachte Mohler 1967 für die Position des Akademiedirektors der Hanns-Seidel-Stiftung ins Gespräch, wobei der Vorstoß ins Leere lief.<sup>51</sup> Darüber hinaus gehörte Mohler zu dem Kreis um die *Demokratisch-Konservative Korrespondenz*, einen von 1964 bis 1970 bestehenden Presseinformationsdienst, welcher (bis 1966 zu einem Gutteil von der CSU finanziert) der angeblich linken Übermacht in den Medien trotzen wollte und als Strauß-sches Sprachrohr galt.<sup>52</sup> Die von Mohler geführte Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung, die dieser zu einem rechten Think-Tank ausbaute, hatte ihren Sitz in München, so dass die Wege in die CSU-Zentrale kurz waren.<sup>53</sup> Allerdings ent-

<sup>45</sup> Vgl. ACSP, NL Strauß PV : 5303, Franz Josef Strauß an Armin Mohler, 23. 6. 1965; ebd. 5314, Franz Josef Strauß an Armin Mohler, 1. 4. 1966; ebd. Fam : 564, Armin Mohler an Franz Josef Strauß, 30. 3. 1974, handschriftliche Randnotiz von Strauß zu den persönlichen Vorwürfen Mohlers: „Vieles darin stimmt nicht, besonders dass die Kampagne gegen A.M. [Armin Mohler] u[nd] EF [Emil Franzel] mit mir im Zusammenhang steht. Ich habe mehrmals so heftig f[ür] beide (EF auch finanziell) mich eingesetzt, dass ich die größten Unverträglichkeiten mit A[lfons] Goppel u[nd] L[udwig] Huber in Kauf nehmen musste.“ Zur *Spiegel*-Affäre vgl. DOERRY, Die SPIEGEL-Affäre; zu ihrer Bedeutung für die CSU SCHLEMMER, „Wer hat Angst vom schwarzen Mann?“; zur intellektuellen geschichtlichen Bedeutung vgl. LIEHR, Von der Aktion gegen den Spiegel zur *Spiegel*-Affäre.

<sup>46</sup> Vgl. Studiengesellschaft für Staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit, Apropos Strauß, 1965. Zur Verfasserschaft Mohlers vgl. MOHLER, Carl Schmitt – Briefwechsel, 1995, Nr. 313, Armin Mohler an Carl Schmitt, 13. 8. 1965, S. 353–353, FN 427; die „Dokumentation“ hatte Enno von Loewenstein verfasst, vgl. ACSP, NL Strauß, Fam 796, Enno von Loewenstein an Franz Josef Strauß, 13. 4. 1965.

<sup>47</sup> Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 160; MOHLER, Carl Schmitt – Briefwechsel, 1995, Nr. 343, Carl Schmitt an Armin Mohler, o. D., S. 382–383, FN 460.

<sup>48</sup> Vgl. z. B. ARMIN MOHLER, Franz Josef Strauß – Urbayer und Europäer, in: DIE WELT, 30. 11. 1966.

<sup>49</sup> Siehe S. 161.

<sup>50</sup> Vgl. MOHLER, Carl Schmitt – Briefwechsel, 1995, Nr. 305, Armin Mohler an Carl Schmitt, 22. 4. 1965, S. 345; zu Marcel Hepp vgl. Gestorben: Marcel Hepp, in: DER SPIEGEL, 19. 10. 1970; WEISSMANN, Armin Mohler, S. 129, 138, 165; MOHLER, Erinnerung an einen Freund, 1974; HEPP, Der Atomsperervertrag, 1968.

<sup>51</sup> ACSP, NL Strauß, Fam 782, Vertraulicher Aktenvermerk, Marcel Hepp, 31. 8. 1967.

<sup>52</sup> Vgl. ebd., Büro PV 5303, Franz Josef Strauß an Armin Mohler, 23. 6. 1965; ebd., 5857, Marcel Hepp an Wolfgang Pohle, 25. 3. 1966; ebd. 5858, Pressa Korrespondenz-Verlagsgesellschaft, Erich Maier an Franz Josef Strauß, 3. 2. 1966. Vgl. dazu S. 295–296.

<sup>53</sup> Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 119, 165–167; zum rechtskonservativen institutionellen Geflecht in Bayern vgl. WILLMS, Armin Mohler, der allerdings mit einem undifferenzierten Neofaschismus-Begriff arbeitet.

täuschte Strauß Mohlers Erwartungen Anfang der 1970er Jahre: deutschlandpolitisch, weltpolitisch, im Kampf gegen die Linke, wie auch persönlich. Mohler hatte sich als Anerkennung seines Einsatzes für Strauß einen Lehrstuhl für politische Wissenschaften in Bayern erhofft und war bitter enttäuscht worden.<sup>54</sup> Dass sich Strauß Ende der 1960er Jahre vom entschiedenen Gaullisten zum überzeugten Atlantiker entwickelte, tat sein Übriges.<sup>55</sup> Strauß wollte die „rochinesische Karte“ partout nicht spielen, wie Mohler im Rückblick frustriert bemerkte. „Strauß hat immer gesagt: Ihre Argumente mögen richtig sein, aber bringt das 50 Prozent? – Das hat mich genervt“.<sup>56</sup> Die liberale Demokratie mochte Strauß nicht infrage stellen, das trennte ihn von Mohler, der sich entschieden gegen diese positionierte und autoritäre Lösungen bevorzugte.

Die Einflüsse Mohlers fanden aber ihren Niederschlag in Strauß' Konservatismusverständnis, wie er es 1968 formulierte. Allerdings griffe es zu kurz, dieses allein auf Einflüsse der Neuen Rechten zurückzuführen. Strauß ließ sich von den rechten Kreisen um Mohler nicht vereinnahmen. Denn der Konservatismusbegriff war in der CSU, wie oben dargestellt, an der Wende zu den 1960er Jahren bereits durch Hanns Seidel profiliert worden und zwar in einem Sinne, der Strauß' Überzeugung von der Verschmelzung liberaler und konservativer Vorstellungen entsprach. Strauß, der seit der frühen Nachkriegszeit zum liberalen Flügel der Partei gehört hatte, rief diese Prägung den Parteitagsdelegierten 1968 denn auch in Erinnerung, wenn er auf Josef Müllers Einfluss auf die programmatiche Entwicklung der CSU verwies. Die „Verbindung liberal und konservativ“ habe bereits in den Gründungsjahren der CSU ein festes Fundament gegeben.<sup>57</sup> Liberal bezog sich in Strauß' Vokabular demnach auf das Selbstverständnis der Parteireformer um Müller und Seidel, die Abschied von der Bayerischen Volkspartei und damit einer ausschließlich katholischen, das Bayerische als Gegensatz zum Reich profilierenden Partei genommen hatten. Sie erkannten die Bundesrepublik als westliche Demokratie an und stützten zudem die ordoliberalen Konzepte.<sup>58</sup> Dabei hielt Strauß am Begriff des *Christlichen* fest, relativierte ihn aber in derselben Weise, wie er das schon 1961 als neugewählter Parteivorsitzender getan hatte:

Die Substanz unserer Politik muss den Geist des Christlichen atmen, aber nicht die Reden unserer Politiker immer von ‚christlich‘ tropfen. [...] Wir bleiben eine Weltanschauungspartei, aber eine Weltanschauungspartei, die in dieser Welt mit pragmatischen Methoden den unverzichtbaren Gehalt ihrer weltanschaulichen Forderungen durchsetzen muss.

Gleichzeitig stärkte er diejenigen Bedeutungspotenziale des Begriffs, die ihn eng mit dem semantischen Netz um *konservativ* verschränkten: „Wir stehen auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes, wir stehen auf dem Boden der abendländischen Tradition, wir stehen auf dem Boden der europäischen Tradition“, proklam-

<sup>54</sup> Vgl. ACSP, NL Strauß, Büro PV 6920, Armin Mohler an Franz Josef Strauß, 19.2.1970; Fam 564, Armin Mohler an Franz Josef Strauß, 30.3.1974.

<sup>55</sup> Vgl. HOERES, Reise nach Amerika, S. 74–75.

<sup>56</sup> Geistig stramm sein (Interview mit Armin Mohler), 1987, S. 203.

<sup>57</sup> Vgl. ACSP, Parteitagsprotokolle, 1968/12/14, Parteitag der CSU, 14.12.1968, S. 93.

<sup>58</sup> Vgl. SCHLEMMER, Aufbruch, Krise und Erneuerung.

mierte Strauß in charakteristischem Stakkato.<sup>59</sup> Dieser Strategie entsprach auch Strauß' Kompromissvorschlag für das *Grundsatzprogramm*: „Die CSU ist auch eine konservative Kraft“. Was die CSU neben *konservativ* denn *auch* noch sein sollte, darüber wunderte sich mancher, denn das Programm buchstabierte dies schließlich nicht aus.<sup>60</sup> Marcel Hepps Leitartikel im folgenden *Bayernkurier* jedenfalls sparte die christliche Grundlegung aus und profilierte *konservativ* statt dessen als gegen die Linke gerichteten, antirevolutionären Kampfbegriff.<sup>61</sup>

Die auf Strauß folgenden Redner auf dem Parteitag 1968 nahmen dessen Aufruf, neue Werte zu schaffen, nicht auf – offensichtlich lag diese Idee den etablierten Narrativen der Zeitlichkeit in der Partei fern. Stattdessen wurde mal um mal betont, dass es eine christliche Aufgabe sei, die Werte der Vergangenheit, „das Bleibende und Unvergängliche im Menschen“ als „Ebenbild Gottes“,<sup>62</sup> so Richard Jaeger, zu bewahren und dies zumal in einem „Zeitalter des Fortschritts und der Bewegung“, wie Fritz Pirkl hinzusetzte. Genau das verstand Pirkl unter einem „echten Konservatismus“, den er von einem „Konservatismus der Formen“ unterschied.<sup>63</sup> Ganz in Kontinuität zu den Begriffsdefinitionen, die sich seit den späten 1940er Jahren herausgebildet hatten, lag der Schwerpunkt des sich herausschälen Konservatismusbegriffs in der CSU 1968 auf der Kontinuität der Zeitdimensionen. Ein Bruch mit der Vergangenheit, um Neues zu schaffen, das der Konserverierung wert war, wie es Strauß' Bemerkung implizierte, stellte dieses Prinzip in Frage und wurde folgerichtig nicht aufgenommen.

Genauso war den Journalisten, die vom Parteitag berichteten, Strauß' Anknüpfung an die ‚konservative Revolution‘ entgangen.<sup>64</sup> Vielmehr konzentrierten sich diese unisono auf seine offensive Integration des Fortschrittsbegriffs – und ließen alle Qualifizierungen unter den Tisch fallen. Als „Konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren“ ging dieses verkürzte Strauß-Zitat in die bundesrepublikanische Welt politischer Aphorismen ein – nicht zuletzt unter zielgerichtetem Zutun seines Schöpfers – und wird bis heute gerne in allen möglichen Kontexten verwendet. Tatsächlich war Strauß' Definition um einiges komplexer und schloss an die seit den späten 1940er Jahren entwickelten Bedeutungshorizonte des Begriffs an. Vergleicht man seine Definition mit dem in der Conservative Party in diesen Jahren gängigen, sehr ähnlichen Konservatismusbegriff, wird vollends deutlich, dass Strauß auf dem Parteitag im bewegten Jahr 1968 keine Neuschöpfung vorstellte, sondern die Begriffsentwicklung konsequent – und sehr be-

<sup>59</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19681214, Parteitag der CSU, 14. 12. 1968, S. 102.

<sup>60</sup> Vgl. CSU als „konservative Kraft“, in: DIE ZEIT, 20. 12. 1968.

<sup>61</sup> Vgl. MARCEL HEPP, Für Gesetz und Ordnung, in: BAYERNKURIER, 21. 12. 1968.

<sup>62</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19681214, Parteitag der CSU, 14. 12. 1968, S. 43.

<sup>63</sup> Ebd., S. 44.

<sup>64</sup> Vgl. CSU als „konservative Kraft“, in: DIE ZEIT, 20. 12. 1968, 20. 12. 1968; Blick zurück, in: DER SPIEGEL, 23. 12. 1968; CSU „auch eine konservative Kraft“, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 16. 12. 1968; PETER PRAGAL, Wortgefechte um das Etikett „konservativ“, in: ebd., 16. 12. 1968; CSU: Konservativ mit Computer, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 16. 12. 1968; JOSEF OTTMAR ZÖLLER, Grollender Löwe, in: CHRIST UND WELT, 20. 12. 1968; WALTER GEIS, Konservativ sein und fortschrittlich, in: RHEINISCHER MERKUR, 20. 12. 1968.

wusst – vorantrieb. Strauß wusste um seine Sprachmacht, auch das zeigte die Parteitags-Diskussion.

Begriffe der politischen Sprache ganz offensiv zu prägen – diese Strategie machte sich auch die CDU seit den späten 1960er Jahren zu eigen. Nicht die Studentenbewegung, die eine zielgerichtete Sprachpolitik verfolgte und zur Herstellung einer „Gegenöffentlichkeit“ einen charakteristischen Jargon entwickelte,<sup>65</sup> sondern die Sprachpolitik der SPD gaben dafür zunächst den Ausschlag. Sehr gezielt suchten die sozialdemokratischen Wahlkampfmanager einerseits die Bedeutungsgehalte von Begriffen zu weiten und anderseits genuin linke Begriffe zu prägen, wie etwa *Chancengleichheit* oder *Lebensqualität*.<sup>66</sup> Zuvor der war es aber die Debatte um den Begriff der „Demokratisierung“, den sich die SPD angeeignet hatte und in dem sie ihre Reformziele für eine Regierung unter Brandt bündelte, die wie eine Initialzündung für die begriffspolitische Offensive der Union wirkte.<sup>67</sup> Dass der sprachsensible Bruno Heck diese Auseinandersetzung um die Ausgestaltung der bundesrepublikanischen Demokratie an vorderster Front führte, war daher auch kein Zufall. *Demokratie* wurde zu einem Schlüsselbegriff im Vokabular der Union, *Demokratisierung* dagegen zu einem Schmähwort, das mit Sozialismus, genauer: einer angeblich sozialdemokratischen Strategie der Sozialisierung des bundesrepublikanischen Staatswesens identifiziert wurde.<sup>68</sup> Es galt, so formulierte Erwin Teufel auf dem Bundesparteitag 1969, den „Demokratiebegriff weiter zu entwickeln“ und ihn gleichzeitig vom sozialdemokratischen Begriff der *Demokratisierung* abzugrenzen.<sup>69</sup> Die CDU hatte endgültig die Sprachpolitik für sich entdeckt.

### 3.3.2. Die sprachpolitische Offensive der Union. Sematest und die linguistische Politikberatung in den 1970er Jahren

Der seit rund einem Jahrzehnt in der Union etablierte Diskurs um die politische Sprache der Partei stellte den Acker bereit, auf dem der durch die Studentenbe-

<sup>65</sup> Vgl. SCHARLOTH, Die Sprache der Revolte; ders., 1968; ders., 1968 und die Unordnung in der Sprache; einen Überblick über den Stand linguistischer Forschung bietet KÄMPER et al., 1968; außerdem für die Kultur der Studentenbewegung BROWN, West Germany and the Global Sixties. Zur Sprache der Linken in den 1970er Jahren vgl. HINCK, Wir waren wie Maschinen, S. 321–343.

<sup>66</sup> Vgl. MERGEL, Propaganda nach Hitler, S. 265–266.

<sup>67</sup> Zur Kritik an der bundesrepublikanischen Demokratie in den 1960er Jahren, ohne die die Intensität der Debatte um die *Demokratisierung* nicht zu verstehen ist vgl. SCHÖNHOVEN, Unbehagen an der Bonner Demokratie; zum bundesrepublikanischen Demokratiebegriff der Nachkriegszeit vgl. KILIAN, „Demokratie“ als Merkwort der Nachkriegszeit. Zum Demokratiediskurs der Linken 1967/68 vgl. KAMPER, Wörterbuch zum Demokratiediskurs 1967/68; dies., Aspekte des Demokratiediskurses; zu den Debatten unter Konservativen vgl. KLEINKNECHT, Demokratisierung als Staats- oder als Lebensform.

<sup>68</sup> Vgl. HECK, Demokraten oder Demokratierte?, 1969; zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Demokratiebegriff vgl. die Debatte auf dem CDU-Bundesparteitag 1969: Bundesparteitag der CDU 1969, S. 43–87; zur weiteren Auseinandersetzung der CDU mit dem Konzept vgl. u. a. DETTLING, Demokratisierung als Alternative?, 1973; ders., Demokratisierung, 1974.

<sup>69</sup> Bundesparteitag der CDU 1969, S. 65.

wegung gesäte sprachkritische Same schließlich aufgehen konnte. Sprachkritik war von Beginn an ein fester Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik gewesen – zunächst als Kritik an dem Weiterwirken nationalsozialistischen Vokabulars,<sup>70</sup> dann als konservative Kritik an einer „bürokratisierten“ Wohlfahrtsstaatlichkeit,<sup>71</sup> als Kritik an einer überlieferten politischen Sprache, die die Realitäten der Bundesrepublik nicht abbilde,<sup>72</sup> und vor allem auch in Form einer Kritik an der Sprachpolitik der DDR, die in Unionskreisen sehr präsent war.<sup>73</sup> Die Neue Linke trat, angeregt durch Herbert Marcuse, mit dem Impetus auf, die etablierte Herrschaftsordnung durch die Infragestellung ihrer Begriffe zu unterminieren.<sup>74</sup> Nach Marcuse nämlich musste der revolutionäre „Bruch mit dem Kontinuum der Herrschaft“ auch über einen „Bruch mit deren Vokabular“ herbeigeführt werden.<sup>75</sup>

Plötzlich schien das in der Union seit Ende der 1950er Jahre vorherrschende Gefühl, dem Sprachwandel nur mehr hinterherzulaufen, eine politisch einleuchtende Begründung zu bekommen. Die Linke schien sich systematisch der Sprache zu bemächtigen, den gesellschaftlichen Grundkonsens zu manipulieren – und die Union damit aus dem politischen Rennen zu werfen. Genau in diesem Sinne warnte Bruno Heck 1971 seine Partei:

Unser Volk erwartet von der Union, dass wir den Nebel lichten, dass wir die Begriffe klären, und die Werte-Ordnung darf in diesem Lande nicht aus Leichtfertigkeit, aber auch nicht aus bedenklichem Kalkül bis zur babylonischen Sprachverwirrung korrumpt werden. Es muss gesagt werden, was gilt und was nicht gilt. [...] Wir haben zu lange zugelassen, dass die Linke die Fahrpläne der Zukunft für sich in Anspruch genommen hat. Es ist der Linken gelungen, die politische Sprache bei uns mit ihrem Vokabular zu durchsetzen.<sup>76</sup>

Fortan war dieses sprachkritische Argument omnipräsent in der Union: wenn Walter Wallmann vor der Benutzung des „Begriff[s] DDR“ warnte;<sup>77</sup> wenn Konrad Kraske bei der Analyse der „Sprache der SPD“ sich in die „finstersten Zeiten

<sup>70</sup> Vgl. KLEMPERER, LTI; STERNBERGER et al., Aus dem Wörterbuch des Unmenschlichen. Vgl. dazu DODD, Jedes Wort wandelt die Welt; SCHIEWE, Die Macht der Sprache, S. 206–234; sehr kritisch: POLENZ, Deutsche Sprachgeschichte III, S. 314–317. Zur alliierten Sprachpolitik vgl. DEISSLER, Die entnazifizierte Sprache.

<sup>71</sup> Vgl. z. B. KORN, Sprache in der verwalteten Welt, 1959; Geist und Ungeist der amtlichen Vokabeln, in: CHRIST UND WELT, 6. 11. 1958; RISSE, Bemerkungen zum Verfall der Sprache, 1958; WEIN, Die Sprache im Zeitalter des Berichts, 1959; zu Korn vgl. SCHIEWE, Die Macht der Sprache, S. 234–242.

<sup>72</sup> Vgl. z. B. BESSON, Rechtsradikalismus, 1962, bes. S. 7; ders., Das politische Bewusstsein der Deutschen, 1963.

<sup>73</sup> Vgl. z. B. ROEGELE, Die Spaltung der Sprache, 1959; Die politische Meinung, in: CHRIST UND WELT, 7. 4. 1961; FRANZ-JOSEF NEUSS, Wörter als politische Waffen, in: RHEINISCHER MERKUR, 5. 11. 1965.

<sup>74</sup> Zum Einfluss Marcuses auf die Neue Linke vgl. WALTER, Weigerung und Eschatologie; HASS-ZUMKEHR, Zur Sprachkritik der Achtundsechziger; zur Rolle Marcuses als Intellektueller im Kalten Krieg vgl. MÜLLER, Krieger und Gelehrte; GEYER, War over Words, S. 317–321.

<sup>75</sup> MARCUSE, Versuch über die Befreiung, 1969, S. 55; ders., Der eindimensionale Mensch, 1967, bes. S. 104–123.

<sup>76</sup> Bundesparteitag der CDU Düsseldorf 1971, S. 29.

<sup>77</sup> Vgl. ebd., S. 470.

des reaktionärsten Klassenkampfes zurückversetzt“ fühlte;<sup>78</sup> oder wenn Gerhard Stoltenberg auf die nationalsozialistischen Wurzeln des „Begriff[s] ,System“ verwies.<sup>79</sup> So wurden Norbert Blüms Bedenken, die er in einer Bundesvorstandssitzung 1973 äußerte, von seinen Parteikollegen sicherlich geteilt: „[W]enn man für ein neues Problem kein Wort“ habe, habe man „auch das Problem nicht erkannt“, und „wenn man auf ein neues Problem nur alte Antworten setzt, nur alte Worte“ werde man „missverstanden“.<sup>80</sup>

Lange vor dem Amtsantritt des Wirtschaftsjuristen und Industriemangers Kurt Biedenkopf als Generalsekretär der CDU<sup>81</sup> nach dem Wechsel von Rainer Barzel zu Helmut Kohl an der Spitze der Partei im Juni 1973 war also das Thema eingeführt und die Thematisierung von Sprache fester Bestandteil innerparteilicher Diskussion wie auch politischer Strategie.<sup>82</sup> Nicht erst 1973 verloren „zeitgenössische Begriffe ihre Unschuld“, wie Martin Geyer meint. Ihrer waren sie schon lange zuvor verlustig gegangen, so sie eine solche überhaupt jemals besessen haben sollten.<sup>83</sup> Biedenkopf nun intensivierte die sprachpolitische Arbeit, organisierte sie systematisch und richtete sie strategisch aus.<sup>84</sup> Diese Zielsetzung erläuterte er bekanntermaßen auf dem Hamburger Bundesparteitag 1973, der den Startschuss für die von Kohl und Biedenkopf avisierte Parteireform geben sollte. Sein Appell an seine Partei wirkte deshalb so stark, mitunter bis heute, weil er zum einen glänzend formuliert war und nicht zuletzt mit suggestiven Formeln arbeitete, und zum anderen weil er nach gescheitertem Misstrauensvotum und Wechsel an der Parteispitze in einer Phase des Aufbruchs und Neuanfangs auf eine aufnahmefreie Partei traf – ebenso wie auf eine Öffentlichkeit, die ob intellektueller Sprachkritik für solche Argumente sensibilisiert war. In Hamburg nun malte Biedenkopf die „Revolution der Gesellschaft durch Sprache“ mit bunten Farben an die Wand.

Statt der Gebäude der Regierungen werden die Begriffe besetzt, mit denen sie regiert [...], die Begriffe, mit denen wir unsere staatliche Ordnung, unsere Rechte und Pflichten und unsere Institutionen beschreiben. Die moderne Revolution besetzt sie mit Inhalten, die es uns unmöglich machen, eine freie Gesellschaft zu beschreiben, und es damit auch unmöglich machen, in ihr zu leben.<sup>85</sup>

<sup>78</sup> Bundesparteitag der CDU 1972, S. 57.

<sup>79</sup> Ebd., S. 151.

<sup>80</sup> BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, 27.–28. 1. 1973, S. 1215.

<sup>81</sup> Zu Biedenkopf vgl. WENDT, Kurt Biedenkopf; unkritisch KÖPF, Der Querdenker; zu seinem Wirken als Generalsekretär vgl. BÖSCH, Die Krise als Chance; ders., Macht und Machtverlust, S. 34–41 und 108–114.

<sup>82</sup> Vgl. z. B. WOLF, Revolution im Rechtsstaat, 1970, bes. S. 68; HECK, Vorwort des Herausgebers, 1973; K.W.B. [KARL WILLY BEER], Die große Manipulation, 1973; KUHN, Über die Methoden der Systemveränderung, 1973; FREUND, Anarchie führt zu Diktatur, 1973; HECK, Das Unverlierbare und das Neue, 1973, bes. S. 55–56; BROK, Instrument des politischen Kampfes, 1973.

<sup>83</sup> GEYER, Rahmenbedingungen, S. 26.

<sup>84</sup> Zur organisatorischen Restrukturierung der CDU unter Kohl und den Generalsekretären Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler vgl. LANGE, Responsivität und Organisation, S. 147–254; SCHÖNBOHM, Die CDU und die Neue Linke, 1970.

<sup>85</sup> Bundesparteitag der CDU Hamburg 1973, S. 61.

Biedenkopf warf der Linken nicht mehr und nicht weniger vor als die revolutionäre Umwälzung der bundesrepublikanischen Demokratie und die Etablierung der sozialistischen Diktatur auf leisen begriffspolitischen Sohlen. Margaret Thatcher sollte es ihm 1976 gleich tun.<sup>86</sup> Durch die seit den 1950er Jahren etablierte sprachkritische Beschäftigung mit der Sprache des DDR-Regimes gewann dieses Argument an Plausibilität. Es zeugte von der Polarisierung der politischen Kultur der Bundesrepublik in den frühen 1970er Jahren, dass es nach Biedenkopfs Logik nur noch ein Dafür oder ein Dagegen geben konnte: für die Demokratie mit ihrem fest etablierten Begriffsschatz oder gegen die Demokratie und damit für den Sozialismus mit seinem verdrehten, seiner eigentlichen Bedeutung entfremdeten Vokabular. Denn auch dies stand hinter Biedenkopfs Konzept der „klare[n] Sprache“<sup>87</sup> das er der Union verordnete: Es wurde davon ausgegangen, dass die politischen Begriffe in der Demokratie einen unverkennbaren, unverrückbaren und konsensualen Bedeutungskern in sich trugen – nur so war die These von der Manipulation der Begriffe sinnvoll zu begründen und nur so erschloss sich der Alarmismus, mit dem Biedenkopf seine Partei beschwore.<sup>88</sup> Die politische Sprachkritik schöpfte aus dem Demokratisierungsdiskurs um 1968 und war zugleich einer seiner wichtigen „Faktor[en]“.<sup>89</sup> In einem Aufsatz führte Biedenkopf seine demokratietheoretische These weiter aus:

Ein demokratisches Gemeinwesen ist angewiesen auf einen verbindlichen Bestand an Gemeinsamkeiten, um die Konflikte auf menschliche Weise und ohne Schaden für das Ganze austragen zu können. Zu diesem Bestand an Gemeinsamkeiten gehört vorrangig eine politische Sprache, die wenn nicht die Verständigung, so doch das Verstehen der Menschen untereinander ermöglicht, die den Kommunikationsprozess in der Gesellschaft wahrt.

Die CDU habe die Aufgabe und auch die „Chance“, so setzte Biedenkopf hinzu, diese „Sprache wiederzufinden“.<sup>90</sup> Dass ihr das gelingen könnte, daran zweifelten die CDU-Strategen nicht. So zeugte Biedenkopfs Aufruf, die Begriffe zu besetzen, nicht zuletzt von einem schier unerschöpflichen Vertrauen in die Steuerungsfähigkeit von wissenschaftlich unterfütterter Politik.

Ganz in diesem Sinne reorganisierte der neu gewählte Generalsekretär die Bundesgeschäftsstelle der CDU: Er bildete drei Hauptabteilungen (Hauptabteilung I: Verwaltung, Personal und Organisation; Hauptabteilung II: Politik, Dokumentation und Information; Hauptabteilung III: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit). Als Teil der Hauptabteilung II wurde die sogenannte „Planungsgruppe“ etabliert, die, geleitet von Warnfried Dettling, unter Heranziehung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse politische Konzepte und Strategien erarbeiten sollte und der somit die Rolle eines parteieigenen Think-Tanks zugeschrieben war.<sup>91</sup> Peter

<sup>86</sup> Siehe S. 81–105.

<sup>87</sup> Bundesparteitag der CDU Hamburg 1973, S. 62.

<sup>88</sup> Vgl. auch GEYER, War over Words, S. 303–304.

<sup>89</sup> KÄMPER, Aspekte des Demokratiediskurses, S. 139.

<sup>90</sup> BIEDENKOPF, Politik und Sprache, 1975, S. 32.

<sup>91</sup> Vgl. LANGE, Responsivität und Organisation, S. 149–150; ZEIN, Die organisatorische Entwicklung der CDU, S. 41–45; für eine längere historische Perspektive vgl. BÖSCH, Funktionäre in einer funktionärseindlichen Partei.

Radunski übernahm die Leitung der Hauptabteilung III, die vor allem auch mit der Wahlkampfplanung betraut wurde. Der 34-jährige Radunski hatte bereits 1970 die Federführung der Projektgruppe Semantik im hessischen Landtagswahlkampf inne gehabt und zuvor bei WIKAS (Wissenschaftliches Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung), dem CDU-eigenen Meinungsforschungsinstitut, an Semantikanalysen mitgewirkt, die dort seit 1968 durchgeführt wurden.<sup>92</sup> An der Biographie Radunsks wird neben der Sprachkritik die zweite Wurzel der christdemokratischen Sprachpolitik der späten 1960er und frühen 1970er Jahre deutlich: In Meinungsforschung, Öffentlichkeitsarbeit und Politikberatung war das Wissen um die Bedeutung von Begriffen zwar seit jeher präsent,<sup>93</sup> allerdings wurde das Thema erst Ende der 1960er Jahre von den Politikwissenschaften theoretisiert und rückte so in den Fokus der Praktiker.<sup>94</sup> Der sprachkritische Diskurs tat sein Übriges, um Sprache als „Kategorie des Politischen“ in der Politikberatung zu etablieren.<sup>95</sup> Die Generierung von Slogans sowie die Bedeutungsarbeit an Begriffen wurden nun mittels Umfrageergebnissen abgesichert, so dass die Demoskopie der politischen Sprachkritik der 1970er Jahre „eine Grundlage“ verschaffte.<sup>96</sup> In der programmatischen und strategischen Arbeit der Planungsgruppe wurde der politischen Sprache jedenfalls große Bedeutung beigemessen. Ein Strategiepapier aus dem Jahr 1974 hob das „Übersetzen“ von Politik in „eine griffige Sprache und konkrete Aktionen“ als entscheidend für die Durchsetzungsfähigkeit der CDU hervor.<sup>97</sup> Darüber hinaus wurde das Thema in die breite Parteiarbeit getragen.<sup>98</sup>

Dieneben sollte aber die Arbeit an der politischen Sprache so professionell und wissenschaftsnah wie möglich vonstattengehen. Zu diesem Zweck wurde im August 1974 „Sematest. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung“, als eingetragener Verein in Stuttgart gegründet.<sup>99</sup> Eine Schlüsselrolle spielte dabei Gerhard Mahler, Staatssekretär im baden-württembergischen Staatsministerium unter Hans Filbinger und erfolgreicher Wahlkampfmanager der Landes-CDU.<sup>100</sup>

<sup>92</sup> Vgl. KRUKE, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland, S. 157–158; 387; zum Landtagswahlkampf in Hessen vgl. RADUNSKI und NIEMETZ, Die Anlage des Landtagswahlkampfes, 1971. Zur Politikberatung im Wahlkampf vgl. BÖSCH, Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren.

<sup>93</sup> Vgl. TOMAN-Banke, Die Wahlslogans der Bundestagswahlen 1949–1994.

<sup>94</sup> Vgl. ebd., S. 385.

<sup>95</sup> Ebd., S. 391.

<sup>96</sup> Ebd., S. 158.

<sup>97</sup> ACDP, 07-001-17019, Warnfried Dettling an Hoffmann, Asmussen, Kreye, Stronk, 4. 4. 1974, Anlage: Zur politischen Strategie der CDU, S. 16.

<sup>98</sup> Vgl. KLEIN und PETERSDORFF, Material zum Thema Politik und Sprache, 1973.

<sup>99</sup> Vgl. ACDP, 07-001-17041, Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Satzung, beschlossen am 22.5. 1974; das Gründungsdatum August 1974 nennt Messelken in ebd., Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15.12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 1. Für die Vorüberlegungen vgl. ebd., 17014, Holger Christian Asmussen, Ergänzungen zum Themen- und Aufgabenkatalog des geplanten Arbeitskreises „Semantik“ (Herr von Voss, 26.3. 1974), o. D.

<sup>100</sup> Zur baden-württembergischen CDU vgl. GASSERT, Ein „rotes“ oder „schwarzes“ Jahrzehnt?.

Finanziert wurde Sematest von der Bundesgeschäftsstelle und den Landesverbänden der CDU sowie durch das baden-württembergische Kultusministerium. Der Verein hatte zwar seinen Sitz in Stuttgart, das Büro war aber in Bonn angesiedelt, um den Kontakt zu Konrad-Adenauer-Stiftung und Bundesgeschäftsstelle zu gewährleisten.<sup>101</sup> Die Aufgabe von Sematest bestand in der Analyse der Sprache der bundesrepublikanischen Parteien, besonders der SPD und der CDU, der Erstellung „linguistische[r] Persönlichkeitsprofile von Spitzenpolitikern der Union sowie des Bundeskanzlers“ und einer umfänglichen linguistischen Beratung der CDU. Die finanzielle Beteiligung des Kultusministeriums Baden-Württembergs an einem Verein, der allein zur Politikberatung der CDU gegründet worden war (was aber in der Satzung so nicht formuliert wurde), schrammte an den Rändern der Legalität und bedurfte zumindest einer Rechtfertigung. Deshalb hatten sich die Wissenschaftler zusätzlich mit „Analysen zur Kindersprache“ zu befassen, die „dem Deutschunterricht eine breitere empirische Grundlage“ verschaffen und „gleichzeitig zur Genesung der an den Röteln erkrankten Deutschdidaktik beitragen“ sollten.<sup>102</sup> Die CDU-Semantik-Offensive war, wenn auch auf einem Nebenschauplatz, nicht von ungefähr mit der Bildungspolitik verknüpft, in der die ideologischen Gräben tief und die Debatten dementsprechend aufgeheizt waren.<sup>103</sup>

Für Sematest wurden einschlägig arbeitende Wissenschaftler mit CDU-Sympathie gewonnen: Hans Messelken, Sprachdidaktiker an der Pädagogischen Hochschule Rheinland, der die wissenschaftliche Arbeit von Sematest organisierte und verantwortete;<sup>104</sup> Peter Lindemann, ein Datenverarbeitungsexperte, der IBM beriet und an der Universität Mannheim angesiedelt war, saß im „Lenkungsausschuss“, der Sematest vorstand; dies galt auch für Werner Kaltefleiter, Politikwissenschaftler an der Universität Kiel, der zwischen 1970 und 1974 das Sozialwis-

<sup>101</sup> Zur Gründung vgl. ACDP, 07-001-17041, Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 1–3; Hans Messelken, Protokoll über die Vorbesprechung zur Abstimmung der Zusammenarbeit bei Sematest am 9. und 10. 4. 1974, 28. 4. 1974; ebd., 07-001-12260, Peter Radunski, Vormerkung für Kurt Biedenkopf, Stand der Vorarbeiten Semantik – Politikformulierung, 5. 2. 1974.

<sup>102</sup> Ebd., 07-001-17041, Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 3. Es liegt nahe, die Studie im Umfeld der im Mai 1974 vom baden-württembergischen Kultusministerium konstituierten Kommission „Anwalt des Kindes“ anzusiedeln, vgl. MENZE, Die Kultusminister, S. 207; HAHN, Ich stehe dazu, 1981, S. 225–227. Aus dieser Arbeit gingen hervor: MESSELKEN, Sprachbilder, 1976; LANGENSIEPEN und LANGENSIEPEN, Gemalte Wörter, 1976. Darüber hinaus publizierte die Gruppe didaktische Beiträge zur Sprache des Wahlkampfs, vgl. MESSELKEN, Demokratie statt Wahlkampf!, 1976; LANGENSIEPEN, Nur zwei Minuten zwischen Nachrichten und Krimi..., 1976.

<sup>103</sup> Vgl. RUDLOFF, Bildungspolitik als Sozial- und Gesellschaftspolitik; ders., Wieviel Macht den Räten?; WEHRS, „Tendenzwende“ und Bildungspolitik.

<sup>104</sup> Zu Hans Messelken vgl. nur BURCKHART und FINK, Sprache der Didaktik – Didaktik der Sprache.

senschaftliche Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung leitete; die Gründung von Sematest war von dem Münsteraner Politikwissenschaftler Gerhard W. Wittkämper, einem Planungs-Experten,<sup>105</sup> angeregt worden. Der „Lenkungsausschuss“ bestand aus Mahler, Lindemann, Kaltefleiter, Messelken und Dettling als Vertreter der CDU-Bundesgeschäftsstelle.<sup>106</sup> Der mit einem, dann zwei und schließlich drei wissenschaftlichen Mitarbeitern ausgestattete Verein arbeitete von Beginn an mit computerlinguistischer Methodik, wobei Messelkens eigene Arbeiten zur empirischen Sprachdidaktik als Orientierung dienten.<sup>107</sup> Eine Kooperation mit der „linguistischen Arbeitsgruppe“ der Firma Siemens im Sommer 1975 diente der Weiterentwicklung von Software zur automatischen Texterkennung.<sup>108</sup>

Messelken war der intellektuelle Kopf von Sematest. Der Didaktiker orientierte sich neben den Theorien Karl Bühlers an der Sprachtheorie Arnold Gehlens, vertrat also einen dezidiert konservativen Standpunkt in seinem Fach.<sup>109</sup> Die „sprachliche Auseinandersetzung“ verstand er als „Wettstreit künftiger Wirklichkeiten“, als zukunftsprägend, und eine dementsprechende Bedeutung maß er der Begriffspolitik zu.<sup>110</sup> Denn den Sprachwandel, den er in seiner Gegenwart beobachtete, las er aktivisch, sprich Messelken sah Sprachwandel als das Ergebnis von Sprechakten, betonte die Handlungsdimension.<sup>111</sup> Deshalb konnte er Biedenkopfs Interpretation einiges abgewinnen.

Recht bald aber knirschte es im Gebälk des christdemokratischen Semantikapparats. Denn während die Politikstrategen in der Bundesgeschäftsstelle schnell verwertbare Ergebnisse erwarteten, folgten die Sematest-Wissenschaftler der Logik wissenschaftlichen Arbeitens – sie setzten sich zunächst mit der Methodik auseinander, bereiteten Analyseinstrumente vor und erarbeiteten die „Grundlagen“. Dies nahm ein Jahr in Anspruch, so dass bis Mitte 1975 noch keine greifbaren Ergebnisse vorlagen.<sup>112</sup> Im September 1975 platzte Dettling schließlich der Kragen, als er von einem Sematest-Mitarbeiter erfuhr, dass die programmatischen

<sup>105</sup> Vgl. WITTKÄMPER, Analyse und Planung, 1972.

<sup>106</sup> ACDP, 07-001-17041, Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 2.

<sup>107</sup> Vgl. ebd., Hans Messelken, Protokoll, 28. 4. 1974, Vorbesprechung zur Abstimmung der Zusammenarbeit bei Sematest, 9.–10. 4. 1974, wo auf das Kapitel „Zur formalen Beschreibung von sprachlichen Leistungen“ in: MESSELKEN, Empirische Sprachdidaktik, 1971, verwiesen wird.

<sup>108</sup> Vgl. ebd., Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 8 und 10.

<sup>109</sup> Vgl. ebd., 07-001-12260, Hans Messelken, Tendenziöser Sprachwandel?, Manuskript, o. D., S. 6. Für Gehlens Sprachtheorie vgl. GEHLEN, Über Sprachlosigkeit und Lüge, 1970; man beachte seine Invektiven beim CDU-Parteitag 1964, vgl. dazu oben S. 206–207.

<sup>110</sup> ACDP, 07-001-12260, Hans Messelken, Tendenziöser Sprachwandel?, Manuskript, o. D., S. 6.

<sup>111</sup> Vgl. ebd., S. 9.

<sup>112</sup> Ebd., 07-001-17041, Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 4.

Texte aus der Werkstatt der Politikplanung, die an Sematest mit der Bitte um Anregungen zur Leserfreundlichkeit gegeben worden waren, dort komplett umgeschrieben werden sollten. Als Stilwerkstatt verstanden sich die Sematest-Wissenschaftler freilich nicht, sie wollten die politische Sprache der CDU modellieren – und dazu bedurfte es mehr als einiger weniger Eingriffe in fertige Texte. Mit dieser Einstellung stießen sie auf wenig Verständnis in der CDU-Zentrale. „Es wird für mich im Hause hier immer schwieriger, den ‚good will‘ der Sematest gegenüber aufrechtzuerhalten“, warnte Dettling Messelken.<sup>113</sup> Zugleich schaltete er Mahler ein und bat ihn um ein „klares Wort“, davon überzeugt, dass „bei Sematest die Zügel kürzer“ gezogen werden müssten.<sup>114</sup> In der Folge kontrollierte Dettling die Arbeit von Sematest in wöchentlichen Sitzungen, legte Arbeitsschwerpunkte fest und nahm den Verein stärker in die Pflicht des Tagesgeschäfts.<sup>115</sup> So waren die Wissenschaftler 1976 an der Ausarbeitung des *Kommunalpolitischen Programms*, des *Agrarpolitischen Programms*, des *Entwurfs zum Grundsatzprogramm*, des *Wahlaufrufs des Bundesvorstands* sowie einzelner thematischer Broschüren beteiligt.<sup>116</sup> Sematest produzierte zwei Leitfäden zur Erstellung mündlicher bzw. schriftlicher Texte,<sup>117</sup> wertete Politikerreden aus<sup>118</sup> und arbeitete mit Dettling an einem „linguistischen Frühwarnsystem“, d. h. die Wissenschaftler versuchten sich an linguistischer Prognostik.<sup>119</sup> Über Sematest sollte allerdings nichts nach außen dringen – auch die Namen der Wissenschaftler blieben verborgen, mit Erfolg.<sup>120</sup> Stattdessen wurde recht nebulös von der „Projektgruppe Semantik“ in der Bundesgeschäftsstelle gesprochen. Sematest-Analysen wurden unter dem Namen von Politikern veröffentlicht, so etwa die Analyse zur Sprache Helmut Schmidts, als deren Autor Gerhard Mahler auftrat.<sup>121</sup>

Dennoch wurde Sematest zum 30. September 1976 liquidiert. Mahler konnte die Finanzierung durch das baden-württembergische Kultusministerium – angeblich aus finanziellen Gründen – nicht mehr sicherstellen.<sup>122</sup> Auch Biedenkopf

<sup>113</sup> Ebd., Warnfried Dettling an Hans Messelken, 22.9.1975.

<sup>114</sup> Ebd., Warnfried Dettling an Gerhard Mahler, 22.9.1975.

<sup>115</sup> Vgl. ebd., Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15.12.1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 4 und 6.

<sup>116</sup> Vgl. ebd., S. 6. Für das Kommunalpolitische Programm vgl. auch ebd., 07-001-17041, Joachim Dorenborg an Hans Messelken, 23.2.1976.

<sup>117</sup> Vgl. CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE, Aufbau und Anlage politischer Texte, 1976.

<sup>118</sup> Vgl. ACDP, 07-001-12260, Einige rhetorische Bemerkungen zu Wahlkampfreden von CDU-Politikern, o. D.

<sup>119</sup> Vgl. ebd., 07-001-17041, Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15.12.1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 6 und 11.

<sup>120</sup> Vgl. ebd., S. 9; z. B. Bestimmte Zeichen, in: DER SPIEGEL, 5.8.1974; Sprachlich rüber, in: DER SPIEGEL, 31.5.1976.

<sup>121</sup> Vgl. ACDP, 07-001-5284, Warnfried Dettling an Karl-Heinz Bilke, 7.4.1976; ebd., Sematest, Die Sprache des Bundeskanzlers, veröffentlicht als: MAHLER, Die Sprache des Bundeskanzlers, 1976.

<sup>122</sup> Vgl. ebd., 07-001-17041, Gerhard Mahler an Hans Messelken, 20.7.1976.

schien keine Gelder auftun zu können, um eine Weiterführung der Arbeiten zu ermöglichen,<sup>123</sup> und der Plan, Sematest in die Konrad-Adenauer-Stiftung zu überführen, schien sich ebenso zerschlagen zu haben.<sup>124</sup> Letzten Endes blieb Messelken nur noch die Antragstellung bei der VW-Stiftung auf Fortführung als Forschungsprojekt.<sup>125</sup> Im Rückblick sah er die Chance der CDU, der SPD kommunikationstheoretisch Paroli zu bieten, vertan – dass das viel mit seinem eigenen gescheiterten Engagement zu tun hatte, verschwieg er allerdings. Die CDU habe sich „ins Semantik-Gestrüpp zwischen Benennungen und Bezeichnungen locken [lassen] – und blieb wie einstens Absalom mit ihren Haaren an einem besonders dicken Theorieast hängen.“<sup>126</sup> Nach der Erfahrung mit Sematest beurteilten die Politikstrategen der Bundesgeschäftsstelle dies sicherlich etwas anders – aus ihrer Perspektive hatte ein Zuviel an Theorie und Methodik die Umsetzung von wissenschaftlicher Erkenntnis in die Generierung von Politikentwürfen geradezu behindert. Zudem waren die Ansprüche der Wissenschaftler, idealiter die politische Sprache der Partei in ihrer Gesamtheit kontrollieren zu können, weder praktikabel, noch entsprachen sie den Realitäten parteipolitischer Arbeit. Messelkens Vorschläge vom Dezember 1976 für eine Weiterführung der linguistischen Arbeiten in einem „zentralen Büro“ in der Bundesgeschäftsstelle, das dem Bundespresseamt nachgebildet werden und in dem alle Texte zentral redigiert werden sollten, mussten diese Eindrücke noch verstärken.<sup>127</sup>

Der CDU war das Interesse an ihrem wissenschaftlich orientierten linguistischen Think-Tank abhandengekommen, und mit Biedenkopfs Abgang als Generalsekretär im März 1977 verlor die Beschäftigung mit der politischen Sprache einen ihrer wichtigsten Advokaten. Dazu kam, dass Biedenkopf seine begriffspolitische Offensive bereits auf dem Bundesparteitag 1975 zum Erfolg erklärte: „Wir haben wichtige Begriffe für uns besetzt und neue, für die Beschreibung politischer Ziele wichtige Begriffe hinzugefügt. [...] Damit haben wir in einem entscheidenden politischen Bereich die Initiative zurückgewonnen.“<sup>128</sup> Das klang so, als ob das Semantik-Projekt abgeschlossen wäre. Davor aber warnte Gerhard Mahler in einem Artikel in *Sonde*, einer Zeitschrift des RCDS, die sich die Reform der CDU zu ihrem Anliegen gemacht hatte, und rief stattdessen dazu auf, alle

<sup>123</sup> Vgl. ebd.: „...dass sich Herr Biedenkopf nach besten Kräften bemühen wird, die Weiterführung der wissenschaftlichen Arbeiten von SEMATEST zu ermöglichen oder die gute Mannschaft von SEMATEST in eine andere Institution zu überführen“

<sup>124</sup> Vgl. ebd., Hans Messelken an Warnfried Dettling, 14. 9. 1976

<sup>125</sup> Vgl. ebd., Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest. Messelken veröffentlichte lediglich noch eine Analyse des Orientierungsrahmens 1985 der SPD vgl. MESSELKEN, Fragen eines lesenden Bürgers, 1979.

<sup>126</sup> ACDP, 07-001-12260, Hans Messelken, Tendenziöser Sprachwandel?, Manuskript, o.D., S. 35.

<sup>127</sup> Vgl. ebd., 07-001-17041, Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 9–17.

<sup>128</sup> Bundesparteitag der CDU 1975, S. 170–171.

Anstrengungen zu intensivieren, um „eine politische Sprache der Mitte zu entwickeln“.<sup>129</sup> In Biedenkopfs selbstbewusster Erfolgsmeldung verbarg sich daher die zweite Dimension der konzertierten sprachpolitischen Anstrengungen der CDU. Sie waren von Beginn an ein Mittel im parteipolitischen Kampf um die Öffentlichkeit – Biedenkopf appellierte zwar sicherlich auch an die zerstrittene CDU, zu begrifflicher Einheit zu kommen, ebenso aber hatte er mit seinem ersten Parteitag als Generalsekretär die größtmögliche Öffentlichkeit für seine sprachpolitische Intervention gewählt. Die CDU präsentierte sich so zum einen als Partei, die politikstrategisch auf der Höhe Zeit agierte. Allein schon die Ankündigung, dass die Union nun Sprachpolitik betreiben werde, entfaltete Wirkung, wurde zu einer self-fulfilling-prophecy. Zum anderen stellte sie sich als Partei dar, die aus dem intellektuellen – hier sprachkritischen – Diskurs schöpfte und zu diesem beitrug.<sup>130</sup> Der Politikwissenschaftler Wolfgang Bergsdorf, der nach seiner Promotion 1970 von der Bundesgeschäftsstelle der CDU verpflichtet wurde und 1973 zum Büroleiter des neuen Parteivorsitzenden Helmut Kohl aufstieg, profilierte sich – inspiriert von Hans Messelken und Sematest<sup>131</sup> – mit sprachkritischen Arbeiten in der Politikwissenschaft, mit denen er sich 1983 in Bonn habilitierte.<sup>132</sup> Zudem wurde die so öffentlichkeitswirksame sprachpolitische Aktivität der CDU schnell zu einem Thema wissenschaftlicher Auseinandersetzung.<sup>133</sup> Der ‚Geist‘ stand nicht nur ‚links‘, das war die Botschaft, die Biedenkopf eben auch transportierte. Die SPD verstand diese Botschaft nur zu genau.<sup>134</sup>

### 3.3.3. Intellektuelle Sprachkritik in konservativer Absicht

Die Sprache rückte auch im intellektuellen Diskurs der späten 1960er und der 1970er Jahre ins Zentrum des Räsonierens. Dabei entdeckten einige wortgewaltige Sozialwissenschaftler und Philosophen die politische Sprachkritik als Mittel in ihrer Auseinandersetzung mit der intellektuellen Linken. Sie standen alle in mehr oder weniger enger Verbindung zum 1970 gegründeten Bund Freiheit der Wissenschaft (BFW), einer Vereinigung von Hochschullehrern und Lehrern an allgemeinbildenden Schulen, die es als ihre Aufgabe betrachteten, in der Wissenschafts- und Bildungspolitik den linken Forderungen und Politikentwürfen Paroli zu bieten. Der BFW entwickelte sich zu der wichtigsten Plattform für den sich infolge von 1968 formierenden intellektuellen Konservatismus in der Bundesrepublik, über den wir unten noch Genaues hören werden.<sup>135</sup>

<sup>129</sup> MAHLER, Politik und Sprache, 1975.

<sup>130</sup> KLEIN, Kann man „Begriffe besetzen“, S. 47–48.

<sup>131</sup> Vgl. BERGSDORF, Sprache und Politik.

<sup>132</sup> Vgl. BERGSDORF, Politik und Sprache, 1978; ders., Wörter als Waffen, 1979; ders., Die sanfte Gewalt, 1977; ders., Von der Versöhnung zur Zwietracht, 1979; ders., Ein Wort macht Politik, 1982; ders., Herrschaft und Sprache, 1983; ders., Die Rolle der Sprache in der Politik, 1979.

<sup>133</sup> Vgl. z. B. BEHRENS et al., Politik als Sprachkampf, 1982.

<sup>134</sup> Vgl. z. B. BAUER, Begriffe gegen Inhalte, 1975.

<sup>135</sup> Zum Bund Freiheit der Wissenschaft vgl. WEHRS, Protest der Professoren.

Hans Maier hatte die sprachkritische Interpretation der Neuen Linken ins Spiel gebracht. Der 1931 geborene Politikwissenschaftler gehörte der Generation der 1945er an, jener Geburtsjahrgänge ungefähr zwischen 1922 und 1932 also, die das Ende des Dritten Reiches als Jugendliche erlebt und mit dem Neubeginn in der Demokratie identitär eng verbunden waren.<sup>136</sup> Im katholischen Milieu Freiburgs aufgewachsen hatte sich Maier als Schüler des aus dem amerikanischen Exil heimgekehrten Freiburger Politikwissenschaftlers Arnold Bergstraesser das bundesrepublikanische Demokratieprojekt zu eigen gemacht. 31-jährig wurde er 1962 auf den Lehrstuhl für politische Wissenschaften am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München berufen, wo er unter anderem auf Eric Voegelin traf.<sup>137</sup> In seiner Auseinandersetzung mit der erstarkenden Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) 1967 wurde Maier die Bedeutung der politischen Sprache bewusst;<sup>138</sup> so sensibilisiert kritisierte er dann die Sprache der Neuen Linken wie der politischen Theologie.<sup>139</sup> 1968 griff er die „Kohorte der Nachredner und Nachbeter“ eines Jürgen Habermas, Theodor Adorno oder Ernst Bloch an – wahlgemerkt nicht diese selbst, die „Bedeutendes“ zu sagen hätten. Deren Epigonen aber verwendeten ein „klischehaft erstarrtes, bösartig trommelndes Deutsch, eine Formelsprache, deren Zweck nicht Mitteilung, sondern Deklamation und Übertäuben“ sei.<sup>140</sup>

Ein „bösartig trommelndes Deutsch“ – Maiers Wortwahl erinnerte ganz offensichtlich an einen anderen „Trommler“, der Herrschaft über Sprache zementiert hatte. Tatsächlich stand die nationalsozialistische Zerstörung der Demokratie im Hintergrund von Maiers Sprachkritik. Zunächst suchte er den Wortschatz der NPD seiner demokratischen Camouflagen zu entkleiden – er suchte zu „enttarnen“ und zu „entschleiern“, um die antidemokratische Stoßrichtung der Rechtsextremen offen zu legen.<sup>141</sup> Dann, mit der Studentenbewegung täglich konfrontiert, tat Maier Gleches mit der Linken, in der er eine ähnliche Gefahr für die junge Demokratie der Bundesrepublik erkannte. Zwischen der „Sprach- und Gesellschaftsveränderung“, die er aufmerksam beobachtete, bestand, so war Maier überzeugt, ein enger Konnex.<sup>142</sup> Eine solche Intention vermutete Maier nicht allein bei den Intellektuellen der Neuen Linken oder den Aktivisten der Studentenbewegung, sondern auch bei der sozialliberalen Regierungskoalition, vor

<sup>136</sup> Vgl. MOSES, German Intellectuals and the Nazi Past.

<sup>137</sup> Zu Hans Maier vgl. MAIER, Böse Jahre, gute Jahre; zu seiner Prägung durch Bergsträsser vgl. SCHMITT, Politikwissenschaft und freiheitliche Demokratie, u. a. S. 98–99.

<sup>138</sup> Vgl. MAIER, Die NPD, 1967; vgl. auch seine autobiographischen Hinweise in seinem Referat vor dem Bergedorfer Gesprächskreis: 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 2; publiziert: MAIER, Können Begriffe die Gesellschaft verändern?, 1972, S. 55–56. Zur NPD in den 1960er Jahren vgl. zusammenfassend BOTSCHE, Die extreme Rechte, S. 41–59.

<sup>139</sup> Vgl. MAIER, Kritik der politischen Theologie, 1970, bes. S. 16–22; ders., Politische Wissenschaft in Deutschland, 1969, bes. S. 214–232.

<sup>140</sup> Zitiert in: HANS MAIER, Sie trommelten ein bösartiges Deutsch, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 18. 3. 1977.

<sup>141</sup> MAIER, Können Begriffe die Gesellschaft verändern?, 1972, S. 55.

<sup>142</sup> Ebd., S. 56.

allem bei der SPD. Ihr warf er auf dem CSU-Parteitag 1970 „Wortmissbrauch“ vor.<sup>143</sup>

Systematisch arbeitete er seine Überlegungen zu Sprache und Politik für einen Vortrag vor dem Bergedorfer Gesprächskreis im Mai 1972 aus.<sup>144</sup> Maier bezichtigte die Linke, über eine bewusste Manipulation der politischen Schlüsselbegriffe die demokratische Ordnung der Bundesrepublik zu unterminieren. Als Beispiele führte er die Weitung des Gesellschaftsbegriffs und die Überlagerung des Staatsbegriffs an, die Konjunktur der Begriffe *Emanzipation*, *Freiraum* und *Betroffensein*, die Dynamisierung des Demokratiebegriffs über den Begriff der *Demokratisierung* und die Semantik des Kampfes. Seine Ausführungen wurden von den Anwesenden äußerst kritisch diskutiert, wobei sich die Abgründe auftaten, die zwischen konservativer und linker Sprachkritik entstanden waren. Nicht die Sprache verändere die Gesellschaft, sondern umgekehrt, die Gesellschaft verände re die Sprache, argumentierten etwa die Bildungsreformer Hartmut von Hentig und Hellmut Becker und mochten darin nur Positives erkennen. Ein neuer Sprachgebrauch könne Verkrustungen aufbrechen und vernachlässigte Blickwinkel hervortreten lassen. Maiers Kritik laufe also ins Leere und sei ausschließlich politisch motiviert.<sup>145</sup>

Schnell konzentrierte sich die Diskussion auf die Frage der Normsetzung. Denn wenn Maier behauptete, dass politische Begriffe ihrer eigentlichen Bedeutung entkleidet, wenn er davon ausging, dass diese aus ihrer „Normallage gelöst“ worden seien, stellte sich tatsächlich die Frage nach der Definition des ‚Normalen‘ sowie der Instanz, die über dessen Einhaltung wachte. Maier schöpfte aus der klassischen Tradition politischer Begriffsbildung – ideengeschichtlich begründet und philosophisch grundiert. Der Maßstab für die „Normallage“ der Bedeutungsgehalte war ihm die liberale Tradition politischen Denkens. Bei „aller Diskussion über Begriffe“ gebe es einen „Horizont der Sprache hinter den Begriffen, in dem richtig oder falsch gedacht werden kann“,<sup>146</sup> unterstrich Maier seine Ansicht. Daran zweifelten diejenigen, die mit der analytischen Sprachphilosophie davon ausgingen, dass Sprache ein System eigener Realität darstellte, wie dies in der Bergedorfer Diskussion etwa der Germanist und DAAD-Präsident Hansgerd Schulte tat.<sup>147</sup> Die Bedeutung von Begriffen änderte sich je nach den Erfahrungen, die Einzelne machten – eine andere, ewige Realität hinter den Begriffen existierte nicht.

Es war der Freiburger Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis,<sup>148</sup> der sich mit Hans Maier explizit von der nominalistischen Philosophie distanzierte und diese in Verbindung mit Carl Schmitts These brachte, „dass alle politischen Begriffe

<sup>143</sup> ACSP, 19701017, Hans Maier, Bilanz 1970 – Zur innenpolitischen Situation der Bundesrepublik, Rede zum Parteitag der CSU, München, 16.–17.10.1970, S. 13.

<sup>144</sup> 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 2–5.

<sup>145</sup> Vgl. ebd., S. 5.

<sup>146</sup> Ebd., S. 13.

<sup>147</sup> Vgl. ebd., S. 7–8.

<sup>148</sup> Zu Wilhelm Hennis vgl. SCHLAK, Wilhelm Hennis; MEIER, Politik und Praktische Philosophie; MOSES, German Intellectuals and the Nazi Past, S. 74–104.

„polemische Begriffe“ seien. „Der Begriff hat danach nur jeweils einen taktischen Zweck“, die politische Sprache entfalle als Kommunikationsmittel und sei nach Hobbes „nur noch ein Mittel des Kampfes, mit dem man primär verletzt und lügt“. Dies mache die freie Verständigung in der Demokratie unmöglich, mehr noch: „Wer in den Sozialwissenschaften und in der politischen Wissenschaft auf dem Boden des Nominalismus steht, [...] kann die Gesellschaft nur dann als geordnetes Gefüge retten, wenn er ja zur Tyrannis sagt“.<sup>149</sup> Für Hennis war die gegenwärtige Situation einer „Beliebigkeit der Begriffe“ höchst alarmierend,<sup>150</sup> deren „Dramatik“ er in Maiers Referat noch nicht genügend herausgestrichen sah.<sup>151</sup> Sollte eine Demokratie funktionsfähig sein, dann benötigte sie ein Arsenal konsensualer Begriffe. Bereits im Juli 1971 hatte er in der SZ vor einer solchen linken Sprachstrategie gewarnt. Die bundesrepublikanische Gesellschaft glaubte er bereits „im zügigen Vormarsch in Richtung auf die konkrete Utopie, für die die Wörterbücher neu geschrieben werden“.<sup>152</sup> Hinter diesem Schreckensbild stand George Orwells Dystopie einer totalitären, überwachten Gesellschaft, die er in seinem Roman *Nineteen Eighty-Four* beschrieben hatte. Dass Machtausübung über die Beherrschung der Sprache funktioniere, gehörte zu den zentralen Thesen des Romans, die Orwell auch an anderer Stelle sprachkritisch ausführte. Die große Gefahr glaubte er im totalitären Wahrheitsrelativismus lauern, wenn nämlich negiert würde, dass Begriffe über eine „wahre“, eigentliche Bedeutung verfügten.<sup>153</sup> Diese Befürchtung teilten Maier und Hennis. *Nineteen Eighty-Four* bildete eine der Hintergrundfolien konservativer Sprachkritik.

Nur: Wie sollten die allseits geteilten Begriffe der Demokratie definiert werden? Wer sollte diese Definitionsarbeit organisieren? Wie mochte solch ein „Hüter der Begriffe“ beschaffen sein?<sup>154</sup> Für Hennis, der dieses Schlagwort in die Diskussion eingebracht hatte, konnte diese Funktion in einer freiheitlichen Gesellschaft nur „pluralistisch“ erfüllt werden – etwa durch die Kirchen, die Schule oder die Kultusministerien.<sup>155</sup> Damit rekurrierte er auf Institutionen, was ihm seine Bergedorfer Kritiker, die auf die Rationalität des freien Diskurses setzten, umgehend vorhielten. „Das Wort ‚Hüter der Begriffe‘ lässt an den ‚Hüter der Verfassung‘ denken“, erwiderte Hellmut Becker, um Hennis’ Schmitt-Analogie mit gleichen Mitteln zu kontern:

Carl Schmitt ist eben schwer zu vermeiden, ob man nun von links oder von rechts her argumentiert. Das griffige Wort vom ‚Hüter der Begriffe‘ legt natürlich eine Institutionalisierung nahe. Ich hatte den Eindruck, Herr Hennis, dass Sie mit Ihrem Begriff der Sprachanarchie die Möglichkeit eines rationalen Diskurses über die Begriffe leugnen.<sup>156</sup>

<sup>149</sup> 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 11.

<sup>150</sup> Ebd., S. 12.

<sup>151</sup> Ebd., S. 11.

<sup>152</sup> WILHELM HENNIS, Schleichworte demokratisch, in: SÜddeutsche Zeitung, 31. 7. 1971.

<sup>153</sup> Vgl. ORWELL, Politics and the English Language; vgl. dazu ZELTER, Sinnhafte Fiktion und Wahrheit, S. 197–204.

<sup>154</sup> 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 11.

<sup>155</sup> Ebd., S. 14.

<sup>156</sup> Ebd., S. 13.

Dies wies Hennis energisch zurück. Die Begriffe zu „hüten“, sei in der Demokratie Aufgabe des Bürgers, wozu er durch politische Bildung ermächtigt werden müsse. Die Institutionen wiederum hätten nur dann Existenzberechtigung, wenn sie in einem demokratischen Verfahren durch die Bürger legitimiert worden seien.<sup>157</sup>

Was Hennis in der illustren Bergedorfer Runde verschwieg, war die Rolle des Politikwissenschaftlers als „Hüter der Begriffe“, die er bereits 1968 beschrieben hatte und die von seinem eigenen Selbstverständnis zeugte. Die großen politischen Denker der Geschichte hätten Neues immer im Rahmen der überlieferten Begriffe gedacht, diese so fortentwickelt und gleichzeitig konserviert. Gerade in einer Zeit des Wandels, als die Hennis seine Gegenwart erlebte, angesichts „der völlig ungedeckten Wechsel auf die Zukunft“ gebiete es die „praktische Vernunft“, an der „Politik in ihrem herkömmlichen Verständnis“ festzuhalten. „Das heißt zugleich darauf zu bestehen, dass die Dinge weiterhin beim Namen genannt werden“.<sup>158</sup> In seiner kleinen Schrift zur Wahlrechtsreform aus dem Jahr 1968 zielte Hennis’ Sprachkritik noch auf eine allgemeine Tendenz des begrifflichen Wandels in der bundesdeutschen Politik, Ausdruck eines „nouveau style‘ altdeutscher Realpolitik, technokratisch aufgeputzt, seiner Sache und Fähigkeiten absolut sicher, in seinen Zielen erfreulich begrenzt und darum weltpolitisch vergleichsweise ungefährlich“.<sup>159</sup> Wenig fassbar erschien Hennis diese Sprache: „Nichts sitzt, nichts stimmt.“<sup>160</sup> Daher gelte es, folgerte er, die seit der Antike tradierten Begriffe der Politik wieder ins Bewusstsein zu bringen. Darin bestand die Aufgabe des Politikwissenschaftlers als des „Hüters der Begriffe“, die Hennis mit seinem „Festhalten an den alten Begriffen“ sein Leben lang zu erfüllen suchte.<sup>161</sup> Zu Beginn der 1970er Jahre stand für Hennis der Verursacher dieses Sprachwandels fest – nicht mehr Technokratie und Realpolitik, sondern die Linke identifizierte er als Akteur einer gefährlichen Sprachmanipulation. Seine Sprachkritik hatte sich seit 1968 politisiert und radikalisiert.

1972 in Hamburg-Bergedorf insistierte Hennis allerdings nicht auf seiner Formel des „Hüters der Begriffe“. Stattdessen schlug er vor, über „Tradition“ zu sprechen – über Tradition, die in den Begriffen konserviert war und sich in den Begriffen perpetuierte. Dies traf den Kern dessen, worum es Hennis und Maier ging: Sie sorgten sich um die Frage, wie in einer pluralistischen Gesellschaft ein normativer Grundkonsens gesichert,<sup>162</sup> wie „Verantwortung vor der Gesellschaft“, die in einer Demokratie nur als „moralischer oder theologischer Begriff“ denkbar war, wahrgenommen werden konnte.<sup>163</sup> Denn wie Ernst-Wolfgang Böckenförde

<sup>157</sup> Ebd., S. 22. Zur Bedeutung von Bürgerlichkeit für den liberalen Konservatismus der 1970er Jahre vgl. HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit, S. 256–289

<sup>158</sup> HENNIS, Große Koalition ohne Ende?, 1968, S. 11. Zur Bedeutung, die Hennis den Schlüsselbegriffen der Demokratie zuschrieb, vgl. z. B. auch ders., Verfassung und Verfassungswirklichkeit, 1968; ders., Politik als praktische Wissenschaft, 1968.

<sup>159</sup> HENNIS, Große Koalition ohne Ende?, 1968, S. 9.

<sup>160</sup> Ebd., S. 10.

<sup>161</sup> SCHLAK, Wilhelm Hennis, S. 11–12 und 85–88.

<sup>162</sup> Vgl. 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 13.

<sup>163</sup> Ebd., S. 23.

waren sie davon überzeugt, dass der liberale, säkulare Staat von Voraussetzungen lebte, die er selbst nicht garantieren konnte.<sup>164</sup> Erodierte der normative Grundkonsens, war die Demokratie in Gefahr. Klagten Maier und Hennis also über die „Manipulation“ der Begriffe, meinten sie die Grundlagen der bundesrepublikanischen Demokratie.<sup>165</sup> Deshalb erhielt auch der Text des Grundgesetzes in ihrer Argumentation solches Gewicht. Hier wurden die Begriffe der Demokratie verwahrt – dies war das einzige Dokument, das der politischen Sprache der jungen Republik einen Rahmen gab. Maier und Hennis wollten, wie der Münchener Philosoph Hermann Krings bemerkte, „nicht nur am Geist, sondern auch am Buchstaben des Grundgesetzes festhalten“.<sup>166</sup>

Die beiden Politikwissenschaftler kämpften für die Bewahrung der Sprache der liberalen Demokratie, die mit der Gründung der Bundesrepublik in Deutschland eine zweite Chance bekommen hatte und in deren Etablierung sie ihre Lebensaufgabe sahen. Vor diesem Erfahrungshintergrund ist auch nur die emotionale Intensität zu verstehen, mit der sie sich in der Debatte um die politische Sprache engagierten. Hennis und Maier glaubten die deutsche Demokratie ein weiteres Mal in akuter Gefahr, in eine Diktatur umzuschlagen. Daher war in ihren sprachpolitischen Debattenbeiträgen der Bezug auf die Weimarer Republik omnipräsent.<sup>167</sup> Die Lösung der Begriffe von der Realität, ihre utopische Aufladung habe die Demokratie überfordert und destabilisiert, argumentierte Hans Maier.<sup>168</sup> Dass die Weimarer Verfassung die demokratischen Grundbegriffe nicht festgeschrieben hätte, dass diese „disponibel“ geblieben seien, hätte zu ihrer Schwächung entscheidend beigetragen. Genau davor müsse das Grundgesetz geschützt werden.<sup>169</sup>

Den liberalen Geist des Grundgesetzes, den sie in seinen Begriffen vermuteten, suchten Hans Maier und Wilhelm Hennis also zu bewahren. Die konservative Semantik des Bewahrens charakterisierte in der Tat ihre eigene politische Sprache im Streit um die Sprache der Politik. Die Formel vom „Hüter der Begriffe“ illustriert dies augenscheinlich. Darüber hinaus besaßen in ihren Augen die politischen Begriffe selbst eine besondere Qualität. Dies fiel auch ihren linken Kritikern auf. „Nicht Begriffe müssen konserviert werden“, meinte Hartmut von Hentig, „das Interessante ist vielmehr, dass Begriffe selbst ununterbrochen etwas konservieren. Vielleicht stehen die Konservativen hier so stark für die Wahrung der Begriffe ein, während die anderen mehr die sich verändernden Verhältnisse im Auge haben.“<sup>170</sup> Mit dieser Beobachtung traf er ins Schwarze. Die Sprachsensibilität

<sup>164</sup> Vgl. BÖCKENFÖRDE, Staat, Gesellschaft, Freiheit, 1976, S. 60; für die Bedeutung der Böckenförde-Doktrin für das liberalkonservative Denken vgl. HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit, S. 161–166.

<sup>165</sup> Zu Hennis' sprachpolitischem Engagement in den 1970er Jahren vgl. SCHLAK, Wilhelm Hennis, S. 156–162.

<sup>166</sup> 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 23.

<sup>167</sup> Zum Rekurs auf die Weimarer Republik mit Bezug auf Studentenbewegung und Neue Linke bei Hennis vgl. auch SCHLAK, Wilhelm Hennis, S. 152–156

<sup>168</sup> Vgl. 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 4.

<sup>169</sup> Vgl. ebd., S. 13.

<sup>170</sup> Ebd., S. 24.

der Konservativen rührte aus der Bedeutung, die Sprachstrukturen für die Tradition wie die Identität des Konservatismus hatten. In Hamburg-Bergedorf nach seiner politischen Position befragt, charakterisierte Maier sich als „Liberaler, der keine Eigentore schießt“.<sup>171</sup> Wie wir sehen werden, hatte er mit dem Konservatismusbegriff ansonsten keine Berührungsängste. Ihm war es um die Bewahrung des Liberalen in der Demokratie zu tun. Das verlieh dem Konservatismusbegriff eine neue Durchschlagskraft.

Hans Maier und Wilhelm Hennis blieben nicht die einzigen Intellektuellen, die sich kritisch mit dem Wandel der politischen Sprache auseinandersetzen und diesen einer manipulativen linken Strategie anlasteten. Hermann Lübbe,<sup>172</sup> Kurt Sontheimer<sup>173</sup> und Helmut Schelsky<sup>174</sup> traten – trotz großer Unterschiede in ihrem politischen Denken – ebenso dezidiert und mit ganz ähnlichen Argumenten als Advokaten der Sprache des Grundgesetzes auf.<sup>175</sup> Dabei wandten sie sich an eine breite Öffentlichkeit und verfolgten eine multimediale Strategie. Sie bewegten sich aus dem wissenschaftlichen in den politischen Raum. Einerseits publizierten sie in wissenschaftlichen Organen und Sammelbänden, andererseits präsentierten sie ihre Thesen in verkürzter Form in den großen Tageszeitungen. Besonders die *Deutsche Zeitung*. *Christ und Welt* machte mit kolumnenartigen sprachkritischen Beiträgen auf sich aufmerksam.<sup>176</sup> Die wenigen zentralen Texte aus der Feder von Maier, Lübbe, Sontheimer und Schelsky wurden in unterschiedlichen Zusammenhängen wieder und wieder abgedruckt. Hennis war dabei ein Sonderfall: Er explizierte am konkreten Beispiel des Begriffs der *Demokratisierung* sein Argument.<sup>177</sup> Die hohe pub-

<sup>171</sup> Ebd., S. 15.

<sup>172</sup> Zu Hermann Lübbe vgl. MULLER, German Neoconservatism, ca. 1968–1985; HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit.

<sup>173</sup> Zu Kurt Sontheimer vgl. LOEWENSTEIN, Kurt Sonheimers Republik; BAVAJ, Turning „Liberal Critics“.

<sup>174</sup> Zu Helmut Schelsky vgl. GALLUS, Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe.

<sup>175</sup> Vgl. (genannt wird jeweils die Erstveröffentlichung) LÜBBE, Der Streit um Worte, 1967; ders., Sein und Heißen, 1975; HANS MAIER, Die Sprache der Neuen Linken verhindert den Dialog, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 13. 7. 1972; HELMUT SCHELSKY, Macht durch Sprache, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 12. 4. 1974; KURT SONTHEIMER, Umgang mit Worten, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 21. 3. 1975; HENNIS, Demokratisierung, 1970.

<sup>176</sup> Vgl. z.B. HERMANN GLASER, Links friert die Sprache ein, in: CHRIST UND WELT, 11. 7. 1969; HELMUT SCHELSKY, Macht durch Sprache, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 12. 4. 1974; KURT SONTHEIMER, Umgang mit Worten, in: ebd., 21. 3. 1975; HERMANN LÜBBE, Haltet den Begriff, in: ebd., 5. 9. 1975; HELMUT SCHELSKY, Ein Schlagwort entsteht, in: ebd., 19. 9. 1975; ERWIN K. SCHEUCH, Ein Begriff wird entführt, in: ebd., 6. 5. 1977; HANS MAIER, Sie trommelten ein bösartiges Deutsch, in: ebd., 18. 3. 1977.

<sup>177</sup> Vgl. die Nachdrucke der in Fußnote 175 genannten Erstveröffentlichungen: LÜBBE, Der Streit um Worte, 1967; ders., Der Streit um Worte, 1975; ders., Der Streit um Worte, 1982; ders., Sein und Heißen, 1979; SONTHEIMER, Das Elend unserer Intellektuellen, 1976, S. 241–259; ders., Die Sprache linker Theorie, 1979; SCHELSKY, Die Arbeit tun die anderen, 1975, S. 233–249; ders., Herrschaft durch Sprache, 1976; ders., Herrschaft durch Sprache, 1979; HANS Maier, Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, in: BAYERNKURIER, 21. 10. 1973; ders., Können Begriffe die Gesellschaft verändern?, 1972; ders., Sprache und Politik, 1977; ders., Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, 1978; ders., Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, 1979; ders., Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, 1982; HENNIS, Demokratisierung, 1973.

listische Sichtbarkeit der konservativen Sprachkritik erhöhte die Verbreitung der Texte und verlieh den Thesen zusätzlichen Nachdruck. Hier erwies sich, wie eng Politik und Wissenschaft aneinandergerückt waren, aber auch wie stark sich die Politikwissenschaften seit 1968 politisiert und polarisiert hatten. An niemandem anders zeigte sich dies deutlicher als an Hans Maier, der 1970 das Amt des bayerischen Kultusministers im Kabinett von Alfons Goppel übernommen hatte. Zwar trat er der CSU erst im September 1973 bei,<sup>178</sup> aber sein Weg in die Politik war Signal genug. 1974 wurde er in den Parteivorstand gewählt und gewann schließlich 1978 für den Wahlkreis Günzburg ein Landtagsmandat.<sup>179</sup> Intellektuelle Sprachkritik und christdemokratische Sprachpolitik gingen Hand in Hand. Die intellektuelle Linke nahm den Fehdehandschuh schließlich auf und trat in den „Sprachkampf“ ein, da vor warnend, dass der von den Konservativen insinuierte „Kampf um die politischen Begriffe“ letzten Endes die „Liberalität unserer Republik“ gefährdete.<sup>180</sup> Beide Seiten also sahen die Freiheit bedroht. Die Rolle der Sprache in der Politik war zu einem Top-Thema des politischen Diskurses geworden. Parteipolitischer und intellektueller Diskurs waren so eng verzahnt wie selten zuvor in der Bundesrepublik.

Die Furcht vor einem revolutionären, marxistischen Umsturz motivierte die sprachkritischen Beiträge Maiers, Lübbes, Sontheimers, Schelskys und Hennis' und ließ die politischen Differenzen, v. a. im Falle Schelskys, in den Hintergrund treten. Von „1968“ ging ein starker Impuls zur Formierung eines intellektuellen liberalen Konservatismus in der Bundesrepublik aus.<sup>181</sup> Dieser wirkte auch parteipolitisch. Lübbe und Hennis brachen mit der Sozialdemokratie, in der sie bis dahin ihre politische Heimat gefunden hatten. Sontheimer trat aus der SPD zwar nicht aus, wahrte aber Distanz. Gleichzeitig bauten sich Kontakte zur Union auf. Schelsky dagegen, eine entscheidende Generation älter als Maier, Lübbe, Sontheimer und Hennis und als Schüler Arnold Gehlens im technokratischen Konservatismus vertreten, stand ohnehin der Union nahe. Dass diese fünf so verschiedenen *public intellectuals* in der aufgeheizten polarisierten Atmosphäre der 1970er Jahre als Gruppe wahrgenommen wurden, hatte seinen Grund allerdings in einer tiefen Übereinstimmung der Interpretation ihrer Gegenwart im Prisma politischer Sprache. Der intellektuelle liberale Konservatismus nach „1968“ wurzelte in der Sprachkritik.

Zum ersten einte die fünf Intellektuellen ihre Deutung des Sprachwandels als politisch induziert. Kontrolle über die Sprache bedeutete Macht, die Beeinflussung der politischen Sprache fungierte deshalb als Herrschaftstechnik. Insofern beinhaltete der Diskurs über die politische Sprache auch eine konservative Ortsbestimmung der Macht in der Demokratie. Sich selbst schrieben sie Neutralität zu, ihre eigene Sprachpolitik – und genau darum handelte es sich – negierten sie. Sie weigerten sich, den Streit um die Begriffe als Teil des demokratischen Diskur-

<sup>178</sup> Vgl. MAIER, Böse Jahre, gute Jahre, S. 250.

<sup>179</sup> Vgl. ebd., S. 241–264.

<sup>180</sup> DUVE, Vorbemerkung der Redaktion, 1976.

<sup>181</sup> Vgl. MOSES, German Intellectuals and the Nazi Past, S. 55–73; HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit; BAVAJ, Turning „Liberal Critics“.

ses zu akzeptieren, und kanonisierten die Bedeutungszuschreibungen, die sie selbst als richtig ansahen.

Zum zweiten operierten sie mit einem bewusst undifferenzierten Bild der ‚Linke‘, in dem die SPD als verlängerter Arm der marxistischen Revolution erschien, geradewegs dabei die Demokratie auszuhöhlen und ein sozialistisches Regime vorzubereiten. Die DDR und ihre Sprachpolitik dienten als warnendes Beispiel und lieferten eine Negativfolie.

Zum dritten präsentierten sie ein sprachpolitisches Narrativ der Geschichte der Bundesrepublik: Das Grundgesetz und die Adenauer-Jahre hätten nicht zuletzt durch das Engagement liberaler Intellektueller eine neue demokratische politische Sprache etabliert und damit eine entschiedenen Trennstrich unter die nationalsozialistische Sprache des „Unmensch“ gezogen. Auf dieser politischen Sprache, auf einer „Sprach- und Verständigungseinheit“<sup>182</sup> basierte die junge Demokratie im westdeutschen Teilstaat. Erst die Neue Linke und die Studentenbewegung hätten diesen sprachlichen Grundkonsens angegriffen und mithilfe der Massenmedien bewusst einen Sprachwandel in Gang gesetzt, der geradewegs in die sozialistische Diktatur führen sollte. Dieses Narrativ erwies sich als einflussreich – auch die linken Kritiker zweifelten es nicht an. Es basierte auf der Vorstellung, dass die politische Sprache der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1968 stabil geblieben und dass diese die politischen Realitäten abzubilden imstande gewesen sei. Es übersah die sprachlichen Unsicherheiten der frühen Republik, es ignorierte die sprachlichen Verunsicherungen unter konservativen Intellektuellen und in den Unionsparteien seit den späten 1950er Jahren und übersah die kulturellen und sozialen Antriebskräfte des seitdem feststellbaren Sprachwandels. Diese Lesart bundesrepublikanischer Sprachgeschichte wird in der sprachgeschichtlichen Literatur bis heute transportiert.<sup>183</sup>

Zum vierten argumentierten die konservativen Sprachkritiker, wie am Beispiel Maiers illustriert, vor der Folie Weimars. Orwells Dystopie *Nineteen Eighty-Four* stützte diese Bezugnahme. Zum fünften verteidigten sie die politischen Grundbegriffe der liberalen Demokratie, denen sie sich verbunden fühlten. Das galt für die vom Konsensliberalismus geprägten 1945er genauso wie für den älteren, 1912 geborenen Helmut Schelsky, der die westliche Demokratie erst nach 1945 zu akzeptieren gelernt hatte.<sup>184</sup> Ihr Demokratieverständnis kreiste um die demokratischen Institutionen, in deren Existenz allein sie eine Garantie für die Überlebensfähigkeit der jungen bundesrepublikanischen Demokratie gewahrten. Während Maier davon ausging, dass keine Institution ohne einen begrifflichen Grundkonsens funktionierte,<sup>185</sup> spitzte Schelsky diesen Konnex noch zu: „Alle Sprach- und Verständnisidentitäten“ seien „institutionell begründet“ und würden „nur so

<sup>182</sup> SCHELSKY, Herrschaft durch Sprache, 1979, S. 19.

<sup>183</sup> Vgl. WENGELO, 1968 – Eine Zäsur im politischen Sprachgebrauch?; ders., „1968“ als sprachgeschichtliche Zäsur; KÄMPER, Aspekte des Demokratiediskurses, S. 17.

<sup>184</sup> Zum Konsensliberalismus vgl. ANGSTER, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie; DOERING-MANTEUFFEL, Wie westlich sind die Deutschen?; ders., Westernisierung.

<sup>185</sup> Vgl. MAIER, Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, 1979, S. 41.

erhalten“.<sup>186</sup> „Eine politische Sprache, die wie bei der Linken alles in Prozesse, Abläufe, Entwicklungen umdeutet und in Strukturen nur jeweils das Moment der Unterdrückung und Erstarrung wahrnimmt, trägt tendenziell zur Auflösung solcher Strukturen bei“, unterstrich Sontheimer.<sup>187</sup> Erodierte das Einvernehmen über die politischen Begriffe, zerfielen die Institutionen, so die Argumentation.

Die Bedeutung, welche Lübbe, Maier, Sontheimer, Schelsky und Hennis der Sprache zumaßen, resultierte zugleich aus der Wertschätzung einer diskursiven Öffentlichkeit, allerdings nur eines bestimmten, gewissermaßen zivilisierten Typs. Immer wieder betonten sie, dass Dialog, dass ein konstruktives Ringen um die bessere Lösung nur möglich sei, wenn die Chancen auf Partizipation gleichmäßig verteilt sein würden, wenn also ein Setzkasten geteilter Begriffe vorläge. Besonders Hermann Lübbe strich die Notwendigkeit des politischen „Streits um Worte“ und seine Handlungsdimension heraus.<sup>188</sup> Kurt Sontheimer beklagte, dass die „Sprache, die ein Mittel der Verständigung, der Kommunikation sein“ sollte, „zum Selbstzweck, zur Selbstbefriedigung beim Hantieren mit aufgeblähten Begriffen [entarte]“.<sup>189</sup> Und Hans Maier rief dazu auf, jene linken „Sprachspiele zu entlarven, die in Wahrheit verweigerte Dialoge“ seien.<sup>190</sup> Demokratie lebte aus dem Disput, aber der war nur demokratisch, so das Argument, wenn nicht die einen die anderen sprachlos machten.

Zum sechsten waren die Texte des sprachkritischen Quintetts durchzogen von der Semantik der Sachlichkeit und Nüchternheit. Sie mahnten „Klarheit, Verständlichkeit und sprachliche Sauberkeit“ an<sup>191</sup> und stellten fest, dass „politische Sprache sich besonderer Nüchternheit zu befleißigen habe, dass sie ein Instrument sachlicher Beschreibung der Realität sei“.<sup>192</sup> Die Sprache der Linken wurde dagegen als emotional, mit Zukunftsverheißen überladen, wirklichkeitsfremd, abstrakt und überhitzt dargestellt, die in letzter Konsequenz in Gewalt umschlagen müsse. Dass sich dieser Duktus der Nüchternheit aus dem Selbstverständnis der konservativen Sprachkritiker speiste, wurde in einem veröffentlichten Briefwechsel Hans Maiers mit Heinrich Böll augenscheinlich. In Maiers Augen verbarg sich dahinter eine generationelle Komponente:

Dass meine (Zwischen)generation in der Tat ein wenig emotionsscheu ist, haben Sie richtig gesehen. Einmal erleben wir heute so viele Menschen in aller Welt, die ihr Herz ‚aus der Mündung der Pistole‘ sprechen lassen, dass Zurückhaltung eine vielleicht doch verteidigenswerte Haltung sein kann.<sup>193</sup>

<sup>186</sup> SCHELSKY, Herrschaft durch Sprache, 1979, S. 21.

<sup>187</sup> SONTHEIMER, Die Sprache linker Theorie, 1979, S. 58.

<sup>188</sup> Vgl. LÜBBE, Der Streit um Worte, 1967.

<sup>189</sup> KURT SONTHEIMER, Umgang mit Worten, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 21. 3. 1975.

<sup>190</sup> MAIER, Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, 1979, S. 43.

<sup>191</sup> Vgl. KURT SONTHEIMER, Umgang mit Worten, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 21. 3. 1975.

<sup>192</sup> HANS MAIER, Sie trommelten ein bösartiges Deutsch, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 18. 3. 1977.

<sup>193</sup> Hans Maier an Heinrich Böll, 26. 1. 1975, abgedruckt in: MAIER, Sprache und Politik, 1977, S. 34–39, hier S. 37–38.

Diese Selbstbeschreibung liest sich wie ein zustimmender Kommentar zu Schelskys These des Jahres 1957, als er die „Jugend“ seiner Zeit als „skeptische Generation“ charakterisiert hatte.<sup>194</sup> Sie diente in den aufgeheizten späten 1960er und frühen 1970er Jahren gerade jenen Intellektuellen, die sich als Liberale verstanden hatten und nun von der Jugend ihrer Zeit infrage gestellt wurden, der identitären Selbstversicherung.<sup>195</sup> Sie evozierte einen Politikstil, der als *nüchtern, sachlich, antiutopisch, pragmatisch* oder *realistisch* beschrieben wurde und damit Schlüsselbegriffe des semantischen Netzes um den Konservatismusbegriff zitierte. Zugleich verband sie sich mit einer Idealisierung der Sprache der Adenauer-Zeit.<sup>196</sup> Dass allerdings Schelsky, der Stichwortgeber der „skeptischen Generation“, sich in seinen wütenden Beiträgen der 1970er Jahre alles andere als einen Stil der Nüchternheit pflegte, vertrug sich kaum mit dieser Selbstbeschreibung und setzte ihn um ein Weiteres von Maier, Hennis, Lübbe und Sontheimer ab.<sup>197</sup>

Mit der Konstruktion eines spezifischen Politikstils verband sich, siebtens und letztens, ein wissenschaftstheoretisches Argument, das an die Semantiktheorie Niklas Luhmanns erinnert.<sup>198</sup> Begriffe der sozialwissenschaftlichen Fachsprache, besonders linker Theoriebildung, würden aus ihren Zusammenhängen gelöst und in die politische Sprache quasi importiert. Schon im wissenschaftlichen Diskurs, so Sontheimer, mache die „Sprache linker Theorie“ Diskussion nahezu unmöglich. In ihr verbinde sich ein „vielfach [...] höchst spekulatives, in die Schlüsselwörter oder Schlüsseltheoreme eingepasstes Element mit einer extrem künstlichen, bombastisch klingenden, von Fremdwörtern vollgestopften Ausdrucksweise“.<sup>199</sup> Im politischen Diskurs manipuliere diese sozialwissenschaftliche „Kunstsprache“ die Wirklichkeit und entstelle die politischen Begriffe. Politik bedürfe einer eigenen Sprache, genauso wie die Wissenschaften ihrer Fachsprachen. Die Okkupation der politischen Sprache durch den „Jargon“ linker Theorie führe nicht nur zu einer Aushöhlung politischer Begriffe, sondern auch zur „Abnützung der wissenschaftlichen Sprache“, so Schelsky. Wissenschaftliche Kategorien verkämen zu „Leerformeln“.<sup>200</sup> Die Sprache der Politik und die Sprache der Wissenschaft seien säuberlich zu trennen, in ihren jeweiligen Systemen zu belassen. Auch dies sollte die politische Sprache der Demokratie schützen und der jungen Republik die Stabilität geben, die sie so dringend nötig hatte. Dass die konservativen Sprachkritiker indes nicht weniger Sprachpolitik betrieben als ihr linkes Gegenüber, das reflektierten sie nicht.

<sup>194</sup> Vgl. SCHELSKY, Die skeptische Generation, 1957; zur Rezeption vgl. KERSTING, Helmut Schelskys „Skeptische Generation“ von 1957, bes. S. 492–495.

<sup>195</sup> Vgl. WEHRS, Protest der Professoren, S. 141–147.

<sup>196</sup> Vgl. z. B. Hans Maier an Heinrich Böll, 26. 1. 1975, abgedruckt in: MAIER, Sprache und Politik, 1977, S. 34–39, hier S. 36.

<sup>197</sup> Vgl. z. B. SCHELSKY, Die Arbeit tun die anderen, 1975; siehe dazu unten S. 260, 267–268 und 271.

<sup>198</sup> Vgl. zusammenfassend KIRCHMEIER, Semantik.

<sup>199</sup> SONTHEIMER, Das Elend unserer Intellektuellen, 1976, S. 249.

<sup>200</sup> SCHELSKY, Herrschaft durch Sprache, 1979, S. 26–27.

### 3.4. „1968“, 1969 und die Neuformulierung politischer Sprachen des Konservativen

Die Stärke der Linken, ob nun intellektuell oder parteipolitisch, forderte all jene, die ihr kritisch gegenüberstanden, heraus. Der Eindruck, dass die Linke sich der Sprache bemächtigt hatte, war omnipräsent. So glaubten jene Intellektuellen, die sich als *konservativ* verstanden, genauso wie die CDU und die CSU die Deutungshoheit über die Sprache zurückgewinnen zu müssen. Es folgten weitreichende und mitunter äußerst konfliktäre Debatten um die Begriffe, die im Folgenden im Zentrum stehen werden. Unter den Intellektuellen konzentrierten sie sich auf den Konservatismusbegriff, in den Unionsparteien spitzte sich die schwierige semantische Situation in den 1970er Jahren noch zu. Im Kampf um die Begriffe rangen sie nicht nur um die Macht, sondern vor allem auch um ihre Identität.

#### 3.4.1. Im „Kampf ums Heißen“. Intellektueller Konservatismus aus liberalem Geiste

An einigen wenigen Begriffen exemplifizierten die konservativen Sprachkritiker ihre These von der linken Manipulation der politischen Sprache: etwa an *Gesellschaft*, *Emanzipation*, *Frustration*, *Demokratie*, *Sozialstaat* oder *Freiheit*. Hermann Lübbe wählte 1974 den Konservatismusbegriff. Dass dies keine zufällige Wahl war, wird dieses Kapitel zeigen. Denn *konservativ* wurde zu einem kohäsiven Begriff für all jene Intellektuellen, die sich nach ‚1968‘ berufen glaubten, einen Konservatismus aus liberalem Geiste zu formulieren und in der politischen Landschaft der Bundesrepublik zu verankern. An diesem schwierigen Begriff der politischen Sprache der Bundesrepublik arbeiteten sie sich in einem „Kampf ums Heißen“, wie Lübbe formulierte,<sup>1</sup> regelrecht ab. Die 1970er Jahre waren von erbitterten intellektuellen Auseinandersetzungen um den Konservatismusbegriff durchzogen, die einer ausführlichen Betrachtung wert sind und die in ihrer Bedeutung für die Geschichte der politischen Sprache in der Bundesrepublik kaum überschätzt werden können.

Hermann Lübbe griff *konservativ* auf, um gerade nicht den Erfolg, sondern die Unberechenbarkeit von Begriffspolitik zu demonstrieren. Im „Kampf ums Heißen“ sei der recht vage Begriff *konservativ* seit 1969 von „extrem linke[n] Randgruppen in den Regierungsparteien“ als Feindbezeichnung aufgegriffen und dessen Bedeutung im Sinne einer Verteidigung „illegitimen Privilegienbesitz[es]“ geschärfzt worden. Bald, so Lübbe, wollte niemand mehr als *konservativ* bezeichnet werden – die linke Wortgebrauchsstrategie schien aufzugehen. Allerdings seien die „Rand-Linken“ dann dazu übergegangen, so Lübbe weiter, Vertreter der „Linken Mitte als Konservative anzugreifen“, was die Begriffsbedeutung verschwimmen ließ und letztlich die Benennung ad absurdum führte. Diese „Benennungskampagne“ sei dann schnell zusammengebrochen und die „Angst, ein

<sup>1</sup> LÜBBE, Sein und Heißen, 1975, S. 141.

Konservativer zu heißen“ verschwunden. Damit sei der Weg frei gewesen für eine abermalige Bedeutungsverschiebung, die Lübbe gegenwärtig zu beobachten glaubte. *Konservativ* stehe nun für „eine Politik gemäß explizierbaren Grundsätzen praktischer Vernunft [...], die die Mehrheit jedem, nur nicht den Rand-Liniken oder sonstigen Extremisten zuerkennt“. Der Bedeutungshorizont habe sich abermals geweitet und schließlich sei „das, was einer ist, wenn er nunmehr ein Konservativer heißt“, ausgetauscht worden.<sup>2</sup> Sprache entziehe sich also doch zu einem gewissen Maße der politischen Kontrolle, meinte Lübbe, wenn er solche „nicht-intendierte[n] Nebenwirkungen“ im „Kampf ums Heißen“ vorführte.<sup>3</sup>

Lübbes Analyse der Bedeutungsverschiebungen des Konservatismusbegriffs rührte dabei sicherlich auch aus seiner eigenen, ganz persönlichen Geschichte im „Kampf ums Heißen“. Als SPD-Mitglied und ehemaliger Staatssekretär im Kultusministerium und dann der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen (1966–1970) in der sozialliberalen Regierung unter Heinz Kühn gehörte Lübbe zu eben jenen „liberal-kritischen Hochschullehrern“, die seit 1968 zunehmend von ihrer Partei abgerückt und zu Konservativen geworden waren.<sup>4</sup> Die Bezeichnung *Konservativer*, die zunächst Fremdzuschreibung gewesen war, griff Lübbe selbstbewusst auf – und suchte sie, ganz Strategie im „Kampf ums Heißen“, nach seiner Fasson zu füllen.

Dafür bot sich der kulturpolitische Kommentar im Juni 1974 an, um den er vom Deutschlandfunk gebeten worden war und der nach seiner Aussendung sowohl von der *Welt* als auch von den *Gesellschaftspolitischen Kommentaren* in Schriftform publiziert wurde.<sup>5</sup> Mit seinen Thesen um den Konservatismusbegriff im „Kampf ums Heißen“ hatte Lübbe den Beitrag begonnen, mit seiner Definition des Konservativen beschloss er ihn. Lübbe betrieb bewusste Begriffspolitik. In der Gegenwart gehe es dem Konservativen nicht mehr darum, den Fortschritt aufzuhalten, sondern um die Bewältigung von dessen „Nebenfolgen“. Wenn „Unersetzliches“ in Gefahr sei zu verschwinden, wenn dieses also „bedroht“ und außerdem „unentbehrlich“ sei, dann müsse konservatives Handeln einsetzen. Gegenwärtig stelle sich daher die Frage, „was wir tun müssen, um auch in der Zukunft, die längst begonnen hat, menschenwürdig leben zu können“. Plausibel klang Lübbes ernste Mahnung im Jahr 1974, da auf dem Höhepunkt der ersten Ölpreiskrise Prognosen von den „Grenzen des Wachstums“ und Kassandrauf, die vor der Zerstörung des Planeten warnten, ubiquitär waren.<sup>6</sup> So brauchte Lübbe nur den „Umweltschutz“ zu zitieren, um sein Publikum auf die Ambivalenzen des Fort-

<sup>2</sup> Ebd., S. 147–148.

<sup>3</sup> Ebd., S. 146–147.

<sup>4</sup> Vgl. BAVAJ, Verunsicherte Demokratisierer; ders., Das Trauma von „1968“; ders., Turning „Liberal Critics“; HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit, bes. S. 94–134.

<sup>5</sup> Vgl. HERMANN LÜBBE, Wer ist konservativ?, in: DIE WELT, 6. 7. 1974; ders., Wer ist konservativ?, 1974.

<sup>6</sup> Vgl. HÜNEMÖRDER, Cassandra im modernen Gewand; ders., 1972 – Epochenschwelle der Umweltgeschichte?; SEEFRIED, Towards the Limits of Growth; dies., Zukünfte, S. ?; ENGELS, Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 294–299; die Bedeutung dieses Diskurses relativiert GRAF, Öl und Souveränität, S. 378–384.

schrifts hinzuweisen. Denn auch der Fortschrittsbegriff hatte zu Beginn der 1970er Jahre eine bemerkenswerte Veränderung erfahren, wie unten deutlich werden wird.

Vor diesem Hintergrund also formulierte Lübbe vier „konservative Verhaltensmuster“, die für ihn die „Charakteristik konservativen Handelns“ ausmachten. Zuerst verwies *konservativ* auf eine „Kultur der Trauer über die Verluste an unverbringlich Gutem, die der Fortschritt kostet“ – dies implizierte keine Absage an den Fortschritt, sondern eine Anerkennung seiner Unausweichlichkeit. Darauf folgte, zweitens, dass Konservative sich der „Bewahrung des Unverzichtbaren“ vor allen Gefährdungen zu verschreiben hatten. Dafür war eine grundsätzliche Offenheit für Veränderung nötig, insofern als sich das als unverzichtbar Bewertete nur bewahren ließe, wenn es den jeweiligen „Umständen“ angepasst würde. Mit dem Hinweis auf die englische Glorious Revolution kalkulierte Lübbe dabei auch einen revolutionären Umschlag ein. Allerdings diente Revolution in Lübbes konservativer Charakteristik nicht dem Wiederherstellen des Ewigen, wie dies für das Denken der Weimarer neuen Rechten, der ‚konservativen Revolution‘, einschlägig war, sondern allein der Veränderung der Umstände zur Fortführung des Bestehenden. Ob diese Spitzfindigkeiten von jedem verstanden wurden, daran lässt sich zweifeln, zumal der Revolutionsbegriff eben jene semantischen Netze aktualisierte, von denen Lübbe bemüht war seinen Konservatismusbegriff abzugrenzen. Zum dritten führte Lübbe eine Beweislastverteilungsregel ein, nach der nicht das Festhalten am Bestehenden, sondern „der Fortschritt“ begründungsbedürftig sei. Viertens argumentierte Lübbe, dass sich das Konservative dadurch auszeichnete, dass es utopischem Denken abhold sei und sich stattdessen der „Katastrophenvorbeugung“ widmete. Diese Grundsätze des politischen Handelns erschienen ihm als „vernünftig“ – also der aufklärerischen Rationalität entsprechend. Das wiederum, so folgerte er, würde diejenigen in Bedrängnis bringen, die es partout ablehnten, *konservativ* genannt zu werden. Denn sie stünden damit auf gerade jener Seite, auf der sie sich keinesfalls sehen wollten: der Seite von Unvernunft und Irrationalität.<sup>7</sup> Konservatismus als Praxis der Vernunft, auf diese Formel lässt sich Lübbes Entwurf bringen. Wieder und wieder sollte er in den folgenden fünfzehn Jahren diese These wiederholen, in der Absicht den liberalen Bedeutungshorizont des Konservatismusbegriffs zu stärken.<sup>8</sup>

Seine Bedeutungsbestimmung des Konservativen war ein bewusster begriffs-politischer Akt, und ebenso sprachpolitisch verstand mit Kurt Sontheimer ein weiteres Mitglied des sprachkritischen Quintetts die Neubewertung des Konservativen, die seit 1970 die publizistische Öffentlichkeit beschäftigte und 1974/75 ihren Höhepunkt erlebte. In der Tat: Das Wesen des Konservativen hielt die intellektuelle Öffentlichkeit der Bundesrepublik über mehrere Jahre in Atem. In großer Zahl wurden individuelle Beiträge in Zeitungen, Zeitschriften und auch in Hör-

<sup>7</sup> LÜBBE, Wer ist konservativ?, 1974.

<sup>8</sup> Vgl. z. B. LÜBBE, Konservativ – ein Wort im Streit, 1981; ders., „Neo-Konservative“ in der Kritik, 1983; ders., Vernunft als konservative Instanz, 1983; ders., Konservativismus in Deutschland – gestern und heute, 1987.

funk und Fernsehen publiziert, Tagungen und Diskussionsrunden veranstaltet und wissenschaftliche Abhandlungen diskutiert. Intellektuelle, die zuvor nicht als Interpreten des Konservativen in Erscheinung getreten waren, schalteten sich ein, Politiker suchten das Konservative zu bestimmen, Journalisten interpretierten das Phänomen, Zeitschriften wurden gegründet. Die 1970er Jahre zeigten einen intensiven Diskurs um das Konservative in der Bundesrepublik, in dem im Kern um die Bedeutungsgehalte des Konservatismusbegriffs gestritten wurde.

Der 1970 von Professoren als Plattform hochschulpolitischen Protests gegründete Bund Freiheit der Wissenschaft wurde von den linksliberalen Medien schnell als organisatorische Basis einer „konservative[n] Fronde“ wahrgenommen.<sup>9</sup> Aber auch extremere Einordnungen waren zu lesen bzw. zu hören: die Kultursendung *Titel, Thesen, Temperamente* des Hessischen Rundfunks warnte vor der internationalen Formierung einer „rechte[n] Front“, Wolf Lepenies meinte, „dreiviertel der [auf dem Gründungskongress] in Bad Godesberg Versammelten als ‚akademische NPD‘ bezeichnen zu können“ und die äußerste Linke der Bundesrepublik sah, in den Worten Wolfgang Abendroths, die „Harzburger Front unseligen Ange denkens [...] wieder im Entstehen“.<sup>10</sup> Dabei hatten die Initiatoren des Bundes Freiheit der Wissenschaft alle Versuche der Etikettierung von sich gewiesen. Der Bund werde zu einer Zeit aus der Taufe gehoben, in der „der alte Gegensatz zwischen ‚Konservativen‘ und ‚Reformern‘ in hochschulpolitischen Fragen überholt“ sei,<sup>11</sup> man strebe ein „überparteiliches Bündnis der Demokraten“ an.<sup>12</sup> Denn zu schützen gelte es Verfassung und Demokratie, so dass diejenigen, die sich dafür einsetzen und insofern tatsächlich eine (eigentlich charakteristisch konservative) reaktive Gegenposition einnähmen, für die Ideale der Aufklärung einträten.

Diejenigen, welche die ‚Kritik‘ zur Waffe eines Dogmas und die Hochschulreform zum Instrument der Verfassungsfeindlichkeit machen, haben guten Grund, über Reaktion zu schreiben. Vernunft ist eine Reaktion gegen Unvernunft, Staat eine Reaktion gegen Anarchie, Wissenschaft eine Reaktion gegen bloße Emotion oder prätentiöse Absolutheitsansprüche.<sup>13</sup>

Diese sprachpolitische Strategie ging in der polarisierten politischen Kultur der Bundesrepublik am Eingang der 1970er Jahre nicht auf. Das lag nicht nur an den ‚linken‘ Zuschreibungen, sondern auch am Auftreten der Wortführer des Bundes, die sich – abgesehen von Richard Löwenthal – deutlich gegen die Hochschulreformpolitik der SPD positionierten.<sup>14</sup> Helmut Schelsky fungierte, in den Worten Nikolai Wehrs, als „abwesender Stichwortgeber“.<sup>15</sup> Mit Hans Maier gehörte darü-

<sup>9</sup> Zum Bund Freiheit der Wissenschaft vgl. die vorzügliche Studie WEHRS, Protest der Professoren.

<sup>10</sup> Alle Zitate nach ebd., S. 179 (Lepenies), 189–192. Für die Artikel vgl. WOLF LEPENIES, Leserbrief: Nach McCarthys Taktik, in: DIE ZEIT, 18. 12. 1970; Alte Absicht, in: DER SPIEGEL, 23. 11. 1970; WOLFGANG ABENDROTH, Harzburger Front ist neu im entstehen, in: DRUCK UND PAPIER, 22. 2. 1971.

<sup>11</sup> BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT, Gründungsauf ruf, 1970, S. 10

<sup>12</sup> Zitiert in WEHRS, Protest der Professoren, S. 195.

<sup>13</sup> BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT, Gründungsauf ruf, 1970, S. 10.

<sup>14</sup> Zum Verhältnis des Bundes Freiheit der Wissenschaft zur SPD vgl. WEHRS, Protest der Professoren, S. 242–248.

<sup>15</sup> WEHRS, Auf der Suche nach einem „Pronunciamento“, S. 120–124.

ber hinaus der bayerische CSU-Kultusminister zu den Initiatoren und engagiertesten Vertretern des Bundes, und der kulturpolitisch profilierte SPD-Mann Hermann Lübbe erwies sich nun wahrlich nicht als Verteidiger sozialdemokratischer Hochschulpolitik – genauso wenig wie der einstige SPD-Sympathisant Erwin Scheuch oder wie Wilhelm Hennis, der 1970 die Partei verließ.<sup>16</sup> Neben Löwenthal suchte allein Thomas Nipperdey noch bis Mitte der 1970er Jahre eine sozialdemokratische Stimme im Bund Freiheit der Wissenschaft zu organisieren.<sup>17</sup>

Dass drei der Exponenten der konservativen Sprachkritik der 1970er Jahre sich dort engagierten, trug einerseits dazu bei, dass sie ihre Positionen nicht nur ausformulierten, sondern im antilinken Schulterschluss auch zuspitzten. Bereits bei der Gründung des Bundes wurden sprachkritische Argumente im Rahmen des Demokratie-Diskurses vorgebracht. So appellierte Maier an die Gründungsversammlung, „das Kinder-Verwirrspiel der falschen Begriffe auf[zu]lösen“, um die „Realität“ der hochschulpolitischen Situation überhaupt offenlegen zu können,<sup>18</sup> und Lübbe machte es dem Bund zur Aufgabe, „für die Richtigkeit der elementaren Begriffe und Grundsätze“ der Demokratie einzutreten.<sup>19</sup> Andererseits sorgte das Engagement im Bund Freiheit der Wissenschaft dafür, dass Hennis', Maiers und Lübbes sprachkritische Interventionen sowohl als *konservativ* verstanden als auch als konzentrierte Aktion wahrgenommen wurden. Durch die Plattform des Bundes Freiheit der Wissenschaft, die sie bewusst nutzten, verfestigte sich das Etikett *konservativ*, das sie nicht nur umgehängt bekamen, sondern in den nächsten Jahren offensiv zu Schilde trugen. Ihre Äußerungen, ihre Gedanken, ihre Entwürfe politischen Denkens wurden unter *konservativ* verbucht. Im Diskurs um das Konservative bedeutete dies eine nicht zu unterschätzende Deutungsmacht.

Die Hintergrundfolie dieses Diskurses bildete die Diagnose eines gewandelten *Zeitgeistes*, wahrgenommen als ein Abschiednehmen von den revolutionären Entwürfen der Studentenbewegung und eine Sehnsucht nach Stabilität und Tradition. Die siebziger Jahre, behauptete der Journalist Leonhard Reinisch 1972 in *Merkur*, werden „das Jahrzehnt des neuen Konservatismus“ sein.<sup>20</sup> Die Linke stellte diese Diagnose mit Besorgnis, die Konservativen dagegen hoffnungsvoll und in der Absicht, die Entwicklung voranzutreiben. Sie erhielt umso mehr Relevanz, als sie zeitgleich mit einer oft ökologisch fundierten Kritik an unhinterfragtem wissenschaftlichen Fortschritt wie grenzenlosem Wirtschaftswachstum in die massenmediale Öffentlichkeit drang.<sup>21</sup> Dazu kam, dass sich eine ökonomische Krise am Horizont abzeichnete, der Zusammenbruch des 1944 installierten Wäh-

<sup>16</sup> WEHRS, Protest der Professoren, S. 457.

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 464–466.

<sup>18</sup> MAIER, Ein neuer Anfang, 1970, S. 14.

<sup>19</sup> LÜBBE, Was zu tun ist, 1970, S. 75.

<sup>20</sup> REINISCH, Wiederkehr des konservativen Denkens?, 1972.

<sup>21</sup> Vgl. ENGELS, Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 209–399; SEEFRIED, Zukünfte, S. 255–292.

Der *Spiegel* läutete das neue Jahrzehnt etwa mit einer fortschritts- und wachstumsskeptischen Analyse ein: Ritt auf dem Tiger, in: DER SPIEGEL, 5. 1. 1970. Ich bedanke mich bei Elke Seefried für diesen Hinweis.

rungssystems von Bretton Woods 1973 und die Ölpreiskrise das Ende einer Epoche exzeptionellen Wachstums zu künden schienen.<sup>22</sup> Seit 1970 entfaltete sich ein polyvalenter Krisendiskurs, der schließlich 1973 in der Rezeption der zukunftsüsteren Studie *The Limits to Growth* des Club of Rome, einem international agierenden, elitären und von der Zukunftsforschung geprägten Think-Tank, seinen Höhepunkt erlebte.<sup>23</sup> Der baldige Umweltkollaps und das Ende der Menschheit wurden an die Wand gemalt, sollte das wirtschaftliche Wachstum nicht enorm gezügelt werden. Als die Ölpreiskrise 1973/74 schließlich die energiepolitische Verletzlichkeit der westlichen Industriestaaten weit über die Kreise der Energieexperten hinaus einer breiten Öffentlichkeit offenbarte, klärten sich sowohl die Begriffe (vor allem der Wachstumsbegriff erfuhr eine Qualifikation<sup>24</sup>), als sich auch zum Teil völlig entgegengesetzte Krisenlösungsszenarien verfestigten. Während die einen Wachstumskritik propagierten, setzten die anderen auf eine Ankurbelung des Wachstums zur Bewältigung der Probleme.<sup>25</sup> In nuce war der Krisendiskurs der frühen 1970er Jahre Ausdruck eines Zweifels am Paradigma des Fortschritts, letztlich ein Diskurs um die Ordnung der Zeitdimensionen. Gerade deshalb waren konservative Argumente anschlussfähig, mehr noch, die Krisenrhetorik wurde von Konservativen nur zu gern benutzt, stützte sie doch nur zu plastisch die eigene Position.<sup>26</sup>

Die Krisenrhetorik gipfelte in der zögerlichen, dann zunehmend selbstbewussten Diagnose einer *Tendenzwende*.<sup>27</sup> Der Begriff, der zunächst als Schreibungsbummel verwendet wurde, also keine Eigenbezeichnung war, wurde von Beginn an mit dem Konservatismusbegriff verschweißt. Im März 1974 konstatierte Rolf Zundel, regierungsaffiner Journalist der *Zeit*, einen allgemeinen Umschwung hin zum Konservativen und kennzeichnete diesen „stabiles, bundesweiten Trend“ als *Tendenzwende*. „Man trägt wieder konservativ“, lautete die Überschrift von Zundels Gegenwartsanalyse in bewusst modisch klingender Sprache.<sup>28</sup> Als modisch erwies sich dann auch der Begriff, der im Laufe des Jahres von dem Publizisten Gerd-Klaus Kaltenbrunner in programmatischer Absicht aufgegriffen wurde und gleich den Untertitel des ersten Bandes seiner bei Herder verlegten Taschenbuchreihe *initiative* bestimmte.<sup>29</sup> Sein „Plädoyer für die Vernunft“ wollte Kaltenbrunner als Krisenlösungsstrategie verstanden wissen, ging der Band doch von einer gegenwärtigen „Krise der westlichen Gesellschaften“ aus, die „vor

<sup>22</sup> Vgl. im konzisen Überblick HERBERT, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S. 887–903.

<sup>23</sup> Vgl. SEEFRIED, Towards the Limits of Growth.

<sup>24</sup> Vgl. die Unterscheidung in „quantitatives“ und „qualitatives Wachstum“, dazu SEEFRIED, Zukünfte, S. 255–292.

<sup>25</sup> Vgl. GRAF, Öl und Souveränität, S. 378–384; MENDE, „Nicht rechts“, S. 297–298.

<sup>26</sup> Vgl. z. B. KLETT, Konservativ, 1971; TOPITSCH, Aufgeklärter und unaufgeklärter Konservatismus, 1977.

<sup>27</sup> Zum Tendenzwendediskurs vgl. HOERES, Von der „Tendenzwende“.

<sup>28</sup> ROLF ZUNDEL, Man trägt wieder konservativ, in: DIE ZEIT, 29.3.1974. Zur weiteren Wirkung vgl. beispielsweise nur ALEXANDER SCHWAN, Seifenblasen oder Tiefenströmung. „Signale einer Tendenzwende“: Die konservative Revolution der Aufgeklärten, in: DIE ZEIT, 17.9.1976.

<sup>29</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Plädoyer für die Vernunft, 1974.

allem“ eine „Krise der Vernunft“ sei.<sup>30</sup> Die *Tendenzwende* zur Vernunft versprach einen Ausweg aus dieser Krise. Krisenrhetorik und Tendenzwendebegriff waren in der konservativen Selbstbeschreibung untrennbar miteinander verbunden.

Diese semantische Allianz festigte eine Tagung der Bayerischen Akademie der schönen Künste, die im November 1974 unter dem verhalten fragenden Titel *Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik* in München stattfand. Mit Hermann Lübbe, Hans Maier, Golo Mann sowie Robert Spaemann gehörten vier der sechs Vortragenden zu jenen Intellektuellen, die sich seit 1970 als Konservative profiliert hatten.<sup>31</sup> Sie gehörten auch zum Vorbereitungskreis der Tagung um den baden-württembergischen Kultusminister Wilhelm Hahn, die so öffentlichkeitswirksam wie irgend möglich und mittels gezielter Einladungspolitik als so geistig bedeutsam wie nur denkbar inszeniert wurde.<sup>32</sup> Als der Band zur Tagung schließlich ein halbes Jahr später publiziert wurde, reflektierte der Verleger Ernst Klett – der ja 1971 selbst mit seiner Hoffnung auf eine konservative Wende an die Öffentlichkeit getreten war – recht verwundert die explosionsartige Verbreitung des Begriffs der *Tendenzwende*, die, so sein Fazit, dazu geführt hatte, dass er als analytisches Instrument untauglich geworden sei. Ob er als ein solches jemals fungiert hatte, darf bezweifelt werden. Bereits der FAZ-Journalist Hermann Rudolph, der dem Konservativen gegenüber durchaus aufgeschlossen war, hatte im Nachgang der Münchner Tagung die „Erklärungskraft“ dieser durchaus nahe liegenden „Denkfigur“ nicht allzu hoch veranschlagt.<sup>33</sup> Der Begriff sei „als Worthure durchs Land“ gelaufen, resümierte Klett, „gefährlich jedem, der irgend etwas anders haben wollte und der meinte, dieses andere sei schon in Sicht“.<sup>34</sup>

In der Tat wurde *Tendenzwende* zum „Wort der Stunde“.<sup>35</sup> Letztlich wurden unter dem Begriff alle Phänomene subsumiert, die einen Umschwung hin zum Konservativen anzusegnen schienen.<sup>36</sup> Den „Konservativen regnet es Sterntaler in die Schürze“, meinte Rolf Zundel am Ende des Jahres 1974, die *Tendenzwende* sei offensichtlich „mehr als Einbildung“.<sup>37</sup> Dabei war der Wortgebrauch bei denen, die so bezeichnet wurden, auffällig geringer als bei denen, die bemüht waren, sich von einer konservativen *Tendenzwende* abzugrenzen.<sup>38</sup> Paradoyer Weise trugen

<sup>30</sup> KALTENBRUNNER, Vorwort des Herausgebers, 1974, S. 8.

<sup>31</sup> Vgl. LÜBBE, Fortschritt als Orientierungsproblem im Spiegel politischer Gegenwartssprache, 1975; MANN, Die alte und die neue Historie, 1975; MAIER, Kunst und Zeit, 1975; SPAEMANN, Emanzipation – ein Bildungsziel?, 1975.

<sup>32</sup> Vgl. dazu im Rückblick HAHN, Ich stehe dazu, 1981, S. 232–237; zur Bildungspolitik Hahns in Baden-Württemberg vgl. PAULUS, „Konservativ und fortschriftlich zugleich“, S. 163–177.

<sup>33</sup> HERMANN RUDOLPH, Themenwechsel oder Tendenzwende? Symposion in der Bayerischen Akademie der schönen Künste, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 30. 11. 1974.

<sup>34</sup> KLETT, Vorwort, 1975, S. 5.

<sup>35</sup> HERMANN RUDOLPH, Tendenzwende – und was daraus wurde, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 1. 7. 1977.

<sup>36</sup> Vgl. HOERES, Von der „Tendenzwende“, S. 98.

<sup>37</sup> ROLF ZUNDEL, Tendenzwende – mehr als Einbildung. Den Konservativen regnet es Sterntaler in die Schürze, in: DIE ZEIT, 13. 12. 1974.

<sup>38</sup> Zur Begriffsverwendung auf der Linken vgl. z. B. GLASER, Die Mitte und rechts davon, 1974; GRUBE und RICHTER, Einleitung, 1974; GREIFFENHAGEN, Freiheit gegen Gleichheit?, 1975;

letztere so zur Profilierung des Phänomens entscheidend bei – dass die Sterntaler in die Schürze der Konservativen tatsächlich auch fielen, hatte viel mit der medialen Aufmerksamkeit zu tun, die konservative Positionierungen aller Art, etikettiert als *Tendenzwende*, plötzlich erhielten.

Jene, die sich um die Formulierung eines neuen Konservatismus bemühten, verwendeten den Begriff, wie gesagt, zurückhaltend. Kurt Sontheimer benutzte ihn 1977 noch, um seiner Beobachtung über den „Verlust der Zukunft“ in der Gegenwart Gewicht zu verleihen. „Die Tendenzwende“, meinte er, „war ein Ausdruck dafür, dass Zukunft ihre befeuernde Kraft eingebüßt hatte.“ Sontheimers Begriffsverwendung schöpfte noch aus der konservativen Kriseninterpretation – eine utopische Überladung des Zukunftshorizonts wurde in diesem Fall als dafür ursächlich angeführt.<sup>39</sup> Dagegen enthielt für Robert Spaemann der Begriff zu viel Missverständliches: „Das Gerechte und Vernünftige liegt selten in Tendenzen oder gewendeten Tendenzen, allenfalls in der Tatsache der gelegentlichen Wende als solcher, in welcher die Tendenzen ‚einander Buße zahlen für das Unrecht‘“.<sup>40</sup>

Wie sehr der Begriff am Ende der 1970er Jahre als Zuschreibungs begriff in kritischer Absicht funktionierte, wurde deutlich am bildungspolitischen Kongress *Mut zur Erziehung*,<sup>41</sup> der 1978 unter der Federführung Wilhelm Hahns organisiert wurde und als Nachfolgetagung zur Münchener *Tendenzwende*-Veranstaltung des Jahres 1974 galt – und mittels dieses Begriffs auch beschrieben wurde. Auch wenn der Begriff den Konservativen schnell als verbraucht galt, auch wenn sie an dessen kurzer Halbwertzeit ihre Krisendiagnose, die eben auch eine Krise der Sprache implizierte, noch einmal bestätigt glaubten, so sorgte er doch sehr erfolgreich dafür, das konservative Deutungsmuster einer fulminanten Krise linken Denkens im breiten öffentlichen Diskurs zu etablieren. Allerdings spannte der Begriff auch einen – positiv wie negativ zu lesenden – Erwartungshorizont auf, der die Konservativen bis weit in den 1980er Jahren hinein begleiten sollte.<sup>42</sup>

Bis zur Mitte der 1970er Jahre dagegen sprachen die Konservativen über ihre Gegenwart aus der Perspektive der Krise. So glaubte Kurt Sontheimer 1974 eine „Mischung aus Resignation und Reaktion“ zu gewärtigen. Die Ursachen dafür fand er nicht in Rezession oder Ölpreiskrise, sondern in der utopischen Überladung der politischen Sprache, deren theoretisierende „Formeln“ nur noch „verbraucht“ wirkten. Sie seien an ihrer „Feindlichkeit gegenüber der Erfahrung gescheitert“ und letztlich an der Wirklichkeit zerschellt. Die Folge sei Verunsicherung allenthalben, die sich in einem konservativen Bedürfnis manifestiere. Das begrüßte Sontheimer, doch plädierte er dafür, den Impuls der „radikalisierenden

FETSCHER, Was ist schlecht an der „Leistungsgesellschaft“?, 1976; ders., Widersprüche im Neokonservativismus, 1980, GREBING, Erneuerung des Konservatismus?, 1978; SCHUMANN, „Konservativismus“ als analytischer Strukturbegriff, 1983.

<sup>39</sup> KURT SONTHEIMER, Verlust der Zukunft. Über die Rolle der Utopie in der Politik, in: DEUTSCHE ZEITUNG, CHRIST UND WELT, 7. 1. 1977.

<sup>40</sup> SPAEMANN, Einleitung, 1977, S. XII.

<sup>41</sup> Vgl. Mut zur Erziehung, 1978.

<sup>42</sup> Vgl. HOERES, Von der „Tendenzwende“.

Aufklärung“ nicht versickern zu lassen, sondern in einer den Realitäten angemessenen Weise fortzuführen. Denn die Probleme, die die Studentenbewegung aufs Tapis gebracht hätte, seien noch immer präsent und sie gelte es zu lösen – mittels „durchsetzbare[r], maßvolle[r], schrittweise[r] Veränderungen“.<sup>43</sup> Nicht Reaktion, sondern vernünftige, an den demokratischen Wirklichkeiten orientierte Reform, diese Lesart des Konservatismusbegriffs stellte Sontheimer in den Raum.

Seine Sympathie gegenüber dem Konservatismus hatte der Münchener Politikwissenschaftler bereits 1971 zu erkennen gegeben, als er all jene, die tatsächlich Konservative seien, dazu aufgerufen hatte, sich auch so zu nennen und nicht vor den begriffspolitischen Schwierigkeiten zu kapitulieren. Dieser Aufruf zielte in erster Linie auf die Unionsparteien. Denn sie hätten seit 1949 einen „neue[n] Konservatismus“ etabliert – genuin bundesrepublikanisch, marktwirtschaftlich und industriegesellschaftlich orientiert, westlich, demokratisch. Seit dem Regierungswechsel 1969 habe sich dieser Konservatismus zu einer „starken Verteidigungsbastion“ formiert, um eine weitergehende „Demokratisierung“ abzuwehren. „Es wäre einer besseren Profilierung unserer geistig-politischen Landschaft dienlich, wenn aus dem eifrig praktizierten aber ansonsten so verstohlenen Konservatismus wieder ein ehrliches Bekenntnis würde“, forderte Sontheimer. Es sei schließlich „keine Schande, ein Konservativer zu sein“. Obendrein sei konservative Politik in Großbritannien, dem Heimatland eines in der Demokratie verwurzelten Konservatismus, „keineswegs rückschrittlicher“ als „bei dem Durchschnittspolitiker der CDU oder gar der CSU“.<sup>44</sup>

Sontheimer gehörte damit zu den ersten, die die politische Polarisierung, die durch Studentenbewegung und Regierungswechsel deutlich forciert worden war, auf einen neuen begrifflichen Nenner bringen wollten. Allerdings entbehre der „neue Konservatismus“ einer politischen Philosophie (auch wenn es Berührungspunkte mit dem Denken Gehlens oder Forsthoffs gebe), konstatierte Sontheimer, er sei allein aus bundesrepublikanischer politischer Praxis entstanden. Folglich musste theoretische Arbeit am Begriff geleistet und auf diese Weise die politische Sprache der Demokratie stabilisiert werden. Dies war wiederum eine Aufforderung an die politische Theorie. Die Reflexion über die politische Sprache bildete den Grundakkord der bundesrepublikanischen Konservatismus-Debatte der 1970er Jahre.

Die konservative Sensibilität für die Sprache rührte, wie wir gesehen haben, aus der Konfrontation mit den sprachpolitischen Strategien der Neuen Linken und gleichermaßen aus einem seit den späten 1950er Jahren im bundesrepublikanischen Konservatismus virulenten Krisendiskurs über den Verlust der Sprache. Dass nun gerade der Konservatismusbegriff zu einem Nukleus der konservativen sprachpolitischen Anstrengungen geriet, hatte drei Ursachen. Erstens war der Begriff, wie oben dargestellt, im Laufe der 1950er und dann vor allem in den frühen 1960er Jahren aus seinen antidemokratischen und antiliberalen Zusammenhän-

<sup>43</sup> KURT SONTHEIMER, Zeitgeist in Bewegung, in: CHRIST UND WELT, 24. 4. 1974.

<sup>44</sup> SONTHEIMER, Verstohlerener Konservatismus, 1971, S. 702.

gen weitgehend gelöst und in die Begriffsnetze der Sprache der bundesrepublikanischen Demokratie integriert worden. Das galt sicherlich nicht für die Neue Rechte um Armin Mohler, aber für die überwiegende Mehrheit der Interpreten des Konservativen. Diese Liberalisierung seiner Bedeutungsgehalte ließ den Begriff nicht allein in den Unionsparteien zustimmungsfähig werden, vielmehr trug die Debatte in der Union entscheidend zur Liberalisierung des Begriffs bei. Dass der Begriff ob seiner nationalsozialistischen ‚Belastung‘ in den ersten 25 Jahren der Bundesrepublik nicht benutzt werden konnte, wie die konsensliberalen Interpreten des Konservativen in den 1970er Jahren stets unterstrichen und damit ihre persönliche Erfahrung von 1968 und ihre eigene Begriffsarbeit umso bedeutsamer erscheinen ließen, war eine Verkennung der Realitäten. Sicherlich gehörte der Begriff zu den schwierigen Begriffen der politischen Sprache der Bundesrepublik, und die Unionsparteien hefteten sich den Begriff nicht ganz oben ans Revers, doch hatte er sich als Begriff positiver Selbstbeschreibung zu etablieren begonnen. Die liberalen Bedeutungsgehalte, die in den 1970er Jahren nun dem Begriff zugeschrieben wurden, führten – trotz aller gegenteiligen Bekundungen – die liberale Bedeutungsarbeit am Begriff fort und vertieften sie.

Zweitens wurde Politik in der Bundesrepublik seit Mitte der 1960er Jahre in der Dichotomie von Fortschritt versus Beharrung gelesen.<sup>45</sup> Dem positiv besetzten Adjektiv *progressiv* wurde das Adjektiv *konservativ* entgegengestellt.<sup>46</sup> An der Debatte auf dem CSU-Parteitag 1968 über die Aufnahme von *konservativ* in das *Grundsatzprogramm* der Partei wurde das deutlich.<sup>47</sup> Zu der semantischen Opposition von *konservativ* versus *progressiv* hatten außerdem die Diskussionen um die Reform der katholischen Kirche durch das Zweite Vatikanische Konzil, die nicht nur die katholische Öffentlichkeit in den 1960er Jahren beschäftigte, entscheidende Impulse geliefert. Denn die innerkatholische Lagerbildung wurde in diesen Begriffen gefasst.<sup>48</sup> Gerade auch weil sie lateinischen Ursprungs waren, boten sie sich für die sowohl auf Latein, der katholischen Lingua franca, als auch multisprachlich geführten Debatte an. Als *konservativ* wurden in diesen Zusammenhängen jene Haltungen beschrieben, die an der überkommenen Liturgie, an der hierarchischen Gestalt der Kirche oder an dem Primat des Papsttums festhalten wollten, als *progressiv* jene, die für eine der Moderne zugewandte Kirche plädierten.<sup>49</sup>

Allerdings wäre die semantische Opposition von *konservativ* versus *progressiv* ohne die zuvor geleistete Deutungsarbeit am Konservatismusbegriff nicht einsichtig gewesen. Denn sie reduzierte den Begriff radikal auf seine Zeitdimension und gerade dieser Aspekt war besonders in den Debatten in den Unionsparteien stets

<sup>45</sup> Vgl. METZLER, Konzeptionen politischen Handelns, bes. S. 289–314.

<sup>46</sup> Vgl. z. B. PÖGGELER, Konservativismus als Vorwurf, 1968.

<sup>47</sup> Siehe S. 214–220.

<sup>48</sup> Vgl. GROSSBÖLTING, Der verlorene Himmel, S. 150–160, bes. S. 152–153; SCHMITTMANN, Vom „Milieu“ zur Kommunikation; zum Konzil im Überblick vgl. PESCH, Das Zweite Vatikanische Konzil.

<sup>49</sup> Vgl. z. B. HILDEBRAND, Konservativismus – Progressivismus, 1967; SEIBEL, Ein konservatives Korrektiv?, 1967.

hervorgehoben worden. Nichtsdestotrotz wurde die dem liberalen Konservatismusbegriff genuine Konzeption von Wandel, die der Kontinuität der Zeitdimensionen Rechnung trug, Wandel also einrechnete, von jenen, die sich die Progressivität auf die Fahnen schrieben, übergingen und *konservativ* schlicht mit *reaktionär* oder *restaurativ* gleichgesetzt. Der Konservative erschien als Mensch, der am Alten festhielt und sich jeder Veränderung widersetzte. Gleichzeitig aber etablierte diese Dichotomisierung den Konservatismusbegriff als dominierenden Gegenbegriff zu *progressiv* in der politischen Sprache der Bundesrepublik. Als die politische Polarisierung nach 1968 immer deutlichere Züge annahm, trug diese begriffliche Dichotomisierung dazu nicht nur erheblich bei, der Konservatismusbegriff bot sich überdies für das sich formierende intellektuelle Gegenlager zur sozial-liberalen Koalition als Selbstbezeichnung geradezu an. Kurt Sontheimers oben vorgestellter Aufruf an die „verstohlenen Konservativen“, sich angesichts linker, die Fundamente der Bundesrepublik unterlaufender Demokratisierungspolitik auch tatsächlich so zu nennen, war dafür beredter Ausweis.<sup>50</sup> Nicht von ungefähr konzentrierten sich die Bemühungen um die Konturierung des Konservatismusbegriffs zu einem Gutteil darauf, Konzeptionen des Wandels auszubuchstabieren und die Kategorie des Fortschritts zu differenzieren.

Dass nun gerade der Konservatismusbegriff zum Nukleus der sprachpolitischen Anstrengungen der liberalen Interpreten des Konservativen geriet, hatte seine dritte Ursache in einer Tatsache, die Hermann Lübbe bereits zeitgenössisch beschrieben hat: Die Neue Linke hatte ihn aufgegriffen und in ihrer politischen Sprache als Gegenbegriff zur Schärfung der eigenen semantischen Netze profiliert.<sup>51</sup> Allerdings dominierte er dort keineswegs so deutlich, wie das die konservativen Interpreten Glauben machten. Vielmehr wurde der Begriff *konservativ* in das semantische Netz um den in der Sprache der Neuen Linken omnipräsenten Schlüsselbegriff *Faschismus* eingeordnet, so dass *konservativ* mit *fascistisch* nahezu gleichgesetzt wurde.<sup>52</sup> In dieser Lesart war *konservativ* als Selbstbezeichnung im demokratischen Sinne tatsächlich nicht mehr verwendbar.

Einen bedeutenden Beitrag zur antiliberalen Konnotation des Konservatismusbegriffs Anfang der 1970er Jahre leisteten jedoch die Politik- und die Geschichtswissenschaften, die dem politischen Sprachgebrauch der Studentenbewegung und der intellektuellen Neuen Linken eine historische Vertiefung gaben. Diese Begriffsprägung hatte einen um einiges bedeutenderen Einfluss auf die Entwicklung politischer Sprache in der Bundesrepublik als jene in den intellektuellen Zirkeln der Neuen Linken, denn sie grub sich in die historischen Narrative der deutschen Geschichte ein. Der geschichtswissenschaftlichen Interpretation des Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert gibt sie bis heute Kontur.

<sup>50</sup> Vgl. SONTHEIMER, Verstohler Konservatismus, 1971.

<sup>51</sup> Vgl. z. B. MARCUSE, Der eindimensionale Mensch, 1998, S. 70, 84, 120, 164.

<sup>52</sup> Vgl. die linguistischen Untersuchungen Heidrun Kämpers zum Faschismusbegriff im linken Demokratiediskurs 1967/68, die allerdings auf die Nähe zum Konservatismusbegriff nicht eingeht: KÄMPER, Aspekte des Demokratiediskurses, S. 145–198; dies., Wörterbuch zum Demokratiediskurs 1967/68, S. 407–426.

Den Anfang linker politik- und geschichtswissenschaftlicher Auseinandersetzung mit dem Konservatismus machte 1969 Heide Gerstenbergers Dissertation zur neuen Rechten der Weimarer Republik,<sup>53</sup> es folgten 1971 Helga Grebings Habilitationsschrift *Konservative gegen die Demokratie*,<sup>54</sup> eine Analyse konservativer Demokratiekritik in der Bundesrepublik seit 1945, sowie Martin Greiffenhagens zwar politiktheoretische, aber nicht weniger einflussreiche Studie *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*, deren zentrale These allerdings bereits 1961 publiziert worden war.<sup>55</sup> So sehr sich Grebings und Greiffenhagens Studien vom Ansatz her voneinander unterschieden, so glichen sie sich doch in ihrer Wahrnehmung des bundesrepublikanischen Konservatismus. Greiffenhagen fo-kussierte seine Argumentation, wie oben ausgeführt, auf die Entwürfe Gehlens, Freyers und Schelskys, die er unter dem Begriff des *technokratischen Konservatismus* fasste. Auch hier sah er weiterhin einen anti-rationalistischen Impuls wirken, den er als Movens des modernen Konservatismus ausgemacht hatte und der für das zerstörerische „Dilemma“, in dem dieser stecke, verantwortlich sei. Der Konservatismus der Bundesrepublik stand in dieser Lesart in Kontinuität zu der Weimarer *konservativen Revolution*, in der Greiffenhagen, wie oben gezeigt, die reinste Form des deutschen dilemmatischen Konservatismus realisiert sah. Alle liberalen Varianten des bundesrepublikanischen Konservatismus überging Greiffenhagen – sie passten nicht in sein typologisches Gerüst. Diese Beobachtungen lassen sich für die linke Auseinandersetzung mit dem Konservatismus der 1970er Jahre verallgemeinern. Ihr ging es um den Nachweis einer überzeitlichen Theorie des Konservatismus, die im Antidemokratismus kristallisierte, um eine „Geschichte des Konservatismus als Maskerade und permanente Verpuppung des antiaufklärerischen Bösen“.<sup>56</sup>

Auch Gerstenberger, die Arthur Moeller van den Bruck und den Ring-Kreis untersuchte, schloss vom Weimarer neurechten Phänomen ganz allgemein auf konservative Bewegungen in „demokratisch verfassten, hochindustrialisierten Ländern“.<sup>57</sup> Gerstenbergers Interpretation verstand sich als ideologiekritisch und basierte auf neo-marxistischer Theorie. Das hatte sie mit Grebings Arbeit zur Bundesrepublik gemein. Folgerichtig definierte Helga Grebing Konservatismus als „die dem historischen Prozess der Demokratisierung immanente Gegenbewegung“,<sup>58</sup> ein Phänomen der bürgerlichen Gesellschaft „zur Erhaltung ökonomischer, sozialer und politischer Macht- und Herrschaftspositionen oder zur Rückeroberung bereits verlorener“.<sup>59</sup> Konservatismus bedeutete demnach immer

<sup>53</sup> GERSTENBERGER, Der revolutionäre Konservatismus, 1969.

<sup>54</sup> GREBING, Konservative gegen die Demokratie, 1971. Zu Helga Grebing vgl. ihre Autobiographie dies., Freiheit, die ich meinte.

<sup>55</sup> Vgl. GREIFFENHAGEN, Das Dilemma des Konservatismus, 1961. Siehe S. 155–156.

<sup>56</sup> HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit, S. 17.

<sup>57</sup> Vgl. GERSTENBERGER, Der revolutionäre Konservatismus, 1969, S. 10.

<sup>58</sup> GREBING, Konservative gegen die Demokratie, 1971, S. 83.

<sup>59</sup> GREBING, Positionen des Konservatismus, 1971, S. 33; ebenso dies., Moderner Konservatismus?, 1970, S. 301–302; dies., Positionen des Konservatismus, 1971; dies., Positionen des Konservatismus in der Bundesrepublik, 1974.

eine Stellungnahme gegen die Demokratie bzw., wie sie einschränkte, gegen die „durch die Entfaltung der Produktivkräfte möglich gewordene Erweiterung der Demokratisierungsperspektive“. So könne Konservatismus auch für die „Erhaltung politisch legitimer demokratischer Positionen“ in Stellung gehen, um weitere Schritte der „Demokratisierung“ hin zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu verhindern.<sup>60</sup> So gänzlich konnte Grebing die Liberalisierungsprozesse im Konservatismus ihrer Gegenwart wohl doch nicht von der Hand wischen.

Zugleich suchte sie ihre Theorie historisch zu untermauern, wobei sie davon ausging, dass der Konservatismus immer die Ideologie der jeweils herrschenden Schicht gewesen sei, die zur Bewahrung von deren Macht gedient habe. Dementsprechend sei die deutsche Entwicklung seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert von den Machtstrategien der „Feudalaristokratie“ geprägt gewesen, die das Bürgertum nach 1848/49 ihren „Leitwerte[n] und -bilder[n]“ unterworfen habe, so dass schließlich beide gemeinsam die „herrschende konservative Klasse“ des Kaiserreichs gebildet hätten.

Die ideologische Klammer dieses neuen sozial und ökonomisch durchaus nicht interessenenidischen Konservatismus war die gemeinsame Aggressivität nach innen vor allem gegen die emanzipatorischen und demokratisierenden Wirkungen von Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung und nach außen gegen die demokratischen Nationen.<sup>61</sup>

Nach 1918, mit einem demokratischen Staat konfrontiert, suchte dieser Konservatismus nach Grebing abermals die Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse mittels eines „autoritären Staates“ zu konservieren – bis hin zum Verzicht auf die Macht zugunsten der Faschisten zur Garantie ökonomischer und sozialer Stabilität. Den konservativen Widerstand gegen den Nationalsozialismus betrachtete Grebing dennoch als folgerichtig, als konservierenden, aber weiterhin antidemokratischen Impuls gegen die revolutionäre Dynamik des NS-Regimes.

Dabei gilt es festzuhalten, dass Grebing zwischen *Konservatismus* und *Faschismus* unterschied und damit neomarxistischen Faschismustheorien widersprach. Allerdings hatte vor dem Hintergrund der Erfolge der NPD bereits Iring Fetscher die Begriffe *Konservatismus* und *Rechtsradikalismus* 1967 nahezu zur Überlappung gebracht, als er zwar Unterschiede konstatierte, aber gleichzeitig auf „gleitend[e]“ Übergänge verwies. Der „legale Mittel einer liberalen Demokratie nutzende Konservative kann zum Rechtsradikalen werden, wenn die Bewegung zum Fortschritt des Demokratisierungsprozesses offenbar auf andere Weise nicht mehr aufgehalten werden“ könne. Ebenso wie bei Grebing markierte auch in Fetschers Definition der Widerstand gegen einen fortlaufenden, zur herrschaftsfreien, sozialistischen Gesellschaft hin strebenden Demokratisierungsprozess den Kern konservativen Denkens und Handelns.<sup>62</sup> Der neomarxistische Politikwissenschaftler Reinhard Kühnl, ein Schüler Wolfgang Abendroths, der hier nur als

<sup>60</sup> GREBING, Positionen des Konservatismus, 1971, S. 37.

<sup>61</sup> Ebd., S. 35.

<sup>62</sup> FETSCHER, Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik, 1967, S. 13–14, Zitat S. 14.

ein Beispiel für eine breitere Strömung angeführt werden soll, verwischte die begriffliche Unterscheidung dann vollends und rückte die Begriffe *Konservatismus* und *Faschismus* in unmittelbare Nähe zueinander.<sup>63</sup> In seinen vielfach publizierten faschismustheoretischen Studien, die den Anspruch hatten, die bundesrepublikanische Gegenwart zu erklären, vertiefte er seine Interpretation.<sup>64</sup> Nach Kühnl kloppte der Faschismus in der Bundesrepublik der 1970er Jahre laut an die Türe.<sup>65</sup> Demgegenüber plädierte Grebing für eine demokratietheoretisch geleitete Analyse der politischen Tendenzen ihrer Gegenwart, hielt an der Differenzierung von *Konservatismus* und *Faschismus* also fest.<sup>66</sup>

Denn die Nachkriegsgesellschaft, so ging Helga Grebings Narrativ weiter, habe beste Voraussetzungen für den Konservatismus geboten: kleinbürgerlich geprägt sowie auf Sicherheit und Tradition fokussiert und außerdem von „eine[r] durch den Nationalsozialismus nicht gebrochene[n] Kontinuität konservativen politischen Denkens“ durchzogen.<sup>67</sup> Auf dieser Basis entwickelte sie eine Typologie konservativen Denkens in der Bundesrepublik, das ihre Ausgangshypothese des Konservatismus als genuin antidebakalische Bewegung dann auch wenig überraschend bestätigte. Differenzierung war Grebings Sache in der Tat nicht, wie Hans Günter Hockerts in einer kritischen Besprechung 1974 bemerkte und ihr ein „manichäisch[es]“ Denken attestierte: „Gut und Böse, Licht und Dunkel liegen miteinander im Kampf.“<sup>68</sup> Die Position des Konservatismus in dieser dichotomischen Malerei war eindeutig.

Grebings Interpretation, die auf beiden Seiten des politischen Spektrums Widerspruch erregte,<sup>69</sup> war geradezu passgenau auf die Debatte um einen deutschen Sonderweg in die Moderne zugeschnitten. Als Kern nationalistischer Geschichtserzählung bis 1945 positiv bewertet, wurde die Theorie vom deutschen Sonderweg in der Bundesrepublik von konsensliberal geprägten jüngeren Historikern in den 1960er und 1970er Jahren negativ gewendet und mit der liberalen Entwicklung der ‚westlichen‘ Demokratien in grellen Farben kontrastiert. Auch wenn sie die Liberalität des ‚Westens‘ idealisierte und Ambivalenzen überdeckte, trug die „Meistererzählung“ der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft entscheidend zur Stützung und Entfaltung der jungen Demokratie bei.<sup>70</sup> In

<sup>63</sup> Vgl. z. B. KÜHNL, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, 1969, S. 151–154.

<sup>64</sup> Vgl. z. B. KÜHNL, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 1975; ders., Der Faschismus, 1983.

<sup>65</sup> Vgl. KÜHNL, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, 1969, S. 159–163; ders., Formen bürgerlicher Herrschaft, 1971.

<sup>66</sup> Vgl. GREBING, Konservative gegen die Demokratie, 1971, S. 434–437.

<sup>67</sup> Ebd., S. 47.

<sup>68</sup> HOCKERTS, Konservatismus – Sand im Getriebe, 1974, S. 11.

<sup>69</sup> Vgl. z. B. kritisch aus konservativer Warte: ebd.; kritisch aus linker Perspektive: WINCKLER, Besprechung von Helga Grebing: Konservative gegen die Demokratie, 1972; GRAF WESTARP, Konservatismus – eine Strategie zur Vermeidung des Faschismus?, 1973; Grebings Thesen verteidigend: SAAGE, Konservatismus und Demokratie, 1974.

<sup>70</sup> Vgl. WELSKOPP, Identität ex negativo; BAUERKÄMPFER, Geschichtsschreibung als Projektion; KLAUTKE, Auf den Spuren des Sonderwegs; BERGER, The Search for Normality, S. 56–76; NOLTE, Darstellungsweisen deutscher Geschichte.

nicht geringem Maße basierte sie auf einer Interpretation der Politik der preußischen Konservativen als feudalistisch, antiliberal und autoritär, als jegliche Entwicklung des Kaiserreichs hin zu mehr Liberalität und demokratischer Partizipation blockierend.<sup>71</sup> Der preußische Konservatismus – die süddeutschen bzw. westpreußischen Konservativen wurden ausgeklammert bzw. einfach subsumiert – trug in dieser Lesart die Hauptschuld an dem verhängnisvollen Weg Deutschlands in die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft. Der deutsche Sonderweg war zuallererst ein Sonderweg des deutschen Konservatismus. Diese Interpretation zielte auch auf den Konservatismus der Gegenwart, denn in der Tat „diente Ideologiekritik“ den konsensliberalen, der Sozialdemokratie verbundenen Historikern „als Scharnier zur Überführung politischer in erkenntnistheoretische und methodologische Positionen“.<sup>72</sup> Dabei suchte die „kritische Sozialwissenschaft“ sowohl den nationalkonservativen Konsens der Geschichtswissenschaft der 1950er Jahre anzugreifen als auch einem Wiedererstarken eines autoritären politischen Konservatismus in der Bundesrepublik zu wehren, indem sie die Traditionenbestände, auf die dieser sich positiv beziehen konnte, als antidemokratisch delegitimisierte. Gerade deshalb drängten die „kritische Sozialgeschichte“ und mit ihr die ‚Sonderwegsdeutung‘ der deutschen Geschichte [...] mit Macht in die Gesellschaft hinein“<sup>73</sup>.

Grebings verlängerte nun diese Deutungshorizonte im Sinne der kritischen Theorie in die Bundesrepublik und benutzte die an der Geschichte des 19. Jahrhunderts orientierten Begrifflichkeiten zur Generierung typologischer Beschreibungskategorien. Allerdings grenzte sie sich paradoyer Weise von der Sonderwegstheorie sowohl sozialdemokratischer wie auch neomarxistischer Provenienz ab. Die Entwicklung hin zum Faschismus sei, folge man der marxistischen Theorie, als „universelle Tendenz (des Kapitalismus)“ zu interpretieren, demnach also nicht als ein auf Deutschland begrenztes Phänomen zu begreifen. Vielmehr müsse nach der Funktion gefragt werden, die der Faschismus in den einzelnen Ländern zu je unterschiedlichen Zeiten ausgeübt habe und warum er gerade im Deutschland der Zwischenkriegszeit erfolgreich gewesen sei.<sup>74</sup> Dazu war die analytische Unterscheidung von Konservatismus und Faschismus nötig.

Gegen eines der wichtigsten Werke der kritischen Sozialgeschichte, gegen die Darstellung des Kaiserreichs durch Hans-Ulrich Wehler als „kunstvolles Schwarz-weißgemälde“, gegen die „Eindeutigkeit einer ‚bösen‘ Geschichte“, bezog Thomas Nipperdey dann ebenfalls recht eindeutig Stellung.<sup>75</sup> Nipperdey war auf Grund

<sup>71</sup> Einen Überblick über die Forschungsgeschichte gibt STALMANN, Die Partei Bismarcks, S. 16–17. Für die Konservatismusinterpretation der Sonderwegshistoriographie vgl. z. B. PUHLE, Agrarische Interessenpolitik, 1966; ders., Von der Agrarkrise, 1972.

<sup>72</sup> WELSKOPP, Identität ex negativo, S. 119.

<sup>73</sup> Ebd., S. 115.

<sup>74</sup> Vgl. GREBING, Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus, 1974, S. 49–81, Zitat S. 75; ebenso eine Dekade später: dies., Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806–1945.

<sup>75</sup> NIPPERDEY, Wehlers „Kaiserreich“, 1976, S. 388; zu dieser Auseinandersetzung vgl. NOLTE, Darstellungsweisen deutscher Geschichte.

des studentenrevolutionären Klimas an der Freien Universität Berlin 1971 an die ruhigere Ludwig-Maximilians-Universität München gewechselt und gehörte zu den führenden Köpfen des Bundes Freiheit der Wissenschaft. SPD-Mitglied seit 1968 (und bis 1983) gehörte Nipperdey zu jener Gruppe konsensliberaler Professoren der 1945er-Generation, die die durch APO und Studentenbewegung eingeforderten Reformen zunächst befürwortet hatten, sich dann aber auf Grund ihrer Radikalisierung sowie der sozialliberalen Hochschulpolitik abwandten und die liberale Demokratie durch immer weitergehende Sozialisierungs- und Demokratisierungsforderungen in ernster Gefahr sahen.<sup>76</sup> Nipperdeys Kritik an Wehlers Interpretation des Kaiserreichs war vielgestaltig, zuallererst aber sprach der Münchener dem Bielefelder Ordinarius die für den Historiker fundamentale Objektivität ab und zieh ihn der Vergewaltigung der Geschichte durch die Setzungen kritischer Theorie. Seine Kritik machte sich auch an Wehlers undifferenzierter Darstellung der Konservativen als einheitliches, undurchdringliches „Herrschaftskartell“ fest, die zu „wesentlichen Überspitzungen, Auslassungen und Verzerrungen“ führe.<sup>77</sup> Der deutsche Konservatismus des 19. Jahrhunderts sei vielgestaltig gewesen, habe reformerische Kräfte ebenso umfasst wie sozialkonservative oder altkonservative Strömungen. Eine einfache Kontinuitätslinie bis 1933 lasse sich jedenfalls nicht ziehen, argumentierte Nipperdey,<sup>78</sup> der fortan als „einer der führenden Historiker des konservativeren Lagers“ verbucht wurde.<sup>79</sup>

Der Geschichte kam in der politischen Sprache des Konservatismus aus liberalem Geiste ohnehin eine bedeutende Rolle zu, umso wichtiger wurde daher auch historiographische Expertise. Denn der Rückgriff auf die Vergangenheit diente nicht allein der Versicherung konservativer Zeitlichkeit, sondern ihr wurde noch in anderer Hinsicht eine zentrale Position zugeschrieben. Zum einen manifestierte sich im Akzent auf die historische Gewordenheit der Welt eine klare Distanzierung von allen organischen, mythischen oder mystischen Denktraditionen, die im deutschen Konservatismus fröhliche Urständ gefeiert hatten. „Geschichte und geschichtliche Erfahrung“ galten als „alleiniges Baumaterial menschlicher Kultur und politischer Ordnungen“, wie Christian von Krockow im Rückgriff auf Burkes „Formel von der natürlichen Künstlichkeit alles Menschlichen“ unterstrich.<sup>80</sup> Zum anderen hatte die Besinnung auf die Geschichte kompensatorische Funktion: In einer Gegenwart beschleunigten Wandels, in der die Erinnerung an die Vergangenheit verloren zu gehen schien, in der die Traditionen nicht mehr verstanden wurden, in der Erfahrungen keine kulturelle, sprich historische Verankerung mehr finden konnten, in diesen Zeiten, so argumentierte Hermann Lübbe, wurde

<sup>76</sup> Vgl. WEHRS, Protest der Professoren.

<sup>77</sup> NIPPERDEY, Wehlers „Kaiserreich“, 1976, S. 375–383, Zitat S. 377.

<sup>78</sup> Vgl. ebd.; außerdem NIPPERDEY, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, 1978. Dem entsprach Nipperdeys Darstellung des Konservatismus in seiner Überblicksdarstellung zur deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts, vgl. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1800–1918, 1998, vgl. dazu: NOLTE, Thomas Nipperdeys Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert.

<sup>79</sup> RUDOLF WALTER LEONHARDT, Mit den Kolossen leben, in: DIE ZEIT, 26. 9. 1975.

<sup>80</sup> KROCKOW, Der fehlende Konservatismus, 1971, S. 117–118.

eine Arbeit an und mit der Geschichte umso wichtiger. So verbürgte Geschichte Identität – individuell wie auch national.<sup>81</sup>

An den Kategorien historische Pluralität und historistische Objektivität maß Nipperdey geschichtswissenschaftliche Forschung. Von Pluralität (weniger von Objektivität) war auch der Konservatismusbegriff seiner Gegenwart gekennzeichnet. Dennoch kristallisierten sich zwei Varianten heraus, die bereits in den Diskussionen am Ende der 1950er und zu Beginn der 1960er Jahre formuliert worden waren und nun eine Dekade später eine Vertiefung erfuhren. Auf der einen Seite arbeiteten Intellektuelle wie Hermann Lübbe, Kurt Sontheimer oder Wilhelm Hennis an der Etablierung eines Konservatismus aus liberalem Geiste, den Jens Hacke als „Philosophie der Bürgerlichkeit“ beschrieben hat;<sup>82</sup> auf der anderen Seite bemühten sich Armin Mohler, Caspar Schrenk-Notzing und auch Gerd-Klaus Kaltenbrunner darum, dass das Konservative als antiliberalen Opposition verstanden wurde. In dem Klima extremer politischer Polarisierung der 1970er Jahre wurde aber einerseits von der Linken nicht zwischen den beiden Varianten des Konservatismusbegriffs unterschieden, was sich als schlagkräftiges Mittel erwies, um die liberale Variante zu diskreditieren, wenn sie mit rechten Entwürfen identifiziert wurde. Andererseits beförderten die liberalen Interpreten des Konservativen dies selbst, wenn sie in Sammelbänden Kaltenbrunners, in dessen Buchreihe *initiative* oder in der Zeitschrift *Criticón* publizierten oder gemeinsam auf Podien auftraten.<sup>83</sup> Die als Gegner ausgemachte Linke entfaltete eine starke Sogwirkung innerhalb des heterogenen konservativen Lagers. Zu einem erheblichen Teil trug dazu auch die polarisierte Sprache bei, die zunehmend in Gegen-satzpaaren funktionierte.

Wie aber füllten die liberalen Interpreten des Konservativen den Konservatismusbegriff? Auch wenn hier keine ausgefeilten Analysen geboten werden können,<sup>84</sup> so sollen doch zumindest die Grundzüge des Sprechens über das Konservative dargestellt werden. Am Beispiel Hermann Lübbes haben wir oben bereits gesehen, wie stark die Begriffsbestimmung sich innerhalb der Kategorien von Fortschritt und Bewahrung bewegte.<sup>85</sup> Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sollten im Gleichgewicht gehalten werden. Es wurde ein klassisches Strukturprinzip konservativen Sprechens aktualisiert und in liberalem Sinne gedeutet. Es ging um die Frage, wie Veränderung und Bewahrung harmonisiert werden könnten, wie die „Veränderungsoffenheit selbst als politisches System institutionalisiert und zugleich gegen die Gefahren despatischer Willkür“ abgesichert werden könne,

<sup>81</sup> Vgl. LÜBBE, Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse, 1977; vgl. ebenso ders., Zukunftsge-wissheitsschwund, 1983, bes. S. 37.

<sup>82</sup> Vgl. HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit.

<sup>83</sup> Vgl. z. B. KALTENBRUNNER, Sprache und Herrschaft, 1975; GÜNTHER MASCHKE, Auf der Suche nach dem Konservatismus. Zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 23. 2. 1973; vgl. dazu auch WEHRS, Protest der Professoren, S. 444.

<sup>84</sup> Vgl. für eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Thema HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit.

<sup>85</sup> So auch z. B. bei Odo Marquard, vgl. MARQUARD, Abschied vom Prinzipiellen, 1981, S. 16–17.

wie Christian von Krockow 1971 unterstrich.<sup>86</sup> Denn das Politische gründete in der Anerkennung einer „grundsätzliche[n] Veränderungsoffenheit in einem nie-mals abschließbaren Zukunftshorizont“ und stand damit in Opposition zu einem dezisionistischen, illiberalen Politikbegriff.<sup>87</sup> Das für konservatives Sprechen charakteristische Strukturprinzip der Zeitlichkeit durchdrang auch das Denken über die Demokratie.

Die Argumentation mit der Zeitlichkeit hatte dabei zwei Ausgangspunkte: Einmal positionierte sie sich gegen den Revolutionsgestus der Neuen Linken und zum zweiten gegen utopisches Denken und zukunftsgewisse Planungstheorien. Dabei wurde der Fortschritt nicht zurückgewiesen, vielmehr wurde die klassische Unterscheidung von *Fortschritt* und *Tradition* für obsolet, weil überholt, erklärt. Wiederum war es Lübbe, der diese Gedanken philosophisch ausformulierte. Nicht mehr den Fortschritt gelte es in der Gegenwart zu ermöglichen, sondern vielmehr die „Folgewirkungen derjenigen Fortschritte, die längst in Gang sind“, zu bewältigen. Dazu zählte Lübbe zuvorderst den Verlust an stabilisierender Tradition. Deshalb maß er der Geschichte solch entscheidende Bedeutung zu. „Nicht die Hemmnisse der Tradition sind es, die insoweit belasten, sondern die anwachsenden Schwierigkeiten, unter Bedingungen sich beschleunigenden sozialen Wandels entlastende Traditionen neu zu bilden.“<sup>88</sup> In der gegenwärtigen „Fortschrittskrise“ seien daher alle Energien auf die „Sicherstellung, ja Konservierung seiner durch ihn selbst [den Fortschritt, M.S.] bedrohten Bedingungen“ zu konzentrieren.<sup>89</sup> Die Bedingungen des Fortschritts zu bewahren, diese Aufgabe war den Konservativen aufgegeben, die Lübbe im Horizont der Moderne verortete.

Auch Golo Mann, der seine liberale Stimme schon in frühere Konservatismus-diskussionen eingebracht hatte,<sup>90</sup> kritisierte unbedingte Fortschrittsgewissheit und enthusiastischen Utopismus. So unmöglich Stillstand sei, so unmöglich, so Mann eindringlich, erweise es sich, „Allplanung des totalen Prozesses, Wissenschaft, Produktion, Verteilung, mit der Erhaltung der menschlichen Grundrechte, oder erzwungene All-Gleichheit mit Individualismus zu verbinden“, weil die „menschliche Wirklichkeit“ dagegen „gewaltigen Widerstand“ leisten würde.<sup>91</sup> Demokratie, Menschenrechte und individuelle Freiheit glaubte Mann bedroht, wenn die Kontinuität der Zeidimensionen aus dem Gleichgewicht gerate. Anstelle von utopischer Phantasterei empfahl er seinen Zeitgenossen Orientierung an der *Wirklichkeit* – und rekurrierte damit auf einen weiteren Schlüsselbegriff der konservativen Sprache.

Wenn in den Kategorien von Bewahren und Verändern gesprochen wurde, war Edmund Burke nie weit. Für Ernst Klett war „Burke unser Mann“<sup>92</sup> und Walde-

<sup>86</sup> KROCKOW, Der fehlende Konservatismus, 1971, S. 102.

<sup>87</sup> Ebd., S. 104.

<sup>88</sup> LÜBBE, Traditionsverlust und Fortschrittskrise, 1975, S. 37.

<sup>89</sup> Ebd., S. 55.

<sup>90</sup> Siehe S. 146–147.

<sup>91</sup> MANN, Wieviel Zukunft lässt sich planen?, 1974, S. 47.

<sup>92</sup> KLETT, Konservativ, 1971, S. 849.

mar Besson rief gar nach einem „deutschen Burke“ als „konservative[m] Gegenpol“ zur alles dominierenden progressiven Intelligenz.<sup>93</sup> Der sollte nun eine Position vertreten, „die jenseits von Reaktion und Utopie angesiedelt ist, die nicht nur Dynamik, sondern auch Stabilität begeht, die die neu gewonnene und mit Recht hochgelobte Tugend der Kritik ergänzt sehen möchte durch die dringend notwendige Tugend der Einordnung und des Zuhörens“. Statt „permanenter Reform“ möge er für eine Politik von „kalkulierbaren Schritten im Konsensus der Generationen“ plädieren, um so die „Neigung zum Erhalten und [die] Geschicklichkeit zum Verbessern“ zu harmonisieren und „Stabilität mitten in der Dynamik der Veränderung“ zu gewährleisten. Von den Begriffen der Restauration und der Reaktion wurde der Konservatismusbegriff mittels des Kontinuitätsarguments abgegrenzt. Alle „Ältere[n]“ rief Besson schließlich dazu auf, mit Burke „gegen die Tyrannie der Zukunft über die Vergangenheit“ aufzugehen.<sup>94</sup>

Burke wurde auch deshalb zum Urvater des „neuen Konservatismus“ der 1970er gemacht, wie das Phänomen recht bald bezeichnet wurde,<sup>95</sup> weil er Brite, vor allem aber kein Deutscher war. Waldemar Besson bat um einen „deutschen Burke“, weil er einen solchen in der deutschen Geschichte nicht zu finden glaubte: „Unsere Konservativen waren immer schnell in Gefahr, zu bloßen Reaktionären zu werden.“<sup>96</sup> Geschaffen werden sollte nichts weniger als eine neue Form konservativen Denkens, die aus der Tradition des britischen und amerikanischen liberalen Konservatismus schöpfte. Dieses Ziel verfolgte auch der Politikwissenschaftler Christian von Krockow. Er nahm die These vom Sonderweg des deutschen Konservatismus auf, um das „verhängnisvoll[e]“ Fehlen eines „liberalen Konservatismus“ zu beklagen und um diesen gleichzeitig als aktuelle Alternative zu profilieren. Krockows Gewährsmänner waren – neben Edmund Burke – der Franzose Alexis de Tocqueville und der Amerikaner Alexander Hamilton. Wollte man den „liberalen Konservatismus“ verstehen, hieß es einerseits nach „Westen“ und andererseits auf die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zu schauen, als sich Burke, Tocqueville und Hamilton mit einem „Prozess der Fundamentalpolitierung, der Veränderbarkeit und Machbarkeit nahezu aller Lebensumstände“ auseinandersetzen und Antworten fanden, die angesichts des seitdem bis in die Gegenwart fortdrängenden Prozesses von bleibender Aktualität schienen.<sup>97</sup> Im Kern, davon war Krockow überzeugt, traten Burke, Tocqueville und Hamilton als Anwälte der Freiheit auf, die sie gegen „Absolutismus“ und „Staatszentralismus“, gegen die Okkupation des Privaten durch das Öffentliche, gegen Ideologie und Despotie verteidigten. Die Bedeutung solcher „konservativer Momente der Frei-

<sup>93</sup> BESSON, Um einen deutschen Edmund Burke bittend, 1970, S. 83. Zu Waldemar Besson vgl. ders., Wie ich mich geändert habe, 1971; JASPER, Tradition und Reform in der deutschen Politik.

<sup>94</sup> BESSON, Um einen deutschen Edmund Burke bittend, 1970, S. 83–84.

<sup>95</sup> Vgl. z. B. GEORG WOLFF, Wie konservativ sind die Konservativen, in: DER SPIEGEL, 27.9. 1971; SCHELSKY, Liberal ohne Zusatz, 1976; GREIFFENHAGEN, Der neue Konservatismus der siebziger Jahre, 1974.

<sup>96</sup> BESSON, Um einen deutschen Edmund Burke bittend, 1970, S. 84.

<sup>97</sup> Vgl. KROCKOW, Der fehlende Konservatismus, 1971, S. 101.

heitssicherung“ könne nicht überschätzt werden, meinte Krockow, und dies zumal angesichts einer „Leichtfertigkeit des Umgangs mit geschichtlicher Erfahrung, formgerechten Verfahren und bestehenden Verfassungsprinzipien“.<sup>98</sup> Die Sicherung der Freiheit konnte in dieser Perspektive ausschließlich mittels stabiler Institutionen, geregelter, rechtsstaatlicher Verfahren und der Anerkennung historischer Gewordenheit gelingen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum Edmund Burke zum Urvater des „neuen Konservatismus“ gewählt wurde: Burke war in den Augen seiner deutschen Verehrer ein Liberaler, der aus vernünftiger Einsicht zum Konservativen geworden war, dem es nicht darum zu tun war, das Rad der Geschichte hin zum Absolutismus zurückzudrehen, sondern die errungenen Freiheiten angesichts einer immer weiterreibenden, und auf eine Tyrannis zulaufenden Revolution zu sichern. Weder „Apotheose der Vergangenheit“ noch die „Illusion einer Vollendung des Menschenwesens“ habe Burkes Denken geleitet, sondern die Absicht, mittels politischen Handelns „vernünftige Lebensmöglichkeiten zu erschließen“, argumentierte der Philosoph Dieter Henrich in der deutschen Neuausgabe von Burkes „Betrachtungen“ 1967 und glaubte genau hierin die Aktualität Burkes zu gewahren.<sup>99</sup> Ein solches Bild des englischen Adeligen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts strahlte hell über den Entwürfen liberaler Konservativität der 1970er Jahre.<sup>100</sup> In gleichem Maße geriet Alexis de Tocqueville zu ihrem intellektuellen Bezugspunkt. Während sich die konservative bundesrepublikanische Rezeption Tocquevilles noch in den 1960er Jahren auf dessen Warnungen vor einem Zuviel an Gleichheit in der Demokratie und in kulturkritischer Manier auf die Gefahren der Konsumgesellschaft kapriziert hatte, wurde nun Tocqueville als Theoretiker der Freiheit in einer egalitären Gesellschaft entdeckt. Besonders Wilhelm Hennis orientierte sich an dem französischen Denker der Demokratie, wenn er vor den freiheitszerstörenden Konsequenzen von fortschreitender „Demokratisierung“ und „Emanzipation“ warnte.<sup>101</sup> Wie im Falle Burkes, so repräsentierte für die liberalen Interpreten des Konservativen in den 1970er Jahren Tocquevilles Biographie sowie sein politisches Denken die Synthese des Liberalen mit dem Konservativen im frühen 19. Jahrhundert, oder besser: die Möglichkeit konservativen Denkens im Horizont der liberalen Moderne.

Dessen waren sich Hennis, Sontheimer, Krockow und auch der junge Hans Günter Hockerts nicht nur bewusst, sie betrieben offensive Begriffspolitik, indem sie sie sich den Liberalismusbegriff aneigneten und ihn zum Bestandteil des Konservatismusbegriffs machten. Als Scharnier diente der Freiheitsbegriff, der im semantischen Netz, das sich um den Konservatismusbegriff entfaltete, eine zentrale

<sup>98</sup> Ebd., S. 115. Sehr ähnlich: KROCKOW, Herrschaft und Freiheit, 1977, S. 110–141.

<sup>99</sup> HENRICH, Einleitung, 1967, S. 20–21.

<sup>100</sup> Einen Forschungsbericht zur Burke-Forschung der mittleren 1960er Jahre liefert SCHUMANN, Burke und kein Ende, 1966.

<sup>101</sup> Vgl. HENNIS, Tocquevilles „Neue Politische Wissenschaft“, 1982; zur konservativen Tocqueville-Rezeption in der Bundesrepublik vgl. STEBER, „The West“, Toqueville and West Germany Conservatism.

Position besetzte. Diese Aneignung konnte entweder über eine adjektivische Verbindung erfolgen – *liberaler Konservatismus* oder *Liberalkonservatismus* –,<sup>102</sup> um das Liberale zu betonen, oder das Liberale wurde als so stark mit dem Konservativen verwachsen dargestellt, dass es unnötig sei, es noch als selbständigen Begriff aufzunehmen. *Konservatismus* genügte in diesem Falle vollends. So erschien dem Welt-Redakteur Günter Zehm bereits 1970 die als verleumderisch gemeinte Bezeichnung von Konsensliberalen wie Wilhelm Hennis, Erwin K. Scheuch, Karl Steinbuch oder Ernst Topitsch durch die medialen „linksliberalen Meinungsführer“ als Konservative nur als angemessen, denn „wer heute liberal bleiben will, muss konservativ werden“.<sup>103</sup> Zu bewahren hätten die Konservativen der Gegenwart nämlich das „bürgerliche Recht“ und die „bürgerlichen Freiheiten“ vor dem „Zugriff des sozialistischen Kollektivismus“. Wer anders als die Liberalen sollte sich dieser Aufgabe annehmen, fragte Zehm rhetorisch. Dass Zehm in seinem Appell für eine antisozialistische Sammlung unter der Fahne des Konservatismusbegriffs allerdings die National-Liberale Aktion im Auge hatte, die Abspaltung eines rechten FDP-Kreises um Erich Mende und den sudetendeutschen Vertriebenenfunktionär mit tiefbrauner Vergangenheit Siegfried Zoglmann, ließ ihn weder realistisch noch unverdächtig erscheinen.<sup>104</sup>

Für die Aneignung des Liberalismusbegriffs im Rahmen der Konservatismus-Debatte ist dieses Beispiel durchaus typisch. Denn das Spektrum derer, die sich als Konservative verstanden und sich auf die Formel der Verteidigung der Freiheit beriefen, war breit. So konstatierte der rechten Kreisen nahestehende Gerd-Klaus Kaltenbrunner, dessen Bedeutungsarbeit am Konservatismusbegriff unten näher besprochen werden wird, dass die „neuen Konservativen“ eben „konservativ“ seien, „weil sie liberal sind“,<sup>105</sup> genauso wie das Helmut Schelsky tat, der allerdings den klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts neu beleben wollte, um dem Staat entschiedene Grenzen zu setzen und die Freiheit des Individuums zu bewahren. Der „prinzipielle Liberalismus“ übernehme so die bewahrende Rolle des Konservatismus, weil dieser „im westlichen Europa fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken“ sei. Dabei berief Schelsky sich auf „führende nordamerikanische Denker und Schriftsteller“ und konnte damit nur den US-amerikanischen Neokonservatismus meinen.<sup>106</sup> Allerdings war auch dort das Bild in Sachen Selbstbe-

<sup>102</sup> Vgl. z. B. KROCKOW, Der fehlende Konservatismus, 1971; HOCKERTS, Konservatismus – Sand im Getriebe, 1974; LÜBBE, Aufklärung und Gegenaufklärung, 1980; MÜLLER, Was heißt „liberalkonservativ“, 1982.

<sup>103</sup> GÜNTER ZEHM, Wer ist heute liberal?, in: DIE WELT, 29. 7. 1970.

<sup>104</sup> Zur National-Liberalen Aktion, aus der 1971 die Deutsche Union hervorging vgl. Was ihr wollt, in: DER SPIEGEL, 29. 6. 1970; STÖSS, Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei, S. 340–344; zu Siegfried Zoglmanns Rolle in der nationalsozialistischen Unterwanderung der nordrhein-westfälischen FDP in den 1940er und frühen 1950er Jahren vgl. BUCHNA, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 86–88 et al.

<sup>105</sup> KALTENBRUNNER, Der schwierige Konservatismus, 1972, S. 51.

<sup>106</sup> HELMUT SCHESKY, Liberal ohne Zusatz. Die merkwürdigen Ansichten von Professor Horst Ehmke, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 30. 11. 1973; wiederabgedruckt als SCHESKY, Liberal ohne Zusatz, 1976.

zeichnung nicht einheitlich, wehrte sich doch Friedrich August von Hayek 1960 entschieden gegen das Epitheton „konservativ“, indem er sich auf den klassischen Liberalismus berief, darunter aber Burke, Tocqueville und andere Gewährsmänner des liberalen Konservatismus fasste, weil er diese als „Whigs“ verstand. Sein Text wurde im Oktober 1971 in deutscher Übersetzung in der FAZ veröffentlicht und sicherlich nicht zufällig – unter einem vom englischen Original *Why I Am Not a Conservative* abweichenden deutschen Titel als *Liberale und Konservative* – inmitten der Debatte um den bundesrepublikanischen Konservatismus platziert.<sup>107</sup>

Was also sollte das Liberale im Konservativen bedeuten? Christian von Krockows Definition eines „Konservatismus der Freiheitswahrung“ gab darauf eine Antwort. Sollte der *liberale Konservatismus* deutlichere Kontur bekommen, zumal eine solche, wie sie sich die reformskeptischen Hochschullehrer vorstellten, mussten sie dessen Begriffsnetze profilieren. Genau dies schlug Lübbe Schelsky vor, als dieser ihn zur Etablierung einer organisatorischen Plattform der nur publizistisch als Gruppe erscheinenden losen intellektuellen Verbindung drängte. Lübbe reagierte darauf verhalten – und distanzierte sich damit auch von Schelsky. Nicht „für Aktionszwecke“ wollte er ein Treffen organisieren, sondern „für die Reformulierung der Sprache der Liberalen“.<sup>108</sup> Einer solchen verschrieb er sich dann auch. In seiner Antwort auf die Kritik Jürgen Habermas’ am „Neokonservatismus“ im Jahr 1982 formulierte er seine Überzeugung vom Ineinanderfallen von Konservatismus- und Liberalismusbegriff in der Gegenwart. Die „heutigen Konservativen“ charakterisierte er als „besorgte Liberale“,<sup>109</sup> die „die Bedingungen der Liberalität herrschender Ordnung zu konservieren“ und ganz im Geiste der Aufklärung die „liberale Demokratie“ gegen die ebenso aus der Aufklärung hervorgegangene „totalitäre Demokratie“ zu verteidigen hätten.<sup>110</sup> Lübbe zitierte damit eine klassische Unterscheidung des *cold war liberalism*.<sup>111</sup> Die Konservativen agierten in dieser Perspektive als Hüter des liberalen Erbes der Aufklärung – ein Anspruch, der bei einer dritten Tagung der *Tendenzwende*-Initiative im Jahr 1980 unter dem Titel *Aufklärung heute. Bedingungen unserer Freiheit* noch einmal untermauert wurde.<sup>112</sup> Auch der Grazer Philosoph Ernst Topitsch konzipierte – in ganz eigener Weise – „Aufklärung als konservative Aufgabe“ der Gegenwart<sup>113</sup>

<sup>107</sup> Vgl. FRIEDRICH V. HAYEK, Liberale und Konservative, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 6. 10. 1971.

<sup>108</sup> Hermann Lübbe an Helmut Schelsky, 7. 1. 1974, zitiert in: WEHRS, Protest der Professoren, S. 437.

<sup>109</sup> LÜBBE, „Neo-Konservative“ in der Kritik, 1983, S. 627.

<sup>110</sup> Ebd., S. 627–628.

<sup>111</sup> Vgl. HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit, S. 293. Zum *cold war liberalism* vgl. MÜLLER, Fear and Freedom. Der Kategorie *cold war liberalism* steht OPPERMANN, Ein transatlantisches Vital Center?, bes. S. 166–167, kritisch gegenüber.

<sup>112</sup> Vgl. ZÖLLER, Aufklärung heute, 1980.

<sup>113</sup> Vgl. ERNST TOPITSCH, Aufklärung als konservative Aufgabe, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 21. 7. 1973; Topitsch hatte sich bereits 1970 in *Die Welt* zum Konservatismus bekannt, vgl. ERNST TOPITSCH, Wetterwende? Das intellektuelle Klima in Deutschland und Österreich hat sich in der letzten Zeit tiefgreifend verändert, in: DIE WELT, 3. 10. 1970. Zu Ernst Topitsch vgl. ACHAM, Sprachkritik – Weltanschauungsanalyse – intellektuelle Selbstbe-

und berief sich dabei auf Lübbes bereits 1971 erfolgte Charakterisierung der Neuen Linken als „Gegenaufklärungsbewegung“, die jener mit der düsteren Warnung, dass der „Prozess der Aufklärung nicht mit Sicherheit unumkehrbar“ sei, versehen hatte.<sup>114</sup> Diese Reformulierung des Liberalen unter dem Dach des Konservatismusbegriffs griff denn auch auf die Begriffsbestände der Sattelzeit zurück und aktualisierte diese – die Rezeption von Burke und Tocqueville hatte daran gewichtigen Anteil.

Neben dem Begriff der *Freiheit*, dem Begriff der *Demokratie* und neben den Begriffen des konservativen Strukturprinzips der Zeitlichkeit verfestigten Begriffe wie *Institution*, *Ordnung*, *Stabilität*, *Verfassung*, *Struktur*, *Staat*, *Geschichte* oder *Wertordnung* das semantische Netz des Konservatismusbegriffs. Darüber hinaus wurde es von Begriffen wie *Nüchternheit*, *Sachlichkeit*, *Wirklichkeit*, *realistisch*, *Maß*, *Klugheit*, *Pragmatismus* etc. angereichert, die einen spezifischen Politikstil beschrieben und dem konservativen Strukturprinzip des Ausgleichs entsprangen. Zudem verwiesen viele Begriffe auf Gegenbegriffe, die als *links* kodiert wurden: *Reform* vs. *Revolution*, *Wirklichkeit* vs. *Utopie*, *Ordnung* vs. *Anarchie*, *Demokratie* vs. *Despotie* seien hier nur genannt. All dies waren Begriffe, die dem Konservatismusbegriff seit Langem Gestalt gaben – sie wurden aktualisiert, immer wieder wiederholt und so zusammen mit einstmals genuin liberalen Begriffen wie etwa *Aufklärung*, *Vernunft*, *Verfassung*, *Bürgerlichkeit* etc. zu einem flexiblen semantischen Netz gewoben. Das Strukturprinzip der Gegen-satzbildung ordnete also ebenfalls die politische Sprache des Konservatismus aus liberalem Geiste.

Dolf Sternberger war der erste, der publizistisch diese Grundbegriffe demokratischer Staatlichkeit mit dem Konservatismusbegriff verschweißte und so das Zentrum eines Konservatismus aus liberalem Geiste kenntlich machte, wenn er 1970 dazu aufforderte, „verfassungskonservativ, rechtskonservativ, freiheitskonservativ, sogar staatskonservativ“ zu sein, um die demokratischen Grundbestände zu verteidigen. „Wer die Erfahrung jener ‚nationalen Revolution‘ in den Knochen hat, gerade er muss heute konservativ sein“, gemahnte Sternberger. Neben der Präsenz des Jahres 1933 war es, nebenbei gesagt, symptomatisch für die Debatte um das Konservative in den 1970er Jahren, dass sich einer der führenden Sprachkritiker der frühen Republik, der außerdem SPD-Mitglied war, früh einschaltete und mit einer begriffspolitischen Argumentation, die den diffamierenden Gebrauch des Begriffs durch die äußerste Linke anprangerte, sich an eine positive Füllung des Begriffs machte. Denn die sprachkritische Position trug nicht unwe sentlich dazu bei, das semantische Netz des Konservatismusbegriffs anzureichern und weiter zu entfalten, das in den 1970er Jahren von konsensliberalen Intellekt-

sinnung; zu Topitschs auf dem kritischen Rationalismus basierenden Konservatismusentwurf vgl. die Debatte in *Criticón: HOERES, Kritischer Rationalismus als konservative Kraft?*, 1976; TOPITSCH, Aufgeklärter und unaufgeklärter Konservatismus, 1977; sowie auch die zeitgenössische, auf marxistischer Theorie basierende Auseinandersetzung KAHL, Positivismus als Konservatismus.

<sup>114</sup> LÜBBE, Gegenaufklärung, 1971.

tuellen aufgespannt wurde. Zu denken ist dabei nur an die Bedeutung, die dem Institutionenbegriff im sprachkritischen Diskurs zugewiesen wurde, an das Gewicht, das auf *Nüchternheit* und *Sachlichkeit* gelegt wurde, oder an das Vertrauen auf die konservierende Funktion der Begriffe selbst.

Als ein zentraler Begriff des semantischen Netzes um den Konservatismusbegriff hatte sich seit 1945, wie wir gesehen haben, der Begriff *Wert* mit all seinen Derivaten (*Wertordnung*, *Wertsystem* usw.) etabliert. In den frühen 1970er Jahren spielte er vor allem in den Unionsparteien eine gewichtige Rolle, was unten näher aufgeschlüsselt werden wird. Umso erstaunter reagierten die Konservativen, als niemand anderer als Erhard Eppler, profilierter Kopf des linken SPD-Flügels, sich 1975 den Konservatismusbegriff auf die Fahnen schrieb – wohlgernekt auf dem Höhepunkt der Konservatismus- und *Tendenzwende*-Debatte, während derer linke Intellektuelle und Politiker keine Gelegenheit versäumt hatten, dem Begriff eine negative Konnotation zu geben.<sup>115</sup> Eppler nun führte eine Differenzierung in „Struktur“- und „Wertkonservatismus“ ein. In den wichtigsten politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart lägen diese entgegengesetzten Philosophien miteinander im Konflikt. *Strukturkonservatismus* wertete Eppler negativ, während *Wertkonservatismus* positiv gewichtet wurde. *Wertkonservativ* zu sein, entsprach in Epplers Zeitbild einer linken Lebenseinstellung in einer Gegenwart, in der die Grenzen des Fortschritts offenbar würden und der Reiz stetigen ökonomischen Wachstums sich verflüchtigte. Offensichtlich machte er sich die ökologische Gesellschaftskritik zueigen, die nicht selten apokalyptische Szenarien entwarf. In einem solchen ausschließlichen Sinne war auch der Titel des Buches formuliert, in dem Eppler seine Thesen vorstellte: *Ende oder Wende?* – sollte die Menschheit nicht ihrer Selbstzerstörung gegensteuern, würde sie nicht überleben können. Das ökologische Katastrophenszenario, das hinter Epplers Thesen stand, unterlegte diese nicht allein mit dem im grün-alternativen Spektrum typischen Alarmismus, sondern schrieb ihnen das Spannungsfeld von *Fortschritt* und *Bewahrung* ein, das das Sprechen über die gefürchtete Ökokatastrophe leitete. Nur deshalb erschien der Konservatismusbegriff in diesen Zusammenhängen sinnvoll, und deshalb wurde er in Epplers Entwurf konsequent und ausschließlich von seiner Zeitdimension aus interpretiert.

Der *Strukturkonservatismus*, so definierte Eppler, wolle „Strukturen“ bewahren, ihm gehe es allein um die „Konservierung von Machtpositionen, von Privilegien, von Herrschaft“.<sup>116</sup> In ihm manifestiere sich das „altiliberale Erbe“,<sup>117</sup> es handle sich um „Ideologie im strengsten Sinne der Marx'schen Definition“, um „Überbau“ zur Legitimierung von Macht und Herrschaft.<sup>118</sup> In Epplers Begriff des *Strukturkonservatismus* bündelten sich alle Elemente linker Konservatismuskritik der 1970er Jahre. Dagegen ziele der *Wertkonservatismus* auf die Bewahrung des

<sup>115</sup> Zu Erhard Eppler vgl., wenn auch unkritisch, FAERBER-HUSEMANN, Der Querdenker.

<sup>116</sup> EPPLER, Ende oder Wende, 1975, S. 28–29.

<sup>117</sup> Ebd., S. 33.

<sup>118</sup> Ebd., S. 29.

„unaufhebbaren Wert[s] des einzelnen Menschen und der „natürlichen Lebensgrundlagen“; der *Wertkonservative* verstehe die „Freiheit als Chance und Aufruf zu solidarischer Verantwortung“, er suche „nach Gerechtigkeit [...], wohl wissend, dass sie nie zu erreichen ist“, er riskiere „Frieden [...], auch wo er Opfer kostet“. So hätten „Werte wie Dienst oder Treue, Tugenden wie Sparsamkeit oder die Fähigkeit zum Verzicht noch keinen zynischen Beigeschmack“. Um *Werte* zu bewahren, müssten *Strukturen* gesprengt werden. Dies war eine zentrale Formel des Weimarer Rechtsintellektualismus, der *konservativen Revolutionäre*, daran erinnerte Kurt Sontheimer in seiner Besprechung Epplers die bundesrepublikanische Öffentlichkeit.<sup>119</sup> Allerdings meinten deren Vertreter ganz andere *Werte* als Eppler. Einen solchen *Wertkonservatismus* situierte der nun in der „christlich-konservative[n] Tradition“ Europas – und behauptete, dass der von ihm definierte *Strukturkonservatismus* dieser in „fast allen Stücken“ geradezu „entgegen gesetzt“ sei.<sup>120</sup>

Zum einen also band Eppler zentrale Begriffe der Linken an den Konservatismusbegriff, zum anderen schloss er an die protestantische Tradition an, indem er die Sprache der Bibel bzw. der protestantischen Predigt (z. B. „Dieser Konservatismus verficht die Würde des Leidenden und fordert die Würde des Sterbenden zurück.“<sup>121</sup>) evozierte und zugleich explizit auf die „christlich-konservative Tradition“ rekurrierte. Damit traf der Protestant Eppler den Nerv derjenigen Teile des deutschen Protestantismus, die sich in den neuen sozialen Bewegungen für Frieden, Umweltschutz oder soziale Anliegen engagierten, sich als Protestanten genauso wie als Linke verstanden.<sup>122</sup> Nicht von ungefähr diskutierten Erhard Eppler und Kurt Biedenkopf auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1975 in Frankfurt miteinander nicht ausschließlich, aber doch substanzell über Epplers *Wertkonservatismus*-These.<sup>123</sup> So gesehen hatte Epplers Akt semantischer Innovation eine innerprotestantische Dimension zu einer Zeit, als die politische Lagerbildung quer durch den deutschen Protestantismus lief und diesen tief spaltete.<sup>124</sup> Da die semantische Differenzierung in *Struktur-* und *Wertkonservatismus* so eingängig war und der Begriff *Wertkonservatismus* außerdem auf einen aufnahmebereiten, umweltbewegten Resonanzraum traf, etablierte sie sich in der politischen Sprache der bundesrepublikanischen Linken.<sup>125</sup> Dazu kam, dass mit Iring Fettscher einer der einflussreichsten linken Theoretiker den Begriff aufnahm,

<sup>119</sup> KURT SONTHEIMER, Konservative von links? Ein neuer Begriff und seine guten alten Hintergründe, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 29.8.1975.

<sup>120</sup> EPPLER, Ende oder Wende, 1975, S. 29.

<sup>121</sup> Ebd.

<sup>122</sup> Zu Epplers Engagement im Protestantismus vgl. CONZE und WIECHMANN, Epplers Kirchentage.

<sup>123</sup> Vgl. Menschen zwischen Sicherheit und Freiheit, 1975, S. 273–275.

<sup>124</sup> Vgl. GROSSBÖLING, Der verlorene Himmel, S. 137–148; zum Protestantismus in den 1970er Jahren vgl. FITSCHEN, Die Politisierung des Protestantismus; HERMLE et al., Umbrüche.

<sup>125</sup> Vgl. z. B. SCHUMANN, „Konservativismus“ als analytischer Strukturbegriff, 1983; auch Eppler selbst trug dazu bei, vgl. z. B. EPPLER, Konservativismus und Ökologie in der Bundesrepublik, 1983.

der ohnehin bereits Gedanken zu einer linken Öffnung gegenüber dem Konservatismusbegriff angestellt hatte.<sup>126</sup> Und nicht weniger schwer wog, dass ausgerechnet Max Horkheimer, Kopf der Frankfurter Schule, eine konservative Haltung zur „Erhaltung gewisser kultureller Momente“ in einem *Spiegel*-Interview im Januar 1970 als notwendig bezeichnet und den „wahren Konservativen dem wahren Revolutionär“ als „verwandt“ betrachtet hatte. Zu erhalten gelte es, so unterstrich Horkheimer, etwa Theologie und Liberalismus.<sup>127</sup> Das Echo auf Horkheimers konservatives Bekenntnis war gewaltig.<sup>128</sup>

Die Konservativen nun reagierten auf Epplers sprachpolitische Strategie des Besetzens eines Begriffs, um mit Kurt Biedenkopf zu sprechen (wie kaum anders zu erwarten) ablehnend. Für Erwin Scheuch waren Epplers und Fettschers konservative Bekenntnisse schlicht „Etikettenschwindel“.<sup>129</sup> „Werte sind gar nicht zu verwirklichen ohne Strukturen“, gab Hermann Rudolph in der FAZ zu bedenken,<sup>130</sup> und Kurt Sontheimer definierte in *Deutsche Zeitung. Christ und Welt* apodiktisch: „Konservativ ist nach wie vor eine Politik, die an Strukturen festhält, weil solche Strukturen bestimmten Werten dienen.“<sup>131</sup> Im semantischen Netz des Konservatismusbegriffs ließen sich *Struktur* und *Wert* weder auseinanderdividieren, noch der Strukturbegriff delegitimieren. „Was Eppler Strukturkonservatismus nennt, ist im Grunde genommen ein Statusquo-Konservatismus, dem das schlichte Funktionieren zum dominierenden Wert geworden ist“ – so rückte Rudolph die Begriffsnetze des Konservatismus zurecht.<sup>132</sup>

Carl Friedrich von Weizsäcker, der Epplers Buch in der *Zeit* besprach, nahm dessen semantische Innovation als Signal eines Wandels der Linken wahr. Eppler repräsentierte nicht mehr die Linke der APO, der Studentenbewegung und des intellektuellen Neo-Marxismus, sondern eine von Umweltbewegung und Menschheitsuntergangsdrohungen aktivierte neue Linke: „[D]er normale Linke ist durch Fortschrittsglauben und Zorn charakterisiert, Eppler aber durch Besorgnis und Fürsorge“.<sup>133</sup> In der Tat entfremdeten sich mit dem Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt und den Erschütterungen, die dieser in der SPD ver-

<sup>126</sup> Vgl. FETSCHER, Konservative Reflexionen eines Nicht-Konservativen, 1973; ders., Wert-Konservatismus und die Dialektik des Fortschritts, 1976; ders., Vom Recht man selbst zu bleiben, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 23. 11. 1973. Kurt Sontheimer griff dies auf: vgl. SONTHEIMER, Iring Fettschers utopisch verlängerter „Wertkonservatismus“, 1983.

<sup>127</sup> Was wir „Sinn“ nennen, wird verschwinden. Spiegel-Gespräch mit dem Philosophen Max Horkheimer, in: DER SPIEGEL, 5. 1. 1970.

<sup>128</sup> Vgl. EITLER, „Gott ist tot – Gott ist rot“, S. 143–188. Zur Frankfurter Schule vgl. ALBRECHT, Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik.

<sup>129</sup> ERWIN K. SCHEUCH, Ein Begriff wird entführt, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 6. 5. 1977.

<sup>130</sup> HERMANN RUDOLPH, Ein Konservativer drängt auf Veränderung, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 13. 8. 1975.

<sup>131</sup> KURT SONTHEIMER, Konservative von links? Ein neuer Begriff und seine guten alten Hintergründe, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 29. 8. 1975

<sup>132</sup> HERMANN RUDOLPH, Ein Konservativer drängt auf Veränderung, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 13. 8. 1975.

<sup>133</sup> CARL FRIEDRICH VON WEIZSÄCKER, Fragen zur Zukunft. Strategie für eine Welt von morgen, in: DIE ZEIT, 18. 7. 1975.

ursachte, viele aus dem entstehenden ökologischen Bewegungsmilieu von der Partei und beteiligten sich später an der Gründung der Grünen.<sup>134</sup> Für sie war Eppler eine Identifikationsfigur und sein Rücktritt als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit aus dem Kabinett Schmidt 1974, der in einem programmatischen Konflikt begründet lag, wirkte wie ein Fanal. *Ende oder Wende* wurde denn auch als Abrechnung mit der Politik Schmidts gelesen.<sup>135</sup>

Zu jenen, die sich von der SPD abwandten, sich aber weiterhin mit Eppler verbunden wussten, gehörte auch der „grüne BewegungsinTELektuelle“ Carl Amery,<sup>136</sup> der sich als „ernsthafte[r] Konservative[r]“ verstand und den Konservatismusbegriff in der grünen Bewegung präsent hielt.<sup>137</sup> Dies tat auch die Gruppe der „Bewahrer“ im breiten Spektrum der Gründungsgrünen, die Silke Mende so anschaulich beschrieben hat. Herbert Gruhl, CDU-Bundestagsabgeordneter, der 1978 seiner Partei den Rücken kehrte, und Autor des Bestsellers *Ein Planet wird geplündert* – „ein kulturkritisches Manifest mit rückwärtsgewandten, teilweise autoritären Staats- und Gesellschaftsvorstellungen“,<sup>138</sup> – verstand sich ebenfalls als „wahre[r] Konservative[r] dieser Zeit“.<sup>139</sup> Die Pluralisierung des Konservatismusbegriffs seit den späten 1960er Jahren umfasste also auch linke Positionen, was seine Variationsbreite noch vergrößerte. Zur Herstellung von begrifflicher Eindeutigkeit trug dies sicherlich nicht bei, wie Kurt Sontheimer in seiner Befreiung von Epplers Buch bemerkte, und dies – ganz der Sprachkritiker – als „Zeichen für die Schwammigkeit und Manipulierbarkeit zentraler politischer Begriffe unserer Zeit“ wertete.<sup>140</sup>

Epplers Position repräsentierte sicherlich keine linke Mehrheit. Vielmehr reflektierten linke Intellektuelle zuvorderst im Begriff des *Neokonservatismus* bzw. *Neokonservativismus* die Konjunktur des Konservatismusbegriffs in den 1970er Jahren.<sup>141</sup> Begrifflich handelte es sich um einen Import aus dem Amerikanischen, also um eine Eindeutschung von *Neoconservatism*. Daher war zunächst auch die Variante *Neukonservativismus* im Umlauf. Denn die sich in den USA formierende intellektuelle Strömung wurde in der Bundesrepublik aufmerksam verfolgt und als Indiz für die weitere Entwicklung des Konservatismus im eige-

<sup>134</sup> Vgl. MENDE, „Nicht rechts“, S. 125–126.

<sup>135</sup> Vgl. FAULENBACH, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 431–432 und 470; SOELL, Helmut Schmidt, S. 351–357.

<sup>136</sup> Vgl. MENDE, „Nicht rechts“, S. 264–269.

<sup>137</sup> Die Sorgen des Oberförsters und die Konservativen, Tl. 1: Carl Amery, in: DIE WELT, 19. 2. 1977; vgl. auch AMERY, Progessismus, Konservatismus, 1973.

<sup>138</sup> MENDE, „Nicht rechts“, S. 76.

<sup>139</sup> Herbert Gruhl, 1979, zitiert in: ebd., S. 72.

<sup>140</sup> KURT SONTHEIMER, Konservative von links? Ein neuer Begriff und seine guten alten Hintergründe, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 29. 8. 1975

<sup>141</sup> Vgl. z. B. GLASER, Die Mitte und rechts davon, 1974; SAAGE, Konservatismus und Demokratie, 1974; GREIFFENHAGEN, Neokonservatismus in der Bundesrepublik, 1974; KEVENHÖRSTER und STRONK, Falsche Alternativen, 1974; GREBING, Was ist vom Anspruch der Neo-Konservativen auf eine neue Theorie geblieben?, 1976; FETSCHER, Widersprüche im Neokonservativismus, 1980; HABERMAS, Die Kulturkritik der Neokonservativen, 1982; ders., Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, 1979.

nen Lande gesehen.<sup>142</sup> Claus Offe glaubte die „Umrisse einer neukonservativen Systemopposition“ in den Wortmeldungen der „Tendenzwenden-Literatur“, speziell jenen von Schelsky, Lübbe, Friedrich Tenbruck oder Hennis zu erkennen.<sup>143</sup> Gerade Helmut Schelsky rückte in den Blickpunkt linksintellektueller Kritik. Als „Mentor des Neo-Konservativismus“ betreibe er eine „systematische Denunzierung der Demokratie“, vertrete er eine „paläoliberalen Gesellschaftsphilosophie“<sup>144</sup> und weise der bundesrepublikanischen Gesellschaft schließlich „den Weg in die ‚autoritäre‘ Demokratie“.<sup>145</sup> Schelsky repräsentiere einen „neuen Konservativismus in der Bundesrepublik, der sein Heil nicht mehr in der Überhöhung des Staates [...], sondern in der Zurückdrängung der Öffentlichkeit und der Politik sucht“. Dabei gehe die Entwicklung des Konservatismus in der Bundesrepublik parallel mit der in den USA.<sup>146</sup> Die Konzentration auf Schelsky verwischte die Unterschiede zwischen den intellektuellen Protagonisten der Neuformulierung des Konservativen in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Denn der Soziologe im „Kampfpanzer des politischen Anti-Soziologen“,<sup>147</sup> der bewusst polarisierte und dessen Denken in der Tat einerseits der libertären Richtung des amerikanischen Neokonservativismus ähnelte, andererseits weiterhin von technokratischen Überzeugungen durchzogen war, unterschied sich in vielem fundamental von dem liberalen Demokratieentwurf, für den etwa Lübbe, Hennis oder Krockow einstanden.<sup>148</sup>

Kurt Sontheimer zeigte sich daher sehr darum bemüht, sich von Schelskys Intellektuellenkritik zu distanzieren.<sup>149</sup> Besonders aber Christian von Krockow kritisierte Schelskys Demokratietheorie scharf: „Aggressivität und Verzögerungswille finden sich am Ende zu einer fatalen unheiligen Allianz Metternichscher Unterdrückungsstrategie“, kommentierte er Schelskys *Die Arbeit tun die anderen*. Während Edmund Burke Ende des 18. Jahrhunderts mit seinen *Betrachtungen* ein „revolutionäres Buch gegen die Revolution“ geschrieben habe, habe Schelsky der bundesdeutschen Öffentlichkeit der 1970er Jahre ein „reaktionäres Buch be-

<sup>142</sup> Hans-Gerd Schumanns Sammelband zum Konservativismus widmete ihm beispielsweise ein ganzes Kapitel, vgl. SCHUMANN, Konservativismus, 1974, Kap. 3.2.; vgl. z. B. auch FETSCHER, Widersprüche im Neokonservativismus, 1980. Die Rezeptionsgeschichte des amerikanischen Neokonservativismus ist für die Bundesrepublik hingegen noch nicht geschrieben; einen ersten wichtigen Anlauf zur Erforschung der Transfergeschichte des bundesrepublikanischen und US-amerikanischen Konservativismus macht HOHENDAHL und SCHÜTZ, Perspektiven konservativen Denkens.

<sup>143</sup> OFFE, Neukonservative Klimakunde, 1978, S. 210; für die Wortverwendung vgl. außerdem z. B. CHAPMAN, Neukonservativismus, 1974.

<sup>144</sup> KEVENHÖRSTER und STRONK, Falsche Alternativen, 1974, S. 83, 90 und 92.

<sup>145</sup> Vgl. GRUBE und RICHTER, Einleitung, 1974, S. 11.

<sup>146</sup> Vgl. KEVENHÖRSTER und STRONK, Falsche Alternativen, 1974, Zitat S. 94.

<sup>147</sup> GALLUS, Schillernder Schelsky, S. 14.

<sup>148</sup> Vgl. WEHRS, Auf der Suche nach einem „Pronunciamento“; allg. GALLUS, Schillernder Schelsky. Für Schelskys Denken der 1970er Jahre vgl. v. a. SCHELSKY, Die Arbeit tun die anderen, 1975; ders., Der selbständige und der betreute Mensch, 1976; ders., Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung, 1973.

<sup>149</sup> Vgl. SONTHEIMER, Das Elend unserer Intellektuellen, 1976.

schert“.<sup>150</sup> Krockows Buchbesprechung setzte damit auch ein Zeichen im „Kampf ums Heißen“, um mit Lübbe zu sprechen: Schelskys Denken war nicht als *konservativ* zu bezeichnen, sondern wurde von dem Anwalt eines „Konservatismus der Freiheitswahrung“<sup>151</sup> als *reaktionär* gebrandmarkt. Die Grenze zwischen *Konservatismus* und *Reaktion* wurde unter konservativen Intellektuellen scharf gezogen.

Zu einem geradezu inflationär gebrauchten Sammelbegriff zur Beschreibung der konservativen Neuaufbrüche seit den späten 1970er Jahren wurde *Neokonservatismus* mit Jürgen Habermas’ Charakterisierung des Phänomens 1982.<sup>152</sup> Während der amerikanische *Neokonservatismus* in liberaler Tradition stünde, seine „Identifikation mit der gesellschaftlichen Moderne [...] in Begriffen einer unzweideutig liberalen Tradition vollzogen“ habe,<sup>153</sup> hätten jene Theorien, von denen die bundesrepublikanischen *Neokonservativen* ausgegangen seien, einen „jungkonservativen Einschlag“. Der deutsche *Neokonservatismus* habe sich von der antiliberalen Tradition deutschen konservativen Denkens nicht frei gemacht, allen Beteuerungen zum Trotz. Nach 1945 hätten sich die bekehrten Männer der Weimarer neuen Rechten nur „halbherzig“ mit der Moderne ausgesöhnt: „[S]ie haben sich mit dem zivilisatorischen Fortschritt ausgesöhnt, aber die Kulturkritik beibehalten“. Dies trenne die „ehemals jungkonservativen von den ehemals liberalen Neukonservativen“.<sup>154</sup> Am Beispiel von Joachim Ritter, Ernst Forsthoff und Arnold Gehlen exemplifizierte Habermas seine Theorie, deren Schüler – also die Generation eines Hermann Lübbe oder Wilhelm Hennis, Protagonisten der intellektuellen Debatten der 1970er Jahre – wertete er als bloße Epigonen ihrer Lehrer. „Neu ist allenfalls der Typus des Professors, der an der semantischen Bürgerkriegsfront tapfer seinen Mann steht“, bemerkte Habermas süffisant.<sup>155</sup> Nur Kurt Sontheimer und Richard Löwenthal gestand er eine Nähe zu den amerikanischen *Neokonservativen*, ihrem Denken also originär liberalen Ursprung zu.<sup>156</sup>

Während amerikanische *Neokonservative* auf dem liberalen Weg des *Westens* wanderten, und während die bundesrepublikanische Linke die Öffnung nach *Westen* mit großer Lebendigkeit praktizierte, bewegten sich, meinte Habermas, die deutschen *Neokonservativen* auf dem antiwestlichen Sonderweg. Sie wendeten „sich von diesen Traditionen ab, schöpfen aus anderen Quellen“, die da hießen: „deutsche[r] Konstitutionalismus, der von der Demokratie nicht viel mehr als

<sup>150</sup> KROCKOW, Helmut Schelskys Deutsche Ideologie, 1975, S. 91; vgl. außerdem: CHRISTIAN VON KROCKOW, Mehr Demokratie – weniger Freiheit?, in: DIE ZEIT, 23.2.1973. Zur zeitgenössischen Rezeption von Schelskys Demokratietheorie vgl. THÜMMLER, Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?.

<sup>151</sup> Vgl. KROCKOW, Herrschaft und Freiheit, 1977, S. 140.

<sup>152</sup> Vgl. z. B. FETSCHER, Neokonservative und „Neue Rechte“, 1983; DUBIEL, Was ist Neokonservatismus?, 1985; SAAGE, Arbeiterbewegung, Faschismus, Neokonservatismus, 1987; HELLFELD, Modell Vergangenheit, 1987.

<sup>153</sup> HABERMAS, Die Kulturkritik der Neokonservativen (1982), 1985, S. 39; original: ders., Die Kulturkritik der Neokonservativen, 1982.

<sup>154</sup> HABERMAS, Die Kulturkritik der Neokonservativen (1982), 1985, S. 40.

<sup>155</sup> Ebd., S. 44.

<sup>156</sup> Vgl. ebd., S. 39.

den Rechtsstaat übrigbehalten hat“; „Motive des Staatskirchentums, das in einer pessimistischen Anthropologie“ wurzele; und „Motive des Jungkonservatismus“. Letztlich wirkten die „fragwürdigen Hypothesen des deutschen Liberalismus“ bis in die Gegenwart fort.<sup>157</sup> Habermas Begriffsbestimmung des *Konservatismus* bzw. *Neo-Konservatismus* bewegte sich augenscheinlich in den Bahnen des linken Konservatismusbegriffs, wie er seit Ende der 1950er Jahre ausformuliert worden war. Das hatte sich bereits 1979 gezeigt, als er eine Sammlung gewichtiger linker Stimmen der Bundesrepublik zur „geistigen Situation der Zeit“ organisiert hatte, die schließlich als Band 1000 der edition suhrkamp veröffentlicht wurde. Das Projekt, das von Karl Jaspers' gleichlautender Analyse aus dem Jahre 1930 inspiriert war, hatte Habermas als Gegenprogramm zu einer konservativen Deutungsvorherrschaft konzipiert, die er in seiner Gegenwart wahrzunehmen glaubte. In den „Stichworten zur „geistigen Situation der Zeit““ aber hatte er nicht mit dem Konservatismusbegriff operiert, sondern der *Neuen Linken* eine *Neue Rechte* entgegengestellt, geprägt von Carl Schmitt, Arnold Gehlen, Hans Freyer und Joachim Ritter – nicht von ungefähr von drei Geistern der Weimarer neuen Rechten –, dazu angetan, die bundesrepublikanische Demokratie zu unterminieren.<sup>158</sup>

Die Antwort, die Habermas herausforderte, gab Hermann Lübbe, der sich in der Tat zum herausragenden Repräsentanten des Konservatismus aus liberalem Geiste entwickelte,<sup>159</sup> woran seine gezielte Begriffspolitik hinsichtlich des Konservatismusbegriffs nicht unwesentlich Anteil hatte. Wie wir gesehen haben, nahm er seit der ersten Hälfte der 1970er Jahre die negative Zuschreibung auf und suchte ihren Bedeutungshorizont im positiven Sinne wiederholt festzulegen. Dies tat er auch in seiner Antwort auf Habermas.<sup>160</sup> Zunächst akzeptierte er die Bezeichnung *Neokonservatismus*.<sup>161</sup> Dann wies er Habermas' These von der antiliberalen Tradition zurück und verortete die *Neokonservativen* im liberalen Horizont von Aufklärung und Moderne. Und schließlich verwies er auf die Gemeinsamkeiten im amerikanischen und bundesrepublikanischen *Neokonservatismus* und negierte damit Habermas' These vom deutschen konservativen Sonderweg. Bei einem 1982 von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Zusammentreffen deutscher und amerikanischer Intellektueller des konservativen Spektrums hatte er bereits hervorgehoben, dass den Ähnlichkeiten im Denken auch die „mannigfachen institutionellen und persönlichen Beziehungen [...] zwischen deutschen und amerikanischen Intellektuellen konservativer Orientierung“ entsprächen, die „seit langem“ bestünden.<sup>162</sup> Daher erschien ihm gerade deshalb

<sup>157</sup> Ebd., S. 54.

<sup>158</sup> Vgl. HABERMAS, Einleitung, 1979.

<sup>159</sup> Vgl. MULLER, German Neoconservatism and the History of the Bonn Republic, S. 5.

<sup>160</sup> Vgl. LÜBBE, „Neo-Konservative“ in der Kritik, 1983.

<sup>161</sup> Den Begriff hatte er zur Selbstbeschreibung bereits im Jahr zuvor verwendet, vgl. LÜBBE, Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservativismus, 1982; noch einmal publiziert als ders., Konservativismus in Deutschland – gestern und heute, 1987.

<sup>162</sup> LÜBBE, Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservativismus, 1982, S. 87.

die Verwendung des Konservatismusbegriffs „ohne jeden Diffamierungsanklang“ als erstrebenswert, trage dies doch „zum sprachlichen Ausgleich zwischen deutscher und englisch-amerikanischer Kultur“ bei.<sup>163</sup>

Im Grunde verbarg sich hinter Lübbes Argumentation die Überzeugung von der ‚Verwestlichung‘ der bundesrepublikanischen politischen Kultur, das hieß der Eimmündung des deutschen konservativen Denkens in einen „westlichen“ Normalweg – und diese Konvergenz habe sich in den Begriffen auszudrücken. Dementsprechend distanzierte er den Konservatismus der *Neokonservativen* – darauf pochend, dass es sich bei dieser Bezeichnung um eine Zuschreibung von außen handelte – von allen deutschen Traditionen konservativen Denkens seit dem 19. Jahrhundert mit Ausnahme des politischen Katholizismus, den er als den „kontinuitätsbruchsfreieste[n] Konservativismus unter allen zeitgenössisch zu identifizierbaren deutschen Konservativismen“ identifizierte.<sup>164</sup>

In der Tat hatten die intellektuellen Deuter eines bundesrepublikanischen Konservatismus aus liberalem Geist den Anspruch, „mit den amerikanischen Neokonservativen in einem weitgehend gleichen ideengeschichtlichen Kontext zu argumentieren“.<sup>165</sup> Das war auch der Fall, nur wurden in den USA – und auch in Großbritannien – zumindest in einem Punkt andere Akzente gesetzt als in der Bundesrepublik. Dort kreiste nämlich konservatives Denken viel stärker um ökonomische Zusammenhänge als dies in Westdeutschland der Fall war. Der *Markt* war ein Schlüsselbegriff des Neokonservatismus und dabei eng mit dem Begriff der *Freiheit* verknüpft.<sup>166</sup> Dagegen war die Formulierung eines Konservatismus aus liberalem Geiste in der Bundesrepublik vornehmlich demokratietheoretisch fundiert. Der freie Markt galt freilich als Kernstück einer demokratischen, freiheitlichen Ordnung und die soziale Marktwirtschaft als ideales Modell einer konservativen Gesellschaftsordnung, in der Wettbewerb und soziale Sicherheit in perfekter Balance stünden. Über diese Grundfesten herrschte Konsens, sie waren nicht umstritten – und vor allem galt der Ausgleich, der im Modell der sozialen Marktwirtschaft gefunden worden war, als Fundament, auf dem die Demokratie der Bundesrepublik errichtet war.<sup>167</sup> Die *soziale Marktwirtschaft* wurde als eine erfolgreiche Begriffsbildung der Adenauer-Zeit gepriesen, als Formel, auf der die bundesrepublikanische Demokratie basierte. Während in den USA und in Großbritannien radikal marktliberale Argumente als Gegenentwurf zu einer auf Planung setzenden Wohlfahrtsstaatlichkeit zunehmend an Legitimität gewannen, weil diese für die ökonomische Krise verantwortlich gemacht wurde, sahen westdeutsche Konservative in den 1970er Jahren, nicht zuletzt bestärkt von der vergleichsweise guten öko-

<sup>163</sup> LÜBBE, „Neo-Konservative“ in der Kritik, 1983, S. 623. Einen beachtenswerten Vergleich zwischen amerikanischem und bundesrepublikanischem „Neokonservatismus“ stellt LORIG, Neokonservatives Denken, an.

<sup>164</sup> LÜBBE, Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservativismus, 1982, S. 95.

<sup>165</sup> LORIG, Neokonservatives Denken, S. 161.

<sup>166</sup> Vgl. z. B. PHILLIPS-FEIN, Invisible Hands.

<sup>167</sup> Vgl. MULLER, German Neoconservatism and the History of the Bonn Republic, S. 12.

nomischen Entwicklung der Bundesrepublik, das ordoliberalen Modell bestätigt. Dass Wirtschaftswissenschaftler in der deutschen Debatte, verglichen mit den USA und Großbritannien, kaum eine Rolle in der Ausformulierung des Konservatismus der 1970er spielten und statt ihrer Politikwissenschaftler dominierten, trug entscheidend zu diesen unterschiedlichen Gewichtungen bei. Dazu kam, dass die liberalen Interpreten des Konservativen konsensliberal geprägt waren und, von wenigen Ausnahmen abgesehen, aus der Sozialdemokratie kamen.<sup>168</sup> Wettbewerb und soziale Sicherheit schien der ausbalancierte Sozialstaat der Bundesrepublik in idealer Weise zu vereinen – dieses Gleichgewicht musste verteidigt werden, um eine Sozialisierung zu verhindern. Marktradikale Modelle schienen dafür nicht nötig – auch deshalb blieb Schelskys Anschlussfähigkeit begrenzt, der in den 1970er Jahren den „klassischen Liberalismus“ vor allem als Liberalismus des Marktes pries und so seine Kritik an bürokratisierter Wohlfahrtsstaatlichkeit und Individualitätsverlust aus den 1950er Jahren aktualisieren konnte.

Hermann Lübbe, Wilhelm Hennis, Kurt Sontheimer und die übrigen Männer, die sich um einen liberalen Konservatismus mühten, vertrauten auf die Kraft des ‚Westens‘, sahen es als ihren Auftrag an, dem ‚Westen‘ in der Bundesrepublik auch weiterhin eine dominante Stimme zu sichern. Schelsky dagegen hatte seine Hoffnung auf den ‚Westen‘ verloren – so er sie denn jemals tatsächlich gehabt haben sollte. Die „Priesterherrschaft der Intellektuellen“, die linke, systemverändernde, manipulierende Übermacht, glaubte er überall in der „industriegeschichtlich fortgeschrittenen Zivilisation des Westens“ grassieren: „Das neue Mittelalter fängt im Westen an“ – und von dort drang es nach Deutschland vor.<sup>169</sup> Wieder einmal wurde die Verderbnis im ‚Westen‘ verortet, wieder einmal mussten deutsche Tugenden der westlichen ‚Zivilisation‘ entgegengesetzt werden. Schelsky aktualisierte die verhängnisvolle deutsche Semantik des ‚Westens‘, die in der ersten Hälfte 20. Jahrhunderts so unheilvolle Wirkung gezeigt hatte.<sup>170</sup> Expliziter noch hatte sich Arnold Gehlen bereits 1969 gegen das Vordringen ‚westlicher‘ Begriffe gewandt, als er die alliierte Sprachpolitik nach 1945, die antiliberalen und antidemokratischen Begriffe aus dem öffentlich sagbaren Vokabular verbannt hatte, scharf angegriffen, eben weil sie den Männern der Weimarer neuen Rechten ihre Begriffe entzogen hatte. Die Wahrheit, so ätzte Gehlen, sei sprachlich nicht mehr zu fassen, die importierten, ‚linken‘ Begriffe des ‚Westens‘ Manipulationsinstrumente der Wirklichkeit.<sup>171</sup> Genau das sahen die liberalen Vertreter des Konservativen in der Bundesrepublik der 1970er Jahre ganz anders: Zwar stimmten sie mit Gehlens Kritik an einer linken Sprachherrschaft überein, doch zogen sie ganz andere Schlüsse. Sie wollten die demokratische Sprache des ‚Westens‘ bewahren, um die junge Demokratie zu stabilisieren – nicht mehr und nicht weniger.

<sup>168</sup> Zum Konsensliberalismus vgl. ANGSTER, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie; DOERING-MANTEUFFEL, Wie westlich sind die Deutschen?; ders., Westernisierung.

<sup>169</sup> SCHELSKY, Die Arbeit tun die anderen, 1975, S. 134.

<sup>170</sup> Vgl. BAVAJ und STEBER, Germany and „the West“.

<sup>171</sup> Vgl. GEHLEN, Über Sprachlosigkeit und Lüge, 1970.

### 3.4.2. *Rechts* statt *konservativ*. Deutsche Kontinuitäten oder die zweite Variante des Konservatismusbegriffs

Die liberalen Interpreten des Konservativen zielten vor allem auf eines: auf die Stärkung der bundesrepublikanischen Demokratie. Dieses Ziel stand dagegen alles andere als im Fokus einer zweiten Gruppe von Intellektuellen, die sich in den 1970er Jahren um die semantische Ausgestaltung des Konservatismusbegriffs bemühten. Denn der „Kampf ums Heißen“ wurde nicht nur zwischen Linken und Konservativen geführt, vielmehr rangen die Interpreten des Konservativen selbst unerbittlich um den Begriff. Die Konjunktur des Konservatismusbegriffs nach „1968“ brachte es mit sich, dass sich Vertreter verschiedener politischer Richtungen seiner bemächtigten. Dabei dominierten auf der einen Seite jene, die liberale Traditionsbasis für das konservative Denken fruchtbar zu machen suchten, und auf der anderen Seite solche Intellektuelle, die explizit an rechtes Gedanken-gut anknüpften. Sie suchten den Begriff für die Neue Rechte zu okkupieren. *Konservativ* bedeutete ihnen *rechts*. Dieses Spektrum war freilich recht heterogen. Es wird im Folgenden näher aufgeschlüsselt werden, und dafür ist es nötig, Netzwerke, Publikationsorgane und zentrale Figuren eingehend zu beschreiben, da auf geschichtswissenschaftliche Forschungsarbeiten kaum zurückgegriffen werden kann. Nur auf dieser Grundlage erschließt sich die begriffsprägende Kraft der Neuen Rechten in der Bundesrepublik der 1970er Jahre.

Die Heterogenität des neurechten Spektrums verwirrte manchen Beobachter, und dies zumal als die Übergänge zwischen eher liberal und eher rechts orientierten Intellektuellen, ihren Diskursarenen und Publikationsorganen fließend waren. Dies traf besonders auf Gerd-Klaus Kaltenbrunner zu, sicherlich eine der zentralen Figuren der intellektuellen Debatten der 1970er Jahre. Er wurde zu einem einflussreichen Stichwortgeber, der sich die seit 1970 immer wieder erhobene Forderung nach einem *neuen Konservatismus* selbstbewusst zueigen machte und 1972 mit der Publikation eines gleichnamigen Sammelbandes den Anspruch auf eine *Rekonstruktion des Konservatismus* erhob. Kaltenbrunners Texte und Interventionen wurden breit rezipiert, seine intellektuelle Positionierung dagegen oftmals verkannt. Sagen die einen in ihm einen Liberalkonservativen,<sup>172</sup> war er den anderen „Generalsekretär für die rechte deutsch-konservative Gesinnung“.<sup>173</sup> Seinem Einfluss entgegen steht seine Vernachlässigung in der geschichts- und politikwissenschaftlichen Forschung. Dies rechtfertigt eine ausführliche Betrachtung von Kaltenbrunners Entwurf des Konservatismus. In ihm manifestierten sich zentrale Elemente der neurechten Variante des Konservatismusbegriffs, die in der Bundesrepublik der 1970er Jahre ausformuliert wurde.

Gerd-Klaus Kaltenbrunner war ein unerwarteter Shooting Star des Konservatismus der 1970er Jahre. Geboren 1939 in Wien zog er nach dem Studium der

<sup>172</sup> Vgl. z. B. MÜLLER, Was heißt „liberalkonservativ“, 1982, S. 372.

<sup>173</sup> ERWIN K. SCHEUCH, Lechts und rinks. Über merkwürdige ideologische Allianzen und ihre Ahnen, in: CHRIST UND WELT, 19. I. 1979.

Philosophie, Rechtswissenschaften und Soziologie an der Universität Wien 1962 nach Deutschland, wo er publizistisch tätig wurde. 1968 engagierte ihn der Freiburger Rombach-Verlag als Lektor, wo Kaltenbrunner anti-utopischem Denken eine Plattform zu verschaffen und so dem suhrkamp-Verlag eine publizistische Alternative entgegenzusetzen suchte. Nach der plötzlichen Entlassung 1972, hinter der politische Gründe vermutet wurden,<sup>174</sup> wechselte er 1974 schließlich zum Herder-Verlag, für den er die im Zweimonats-Rhythmus erscheinende Taschenbuchreihe *Herderbücherei initiative* verantwortete, die Kaltenbrunner zu einem zentralen Forum konservativen Räsonierens ausbaute.

Dabei war Kaltenbrunner nicht nur auf Grund seines Alters ein unerwarteter Wortführer des Konservativen. Bis zu seinem Engagement im Rombach-Verlag war der Publizist keineswegs als Vertreter des Konservatismus aufgefallen – ganz im Gegenteil. Für wissenschaftliche Zeitschriften, vor allem aber für die *Zeit* hatte er mit viel Sympathie regelmäßig Bücher aus dem Umkreis der linken Philosophie rezensiert: Kaltenbrunner war der Mann für Sartre, Flechtheim, Lenin oder neuere Marx-Ausgaben.<sup>175</sup> Darüber hinaus war er 1969/1970 mit Arbeiten zur Philosophie Marcuses und Ernst Blochs hervorgetreten, die in der österreichischen, katholischen Zeitschrift *Wort und Wahrheit* publiziert wurden.<sup>176</sup> Kaltenbrunners Ansatz objektiver Weltanschauungsanalyse erinnert an Ernst Topitsch, dem er, so ist zu vermuten, in seinem Philosophie-Studium in Wien begegnet sein dürfte. Nicht von ungefähr berief er sich später immer wieder auf Topitschs Neopositivismus. Fasziniert zeigte sich Kaltenbrunner aber auch vom Anarchismus eines Michail Bakunin und Hugo Ball.<sup>177</sup>

Es war also nicht abzusehen, dass der junge Freiburger Lektor sich zum Propheten des Konservativen aufschwingen würde. Allein eine positive Rezension von Hans Georg von Studnitz' kulturkritischer Suada *Glanz und keine Gloria. Reise durch die Wohlstandsgesellschaft* deutete 1966 auf einen politischen Standortwechsel zum Konservatismus hin, allerdings noch zu einem Konservatismus verstanden als „Lebensstil“, als „eine undoktrinäre, sehr glückliche Verbindung aus common sense und provozierendem Esprit“.<sup>178</sup> Außerdem begann Kaltenbrunner sich mit Figuren zu beschäftigen, die als – sicherlich nicht zentrale – Denker des Konservatismus bzw. der Rechten galten. Dabei reichte sein Interesse

<sup>174</sup> Vgl. Anpassung an Gängiges, in: DER SPIEGEL, 21. 11. 1972.

<sup>175</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Rezension zu: Herbert Marcuse, Vernunft und Revolution, 1962; ders., Weltrevolution oder Nationalstaat, in: DIE ZEIT, 18. 6. 1965; ders., Die Entstalinisierung begann unter Stalin, in: DIE ZEIT, 8. 10. 1965; ders., Abenteuer der Dialektik, in: DIE ZEIT, 15. 3. 1968; ders., Was Marx wirklich sagte..., in: DIE ZEIT, 3. 5. 1968; ders., Das Rätsel Lenin, 1965; ders., Der Denker Marcuse, 1967.

<sup>176</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Prinzipielle oder experimentelle Utopie?, 1969; ders., Vorbild oder Verführer?, 1970.

<sup>177</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Das Lustprinzip Revolution, 1970; BALL, Zur Kritik der deutschen Intelligenz, 1970.

<sup>178</sup> GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Restaurativer Staat? Reise durch die westdeutsche Wohlstandsgesellschaft, in: DIE ZEIT, 4. 2. 1966.

von Franz von Baader über Ludwig Klages und Vilfredo Pareto bis hin zu Houston Stewart Chamberlain und Arthur Moeller van den Bruck.<sup>179</sup>

Einige Jahre später freilich hatte sich Kaltenbrunners Sympathie für einen konservativen Lebensstil zu einer solchen für konservative politische Programmatik gewandelt. Der Anspruch, mit dem Kaltenbrunner 1972 schließlich an die Öffentlichkeit trat, konnte dabei nicht gewaltiger formuliert werden: Er wollte einen neuen Konservatismus für die 1970er Jahre begründen. Der Konservatismus sei nämlich „keine abgeschlossene, fixierte Doktrin“, sondern müsse „von Epoche zu Epoche neu formuliert“ werden.<sup>180</sup> Und tatsächlich ist Kaltenbrunners publizistisches Engagement der 1970er Jahre als Versuch zu verstehen, aus der Situation der Gegenwart heraus einen neuen Konservatismus zu erschaffen: in der Formulierung einer konservativen Theorie, in der Festlegung eines Kanons von Denkern und Schriften, aus denen dieser schöpfen konnte, in der Organisation publizistischer Plattformen. Ganz bewusst besetzte er den Konservatismusbegriff; der Bedeutung von Sprache in der Politik war er sich bewusst. Der „Kampf um Worte“, unterstrich Kaltenbrunner 1972, markiere den „Beginn einer Emanzipation von den hemmenden Schablonen und Phrasen“, stelle „die erste Etappe einer neuen Kristallisation von durchaus auch die politische Praxis verändernden Kräften“ dar.<sup>181</sup> Ernst war es ihm auch mit der Begründung einer konservativen Theorie, womit er sich gegen eine mächtige Tradition konservativer Selbstbeschreibung stellte.<sup>182</sup>

Mit der Neuschöpfung des Konservatismus war es Kaltenbrunner ernst; mit der Bewahrung überkommener Ordnungen mochte er indessen nichts zu tun haben. Vielmehr ging es ihm um die „Schöpfung einer neuen Ordnung, in der Bewahren möglich und sinnvoll ist“. Insofern bestimmte Kaltenbrunner Konservatismus als „prospektiv, im Hinblick auf seine noch unabgegoltenen Möglichkeiten, als Erneuerung, Schöpfertum und Wiedergeburt“.<sup>183</sup> Genau so war die Formel vom „schöpferischen Konservatismus“ zu verstehen.<sup>184</sup> „Blicke nicht zurück auf alte Zeiten, sondern setze auf die Zukunft“, riet Kaltenbrunner in bewusst prophetischem Ton den Lesern der *Deutschen Zeitung. Christ und Welt* 1972, als er nicht davor zurückschreckte, in genau diesem Duktus, „zehn Gebote für Konservative“ zu formulieren.<sup>185</sup> Kaltenbrunners Konservatismus-Projekt war

<sup>179</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Houston Stewart Chamberlains germanischer Mythos, 1967; ders., Vom Weltschmerz des technischen Zeitalters, 1969; ders., Das Lustprinzip Revolution, 1970; ders., Plädoyer für Vilfredo Pareto, 1974; ders., Von Dostojewski zum Dritten Reich, 1969.

<sup>180</sup> KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 267; gleichlautend ders., Schöpferischer Konservatismus (Criticón), 1973.

<sup>181</sup> KALTENBRUNNER, Der schwierige Konservatismus, 1972, S. 25.

<sup>182</sup> Vgl. z. B. KALTENBRUNNER, Zehn Gebote für Konservative und solche die es werden wollen, 1975; ders., Gibt es eine konservative Theorie?, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 26. 10. 1973; ders., Gibt es eine konservative Theorie?, 1974; ders., Brauchen Konservative eine Theorie?, 1973.

<sup>183</sup> KALTENBRUNNER, Prospektiver Konservatismus, 1975, S. 106.

<sup>184</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Der schwierige Konservatismus, 1972, S. 45; ausgeführt in: Ders., Schöpferischer Konservatismus, 1973.

<sup>185</sup> GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Zehn Gebote für Konservative, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 15. 9. 1972.

also weniger restaurativ bzw. „rekonstruierend“ angelegt, um seine eigene Formulierung aufzugreifen, sondern vielmehr revolutionär. Mit der Vergangenheit wollte er brechen, von einem Plädoyer für die Kontinuität der Zeitdimensionen war er weit entfernt, auch wenn er *konservativ* als „Einsicht in die Bedingungen [...] nichtkatastrophischen sozialen Wandels“ definierte und damit eine etablierte Formel aufgriff.<sup>186</sup> Konservative Theorie war ihm eine „Theorie revolutionärer Bewahrung“.<sup>187</sup> Kaltenbrunner predigte die konservative Revolution für die 1970er Jahre, bediente sich aber der Sprache der Rekonstruktion. Das war Camouflagem.

Besonders in seiner Wertschätzung der Revolution offenbarte sich Kaltenbrunners eigener intellektueller Weg von der Linken hin zur Rechten. Mit dem „Revolutionär des 20. Jahrhunderts“ teile der Konservative um einiges mehr als mit dem „Konservativen des 19. Jahrhunderts“, vor allem eine „ganze Fülle quälender Fragen“.<sup>188</sup> Es sei nur natürlich, dass aus dem sich in einem „Verfallsprozess“ befindenden Marxismus so frei gewordene Elemente in den Konservatismus eingenommen würden.<sup>189</sup> „Rechts stehen, links denken“, diese auf den österreichischen Katholisch-Konservativen Ernst Karl Winter zurückgehende Formel aus den 1920er Jahren führte Kaltenbrunner wieder und wieder an, um die Verbindung von seinem neuem Konservatismus und dem Marxismus zu untermauern.<sup>190</sup> Links zu denken bedeutete für Kaltenbrunner in erster Linie dialektisch zu denken.<sup>191</sup> Und so erklärte er die konservative Welle, die er in seiner Gegenwart zu gewärtigen glaubte, ebenfalls dialektisch: als Bewegung „enttäuschter Emanzipatoren“ hin zum Gegenteil dessen, wofür sie ursprünglich gekämpft hatten.<sup>192</sup>

Kaltenbrunners Neuschöpfung des Konservatismus war jedoch in erster Linie eine synthetische Angelegenheit. Obgleich er vorgab, mit der Vergangenheit zu brechen – und vor allem auch „Distanz“ zu den „Traditionen konservativen Denkens“ üben wollte –, bediente er sich unterschiedlicher Stränge konservativen Denkens des 19. und 20. Jahrhunderts und fügte sie zu einem neuen Ganzen. Diese Referenzen funktionierten dabei weniger über die Berufung auf konservative Lichtgestalten wie das üblich war („Edmund Burke, Friedrich Julius Stahl und Othmar Spann sind ebenso tot wie der Konservatismus von Thron und Altar, wie der spätere von Rittergut und Hochofen.“), sondern über die Aktualisierung von Begriffen des semantischen Netzes des Konservatismusbegriffs.<sup>193</sup> Auf diese Weise stellte Kaltenbrunner sicher, dass sein Entwurf auch als konservativ erkannt wurde, mehr noch, dass dieser als aktualisierte Fortsetzung des Denkens der Weimarer neuen Rechten erschien.

<sup>186</sup> KALTENBRUNNER, Der schwierige Konservatismus, 1972, S. 45.

<sup>187</sup> KALTENBRUNNER, Einleitung, 1975, S. 10.

<sup>188</sup> KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 269.

<sup>189</sup> Vgl. GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Zehn Gebote für Konservative, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 15. 9. 1972.

<sup>190</sup> Vgl. z. B. KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 270; ders., Zehn Gebote.

<sup>191</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 266.

<sup>192</sup> KALTENBRUNNER, Gibt es eine konservative Tendenzwende?, 1975, S. 136.

<sup>193</sup> KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 267.

Der Begriff der *Revolution* war dafür in gleichem Maße entscheidend wie die Aneignung der Begriffe *rechts* und *reaktionär*. Während sich die liberalen Konservativen beständig darum mühten, diese Begriffe als Gegenbegriffe zum Konservatismusbegriff aufzubauen, verwendete Kaltenbrunner *konservativ*, *rechts* und *reaktionär* synonym. Ganz dem Schmittschen dichotomischen Freund-Feind-Denken verschrieben, identifizierte er die Linke als „Feind“ des Konservatismus, genauer den „sowjetische[n] Imperialismus und die linksradikale ‚Systemüberwindungs‘-Aktion“, wobei beides – real existierender Kommunismus und intellektuelle Neue Linke im demokratischen Westen – in eins gesetzt wurden.<sup>194</sup> Den Herausforderungen der Linken konnte nur eine starke Rechte begegnen, so das Argument. Kaltenbrunners „neuer Konservatismus“ sollte „rechte Systemkritik“ üben.<sup>195</sup> Das politische Spektrum gliederte sich in dieser Sicht in zwei große Blöcke: die *Linken* hie, die *Rechten* dort.

In diesen Zusammenhang ordnete sich Kaltenbrunners Aufforderung an die Liberalen ein, konservativ zu werden.

Die Liberalen stehen vor der Wahl, nolens volens zu intellektuellen und moralischen Helfershelfern der unter linkem Vorzeichen betriebenen Systemüberwindung zu werden und dabei, geleitet von einem masochistischen Todeswunsch, ihre eigenen liberalen Überzeugungen zu opfern, oder aber aus leidenschaftlicher Sorge um die Erhaltung der systematisch angegriffenen liberalen Institutionen bis auf weiteres sich auf die Seite der Konservativen zu schlagen. Wenn sie wirklich an der Freiheit hängen [...], dann werden sie einsehen, dass sie aus Liberalität konservativ werden müssen.<sup>196</sup>

Die Erhaltung der Freiheit in der Gegenwart war nur durch die Verteidigung liberaler Institutionen möglich, unterstrich Kaltenbrunner und nahm damit die Argumente auf, die die demokratietheoretisch informierten Anwälte des Konservativen vorbrachten. Allerdings waren die Vorzeichen der Verbindung von Konservatismus und Liberalismus jeweils vertauscht: Ein Hermann Lübbe, Hans Maier, Kurt Sontheimer oder Christian von Krockow wollten den Konservatismus liberalisieren, ihn innerhalb des Liberalismus situieren, wohingegen Kaltenbrunner darauf zielte, wenige Begriffe des liberalen Denkens einer Tradition des illiberalen Konservatismus einzupassen, mithin den Liberalismus dem Konservatismus unterzuordnen und in einer Neuen Rechten aufgehen zu lassen. Der Konservative der 1970er Jahre müsse sich dialektisch verstehen, unterstrich er: „als *Kritiker* und *Erbe* des Liberalismus“.<sup>197</sup> Wenn er für die „Vernunft“ plädierte<sup>198</sup>, einen „aufgeklärten Konservatismus“ forderte<sup>199</sup> oder davon sprach, dass das „erreichte Maß an Emanzipation“ erhalten und gesichert werden, dass „Menschenrechte“, „Gewaltenteilung“, „Gewissensfreiheit“, die „bürgerliche Demokratie“ verteidigt werden müssten,<sup>200</sup> dann evozierte er bewusst eine Nähe zu liberalen Entwürfen

<sup>194</sup> Ebd., S. 262–263.

<sup>195</sup> GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Die neue Rechte – politisch heimatlos, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 28. 6. 1974.

<sup>196</sup> KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 262.

<sup>197</sup> KALTENBRUNNER, Der Konservative und die Freiheit, 1973, S. 38, Hervorhebungen im Original.

<sup>198</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Plädoyer für die Vernunft, 1974.

<sup>199</sup> KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 261.

<sup>200</sup> Z. B. KALTENBRUNNER, Was ist Konservatismus?, 1972, S. 312–313.

des Konservatismus. Dies entsprach einerseits sicherlich seiner Absicht einer breiten konservativen Sammlung, andererseits diente es ihm als Mittel, um seinen Führungsanspruch im „Kampf ums Heißen“ durchzusetzen. Dass diese Strategie zu einem gewissen Maße aufging, wurde oben bereits gezeigt.

Im Verein mit der Aneignung des Begriffs *rechts* ging die des Begriffs *reaktionär*. In der Silvester-Ausgabe 1971 der *Deutschen Zeitung. Christ und Welt* trat Kaltenbrunner erstmals mit einer fundamentalen Kritik am Fortschrittsparadigma hervor. Dieser Beitrag offenbart den Ausgangspunkt von Kaltenbrunners Definitionsarbeit am Konservatismusbegriff, nämlich eine ökologisch informierte Fortschrittskritik. Es ist bezeichnend, dass Kaltenbrunner *konservativ* hier nicht verwendete, sondern den Begriff *reaktionär* neu zu profilieren suchte. Die Leser der *Deutschen Zeitung* bekamen zum Jahresausklang 1971 ein Krisenszenario fast apokalyptischen Ausmaßes serviert – wolle „die Menschheit noch einige Zeit überleben“, dann müsse der „Fortschritt der Destruktivität“ aufgehalten werden. Und dazu seien Strategien nötig, die „durchweg aus dem Arsenal ‚reaktionären‘ Denkens“ stammten: „Beschränkung des technologischen Entwicklungstemplos, Verzicht auf ständige Expansion der Wirtschaft, Stabilisierung der natürlichen Umwelt“.<sup>201</sup> Der Impuls für Kaltenbrunners „neuen Konservatismus“ ging also nicht allein von der Neuen Linken aus, sondern in mindestens ebensolchem Maße von der Ökologie-Debatte der späten 1960er und frühen 1970er Jahre.<sup>202</sup> Das unterschied ihn von den liberalen Konservativen, genauso wie von Armin Mohler oder Hans-Joachim Schoeps. Es verband ihn aber mit dem Kreis um die konservativ-ökologische Zeitschrift *Scheidewege*, über die unten noch gehandelt werden wird, und mit Männern wie Herbert Gruhl, einer Zentralgestalt der konservativen Strömung in den Gründungsgrünen.<sup>203</sup>

Kaltenbrunners ökologisch inspirierte Fortschrittskepsis war weitreichend: Mit der Fragwürdigkeit des Fortschritts verliere der unbedingte Fortschrittsglaube, der seit dem 18. Jahrhundert den Lauf der Geschichte bestimmt habe, seine Plausibilität. Die Krise des Fortschrittsglaubens signalisiere damit das Ende einer Epoche. Mit der Gewissheit einer immer besser werdenden Zukunft gehe die Verketzerung der „Reaktion“ als einer sich im Namen der Vergangenheit gegen den Fortschritt stemmenden Bewegung unter. In der „Reaktion“ sah Kaltenbrunner den einzigen möglichen „Fortschritt“ in einer von Grund auf gewandelten Welt. Ein Leben in solch einer von allen Zeitlichkeiten entbundenen Gesellschaft erfülle den Menschen mit „Dingen und Tätigkeiten [...] jenseits von Fortschritt und Reaktion [...]. Dazu gehören das Wissen um den unvermeidlichen Tod, das Schweigen des Mystikers und so etwas wie Sympathie mit der uns umfangenden, allzu lange unbedankten Natur.“<sup>204</sup> Genauso begründete er die Notwendigkeit des Kon-

<sup>201</sup> GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Absage an den Fortschritt, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 31. 12. 1971.

<sup>202</sup> Vgl. dazu ENGELS, Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 294–305; MENDE, „Nicht rechts“, S. 289–321.

<sup>203</sup> Siehe S. 266.

<sup>204</sup> GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Absage an den Fortschritt, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 31. 12. 1971

servativen als Antipode des Progressiven. Die Begriffe *reaktionär* und *konservativ* schienen austauschbar. Wohl aus strategischen Gründen kaprizierte sich Kaltenbrunner dann auf den Konservatismusbegriff, der in der politischen Sprache akzeptierter und letztlich durchsetzbarer war. Dass er in seinem viel gelesenen programmatisch gemeinten Aufsatz *Der schwierige Konservatismus*, der erstmals in seinem Sammelband *Rekonstruktion des Konservatismus* 1972 erschien, alle Versuche, „Konservatismus, Restauration und Reaktion“ in eins zu setzen als „erkenntnishemmend“ zurückwies, zeigt, wie strategisch Kaltenbrunner den Konservatismusbegriff besetzte.<sup>205</sup> Dies hinderte ihn nicht daran, an seiner Propagierung der Reaktion weiterhin festzuhalten.<sup>206</sup>

Die „Natur“ und die „Mystik“ machte Kaltenbrunner zu Schlüsselbegriffen seines „neuen Konservatismus“. Um die Natur als „Ordnung des Kosmos“, auf die der Mensch „unaufhebbar angewiesen“ sei, kreiste Kaltenbrunners Denken. Der Mensch als Teil der Natur habe ihr gegenüber „Demut“ zu üben, weil er sich selbst „in unkontrollierbare Herrschaft verstrick[t]e“, wenn er diese ausbeute.<sup>207</sup> Die Natur als umfassendes Ordnungssystem ersetzte in Kaltenbrunners Konservatismus die Religion, besser: Sie trat an die Stelle des Religiösen als die „unserem Äon angemessene ,religio‘“. Diese Bindung des Menschen an Übergreifendes wollte Kaltenbrunner nicht mehr im Göttlichen verankern, sondern im Biologischen: „in der Physis des Menschen, in seinen angeborenen Verhaltensdispositionen, in seiner Angewiesenheit auf ihn übergreifende, sowohl disziplinierende, als auch entlastende Ordnungen“.<sup>208</sup> Ludwig Klages galt ihm gerade deshalb als konservativer Prophet.<sup>209</sup> Der Mensch, so argumentierte Kaltenbrunner, sei „Teil der Natur, biogenetisch in tiefsten Vergangenheiten verwurzelt und gesellschaftlich geprägt“, und doch ein „von Natur zur Freiheit berufenes Wesen“. Auch den Freiheitsbegriff definierte Kaltenbrunner also biologisch, zur Freiheit berufen war der Mensch nur durch die Natur. „[E]ine totale, auf Befreiung von allen Naturbedingungen reduzierte Freiheit“ sei daher „illusionär“.<sup>210</sup> Mit dem liberalen Verständnis der Freiheit hatte diese Bestimmung des Freiheitsbegriffs nichts gemein. Dementsprechend fand Kaltenbrunner in der Verhaltensforschung, Humangenetik, Anthropologie und Biologie – und eben nicht in der Theologie und der Geschichtswissenschaft – die wissenschaftliche Basis für seinen Konservatismusentwurf. Als Vorbild einer solchen Anthropologie pries er die Lehre des Rassentheoretikers und Sozialbiologen Konrad Lorenz.<sup>211</sup> Ferner galt ihm die Kybernetik als Leitwissenschaft, die allein dazu befähige, „Mensch, Gesellschaft und Umwelt als

<sup>205</sup> KALTENBRUNNER, Der schwierige Konservatismus, 1972, S. 28.

<sup>206</sup> Vgl. z. B. KALTENBRUNNER, Was ist „reaktionär“?, 1974; ders., Lob des Reaktionärs, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 11.6. 1976; ders., Was ist reaktionär?, 1976.

<sup>207</sup> KALTENBRUNNER, Gibt es eine konservative Tendenzwende?, 1975, S. 143.

<sup>208</sup> Ebd., S. 142.

<sup>209</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Ludwig Klages, 1975, bes. S. 265; ders., Ludwig Klages oder der Welt-schmerz des technischen Zeitalters, 1967.

<sup>210</sup> KALTENBRUNNER, Gibt es eine konservative Tendenzwende?, 1975, S. 148.

<sup>211</sup> Zu Konrad Lorenz vgl. TASCHWER und FÖGER, Konrad Lorenz; DEMANDT, Geschichtsbiologysmus; ENGELS, Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 299–305.

ein hochkomplexes kybernetisches System mit einer Vielzahl von miteinander verketteten Regelkreisen und Parametern“ zu verstehen.<sup>212</sup>

Als Kern des Konservatismus der 1970er Jahre forderte Kaltenbrunner folgerichtig eine „realistische Anthropologie“, die die Grundlage einer „politischen Ökologie“ bilden sollte. Was war darunter zu verstehen? Es ginge darum, einige vom Geist der Demokratisierung peinlich verdrängte Tatsachen offen zu verhandeln: die durch keine egalitaristische Ideologie und Sozialpolitik zu beseitigende Ungleichheit der Menschen; ihre Angewiesenheit auf sie entlastende, aber auchfordernde Institutionen; die Realität von Macht und Herrschaft; die Notwendigkeit von Autoritäten und Tabus.<sup>213</sup>

Das, was Kaltenbrunner als „allgemein menschlich“ beschrieb, etwa das „Bedürfnis nach Ordnung, Sicherheit und Stabilität“,<sup>214</sup> war also biologistisch hergeleitet. Dieser Biologismus war in seinem ersten programmatischen Konservatismus-Text 1972 nur subkutan vorhanden. Aber bereits hier definierte er den „konservativen Gedanken“ in „seiner transzendentalsoziologischen Struktur“ als anthropologische Konstante.<sup>215</sup> Ein „starke[r] Staat“ als „haltende Macht“ (auch an Freyer orientierte sich Kaltenbrunner),<sup>216</sup> die Trias von „Ruhe, Recht und Ordnung“<sup>217</sup> oder machtvolle Institutionen, um individuelle Freiheit zu ermöglichen,<sup>218</sup> – diese Beispiele belegen anschaulich, wie Kaltenbrunner an die semantische Tradition des deutschen Konservatismus anknüpfte, zentrale Begriffe aktualisierte und diese in den Kontext einer biologistisch grundierten Ökologie einbettete.

Wichtig war ihm dabei der Mantel der Wissenschaftlichkeit, den er um seinen „schöpferischen Konservatismus“ legte. Der könne nur im Dialog mit aktuellen Debatten in den Wissenschaften geschaffen werden, betonte Kaltenbrunner wieder und wieder. So kam er dann auch zu der Forderung nach einer „von Konservativen organisierten Zukunftsforschung und Langfristplanung, also konservativer ‚Look-out-Institutions‘“, die er untermauert von modischem Wissenschafts-Englisch vorbrachte.<sup>219</sup> Wie stark Kaltenbrunners Modell von Zeitlichkeit von dem Zeitverständnis des Konservatismus abwich, wird an diesem Beispiel besonders deutlich. Während Konservative geradezu gebetsmühlenartig vor der gegenwartsgeleiteten Okkupation der Zukunft durch Planung warnten bzw. diese als ein dem Utopismus verfallenes Vorgehen brandmarkten,<sup>220</sup> weil sie dem konservativen Strukturprinzip ausbalancierter Zeitlichkeit Hohn sprach, plädierte Kaltenbrunner für die konservative Projektion einer „gewollten Zukunft“, um so eine neue Konservativität zu ermöglichen. Genau diese Logik bestimmte seinen Entwurf

<sup>212</sup> KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 266.

<sup>213</sup> Ebd., S. 258.

<sup>214</sup> Ebd., S. 259.

<sup>215</sup> KALTENBRUNNER, Der schwierige Konservatismus, 1972, S. 46–48.

<sup>216</sup> KALTENBRUNNER, Gibt es eine konservative Tendenzwende?, 1975, S. 145–147.

<sup>217</sup> GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Zehn Gebote für Konservative, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 15. 9. 1972.

<sup>218</sup> Vgl. z. B. KALTENBRUNNER, Gibt es eine konservative Tendenzwende?, 1975, S. 148–149.

<sup>219</sup> KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 265.

<sup>220</sup> Vgl. z. B. HELMUT SCHELSKY, Unbewältigte Zukunft, in: DER SPIEGEL, 28. 7. 1965; LÜBBE, Ernst und Unernst der Zukunftsforschung, 1969.

eines „prospektiven Konservatismus“. Dabei konnte er sich auf Carl Schmitt be rufen, der 1970 Planung in einer Welt des stetig vorangetriebenen Fortschritts als „Mittel der Bewahrung“ bezeichnet hatte.<sup>221</sup>

In jedem Falle war es Kaltenbrunner daran gelegen, (natur)wissenschaftliche Rationalität und mystische Innerlichkeit in seinem „schöpferischen Konservatismus“ zu einer dialektischen Einheit zu verbinden. Vorbilder dafür fand er in Hegel, dessen mystisch-mythische Dimension er betonte,<sup>222</sup> sowie in den Figuren, mit denen er sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre auseinandergesetzt hatte: in Novalis, Franz von Baader, Vilfredo Pareto und Ludwig Klages.<sup>223</sup> Nicht durch Religion, vor allem nicht christliche Religion, sondern in der Mystik kam der Mensch in Kaltenbrunners Vorstellung zu sich selbst und erschloss neue Dimensionen der Natur. Denn das „Prinzip Wirklichkeit“, das er dem linken „Prinzip Hoffnung“ entgegensezte (und dabei, nebenbei gesagt, einen weiteren Schlüsselbegriff des Konservatismus referierte), sei mehrdimensional. Zur „Wirklichkeit“, meinte Kaltenbrunner, gehörten auch „das Ästhetische, das Gegensätzliche und das Geheimnisvolle“.<sup>224</sup> Hinter dem „konservativen Aufbruch“ seiner Gegenwart vermutete der Mystiker Kaltenbrunner denn auch ein „syntonisches Kraftfeld“. Es erschließe „dem Bewusstsein neue Ebenen, durch lange Zeit verdrängte Aspekte der Wirklichkeit und auch neue Denkweisen“.<sup>225</sup> Man kann hinter dieser Erklärung auch ganz persönliche Deutungsversuche vermuten. So mochte sich Kaltenbrunner seine eigene Konversion vom marxistischen Sympathisanten zum neuen Konservativen begreiflich machen.<sup>226</sup> Der Hang zur Mystik, zum Übersinnlichen sollte in Kaltenbrunners Denken seit den frühen 1990er Jahren dominant werden, als er sich nahezu ausschließlich christlich-mystischen Spekulationen verschrieb.<sup>227</sup>

<sup>221</sup> CARL SCHMITT, Von der TV-Demokratie. Die Aggressivität des Fortschritts, in: DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT, 28. 6. 1970, zitiert in: KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 265. Zum Hintergrund vgl. SEEFRID, Zukünfte.

<sup>222</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Hegel heute, 1970.

<sup>223</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Novalis, 1975; ders., Ältervater und Novalis, 1966; ders., Franz von Baader, 1975; ders., Vilfredo Pareto, 1975; ders., Ludwig Klages, 1975.

<sup>224</sup> KALTENBRUNNER, Gibt es eine konservative Tendenzwende?, 1975, S. 150.

<sup>225</sup> Ebd., S. 149.

<sup>226</sup> Wichtig scheint dabei auch die Auseinandersetzung mit dem Denken des tschechischen reformmarxistischen Philosophen Milan Machovec, eines Vordenkers des Prager Frühlings, gewesen zu sein. Einen Aufsatz Machovcs besprach Kaltenbrunner geradezu hymnisch, vgl. GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Im Angesicht des Leviathan, in: DIE ZEIT, 30. 8. 1968. Es handelte sich um MACHOVEC, Hoffnungen und Befürchtungen der Annäherung, 1969. Dort heißt es: „So scheint mit einer Kernfrage der Jetztzeit zu sein, ja die existenzielle Lebensfrage der Menschheit überhaupt – die einzige echte und fruchtbare Dimension des Streites zwischen liberaler und kommunistischer Überlieferung heute –, ob es der Menschheit gelingt, nach dem Zusammenbruch der christlich-religiösen ‚Sinnhaftigkeits‘- und Transzendenzsuche neue, diesmal irreligiöse, der zeitgenössischen Rationalität und Wissenschaftlichkeit entsprechende anthropologisch-ontologische Grundlagen für individuelles moralisches Engagement und für die traditionelle Dynamik zu finden.“ (S. 289) Kaltenbrunner scheint die Ereignisse des Prager Frühlings genau beobachtet zu haben, vgl. KALTENBRUNNER, Und bis zum Morgen ist noch lange Zeit, 1968.

<sup>227</sup> Vgl. z. B. KALTENBRUNNER, Im Bannkreis des Heiligen, 1986; ders., Johannes ist sein Name, 1993; ders., Die Seherin von Dülmen und ihr Dichter-Chronist, 1992; ders., Dionysius vom

Der Konservatismus, den Kaltenbrunner für die 1970er Jahre konstruierte, sollte jedoch ohne das Christentum auskommen. Auch diese Volte war in den 1960er Jahren noch nicht vorhersehbar gewesen. Kaltenbrunner kam aus einem katholischen Umfeld, zeigte sich von der christlichen Mystik Franz von Baaders fasziniert, aber genauso von dessen ökumenischen Überzeugungen und anti-papistischen Initiativen. Soweit dies rekonstruierbar ist, scheint Kaltenbrunner in erster Linie von der das Außerweltliche aufschließenden Kraft des Christentums angezogen gewesen zu sein. In dieser Hinsicht kam ihm die Sozialphilosophie des österreichischen Religionssoziologen August Maria Knoll entgegen, den er 1968 als „prononcierteste[n] Vertreter eines katholischen Antiklerikalismus“ interpretierte. Mit Knolls Arbeiten sei, so unterstrich Kaltenbrunner, „allen Versuchen, politische und wirtschaftliche Ziele als ‚christlich‘ oder ‚katholisch‘ zu deklarieren, das gute Gewissen genommen“.<sup>228</sup> Kaltenbrunner sprach der nachkonziliaren katholischen Kirche das Recht ab, sich als Kirche gesellschaftspolitisch zu positionieren. Die Kirche, so der Tenor, hatte sich auf Liturgie und Verkündigung zu beschränken. Damit positionierte sich Kaltenbrunner kirchenpolitisch im Lager der Konzilsgegner.

Andererseits hatte Kaltenbrunner noch 1966 die Sozialkritik von Baaders im Sinne „universaler christlicher Solidarität“ gepriesen und genau darin die Ur-sprünge des Sozialkonservatismus lokalisiert. Auch hier sah Kaltenbrunner eine Nähe von Konservativismus und Marxismus im 19. Jahrhundert. Stand er also noch 1966 kirchlichem sozialpolitischem Engagement positiv gegenüber, schien sich das zwei Jahre später diametral gewandelt zu haben. An der sozialkonservativen Tradition hielt er fest, entkleidete sie lediglich ihres christlichen Gewandes. Der Konservative der 1970er Jahre, so Kaltenbrunner 1973, toleriere den „ungeliebten Kapitalismus“, strebe danach, ihn „mit sozialen Maßnahmen zu humanisieren“ und gerade nicht „durch einen Sozialismus zu ersetzen, dessen Schwerkraft bislang stets mehr auf die Seite der Despotie denn der Freiheit drängte“.<sup>229</sup> Es war diese Ambivalenz gegenüber dem Christentum, die für Kaltenbrunners Denken charakteristisch war. Sie thematisierte er zur Weihnachtszeit 1974 in einem Artikel in *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*. War das Christentum konservativ? Oder musste ein Christ für die Linke eintreten? Sowohl als auch, lautete die Antwort des Dialektikers Kaltenbrunner, der dem Christentum dann auch „dialektische Natur“ bescheinigte. Das Evangelium enthalte konservative wie auch linke Potenziale: „links *und* rechts, konservativ und revolutionär, vergangenheitsbezogen und adventistisch, protologisch und eschatologisch.“ Aus dieser produktiven Spannung entstünde dann aber ein „Dritttes“: „die Teilhabe an jener mystischen Gemeinschaft, die allein uns davor bewahrt, bloß Kinder unserer Zeit zu sein.“

Areopag, 1996. Die einzige Biographie Gerd-Klaus Kaltenbrunners, die einer Hagiographie gleicht, ist selbst beredtes Zeugnis dieser christlich-mystischen Wende Kaltenbrunners: GMEHLING, Leitstern am geistigen Firmament.

<sup>228</sup> GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Magna charta der roten Monsignore, in: DIE ZEIT, 3. 6. 1968.

<sup>229</sup> KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 269.

Allein so entkomme der Mensch der beständigen Erfahrung der Entfremdung.<sup>230</sup> Wiederum war es die Mystik, die Kaltenbrunner als christliche Tradition in seinen Konservatismus zu integrieren suchte und dabei dem Synkretismus huldigte, wenn er diese mit der Natur- und Lebensphilosophie Ludwig Klages verschmolz.

Die „mystische Gemeinschaft“, von der Kaltenbrunner träumte, sollte also den Einzelnen davor bewahren, in der Gegenwart aufzugehen. Gerade das eschatologische Moment des Christentums, das von den Kirchen verdrängt worden sei, zeuge von der Kraft einer Hoffnung auf zukünftiges Heil.<sup>231</sup> So verbarg sich hinter Kaltenbrunners Hang zur Mystik auch eine Lösung für sein Problem mit der Utopie. Utopischem Denken begegnete er nämlich ähnlich ambivalent wie dem Christentum. Einerseits definierte er konservatives Denken als genuin anti-utopisches Denken,<sup>232</sup> andererseits mochte er von der Idee von Zukunftsgestaltung, oder besser: der Kolonisation des Zukunftshorizonts nicht lassen. An seiner Haltung gegenüber Zukunftsforschung und Planung haben wir das schon gesehen. Auch in Kaltenbrunners Konzeption der Utopie spiegelt sich also seine komplexe Ablösung von linkem Denken. Im Mittelpunkt seiner Auseinandersetzung mit utopischem Denken stand Ernst Bloch, an dessen Beispiel er sein Utopie-Verständnis schärfte. Auf der einen Seite schätzte Kaltenbrunner ein „utopisches Gewissen, das uns heilsam daran erinnert, wie wenig die Verhältnisse fix und fertig, wie sehr sie veränderlich und veränderbar“ seien. Utopisches Denken fördere den kritischen Verstand, sei „Absage an blinde Anpassung“. Zum anderen sah er die Gefahren des utopischen Denkens, das letzten Endes „totalitär“ sei, da es die „vorbehaltlose Verfügung über die Zukunft als Ganzes“ beanspruche. Davon aber unterschied Kaltenbrunner eine Form der Utopie, die er „gebrochen“ nannte, die sich ihrer eigenen Grenzen bewusst sei und sich „mit bloß experimenteller Geltung bis auf Widerruf“ begnüge. Diese Form der Utopie mochte er als „methodische Gymnastik unseres Möglichkeitsinns“ verstanden wissen, als „selbstkritisch und hypothetisch“.<sup>233</sup> Ein „utopiekritische[r] Vorbehalt“ sollte Kaltenbrunners Konservatismus markieren.<sup>234</sup>

Doch nicht nur vom linken Utopismus fühlte sich Kaltenbrunner angezogen, auch dem Anarchismus konnte er einiges abgewinnen und suchte aus diesem Vorbild zu lernen. Zwar ordnete er den Anarchismus als Denkströmung einer vergangenen Epoche zu, dessen Lösungen in der Komplexität der Gegenwart nicht mehr greifen würden. Und doch wollte Kaltenbrunner einige Elemente des Anarchismus „beerbt und gehütet“ wissen.<sup>235</sup> Die Sympathie Kaltenbrunners für Michail Bakunin und Hugo Ball hatte ihren Grund außerdem in deren mystischer

<sup>230</sup> GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Muss ein Christ „links“ stehen?, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 27. 12. 1974, Hervorhebungen im Original; ausführlicher: ders., Christlich = konservativ?, 1975; ders., Wie konservativ ist eigentlich das Christentum?, 1974.

<sup>231</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Vorbild oder Verführer?, 1970, S. 54–56.

<sup>232</sup> Vgl. z. B. GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Zehn Gebote für Konservative, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 15. 9. 1972.

<sup>233</sup> KALTENBRUNNER, Prinzipielle oder experimentelle Utopie?, 1969, S. 270–271.

<sup>234</sup> KALTENBRUNNER, Vorbild oder Verführer?, 1970, S. 58–59.

<sup>235</sup> KALTENBRUNNER, Das Lustprinzip Revolution, 1970, S. 262–264.

Seite, die jeweils christlich inspiriert war.<sup>236</sup> Zudem reihten sie sich ein in die Riege von Einzelgängern, denen Kaltenbrunners bevorzugtes Interesse galt. Sie erhob er zu Idealtypen eines konservativen Lebensstils in der Moderne, denn, so formulierte er pathetisch: „Konservativ sein bedeutet heute und wohl lange noch: einzeln, einsam, gezeichnet sein.“<sup>237</sup> In diesem Sinne begegneten in Kaltenbrunners Räsonieren über einen Konservatismus des „Widerstands“<sup>238</sup> immer wieder die beiden Figuren des Nonkonformisten und des Partisanen, wobei er mit letzterer ganz offensichtlich an Carl Schmitt anschloss.<sup>239</sup> Einen solchen Lebensstil machte Kaltenbrunner konsequenter Weise zu seinem eigenen – sein Leben verbrachte er vor allem seit den 1980er Jahren zurückgezogen im Schwarzwald, wo er sich zum mystischen Eremiten in christlicher Tradition stilisierte.<sup>240</sup>

Woher aber nahm Kaltenbrunner die Hoffnung, dass sich sein Begriff des *Konservatismus* durchsetzen würde? Einmal glaubte er sich in einer historischen Umbruchssituation, die dem Konservativen entgegenzuarbeiten schien. Zum anderen vertraute er auf den „Konservatismus der kleinen Leute“, auf die Arbeiterschaft als „Hauptkraft des Konservatismus“ in den „hochindustrialisierten Staaten“.<sup>241</sup> Da war er nicht alleine, das tat auch Armin Mohler – und nicht nur er: Die Formel von der *silent majority*, der *schweigenden Mehrheit*, die Richard Nixon eingeführt hatte, machte in den 1970er Jahren internationale Karriere.<sup>242</sup> In der bundesrepublikanischen Debatte um den Konservatismusbegriff tauchte sie selten auf – und wenn dann auf der Rechten.<sup>243</sup> Im Schlagwort von der *Schweigespirale*, das von der konservativen Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann 1974 erstmals aufgebracht worden war, fand die internationale Formel allerdings ihren spezifisch bundesdeutschen Ausdruck.<sup>244</sup> Noelle-Neumann integrierte sie in ihre Theorie der öffentlichen Meinung, indem sie erstmals 1974 in der Festschrift für Arnold Gehlen argumentierte, dass eine Mehrheit der Wahlbevölkerung ihre politische Meinung nicht zu äußern wagte, wenn sie glaubte, in der Minderheit zu sein. Dies führt wiederum dazu, dass die Anhänger der Mehrheitsmeinung umso entschiedener auftraten und sich viele aus Angst vor sozialer Isolation dieser anschließen würden. Demzufolge gewann jene politische Seite Wahlen, welche die Medien dominierte.<sup>245</sup> Dieses Argument war in der Situation der 1970er Jahre, als

<sup>236</sup> Vgl. ebd., S. 254; KALTENBRUNNER, Zwischen Anarchie und Mystik, 1970.

<sup>237</sup> KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 265.

<sup>238</sup> KALTENBRUNNER, Der schwierige Konservatismus, 1972, S. 54.

<sup>239</sup> Vgl. SCHMITT, Theorie des Partisanen, 1963, dazu vgl. MEHRING, Carl Schmitt, S. 524–530; MEHRING, Der esoterische Diskurspartisan.

<sup>240</sup> Dass diese Lebensform Verehrer und Verehrerinnen fand, belegt die gleichsam hagiographische Darstellung GMEHLING, Leitstern am geistigen Firmament.

<sup>241</sup> KALTENBRUNNER, Der schwierige Konservatismus, 1972, S. 51; ebenso ders., Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 259–260.

<sup>242</sup> Vgl. GOLTZ und WALDSCHMIDT-NELSON, Inventing the Silent Majority.

<sup>243</sup> Vgl. z. B. SCHOEPS, Der Versuch einer konservativen Sammlung oder die fehlende politische Chance, 1974, S. 192.

<sup>244</sup> NOELLE-NEUMANN, Die Schweigespirale, 1974; dies., Die Schweigespirale, 1980.

<sup>245</sup> Vgl. GEYER, Elisabeth Noelle-Neumann's „Spiral of Silence“; sehr kritisch: BECKER, Elisabeth Noelle-Neumann, S. 221–231.

die CDU weder die Bundestagswahl von 1972 noch die von 1976 so für sich entscheiden konnte, dass eine Regierungsbildung möglich war, natürlich ein politisches Statement und eine Fortsetzung konservativer Kritik an den angeblich links dominierten Massenmedien. Doch nur vor dem Hintergrund der These über den *natürlichen Konservatismus des kleinen Mannes*, der in der Krisensituation der 1970er Jahre neu aktiviert würde, und der internationalen Diskussion über die *schweigende Mehrheit* erhielt sie ihre Plausibilität.

Zum Ziel hatten sich die Advokaten des Konservativen also die Aktivierung des „Fonds schweigender, unreflektierter Konservativität“ zu setzen.<sup>246</sup> Und dazu bedurfte es, so meinte Kaltenbrunner, der Intelligenz. So definierte er auch seine eigene Rolle im konservativen Aufbruch, den er ersehnte. Da es sich bei der diagnostizierten Krise um ein Phänomen handelte, das alle kapitalistischen Länder erfasste, glaubte er in der Wende zum Konservatismus eine wenn nicht internationale, so doch ‚westliche‘ Bewegung greifen zu können. „Der Konservative“, unterstrich Kaltenbrunner, „kann im Zeitalter des Weltbürgerkriegs und der verschiedenen politischen, militärischen und ökonomischen Internationalen nicht mehr an den Grenzen des Landes halmachen.“<sup>247</sup> Dabei blickte er zuallererst in die USA, aber auch nach Schweden oder Italien. Besonders der internationale Kongress konservativer Intellektueller, der 1973 in Turin stattgefunden hatte, nährte Kaltenbrunners Hoffnung auf die Formierung einer „konservativen Internationale“.<sup>248</sup> Während Schelsky, wie wir gesehen haben, Deutschland abermals von Bewegungen, die aus ‚dem Westen‘ kamen, gefährdet sah, glaubte Kaltenbrunner weiterhin an die Regenerationskraft ‚des Westens‘, der durch die konservative Neuakzentuierung „wieder ein Bewusstsein seiner geschichtlichen und politischen Identität“ finden sollte. Die „Renaissance des Westens“ sollte also von den Intellektuellen ausgehen.<sup>249</sup>

Wohlgemerkt: von den Intellektuellen, nicht von den Parteien. In der Bundesrepublik jedenfalls gebe es keine Partei, die als „politische Repräsentantin der konservativen Idee“ gelten könne,<sup>250</sup> stellte Kaltenbrunner apodiktisch fest und zog damit einen klaren Strich gegenüber der Union.<sup>251</sup> Vielmehr glaubte er in allen Parteien konservative Ideenbestände lebendig. Das Konservative wurde als überparteilich, dem demokratischen Parteienwettbewerb enthoben konzipiert – auch diese Überzeugung schloss an eine lange, genuin deutsche Tradition konservativer Selbstbestimmung an. In ihr perpetuierten sich die antidemokratischen

<sup>246</sup> KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 260; gleichlautend: ders., Was ist Konservatismus?, 1972, S. 311–312,

<sup>247</sup> KALTENBRUNNER, Vorwort des Herausgebers, 1974, S. 16.

<sup>248</sup> KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 261, Zitat S. 264. Zu dem Kongress vgl. JOACHIM SCHILLING, Die konservative Internationale. Der erste Turiner Kongress zur Verteidigung der Kultur, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 19. 1. 1973.

<sup>249</sup> KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 268.

<sup>250</sup> Ebd., S. 264.

<sup>251</sup> Vgl. z. B. GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Die neue Rechte – politisch heimatlos, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 28. 6. 1974; dann v.a. ders., Das Elend der Christdemokraten, 1977.

Affekte des deutschen Konservatismus. Statt in einer Partei sollten „kleine, disziplinierte, intellektuell und organisatorisch verbundene Minoritäten“ sich in „konservativen Zellen und Basisgruppen“ organisieren, um die „schweigenden Mehrheiten zu durchdringen“. Ergänzt werden sollten diese konservativen Elitegruppen von themenspezifischen Bürgerinitiativen. Freilich müsse sich der Konservative der 1970er Jahre mit einer partisanenhaften Existenz abfinden, gleich einem „hinter feindlichen Linien abgesprungenen Fallschirmjäger“. Kaltenbrunners Plan eines konservativen Aufbruchs trug militante Züge. Von der Linken gelte es hier zu lernen, schärfe er seinen Lesern ein.<sup>252</sup>

In seinem viel rezipierten Text in dem Band *Rekonstruktion des Konservatismus* hatte er sich dazu nicht geäußert. Ob dies eine strategische Entscheidung war oder sich sein Ton verschärfe und sein Denken radikalierte, muss offen bleiben. Für Kurt Sontheimer jedenfalls mangelte es Kaltenbrunners theoretischem Entwurf an einer Verankerung in der politischen Situation der Gegenwart, an konkreten Aussagen und politischen Inhalten. Besonders bedenklich betrachtete er die Ambivalenzen, die in Kaltenbrunners Begriffswahl steckten. Begriffe wie Stabilität, Ordnung oder Institution seien für antiliberalen, diktatorischen Regime ebenso brauchbar wie für liberale Formen politischer Herrschaft. Nur in „Verbindung mit den Werten und Zielen, die der Liberalismus und der aus ihm als Gegenbewegung hervorgegangene humane Sozialismus in unser Blickfeld gerückt haben“, sei Kaltenbrunners Vokabular akzeptabel – nur im Horizont der liberalen Demokratie, sollte das heißen. Auch wenn Sontheimer Kaltenbrunners Bemühungen keinen antidemokratischen Impetus unterstellte, so sah er an einigen Stellen doch den Geist der Weimarer neuen Rechten wiederauferstehen. So warnte er schließlich die Leser des *Merkur* vor Kaltenbrunners „ehrbare[m] Versuch zur Begründung einer Philosophie der Mitte, die jedoch den Fehler hat, unter einem einseitigen, nämlich rechten Vorzeichen zu stehen“.<sup>253</sup> Das tat sie in der Tat. Auch Ulrich Greiner spießte in der FAZ Kaltenbrunners ambivalente Wortwahl auf und traf damit ins Schwarze. Er legte die „antiaufklärerischen“ Grundlagen von Kaltenbrunners konservativer Theorie frei und benannte sie auch so – völlig „unlogisch“ sei daher das Etikett des aufgeklärten Konservatismus bzw. das von der „Aufklärung als konservative Aufgabe“. Und wie Sontheimer insistierte auch Greiner darauf, dass ein ernstzunehmender Konservatismus sich nicht auf eine philosophische (besser: metapolitische) Ebene kaprizieren könne, sondern ganz konkrete Antworten auf die politischen Fragen der Gegenwart zu finden habe.<sup>254</sup> Kaltenbrunner schlug diesen Weg bewusst nicht ein. Indem er sich den politischen Herausforderungen eines Konservatismus in der Demokratie verweigerte, stellte er sein Projekt eines „aufgeklärten Konservatismus“ gänzlich infrage. „Konservativ ist heute, wer sich auf die Seite der Demokratie schlägt“, hatte er in seinen

<sup>252</sup> KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 264–265.

<sup>253</sup> SONTHEIMER, Der Konservatismus auf der Suche nach einer Theorie, 1974, Zitate S. 689–690.

<sup>254</sup> ULRICH GREINER, Die Falte im Gewand des Alls, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 31.7. 1974.

„Zehn Geboten für Konservative“ formuliert.<sup>255</sup> Genau daran konnte man zweifeln, nahm man Kaltenbrunners Entwurf eines „schöpferischen Konservatismus“ ernst. Dessen rechtes Vorzeichen war unverkennbar.

Gerd-Klaus Kaltenbrunner wurde zu einer Schlüsselfigur des Konservatismus in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Nicht nur dass er mit der *Herderbücherei initiative* ein wichtiges Instrument konservativen Räsonierens in der Hand hatte, er wusste seine eigenen Texte auch breit zu streuen und damit die Grenzen zwischen liberalen und rechten Advokaten des Konservativen zu verwischen. Er war in der *Deutschen Zeitung. Christ und Welt* genauso präsent wie in *Aus Politik und Zeitgeschichte* und dem CDU-Organ *Die politische Meinung*, nicht mehr aber in der *Zeitung*, für die er bis 1968 regelmäßig rezensiert hatte. Ferner publizierte er in jenen Zeitschriften, die Anfang der 1970er Jahre gegründet wurden, um dem Konservativen neue Dynamik und ein rechtes Profil zu verleihen: *Criticón* (gegr. 1970),<sup>256</sup> *Konservativ heute* (gegr. 1970),<sup>257</sup> *Scheidewege* (gegr. 1971)<sup>258</sup> und *Zeithüne* (gegr. 1972).<sup>259</sup> Durch sie schufen sich jene Publizisten eine Plattform, die sich bereits in den 1950er und 1960er Jahren als ‚rechte‘ Konservative verstanden hatten und nun die Debatte um das Konservative in ihrem Sinne zu lenken trachteten. Gleichzeitig fungierten diese Zeitschriften als Knotenpunkte neurechter Intellektuellen Netzwerke. Tatsächlich gelang es den Machern hinter den Titeln, den intellektuellen Diskurs zu beeinflussen, neurechten Positionen Gehör zu verschaffen und nicht zuletzt begriffliche Pfeiler einzurammen. Trotz ihrer Bedeutung wurden sie von der historischen Forschung bisher kaum beachtet. Indessen ist ihre Kenntnis unbedingt nötig, um die Debatte um das Konservative zu verstehen und das rechtsintellektuelle Spektrum auszuleuchten. Denn sehr zielstrebig suchten die selbsternannten Verteidiger des ‚echten Konservatismus‘ den Konservatismusbegriff zu besetzen. Das verlieh ihnen Bedeutung weit über die engen Kreise der Neue Rechten hinaus.

Eines der bekanntesten neurechten Blätter war sicherlich *Scheidewege*, das im umweltbewegten Spektrum der 1970er Jahre durchaus seine Wirkung entfalte te.<sup>260</sup> Im Kreis neurechter Zeitschriften stand die Zeitschrift allerdings etwas abseits. Gegründet von dem schwäbischen Unternehmer Max Himmelheber, Friedrich Georg Jünger und dem Freiburger Philosophen Franz Vonessen entwickelte sie sich zum wichtigsten Forum für konservatives technikkritisches, ökologisches und fortschrittsskeptisches Denken. *Scheidewege* wollte „das Selbstverständnis der heutigen Zeit in allen erheblichen Äußerungen und Zügen aufsuchen, feststellen,

<sup>255</sup> GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Zehn Gebote für Konservative, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 15. 9. 1972.

<sup>256</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus (*Criticón*), 1973.

<sup>257</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Was ist Konservatismus?, 1972.

<sup>258</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Mani und die Manichäer, 1974; ders., Thomas von Aquin und die Gesellschaft, 1974; ders., William Blake, 1980.

<sup>259</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Was ist „reaktionär“, 1974; ders., Der Konservative und die Freiheit, 1973; ders., Zehn Thesen über Konservatismus, 1973; ders., Der Kampf um die Sprache, 1974; ders., Hinter den Medien-Kulissen, 1976; ders., Das Raubtier im Menschen, 1978.

<sup>260</sup> Vgl. MENDE, „Nicht rechts“, S. 298–304.

prüfen, um die selbstgefälligen Irrtümer und Verzerrungen, die es enthält, zu durchschauen“ sowie „laues und bequemes Selbstverständnis zu zerstören, um Selbsterkenntnis möglich zu machen“, wie Friedrich Georg Jünger in einem programmatischen Text im ersten Heft festhielt.<sup>261</sup> Die Zeitschrift stützte sich auf zwei Netzwerke, die seit Mitte der 1950er Jahre entstanden waren: zum einen den Freundeskreis um den Freiburger Rechtshistoriker Franz Beyerle, zu dem Himmelheber und Jünger sowie der Freiburger Philosoph Franz Vonesen gehörten, der die Zeitschrift redigierte; zum anderen die Gesellschaft für Anthroponökologie, die von dem Bonner Soziologen Friedrich Wagner geführt wurde, der in den 1960er Jahren als wissenschaftlicher Mahner vor den Gefahren von Atomphysik und Gentechnik aufgetreten war.<sup>262</sup> Das Projekt war elitär gedacht – nur einer Elite trauten die Initiatoren zu, den radikalen Wandel einzuleiten, den sie für nötig hielten. Dazu passte auch der philosophische Duktus der Beiträge, der von einem Verständnis von Politik zeugte, das in den Kreisen der Männer der Weimarer neuen Rechten nach 1945 kultiviert wurde, in denen die beiden Brüder Jünger eine zentrale Rolle spielten. In die Niederungen demokratischer Parteipolitik wollte man sich nicht begeben, sondern huldigte einem Verständnis der „Metapolitik“.

Die Zeitschrift *Scheidewege* war einerseits von der philosophischen Technikkritik Friedrich Georg Jüngers geprägt, die dieser seit den 1930er Jahren entwickelt hatte.<sup>263</sup> Andererseits rezipierte sie Elemente ökologischen Denkens, vor allem die Idee der natürlichen Stoffkreisläufe, die an Jüngers zyklisches Modell der Zeitlichkeit unmittelbar anschlussfähig war.<sup>264</sup> Das 1975 formulierte *Bussauer Manifest* systematisierte das Denken des Kreises um die Zeitschrift, malte die „Möglichkeit der Selbstvernichtung“ der Menschheit an die Wand und forderte eine radikale Abkehr vom ökonomischen Wachstumsparadigma mittels „gesteuerter Selbstregulation“. Dezentralisierung, ein Leben in „überschaubaren Räumen“, Entstädterung und Verbäuerlichung, industrieller Rückbau, die Entwicklung alternativer Technologien, eine Abkehr vom kapitalistischen Prinzip, Entschleunigung, der Schutz von Brauchtum und „bodenständiger“ Kultur, die Besinnung auf „Wesentlicheres, Beständigeres“, auf jene „Werte, die nicht herstellbar und käuflich sind“ – so lauteten die Lösungsrezepte, die angeboten wurden, um die perhorreszierte Katastrophe abzuwenden. „Stabilität durch geordnete Vielfalt“ war das Ziel.<sup>265</sup> Auf welchem Wege dieser radikale Umbau der Gesellschaft erreicht werden sollte, darüber schwiegen die Verfasser des „Bussauer

<sup>261</sup> Programm, 1971/1972, S. 9.

<sup>262</sup> Vgl. HIMMELHEBER, In memoriam Friedrich Georg Jünger, 1977; vgl. WAGNER, Die Wissenschaft und die gefährdete Welt, 1964; ders., Menschenzüchtung, 1970.

<sup>263</sup> Vgl. BREUER, Die Gesellschaft des Verschwindens, S. 103–130; STRACK, Titan Technik; HEYER, „Die Maschine ist kein glücksspendender Gott“; GEYER, Humanity in an Age of Total Destruction; MORAT, Von der Tat zur Gelassenheit, S. 224–239 und 455–485.

<sup>264</sup> Vgl. JÜNGER, Die vollkommene Schöpfung, 1969; dazu: GEYER, Friedrich Georg Jünger, S. 248–250; zu dessen Nietzschanischen Ursprüngen vgl. KIESEL, Nietzsche bei Ernst und Friedrich Georg Jünger, bes. S. 267–268.

<sup>265</sup> Bussauer Manifest zur umweltpolitischen Situation, 1975; vgl. dazu MENDE, „Nicht rechts“, S. 300–302.

Manifests“ allerdings. Etwas beredter hatte sich da 1972 Gerhard Helmut Schwabe gezeigt:

Die lebensnotwendige Umorientierung kann nur erreicht werden entweder durch drakonische Gesetze (Beschränkung demokratischer Freiheiten, Ende des Markoliberalismus) oder durch eine neue Moral, von der aber niemand wird sagen können, woher sie uns beschert werden soll. Den heutigen, konsumverführten Menschen muss man, um ihn vor einem Selbstmord zu bewahren, zu materiellen Verzichten mit Sicherheit zwingen.<sup>266</sup>

Autoritäre Lösungen wurden von den *Scheidewege*-Autoren also genauso propagiert wie von Herbert Gruhl, der sich im Spektrum der Gründungsgrünen bewegte.<sup>267</sup>

In die Konservatismus-Debatte griff die Zeitschrift allerdings nicht ein. Es fehlen Ausführungen zum Konservatismusbegriff, wie sie, wie wir gesehen haben, in den 1970er Jahren ansonsten omnipräsent waren und sprachpolitisch eingesetzt wurden. Daher war das Schweigen der *Scheidewege* sicherlich ein bewusstes Schweigen. Allenfalls wurde festgestellt, dass „Naturschutz“ ein *konservativer*, wenn nicht *reaktionärer* Begriff sei, da er dem Veränderungsdrang des Menschen Grenzen setze. Zugleich wurde das Konservative zum Modernen erklärt: „modern zu sein“ und „konservatives Verhalten“ zu fordern, gehörte zu den Paradoxien des „Naturschutzes“, deduzierte Schwabe 1971.<sup>268</sup> Aber ansonsten hielten sich die *Scheidewege* fern von der Konservatismus-Debatte. Hier Stellung zu beziehen widersprach wohl dem metapolitischen Selbstverständnis des Autoren-Kreises. Hinzu kam, dass Ernst Jünger, der regelmäßig Tagebuchnotizen beisteuerte, den Begriff, wie wir gesehen haben, bereits in den 1950er Jahren als nicht mehr gegenwärtig verabschiedet hatte. Dies musste umso mehr gelten, wenn man den Anspruch pflegte, eine radikale Alternativdeutung der Gegenwart vorzubringen. Mit den etablierten Begriffen der politischen Sprache schien diese dann nicht mehr beschreibbar.

Ebenso wenig griff das *Deutschland-Magazin* in den Diskurs um das Konservative ein. Gegründet 1969 diente es als Sprachrohr der von Kurt Ziesel geführten *Deutschland-Stiftung*, die mit explizit politischer Stoßrichtung rechte Positionen zu profilieren suchte.<sup>269</sup> Ziesel, überzeugter Nationalsozialist und Antisemit, der sich nur oberflächlich zum Demokraten gewandelt hatte, zielte auf die Union.<sup>270</sup> Den greisen Konrad Adenauer hatte er 1966 für die Ehren-Präsidentenschaft der Deutschland-Stiftung gewonnen, die dann auch einen Konrad-Adenauer-Preis auslobte, mit dem in der Folge Publizisten und Wissenschaftler aus dem konservativen bis rechten Spektrum ausgezeichnet wurden. Die Deutschland-Stiftung wollte als Bindeglied zwischen rechter Publizistik und CDU und

<sup>266</sup> SCHWABE, Fünfzig Thesen zur Umweltkrise, 1972/1973, S. 36.

<sup>267</sup> Vgl. beispielsweise auch FISCHER, Vom Verlust der Autorität, 1974; zu Gruhl siehe S. 266 und 277; MENDE, „Nicht rechts“, S. 73–78 und 301–302; KEMPF, Herbert Gruhl, 1976–1993.

<sup>268</sup> SCHWABE, Naturschutz, 1971/1972, S. 79.

<sup>269</sup> Vgl. BAMBERG, Die Deutschland-Stiftung; für die Selbstdarstellung der Deutschland-Stiftung vgl. DEUTSCHLAND-STIFTUNG E.V., Die Deutschland-Stiftung, 1967.

<sup>270</sup> Zu Kurt Ziesel vgl. BUSCH, „Und gestern, da hörte uns Deutschland“, S. 209–286; SIEVERDING, Kurt Ziesel – der streitbare „Opportunist“, SCHILDT, Im Visier.

CSU wirken. Das *Deutschland-Magazin* wiederum sollte einer so wahrgenommenen ‚linken‘ Meinungsführerschaft in den Medien eine rechte Stimme entgegensetzen. Es wollte „über die Einseitigkeit der Massenmedien hinaus der inneren Gesundung und äußereren Stärkung des deutschen Volkes dienen“. Getrieben von Antikommunismus und Sozialismusfurcht trat das *Deutschland-Magazin* für einen starken Staat und die Stärkung des nationalen „Staatsbewusstseins“ ein: ernst zu nehmen ob einer soliden Bundeswehr, außenpolitisch auf gleicher Augenhöhe mit den anderen Mächten agierend, seinen Anspruch auf die „verlorenen Ostgebiete“ deutlich machend und innerlich durch eine umfassende Politik der Ordnung gefestigt. Dabei gab Ziesel vor, die „demokratische Mitte“ zu vertreten.<sup>271</sup>

Während *Scheidewege* und *Deutschland-Magazin* sich also nicht um den Konservatismusbegriff bemühten, taten das *Konservativ heute*, *Criticón* und *Zeitbühne* umso intensiver. *Konservativ* wurde zu ihrem überwölbenden Mantel. Die drei Zeitschriften verfügten über ein je eigenes Profil und wurden jeweils von selbstständig agierenden Kreisen getragen, die aber nichtsdestoweniger untereinander vernetzt waren. Sie bildeten das durchaus vielfältige Spektrum ab, das ein sich auf der Rechten verortender Konservatismus der 1970er Jahre bot. Und doch gaben einige Männer den Ton an: so etwa Armin Mohler, Caspar von Schrenck-Notzing, Hans Joachim Schoeps, bis zum seinem Tod 1976 Emil Franzel, Erik von Kuehnelt-Leddihn, William S. Schlamm oder Hans Georg von Studnitz. Warum aber kam es gerade in den Jahren um 1970 zu dieser Flut von Zeitschriftengründungen? Sie stellten zum einen eine Reaktion auf APO und Studentenbewegung dar, zum anderen auf die Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt 1969. In seinen einleitenden Zeilen zu *Konservativ heute* wählte Hans Joachim Schoeps die Bundesrepublik kurz vor dem Staatszerfall:

Niemand weiß mit Sicherheit, ob die Chancen des Staates, in dem wir leben [...], nicht bereits verspielt worden sind. In den Jahren ihres bisherigen Bestehens ist schon zuviel an Staatsautorität verwirtschaftet worden, und der Ruf ‚Wider die Ächtung der Autorität‘ kommt vielleicht gerade in dem Augenblick, in dem die Uhr zwölf schlägt – also zu spät.<sup>272</sup>

Die Konservativen rief er zum „Widerstand“ auf, zur „Re-Aktion“ und daher auch dazu, den Begriff *reaktionär* in einen „Ehrennamen“ zu „verwandeln“.<sup>273</sup>

William S. Schlamm hatte seit seiner Erfahrung im amerikanischen Exil, seiner Abkehr vom Kommunismus und seiner Hinwendung zum entstehenden amerikanischen Neo-Konservatismus an einer solchen publizistischen Front gekämpft.<sup>274</sup> Mit der Gründung der *Zeitbühne* 1972 verwirklichte er sich einen Lebenstraum – seine eigene Zeitschrift. Der Titel orientierte sich an der *Weltbühne*, für die er in den 1930er Jahren geschrieben hatte. Die *Zeitbühne* bot ihren Lesern

<sup>271</sup> Vgl. Was will das Deutschland-Magazin?, 1969. Zum Deutschland-Magazin vgl. BAMBERG, Die Deutschland-Stiftung, S. 127–146.

<sup>272</sup> SCHOEPS, Quosusque tandem?, 1970, S. 1.

<sup>273</sup> Ebd., S. 2.

<sup>274</sup> Vgl. PETERS, William S. Schlamm; GALLUS, Der Amüsanteste unter den Renegaten; ders., Heimat „Weltbühne“, S. 210–278.

„William S. Schlamm geballt auf 50 Seiten im Taschenbuchformat“<sup>275</sup> Herausgeber, Redakteur und Autor in einem, im „permanente[n] Kampf gegen die Gesinnungslosigkeit des seit dem ‚fin de siècle‘ degenerierenden christlichen Abendlandes“, in aggressiver Sprache seine politischen Gegner diffamierend.<sup>276</sup> Den Begriff *konservativ* suchte Schlamm denn in der *Zeitbühne* auch vor der – wörtlich – „Vergasung“ zu retten: durch *Spiegel*-Redakteure, *Spiegel*-Leser und andere „begabte Hohlköpfe, die den neudeutschen kulturpolitischen Ton angeben“.<sup>277</sup>

Ganz im Sinne einer solchen „widerständigen“ Haltung verstand Bernd Motschmann *Konservativ heute*: als Organ einer „Sammlung, die den einzelnen trägt und ihm das Rückgrat stärkt“, einer „Gesinnungsgemeinschaft, die sich öffentlich bekennt“, als Medium eines „öffentliche[n] Einstehen[s] für die eigene Überzeugung in Wort und Tat“.<sup>278</sup> Zunächst herausgegeben von der Gesellschaft für Konservative Publizistik e.V., dann von dem Verlag für Konservative Publizistik GmbH und redigiert von dem Berliner Politikwissenschaftler Klaus Motschmann (der die Redaktion 1972 von seinem Bruder Jens Motschmann übernahm), existierte die Zeitschrift bis 1981 und ging dann in *Criticón* auf.<sup>279</sup> Die Brüder Motschmann gehörten dem rechten Flügel des Protestantismus an, der sich 1966 in der Notgemeinschaft evangelischer Deutscher organisiert hatte.<sup>280</sup> Mit *Konservativ heute* wurde auch dieser Strömung eine Plattform bereitet. Darüber hinaus sammelten sich Vertreter eines ostelbisch, aristokratisch geprägten Konservatismus der Weimarer DNVP um die Zeitschrift. Sie ging nämlich auf die Initiative von Hansjoachim von Rohr zurück, der aus dem pommerschen Landadel stammte, von 1924 bis 1932 die DNVP im Preußischen Landtag vertreten und außerdem dem Pommerschen Landbund vorgestanden hatte. 1933 machte ihn Alfred Hugenberg, Reichsminister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung im Kabinett Hitler, zum Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, wo von Rohr sich aber auf Grund seiner auf Autonomie gegenüber der NSDAP pochenden Haltung nur bis September 1933 halten konnte. Nach 1945 engagierte er sich in der Nationalen Rechten, die bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 1950 in einem Wahlbündnis mit der FDP antrat, so dass von Rohr bis 1954 ein Landtagsmandat wahrnahm. Die Splitterpartei, die aus den Resten der Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Aufbaupartei (DKP-DAP) bestand, ging schließlich in der FDP auf.<sup>281</sup> Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag suchte Hansjoachim von Rohr auf die Agrarpolitik Einfluss zu nehmen, wofür

<sup>275</sup> PETERS, William S. Schlamm, S. 489.

<sup>276</sup> Ebd., S. 510.

<sup>277</sup> [SCHLAMM], Ein Sprachwitzbold, 1973, S. 41.

<sup>278</sup> MOTSCHMANN, Die ApO als Herausforderung an die Konservativen, 1970, S. 5, Hervorhebungen im Original.

<sup>279</sup> Vgl. „Criticón/Konservativ heute“ – ein neuer Anfang, 1981.

<sup>280</sup> Vgl. DIRSCH, Authentischer Konservatismus, S. 270, allgemein unkritisch und sympathisierend; zum rechten Protestantismus vgl. SCHEERER, Bekennende Christen; HERMLE, Die Evangelikalen als Gegenbewegung.

<sup>281</sup> Vgl. SCHMOLLINGER, Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei; BACKES und JESSE, Politischer Extremismus, S. 60–62.

ihm die in Eigenregie fabrizierten *Stimmen zur Agrarwissenschaft* das nötige Organ boten.<sup>282</sup>

Um die Tradition des preußischen Konservatismus mühte sich ebenso Hans Joachim Schoeps, wie oben bereits gezeigt.<sup>283</sup> Er war ein regelmäßiger Beiträger von *Konservativ heute*. Von seinem in den 1950er Jahren eingeschlagenen Kurs war er nicht abgewichen, vielmehr hatte er 1969 versucht, die konservativen Kräfte der Bundesrepublik in einer „Konservativen Sammlung“ zu organisieren. Konservatismus definierte er nach dem Vorbild der preußischen Konservativen des 19. Jahrhunderts. Diese „Altkonservativen“, so Schoeps, hätten nur ein Ziel gehabt: „bestehende Ordnungen stabilisieren, um sie vor der heranflutenden Massengesellschaft abzusichern“. Dementsprechend sah er in der Monarchie die ideale Staatsform, hielt mit seiner Skepsis gegenüber der Demokratie nicht hinter dem Berg, predigte die Ungleichheit der Menschen und die Notwendigkeit von Hierarchien und Eliten, pochte auf den Vorrang des Staates, unterstrich die Bedeutung von Autorität und Ordnung, wetterte gegen die Konsumgesellschaft und trat für die deutsche Wiedervereinigung ein, weil sie „die Heimkehr und Auferstehung Preußens bedeuten“ würde, ohne die die Bundesrepublik keine Zukunft hätte.<sup>284</sup> Die Aufgabe der Konservativen sei es, „dieser Zeit der universellen Auflösung Widerstand zu leisten“,<sup>285</sup> Ordnung in einer „außer Rand und Band geratene[n] Welt“ zu schaffen.<sup>286</sup>

Mittels einer Anzeige, die in der *Welt am Sonntag*, der *Welt* und in *Bild* im Januar 1970 geschaltet wurde, machte Schoeps auf die Ziele und Forderungen der Konservativen Sammlung aufmerksam, die in einem von ihm initiierten Treffen im November 1969 von einem Kreis miteinander bekannter Konservativer in Gravenbruch bei Frankfurt aus der Taufe gehoben worden war. Die Konservative Sammlung bekannte sich demnach zu dem „Machtcharakter des Staates“, setzte sich für die Bundeswehr ein, wollte den Bundesrat in ein „echtes Oberhaus“ fortentwickeln und so „die Bildung politischer Nobilität ermöglichen“, trat für die Direktwahl des Bundespräsidenten ein, forderte Pressezensur und wollte das demokratische Wahlrecht so geändert sehen, dass der Gleichheit der Stimmenverteilung ein Ende gesetzt werden würde.<sup>287</sup> Strategisch setzte Schoeps in völliger Verkennung der demokratischen Realitäten auf die CDU und CSU. Zwar sollte die Konservative Sammlung durch einzelne Persönlichkeiten und durch die Aktivitäten von Ortsvereinen den vorpolitischen Raum besetzen, am meisten versprach der Erlanger Kulturhistoriker sich jedoch von der Infiltrierung der Union. Denn Schoeps war immerhin Realist genug, um die Chancen einer Parteigründung als gering zu veranschlagen.<sup>288</sup> Am ehesten hoffte er noch auf die Spaltung

<sup>282</sup> Vgl. unkritisch ROHR, Ein konservativer Kämpfer.

<sup>283</sup> Siehe S. 151–153.

<sup>284</sup> SCHOEPS, Der Versuch einer konservativen Sammlung oder die fehlende politische Chance, 1974, Zitate S. 160, 175.

<sup>285</sup> Ebd., S. 177.

<sup>286</sup> Ebd., S. 190.

<sup>287</sup> Ebd., S. 178–180.

<sup>288</sup> Vgl. ebd., S. 176 und 197.

der Union und die Gründung einer vierten, dezidiert konservativen Partei aus CSU und den CDU-Landesverbänden Niedersachsen und Schleswig-Holstein.<sup>289</sup> Bis dahin, so schlug er vor, sollte sich die Konservative Sammlung als „konservativer Arbeitskreis in der CDU/CSU“ konstituieren.<sup>290</sup> Aus all den hochfliegenden Plänen wurde nichts; ein langes Leben war der Konservativen Sammlung nicht beschieden. Bereits im Frühjahr 1970 löste sich diese auf. Aus der Perspektive des enttäuschten Schoeps waren dafür „die Tendenz zur Vereinsmeierei und zur Befriedigung privaten Ehrgeizes ungeeigneter Personen“ verantwortlich.<sup>291</sup>

Damit dürfte er in erster Linie Armin Mohler gemeint haben. Der war zwar in Gravenbruch zugegen, bezog aber deutlich Stellung gegen Schoeps' Konservatismusentwurf und die Programmatik der avisierten Konservativen Sammlung. Dass seine Meinung breite Kreise erreichte, dafür sorgte er mit einer ausgiebigen Informationspolitik per persönlichem Brief – auch Franz Josef Strauß gehörte zu den Adressaten. Der Konservatismus, für den Schoeps einstehe, gehöre dem 19. Jahrhundert an, darauf lässt sich Mohlers Argumentation wohl zuspielen. An den gegenwärtigen Herausforderungen gehe er völlig vorbei. Stattdessen liefere er der Linken einen „Konservatismus, wie sich die Linke einen Konservatismus nur wünschen kann: ehrbar, harmlos, völlig ungefährlich und leicht komisch“. Mohler wetterte aber gegen Schoeps' Konservative Sammlung nicht nur auf Grund ideologischer Differenzen. Vielmehr erkannte er die begriffspolitischen Konsequenzen einer Festlegung des Konservatismusbegriffs auf die preußische Tradition des 19. Jahrhunderts. Sie würde dazu führen, dass seine eigene neurechte Variante des Konservatismusbegriffs, die er seit Gründung der Bundesrepublik unablässig durchzusetzen bemüht gewesen war, als *rechtsextrem* benannt und aus dem Raum dessen, was in der bundesrepublikanischen Demokratie sagbar war, ausgeschlossen werden würde.<sup>292</sup>

An dieser Stelle also zeigte sich der erste große Riss in den Netzwerken um die rechten Zeitschriftengründungen der 1970er Jahre: Auf der einen Seite wurde der Konservatismus mit dem monarchischen Machtstaat Preußens identifiziert, auf der anderen Seite mit der Weimarer neuen Rechten. Und ein zweiter Riss spaltete diese Netzwerke: Auf der einen Seite standen solche Publizisten, die den Konservatismus als intrinsisch mit dem Christentum verbunden sahen, auf der anderen Seite jene, die dies ausdrücklich ablehnten. Armin Mohler und Caspar von Schrenck-Notzing gehörten auch hier zu den Wortführern der Letzteren, Erik von Kuehnelt-Leddihn und Thomas Molnar beispielweise zu Ersteren. Der Streit wurde in *Criticón* offen ausgetragen.<sup>293</sup> Einen dritten Riss verursachte die Positionierung des Konservatismus gegenüber der liberalen Demokratie, denn auch die war

<sup>289</sup> Vgl. ebd., S. 176.

<sup>290</sup> Ebd., S. 197–198.

<sup>291</sup> Ebd., S. 200.

<sup>292</sup> Vgl. ACSP, NL Strauß, Büro PV 7288, Armin Mohler, Zur konservativen Sammlung, 14. 2. 1970.

<sup>293</sup> Vgl. MOLNAR und MOHLER, Streitgespräch zwischen den beiden konservativen Denkschulen, 1978.

umstritten: zum einen wurde der Konservatismusbegriff markant antiliberal profiliert und antidemokratisch konnotiert; zum anderen waren auch in *Konservativ heute* und *Criticón* Stimmen vernehmbar, die sich für einen „liberale[n] Konservativismus“ einsetzten, wie dies etwa Matthias Walden 1974 tat.<sup>294</sup> Schließlich lief ein vierter Riss durch diese Netzwerke: der zwischen ökologisch informierten, fortschrittskritischen Denkern, die das Konservative mit einer Abkehr von der Industriegesellschaft verschränkten, und jenen, die all dies zurückwiesen und auf technokratische Entwürfe setzten.

In den Netzwerken um diese Zeitschriften prallten die verschiedenen Bedeutungsgehalte des Konservatismusbegriffs aufeinander, die dieser seit dem 19. Jahrhundert in sich vereint hatte. Die Erwartung, sich unter dem Sammelbegriff *konservativ* einrichten zu können, um ein Widerlager gegen Studentenbewegung und gesellschaftliche Liberalisierung organisieren zu können, wurde enttäuscht. Der „Kampf ums Heißen“ prägte das Klima gerade in diesen Netzwerken. Um die Deutungshoheit über den Konservatismusbegriff wurde in den 1970er Jahren erbittert gestritten – daher die Fülle von Beiträgen, die sich um eine grundsätzliche Ortsbestimmung des Konservativen mühten. Das hatte einen Duktus der Ausschließlichkeit und einen Anspruch auf Exklusivität zur Folge, der die Risse nur noch verstärkte. Trotz hochfahrender Attitüde und hochfliegenden politischen Ansprüchen auf eine „konservative Sammlung“ scheiterten die Publizisten um *Criticón*, *Konservativ heute* und *Zeitbühne* schon allein an der Festlegung ihres Schlüsselbegriffs. Dass sich weder die preußisch-monarchische, weder die christliche noch eine ansatzweise liberale Variante des Konservatismusbegriffs durchsetzen konnte, dafür sorgte vor allem das Duo Schrenck-Notzing und Mohler, die den Kurs von *Criticón* bestimmten.

In *Criticón* schufen sich jene Kreise eine Plattform, die sich seit den frühen 1960er Jahren in München und Umgebung gesammelt und sich in Stiftungen und Vereinen eine organisatorische Basis verschafft hatten. Ihre begriffspolitische Initiative um 1970 verfügte über eine Vorgeschiede, die bis in die ersten Jahre der Bundesrepublik reichte und außerdem eine parteipolitische Dimension hatte. Sie ist es wert, im Folgenden näher aufgeschlüsselt zu werden. Die bereits erwähnte Deutschland-Stiftung um Kurt Ziesel bildete einen Mosaikstein im rechten Münchner Netzwerk. Ziesel gehörte 1960 ferner zum Gründerkreis der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik, für die er sich fortan engagierte.<sup>295</sup> Seit 1961 agierte Armin Mohler zunächst als Sekretär, dann als Geschäftsführer der in München ansässigen Carl Friedrich von Siemens Stiftung.<sup>296</sup> Der Kontakt zu Siemens war über den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Franz Riedweg, den Schwiegersohn des von 1933 bis 1938 amtierenden Reichswehr- bzw. Reichs-

<sup>294</sup> Vgl. WALDEN, Die Wiederentdeckung des Konservativen, 1974, S. 275. Zu Walden vgl. SCHWANE, Konservativer Vordenker, oder vergessenes Fossil des Kalten Krieges?.

<sup>295</sup> Vgl. BAMBERG, Die Deutschland-Stiftung, S. 329–330. Zu Ziesels publizistischen Aktivitäten vgl. SCHILDT, Im Visier.

<sup>296</sup> Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 119.

kriegsministers Werner von Blomberg, zustande gekommen. Riedweg, in der Schweiz gebürtig wie Mohler, gehörte zu dem Kreis der Gesellschaft für Wehrkunde, die 1952 aus NSDAP-, Wehrmachts- und SS-Netzwerken in München entstand. Als „Tafelrunde“ hatte sich daraus ein privat organisierter Gesprächskreis etabliert, für den Armin Mohler regelmäßig aus Paris anreiste und dem unter anderen Schrenck-Notzing, der Publizist Winfried Martini und der Schweizer Rechtspopulist James Schwarzenbach angehörten.<sup>297</sup> Seit 1952 bereits verband Schrenck-Notzing und Mohler eine enge Freundschaft.<sup>298</sup> Darüber hinaus sammelten sich in München unterschiedliche Vertriebenenorganisationen und -funktionäre.<sup>299</sup> Emil Franzel, der, wie wir gesehen haben, in den 1950er Jahren in der Abendland-Bewegung aktiv gewesen war und seit den 1930er Jahren versucht hatte, den Konservatismusbegriff im Katholizismus zu verankern, gab diesem Milieu auch in den 1960er und 1970er Jahren eine Stimme.<sup>300</sup>

Wie oben bereits erwähnt, setzten diese Kreise in den 1960er Jahren ihre Hoffnung auf Franz Josef Strauß, weshalb sie ihre Beziehungen zur CSU strategisch ausbauten. Armin Mohler war dabei eine treibende Kraft, weil er in Strauß einen deutschen de Gaulle vermutete, den „großen Einzelgänger“, auf den Deutschland nach dem Abgang Adenauers wartete. Moderne Politik, so glaubte Mohler, beruhe auf drei Elementen: erstens dem „Volk“ bzw. den „Massen“; zweitens den „Komitees“, worunter Mohler „kleine Zirkel“, die sich „um Ideologien gruppier[ten]“ verstand – sprich solche Zirkel, in denen er sich selbst bewegte; und drittens eben den großen Einzelnen, der in „unmittelbare[n] Kontakt mit den Massen“ zu treten vermöge und so Willensbildung organisieren könne. Parteien seien zweitrangiger Natur, meinte Mohler, und durch Wahl demokratisch legitimierte Parlamente kamen in seinem Entwurf gar nicht erst vor. „In der Begegnung zwischen einer überragenden Persönlichkeit und den Massen entsteht das Phänomen ‚Macht‘ – und ohne diesen Motor Macht lässt sich in der Politik nichts verwirklichen.“<sup>301</sup>

Das war es, „was die Deutschen fürchten“, so der Titel von Mohlers 1965 publiziertem Pamphlet und seine zentrale These. Daher, so begründigte Mohler, rührten die Angriffe der Presse auf Strauß, einer Presse, die auch Mohler als linkes Meinungskartell verstand. Daher kam die Popularität Strauß', der den Willen des „Volkes“ zu verkörpern schien, eines Volkes, das den *Spiegel* – in Mohlers Augen die Ausgeburt des linken, staatsuntergrabenden Journalismus – sicherlich nicht lesen würde: „hier ist man für seine Sprache, seine Bilder und Untertöne unzänglich“.<sup>302</sup> Und daher kam letztlich auch der „Nationalmasochismus“<sup>303</sup> den

<sup>297</sup> Vgl. ebd., S. 119–120.

<sup>298</sup> Vgl. MOHLER, Caspar von Schrenck-Notzing, 1987.

<sup>299</sup> Zur Rolle der Vertriebenenverbände in der politischen Kultur Bayerns vgl. ENDRES, Bayerns vierter Stamm; POHL, Zwischen Integration und Isolation; SCHELLAKOWSKY und SCHMIDLEWSKI, Integration und Erbe.

<sup>300</sup> Zu Franzel, wenn auch wenig kritisch, KELLER, Emil Franzel; zu Franzels Konservatismusverständnis vgl. FRANZEL, Fortinbras, 1971.

<sup>301</sup> MOHLER, Was die Deutschen fürchten, 1965, S. 205.

<sup>302</sup> Ebd., S. 230.

<sup>303</sup> Ebd., S. 141.

Mohler anprangerte: die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen, die Mohler als „Bewältigungsrummel“ geißelte, und die die Bundesrepublik davon abhalten würde, ihre eigentlichen nationalen Interessen zu vertreten und Politik so zu verstehen, wie sie real existiere.<sup>304</sup> Dabei relativierte Mohler die Einzigartigkeit des Holocaust,<sup>305</sup> polemisierte gegen die Alliierten und gegen im Exil lebende Intellektuelle und parallelisierte die Situation der Deutschen, deren „ganze nationale Überlieferung“ vor ein „Strafgericht“ gestellt werde, mit der „jahrhundertealte[n] Verfolgung“ der Juden.<sup>306</sup> Hinter Mohlers Frontalangriff auf die Politik der Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen, bei dem ihm Schrenck-Notzing sekundierte,<sup>307</sup> verbarg sich also eine revisionistische Bewertung des NS-Regimes. Mohler beließ es allerdings bei Andeutungen, die Grenzen des Sagbaren in der Bundesrepublik der 1960er Jahre übertrat er nicht.

Mohler setzte sich also für Franz Josef Strauß ein, der diese Unterstützung dankbar annahm. Dabei wirkte noch die Erfahrung der *Spiegel*-Affäre nach, die Strauß einer ‚linken‘ Dominanz in Medien und in der intellektuellen Sphäre zuschrieb und daher viel daran setzte, ein mediales und intellektuelles Gegengewicht aufzubauen. Mohler lieferte Strauß dabei nicht nur ein Exposé über die Gruppe 47,<sup>308</sup> vielmehr unterstützte er tatkräftig die 1964 gegründete *Demokratisch-Konservative Korrespondenz* (DKK, auch *Pressa-Artikeldienst*), einen Presse-dienst, der aus einem „Informationsdienst“ und einem „Artikeldienst“ bestand und den rechtsintellektuellen Münchner Zirkeln ein Forum und Strauß ein genehmes Sprachrohr bot.<sup>309</sup> Personell war die DKK einerseits mit Vertriebenenkreisen und andererseits mit der Deutschland-Stiftung eng verbunden, sowohl hinsichtlich des Redaktionskreises als auch hinsichtlich der Beiträger.<sup>310</sup> Als CSU-Vorstandsmitglied und Vertriebenenfunktionär Hans Neuwirth (nach dessen Schlagabtausch mit Außenminister Gerhard Schröder über die angemessene Haltung der Bundesrepublik gegenüber dem Warschauer Pakt die DKK gegründet worden war<sup>311</sup>) Anfang 1966 die Geschäftsführung der finanziell in tiefroten Zah-

<sup>304</sup> Vgl. ebd., S. 130–192, Zitat S. 155; vgl. ebenso MOHLER, Vergangenheitsbewältigung, 1968.

<sup>305</sup> Vgl. z. B. MOHLER, Was die Deutschen fürchten, 1965, S. 172.

<sup>306</sup> Ebd., S. 147.

<sup>307</sup> Vgl. SCHRENCK-NOTZING, Charakterwäsche, 1965; ders., Zukunftsmacher, 1968.

<sup>308</sup> Vgl. ACSP, NL Strauß, Büro PV 5290, Armin Mohler, Exposé über die Rolle der Gruppe 47 im besonderen und die „radikale“ Intelligenz im Allgemeinen in der Bundesrepublik, o. D.

<sup>309</sup> Siehe S. 216–219; BAMBERG, Die Deutschland-Stiftung, S. 324–325. *Die Zeit* bezeichnete die DKK als das „bestinformierte Strauß-Sprachrohr“, vgl. THILO VON USLAR, Strauß & Company, in: *Die Zeit*, 15. 10. 1965. Franzel und Neuwirth hatten sich 1938 in Prag kennengelernt, vgl. FRANZEL, Gegen den Wind der Zeit, 1983, S. 330.

<sup>310</sup> Vgl. die Honorarschuldenliste in ACSP, NL Strauß, Büro PV 5858, 21. 1. 1966, die u. a. Emil Franzel, Bernt von Heiseler, Armin Mohler, Frank Thiess und Kurt Ziesel auflistet.

<sup>311</sup> Zu den finanziellen Problemen der DKK, die auf die ungenügende Haushaltsführung Neuwirths zurückgingen, vgl. ACSP, NL Strauß, Büro PV 5858, Erich Maier an Franz Josef Strauß, 3. 2. 1966; zur Auseinandersetzung des ‚Gaullisten‘ Neuwirth mit dem ‚Atlantiker‘ Schröder vgl. GEIGER, Atlantiker gegen Gaullisten, S. 279–284. Hans Neuwirth (1901–1970), Rechtsanwalt, von Othmar Spann beeinflusst, gehörte zur Führungsgruppe der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins, die er als Abgeordneter von 1935 bis 1938 im Prager Parlament vertrat.

len schlingernden DKK niederlegte, übernahm diese mit Erich Maier wiederum ein NS-inkriminierter Vertriebenenfunktionär, der in der Deutschland-Stiftung als Schatzmeister fungierte.<sup>312</sup> Emil Franzel, der sich intensiv für die DKK engagierte, wirkte dabei nicht nur als Bindeglied zur Deutschland-Stiftung, sondern auch zu abendländischen Zirkeln.<sup>313</sup> Von der CSU wurde die DKK finanziell kräftig unterstützt, bis das Karlsruher Urteil zur Parteienfinanzierung 1965 diese Subventionierung unmöglich machte. Marcel Hepp kümmerte sich auf Anweisung von Strauß hin um die organisatorische und finanzielle Neuordnung.<sup>314</sup> Danach finanzierte sich das Unternehmen aus Abonnements, Zuwendungen aus der Industrie und dem Springer-Verlag.<sup>315</sup>

Von Mohlers 1965 publizierter Polemik *Was die Deutschen fürchten* war Strauß (kaum überraschend bei der Rolle, die ihm dort zugeschrieben wurde) sehr angetan. Er habe das Buch mit „Genuss und [...] Vorteil gelesen“ und bereits mehrfach empfohlen.<sup>316</sup> Mohler diente ihm zudem als Vermittler von Kontakten, wie etwa zu dem Nürnberger Verleger Joseph Drexel, der sich auch noch in den 1960er Jahren als Nationalbolschewist verstand und sich im Gaullismus mit Mohler und Strauß einig wusste.<sup>317</sup> Nicht nur dass Mohler Strauß schmeichelte, in den 1960er Jahren teilten sie ein gaullistisches Verständnis der Weltpolitik, selbst wenn sie dabei in entscheidenden Punkten nicht übereinstimmten.<sup>318</sup> Darüber hinaus traf sich Strauß' Wettern gegen „das falsch verstandene Sühnedeutschum“ mit Mohlers Polemik gegen die angeblich von den Alliierten oktroyierte Vergangenheitsbewältigung.<sup>319</sup>

Nicht zuletzt diente Mohler Strauß als Kontaktmann zur Rechten, die er an die Union binden wollte und dies zumal, als die NPD zu einer politischen Kraft zu werden drohte.<sup>320</sup> Wie sich an den innerparteilichen Auseinandersetzungen

1939 trat er der NSDAP bei und war aktiv in die nationalsozialistische Germanisierungspolitik involviert. Von einem tschechoslowakischen Gericht verurteilt, blieb er bis 1956 in Haft. Nach Bayern übersiedelt, betätigte er sich in sudentendeutschen Vertriebenen-Organisationen, gehörte dem Vorstand des Vereins für das Deutschtum im Ausland an, war Geschäftsführer des Collegium Carolinum und der Union der Vertriebenen, der Vertriebenenorganisation der CSU; vgl. BALLING, Von Reval bis Bukarest, Bd. 1, Nr. 051067, S. 321–322; WEGER, „Volkstumskampf“ ohne Ende?, S. 274 und 616–617; GOLDENDACH und MINOW, „Deutschtum erwache!“, S. 169 et al.; BRUGEL, Wölfe im demokratischen Schafspelz, 1963, S. 210; Auf Kosten der Firma, in: DER SPIEGEL, 22. 7. 1959; Fast tierischer Hass, in: ebd., 22. 4. 1964.

<sup>312</sup> Vgl. BAMBERG, Die Deutschland-Stiftung, S. 63–64. Vgl. MAIER, 40 Jahre Sudetendeutscher Rechtskampf, 1987.

<sup>313</sup> Vgl. CONZE, Das Europa der Deutschen, S. 200.

<sup>314</sup> Vgl. ACSP, NL Strauß, Büro PV 5303, Franz Josef Strauß an Armin Mohler, 23. 6. 1965.

<sup>315</sup> Vgl. ebd. 5858, Wolfgang Pohle an Marcel Hepp, 20. 5. 1966 [Daimler-Benz]; ebd., Axel Springer Verlag GmbH, Dr. Mahnke, an Marcel Hepp, 23. 12. 1966.

<sup>316</sup> Ebd. 5314, Franz Josef Strauß an Armin Mohler, 1. 4. 1966.

<sup>317</sup> Vgl. ebd. 5303, Armin Mohler an Franz Josef Strauß, 28. 2. 1965; Armin Mohler an Franz Josef Strauß, 9. 5. 1965; Franz Josef Strauß an Armin Mohler, 23. 6. 1965.

<sup>318</sup> Vgl. dazu GEIGER, Atlantiker gegen Gaullisten; WILLMS, Armin Mohler, S. 90–94.

<sup>319</sup> Vgl. Bewältiger der Vergangenheit, in: DIE ZEIT, 20. 8. 1965.

<sup>320</sup> Zur NPD vgl. BACKES und JESSE, Politischer Extremismus, S. 76–88; BOTSCHE, Die extreme Rechte, S. 41–59.

um den ehemaligen hochrangigen NS-Funktionär Max Frauendorfer gezeigt hatte, der ein Landtags- bzw. Bundestagsmandat der CSU anstrehte, war Strauß bereit, ehemaligen Nationalsozialisten die Tore zur CSU zu öffnen, wenn sie sich dem demokratischen Grundkonsens und der Parteiräson nicht widersetzen – und dies auch gegen den energischen Einspruch der Älteren in der Partei, die persönliche Verfolgung und Demütigung im NS-Regime erlitten hatten und für die sich die Unionsgründung aus dem Geist des Widerstandes erklärte.<sup>321</sup> „Wenn jemand in der Vergangenheit dem politischen Irrtum zum Opfer gefallen ist, sollten die Maßstäbe, die wir bei uns für konservative Leute anwenden, mindestens nicht strenger sein als das, was die SPD gegenüber Kommunisten anwendet, die sie in riesiger Zahl in ihren Reihen hat“, erklärte Strauß vor dem Landeausschuss der CSU im Juni 1961.<sup>322</sup> Der Begriff *konservativ* wurde von Strauß also auf das rechte Spektrum ehemaliger Nationalsozialisten appliziert. Dies verengte seine Bedeutung und unterstrich sein antiliberales Erbe – und dies zu einer Zeit, als Strauß darum bemüht war, einen demokratischen Konservatismusbegriff in der Nachfolge Seidels in der politischen Sprache der Partei zu verankern.<sup>323</sup> Die Ambivalenzen des Konservativen in der Bundesrepublik waren auch hier offensichtlich.

Augenscheinlich trug die Okkupation des Konservatismusbegriffs durch die Rechten, die Mohler betrieb, ihre Früchte. Nicht umsonst hieß der Presse-Artikel-dienst *Demokratisch-Konservative Korrespondenz*. Die strategische Motivation der Öffnung der Straußschen CSU hin zur Rechten, die diese durch Einbindung auch zu kontrollieren suchte, wurde in einem Bittschreiben der *DKK* an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung unumwunden eingeräumt. Die *DKK* sei auch gegründet worden, um „zu rechtsintellektuellen Gruppen, Studenten und Jugendorganisationen Fühler auszustrecken, um sie angesichts des Druckes rechtsradikaler Kreise für eine demokratische Politik im Sinne der Bundesregierung zu gewinnen“.<sup>324</sup> Gegenüber Strauß stellte Geschäftsführer Erich Maier die Rolle heraus, die seiner Meinung nach der *DKK* im Kampf gegen die „extreme Rechte“ zukam: Nachdem zunächst die Linke im Visier der *DKK* gestanden hätte, käme es im Jahre 1966 darauf an, „den NPD-Propagandisten das Wasser abzuleiten“.<sup>325</sup> Tatsächlich glaubte Strauß, der Herausforderung durch die NPD mit einem Kurs begegnen zu können, der auf das Nationale setzte: „etwas mehr nationales Bewusstsein, etwas mehr nationales Rückgrat, etwa in der Dosierung, wie es Kiesinger gezeigt hat [...], etwas mehr vertrauenserweckendes Verhalten, dass wir nicht gewillt sind, uns von den einen beschimpfen, von denen anderen treten und von den Dritten ausnehmen zu lassen“, so empfahl er dem Landesvor-

<sup>321</sup> Vgl. SCHLEMMER, Grenzen der Integration. Zur Integration der NS-Elite in die bundesrepublikanische Gesellschaft vgl. im Überblick HERBERT, Rückkehr in die „Bürgerlichkeit“?.

<sup>322</sup> Zitiert in SCHLEMMER, Grenzen der Integration, S. 711.

<sup>323</sup> Siehe S. 183.

<sup>324</sup> ACSP, NL Strauß, PV 5858, Erich Maier an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 24. 5. 1966.

<sup>325</sup> Ebd., Erich Maier an Franz Josef Strauß, 15. 12. 1966.

stand der CSU im März 1967 und zeigte sich sicher, dass eine solche Politik bei Bundeskanzler Kiesinger in den besten Händen lag.<sup>326</sup>

Der Versuch, die Rechte unter der Fahne des Konservatismus zu sammeln, begleitete also die 1960er Jahre und war zunächst nicht auf die APO und die Studentenproteste zurückzuführen. Diese allerdings dynamisierten diese Versuche und verschafften ihnen paradoxer Weise eine Legitimationsbasis, die in der auf Konsens ziellenden politischen Kultur der Bundesrepublik zuvor gefehlt hatte. Denn so sehr sich Mohler, Franzel, Ziesel und andere Netzwerker aus München und Umgebung ihrer Nähe zu Strauß und ihres politischen Einflusses brüsteten, so verschwindend gering blieb dieser letztlich, was ihre Klagen über die linke Meinungsführerschaft in der Presse nur noch verstärkte. Dazu kam, dass sich auch solche Publizisten von ihnen distanzierten, die selbst als *konservativ* galten. Jene wussten genau, wie sie diese treffen konnten: Sie sprachen den Kreisen um die Deutschland-Stiftung ab, *konservativ* zu sein. Karl-Heinz Bohrer charakterisierte im Nachgang der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Deutschland-Stiftung 1967 an Armin Mohler, Bernt von Heiseler und Ludwig Freund die Preisträger in der FAZ als Ideologen, die „Schwarmgeister“, aber keine Konservativen seien. Denn „Praxis war und ist die hervorragendste Möglichkeit des Konservativen“ und erst wenn diese Möglichkeit ergriffen werde, habe der Konservatismus eine Chance sich zu entfalten.<sup>327</sup> Im selben Sinne argumentierte Paul Sethe in der *Zeit*: Nicht Konservative, sondern Antibolschewisten tummelten sich in und um die Deutschland-Stiftung: „In der systematischen Verteufelung des Gegners, in der Unterordnung aller Staatsinteressen unter diese Ersatzreligion werden Elemente der Demagogie sichtbar, die konservativem Denken fremd sind“, unterstrich Sethe, um nachzusetzen, dass „eine konservative Bewegung“ mehr als nötig sei, diese aber noch sehr fern zu sein schien.<sup>328</sup>

Sehr ähnliche Abgrenzungsdebatten zwischen Konservatismus und Rechtsextrémismus wurden dann ein Jahr später in der Deutschland-Stiftung selbst ausgefochten. Es ging um die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises an Emil Franzel und Frank Thiess,<sup>329</sup> gegen die sich ein Sturm medialer Entrüstung erhoben hatte und in deren Folge sich mehrere Kuratoriumsmitglieder und Ehrenpräsident Alfonso Goppel, der bayerische Ministerpräsident, aus dem Verein zurückzogen.<sup>330</sup> Sigbert Mohn, Mitinhaber und Gesellschafter von Bertelsmann, erklärte seinen Rücktritt als Kuratoriumsmitglied mit der notwendigen Abgrenzung eines „Konservativen“ gegenüber „restaurativen“ und „nationalistischen“ Tendenzen.<sup>331</sup> Eine

<sup>326</sup> Ebd., LGF – IV 20.3.1967, Niederschrift über die Sitzung der Landesvorstandsschaft der CSU, 20.3.1967, S. 20–21.

<sup>327</sup> KARL-HEINZ BOHRER, Die Schwierigkeit konservativ zu sein, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 10.3.1967.

<sup>328</sup> PAUL SETHE, Ein neuer Wilhelminismus? Noch gibt es in Deutschland keine konservative Bewegung, in: DIE ZEIT, 10.3.1967.

<sup>329</sup> Zu Emil Franzel vgl. KELLER, Emil Franzel; zu Frank Thiess vgl. WOLF, Frank Thiess und der Nationalsozialismus; JOCH, Vom Reservieren der Logenplätze.

<sup>330</sup> Vgl. ausführlich BAMBERG, Die Deutschland-Stiftung, S. 105–126.

<sup>331</sup> Ebd., S. 119–120.

entscheidende Rolle in dieser öffentlich praktizierten Abgrenzung zwischen einem demokratischen Konservatismus und dem Rechtsextremismus der Bundesrepublik spielte dabei der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Helmut Krausnick. Der Kampf gegen „neonationalistische Bestrebungen“ war ihm, wie Wolfgang Benz in seinem Nachruf bestätigt, ein biographisch begründetes Herzensanliegen.<sup>332</sup> Der 1905 geborene Krausnick war 1932 der NSDAP beigetreten und hatte seine Karriere 1938 bei der Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte begonnen.<sup>333</sup> Nach 1945 distanzierte er sich vom Nationalsozialismus und verstand die zeithistorische Forschung zum NS-Regime als eine warnende Kraft.<sup>334</sup> In diesem Kontext ist sein Engagement gegen die Deutschland-Stiftung zu verorten.

Krausnick mobilisierte nicht nur die CDU-Spitze gegen die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises an Franzel und Thiess,<sup>335</sup> sondern organisierte auch eine öffentliche Intervention einer großen Zahl führender westdeutscher Historiker, Politikwissenschaftler und Pädagogen. „Wir geben zu bedenken“, so die Erklärung,

dass mit ähnlichen Wortbildern und Leitmotiven schon in früheren Jahrzehnten deutscher National- und Geistesgeschichte vielfach versucht worden ist, Trotzhaltungen gegenüber neuzeitlicher pluralistischer Staats- und Gesellschaftsentwicklung als Ideal des ‚wahren Deutschen‘ und eines gesunden Nationalbewusstseins auszugeben. Erfolg und Wirkung des politischen Rechtsextremismus, der die deutsche Nation in tiefstes Unheil gestürzt hat, resultierten wesentlich daraus, dass die Kräfte der politischen Mitte es versäumten, klare Grenzen gegenüber einer politischen Haltung zu ziehen, die nicht auf besonnene Bewahrung und Reform des Bestehenden, sondern auf die Propagierung rückwärtsgewandter Utopien gerichtet war und oftmals in der Diffamierung politischer Gegner ihre eigentliche Wirkung ausübte.

Die von der Deutschland-Stiftung auserkorenen Preisträger Franzel und Thiess hätten durch ihre Publikationen in der *Deutschen National- und Soldaten-Zeitung* die „Grenzen konservativer Grundeinstellung im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft deutlich“ überschritten.<sup>336</sup> Mit dem Rückzug der demokratischen Kräfte hatten diese die Auseinandersetzung um den Konservatismusbegriff in der Deutschland-Stiftung jedoch verloren. Ihrer weiteren Radikalisierung stand damit nichts mehr im Wege. Zugleich aber war Ziesels Vernebelungs-Strategie enttarnt worden. Dass die Deutschland-Stiftung eine „fortschrittlich-konservative Haltung“ vertreten würde, wie dieser behauptet hatte, und mit „reaktionären Vorstellungen nicht zu tun“ habe,<sup>337</sup> das war nach dem medialen und internen Gewitter um die Preisverleihung 1968 nur noch schwerlich zu glauben. In der *Welt* brachte Bernd Nellessen das Ergebnis der begrifflichen Klärung auf den Punkt: „Wenn das

<sup>332</sup> BENZ, Zum Tod von Helmut Krausnick, S. 349.

<sup>333</sup> Zur Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte vgl. BEER, Hans Rothfels und die Traditionen der deutschen Zeitgeschichte, S. 174–180.

<sup>334</sup> Eine Biographie Helmut Krausnicks existiert nicht. Hinweise finden sich in BENZ, Vorrede – zugleich ein Versuch über Helmut Krausnick, in ders., Zum Tod von Helmut Krausnick, sowie in BERG, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker, S. 405–408 et al.

<sup>335</sup> Vgl. BAMBERG, Die Deutschland-Stiftung, S. 108–109.

<sup>336</sup> IfZ-Archiv, ID 103/196-5, Erklärung zur Verleihung der Konrad-Adenauer Preise 1968, 3. Fassung, o. D.; die Presseberichterstattung dazu findet sich ebd.

<sup>337</sup> Vorwort, in: DEUTSCHLAND-STIFTUNG E.V., Die Deutschland-Stiftung, 1967, S. 7–11, S. 9.

,konservativ‘ sein soll, was sie [Emil Franzel und Frank Thiess, M.S.] artikulieren, würde Konservativismus bedeuten, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen, könnte die Ignoranz sozialer und geschichtlicher Tatbestände ihre Triumphe feiern.“ Die Deutschland-Stifung, so Nellessens Fazit, negiere den „Unterschied zwischen respektabelm Konservativismus und reaktionärem Trotz“.<sup>338</sup>

Einer nämlichen semantischen Abgrenzungssarbeit unterzog sich im Jahre 1969 auch Helmut Schelsky, wenn auch nicht in der Öffentlichkeit. Nach der Lektüre von Arnold Gehlens *Moral und Hypermoral*, einem beißend-polemischen Generalangriff auf liberales und humanitäres Denken und eine Abrechnung mit Studentenbewegung und Neuer Linker,<sup>339</sup> warf ihm Schelsky, sein bis dahin treuer Schüler, vor, einen „politisch realistischen Konservativismus, der auf Ordnung, Rechtsstrenge und Würde beruhte, in Misskredit gebracht“ zu haben.<sup>340</sup> In diesem Sinne hatte auch Jürgen Habermas Gehlens Buch einer fundamentalen Kritik unterzogen, ihn als gefährlichen Vertreter der „intellektuellen Rechten“ – und nicht des Konservativismus – bezeichnet und sein Denken in die Nähe der Weimarer neuen Rechten gerückt.<sup>341</sup> Für Gehlen bedeutete das das Ende der Freundschaft mit Schelsky, der dann aber wenige Jahre später die höhnische Intellektuellenkritik Gehlens repetieren sollte.<sup>342</sup>

All diese Episoden unterstreichen sowohl die Radikalisierung der späten 1960er Jahre auf der Rechten, wie auch die Bemühungen um Grenzziehung innerhalb des bundesrepublikanischen Konservativismus. Dass die NPD mangels besserer Alternativen im Frühjahr 1970 ebenfalls auf den Konservativismusbegriff zurückgriff, zeigte, wie nötig eine solche für die Vertreter eines demokratischen Konservativismus war.<sup>343</sup> Der Impuls zur Formulierung eines liberalen Konservativismus ging nicht nur von „1968“ aus, war nicht allein Reaktion auf Studentenbewegung und Neue Linke, sondern in gleichem Maße rührte er von dem Erstarken und der Profilschärfung der Neuen Rechten her.

Für die sich formierende intellektuelle Neue Rechte der bundesrepublikanischen 1970er Jahre wurde Gehlens *Moral und Hypermoral* zu einem höchst willkommenen Referenzwerk.<sup>344</sup> Die erste Ausgabe von *Criticón* widmete sich ganz diesem „mit Abstand bedeutendsten nichtlinken politischen Buch, das in unseren Tagen erschienen ist“. Für Mohler, der die Zeitschrift mit einem Vorwort einleite-

<sup>338</sup> BERND NELLESSEN, Sind das die Richtigen?, in: DIE WELT, 9. 5. 1968.

<sup>339</sup> Vgl. dazu DELITZ, Arnold Gehlen, S. 109–122; REHBERG, Nachwort des Herausgebers, S. 653–654.

<sup>340</sup> LEPENIES, Auf den Gipfeln, hinter den Kulissen.

<sup>341</sup> HABERMAS, Nachgeahmte Substanzialität, 1970; vgl. dazu WÖHRLE, Das Denken und die Dinge, S. 64–66.

<sup>342</sup> Vgl. SCHELSKY, Die Arbeit tun die anderen, 1975; dazu: WÖHRLE, Metamorphosen des Mängelwesens, S. 206–247; zu Gehlens Intellektuellenkritik vgl. REHBERG, Nachwort des Herausgebers, S. 646.

<sup>343</sup> Verstaubt und vermodert, in: DER SPIEGEL, 23. 2. 1970.

<sup>344</sup> Zur bundesrepublikanischen Neuen Rechten allgemein vgl. SCHÖNEKÄS, Bundesrepublik Deutschland; PFAHL-TRAUGHER, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“, S. 153–222; BRAUNER-ORTHEN, Die Neue Rechte in Deutschland.

te, war es Beweis, dass sich „nichtlinke[s] Denken“ nicht „im Gemüt, im Rückzug auf ‚Instinkt‘, ‚Tradition‘, ‚Irrationalität‘“ erschöpfe, sondern „schneidend scharf“ sein könne. Mit der Verhaltensforschung lehne sich Gehlens Denken an die „modernste der Wissenschaften“ an, darum wissend, dass die Menschheit sich im „biologische[n] Zeitalter“ befindet. Die Anthropologie „nichtlinken Denkens“ konnte also nur eine biologistische sein.<sup>345</sup> Das hielt Mohler für „Realismus“, für eine „sachlich[e], nüchtern[e]“ Herangehensweise, dem 20. Jahrhundert angemessen, während sich „die Linke“ noch der längst verbrauchten „Formeln des 18. Jahrhunderts“ bediene.<sup>346</sup> „Schneidend scharf“ sollte die Sprache der Konservativen sein, theoretisch durchdrungen, um so den schroffen Gegensatz zur Linken deutlich zu machen. Erst „durch seine Theoriebezogenheit“ komme der Konservatismus zu sich selbst, unterstrich Schrenck-Notzing und distanzierte so den Konservatismusbegriff *Criticón* von dem der „Mitte“ (der wohlgernekt das Konservativismusetikett abgesprochen wurde), die sich auf die „praktische Vernunft“ berief und theoretische Abstraktionen von sich wies.<sup>347</sup> Damit verweigerten sich Schrenck-Notzing und Mohler einer zentralen Selbstbeschreibung des Konservativen.

Es fällt auf, dass Mohler im programmatischen Vorwort zu dem neuen Zeitschriftenprojekt den Konservatismusbegriff mied. Offensichtlich hatte man sich auch gegen eine Aufnahme des Begriffs in den Zeitschriftentitel entschieden – ganz im Gegensatz zu dem Kreis um *Konservativ heute*. *Criticón* bezog sich dagegen auf das spanische *el criticón*, das so viel wie Meckerer oder Nörgler bedeutet. Damit kündigte Schrenck-Notzing eine eindeutige Positionierung der Zeitschrift innerhalb der intellektuellen Debatte an: gegen ein angeblich linkes Meinungsmonopol, das die Rechte seit einem Jahrzehnt beklagte und das nicht nur Mohler schmerhaft erfuhr, dessen Publikationsmöglichkeiten zunehmend weggebrochen waren, zumal als selbst in der *Welt* und der *Welt am Sonntag*, für die er seit 1965 regelmäßige Kolumnen geschrieben hatte, nach dem Tod Zehlers ein gemäßigterer Ton opportun wurde.<sup>348</sup> Dazu kam der Positionswechsel Axel Springers, der sich angesichts von APO, Studentenbewegung und sozialliberaler Entspannungspolitik vom Gaullisten zum überzeugten Atlantiker entwickelte, und sein Presseimperium konsequent neu ausrichtete.<sup>349</sup> Einen solch fundamentalen Wechsel außenpolitischer Allianzen vollzog zeitgleich auch Franz Josef Strauß, was zu seiner Entfremdung vom neurechten Lager entscheidend beitrug, für das der Antiamerikanismus weiterhin konstitutiv blieb.<sup>350</sup> So war die Flut rechter Zeit-

<sup>345</sup> Zu Gehlens Wertschätzung für die und Auseinandersetzung mit den Arbeiten Konrad Lorenz' vgl. DELITZ, Arnold Gehlen, S. 10 et al.; REHBERG, Nachwort des Herausgebers, S. 643.

<sup>346</sup> MOHLER, Gehlens „Moral und Hypermoral“ – eine Wegmarke, 1970/1971.

<sup>347</sup> CRITILO [CASPAR VON SCHRENCK-NOTZING], Kommentar, 1973.

<sup>348</sup> Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 141–161; zu Mohlers Konflikt mit Giselher Wirsing, der die Mitarbeit bei *Christ und Welt* beendet hatte vgl. ebd., S. 269–270 und (aus Mohlers Perspektive) MOHLER, Der Fall Giselher Wirsing, 1978. Zur „konservativen“, nationalen Wende des Springer-Verlags 1965 vgl. KRUIP, Das „Welt“-„Bild“ des Axel-Springer-Verlags, S. 119–154.

<sup>349</sup> Vgl. HOERES, Reise nach Amerika.

<sup>350</sup> Vgl. z. B. ACSP, NL Jaeger, P 52, Bayerischer Rundfunk, Studienprogramm, Redaktion Aktuelle Berichte und Diskussionen, Was ist heute konservativ? Textbuch einer Fernsehreihe des

schriftengründungen zu Beginn der 1970er Jahre letztlich auch eine Folge der Liberalisierung der bundesdeutschen Öffentlichkeit seit den späten 1950er Jahren, die rechtes Gedankengut konsequent ausschloss. Die Polarisierung der Medienlandschaft, die Mitte der 1960er Jahre eingesetzt hatte, wurde noch einmal verstärkt.<sup>351</sup> Gerade deshalb positionierte sich *Criticón* als Sprachrohr des Nonkonformismus und, nicht zuletzt, als solches einer internationalen Bewegung – und das Spanische war hier nicht zufällig gewählt, fungierte der Franquismus doch als bewundertes Vorbild auf der Rechten.<sup>352</sup>

Tatsächlich verstand sich *Criticón* als „Clearingstelle für verwandte publizistische Bestrebungen in aller Welt“<sup>353</sup> als Teil einer „Konservativen Internationale“.<sup>354</sup> Die Zeitschrift achtete nicht allein auf die Internationalität ihrer Beiträger, sondern trug zur Formierung einer internationalen Rechten bei, indem sie rechte Bewegungen in Europa, den USA und Lateinamerika verfolgte und kommentierte. Regelmäßig wurden Bücher besprochen, Autoren eingeführt, Zeitschriften vorgestellt sowie Parteien und politische Bewegungen präsentiert. Autoren des amerikanischen Neokonservatismus schrieben für *Criticón*<sup>355</sup> wie auch Vertreter des rechten Flügels der britischen Tories,<sup>356</sup> oder Alain de Benoist, der Vordenker der französischen Nouvelle Droite und ein langjähriger Vertrauter Mohlers.<sup>357</sup> Nicht von ungefähr hatte die ansonsten nur sehr begrenzte Rezeption der marktliberalen Theorien Friedrich August von Hayeks und des amerikanischen Neoliberalismus in *Criticón* einen ihrer Schwerpunkte.<sup>358</sup>

*Criticón* stemmte sich mit Verve gegen den demokratischen Konsens. Dabei diente der Konservatismusbegriff einerseits als Dach, unter dem sich vieles und oft Widersprüchliches sammeln konnte, und andererseits als Feigenblatt, mithilfe dessen rechte Ideologeme wenn nicht kaschiert, so doch als Teil des in einer demokratischen Öffentlichkeit Sagbaren gelten konnten. Dies ermöglichte die „Brückenfunktion“ von *Criticón* zwischen einem demokratisch fundierten Konservativismus und dem Rechtsextremismus.<sup>359</sup> Der Macht der Sprache waren sich

Bayerischen Rundfunks, Erstausstrahlung Tl. 1: Die Intellektuellen, 10.11.1975, Tl. 2: Die Politiker, 14.11.1975, S. 23–24. Zu Strauß' Distanzierung vom Gaullismus vgl. GEIGER, Atlantiker gegen Gaullisten, S. 514–516.

<sup>351</sup> Vgl. HODENBERG, Konsens und Krise, S. 362–372.

<sup>352</sup> Vgl. GROSSMANN, Die Internationale der Konservativen.

<sup>353</sup> Aus dem Inhalt, 1970/1971.

<sup>354</sup> Vgl. SCHRENCK-NOTZING, Gibt es eine Konservative Internationale?, 1974.

<sup>355</sup> Vgl. z. B. MOLNAR, Russell Kirk, 1974; ders., 25 Jahre amerikanischer Konservativismus, 1977; ders., Gibt es eine „faschistische“ Gegenwartsliteratur?, 1979.

<sup>356</sup> Vgl. CROZIER, James Burnham, 1977; MAUDE, Staat und Individuum heute, 1970/1971; COSGRAVE, Tories und Intellektuelle, 1974; ders., Jenseits des Bewahrens, 1975.

<sup>357</sup> Vgl. Benoist, Louis Rougier, 1979; BENOIST, In aller Freundschaft, 1980.

<sup>358</sup> Vgl. KUEHNELT-LEDDIHN, Vor-, Früh-, Alt- und Neoliberalismus, 1972; Markt oder Bürokratie?, 1972; BRODING, 25 Jahre Mont Pelerin Society, 1972; MAITRE, Ayn Rand – eine Philosophie des Ultra-Liberalismus; zu Mohlers und Kaltenbrunners Bemühungen um Hayek vgl. sehr kurz KARABELAS, Freiheit statt Sozialismus, S. 177–178.

<sup>359</sup> Armin Pfahl-Traughber sieht in *Criticón* ein wichtiges Organ des „Brückenspektrums“, das er als den Bereich definiert, „wo sich eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit“ zwischen

Schrenck-Notzing und Mohler dabei sehr bewusst: „[D]ie Definition, was ‚konservativ‘ sei, ist bereits ein politischer Akt“.<sup>360</sup> Sie boten alle Kraft auf, um den Bedeutungsgehalt des Konservatismusbegriffs in ihrem Sinne zu steuern. Dies taten sie, indem sie sich als die ureigensten Vertreter des Konservativen darstellten, als die eigentlichen Konservativen. Und dementsprechend beanspruchten sie die Deutungshoheit über den Begriff. Armin Mohler widmete sich dieser Aufgabe mit Vorliebe. Wir haben gesehen, wie er in der Konservatismus-Debatte der späten 1950er und frühen 1960er Jahre alle liberalen Varianten des Konservatismusbegriffs abkanzelte.<sup>361</sup> Das Wettern gegen einen „Gärtnerkonservatismus“ setzte er in den 1960er Jahren fort, nur um es in den 1970er Jahren noch zu verstärken, als sich das liberale semantische Netz um den Konservatismusbegriff, das sich seit 1945 entwickelt hatte, verdichtete und dessen Bedeutungshaushalt zu dominieren begann.

Mohler wurde nicht müde, den „Liberalkonservatismus“ zu diskreditieren. Schon allein der Begriff sprach seinen Vertretern ab, den ‚wahren‘ „Konservatismus“ zu vertreten – warum wäre sonst ein Kompositum nötig gewesen? Wie schon Anfang der 1960er Jahre warf Mohler all jenen vor, die sich auf Edmund Burke und die liberale Tradition des britischen Konservatismus beriefen, eine der deutschen Situation fremde Lehre zu kopieren.<sup>362</sup> Zu vernehmen sei nur ein „Secondhand-Gemurmel“, und das galt auch, wenn neben Burke auf Tocqueville oder Justus Möser zurückgegriffen werde.<sup>363</sup> Die Entwicklung hin zu einem Konservatismus aus liberalem Geiste war in der Perspektive Mohlers als ein Ergebnis der Verwestlichung der Bundesrepublik in jeglicher Hinsicht zu torpedieren. „Liberalkonservativ“ könne „man nur dort sein, wo man mit dem Status quo einverstanden ist und jede Veränderung des Status quo bloß eine Veränderung zum Schlechteren hin“ bedeutete. Dies sei in der Bundesrepublik, regiert von einer sozialliberalen Koalition, wahrlich nicht der Fall. Der Liberalkonservative der Gegenwart sei daher „ein Mann, der bereits kapituliert“ habe.<sup>364</sup>

Je präsenter ein Konservatismus aus liberalem Geiste in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit wurde, desto schärfer wurde Mohlers Ton. 1974 zog er gegen die „Kerenskis der Kulturrevolution“ zu Felde und sprach ihnen rundweg ab, *konservativ* zu sein. Namentlich zielte er auf Ernst Topitsch und Karl Steinbuch (die aber nichtsdestoweniger in *Criticón* publizierten),<sup>365</sup> vor allem aber

Vertretern eines demokratischen Konservatismus und dem Rechtsextremismus materialisierte; vgl. PFAHL-TRAUGHER, Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservativismus.

<sup>360</sup> MOHLER, Konservativ, 1969, S. 92.

<sup>361</sup> Siehe S. 154–155 und 159–163.

<sup>362</sup> Vgl. z. B. MOHLER, Konservativ, 1969, S. 100; MOHLER, Brief an einen italienischen Freund, 1972, S. 153.

<sup>363</sup> MOHLER, Konservativ, 1969, S. 100.

<sup>364</sup> MOHLER, Warum nicht konservativ?, 1970/1971, S. 73.

<sup>365</sup> Vgl. TOPITSCH, Links, wo der Geist ist? Das war einmal, 1970/1971. Zu Karl Steinbuch vgl. STEINBUCH, Kurskorrektur, 1973; ders., Ja zur Wirklichkeit, 1975; zu seiner Rolle in der Zukunfts-forschung: SEEFRIED, Zukünfte, S. 116–125 et al. Steinbuch publizierte seit 1985 in *Criticón*, vgl. STEINBUCH, Gegen den Neo-Mystizismus, 1985; ders., Schlägt Rhetorik Vernunft?, 1985.

auf die Amalgamierung von liberalem und konservativem Denken. Während ein Konservativer, der von „links“ käme, den Konservatismus positiv beeinflussen könne,<sup>366</sup> schleppen der Liberale „Bazillen und seine Unbelehrbarkeit mit ein“.<sup>367</sup> Damit meinte Mohler wohl auch Kaltenbrunner, dessen Aktivitäten er zunächst mit Wohlwollen verfolgt hatte, mit dem er dann aber auf Grund von dessen Assimilierungsstrategie brach. Für Kaltenbrunners Versuche, die Liberal-konservativen an sich zu binden und liberale Versatzstücke zu integrieren, brachte Mohler kein Verständnis auf.<sup>368</sup> Am „Liberalismus gehen die Völker zu Grunde“, zitierte Mohler zustimmend Moeller van den Bruck – und er tat das in erster Linie, um die Genealogie jenes Konservatismus zu unterstreichen, für den er einstand und den er als die einzige Variante des Konservatismus in Deutschland gelten lassen wollte: einen Konservatismus aus antiliberaler Geiste, einen genuin ‚deutschen‘ Konservatismus in der Nachfolge der Weimarer neuen Rechten.<sup>369</sup> *Konservativ* und *rechts* wurden von Mohler synonym verwendet. Damit sprach er für das Gros der *Criticón*-Autoren. Darüber hinaus folgte Mohler Kaltenbrunner und anderen Vertretern der Rechten in der Aufnahme des Wortes *reaktionär* in das semantische Netz um *konservativ*. In der Situation der 1970er Jahre, in der „ja fast jeder“ *konservativ* sein wolle, erhalte die Selbstbezeichnung als *Reaktionär* eine neue Kraft, nämlich als „das wirksamste Wort, um sein Anderssein zu bezeichnen“.<sup>370</sup>

Der Antiliberalismus einte dabei das in sich zerstrittene Lager der *Criticón*-Autoren, die ihre Mission auch darin sahen, die Liberalisierung der politischen Sprache der Bundesrepublik zu verhindern. Zwar hütete sich Schrenck-Notzing davor, *Criticón* gegen die Demokratie per se zu positionieren und bevorzugte konkrete Kritik bzw. die Profilierung antiliberaler Positionen, doch auch dieses Schweigen über die Demokratie war aussagekräftig genug. Allein Erik Kuehnelt-Leddihn konnte seine Träume von der Restauration der Monarchie in Deutschland ausbreiten.<sup>371</sup>

Die Zurückweisung liberaler Entwürfe des Konservativen war das eine, die Füllung des Konservatismusbegriffs das andere. Markant distanzierte sich Mohler von zwei Strukturprinzipien konservativen Sprechens: von der Kontinuität der Zeitdimensionen und dem Prinzip des Ausgleichs in der konservativen Sprache. Seiner Position seit den späten 1940er Jahren folgend definierte er das Verhältnis des Konservativen zur Geschichte neu. Die Orientierung an der Wurzel des Wortes, an dem lateinischen *conservare*, sei irreführend, behauptete Mohler. Dem Konservativen könne es nicht vordringlich um das Bewahren des Überkommenen gehen. Vielmehr habe der Konservative in einer Zeit, in der nichts existiere,

<sup>366</sup> Das schien aber nicht für Günter Maschke zu gelten, vgl. MOHLER, Ein Marxismus von rechts?, 1975.

<sup>367</sup> MOHLER, Die Kerenskis der Kulturrevolution, 1974, S. 25.

<sup>368</sup> Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 174–175 und 273.

<sup>369</sup> MOHLER, Die Kerenskis der Kulturrevolution, 1974, S. 25. Zum Angriff auf einen liberalen Konservatismus vgl. auch SCHRENCK-NOTZING, Tendenzwende – nur eine Fata morgana?, 1979.

<sup>370</sup> MOHLER, Was heißt schon „reaktionär“?, 1976, S. 72.

<sup>371</sup> Vgl. KUEHNELT-LEDDIHN, Welche Staatsform hat geschichtliche Dauer?, 1976.

das zu bewahren wert sei, die dringende Aufgabe, Bewahrenswertes zu schaffen. Der Konservative müsse dann „das Idyll des ‚Gärtner-Konservatismus‘ hinter sich bringen, wenn er sich die letzten Möglichkeiten offenhalten will, dem Abrutschen in Katastrophen Widerstand zu leisten.“

Zur Illustration aktualisierte Mohler eine Denkfigur Ernst Jüngers, der von der Notwendigkeit einer „organischen Konstruktion“ gesprochen hatte. Hätten die „Zerstörungen ein Ausmaß“ erreicht, „das jeden Ansatz beim Status quo unmöglich“ mache, sei ein „radikales Eingreifen“ nötig, „das Zustände schafft, die ihrerseits wieder ‚Natur‘ zu werden vermögen“.<sup>372</sup> Das, was neu zu schaffen sei, habe aber – und auch hier folgte Mohler seinem Idol – im Einklang mit der „technischen Zivilisation“ zu stehen.<sup>373</sup> Für den Konservativen gebe es nur „einen Weg, sich mit den Problemen der Zeit zu befassen: durch die industrielle Gesellschaft mitten durch“.<sup>374</sup> Ein Konservatismus vor dem Hintergrund der industriellen Moderne also war Mohlers Ziel, einer Moderne, getrieben von technischer und naturwissenschaftlicher Innovation, einer Moderne wie sie von Jünger, Freyer, Gehlen und Schelsky in den 1950er Jahren entworfen worden war.<sup>375</sup> So war es nur folgerichtig, dass er sich den von Greiffenhagen eingeführten Begriff des *technokratischen Konservatismus* anverwandte und *Criticón* kurzerhand zu dessen „Heimstatt“ erklärte,<sup>376</sup> obwohl dort auch christliche Entwürfe des Konservativen einen regelmäßigen Platz fanden.<sup>377</sup> Von Friedrich Georg Jüngers Technikkritik, von dessen ökologischen Forderungen, von dessen *Scheidewege-Rhetorik* hielt Mohler ebenso wenig wie von der Infragestellung des Fortschritts-Paradigmas und den ökologischen Folgerungen Gerd-Klaus Kaltenbrunners. Die grüne Bewegung auf der Rechten verfolgte er zunächst mit abwartendem Misstrauen, was wohl seiner Verbundenheit mit Friedrich Georg Jünger geschuldet war, dann aber 1977 mit rhetorischer Schärfe. Der Konservative wisse aus der Geschichte, dass der Mensch sich die Umwelt von Beginn an untertan gemacht habe, das sei eine anthropologische Konstante; und er wisse auch, dass die Menschheit immer wieder neue Methoden gefunden habe, um sich aus solchen Kalamitäten zu befreien.<sup>378</sup> Dem Untergang einer Zivilisation sei mit „Haltung“ zu begegnen, nicht als „ökologische Tränensuse“.<sup>379</sup> Spengler war angesagt, nicht der Club of Rome.<sup>380</sup>

<sup>372</sup> MOHLER, Konservativ, 1969, S. 106.

<sup>373</sup> Zu Mohlers Verhältnis zu Ernst Jünger vgl. MOHLER, Begegnungen bei Ernst Jünger, 1955.

<sup>374</sup> MOHLER, Konservativ, 1969, S. 109.

<sup>375</sup> Vgl. Mohlers Arbeiten zum amerikanischen Technokratiebegriff: MOHLER, Der Weg der „Technokratie“, 1968; ders., Howard Scott und die „Technocracy“, 1974.

<sup>376</sup> MOHLER, Brief an einen italienischen Freund, 1972, S. 154.

<sup>377</sup> Vgl. z. B. MOLNAR und MOHLER, Streitgespräch zwischen den beiden konservativen Denkschulen, 1978; KUEHNELT-LEDDIHN, Rechts – doch ohne Glauben?, 1974.

<sup>378</sup> MOHLER, 12 Thesen zur Öl-Klage, 1977.

<sup>379</sup> Die Sorgen des Oberförsters und die Konservativen, Tl. 2: Armin Mohler, in: DIE WELT, 19. 2. 1977.

<sup>380</sup> Vgl. dazu GRAF, Die Grenzen des Wachstums und die Grenzen des Staates, S. 217–218. Bereits 1972 hatte *Criticón* kritisch auf die These von den Grenzen des Wachstums reagiert, vgl. BADER, Grenzen des Wachstums, 1972.

Das war aber auch schon alles, was der Konservative aus der Geschichte lernen konnte. Mehr Ansatzpunkte für einen Konservatismus der 1970er Jahre bot die Geschichte im Allgemeinen und die Geschichte konservativen Denkens vor den Aufbrüchen der Weimarer neuen Rechten im Besonderen für Mohler nicht. Vielmehr hätten die Konservativen einen radikalen Strich gegenüber der Vergangenheit zu ziehen, müssten „eine ganz neue Sprache“ finden, zu „einem neuen Denken und Handeln“ kommen – und dabei „sehr viel Überflüssiges über Bord werfen“.<sup>381</sup> An seinem Widerstand gegenüber Schoeps’ Sammlungs-Initiative hatte Mohler bereits gezeigt, was diese Verabschiedung der Geschichte ganz praktisch bedeuten konnte. Die Geschichte hatte für Mohler denn auch nur die Funktion, die Komplexität der Welt zu erweisen und zugleich zu belegen, dass es dem Menschen dennoch möglich war, ihr „Form“ zu geben.<sup>382</sup> Das war ein sehr lufsiges Verhältnis zur Geschichte. Letzten Endes strich Mohler die Vergangenheitsdimension aus seiner politischen Sprache. Das hatte er nun in der Tat zu rechtfertigen, verstieß er doch eklatant gegen ein fundamentales Strukturprinzip des Konservatismus. Ohne jeden Selbstzweifel schlug Mohler eine von ihm immer wieder bemühte Strategie ein: Er behauptete, damit den eigentlichen Konservatismus freizulegen: „Das Gesicht des Konservatismus wandelt sich – oder vielmehr: das wirkliche Gesicht des Konservatismus wird sichtbar. Zu den vielen Legenden, die von ihm abfallen, gehört auch die über das besondere Verhältnis des Konservativen zur Geschichte.“<sup>383</sup>

Mohler ging es um die Gegenwart, vor allem aber um die Zukunft, die zu gestalten war. Die Konservativen seien in der Gegenwart die „unzufriedene, auf Veränderung bedachte Schicht“, nicht die Linke. Mohler predigte radikalen Wandel. Dennoch – oder eher: gerade deshalb – grenzte er sich beständig von „abstraktem“ utopischen Denken ab und schob es der Linken zu. Selbst seinen Ruf nach einer konservativen Theorie, die dem konservativen Selbstverständnis des Pragmatischen und Anti-Ideologischen zuwiderlief, kaschierte er durch anti-utopische Sprache, wenn er eine „aus dem Gesamtzusammenhang der Wirklichkeit gewonnene Idee“ forderte.<sup>384</sup> Diese Abwehr abstrakten Denkens, die Beteuerung, nur aus der „Wirklichkeit“ zu schöpfen, gehörten wiederum zu den Charakteristika konservativer Sprache, die Mohler bemühte, um nicht in den Verdacht zu geraten, selber Utopist – und damit eben alles andere als ein Konservativer – zu sein.<sup>385</sup> Denn der Anti-Utopismus bildete eine zweite Klammer um die Autoren von *Criticón* – und verband sie außerdem mit den übrigen Varianten des Konservativen der 1970er Jahre. Die Arbeiten des ungarisch-amerikanischen Philosophen Thomas Molnar, der als Schüler Russell Kirks zum christlichen Flügel des amerikanischen Neo-Konservatismus gehörte und einen katholischen Traditionalismus vertrat, Verbindungen zur französischen Nouvelle Droite pflegte und sich gegen einen „liberalen“

<sup>381</sup> MOHLER, Konservativ, 1969, S. 117.

<sup>382</sup> MOHLER, Der Konservative vor der Geschichte, 1978.

<sup>383</sup> Ebd., S. 83.

<sup>384</sup> MOHLER, Warum nicht konservativ?, 1970/1971, S. 73.

<sup>385</sup> Vgl. z. B. MOHLER, Konservativ, 1969, S. 106.

Utopismus profilierte, wurden dabei in den Rang kanonischer Werke erhoben,<sup>386</sup> Molnar selbst für regelmäßige Beiträge in der Zeitschrift gewonnen.<sup>387</sup>

Indes: Mohler wies nicht nur das Strukturprinzip der Zeitlichkeit zurück, das konservatives Sprechen charakterisierte, sondern auch das Strukturprinzip des Ausgleichs und der Synthese. Schrenck-Notzing sekundierte. „Konservatismus“, so definierte jener 1972, sei „nicht nur eine Gegenposition zur linken Lehre in ihren verschiedenen Schattierungen. Konservatismus ist mindestens im gleichen Maße eine Gegenposition zur Praxis der ‚Mitte‘, des ‚Juste Milieu‘.“<sup>388</sup> Mohler und Schrenck-Notzing setzten auf die Extreme, auf die Polarisierung, auf die Identifizierung von Freund und Feind und dieses Prinzip des Gegensatzes prägte ihre Sprache. Es blieb Erik von Kuehnelt-Leddihn vorbehalten, dieses Gegensatzprinzip in *Criticón* in eine klare darstellerische Form zu bringen. Fein säuberlich präsentierte er in einer Tabelle „linke“ und „rechte“ Positionen, nach Kategorien geordnet. Unter *links* verstand er dabei alle aus der Französischen Revolution hervorgegangenen Bewegungen in der „Nationaldemokratie“. „Von ihr stammen direkt und sehr sichtbar alle Linksbewegungen ab, alle gleichmacherischen Populismen, diese ganze Welt der Guillotinen, Galgen, Gaskammern und Genickschüsse“. Damit waren Kommunismus wie Nationalsozialismus kurzerhand zu *linken* Phänomenen erklärt.<sup>389</sup> Aus einem solchen Blickwinkel strukturierte sich die politische Welt dichotomisch. Kompromiss, Ausgleich, Maßhalten, Synthese oder die Einigung auf eine mittlere Position konnten in diesem Weltbild nicht vorkommen. Ein *sowohl – als auch* fehlte in der Sprache, die in *Criticón* geschrieben wurde.

In der Tat: In *Criticón* und anderen Zeitschriften, die sich in den 1970er Jahren das Etikett *konservativ* umgehängt hatten, versammelte sich die Rechte der Bundesrepublik und träumte von einer Reaktivierung längst vergangener, genuin „deutscher“ Denktraditionen – sei es jener des preußischen Konservatismus des Kaiserreichs, sei es eines antiliberalen katholischen Konservatismus, der mit dem Zweiten Vatikanum endgültig verabschiedet worden war, sei es des agrarischen Konservatismus der Weimarer DNVP, sei es heimatschützerischer, organizistischer und biologistischer Ordnungsideen, sei es der Weimarer neuen Rechten. Sie einte ihr Antiliberalismus, die stolze Sicherheit, als eine der Wenigen das Richtige erkannt zu haben, ihre Verachtung der bundesrepublikanischen Entwicklung, ihre Positionierung auf der *Rechten* in schroffer Frontstellung zur *Linken*, und es einten sie einige zentrale Begriffe, die immer und immer wieder – wie zur Selbstbestätigung – hervorgehoben wurden: *Ordnung, Autorität, Staat, Hierarchie, Elite, Institution, Nation* etwa. Sie entstammten dem semantischen Netz um den

<sup>386</sup> Vgl. CRITILO [CASPAR VON SCHRENCK-NOTZING], Die utopische Versuchung, 1970/1971, außerdem das gesamte Heft, das sich mit MOLNAR, Utopia, 1967, auseinandersetzte.

<sup>387</sup> Vgl. z. B. MOLNAR, Russell Kirk, 1974; ders., 25 Jahre amerikanischer Konservatismus, 1977; ders. und MOHLER, Streitgespräch zwischen den beiden konservativen Denkschulen, 1978; ders., Gibt es eine „faschistische“ Gegenwartsliteratur?, 1979. Zu Molnar vgl. MEZEI, Thomas Molnar’s Place in American Conservatism.

<sup>388</sup> CRITILO [CASPAR VON SCHRENCK-NOTZING], Kommentar, 1972.

<sup>389</sup> KUEHNELT-LEDDIHN, Noch einmal Rechts und Links, 1973.

Konservatismusbegriff. Mohler und Schrenck-Notzing machten *Criticón* zu dem schlagkräftigsten Organ der bundesrepublikanischen Neuen Rechten. Zwar beanspruchten sie lautstark den Konservatismusbegriff für sich, doch das war letztlich nur ein strategisches Mäntelchen, das sie sich umhängten. Denn indem sie zwei fundamentale Strukturprinzipien konservativer Sprache von sich wiesen, mehr noch: diese geradezu verdammten, bewegten sie sich so weit außerhalb der Strukturen der politischen Sprachen des Konservativen, dass sie in historischer Perspektive sicherlich nicht als Konservative bezeichnet werden können. Mohler und Schrenck-Notzing formulierten die Sprache der bundesrepublikanischen Neuen Rechten – und eben nicht des Konservatismus. In sein „Herz“ war Mohler gerade nicht vorgestossen.<sup>390</sup>

Dies steigerte abermals die Verwirrung über die Begriffe der politischen Sprache der Bundesrepublik, die am Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre allenthalben konstatiert wurde.<sup>391</sup> Die uneindeutige Debatte um das Konservative hatte dazu ebenso beigetragen, wie die Formierung der grünen Bewegung, die sich auf keine präzisen Begriffe zu bringen lassen schien.<sup>392</sup> Ergaben „die Worte rechts und links überhaupt noch irgendeinen Sinn?“, fragte *Der Monat* 1978. Was bedeutete *liberal*, was *konservativ*? Wozu brauchte man solche Begriffe überhaupt? Während die Antworten der meisten befragten Intellektuellen aller Couleur vage blieben, fiel Mohlers Einschätzung gewohnt eindeutig aus – Ambivalenzen existierten in seiner Sprache nicht. Obgleich er als *konservativ* gelte, ziehe er das „Etikett ‚rechts‘“ vor. Das „Wort ‚konservativ‘ ist mir zu quallig und verschwommen [...] Wenn ich mich einen Rechten nenne, so heißt das, dass ich mit dem Liberalismus nichts im Sinn habe, ja ihn für den eigentlichen Feind halte“.<sup>393</sup> Die Liberalisierung des Konservatismusbegriffs, die seit den 1950er Jahren die politische Kultur der Bundesrepublik begleitet und seit den späten 1960er Jahren erheblich an Dynamik gewonnen hatte, war Mitte der 1970er Jahre so weit fortgeschritten, dass seine antiliberalen Bedeutungsgehalte an den Rand gedrängt wurden. Das Mäntelchen des Konservativen war Mohler lästig geworden.

### 3.4.3. Konservative Parteien? Die sprachpolitische Herausforderung von CDU und CSU

Die intellektuelle Debatte um das Konservative, die in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die bundesrepublikanischen Feuilletons füllte, stellte für die Uni-

<sup>390</sup> So aber VAN LAAK, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens, S. 262. Zur Charakterisierung Mohlers als Vertreter der Neuen Rechten vgl. PFAHL-TRAUGHER, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“.

<sup>391</sup> Vgl. z. B. ERWIN K. SCHEUCH, Lechts und rinks. Über merkwürdige ideologische Allianzen und ihre Ahnen, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 19. 1. 1979; HELMUT DIWALD, Rechts und links, in: ebd., 24. 8. 1979; Links und rechts, in: DIE ZEIT, 10. 8. 1979; MARTIN GREIFFENHAGEN, Konservativ: gut oder schlecht?, in: VORWÄRTS, 11. 9. 1980.

<sup>392</sup> Vgl. MENDE, „Nicht rechts“, S. 434–443.

<sup>393</sup> Wer steht links, wer steht rechts?, 1978, S. 19; so ähnlich auch in Die Sorgen des Oberförsters und die Konservativen, Tl. 2: Armin Mohler, in: DIE WELT, 19. 2. 1977.

onsparteien eine recht zwiespältige Herausforderung dar. Einerseits nahmen sie die Diagnose einer Abwendung des viel beschworenen *Zeitgeists* von den reformfreudigen linken Bewegungen wohlwollend zur Kenntnis und verbuchten die Resonanz, die konservative Intellektuelle erhielten, auf ihrer Habenseite. Andererseits forderte sie die Debatte zu einer eindeutigen Positionierung gegenüber dem Konservativen heraus, die sich gerade deshalb als so schwierig gestaltete, weil der Begriff selbst über eine Bedeutungsweite verfügte, die, wie wir gesehen haben, von liberalen bis hin zu rechten Varianten reichte. Dazu kam, dass die Unionsparteien – und vor allem die CDU – sich nach dem Verlust der Regierungsverantwortung 1969, dem missglückten Misstrauensvotum gegen die Regierung Brandt 1972 und der verlorenen Bundestagswahl im November desselben Jahres in der Krise befanden. Wollten sie reüssieren, sprich: die sozialliberale Koalition im Bund ablösen, mussten sie sich reformieren, sowohl organisatorisch als auch programmatisch.<sup>394</sup> Wie sehr die Verunsicherung ob des Verlusts der Bedeutungshoheit über die politische Sprache diese Krisenwahrnehmung seit den frühen 1960er Jahren dynamisiert hatte, wurde bereits gezeigt. Sie passte sich ein in eine gesellschaftliche Krisenwahrnehmung, die die frühen bis mittleren 1970er Jahre prägte und die Formulierung von Alternativen forderte.<sup>395</sup> CDU und CSU machten sich auf die Suche nach Begriffen, die ihr Tun und Wollen in grundsätzlicher Art und Weise beschrieben, das, was sie charakterisierte, fassten, innerparteilich integrativ wirkten und zugleich für Abgrenzung gegenüber rivalisierenden Parteien sorgten.

Der Suche nach adäquaten Selbstbeschreibungsgriffen dienten die ausgedehnten Programmdebatten, die wie ein einmal lauteres, einmal leiseres Hintergrundrauschen die Union während der 1970er Jahre begleiteten. Die 1970er stellten für diese in der Tat ein „Jahrzehnt der gedruckten Debattenkultur“ dar.<sup>396</sup> Die CSU, die 1968 ein *Grundsatzprogramm* verabschiedet hatte, tat das 1976 ein weiteres Mal. Die CDU, deren *Berliner Programm* des Jahres 1968 noch nicht als *Grundsatz-*, sondern nur als *Aktionsprogramm* fungiert hatte, entwickelte dieses 1971 und 1973 weiter, formulierte 1975 in der *Mannheimer Erklärung* Prinzipien des politischen Handelns, um schließlich 1978 ihr *Ludwigshafener Grundsatzprogramm* zu beschließen. Grundsatzkommissionen bestehend aus Politikern sowie Wissenschaftlern arbeiteten in beiden Parteien über Jahre hinweg an Textentwürfen, die auf den verschiedenen Ebenen der Partei und in ihren Gremien diskutiert und kommentiert, auf Parteitagen debattiert und schließlich nach Diskussion unzähliger Änderungsanträge in eine konsensuale Form gegossen wurden. Die Publizistik begleitete diese Grundsatzdiskussionen interessiert und kommentierte

<sup>394</sup> Zu den Parteireformen in CDU und CSU vgl. SCHÖNBOHM, Die CDU wird moderne Volkspartei; LANGE, Responsivität und Organisation; BÖSCH, Macht und Machtverlust, S. 99–114; MINTZEL, Bayern und die CSU.

<sup>395</sup> Vgl. CONZE, Die Suche nach Sicherheit, S. 569–574.

<sup>396</sup> Vgl. BÖSCH, Die Krise als Chance, S. 303; zu den Reformdebatten in der Union vgl. außerdem SCHMIDT, „Die geistige Führung verloren“; BÖSCH, Macht und Machtverlust, S. 29–44; SCHÖNBOHM, Die CDU wird moderne Volkspartei, S. 138–159.

ausführlich. Gezielt suchten CDU und CSU den Kontakt zu Intellektuellen und registrierten sensibel die Positionswechsel jener Konsensliberaler, die sich Anfang der 1970er Jahre für den Konservatismus aussprachen.<sup>397</sup> Die Debatte um das Konservative war mit den Grundsatzdiskussionen in den Unionsparteien in der Tat eng verzahnt. Sie forderte sie ganz fundamental heraus, denn wenn *konservativ* als liberale Alternative zu *sozialdemokatisch* und *liberal* profiliert und auf das Dreiparteiensystem der Bundesrepublik übertragen wurde, dann betraf diese begriffliche Verschiebung keine anderen Parteien so sehr wie CDU und CSU. Erst vor diesem Hintergrund lässt sich die Entwicklung des Konservatismusbegriffs in den 1970er Jahren in ihrer Gänze verstehen. Wie also positionierten sich die Parteien? Wie gingen sie mit der sprachpolitischen Herausforderung um, die der Konservatismusbegriff für sie bedeutete?

Die CSU hatte sich 1968 nach intensiver Diskussion dazu entschlossen, *konservativ* in ihr *Grundsatzprogramm* aufzunehmen – das haben wir bereits gesehen. Die Partei beschrieb sich als *auch konservativ* und begründete diese Zuschreibung mit ihrem Willen, „die Lebendigkeit europäischer Tradition voll zu entfalten und die großen Reserven europäischen Geistes für die Zukunft zu erschließen“. Zugleich lehnte sie jeglichen „Utopismus“ entschieden ab und wehrte sich gegen eine „totale Technisierung des Lebens, die auf Person und Freiheit keine Rücksicht“ nehme, wenngleich sie sich auch für die „großen technischen Möglichkeiten unserer Zeit für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschheit“ begeisterte.<sup>398</sup> *Konservativ* zu sein sollte für die CSU also eine dem technischen Fortschritt gegenüber offene Haltung bedeuten, ohne das aus der Vergangenheit Überkommene gering zu schätzen. Der Fortschrittsbegriff wurde an das Strukturprinzip konservativer Zeitlichkeit gebunden – ganz so wie das zeitgleich die britische Conservative Party durchexerzierte. An der „Spitze des Fortschritts“ wollte Strauß seine konservative CSU sehen, die Bedeutungsgehalte des politischen Begriffes bewusst prägen.

Diese Begriffsstrategie antwortete auf die semantische Situation des Jahres 1968: *konservativ* wurde im öffentlichen Diskurs in erster Linie als Gegenbegriff zu *progressiv* konturiert. Genau dies gaben die Delegierten auf dem CSU-Parteitag zu bedenken, die sich vehement gegen die Aufnahme des Begriffs in das *Grundsatzprogramm* aussprachen. Alois Glück etwa sah „einen Widerspruch zwischen der Fortschriftlichkeit der Politik der CSU und dem Ausdruck ‚konservative Kraft‘“.<sup>399</sup> Diese semantische Opposition von *konservativ* und *progressiv* machte der Union in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren schwer zu schaffen. Denn sowohl der Aufstand der Studentinnen und Studenten an den Universitäten als auch die reformfreudige Aufbruchsstimmung, die die sozialliberale Koalition 1969 ins Amt trug, speisten sich aus der Überzeugung, *progressiv* zu sein, die

<sup>397</sup> Vgl. z. B. BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, Gerhard Stoltenberg, S. 1154; Richard von Weizsäcker, S. 1159; Christian Schwarz-Schilling, S. 1166.

<sup>398</sup> CSU, Leitsätze einer Politik für heute und morgen, 1968

<sup>399</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19681214, Parteitag der CSU, 14. 12. 1968, S. 29.

Zukunft gestalten zu wollen, mit Überkommenem abzuschließen und neu anzufangen. Dagegen erschienen die Unionsparteien als Kräfte des Beharrens, die sich einer veränderten Gesellschaft nicht öffnen wollten, als Relikte aus den ersten Jahren der Bundesrepublik, als noch eine auf Sicherheit und Kontinuität setzende Politik die Wähler begeisterte. Die CDU gelte, so fasste Kurt Georg Kiesinger auf dem CDU-Bundesparteitag 1969 zusammen, „als eine konservative Partei, als eine Partei, die nicht sehr beweglich ist, die angeblich der modernen Zeit gegenüber nicht aufgeschlossen genug ist“.<sup>400</sup> Dem sekundierte der aufstrebende, seit Längerem auf Reform drängende Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Helmut Kohl nicht nur, sondern bestätigte das Bild, wobei er mit seiner Kritik an der Parteiführung nicht zurückhielt: Die CDU habe „es zugelassen, dass sie in den Ruf des Tantenhaften, des Antiquierten, des Altmodischen geraten ist. Sie hat es zugelassen, dass die ganze intellektuelle Welt [...] gegen die CDU aufgetreten ist.“<sup>401</sup> Im *Berliner Programm* der CDU, das 1968 verabschiedet wurde und Reformfreude wie Modernität der Partei erweisen sollte, kam der Begriff *konservativ* dann auch nicht vor. In diesem Falle traute sich die CDU die begriffsprägende Macht nicht zu, die Strauß im selben Jahr seiner CSU verordnete.

Dabei traf das Konservatismus-Verdikt nicht nur die Union – es wurde in der Zusitzung auf die Opposition *progressiv* versus *konservativ* auch auf die SPD gemünzt, wie das etwa Ralf Dahrendorf auf dem Freiburger Parteitag der FDP 1968 tat. Während die CDU „konservativ aus allzu langer Gewohnheit des Regierens“ sei, sei die SPD „konservativ wider Willen, aus allzu tiefer Angst davor, nicht regieren zu dürfen“. Die einzige progressive Alternative sei deshalb die FDP.<sup>402</sup> *Konservativ* wurde, das wird hier sehr deutlich, auf ein unbewegliches Kleben am Vergangenen, eine Verweigerungshaltung gegenüber dem Wandel reduziert. An der SPD hingegen haftete das Etikett des Konservativen nicht, trotz Dahrendorfs rhetorischer Kunststücke. Vielmehr nutzte die Partei geschickt die semantische Lage. Die Koalitionsregierung aus SPD und FDP wurde mit dem Etikett *sozialliberal* ausgestattet und mit Fortschritt und Reform identifiziert.<sup>403</sup> Im Bundestag schien es nun zwei Blöcke zu geben: den reformerischen Block der Regierungskoalition und den beharrenden Block der Opposition.<sup>404</sup> Die „deutsche Demokratie“ brauche durchaus, so erklärte Brandt süffisant im Februar 1971 im Bundestag, „eine große, staatstragende, die Regeln der parlamentarischen Demokratie achrende konservative Partei“, die nach dem Verlust der Macht ihre Oppositionsrolle „konstruktiv“ zu begreifen habe, „anstatt Kollision um jeden Preis zu suchen“.<sup>405</sup>

<sup>400</sup> Bundesparteitag der CDU 1968, S. 447.

<sup>401</sup> „Es war chic, gegen die CDU zu sein“. Christ und Welt-Interview mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl, in: CHRIST UND WELT, 31. 10. 1969. Zu Kohls Bemühungen um eine programmatische Reform der CDU vgl. SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 135–159.

<sup>402</sup> SCHUSTER, Drei Parteien suchen ein Programm, 1968, S. 268.

<sup>403</sup> Vgl. FAULENBACH, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 59–76.

<sup>404</sup> Vgl. z. B. ALFRED RAPP, Zwei oder drei?, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 29. 6. 1971.

<sup>405</sup> DBT, 6. WP, 102. Sitzung, 12. 2. 1971, S. 5945.

Damit verstärkte der Kanzler die semantischen Zuschreibungen, die er eine Woche zuvor in der Haushaltsdebatte eingeführt hatte. Stabilität sei in einer

Industriegesellschaft [...] nur im Wandel und [...] Sicherheit nur in der Dynamik zu gewinnen und zu erhalten. [...] Deshalb gibt es gesellschaftliche Stabilität nur durch Reform. Wer nicht positiv verändert, verschlechtert objektiv die Lage der Menschen. Das ist der Punkt, an dem sich die Geister weithin scheiden; das ist der Unterschied zwischen dem, worum wir uns bemühen, und jenen in Ihren Reihen, die in überwiegend konservativem Denken beharren.<sup>406</sup>

Aus dem Bundestagsplenum meldeten sich zwar sogleich empörte Stimmen auf den Oppositionsbänken, die Brandt vorwarfen, *konservativ* zum „Schimpfwort“ zu machen (was dieser sogleich zurückwies), doch der Oppositionsführer Rainer Barzel fand in seiner anschließenden Rede zu keiner Erwiderung.

Die lieferte erst Richard von Weizsäcker eine Woche später in der SZ. Weizsäcker, seit 1964 im CDU-Bundesvorstand, war 1969 über die rheinland-pfälzische Landesliste erstmals in den Bundestag gewählt worden. Er engagierte sich in hoher Funktion im Protestantismus, war 1965 an der entspannungspolitischen Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) beteiligt, und hatte Erfahrung im Management von Großkonzernen gesammelt. Schnell wuchs Weizsäcker in die Rolle des protestantischen Parteiintellektuellen hinein und beerbte so in gewisser Weise Eugen Gerstenmaier. 1971 übernahm er den Vorsitz der Grundsatzkommission der CDU und prägte bis zur Verabschiedung des *Ludwigs-hafener Grundsatzprogramms* 1978 die programmatische Diskussion in seiner Partei.<sup>407</sup> Im Februar 1971 nun rückte er in seiner Antwort auf Brandt die Konturen des Konservatismusbegriffs zurecht. Hinter der Antithese *progressiv* vs. *konservativ*, mit der die Reformpolitik umschrieben werde, verberge sich ein „Missverständnis“; dass die Konservativen in der Gegenwart keine Rolle mehr zu spielen hätten, sei ein „Irrtum“. „Gute Erneuerer sind nur die, denen es gelingt, sich für ihre Veränderungen der Konservativen zu bedienen. Eine konservative Partei aber ist nur die, welche die notwendigen Erneuerungen selbst in die Tat umsetzt.“ Zur Illustration verwies er auf die britische Conservative Party unter Disraeli. Zwischen „Stabilität und Dynamik, zwischen Erhaltung und Erneuerung“ bestehe ein „untrennbarer Zusammenhang“ und dies zumal in einer Zeit beschleunigten Wandels, in der sich der Wunsch nach „Sicherheit“ folgerichtig artikuliere. Zudem gehöre eine „beharrende Natur“ zu den anthropologischen Grundkonstanten, genauso wie das Misstrauen gegenüber Veränderung. Da Reformen nur mit den Betroffenen durchgeführt werden könnten, sei allein eine behutsame Politik, die das Bewahren mit dem Verändern verknüpfe, erfolgsversprechend. Das wisse der Konservative, der zudem ob seines „nüchternen“ Blickes auf die Unvollkommenheit des Menschen über eine weitere, äußerst „nützliche, ja wahrscheinlich eine notwendige Voraussetzung für das mögliche Maß an Fortschritt“ verfüge.<sup>408</sup> Weizsäcker rückte die innere Struktur des Konservatismusbegriffs wieder zurecht:

<sup>406</sup> DBT, 6. WP, 96. Sitzung, 3. 2. 1971, S. 5323.

<sup>407</sup> Vgl. WEIZSÄCKER, Vier Zeiten, 1997; WIEDEMAYER, Richard von Weizsäcker.

<sup>408</sup> RICHARD VON WEIZSÄCKER, Progressive und Konservative, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 20./21. 2. 1971.

Er verwies auf das Prinzip der Zeitlichkeit, auf die Verschränkung der Zeitdimensionen und ihre Kontinuität; er bediente sich des Prinzips des Ausgleichs, wenn er das rechte *Maß* des Fortschritts beschwore; und schließlich wählte er mit seiner Betonung des Anthropologischen, des *Menschen*, sowie der *Nüchternheit* zwei Schlüsselbegriffe des semantischen Netzes um den Konservatismusbegriff und schrieb ihnen eine aktuelle Bedeutung zu.

Es kam nicht von ungefähr, dass ein Protestant der CDU die Potenziale des Konservatismusbegriffs in Erinnerung rief. Er knüpfte damit an die Begriffsbestimmung des Konservativen in der Partei an, die aus einer protestantischen Tradition schöpfte und sich, wie wir gesehen haben, an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren zwar durchgesetzt hatte, aber dann Ende der 1960er Jahre in den Hintergrund getreten war. Dazu kam, dass das Klima für das Konservative sich um 1970 zu verändern begann. Die intellektuellen Stimmen aus dem konsensliberalen Lager lösten den Begriff aus der Antithese zum Fortschrittsbegriff und gaben ihm ein reicheres Bedeutungsfeld. Dies machte es für die CDU leichter, den Begriff zu verwenden. Dass dies nur sehr vorsichtig und begrenzt geschah, dafür sorgte auch weiterhin die SPD. In seiner Rede vor dem Bundestag zum Ende der Legislaturperiode im September 1972 unterstrich Brandt seine Zwei-Lager-These und stattete sie außerdem mit einem historischen Narrativ aus. Während CDU und CSU die „Tradition konservativer Prägung“ seit dem Kaiserreich fortführten, stünden SPD und FDP in Kontinuität zu jenen „Kräfte[n], die schon im Kaiserreich aus der Opposition heraus auf mehr Demokratie und politische Freiheit drängten, [...] auf einen Staat drängten, den die Vielen in diesem Lande als ihren eigenen Staat begreifen“ könnten.<sup>409</sup> Erst mit der sozialliberalen Reformpolitik – und nota bene nicht mit der Gründung der Bundesrepublik, wie es das Narrativ der Parteigeschichte von CDU und CSU wollte – vollendeten sich die kaiserzeitlichen Hoffnungen von Liberalen und Sozialdemokraten auf ein freiheitliches und demokratisches Deutschland. Das war die historische Botschaft Willy Brandts. Nahezu zeitgleich attestierte Horst Ehmke in der SPD-Parteizeitschrift *Die neue Gesellschaft* der Union in einer Analyse ihres „politisch-moralische[n] Krankheitsbild[s]“ einen „Konservativismus ohne Substanz“<sup>410</sup>

Vorsicht war also geboten, wenn die CDU mit dem Begriff hantierte. Dass sie ihn nicht vollends aus ihrem Begriffshaushalt verbannen konnte, lag zum einen an gewichtigen Stimmen in der Partei, die sich mit dem Begriff identifizierten, sowie daran, dass dieser zu einem eingeführten Element der Selbstbeschreibung geworden war.<sup>411</sup> So hatte der einflussreiche vormalige Bundesgeschäftsführer und amtierende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung Bruno Heck nach der verlorenen Bundestagswahl 1972 in einem Frontalangriff auf die Parteiführung die CDU dazu aufgefordert, sich der Aufgabe, den „Fortschritt konservativ zu sichern und auszubauen“ nicht länger zu verweigern. Die Partei solle das bleiben,

<sup>409</sup> DBT, 6. WP, 199. Sitzung, 22. 9. 1972, S. 11764.

<sup>410</sup> Konservativismus ohne Substanz, 1972.

<sup>411</sup> Siehe Kapitel 3.2.

was „von den Wählern in irgendeiner Weise als konservativ empfunden werde“, eine „fortschrittliche konservative“ Kraft, und sich „nicht mehr durch Verbalanglichungen an linke Modeströmungen“ verbiegen.<sup>412</sup> Bereits ein Jahr zuvor hatte er – wie Richard von Weizsäcker – seine Partei daran erinnert, dass sie „als große Volkspartei nur Bestand haben“ könne, „wenn ihre ‚Konservativen‘ fortschrittliche Menschen“ seien und „die ‚Progressiven‘ in dem gewachsenen Boden der Geschichte wurzel[te]n“, wenn also die Antithese zwischen Konservatismus und Fortschriftlichkeit dialektisch aufgelöst würde.<sup>413</sup>

Neben Heck eigneten sich vor allem Karl Carstens und Alfred Dregger aus dem Kreis der führenden CDU-Politiker den Konservatismusbegriff an – auch weil er ihnen zugeschrieben wurde. Sie gaben ihm damit ein spezifisches Profil, das sich aus einem marktliberalen Programm und aus ihrer Betonung des Nationalen speiste.<sup>414</sup> Dementsprechend wurden sie auch als *national-konservativ* bezeichnet.<sup>415</sup> Carstens legte dabei großen Wert auf die Amalgamierung der Begriffe *liberal* und *konservativ* und wies Hans-Dietrich Genschers Satz, dass es „keine liberalen Konservativen“ geben könne, in einer Bundestagsdebatte entschieden zurück: „Wenn ein Land wie das unsere eine freiheitliche Verfassungsordnung hat, dann ist derjenige, der für die Freiheit eintritt, zugleich konservativ und liberal“.<sup>416</sup> Die Bewahrung der im demokratischen Staat garantierten Freiheit gegen sozialistische Umsturzgefahren – darin gründete Carstens Konservatismus, der sich selbst gern als Liberalen bezeichnete. Im polarisierten Klima der 1970er Jahre wurde er zusammen mit Dregger, Filbinger und Strauß oft zu einer *konservativen* Gruppe zusammengespannt. Dagegen mochte sich Carstens auch gar nicht wehren, sah er sich doch im Grundsätzlichen in Übereinstimmung mit seinen Kollegen. Ihnen allen stehe glasklar vor Augen, dass in der Verhinderung einer marxistischen Herrschaft über ganz Europa die große Aufgabe in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bestehe.<sup>417</sup> Da der Konservatismusbegriff durch einzelne Politiker in der CDU präsent gehalten wurde, musste die CDU-Führung ihm nolens volens einen Platz im identitären Vokabular der Partei einräumen. Darüber hinaus verbot es schon allein die Politik der CSU, die sich das Konservative auch weiterhin auf die Fahnen geschrieben hatte, den Begriff zu

<sup>412</sup> Warten bis die SPD sich verschlossen hat? Gespräch mit dem ehemaligen CDU-Generalsekretär Bruno Heck über die Zukunft der Union, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 5. 1. 1973.

<sup>413</sup> Bundesparteitag der CDU Saarbrücken 1971, S. 37. Eine ähnliche Zusammenstellung der Begriffe *konservativ* und *progressiv* findet sich in PÜTZ, Die CDU, 1971, S. 112–114, der die Union als „*konservativ und progressiv*“ beschreibt.

<sup>414</sup> Für Dreggers Verwendung des Konservatismusbegriffs vgl. z. B. DREGGER, Programm für ein besseres Hessen, 1970, S. 60; ders., Bundestagswahlkampf 1976, 1980, S. 228; zu seiner politischen Konzeption vgl. ders., Systemveränderung, 1972; ders., Freiheit in unserer Zeit, 1980; aus kritischer Perspektive: AUER, Alfred Dregger; zu Dreggers Arbeit in Hessen vgl. WOLF, Neubeginn und Kampf um die Mehrheit.

<sup>415</sup> Vgl. z. B. EDUARD NEUMAIER, Vom Nothelfer zum Steuermann, in: DIE ZEIT, 25. 5. 1973.

<sup>416</sup> DBT, 7. WP, 218. Sitzung, 29. 1. 1976, S. 15101.

<sup>417</sup> DONAT, Gefragt: Karl Carstens, 1976, S. 62–63. Zu Carstens Konservatismusverständnis vgl. SZATKOWSKI, Karl Carstens, S. 306–308.

ignorieren. Hinter der Begriffspolitik der CDU-Führung stand allerdings auch eine strategische Überlegung. Ganz vortrefflich ließ sich so das rechte Wählerpotenzial an die Partei binden. Rechts von der CDU bzw. der CSU konnte sich in den 1970er Jahren keine Partei erfolgreich entwickeln.

Der CDU kam es schließlich wie gelegen, dass sich ein mit Fortschrittlichkeit geradezu gesegnetes Politikfeld für die Verankerung des Konservatismusbegriffs anbot: die Umweltpolitik. Recht schnell hatten die Parteien auf die öffentliche Debatte um die fortschreitende Zerstörung der Natur reagiert, Forderungen nach dem Schutz der Umwelt aufgenommen und in politisches Handeln umgesetzt. Nach dem Regierungswechsel 1969 richtete das Innenministerium unter Hans-Dietrich Genscher eine Abteilung Umweltschutz ein, 1971 wurde ein *Sofortprogramm für den Umweltschutz* verkündet und das *Umweltprogramm der Bundesregierung* verabschiedet.<sup>418</sup> Im Dezember 1970 schuf die bayerische CSU-Regierung unter Ministerpräsident Alfons Goppel das erste Landesministerium, dem Max Streibl als Minister für Landesentwicklung und Umweltfragen vorstand,<sup>419</sup> und auch die CDU besetzte das Thema auf Landes- und Bundesebene. Umweltpolitisches Handeln erhielt dabei ein „technokratische[s] Design“,<sup>420</sup> wurde als Problem politischer Planung und Steuerung aufgefasst.<sup>421</sup>

Eingebettet wurde die Umweltpolitik in den Unionsparteien in das semantische Netz um das Konservative. Dies war auch deshalb geschickt, weil damit an die aktuelle Debatte um den Konservatismus angeknüpft und die allenthalben präsente Fortschrittskritik kanalisiert werden konnte. Dass sich dafür besonders Richard von Weizsäcker engagierte, kam nicht von ungefähr. Sein Engagement erklärte sich nicht nur aus seinem Eintreten für eine Aktualisierung des Konservatismusbegriffs, sondern auch weil er durch seinen Bruder, den Physiker und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker, wohl für umweltschützerische Belange sensibilisiert worden war.<sup>422</sup> Der Umweltschutz sei zuallererst eine „bewahrende“ Aufgabe, „nämlich das Gleichgewicht der Natur und die Kräfte ihrer Selbsterhaltung zu schützen und sie nicht durch den blinden Glauben an Fortschritt und Machbarkeit aller Verhältnisse zu gefährden und schließlich zu zerstören“. Nicht die „Lehre von [...] der künstlich-progressiven Machbarkeit“ könne Grundlage für politisches Handeln im beschleunigten Wandel sein, sondern nur „die Erhaltung der natürlichen Grundlagen unseres Lebens“. Bewahrung und Erneuerung bedingen sich gegenseitig, wiederholte Weizsäcker nun vor dem CDU-Bundesparteitag.<sup>423</sup> Dementsprechend rief er seine Parteikollegen dazu auf, der Verfälschung des Konservatismusbegriffs zu begegnen. Dem Konservativen gehe es gerade nicht darum, „die Vergangenheit zum unveränderlichen Modell für die Zukunft zu machen“, das widerspreche dem „Wert der Überlieferung“. „Wir haben“, so stellte

<sup>418</sup> Vgl. ENGELS, Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 275.

<sup>419</sup> Vgl. BLESSING, Entwicklungsplanung und Umweltschutz als Staatsaufgabe.

<sup>420</sup> ENGELS, Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 287.

<sup>421</sup> Vgl. ebd., S. 282–290.

<sup>422</sup> Zu Carl Friedrich von Weizsäckers Denken vgl. SEEFRIED, Die politische Verantwortung.

<sup>423</sup> Bundesparteitag der CDU 1972, S. 65.

Weizsäcker – sich mit dem Konservativen identifizierend – klar, „kein statisches Bild von der Welt. Die Zukunft ist nicht ohne Wurzeln; sie gründet in der Vergangenheit, aber sie folgt ihr nicht. Es gibt kein Verharren von Erde und Mensch, sondern nur Werden, Wachsen und Wandel. Das ist unsere Geschichtlichkeit.“<sup>424</sup>

Die Umweltthematik, das zeigt Weizsäckers Definition konservativer Zeitlichkeit anschaulich, war auch deshalb so reibungslos in das semantische Netz um das Konservative zu integrieren, weil sie es ermöglichte, konservative Begriffsbestände zu aktualisieren. Mit der organischen Metaphorik, die Weizsäcker wählte, war das konservative Strukturprinzip der Zeitlichkeit schon im 19. Jahrhundert umschrieben worden. Selbst Norbert Blüm, neben Hans Katzer die dominierende Stimme des christlich-sozialen Flügels, der als Parteilinker und ausgemachter Gegner eines konservativen Kurses galt, konnte im Jahr 1975 den „konservative[n] Zügen“ der Wende im Wachstumsdenken durchaus Positives abgewinnen.<sup>425</sup> Noch 1980 empfahl Blüm den Christlich-Sozialen in der Partei die „Bewahrung der Welt als Haus des Menschen“ als eine „zukunftssichernde Aufgabe, auf die uns konservative Gesinnung bringt“; in diesem Sinne sei die christliche Sozialbewegung „konservativ fortschrittlich“.<sup>426</sup>

Doch auch der Diskurs um Planung in modernen Gesellschaften, der seit den frühen 1960er Jahren die bundesrepublikanische Politik begleitete,<sup>427</sup> wurde im Rahmen der Umweltthematik an den Konservatismusbegriff rückgebunden. Besonders augenscheinlich geschah dies in der CSU.<sup>428</sup> Obgleich dem sozialdemokratischen Planungs-Enthusiasmus in der Union in den 1960er Jahren ein gehöriges Maß an Skepsis entgegen geschlagen war, fanden Planungsideen doch Eingang in Konzepte für spezifische Politikfelder, allen voran die Regionalplanung, die Bildungspolitik und den Umweltschutz.<sup>429</sup> Das Programm der CSU für die Bundestagswahl 1969 bekannte sich zum Planungsgedanken – so sollte die Zukunft „gesichert“ werden. Allerdings differenzierte die Partei sorgfältig in ihrem Projekt einer Planung der Zukunft. Die CSU sei entschlossen, so konnte man im Wahlprogramm lesen, „durch eine weitsichtige, verantwortungsbewusste Zukunftsplanung dem Fortschritt zu dienen, jedoch jeder Zerstörung der Werte entgegenzutreten, die auch in Zukunft unser Leben lebenswert machen“.<sup>430</sup> Planung sollte also keineswegs eine Zukunft kolonialisieren, die nach christlichem Verständnis menschlicher Verfügungsgewalt entzogen war, und sie sollte auch nicht mit einer Vergangenheit brechen, nur um Neues zu schaffen. Zu planen, so Max Streibl zur Konzeption von Umwelt- und Raumordnungspolitik auf dem CSU-Parteitag

<sup>424</sup> Ebd., S. 73; gleichlautend in: Herausforderungen unserer Zeit, 1972, S. 32.

<sup>425</sup> BLÜM, Fortschritt im postindustriellen Zeitalter, 1980, S. 67–68.

<sup>426</sup> BLÜM, Christlich-Sozial: Zwischen!, 1980, S. 115.

<sup>427</sup> Vgl. RUCK, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie, bes. S. 366–370; SCHANETZKY, Die große Ernährung; SÜSS, „Wer aber denkt für das Ganze?“.

<sup>428</sup> Zu CSU-Konzeptionen von Planung vgl. GRÜNER, Geplantes „Wirtschaftswunder“?

<sup>429</sup> Vgl. z. B. STOLtenBERG, Zukunftsaufgaben der Bildungspolitik, 1969; BARZEL, Gesunde Umwelt durch aktive Strukturpolitik, 1969; STEBER, „A Better Tomorrow“.

<sup>430</sup> Wahlkampfprogramm der CSU zur Bundestagswahl 1969: Entschlossen die Zukunft sichern, 1969.

1975, „vermag nur eine Politik, die auf die Kontinuität der Geschichte vertraut. Für eine menschenwürdige Zukunft planen kann nur der, der die Erfahrungen der Vergangenheit bejaht, der Bewährtes bewahrt, an neuem Wissen überprüft, reformiert und neu gestaltet.“ Planung musste also die Kontinuität von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gewährleisten. „Planen im Dienste des Menschen“ sei daher „nur auf der Grundlage eines echten Konservativismus möglich“.<sup>431</sup> Der Umweltschutz wurde zu einem festen Bezugspunkt des Konservativismusbegriffs der Union.<sup>432</sup> „Umweltschutz“ sei „eine große konservative Aufgabe mit Zukunft“, unterstrich Kohl 1978,<sup>433</sup> der sich ansonsten davor hütete, den Begriff isoliert zu verwenden.

Im Laufe der an Fahrt gewinnenden intellektuellen Neujustierung des Konservativismusbegriffs wurde er auch in der CDU unbefangener gebraucht. Bernhard Vogel, zwischen 1967 und 1975 von Kohl geförderter Kultusminister von Rheinland-Pfalz und schließlich dessen Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten (1976 bis 1988), der als Assistent von Dolf Sternberger an der Universität Heidelberg das politikwissenschaftliche Handwerk gelernt hatte, galt als ein junger Modernisierer in der Union.<sup>434</sup> 1975 zu einer Fernsehdebatte des Bayerischen Rundfunks über das Wesen des Konservativismus eingeladen, bezog er den Konservativismusbegriff auf die CDU. *Konservativ* bedeute für seine Partei, so meinte Vogel, das „Recht, wir selbst bleiben zu dürfen“. Ein vorrangiges Ziel der CDU sei es, „die Bedingungen und die Voraussetzungen unserer freiheitlichen Ordnung“ zu bewahren. Dies sei keine „rückschrittliche“, sondern eine „höchst moderne“ Einstellung, gehe es doch um den Erhalt der Demokratie. Im „Zurückfinden zu den großen geistesgeschichtlichen Strömungen des Abendlandes“ sollte die CDU „den Mut haben, sich zu einem derartigen Begriff von konservativ zu bekennen“.<sup>435</sup> Die erste Forderung Vogels griff das Zentrum eines Konservativismusbegriffs aus liberalem Geiste auf, der von Intellektuellen wie Hermann Lübbe oder Kurt Sontheimer profiliert wurde. In der Auseinandersetzung mit einer systemveränderten Linken wurde der Konservative zum Retter der liberalen Demokratie, und *konservativ* mit dem für die Union der 1970er Jahre zentralen Demokratiebegriff verkoppelt.<sup>436</sup> Bernhard Vogels zweite Forderung blieb dagegen im Vagen hängen: Welche „geistesgeschichtlichen Strömungen des Abendlandes“ wollte Vogel konkret reaktivieren? So schwammig diese Forderung blieb, so deutlich zeigte sie die

<sup>431</sup> ACSP 19750912-12, Dokumentation des Parteitags, Podium 1: CSU – Sicherung der Zukunft, Max Streibl: Planung.

<sup>432</sup> Vgl. z. B. GEISSLER, Für eine neue Perspektive in der Umweltpolitik, 1979, S. 17; gleichlautend: ders., Mut zur Alternative, 1981, S. 84.

<sup>433</sup> Bundesparteitag der CDU 1978, S. 37; ebenfalls: ACSP, Parteitagsprotokolle, 19800612, Parteitag der CSU, 20.–21. 6. 1980, Protokoll, S. 29.

<sup>434</sup> Vgl. LINGEN, Bernhard Vogel.

<sup>435</sup> ACSP, NL Jaeger, P 52, Bayerischer Rundfunk, Studienprogramm, Redaktion Aktuelle Berichte und Diskussionen, Was ist heute konservativ? Textbuch einer Fernsehreihe des Bayerischen Rundfunks, Erstausstrahlung Tl. 1: Die Intellektuellen, 10.11.1975, Tl. 2: Die Politiker, 14.11.1975, S. 63–64.

<sup>436</sup> Vgl. außerdem KÖHLER, Die Unionsparteien, 1975, S. 86.

Nachwirkung des Abendlandbegriffs, der noch immer als konservatives, christlich imprägniertes Signalwort fungierte. „Konservativ“, so präzisierte Vogel später, sei das Bekenntnis zu dem, „was immer gültig“ sei,<sup>437</sup> zu unveränderlichen „Werte[n]“, wie „Gleichheit, Freiheit, Christentum, Eigentum, Sozialverantwortlichkeit“, die allesamt „modern“ seien und „die zu konservieren“ sich lohne.<sup>438</sup> Die Verbindung des Konservatismusbegriffs mit dem Begriff der *Werte* bzw. *Grundwerte*, der für die programmatische Erneuerung der Union der 1970er Jahre von besonderer Bedeutung war, rückte diesen ins Zentrum des Begriffshaushaltes der Union.

Dazu hatte vor allem auch Erhard Eppler beigetragen, der zu der Diskussionsrunde des Bayerischen Rundfunks ebenfalls eingeladen war. Seine Differenzierung in *Struktur- und Wertkonservatismus* fiel wiederum auf die Union zurück, die fortan als *strukturkonservative* Partei angegriffen werden konnte.<sup>439</sup> Doch nicht nur das: Der Wertbegriff gehörte, wie wir gesehen haben, seit den 1950er Jahren zu den Schlüsselbegriffen der Union. Epplers Versuch, ihr diesen Begriff zu entwenden, wog umso schwerer, als sich Mitte der 1970er Jahre sowohl SPD als auch CDU als Anwältinnen der bundesrepublikanischen „Grundwerte“ darzustellen suchten. Nicht nur der als Modernisierer eingeschätzte Vogel wehrte dem, auch Hans Filbinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und bekennender Konservativer, sah sich zu einer Richtigstellung genötigt.

Als konservativ darf [...] nach wie vor eine Politik gelten, die an bestimmten Strukturen festhält, weil sie gewissen Werten dienen. Ohne Verwandlung in Strukturen bleiben Werte wirkungslos, können sie sich nicht verwirklichen. [...] Auf eine kurze Formel gebracht bedeutet dies: Werte stifteten Wirklichkeit. Oder: Wertstrukturen begründen Wirklichkeitsstrukturen.<sup>440</sup>

Der Hinweis auf die Interdependenz in der Bewahrung von *Strukturen* und *Werten* wurde – strategisch beraten von der Bundesgeschäftsstelle –<sup>441</sup> von Unionspolitikern stets angeführt, wenn sie mit Epplers Differenzierung konfrontiert wurden.<sup>442</sup>

*Konservativ* wurde in der CDU zu einem festen Bestandteil der Selbstbeschreibung, allerdings nur zu einem unter mehreren. Denn ihre schwierige semantische Situation löste die Union durch eine Umarmungsstrategie. Nicht mit einem einzigen, hervorgehobenen Begriff aus dem Spektrum politischer Richtungsbegriffe

<sup>437</sup> ACSP, NL Jaeger, P 52, Bayerischer Rundfunk, Studienprogramm, Redaktion Aktuelle Berichte und Diskussionen, Was ist heute konservativ? Textbuch einer Fernsehreihe des Bayerischen Rundfunks, Erstausstrahlung Tl. 1: Die Intellektuellen, 10. 11. 1975, Tl. 2: Die Politiker, 14. 11. 1975, S. 69.

<sup>438</sup> Ebd., S. 92.

<sup>439</sup> Siehe S. 263–266.

<sup>440</sup> FILBINGER, Freiheit – Strukturen und Werte, 1976, S. 26. Zu Filbinger vgl. BACH und KÜSTERS, Hans Karl Filbinger; zu Filbingers Tätigkeit als Marinerechter im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg vgl. WETTE, Filbinger – eine deutsche Karriere. Filbinger initiierte nach seinem Rücktritt vom Ministerpräsidentenamt 1979 das Studienzentrum Weikersheim, das als Plattform für konservatives Denken und als Begegnungsraum für Intellektuelle und Politiker konzipiert wurde; vgl. wenn auch journalistisch MAEGERLE, Studienzentrum Weikersheim; zur Gründungskonzeption vgl. Studienzentrum Weikersheim, 1979.

<sup>441</sup> Vgl. ACDP, 07-001-17064, H. Kreye an Warnfried Dettling, 30. 10. 1975, betr. Eppler – Struktur- und Wertkonservatismus für Herrn Prof. Dr. Biedenkopf.

<sup>442</sup> Vgl. z. B. Menschen zwischen Sicherheit und Freiheit, 1975, S. 273–275.

beschrieb sich die Union, sondern sie wählte mehrere Begriffe und entging damit einer exklusiven Identifikation. Besonders Helmut Kohl wurde nicht müde, der Partei und der Öffentlichkeit diese Begriffsakkumulation anzubieten. Beispielhaft sei hier nur der Schluss seiner Rede nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden im Juni 1973 zitiert:

Den Fortschritt der Gesellschaft in Freiheit zu sichern, das ist unser christliches und liberales Erbe; die Freiheit der Menschen zu schützen und zu wahren, das ist unsere konservative Aufgabe; die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Verwirklichung immer weiter zu entwickeln: dies ist unsere soziale Pflicht.<sup>443</sup>

Der Konservatismusbegriff wurde also über die Verbindung mit den Begriffen *christlich*, *liberal* und *sozial* eingehetzt und über die Assoziation mit *Freiheit* und *Fortschritt* auf eine liberale Lesart festgelegt. Diese begriffliche Konstellation prägte dann auch das parteigeschichtliche Narrativ: CDU und CSU seien aus den „drei großen Strömen der christlichsozialen, der liberalen und der konservativen Idee“ gebildet worden. Nur solange „diese drei Grundprinzipien, diese drei Geschichtsströme gleichermaßen und gleichberechtigt in dieser Partei ihren Platz“ hätten, sei das Ideal der „Volkspartei“ verwirklicht.<sup>444</sup> In das *Ludwigshafener Grundsatzprogramm* der CDU fand die Trias aus *liberal*, *konservativ*, *sozial* dabei nur indirekt Eingang – als Mahnung an die Union, die 1945 verwirklichte Einheit zu bewahren, um der „verhängnisvolle[n] Gegnerschaft zwischen sozialen, liberalen und konservativen politischen Strömungen“, die die Weimarer Republik mit zu Fall gebracht hätte, keinen Raum mehr zu geben.<sup>445</sup> In der „Union“, so die Botschaft, hätte sich eine neue politische Bewegung manifestiert, für die die alten Richtungszuschreibungen nur mehr einen leisen Widerhall aus überwundener Zeit bedeuteten.

Die CDU fasste den Konservatismusbegriff ganz offensichtlich mit Samtandschuhen an. Diese Strategie hatten die Taktiker in der Grundsatz- und Planungsabteilung der Partei auch empfohlen, die sich selbst erst einen Überblick über die vielschichtige intellektuelle Debatte zu verschaffen hatten. Dabei nahmen sie die Bemühungen konsensliberaler Intellektueller um eine Neujustierung des Begriffs kaum wahr, sondern fokussierten ihre Analyse auf das rechte Spektrum. Besonders Kaltenbrunners Beiträge wurden sorgfältig rezipiert, genauso wie die von Ernst Forsthoff oder Helmut Schelsky.<sup>446</sup> Die Parteizeitschrift *Die politische Meinung* lud Kaltenbrunner zu Beiträgen ein.<sup>447</sup> Dabei kristallisierte sich ein Bild des intellektuellen Konservatismus heraus, in der dieser als eine rein reaktive Bewegung gegen die „vereinigten totalitären, doktrinären und revolutionären oder nur

<sup>443</sup> Bundesparteitag der CDU Bonn 1973, S. 106.

<sup>444</sup> KOHL, Mut für eine politische Zukunft, 1974, S. 483.

<sup>445</sup> Grundsatzprogramm der CDU, Ludwigshafen 1978.

<sup>446</sup> Vgl. ACDP, 07-001-17122, Detlef Stronk, Thesen zur Konservatismus-Diskussion, 28.1. 1974; ebd., 07-001-17025, Auswertung der Rede von Helmut Schelsky „Der selbständige oder der betreute Mensch?“ vor dem Parteitag der CSU in München, September 1973.

<sup>447</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Brauchen Konservative eine Theorie?, 1973; ders., Brauchen wir die Geschichte?, 1975.

schlicht gegen die fortschrittlichen Kräfte“ erschien. Damit wollte sich die CDU sicherlich nicht identifizieren, mehr noch, „Gründung und Zielsetzung der CDU“ bedeuteten „eine Absage an wichtige konservative Positionen“:

Die CDU versagte sich dem typisch konservativen Kulturpessimismus und öffnete sich für ein vorurteilsfreies, weder ängstliches noch emphatisches Verständnis von wissenschaftlichem, technischem und wirtschaftlichem Fortschritt. Sie widerstand jeder Versuchung der Wiederanknüpfung an autoritäres deutsches Staatsverständnis und wurde zu einer Vorkämpferin des liberalen, parlamentarischen und demokratischen Verständnisses von Staat, Gesellschaft und Demokratie. Sie zog einen Schlussstrich unter die Gedanken einer hierarchisch-ständisch gegliederten Sozial- und Gesellschaftsordnung [...]. Ihre soziale Bewegung ist von weltoffener christlicher Verantwortung motiviert und hat liberale Gedanken in sich aufgenommen. Die CDU erteilte von Anfang an jedem Interessenverbund von Kapitalismus und politischem Konservatismus eine Absage und verschrieb sich dem Ziel, liberale Wirtschaftsordnung und soziale Verpflichtung in der sozialen Marktwirtschaft zu vereinen. Sie lehnt alle harmonistischen Gesellschaftsvorstellungen ab.<sup>448</sup>

Sehr prägnant fasste Meinhard Ade, Sekretär der Grundsatzkommission und Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union, in diesen Sätzen das Konservatismus-Verständnis, das in der CDU-Parteiführung vorherrschte: Konservatismus als antiliberale, reaktionäre Bewegung des Vorgestern.

Die Folgerung, dass bei einer Übernahme des Konservatismus-Etiketts die CDU Gefahr liefe, „sich selbst auf das Bild zurückzuwerfen, das die politischen Gegner nicht müde werden, von ihr zu zeichnen“, lag in dieser Perspektive auf der Hand.<sup>449</sup> Anstelle sich mit dem Etikett des Konservativen zu belasten, das ohnehin an ihr hafte, „wie kein anderes“<sup>450</sup> gelte es ihren „liberalen Charakter“ zu betonen – auch um die Wähler der FDP zu gewinnen.<sup>451</sup> Denn hinter den Debatten um das Konservative in der Union in den 1970er Jahren verbarg sich eine entscheidende wahlstrategische Auseinandersetzung. Wollte die Union die Regierungsverantwortung im Bund übernehmen, musste sie entweder die FDP zum Koalitionswechsel bewegen – was kaum realistisch erschien – oder die absolute Mehrheit erreichen. Dafür war es nötig, die bürgerlichen Wähler zu gewinnen, die 1972 der sozialliberalen Koalition zur Mehrheit verholfen hatten. Denn die Zahl der Wechselwähler stieg in den 1970er Jahren gewaltig an, ein Indiz dafür, dass gesellschaftlich verankerte Parteibindungen ihre Wirkmächtigkeit verloren. Die Union alarmierten dabei die hohen Verluste, die sie bei der Bundestagswahl 1972 im katholischen Milieu und hier vor allem in der Arbeiterschaft erlitten hatte und die zu einem Gutteil der SPD zugute gekommen waren.<sup>452</sup> Ob diese mit einem das Konservative betonenden Kurs zur Stimmabgabe für die Union bewegt

<sup>448</sup> ADE, Neokonservatismus und CDU-Programm, 1974, S. 27. Der Aufsatz fußte ganz offensichtlich auf dem Papier Detlef Stronks.

<sup>449</sup> Ebd.

<sup>450</sup> Ebd., S. 26.

<sup>451</sup> ACDP, 07-001-17122, Detlef Stronk, Thesen zur Konservatismus-Diskussion, 28.1.1974, S. 10.

<sup>452</sup> GEYER, Rahmenbedingungen, S. 16; zur Transformation des katholischen Milieus vgl. im Überblick ZIEMANN, Zwischen sozialer Bewegung und Dienstleistung am Individuum; DAMBERG, Katholiken im Umbruch; ders., Abschied vom Milieu?; ders., Milieu und Konzil.

werden konnten, darum wurde innerparteilich heftig gerungen. Während etwa die CSU genau dafür plädierte, geleitet von der Überzeugung, dass „der deutsche Arbeiter [...] konservativ und national“ sei, und damit an die neurechte Idee des Konservatismus des kleinen Mannes anschloss,<sup>453</sup> traten andere für einen Kurs ein, der das liberale und soziale Profil der Union schärfte. Die Strategen in der Bundesgeschäftsstelle jedenfalls sprachen sich für die zweite Alternative aus. Dies allerdings entzog sie nicht der wahltaktischen Aufgabe, jene Wähler anzusprechen, die sich als *konservativ* verstanden. Um einen „aufgeklärten Konservatismus“ sollte sich die CDU durchaus bemühen und sich mit ihm identifizieren, riet der Leiter der Planungsgruppe Warnfried Dettling seiner Partei 1974 und unterstrich dies noch einmal am Ende des Jahrzehnts. Er berief sich dabei auf den Historiker Hans Günter Hockerts.<sup>454</sup> Diese Anregung versandete. Zwar versuchten einige CDU-Politiker durchaus, einen liberalen Konservatismusbegriff zu profilieren, aber dies blieben Anstrengungen einzelner, die durch eine zielgerichtete begriffspolitische Aktion, wie dies bei anderen Begriffen der Fall war, nicht abgestützt wurden. Der Verzicht der CDU-Führung, aktiv an der Konturierung des Konservatismusbegriffs teilzuhaben, führte letztlich dazu, dass die rechte Variante auch weiterhin an ihr klebte – und in Politikern wie Hans Filbinger und Alfred Dregger personalisiert wurde, die als Vertreter des *konservativen* Flügels galten.

Diese Konzentration in der CDU auf den Konservatismusbegriff der bundesrepublikanischen Rechtsintellektuellen verstärkte sich noch, als Kaltenbrunner, Mohler, Schrenck-Notzing und William S. Schlamm begannen, die Partei frontal anzugreifen und ihr anlasteten, die konservative Chance zu verpassen und letztlich eine linke Politik zu reproduzieren. Eine wichtige Rolle in dem endgültigen Bruch der Neuen Rechten mit den Unionsparteien spielte die außenpolitische Umorientierung des gaullistischen Lagers hin zu einem überzeugten Atlantizismus, der in den USA die Schutzmacht des Westens im Kampf gegen den Kommunismus sah.<sup>455</sup> Dies galt für den Verleger Axel Springer genauso wie für Franz Josef Strauß, mit dem Mohler nicht von ungefähr Anfang der 1970er Jahre brach.<sup>456</sup>

Seit der Enthaltung der überwiegenden Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion bei der Entscheidung des Bundestags über die Verträge mit Polen und der Sowjetunion am 17. Mai 1972, die die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition besiegelten, wurde die CDU von der bundesrepublikanischen Rechten mit Galle übergossen.<sup>457</sup> Die Abstimmung habe bewiesen, so Emil Franzel, dass „gegen die Diktatur der Linken, gegen die potentielle Volksfront, kein Kraut ge-

<sup>453</sup> ACSP, LGF – V 2. 6. 1975, Niederschrift über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union, 2. 6. 1975, S. 56, Franz Josef Strauß.

<sup>454</sup> ACDP, 07-001-17019, Warnfried Dettling an Hoffmann, Asmussen, Kreye, Stronk, 4. 4. 1974, Anlage: Zur politischen Strategie der CDU, S. 4; DETTLING, Die christliche Demokratie vor den Europawahlen, 1978, S. 57. Siehe S. 253 und 259–260.

<sup>455</sup> Vgl. HOERES, Reise nach Amerika, bes. S. 72–75.

<sup>456</sup> Siehe S. 217–218.

<sup>457</sup> Vgl. GRAU, Gegen den Strom, S. 248–376.

wachsen“ sei.<sup>458</sup> William S. Schlamm sah zwar keine Alternative zur CDU unter Barzel, riet aber jedem „deutsche[n] Konservativen“ zur „Wachsamkeit“.<sup>459</sup> Dietrich Pfaehler rief im Frühjahr 1973 in *Criticón* zur Gründung konservativer Arbeitskreise oder „Frühstückskartelle“ auf, um so „die CDU durch Konkurrenz und erfolgreiches Vorbild von ihren Schwächen zu heilen“. Denn die Unterstützung der Union durch die Konservativen habe sich nicht ausgezahlt, die „Rechte“ sei nur als „Stimmvieh“ willkommen geheißen, politischer Einfluss sei ihr hingegen verwehrt worden.<sup>460</sup> Caspar Schrenck-Notzing forderte im Herbst desselben Jahren die CDU im Namen des Konservatismus zu einem markanten Rechtskurs auf.<sup>461</sup> Für Mohler stand die CDU dem Konservativen keineswegs näher als die SPD.<sup>462</sup> Die nämlich, so behauptete auch Kaltenbrunner 1974, sei eine „sozial-liberale Partei, in der es einige konservative Einzelgänger“ gebe.<sup>463</sup> Im Jahr 1977 fügte er seiner *Herderbücherei initiative* schließlich einen Band mit dem Titel *Das Elend der Christdemokraten* hinzu, in dem sich Schrenck-Notzing in charakteristischer Polemik zum „Unbehagen der Konservativen an der CDU“ äußerte.<sup>464</sup> Das Unbehagen beruhte auf Gegenseitigkeit. Mit der Neuen Rechten, mit einem „elitären Rechtsintellektualismus“ wollte die CDU-Führung nichts zu tun haben.<sup>465</sup>

Diese Festlegung des Begriffs führte dazu, dass die Entwicklungsmöglichkeiten eines liberalen Konservatismusbegriffs, wie er zu Beginn des Jahrzehnts von Kurt Sontheimer, Waldemar Besson, Hans Günter Hockerts und Hans Maier an die CDU herangetragen worden war, abgeschnitten wurden. Sontheimer hatte, daran sei erinnert, 1971 CDU und CSU aufgefordert, sich zu dem zu bekennen, was sie tatsächlich seien: *konservative Parteien*.<sup>466</sup> Ein Jahr zuvor war Waldemar Besson noch etwas vorsichtiger gewesen, als er der CDU zu einer programmatisch klaren Alternative geraten hatte, ausgestattet mit einer „eigene[n] politische[n] Terminologie [...], die man nicht mit der Sprache verwechseln darf, mit der für Kühlsschränke geworben wird“. Der „geistigesgeschichtliche Ort der CDU“ könne, so meinte der Konstanzer Politikwissenschaftler, „nur dort liegen, wo die Bereitschaft zum Wandel sich mit dem Willen zur Kontinuität verbindet“. Diese Programmatisierung könnte als „konservativ“ bezeichnet werden, „wenn dies Wort nicht historisch

<sup>458</sup> FRANZEL, Die deutschen Konservativen nach dem 17. Mai 1972, 1972.

<sup>459</sup> [WILLIAM S. SCHLAMM], Partei, Treue und Politik, 1972, S. 5. Ähnlich: [Ders.], Die CDU ist tot – es lebe die CDU!, 1972.

<sup>460</sup> PFAEHLER, Die Konservativen in der Bewährung, 1973, Zitate S. 29 und 32.

<sup>461</sup> SCHRENCK-NOTZING, Honoratioren-dämmerung, 1973.

<sup>462</sup> MOHLER, Die CDU und wir, 1978; ebenso: ACSP, NL Jaeger, P 52, Bayerischer Rundfunk, Studienprogramm, Redaktion Aktuelle Berichte und Diskussionen, Was ist heute konservativ? Textbuch einer Fernsehreihe des Bayerischen Rundfunks, Erstausstrahlung Tl. 1: Die Intellektuellen, 10. 11. 1975, Tl. 2: Die Politiker, 14. 11. 1975, S. 11.

<sup>463</sup> GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Die neue Rechte – politisch heimatlos, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 28. 6. 1974.

<sup>464</sup> Vgl. KALTENBRUNNER, Das Elend der Christdemokraten, 1977; darin: SCHRENCK-NOTZING, Das Unbehagen der Konservativen an der CDU, 1977.

<sup>465</sup> Vgl. ADE, Neokonservatismus und CDU-Programm, 1974, S. 18.

<sup>466</sup> SONTHEIMER, Verstohlerener Konservatismus, 1971.

so negativ besetzt wäre“.<sup>467</sup> Auch in seinem Vortrag im März 1970 bei einer nicht-öffentlichen Tagung zur Zukunft der Unionsparteien, die von der Katholischen Akademie in Bayern in Bonn für deren „führende Persönlichkeiten“ organisiert worden war, hatte Besson auf die terminologischen Fallstricke hingewiesen, war auf die „Tradition angelsächsischer konservativer Reform“ zu sprechen gekommen, hatte an die „Pflicht zu historischem Denken“ erinnert, aber gleichzeitig vor der „Romantisierung der Gegenbewegung“ zum linken Utopismus als „spezifisch konservative[r] Versuchung“ gewarnt. Allein als „moderne Alternative zu einer technokratisch werdenden klassischen Sozialdemokratie“, als „vernünftige Sozialdemokratie“, habe die Union eine Zukunft, argumentierte Besson im Frühjahr 1970.<sup>468</sup> Ein Jahr später warnte er die Union vor den rechten Kreisen, die sich um die CSU angesammelt hatten. Vor einem solchen Konservatismus sollte die Union sich hüten.<sup>469</sup> Der Konservatismusbegriff blieb ambivalent.

Ähnlich ambivalent hatte Hans Maier bei der Vorläufer-Tagung in München im November 1969 die Potenziale diskutiert, die der Konservatismus der Union bot.<sup>470</sup> Sollte die Union, wie ihr vielerorts geraten werde,<sup>471</sup> zu einer „konservativen Volkspartei nach britischem Muster“ werden? Davor warnte Maier einerseits, weil er die gesellschaftlichen Voraussetzungen nicht gegeben sah. Konservative Politik setze voraus, dass „die Fragilität des einzelnen und die nötige Schutzfunktion des Staates stark und fast affektiv empfunden“ werden – und davon könne gegenwärtig keine Rede sein.<sup>472</sup> Die „Traditionsschwäche unseres Gemeinwesens“ verhindere die Mehrheitsfähigkeit des Konservatismus – ganz im Gegensatz zu Großbritannien, wie Maier glaubte und damit seine Fehleinschätzung der britischen Politik und des britischen Konservatismus offenbarte.<sup>473</sup> Andererseits aber empfahl er der Union eine konservative Wende und zwar nicht im programmatischen, sondern im politisch-praktischen Sinne. CDU und CSU müssten in einer Zeit der Ideologisierung „Handlungsfähigkeit“ beweisen, sie müssten „fähig sein und bleiben, neu auftretende politische Probleme sachlich und unideologisch, aus genauer Kenntnis und Prüfung der Situation zu lösen“.

<sup>467</sup> WALDEMAR BESSON, Ein Programm ohne geistigen Faden, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 16. 10. 1970.

<sup>468</sup> ACDP, 07-001-17040, „Sicher in die 70er Jahre“? Zum Selbstverständnis der Unionsparteien. Geschlossene Tagung der Katholischen Akademie in Bayern für führende Persönlichkeiten der CDU und CSU am 11. März 1970 in Bonn, Referat von Professor Dr. Waldemar Besson, Konstanz, Gedankenskizze zum Referat.

<sup>469</sup> Vgl. BESSON, Wachet auf!, 1970.

<sup>470</sup> ACDP, 07-001-17040, „Sicher in die 70er Jahre“? Zum Selbstverständnis der Unionsparteien. Geschlossene Tagung der Katholischen Akademie in Bayern für führende Persönlichkeiten der CDU und CSU am 11. März 1970 in Bonn, Tagung der Katholischen Akademie in Bayern, Programm, 11. 11. 1969, geschlossener Gedankenaustausch.

<sup>471</sup> So z. B. ULRICH FRANK-PLANITZ, Gestützte Flügel der Opposition?, in: CHRIST UND WELT, 21. 11. 1969; HERBERT KREMP, Der erkennbare Wille, in: DIE WELT, 23. 1. 1971.

<sup>472</sup> ACDP, 07-001-17040, [Hans Maier], Auf dem Weg zur konservativen Partei? Die CDU/CSU und das Problem des Fortschritts, Vortrag München, 12. 11. 1969; veröffentlicht als: MAIER, Die Zukunft der Unionsparteien, 1978, S. 6.

<sup>473</sup> ACDP, 07-001-17040, [Hans Maier], Auf dem Weg zur konservativen Partei? Die CDU/CSU und das Problem des Fortschritts, Vortrag München, 12. 11. 1969, S. 9.

Darin läge ihr „recht verstandene[r] konservative[r] Charakter“.<sup>474</sup> Dass das „Ernstnehmen der Gesetze und Chancen [der] industriell technischen Welt“ und der „Leistungsgesellschaft“ die wahrhaft fortschrittliche Position darstelle, dass es „in der Geschichte noch immer die Konservativen waren, die die großen Reformen durchgeführt“ hätten, eine solche „konservative Haltung“ zu vermitteln, darin erkannte Maier die zukunftsweisende Aufgabe der Unionsparteien.<sup>475</sup>

Die „Zukunft des Konservativen wird die Zukunft der CDU sein“, formulierte dagegen ohne jegliches begriffliche Zaudern der junge Ulrich Müller, CDU-Mitglied in Baden-Württemberg.<sup>476</sup> Der Konservatismusbegriff war um 1970 in der CDU zu einem Begriff geworden, in dem sich die Hoffnungen auf eine Reform der Partei ausdrücken ließen.<sup>477</sup> Ihm wurde zukunftsgestaltende Kraft zugemessen. Die Voraussetzung für diese breite Ausdeutung des Begriffs, in dem – das sei unterstrichen – außerdem die christliche Tradition der Partei synthetisiert werden konnte, war seine Liberalisierung seit den 1950er Jahren gewesen.

Doch all diese Plädoyers für das Konservative in den ersten Jahren nach dem Verlust der Regierungsverantwortung 1969 verhallten angesichts der Begriffs-politik von SPD und FDP<sup>478</sup> und den sich immer stärkeres publizistisches Gehör verschaffenden Rechtsintellektuellen. Selbst der Feuilleton-Chef der FAZ, Robert Held, warnte die Union 1974 auf dem Höhepunkt der *Tendenzwende*-Diskussion davor, sich mit der Umarmung des Konservatismusbegriffs in ein „neues Ghetto“ zu begeben. CDU und CSU seien besser beraten, meinte er, „sich für das Wort ‚liberal‘ zu interessieren“ und sich mit aller Kraft für die Erhaltung der Freiheit einzusetzen. Dem schien der Begriff des *Konservatismus* also doch nicht zu entsprechen. Als Leitsatz gab Held den beiden Parteien mit auf den Weg, „so liberal wie möglich, so konservativ wie nötig“ zu sein.<sup>479</sup> Nur Günter Zehm in der *Welt* warf der Union auch noch 1975 vor, die Chance zur Profilierung einer wahrhaft konservativen Alternative zum linken Utopismus vergeben zu haben.<sup>480</sup>

Das Referat, das Hans Maier im November 1969 bei der Katholischen Akademie in Bayern gehalten hatte,<sup>481</sup> wiederholte er unter gänzlich anderem Titel auf dem CSU-Parteitag im Oktober 1970.<sup>482</sup> Empfehlen musste er das konservative Etikett der CSU dabei sicherlich nicht. Unter ihrem Vorsitzenden Strauß betrachtete die Partei es ohnehin als eines der ihren. Der Parteitagsbeschluss von 1968

<sup>474</sup> Ebd., S. 11.

<sup>475</sup> Ebd., S. 12.

<sup>476</sup> MÜLLER, Die Zukunft des Konservativen, 1970, S. 111.

<sup>477</sup> Vgl. etwa BUSKE, Der Fortschritt der Konservativen, 1971; BAUMANNS und BERGSDORF, CDU im dritten Jahrzehnt, 1971.

<sup>478</sup> Im 1972 gewählten Bundestag setzte für die FDP Karl-Hermann Flach die Konservatismuszuschreibung gegenüber der Union fort, vgl. DBT, 7. WP, 8. Sitzung, 24. 1. 1973, S. 180–181.

<sup>479</sup> ROBERT HELD, Eine Falle für die Union, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 20. 7. 1974.

<sup>480</sup> GÜNTER ZEHM, Was wurde aus der Tendenzwende?, in: DIE WELT, 25. 6. 1975.

<sup>481</sup> Siehe S. 323–324.

<sup>482</sup> Vgl. ACSP, Parteitagsprotokolle, 1970/1017, Außerordentlicher Parteitag der CSU, 16.–17. 10. 1970, Hans Maier, Bilanz 1970 – zur innenpolitischen Situation der Bundesrepublik.

lud gerade dazu ein, den Konservatismusbegriff näher auszudeuten, was in seiner Folge mit Richard Jaeger und Karl Theodor von Guttenberg denn auch zwei führende Politiker öffentlichkeitswirksam versuchten. Sie galten ohnehin als konservativ. Jaeger glaubte, dass die CSU mit der „Idee des Konservatismus“ die „gesunde Mitte zwischen den Progressiven und Reaktionären“ gefunden habe, einer Idee, die die Bindung an das Ewige und an „konstante Werte“ verbürge, die „Ordnung des Lebens“ gewährleiste. Den Kern konservativen Staatsverständnisses machte er in der Idee des „sozialen Rechtsstaats“ aus. Das war ihm Beweis, dass „nicht nur in Großbritannien die Konservativen weitgehend zu Erben der fruchtbaren Ideen des frühen Liberalismus“ geworden seien, sondern eben auch in der Bundesrepublik.<sup>483</sup>

Ganz ähnlich konturierte der Außenpolitik-Experte von Guttenberg den Konservatismusbegriff – vor der Bundestagswahl 1969 lieferte er eine geradezu klassische Beschreibung eines demokratischen Konservatismus, für den das britische Beispiel Vorbild war. Dabei deutete er die Politik der Unionsparteien seit 1945 als klassisch konservativ, weil sowohl auf Erhaltung als auch Erneuerung bedacht, mit „Augenmaß“ und einem „gesunden Verhältnis zur politischen Macht“ ausgestattet, auf Freiheit und Würde des einzelnen bedacht und für eine institutionell abgesicherte Machtverteilung im „demokratischen Rechtsstaat“ sorgend. Gerade in der sozialen Marktwirtschaft sah von Guttenberg eine konservative Ordnung realisiert und setzte jene mit Churchills Plan einer „property owning democracy“ gleich.<sup>484</sup> Der Konservatismus als Hüter von Freiheit und Demokratie, von Recht und Ordnung, einer nicht-ideologischen Politik verschrieben, um das rechte Maß wissend, den Gang der Geschichte evolutionär verstehend und mit Edmund Burke als Stichwortgeber, einen solchen Konservatismus wollte von Guttenberg von der CSU vertreten sehen. Dass sein Aufsatz direkt neben Armin Mohlers eloquenten Angriff auf die liberale Variante des bundesrepublikanischen Konservatismus platziert wurde,<sup>485</sup> unterstrich Guttenbergs Positionierung in der zeitgenössischen Konservatismus-Debatte – genauso wie die, die er von der CSU eingenommen sehen wollte.

Der große Advokat des Konservativen in der CSU verzichtete derweil auf eine Konkretisierung des Begriffs. Franz Josef Strauß betonte vielmehr fortan, dass sich die Partei „nicht nur“ als eine „konservative Partei“, sondern „auch“ als eine „konservative Partei“ verstehe,<sup>486</sup> mithin auch andere Eigenschaften aufweise, sprich *liberal, national, christlich, sozial, demokratisch* oder *fortschrittlich* sei.<sup>487</sup>

<sup>483</sup> Ebd., NL Jaeger, P 20, Prominente Politiker schreiben für die AZ – Die Stimme der CSU: Dr. Richard Jaeger, in: ABENDZEITUNG, 2. 1. 1969.

<sup>484</sup> GUTTENBERG, Was heißt konservative Politik heute?, 1969, S. 83–85.

<sup>485</sup> Vgl. MOHLER, Konservativ, 1969.

<sup>486</sup> Vgl. z. B. ACSP, Parteitagsprotokolle, 19700410, Parteitag der CSU, 10. 4. 1970, Protokoll, S. F63; 19711017, Parteitag der CSU, 17. 10. 1971, S. 35.

<sup>487</sup> Vgl. z. B. ebd. 19700411, Parteitag der CSU, 10.–11. 4. 1970, Protokoll, S. 5–7 (Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs Max Streibl); 19801017, Außerordentlicher Parteitag der CSU, 17. 10. 1970, Protokoll, S. 2.

Insofern qualifizierte er den Konservatismusbegriff und relativierte seine Bedeutung im Sprachhaushalt der CSU. Zudem ließ er kaum eine Gelegenheit verstreichen, um sein Bonmot von der „Spitze des Fortschritts“, an dem die Konservativen zu stehen hätten, medienwirksam zu wiederholen.<sup>488</sup> Tatsächlich war er in den frühen 1970er Jahren darum bemüht, *konservativ* als *modern* bzw. *liberal* zu qualifizieren. Eine „moderne Partei“ müsse „auch eine konservative, eine bewahrende Komponente haben“, erklärte er vor dem CDU-Bundesparteitag im November 1973; CDU und CSU seien „christlich-soziale Parteien mit liberal-konservativem Charakter“.<sup>489</sup> Wie wir unten sehen werden, bevorzugte Strauß Anfang der 1970er Jahre den Begriff der *Mitte*, um die Position der Union zu bestimmen.

Erst 1975, als das neue *Grundsatzprogramm* der CSU zur Verabschiedung stand, an dem eine Kommission unter Leitung von Theo Waigel seit Anfang 1973 gearbeitet hatte und deren Entwürfe in der Partei breit diskutiert worden waren,<sup>490</sup> intensivierte sich die Arbeit am Konservatismusbegriff. Wie schon 1968 und wie bei der Schwesterpartei sollte er eine bestimmte Seite der Partei beschreiben. Die CSU definierte sich als *christlich, liberal, konservativ* und *sozial*, wobei *konservativ* wiederum als Marker für ein auf Kontinuität setzendes Verständnis historischen Wandels fungierte. Die CSU, so hieß es im 1976 verabschiedeten *Grundsatzprogramm*, sei eine *konservative Partei*, weil „sie sich einer dauerhaften Wertordnung verpflichtet“ wisse und sie „Fortschritt auf der Basis des Bestehenden“ verstehe.<sup>491</sup>

Dass sich hinter diesem Zeitverständnis noch weitere Dimensionen des Konservativen verbargen, wurde während des Parteitags deutlich. Dem Konservativen, so erklärte Strauß, komme gegenwärtig gerade deshalb so große Bedeutung zu, weil in einer „Zeit der Umwertung der Werte, der Umgestaltung, [...] in dieser Zeit der Verwirrung der Geister“ eine Besinnung auf den „Boden unserer Geschichte und den Boden unserer Tradition“ für die Stabilität der Gesellschaft unabdingbar sei. Das Konservative war insofern eine Antwort auf eine Gegenwart, die als krisengeschüttelte Zeit empfunden wurde. Im Gegensatz zu einer haltlosen, die Fundamente der bundesrepublikanischen Demokratie verspielenden SPD und FDP seien die Grundsätze einer solchermaßen konservativen CSU unveränderlich, basierten auf dem „christliche[n] Sittengesetz“ in seiner „weitesten, liberalsten und tolerantesten Auslegung“.<sup>492</sup> Der Konservatismusbegriff wurde mit den Begriffen *liberal*, *Werte*, *Nation*, *Tradition* und *Geschichte* verknüpft. Zugleich wurde der Begriff des *Sozialen* in diesen Rahmen eingepasst, aber seine Grenzen deutlich gezogen, und das Christliche schließlich zum Lieferanten der ewigen, zu bewahrenden Werte des Konservativen bestimmt. Diese semantische Anreicherung des Konservatismusbegriffs durch Strauß bestätigte der Vorsitzende der

<sup>488</sup> Vgl. z. B. ebd. 19701017, Außerordentlicher Parteitag der CSU, 17. 10. 1970, Protokoll, S. 56.

<sup>489</sup> Bundesparteitag der CDU Hamburg 1973, S. 372.

<sup>490</sup> Vgl. die Unterlagen in ACSP, GK 4; den Prozess dokumentiert GUTJAHR-LÖSER und WAIGEL, Die Grundsatzdiskussion in der CSU, 1977/1981.

<sup>491</sup> CSU-Grundsatzprogramm 1976, S. 11.

<sup>492</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 3–5.

Programmkommission, Theo Waigel, im Laufe der Parteitagsdebatte. „Heimat, Nation, Staat, Vaterland“ seien „natürliche Begriffe, die im Wortschatz“ der CSU einen „selbstverständlichen Platz“ einnehmen müssten, sie gehörten zu den „zentralen Werte[n]“, die es im konservativen Sinne zu bewahren gelte.<sup>493</sup> Die offensive Betonung des Begriffs *Nation* und seine Verankerung im semantischen Netz des Konservativen akzentuierten den nationalen Kurs der CSU und ihres Vorsitzenden.

An erster Stelle aber sah die CSU ihre Mission darin, die *Freiheit* zu bewahren. „Unser Leitstern ist die Freiheit“,<sup>494</sup> verkündete Strauß pathetisch. Der Horizont des Nationalsozialismus war dabei stets präsent, das Jahr 1933 diente als Warnung vor einem befürchteten Umsturz in der Gegenwart. Die Freiheit sei zu verteidigen angesichts eines drohenden „Volksfrontregime[s]“, einer weltpolitischen Situation, in der die USA ihrer Aufgabe als Schutzmacht Europas nicht mehr nachzukommen schien, und angesichts der Zwänge der „technischen Konstellation“.<sup>495</sup> Die Freiheit sei zwar eine individuelle Kategorie, doch werde persönliche Freiheit erst möglich, wenn „Selbstwert und Unersetzbarkeit der Person vom Staat her grundsätzlich anerkannt, geschützt und von der gesellschaftlichen Ordnung her ermöglicht“ würden.<sup>496</sup> Dafür war ein starker Staat nötig, der für „Ordnung“ nach innen und außen sorgte. Dementsprechend seien „[p]arlamentarische Demokratie, demokratischer Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft“ unlösbar miteinander verbunden in der Aufgabe, die Freiheit zu sichern.<sup>497</sup> *Konservativ* war es demnach, die „Wertordnung des Grundgesetzes“ zu schützen.<sup>498</sup> Genau so definierten auch die intellektuellen Konstrukteure eines Konservatismusbegriffs aus liberalem Geiste die Aufgabe eines modernen Konservativen.<sup>499</sup> Dem Individuum *Freiheit* in der Demokratie zu gewähren hatte für die CSU der 1970er Jahre dann aber auch konkrete programmatische Folgen: Rückzug des Staates, vor allem des Sozialstaates, Leistungsprinzip, Begrenzung der „organisierten Interessen“, „Hilfe zur Selbsthilfe“, Wettbewerb und private Initiative, „Selbstverantwortung“.<sup>500</sup> Damit formulierte Strauß ein klassisch neoliberales Wirtschaftsprogramm, so dass es kaum wunder nimmt, dass er sich immer wieder auf Friedrich August von Hayek als intellektuellen Gewährsmann berief und – im Verein mit Filbinger und Dregger – den in Freiburg residierenden Wirtschaftswissenschaftler an die Union zu binden versuchte, letztlich mit mäßigem Erfolg.<sup>501</sup>

<sup>493</sup> Ebd., S. 19–20.

<sup>494</sup> Ebd., S. 81.

<sup>495</sup> Ebd., S. 94.

<sup>496</sup> Ebd., S. 112.

<sup>497</sup> Ebd., S. 113.

<sup>498</sup> Ebd., NL Jaeger P 52, Bayerischer Rundfunk, Studienprogramm, Redaktion Aktuelle Berichte und Diskussionen, Was ist heute konservativ? Textbuch einer Fernsehreihe des Bayerischen Rundfunks, Erstausstrahlung Tl. 1: Die Intellektuellen, 10.11.1975, Tl. 2: Die Politiker, 14.11.1975, S. 59 und 65.

<sup>499</sup> Siehe S. 240–271.

<sup>500</sup> Vgl. CSU-Grundsatzprogramm 1976.

<sup>501</sup> Vgl. KARABELAS, Freiheit statt Sozialismus, S. 189–192.

Die Konzentration auf den Freiheitsbegriff, die das *Grundsatzprogramm* von der ersten bis zur letzten Seite durchzog, zeichnete ganz generell Strauß' politische Sprache der 1970er Jahre aus. Sie erklärt sich nur durch die binäre Logik, die seine politische Konzeption prägte: Auf der einen Seite stand die international agierende Linke, die, von Moskau dirigiert und von utopischen, kollektivistischen Wunschbildern verblendet, sich daran machte, den Westen zu unterwandern und die freiheitliche Gesellschaftsordnung schließlich umzustürzen; auf der anderen Seite konnte es nur die kompromisslosen Verteidiger der Freiheit geben, die eine realistische, auf den Menschen zentrierte Politik betrieben und für die Wertordnung des Grundgesetzes einstanden. Innen- und Außenpolitik in Zeiten des Kalten Krieges flossen für Strauß dabei ineinander. Der „große Gegensatz der Zeit“ bestehe in der alles durchdringenden Auseinandersetzung zwischen der Freiheit „im Sinne einer modernen Liberalität“ einerseits und „kollektivistischer Denkweise und Verhaltensweise“ andererseits, erklärte er auf dem CDU-Parteitag 1976.<sup>502</sup> In dieser Situation durfte es keine Kompromisse geben, weil diese die linke Strategie stützten, sondern allein „ein hohes Maß an Konfrontation“.<sup>503</sup> In seiner Rede vor der CSU-Landesgruppe im November 1974, die dem *Spiegel* zugespielt worden war und hohe Wellen schlug, hatte er diese Strategie erläutert: Emotionalisierung, klare Begriffsoppositionen, Pauschalisierung, Verschärfung der Krisenwahrnehmung – bis zum Punkt der Staatskrise, die den Regierungswechsel ermöglichen würde.<sup>504</sup> Der Slogan von CDU und CSU zur Bundestagswahl 1976 *Freiheit statt Sozialismus* bzw. *Freiheit oder Sozialismus* folgte dieser binären Logik. Die Wahlen, so hatte Strauß bereits im Juni 1975 erläutert, könnten nur unter dem Motto „Für oder gegen ein sozialistisches Deutschland“ geführt werden. *Freiheit* brachte die Alternative, für die die CSU stehen wollte, auf den Begriff. „Wir sind die Träger der Freiheit, wir sind die Garantie der Freiheit und wir werden die Retter der Freiheit sein in dieser Welt, in der so vieles schon gefährdet ist und manches morgen nicht mehr sein könnte“,<sup>505</sup> beschloss Strauß seine Rede auf dem Programmparteitag 1976.

Dabei wurde der Freiheitsbegriff systematisch eingehetzt: durch Qualifizierungen und durch seine Verbindung mit anderen Begriffen des konservativen Vokabulars, so wenn „Freiheit, Solidarität und Subsidiarität“ verknüpft wurden,<sup>506</sup> wenn „Weniger Staat – Mehr Freiheit“ versprochen oder das Verhältnis von Freiheit und Staatlichkeit wie folgt in Worte gefasst wurde: „Nur ein starker Staat, rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtet und mit Autorität ausgestattet, besitzt die notwendige Handlungsfähigkeit und Kraft, die Freiheit des einzelnen Bürgers zu sichern und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Nur ein starker Staat kann

<sup>502</sup> Bundesparteitag der CDU 1976, S. 80.

<sup>503</sup> ACSP, LGF – V 2.6.1975,1, Niederschrift über die Sitzung des Landesvorstands der CSU, 2.6.1975, S. 55.

<sup>504</sup> Aufräumen bis zum Rest dieses Jahrhunderts. Franz Josef Strauß über die Strategie der Union, in: DER SPIEGEL, 10.3.1975.

<sup>505</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13.3.1976, S. 3–5, S. 121.

<sup>506</sup> CSU-Grundsatzprogramm 1976, S. 7.

liberal sein.“<sup>507</sup> Alle diese Beispiele stammen aus dem 1976 verabschiedeten *Grundsatzprogramm* der CSU. Theo Waigel bewertete dieses „in der Grundten- denz“ als „ein liberales Programm“, geprägt von den Prinzipien „Freiheit, Selbst- verantwortung, Würde des einzelnen, Hilfe zur Selbsthilfe“. War die CSU zu einer „liberalen“ Partei geworden? Diese Deutung wies Strauß zurück. Denn so wie der Freiheitsbegriff durch seine Inkorporation in die semantischen Netze des Konservativen qualifiziert wurde, so wurde auch der inflationär gebrauchte Liberalis- musbegriff domestiziert – und hierfür war der Konservatismusbegriff instrumen- tal: „[W]as vor hundert Jahren unvereinbar war, konservativ und liberal, gehört heute zusammen“.<sup>508</sup> Wie wir gesehen haben, reichte diese Amalgamierung von *liberal* und *konservativ* in der politischen Sprache der CSU in die späten 1950er Jahre zurück und wurde von Strauß autobiographisch unterfüttert.<sup>509</sup>

Doch nicht nur der Liberalismusbegriff wurde qualifiziert, sondern auch der Konservatismusbegriff – trotz aller Betonung, die er in den 1970er Jahren erhielt. Den Enthusiasmus ihres Parteivorsitzenden für das Konservative teilten nun ein- mal nicht alle Verantwortlichen in der Partei. Der Maier-Schüler Michael Zöller, der den CSU-Programmprozess begleitete, wies dem Konservativen einen eindeu- tigen Platz zu. Der Konservatismus habe keine Antwort auf die Frage nach dem, was er sich zu bewahren anschicke – abgesehen von der Konservierung des Status quo. Zur Rechtfertigung der Auswahl des Bewahrenswerten sei daher ein wertbin- dender Bezug nötig und der liege allein im Christlichen.<sup>510</sup> Ein Konservativer, der auf das Christentum baute, konnte sich, so Zöller, den „Luxus der Differenzie- rung“ leisten. Eine solche Differenzierung nahm Zöller selbst vor, als er sich 1974 mit den rechtsintellektuellen Deutungen des Konservativen auseinandersetze. So klar wie kaum ein anderer arbeitete er die antidemokratischen Potenziale bei Mohler, Kaltenbrunner und bei Hans Dietrich Sander (der in der Konservatis- musdebatte ansonsten wenig Beachtung fand) heraus und distanzierte deren „ra- dikalen Konservatismus“ von den aufklärerischen Postulaten eines Konservatis- mus à la Hockerts.<sup>511</sup> Dem Letzteren rechnete sich Zöller selbst zu, der 1980 zu den Mitveranstaltern des dritten *Tendenzwende-Kongresses Aufklärung heute – Bedingungen unserer Freiheit* gehörte.<sup>512</sup> Auch der Politikwissenschaftler Hans Buchheim und der katholische Theologe Johannes Gründel amalgamierten den Konservatismusbegriff mit den christlichen Begriffsbeständen der CSU und definierten damit seine Grenzen.<sup>513</sup> Das C im Parteinamen entfaltete weiterhin synthetisierende Kraft, und gleichermaßen vieldeutig erschien das Konservative in der politischen Sprache der CSU in den 1970er Jahren.

<sup>507</sup> Ebd., S. 13.

<sup>508</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13.3.1976, S. 3–5, S. 77.

<sup>509</sup> Siehe S. 183–184.

<sup>510</sup> Vgl. ZÖLLER, Gesellschaftlicher Wandel, 1977 und 1981, S. 37.

<sup>511</sup> ZÖLLER, Die konservative Weigerung konservativ zu sein, 1974.

<sup>512</sup> Vgl. ZÖLLER, Aufklärung heute, 1980.

<sup>513</sup> GRÜNDEL, Die progressive Funktion des christlichen Glaubens, 1977/1981, S. 42; BUCHHEIM, Christlich, konservativ, liberal, sozial, 1977/1981.

„Strauß bleibt für Kohl ein Alptraum“, titelte *Deutsche Zeitung. Christ und Welt* im Juni 1975 nach dem Mannheimer Parteitag der CDU.<sup>514</sup> Während sich Kohl davor hütete, mit dem Konservatismusbegriff in allzu enge Berührung zu kommen, verfolgte Strauß eine Umarmungsstrategie. Doch nicht nur deshalb wurde der machtbewusste Bayer für Kohl zu einer immer größeren Herausforderung. Der kompromisslose Konfrontationskurs, den Strauß gegenüber dem politischen Gegner betrieb, die Durchdringung der politischen Sprache mit eindeutigen Antithesen, die Schwarz-Weiß-Malerei und die Freund-Feind-Kategorisierung, all dies vertrug sich nur schwer mit der integrativen Strategie, die Kohl verfolgte. Zudem taten sich verstärkt seit 1973 programmatische Gräben zwischen den Schwesterparteien auf und dies vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die von marktliberalen Ideen geprägten Entwürfe der CSU, Strauß’ unmissverständliche Aussage, dass die Grenzen des Sozialstaats erreicht seien, und die unternehmerfreundliche Positionierung der CSU in der Mitbestimmungsdebatte sorgten dafür, dass die Spannungen innerhalb der Unionsparteien zwischen christlich-sozialem Flügel um Katzer und Blüm und der CSU nicht mehr zu überspielen waren.

Das Misstrauen von Strauß gegenüber den reformerischen Aktivitäten in der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter Biedenkopf, der durch soziale Themen eben jene Wähler von SPD und FDP erreichen wollte, die der Union eine Mehrheit zu verschaffen vermochten, steigerte sich ins Unermessliche, als die CDU sich 1975 mit dem Konzept der *neuen sozialen Frage* zu profilieren suchte. Fortan wollte sie für die sozialen Anliegen der nicht-organisierten Gruppen einzutreten, die in der von mächtigen Interessen beherrschten bundesdeutschen Demokratie keine Stimme fänden.<sup>515</sup> Diesen Kurs der CDU, der über die Bedeutung des Sozialen versuchte, das Wählerreservoir von SPD und FDP abzuschöpfen, verurteilte Strauß scharf. Mit dem „bombastischen Titel ‚neue soziale Frage‘“, die vor allem auch auf Nordrhein-Westfalen zielte, mobilisierte Biedenkopf „bei der Identität von SPD, DGB, Neuer Heimat und den durch die Beherrschungsorgane verfestigten Herrschaftsstrukturen zugunsten der CDU noch gar nichts“, polterte er vor dem Landesvorstand der CSU.<sup>516</sup> „Alternativen“, nicht „Varianten“ müsse die Union aufbieten, „klare, einleuchtende, mit Leidenschaft vertretene Gegenvorstellungen zu dem von den Sozialisten propagierten Dienstleistungs- und Versorgungsstaat“, hatte er die CDU in Mannheim belehrt. Angesichts des Endes des Nachkriegsbooms und klammer Staatsfinanzen müsse Abschied genommen werden von einem Wettlauf um materielle Versprechungen, die alle auf einen weiteren Ausbau des Sozialstaats zielten. Nur die „Alternative der Freiheit, der Eigenverantwortung, der Solidarität und der Subsidiarität“ könne CDU und CSU wie

<sup>514</sup> Strauß bleibt für Kohl ein Alptraum, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 27.6.1975.

<sup>515</sup> Vgl. Bundesparteitag der CDU 1975, Anhang: Unsere Politik für Deutschland – Mannheimer Erklärung; GEISSLER, Die neue soziale Frage, 1976; DETTLING, Die Neue Soziale Frage und die Zukunft der Demokratie, 1977; für die wissenschaftliche Auseinandersetzung vgl. WIDMAIER, Zur Neuen Sozialen Frage, 1978.

<sup>516</sup> Vgl. ACSP, LGF – V 27. 10. 1975, Niederschrift über die Sitzung des Landesvorstands der CSU, 27. 10. 1975, S. 9.

auch die Bundesrepublik aus der Krise führen. Dem „Zeitgeist“ gelte es zu trotzen, nicht opportunistisch zu entsprechen.<sup>517</sup> Dass Strauß Helmut Kohl für einen schwachen Parteivorsitzenden und außerdem für den völlig falschen Kanzlerkandidaten hielt, war ohnehin allgemein bekannt.<sup>518</sup>

Dabei wurde der taktische Schachzug der *neuen sozialen Frage* nicht nur von-seiten der CSU alles andere als gut geheißen. Fundamentale Kritik erntete die CDU auch von Wilhelm Hennis und damit von einem jener Politikwissenschaftler, deren Abwendung von der SPD und Hinwendung zur Union für großes Aufsehen gesorgt hatte. Hennis arbeitete in Richard von Weizsäckers Grundsatzkommission mit und hatte sich Helmut Kohl als Berater empfohlen.<sup>519</sup> Umso stärker wog sein Urteil. Geradezu empört reagierte der Advokat eines liberalen Konservatismus auf die *Mannheimer Erklärung* der CDU, die ihm eine „herbe, eine ärgerliche Enttäuschung“ bedeutete. Die CDU präsentiere sich als „Weichfassung zur Hartfassung der SPD“. Vor allen Dingen klagte er die CDU an, den Wert bürgerlicher Freiheit gering zu achten. „Geradezu Abenteuerliches“ lese man etwa zum Verhältnis von Staat und Verbänden oder zum Ziel des bundesrepublikanischen Demokratieprojekts. Hennis zieht die CDU mit scharfen Worten der Unterminierung der demokratischen Grundlagen der Bundesrepublik. Nur wenn sie eine „klare, freiheitliche Gegenposition“ biete, könne die demokratische Ordnung vor dem „demokratischen Sozialismus“ bewahrt werden.<sup>520</sup> Für eine solche „freiheitliche“ Alternative plädierte Strauß.

CDU und CSU schienen programmatisch immer weiter auseinander zu rücken. Ludolf Herrmann sprach schon von „Unionen“, weil ihm der Singular zu einem „historischen Begriff“ geworden schien.<sup>521</sup> In dieser Situation innerparteilicher Polarisierung, die ebenso außenpolitische Fragen erfasste,<sup>522</sup> kam dem Konservatismusbegriff eine dynamisierende Rolle zu. Er wurde zum Etikett der programmatischen Alternative, die allen voran Strauß, Carstens, Dregger und Filbinger personifizierten. Entscheidend wurden dabei die Gedankenspiele um eine „vierte Partei“, die mal mehr, mal weniger ernsthaft während der 1970er Jahre vor allem in der CSU betrieben wurden. Sie standen im Zusammenhang mit dem erstrebten Machtwechsel im Bund seit 1969: Bürgerliche Wähler vom rechten Rand, denen nach dem Zusammenbruch der NPD eine politische Heimat fehlte, sollten zusammen mit konservativ eingestellten Nichtwählern für eine nichtchristliche Alternative zur Union mobilisiert werden, um auf diese Weise die Majorität von SPD und FDP zu brechen. Die allesamt missglückten Versuche von

<sup>517</sup> Bundesparteitag der CDU 1975, S. 160–161.

<sup>518</sup> Vgl. z. B. HANS HEIGERT, Was bietet die Union?, in: SÜddeutsche Zeitung, 21. 6. 1975; zum Ringen zwischen Kohl und Strauß vgl. SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 193–206.

<sup>519</sup> Vgl. SCHLAK, Wilhelm Hennis, S. 174–176.

<sup>520</sup> WILHELM HENNIS, Krieg und Ziele, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 20. 6. 1973.

<sup>521</sup> LUDOLF HERRMANN, Das Gewitter blieb aus, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 27. 6. 1975.

<sup>522</sup> Vgl. SZATKOWSKI, Die CDU/CSU und die deutsch-polnischen Vereinbarungen vom Oktober 1975.

Deutscher Union, Deutscher Sozialer Union, Bund Freies Deutschland und Aktionsgemeinschaft Vierte Partei in der bundesdeutschen Parteienlandschaft Fuß zu fassen, standen in diesem Kontext. Ihnen wurden geheime Kontakte zur CSU nachgesagt; die Verbindungen in das rechte Milieu waren offensichtlich. Das war auch bei den Freundeskreisen der CSU der Fall, die in verschiedenen Bundesländern entstanden. Schließlich wurde nach der verlorenen Bundestagswahl 1972 in der CSU selbst die Idee ventilert, durch eine Ausdehnung auf das gesamte Bundesgebiet die Rolle zu übernehmen, die einer „vierten Partei“ zugeschrieben war.<sup>523</sup> Sie diente Strauß als Joker gegenüber der CDU, um diese zur Botmäßigkeit zu bringen. Gerne philosophierte er darüber, dass eine solche Partei „liberal, konservativ, national“ und „aklerikal“ sein müsse.<sup>524</sup>

Im völlig unvorbereiteten Kreuther Beschluss der CSU-Landesgruppe vom November 1976, die Fraktionsgemeinschaft aufzuheben und von 1978 an bundesweit gegen die CDU anzutreten (weder war der CSU-Landesvorstand eingeschaltet, noch die CDU-Führung informiert), kulminierte schließlich das politische Spiel der CSU.<sup>525</sup> Strauß erhoffte sich davon die Realisierung einer „glaubwürdigere[n] antisozialistische[n] liberal-konservative[n] Politik“.<sup>526</sup> Letztendlich aber musste der CSU-Vorsitzende zurückziehen – eine mächtige Gruppe innerhalb der CSU unter Führung des schwäbischen Bezirksvorsitzenden Bruno Merk hatte angekündigt, sich der CDU anzuschließen, wenn Kohl seine Ankündigung wahr machen sollte, einen bayerischen Landesverband zu gründen.<sup>527</sup> Zwar waren damit weder die Träume von noch die Spekulationen über eine „vierte Partei“ begraben, doch ihres politischen Drohpotenzials waren sie endgültig verlustig gegangen. Zugleich war der Konservatismusbegriff in der politischen Sprache der Union endgültig festgelegt worden.

Ebenso stark wie die innerparteiliche Diskussion und Flügelbildung trug dazu auch die Etikettierung der programmatischen Alternative, die Strauß, Dregger, Carstens und Filbinger verkörperten, als *rechtskonservativ* bzw. *rechts* bei. Hier schienen wieder einmal Konservative gegen die Demokratie zu agieren – ganz wie in den Studien von Helga Grebing und Martin Greiffenhagen beschrieben. Strauß wurde dabei als Zentralfigur einer klandestinen Verschwörung porträtiert, als Führer eines „Rechtskartells“ bestehend aus CSU, CDU, NPD, Vertriebenenverbänden und rechtsradikalen Kreisen.<sup>528</sup> Im Bundestag warnte der Würzburger SPD-Ab-

<sup>523</sup> Vgl. Stöss, Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei.

<sup>524</sup> Manchmal liegt es in der Luft, in: DER SPIEGEL, 14. 10. 1974.

<sup>525</sup> Vgl. dazu ausführlich SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 214–226; MINTZEL, Christlich-Soziale Union, S. 684–685. Die Drohung der Landesgruppe, die Fraktionsgemeinschaft aufzuheben und die CSU auf das gesamte Bundesgebiet auszuweiten, war allerdings keineswegs auf die 1970er Jahre beschränkt gewesen. Bereits während der Kabinettbildung 1965 war diese laut geworden, vgl. WEBER, Föderalismus und Lobbyismus, S. 52–53.

<sup>526</sup> Kohl ist total unfähig zum Kanzler, in: DER SPIEGEL, 29. 11. 1976; eine äußerst interessante Darstellung der Vorgänge findet sich in MERK, Klärstellungen, S. 37–63.

<sup>527</sup> Vgl. Zwei blaue Augen, in: DER SPIEGEL, 13. 12. 1976.

<sup>528</sup> Vgl. z. B. JUNG und SPOO, Das Rechtskartell, 1971; NEUMANN und MAES, Der geplante Putsch, 1971.

geordnete Bruno Friedrich, stellvertretender Fraktionsvorsitzender seiner Partei, 1978 vor einer „neue[n] Sammlungsbewegung von rechts“, einer „rechtskonservativen Sammlungsbewegung“, einer „neuen Rechten“, deren „Motor“ Franz Josef Strauß sei. Er berief sich dabei auf Eugen Kogon, der dem bayerischen CSU-Vorsitzenden 1977 bescheinigt habe, „aus einer reaktionär fortschrittlichen Grundhaltung heraus mit Sinn für wirtschaftliche und machtpolitische Effizienz einen fundierten Rechtsautoritarismus durchsetzen“ zu wollen.<sup>529</sup> Die Kategorienbildungen im politischen und intellektuellen Diskurs auf der Linken durchdrangen einander. *Konservativ* wurde zu einem Synonym für *rechts*.<sup>530</sup> Für die CDU war der Begriff im Laufe der 1970er Jahre zu einem Problem geworden. Selbst integrative Begriffe wie *liberaler Konservatismus* waren in der polarisierten politischen Situation der mittleren und späten 1970er Jahre nicht mehr verwendbar.

Zu Beginn des Jahrzehnts war den Unionsparteien der Konservatismusbegriff ans Herz gelegt worden, weil er dazu angetan schien, ihre Entwicklung seit 1945 terminologisch einzufangen. Denn die Union hatte, so die Kommentatoren, ihr Eigenes verloren – in einer Gesellschaft, die sich in rasantem Tempo von den christlichen Kirchen und ihren Moralvorstellungen verabschiedete, schien das christliche Versprechen in der Politik kaum mehr Mehrheiten gewinnen zu können. Die Tage der *Weltanschauungspartei* waren gezählt. Demgemäß verschwand der Begriff, der die Identität der Union über zwei Jahrzehnte geprägt hatte, innerhalb weniger Jahre aus dem Vokabular von CDU und CSU. Während Josef Hermann Duhues 1964 die Union noch als *Weltanschauungspartei* beschrieben hatte,<sup>531</sup> spielte der Begriff in den Programmdebatten, die beide Parteien 1968 führten, nur eine untergeordnete Rolle: in der Parteitagsdebatte der CDU kam er nicht vor,<sup>532</sup> in der CSU wiederholte Strauß zwar noch seine einschränkende Formel von der „Weltanschauungspartei“, die zuvorerst „pragmatisch“ handele,<sup>533</sup> doch im Programm selbst tauchte der Begriff nicht auf. Dietrich Rollmann, Hamburger Bundestagsabgeordneter der CDU, der zu den jungen, vordringenden Reformern in der Partei gehörte, erklärte 1968 das „Zeitalter der Weltanschauungsparteien“ für „endgültig“ beendet, als ein Relikt aus vergangenen Zeiten und nicht dazu angetan, der CDU eine erfolgreiche Zukunft zu verbürgen.<sup>534</sup> Wenn die Union nun weder eine *konservative Partei* noch eine *Weltanschauungspartei* war, was war sie dann?

#### **3.4.4. Parteien der Mitte. Begriffliche Nöte und die programmatische Erneuerung der Union**

Was machte die Unionsparteien aus? Was war der Kern ihres Selbstverständnisses? Was unterschied sie von anderen Parteien der Bundesrepublik? Und wie ließ

<sup>529</sup> DBT, 8. WP, 78. Sitzung, 9. 3. 1978, S. 6169.

<sup>530</sup> Vgl. z. B. HOFMANN, Die Neue Rechte, 1980.

<sup>531</sup> Vgl. DUHUES, Christen in der Demokratie, 1964.

<sup>532</sup> Vgl. Bundesparteitag der CDU 1968.

<sup>533</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 1968/12/14, Parteitag der CSU, 14. 12. 1968, Protokoll, S. 102.

<sup>534</sup> ROLLMANN, Die Zukunft der CDU, 1968, S. 213–217.

sich dieses Eigentliche in Sprache fassen? Diese Fragen trieben CDU und CSU in den 1970er Jahren um. In der Formulierung neuer Programme suchten sie ihnen beizukommen. Wie sehr die beiden Parteien mit den politischen Begriffswelten der Bundesrepublik zu kämpfen hatten, wurde an ihrer Auseinandersetzung mit dem Konservatismusbegriff deutlich. Ihre sprachpolitische Selbstsicherheit hatte die Union seit den späten 1960er Jahren verloren, ihre begrifflichen Nöte traten offen zutage. Sie legten das programmatische Vakuum frei, in das die Union in den 1960er Jahren geschlittert war. Die Suche nach einer politischen Sprache, die der Gegenwart entsprach, musste zunächst bei jenen Begriffen ansetzen, mit denen sich die Parteien selbst beschrieben. Nur so ließ sich Glaubwürdigkeit gewinnen. Aber welche mochten das sein? Obwohl er sich strukturell angeboten hätte, kam *konservativ* als Leitbegriff nicht infrage, das wurde oben deutlich. Welche Alternativen boten sich an? Welches semantische Netz spannten CDU und CSU im Laufe der 1970er Jahre auf, um ihr politisches Selbstverständnis zu fassen? Wie strukturierte sich ihre politische Sprache?

Zunächst lag es nahe, jenen Begriff neu ins Zentrum zu rücken, der die Identität der beiden Parteien seit ihrer Gründung geprägt hatte: das C. Dietrich Rollmanns Vorschlag, das Christliche endgültig zu verabschieden,<sup>535</sup> mochte die Mehrheit in der Union nicht folgen. Es behielt seinen Platz in der Selbstbeschreibung der Parteien. CDU und CSU verstanden sich als *christliche Parteien*. Allerdings wurde die Bedeutung des C deutlich relativiert. Die CDU „orientier[e]“ sich am „christlichen Glauben und Denken“, wobei sich eine „Politik aus der gemeinsamen Verantwortung der Christen in der Welt“ auf die „Freiheit der Person, die sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß“, richte, „auf die Gerechtigkeit für jedermann und auf die Solidarität, die auf der Eigenverantwortung der Person“ aufbaue, hieß es in der Präambel des 1968 verabschiedeten *Berliner Programms*.<sup>536</sup> Dessen zweite Fassung aus dem Jahr 1971 schränkte die Verpflichtung auf das Christliche weiter ein: Die CDU „orientier[e]“ ihre Politik an den „Grundsätzen christlicher Verantwortung“. Die Konsequenzen, die daraus gezogen wurden, blieben im Vergleich mit 1968 nahezu unverändert, abgesehen davon, dass die Verwirklichung von „Chancengleichheit“ nun auch zu den Zielen christlich inspirierter Politik gerechnet wurde.<sup>537</sup> Im *Grundsatzprogramm* der CSU klang das Bekenntnis zum Christentum um einiges pauschaler: Ihr politisches Handeln ruhe auf der Basis der „christlichen Bestimmung und Deutung des Menschen und der Welt“.<sup>538</sup>

Von diesen Formeln gingen die anschließenden Diskussionen um die programmatische Erneuerung der Unionsparteien nach 1969 aus. Sie gaben der Neuformulierung ihrer politischen Sprachen Richtung, wie wir im Folgenden sehen werden. Was war gemeint, wenn CDU und CSU sich als *christlich* beschrieben?

<sup>535</sup> Vgl. ebd.

<sup>536</sup> Christlich Demokratische Union Deutschlands, Berliner Programm, 1968, Präambel.

<sup>537</sup> Das Berliner Programm, 2. Fassung 1971.

<sup>538</sup> CSU, Leitsätze einer Politik für heute und morgen, 1968.

Keine Rede war nunmehr von einem Abschied von der Ideologie, vielmehr herrschte der Eindruck vor, dass die politische Auseinandersetzung zunehmend von „Grundsätzlichem“ bestimmt wurde und dass die Union nur mit wohl durchdachten Ideen punkten konnte. In der Conservative Party hatte sich diese Lesart ebenfalls seit Ende der 1960er Jahre vor allem unter den Kritikern des Heathschen Kurses durchgesetzt.<sup>539</sup> In CDU und CSU rückte das C wieder stärker in den Fokus und wurde mit neuer Bedeutung angereichert, auch wenn die Zweifel an der Wirksamkeit des Christlichen in säkularisierten Zeiten stets präsent blieben. Was mochte das C überhaupt noch bedeuten, wenn das „nicht einmal mehr der Kardinal“ wisse, konstatierte Erich Kiesl im Landesvorstand der CSU im Januar 1973 etwas ratlos.<sup>540</sup> Darauf suchten die Unionspolitiker der 1970er Jahre eine Antwort. Dabei verwehrten sie sich des Vorwurfs, auf diese Weise ideologische Politik zu betreiben. Ganz im Gegenteil, so das Argument, das Christliche ermögliche eine Politik fern aller politischen Ideologien. Die Union habe, so CSU-Generalsekretär Max Streibl 1970, ihre „weltanschauliche Heimat vor der Politik gefunden“ und suche diese eben nicht „durch Politik“ zu erlangen.<sup>541</sup> Für die CDU fasste Bruno Heck ein Jahr später in einem theologisch gehaltenen Grundsatzbeitrag in *Die politische Meinung* diese Dimension des Begriffs. Die Verankerung im Christlichen sorge für Distanz zu jenen utopischen „Heilslehrten“, die eine innerweltliche Erlösung des Menschen versprechen. Und sie sorge für einen realistischen Blick auf den Menschen in seiner „Unzulänglichkeit“, seiner „Begrenztheit im Endlichen“.<sup>542</sup>

Das Christliche, so wie es in der Union in den 1970er Jahren verstanden wurde, war zuallererst anthropologisch fundiert: der „Mensch“ sollte im Mittelpunkt aller Politik stehen, der Mensch mit seiner „eigene[n] und von seinen Mitmenschen nicht auslöscharbare[n] Würde“.<sup>543</sup> Dieser anthropologische Kern des Christlichen war nichts Neues, sondern in der politischen Sprache der Partei fest verankert. Neu war jedoch die emphatische Betonung der Freiheit als Herzstück des christlichen Menschenbildes. Wir haben gesehen, dass sich besonders der katholisch geprägte Flügel der Union noch an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren schwer tat mit einer unqualifizierten Aufnahme des Freiheitsbegriffs.<sup>544</sup> Ein Jahrzehnt später wurde das C als freiheitssicherndes Element gedeutet. Der „Kern der christlichen Moral“ sei „die Abwehr der Unfreiheit“. Daher handele sich bei der „Verteidigung der Freiheit“, der „Abwehr totalitärer Ansprüche“ und der „Überwindung des Positivismus“ um die vordringlichsten Aufgaben eines Christen –

<sup>539</sup> Siehe S. 59–75.

<sup>540</sup> ACSP, LGF – V 29.1.1973,1, Niederschrift über die Sitzung des Landesvorstandes der CSU, 29.1.1973, S. 67.

<sup>541</sup> Ebd., Parteitagsprotokolle, 19700411, Parteitag der CSU, München, 10.–11.4.1970, Rechenschaftsbericht von Generalsekretär Max Streibl, S. 6, Hervorhebung im Original.

<sup>542</sup> HECK, Wozu noch Christ sein?, 1971, Zitate S. 11 und 18; vgl. ähnlich: ROSER, Das „C“ im Namen der Unionsparteien, 1970, S. 191–193.

<sup>543</sup> BAUMANNS und BERGSDORF, CDU im dritten Jahrzehnt, 1971, S. 6.

<sup>544</sup> Siehe S. 166–178.

und damit auch einer Partei, die aus christlicher Verantwortung sich zu handeln aufgetragen habe.<sup>545</sup> Das Menschenbild der Union hatte sich grundlegend liberalisiert.

*Freiheit* – auch das gehörte zu den Kontinuitäten der politischen Sprache der Union – sollte keine schrankenlose Freiheit bedeuten, sondern hatte ihre Grenzen. Diese wurden einerseits durch das christliche *Sittengesetz* gezogen, andererseits lagen sie im Individuum verborgen: in der „Verstrickung“ des einzelnen „in sich selbst“, wie es im Bericht der Weizsäcker-Kommission 1972 hieß. Der Mensch komme erst dann „zu sich selbst“, wenn er „sich überschreitet, den Mitmenschen sucht, mit ihm solidarisch ist und sich an ihn bindet“. *Freiheit* sei „untrennbar mit Verantwortung verbunden“<sup>546</sup> Dieser semantische Konnex war in der Sprache der Union ebenfalls tief verankert. Durch die Betonung des Freiheitsbegriffs in den 1970er Jahren aber erhielt er neue Bedeutung. Nicht nur in der CSU rückte dieser in den Mittelpunkt der politischen Sprache, auch die CDU verstand sich als eine „Partei der Freiheit“<sup>547</sup> Richard von Weizsäcker prägte den Begriff der „verantworteten Freiheit“, die er als die „große Aufgabe“ seiner Gegenwart empfand. Die Freiheit sei nämlich an vielen Stellen bedroht: „von anonymer Bürokratie und Massengesellschaft, von technischer Fernsteuerung, [...] von politischen Programmen der Gleichmacherei, von kollektiven Systemen und [...] von totalitären Heilslehren“. Der Konnex von *Freiheit* und *Verantwortung* fand eine reiche semantische Entfaltung, für die das folgende Beispiel genügen soll:

Freiheit zielt auf Selbstbestimmung an Stelle von Fremdbestimmung, auf Mitverantwortung an Stelle von Gleichgültigkeit, auf Mitmenschlichkeit an Stelle von Vereinzelung. Freiheit bedeutet nicht nur Individualismus, sondern praktizierte Nachbarschaft, nicht nur Kritikfähigkeit, sondern auch die Fähigkeit zum Vertrauen, nicht nur Emanzipation, sondern auch Bindung, und nicht nur weltanschaulichen Pluralismus, sondern Anerkennung der für die Gesellschaft grundlegenden sittlichen Wertordnung.<sup>548</sup>

Der Verantwortungsbegriff war in seiner christlichen Lesart nicht allein auf den Begriff der *Freiheit* bezogen, sondern auch auf den der *Solidarität*. Die nämlich entfalte sich „nur im Zeichen von Freiheit und Verantwortung“, konstatierte der Bericht der CDU-Grundsatzkommission 1972.<sup>549</sup> Der Solidaritätsbegriff gehörte zu den Grundbegriffen der katholischen Soziallehre, über die er Eingang in die Sprache der Union gefunden hatte und vom christlich-sozialen Flügel immer wieder neu aktualisiert wurde. Er barg einige Sprengkraft in sich, konnten sozial-politische Forderungen so doch von den Grundsätzen der Partei her begründet werden. Die CDU würde das C in ihrem Parteinamen zu Unrecht tragen, würde sie sich nicht „leidenschaftlich für die Schwachen in unserer Gesellschaft“ einsetzen.

<sup>545</sup> HIECK, Wozu noch Christ sein?, 1971, S. 13 und 15.

<sup>546</sup> Herausforderungen unserer Zeit, 1972, S. 31.

<sup>547</sup> Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU Bonn 1973, Helmut Kohl, S. 106; LANGGUTH und SCHWARZ-SCHILLING, Überlegungen zu einer langfristigen CDU-Politik, 1973, S. 9

<sup>548</sup> Bundesparteitag der CDU Hamburg 1973, Richard von Weizsäcker, S. 433.

<sup>549</sup> Herausforderungen unserer Zeit, 1972, S. 33; vgl. z. B. auch WEIZSÄCKER, Selbstverantwortung und Mitverantwortung, 1977, S. 36: „Das ist es, was Solidarität im Kern bedeutet: Freiheit als Mitverantwortung.“

zen, bekräftigte Hans Katzer, der mächtige Mann des christlich-sozialen Flügels, auf dem Mannheimer Bundesparteitag 1975.<sup>550</sup>

Den Solidaritätsbegriff mit *Freiheit* und *Verantwortung* zu verknüpfen, war daher eine Strategie seiner Entschärfung. Dem entsprach auch die Formulierung, die für die Präambel des revidierten *Berliner Programms* gefunden worden war: „Politik aus christlicher Verantwortung“ ziele auf die „Solidarität aller Bürger“, aufbauend auf der „Eigenverantwortung der Person“.<sup>551</sup> Konkret bedeutete das, der Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen Schranken zu setzen: „Zur verantworteten Freiheit gehört eine Solidarität, die sich nicht auf die Absicherung der großen Lebensrisiken durch Staat und Gesellschaft allein verlässt und darauf beschränkt“, sondern auf privat organisierte Hilfe bauе.<sup>552</sup> Gerne wurde dafür auf den Begriff der Subsidiarität bzw. auf die Formel *Hilfe zur Selbsthilfe* rekurriert, die ebenfalls dem Vokabular der katholischen Soziallehre entstammte. Für Biedenkopf gehörte das Austarieren der Spannung von *Solidarität* und *Subsidiarität* zu den großen Aufgaben der Zeit.<sup>553</sup>

Nur ein Verständnis von der Gesellschaft, das die Solidarität im Sinne der Zusammenarbeit für das Ganze und die Subsidiarität im Sinne des Gesondertseins, der Selbständigkeit gegenüber dem Ganzen gleichermaßen als konstitutive Elemente jeder gesellschaftlichen Struktur akzeptiert, ist in der Lage, die Autorität politischer Führung zu legitimieren,<sup>554</sup>

argumentierte der Generalsekretär, dabei voraussetzend dass die sozialpolitischen Maßnahmen der sozialliberalen Koalition direkt in den „sozialistischen Klassenkampf“ führten.<sup>555</sup> Franz Josef Strauß' sicherlich um einiges plakativer Formulierung von den „Grenzen des Sozialstaats“ war davon inhaltlich nicht allzu weit entfernt. Das wurde deutlich, als die CDU daran ging, die sozialpolitischen Perspektiven neu zu kodieren. Vorbereitet wurde diese auch durch eine Neubewertung des christlich verankerten Solidaritätsbegriffs. Das, was 1975 mit der *Mannheimer Erklärung* als *neue soziale Frage* medienwirksam eingeführt wurde, war bereits mehrere Jahre zuvor in den Diskussionen um das C erörtert worden: „Solidarität“, so Kohl 1973, bedeute „für jene Gruppen“ einzutreten, die „am Rande der Gesellschaft schweigend leiden“.<sup>556</sup> In der Partei waren mit dieser Verschiebung des Solidaritätsbegriffs weg von einer auf die industrielle Arbeitsgesellschaft fokussierten Lesart vor allem die Sozialausschüsse angesprochen.

Trotz all dieser Qualifizierungen und Domestizierungen: Das C verwies die Union auf das Soziale. Zu den zentralen Begriffen, die sich um das C gruppieren, gehörte auch der Begriff der *Gerechtigkeit* bzw. der *sozialen Gerechtigkeit*. Die Verpflichtung, „politische Arbeit in persönlicher Verantwortung vor Gott

<sup>550</sup> Bundesparteitag der CDU 1975, S. 221.

<sup>551</sup> Vgl. Das Berliner Programm, 2. Fassung 1971.

<sup>552</sup> Bundesparteitag der CDU Hamburg 1973, Richard von Weizsäcker, S. 433.

<sup>553</sup> Vgl. BIEDENKOPF, Solidarität und Subsidiarität, 1975.

<sup>554</sup> BIEDENKOPF, Fortschritt in Freiheit, 1974, S. 136.

<sup>555</sup> BIEDENKOPF, Solidarität und Subsidiarität, 1975, S. 45.

<sup>556</sup> KOHL, Die Zukunft der Union, 1973, S. 50; ähnlich: BAUMANN und BERGSDORF, CDU im dritten Jahrzehnt, 1971, S.7.

und dem Nächsten auszurichten“, bedeute ein mutiges Engagement für „mehr Gerechtigkeit, für mehr Solidarität, für mehr Freiheit und persönliche Verantwortlichkeit“, bekannte Horst Waffenschmidt 1973, CDU-Bundestagsabgeordneter, Kommunalpolitikexperte und Mitglied in der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland.<sup>557</sup> Der Ruf nach *Gerechtigkeit* enthielt mindestens ebenso viel politische Sprengkraft wie der nach *Solidarität*.<sup>558</sup> Kurt Biedenkopfs und Heiner Geißlers Konzept der *neuen sozialen Frage* war daher auch ein Ansatz, um dem Gerechtigkeitsbegriff in der Sprache der Partei einen spezifischen Platz zuzuweisen und ihm letztlich den Zahn zu ziehen. Es sollte den Blick öffnen auf den „menschlichen und ethischen Aspekt der Gerechtigkeit“, die nach der „Verengung des Gedankens der sozialen Gerechtigkeit auf die Zuteilung materieller Zuwachsraten“ in Vergessenheit geraten sei. Durch eine Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen sei dem Gerechtigkeitsproblem in der bundesrepublikanischen Gesellschaft auf die Dauer nicht beizukommen. Vielmehr sei die Frage machtpolitisch zu lösen – eben durch die Verschiebung der Aufmerksamkeitsökonomie sowie die Umverteilung der Mittel.<sup>559</sup>

*Gerechtigkeit*, das wurden die Unionspolitiker nicht müde zu unterstreichen, stand keineswegs synonym mit *Gleichheit*, sondern *Gerechtigkeit* bezog sich auf „die Chance für alle Menschen, sich ihrer Unterschiedlichkeit entsprechend zu entfalten“.<sup>560</sup> Nicht *Gleichheit* versprach die Union, wie das etwa die SPD tat, sondern zunächst *Chancengleichheit*.<sup>561</sup> Erst im 1978 verabschiedeten *Ludwigshafener Grundsatzprogramm* wurde der Begriff nach kontroverser Parteitagsdebatte durch *Chancengerechtigkeit* ersetzt, nachdem die SPD es verstanden hatte, sich *Chancengleichheit* anzueignen.<sup>562</sup> Besonders in der Bildungsdebatte machte es einen entscheidenden Unterschied aus, ob von *Gleichheit* oder *Chancengleichheit* bzw. *Chancengerechtigkeit* gesprochen wurde. Die Realisierung von *Gleichheit* bedeute das „Ende“ für „Solidarität und Freiheit“, unterstrich von Weizsäcker und plädierte für eine „humane Leistungsgesellschaft“.<sup>563</sup> Das C verbinde, so Parteivorsitzender Kohl 1975, „liberale Grundwerte“ mit dem „Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit“ – und zeigte dem jeweils anderen Grenzen auf.<sup>564</sup> Welche Bedeutung dem Gerechtigkeitsbegriff in den 1970er Jahren zukam, als die Union sich durch die sozialpolitische Programmatik der SPD in die Ecke gedrängt fühl-

<sup>557</sup> WAFFENSCHMIDT, Das „C“ ist unsere große Chance, 1973, S. 2.

<sup>558</sup> Vgl. z. B. die Vorschläge der beiden Vorsitzenden des evangelischen bzw. katholischen Männerwerkes Nürnberg zur Neufassung der Präambel des Grundsatzprogramms, WEBER und SCHWEIGER, Der politische Auftrag der Christen in unserer Zeit, 1974.

<sup>559</sup> Bundesparteitag der CDU 1975, Kurt Biedenkopf, S. 178–179; GEISSLER, Die neue soziale Frage, 1976.

<sup>560</sup> Bundesparteitag der CDU 1978, Heiner Geißler, S. 117–118.

<sup>561</sup> Vgl. Das Berliner Programm, 2. Fassung 1971, S. 47 et al.; Bundesparteitag der CDU 1975, Anhang: Unsere Politik für Deutschland – Mannheimer Erklärung, S. 101 et al.

<sup>562</sup> Vgl. Grundsatzprogramm der CDU, Ludwigshafen 1978, S. 127 et al.; Bundesparteitag der CDU 1978, S. 157–163.

<sup>563</sup> RICHARD VON WEIZSÄCKER, Gleichheit – das Ende der Freiheit und Solidarität. Plädoyer für eine humane Leistungsgesellschaft, in: DIE ZEIT, 27. 10. 1972.

<sup>564</sup> KOHL, Die Volkspartei CDU, 1975, S. 39.

te, zeigte nicht zuletzt seine Aufnahme in die Präambel des *Berliner Programms* und seiner Nachfolger.<sup>565</sup>

*Gerechtigkeit* zählte dabei zu den *Grundwerten*, mit denen sich die CDU im Rahmen ihrer Programmdiskussion intensiv beschäftigte. Der Begriff war von der Grundsatzkommission, die vom Bundesvorstand im Oktober 1971 eingerichtet worden war, lanciert worden. Damit beauftragt, „Werte und Ziele“ christdemokratischer Politik herauszuarbeiten, hatte sie in ihrem Zwischenbericht 1972 auf die Bedeutung konsensualer *Grundwerte* in einer demokratischen Gesellschaft hingewiesen. Der Konsens, auf dem die Verfassungsordnung der Bundesrepublik ruhte, drohte, so das vorgestellte Szenario, zu erodieren. Es sei immer schwieriger geworden, „über die ethische Basis für tagespolitische Entscheidungen [...] einverständlich zu reden“.<sup>566</sup> Die CDU referierte damit exakt jene Argumentationen, die in der intellektuellen Debatte um einen erneuerten Konservatismus aus liberalem Geiste vorgebracht wurden.<sup>567</sup>

Die Vergegenwärtigung genauso wie der Schutz der „ideellen Grundlagen [des] Gemeinwesens“ sei eine wichtige Aufgabe der Parteien, erläuterte Helmut Kohl 1976 in der Katholischen Akademie in Hamburg. Er antwortete auf Helmut Schmidt, der grundsätzliche Zweifel angemeldet hatte gegenüber allen Versuchen, dem weltanschaulich neutralen Staat eine Wertbindung außerhalb des im Grundgesetz Definierten einzuschreiben.<sup>568</sup> Der SPD und der FDP warf Kohl nun vor, genau diese Aushöhlung zu betreiben, die Wertgebundenheit des Grundgesetzes zu leugnen und damit „die freiheitliche, an gemeinsamen Grundwerten orientierte Ordnung“ zu gefährden.<sup>569</sup> Angesichts einer allenthalben zu registrierenden Suche nach Sinn und Orientierung nach dem Ende einer auf materielle Glückserfüllung konzentrierten Epoche der bundesrepublikanischen Geschichte sei es eine zentrale Aufgabe der Politik, die Grundwerte der Verfassung zurück ins Gedächtnis zu rufen. Die Parteien waren in dieser Sicht, frei nach Wilhelm Hennis, die Hüter der Begriffe der Demokratie. Nicht zufällig war der Freiburger Politikwissenschaftler Mitglied der Grundsatzkommission. Im Hintergrund der Wahrnehmung einer tiefen Krise der Demokratie stand ein weiteres Mal das Negativbild der Weimarer Republik, deren „schränkenloser Wertrelativismus“ sie letztendlich zu Fall gebracht hätte.<sup>570</sup> Um die Ausgestaltung der *Grundwerte* musste also gestritten werden, ein Monopolanspruch einer Partei auf die *Grundwerte* verbot sich von selbst.<sup>571</sup>

In der Debatte um die *Grundwerte*, an der sich die großen Parteien und vor allem auch die Kirchen beteiligten, kristallisierten sich verschiedene Diskursstrände der 1970er Jahre: die Debatte um die Grundlagen der bundesrepublikanischen

<sup>565</sup> Siehe S. 334.

<sup>566</sup> Herausforderungen unserer Zeit, 1972, S. 30.

<sup>567</sup> Siehe S. 229–239, 240–271.

<sup>568</sup> Vgl. SCHMIDT, Ethos und Recht in Staat und Gesellschaft, 1977.

<sup>569</sup> KOHL, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, 1977, Zitate S. 54 und 58.

<sup>570</sup> Ebd., S. 55.

<sup>571</sup> Vgl. ADE, Grundwerte als Maßstab und Orientierung, 1979, S. 30.

Demokratie; jene um die Erfordernis staatlicher Normsetzung angesichts eines tief greifenden Wandels von gesellschaftlichen Moralvorstellungen; die Diskussionen um die politische Sprache; und solche, die um das Verhältnis von Gesellschaft und Staat kreisten. Es handelte sich dabei, um mit Martin Geyer zu sprechen, um eine „reflexive Diskursivierung der Grundlagen und damit der Identität der bundesdeutschen Gesellschaft“.<sup>572</sup> Deshalb trafen die Thesen eines grundlegenden „Wertewandels“ westlicher Gesellschaften des amerikanischen Soziologen Ronald Inglehart, die Ende der 1970er Jahre die deutsche Öffentlichkeit erreichten,<sup>573</sup> und in Helmut Klages einen einflussreichen deutschen Vertreter fanden, auf eine solche Resonanz im konservativen Spektrum.<sup>574</sup> War der diagnostizierte *Wertewandel* die Ursache für die Untergrabung der Grundlagen, auf denen die Bundesrepublik gebaut worden war und erfolgreich agierte? Die Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann, die mit ihrem Allensbacher Institut den Unionsparteien nahe stand, übernahm dabei die „Rolle der Kassandra“.<sup>575</sup> Die Abkehr von den *bürgerlichen Werten*, das hieß Leistungsorientierung, Verantwortungs- und Pflichtgefühl, führte in dem Bild, das sie zeichnete, zum Verfall der Moral, zu Hedonismus, schrankenlosem Konsum und dem Ausufern des Sozialstaats.<sup>576</sup>

Warum aber konzentrierte die Union ihre Wertedebatte auf die *Grundwerte* Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit? Der Solidaritätsbegriff kam im Grundgesetz nicht einmal vor. So sehr die Grundwertedebatte den Selbstverständigungsdebatten der Union entsprang, so sehr war sie auch ein taktisches Manöver im Kampf um die Begriffe. Denn die SPD hatte in ihrem Godesberger Programm 1959 die Begriffe *Freiheit*, *Solidarität* und *Gerechtigkeit* exklusiv als *Grundwerte* des demokratischen Sozialismus definiert und das avisierte *Langzeitprogramm* der SPD nahm diesen Faden Anfang der 1970er Jahre wieder auf.<sup>577</sup> In dem sprachpolitisch sensibilisierten Jahrzehnt, als die Union den Eindruck hatte, dass der politische Gegner alle grundlegenden Begriffe entwendet hatte, ging es den Parteistrategen darum, zentrale Begriffe des politischen Vokabulars mit der eigenen Politik zu identifizieren. Die Trias aus *Freiheit*, *Solidarität* und *Gerechtigkeit* bot sich auch deshalb an, weil sie als *links* galt, die Union sich in ihrem Werben um das bürgerliche Wählerpotential, das ihr zur absoluten Mehrheit verhelfen sollte, als nicht weniger soziale Alternative zur SPD präsentieren konnte.

Die Besinnung auf *Grundwerte* wurde in der CDU dann auch als ein *christliches* Unterfangen verstanden. „Als Christ“ verstehe er, so erklärte Kohl, „die Grundwerte als Ausdruck eines religiösen Bekenntnisses“. Der aus christlicher

<sup>572</sup> GEYER, Rahmenbedingungen, S. 27; die wichtigsten Debattenbeiträge sind dokumentiert in GORSCHENEK, Grundwerte in Staat und Gesellschaft, 1977.

<sup>573</sup> Vgl. INGLEHART, The Silent Revolution.

<sup>574</sup> Vgl. GEYER, Rahmenbedingungen, S. 68–71.

<sup>575</sup> Ebd., S. 72.

<sup>576</sup> Vgl. NOELLE-NEUMANN, Werden wir alle Proletarier?, 1978. Zu der Diagnose eines „Verfalls“ der Arbeitswerte vgl. die historische Untersuchung von NEUHEISER, Der „Wertewandel“ zwischen Diskurs und Praxis.

<sup>577</sup> Vgl. BRANDT, Geleitwort (zum Langzeitprogramm), 1976; Politischer und ökonomischer Rahmen, 1976.

Überzeugung agierende Politiker sehe sein „Handeln letztlich durch Werte bestimmt, die zwar immer wieder neu zu aktualisieren [...], die aber dem kurzfristigen Wechselspiel von Meinungsbildung und Mehrheitsentscheidung“ entzogen seien.<sup>578</sup> Diese Werte galt es zu schützen, zu bewahren und zu beleben, die christliche *Sittenordnung*, die für Stabilität sorgte, zu erhalten.<sup>579</sup>

In diesem Punkt traf sich der Konservatismusbegriff, wie er in der CDU gepflegt wurde, mit der Ausdeutung des Christlichen. Auch das war nicht neu. So wies das Christliche in die Vergangenheit. Ebenso stark aber war seine Zukunftsdimension. Auf der einen Seite, das wurde oben festgestellt, war das C anti-utopisch kodiert: Politik sollte in der Gegenwart gemacht werden, orientiert an den Problemen, die sich konkret stellten. Auf der anderen Seite wurden die auf Reform drängenden Gruppen in der Partei nicht müde, die sprengende Kraft des Christlichen zu betonen. Gerade weil der Christ um die Grenzen seiner Einsicht wisse, müsse er für das Neue offen sein, argumentierten Christian Schwarz-Schilling und Gerd Langguth in ihrem Papier für die Generaldebatte über die verlorene Bundestagswahl 1972 im Bundesvorstand der CDU.<sup>580</sup> RCDS-Vorsitzender Langguth hatte sich zwei Jahre zuvor noch um einiges deutlicher geäußert. Aus dem C heraus lasse sich „der Zwang zu einer progressiven, dynamischen und offensiven Politik“ entwickeln, da der christliche Glaube sich niemals mit dem Status quo abfinden könne, sondern von „heilsame[r] Unruhe“ erfüllt sei und deshalb „radikale Fragen an Tradition, Routine und Sitte“ stellen müsse.<sup>581</sup> Das klang nun sehr nach einer Theologie der Befreiung oder der Politischen Theologie, die sich mit Johann Baptist Metz verband.<sup>582</sup> Ähnlich hatten die CSU-Delegierten beim Parteitag 1968 argumentiert, als sie sich gegen die Aufnahme des Konservatismusbegriffs in ihr *Grundsatzprogramm* gestemmt hatten: das C enthalte ein fortschrittliches, gar ein revolutionäres Element.<sup>583</sup>

Diese Sicht der Dinge konnte sich indes nicht durchsetzen. Statt Revolution wollte die Union Reform, die Kontinuität mit Erneuerung verband. Die christliche Antwort auf die Herausforderungen von Studentenbewegung und schnell vordringendem gesellschaftlichen Wandel sei „Stabilität“, die es ermögliche, „den Wandel in Freiheit zu beherrschen“ – eine „Stabilität“, „die Bewegung stabilisiert“, wie Biedenkopf in der Debatte um die *Mannheimer Erklärung* 1975 ausführte. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ins Gleichgewicht zu bringen – dieses

<sup>578</sup> KOHL, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, 1977, S. 52.

<sup>579</sup> Für die CSU vgl. ACSP, Parteitagsprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 14, Theo Waigel; für die CDU vgl. z. B. Richard von Weizsäckers ethische Interpretation des „C“: WEIZSÄCKER, Wo liegen die Unterschiede?, 1970, S. 179.

<sup>580</sup> LANGGUTH und SCHWARZ-SCHILLING, Überlegungen zu einer langfristigen CDU-Politik, 1973, S. 9; vgl. dazu BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandspapier 1969–1973, S. 1165; ebenso veröffentlicht als: CHRISTIAN SCHWARZ-SCHILLING und GERD LANGGUTH, Die geistige Führung verloren, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 2. 2. 1973.

<sup>581</sup> LANGGUTH, RCDS – ein missionarischer Hilfsverein, 1971, S. 5–6.

<sup>582</sup> Vgl. DOWNEY, Love's Strategy; EITLER, Politik und Religion; HERZOG, The Death of God in West Germany; KERN, Theologie der Befreiung.

<sup>583</sup> Vgl. ACSP, Parteitagsprotokolle, 19681214, Parteitag der CSU, 14. 12. 1968, S. 28–29.

Strukturprinzip der politischen Sprachen des Konservativen wurde in den Unionsparteien als genuin *christlich* gedeutet. Gerade in den 1970er Jahren, in denen das Verhältnis der Zeithorizonte zueinander in der Debatte über die Möglichkeiten weiteren Fortschritts und Wachstums neu ausgehandelt wurde, bezogen sie damit Position.

Das Argument von der Notwendigkeit einer Kontinuität der Zeitlichkeit stützte dann auch eine zentrale Politikinitiative der CDU am Ende des Jahrzehnts. Sie setzte bei der Beobachtung an, dass die Bevölkerung der Bundesrepublik durch den Geburtenrückgang zukünftig stetig schrumpfen werde. Der Bevölkerungsrückgang, so die Argumentation, unterminiere die Grundlagen des bundesrepublikanischen Ordnungsmodells, besonders ihre Systeme sozialer Sicherung, die auf dem Generationenvertrag aufbauten. Nur vom Fundament des christlichen Glaubens aus, so argumentierte Heiner Geißler, erschließe sich eine Zukunftsdimension. Denn aus dem Gottesbezug menschlicher Freiheit entspringe die Kraft, „über eine Generation hinaus zu denken“.<sup>584</sup> Der Generationenkonflikt werde der große Konflikt der Zukunft sein, nicht der Konflikt der Klassen. Um dem vorzubeugen sei es nötig, die Zeitdimensionen auszutarieren, müsse die Zukunftsdimension neues Gewicht erhalten, welche die SPD, verharrend in der Vergangenheit, völlig aus dem Blick verloren habe. Denn das Gemeinwesen sei, so schloss Geißler, „eine Gemeinschaft der Lebenden, der Toten und der nach uns Kommenden“ und zitierte damit nicht von ungefähr Edmund Burke, den Stichwortgeber des liberalen Konservatismus.<sup>585</sup> Im Begriff der *Generation* manifestierte sich das konservative Strukturprinzip der Zeitlichkeit.

Der Akzent auf dem C charakterisierte die Debatte in der CDU am Ende der 1970er Jahre. Seinen Ausdruck fand er im *Ludwigshafener Grundsatzprogramm*, selbst wenn das Christliche im Vergleich zum ersten Entwurf abgeschwächt worden war.<sup>586</sup> Heiner Geißler, der Kurt Biedenkopf 1977 als Generalsekretär beerbt hatte, stand besonders dafür ein. Dabei sorgte der Sozialpolitiker Geißler für eine umso festere begriffliche Allianz zwischen dem C und dem Sozialen.<sup>587</sup> Für ihn war das Christentum in seiner „totale[n] Menschlichkeit“ die einzige mögliche Alternative zur totalitären Herausforderung der 1970er Jahre – innen- wie außenpolitisch.<sup>588</sup> Tatsächlich unterschied sich das *Ludwigshafener Grundsatzprogramm* von allen vorherigen Grundsatzprogrammen – und auch von dem der CSU – in der expliziten Nennung des Gottesbezugs. Diese „Rechristianisierung des Bekennnisses“, so Ludolf Herrmann in *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, gehe aber

<sup>584</sup> Bundesparteitag der CDU 1978, S. 120.

<sup>585</sup> GEISSLER, Generationenkonflikt – Neue Dimension gesellschaftlicher Auseinandersetzung?, 1978, S. 246. Für den weiteren Diskurs vgl. GEYER, Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder, S. 226–229.

<sup>586</sup> Zum *Ludwigshafener Grundsatzprogramm* vgl. GEYER, Rahmenbedingungen, S. 36–38. Für die Diskussion um den Programmentwurf 1976 vgl. WEIZSACKER, CDU-Grundsatzdiskussion, 1977.

<sup>587</sup> Vgl. z. B. GEISSLER, Katholische Soziallehre und politische Praxis, 1975.

<sup>588</sup> Bundesparteitag der CDU 1978, S. 115.

im Verein mit einer „Entkonfessionalisierung des Programms“.<sup>589</sup> In der Tat: Während die konfessionellen Gräben die CDU noch bis in die späten 1960er Jahre durchzogen hatten, war davon in den 1970er Jahren kaum mehr etwas zu spüren. Das Christliche war Integrationsmoment geblieben, doch in einer, sicherlich nicht säkularisierten, aber doch enttheologisierten Form. Nicht mehr Theologen wurden auf die Parteitage geladen, die Spaltenpolitiker selbst übernahmen die Deutung des Christlichen. Zugleich grenzten sie dessen Reichweite ein. Sie zielten dabei zum einen auf die Partei: Nicht letzte Fragen sollten Parteien beantworten, sondern sich um die „vorletzten“ Dinge kümmern. Nicht *christliche Politik* maßten sie sich an zu betreiben, sondern *Politik aus christlicher Verantwortung*, die nicht mehr sein sollte als ein Appell an jeden einzelnen Politiker. Das hatten allerdings bereits ihre Vorgänger betont.<sup>590</sup> Zum anderen hegten sie die linken Potentiale der Begriffe ein, die sich mit dem Christlichen verbanden, wie oben gezeigt wurde. Sie partizipierten damit an einer „Säkularisierung der Kirchensprache“, die in den Kirchen in den 1970er Jahren vorangetrieben wurde und mittels derer sowohl „theologische in politisch-soziale“ als auch „politisch-soziale in theologische Konzepte“ übersetzt wurden.<sup>591</sup>

Die Entschärfung der linken Potentiale des C geschah in der CDU genauso wie in der CSU, in der bayerischen Partei aber noch weitgehender im Sinne einer „freiheitlichen“ Politik. Das C wurde mit dem Freiheitsbegriff verbunden.<sup>592</sup> „[C]hristlich zu verantwortende Politik“ implizierte für die CSU den „Vorrang der Person vor der Institution“, die „Überlegenheit der freien Initiative gegenüber der staatlichen Direktive“, die „Unantastbarkeit der auch in den Schwachen und Hilflosen zu achtenden Menschenwürde“, das „Recht jedes einzelnen auf Anerkennung, Bestätigung und Förderung“ und den „unersetzlichen Wert aller mitmenschlichen Aktivitäten“. Solidarität forderte die CSU individuell ein, aber auch von den organisierten Interessen. Anstelle von Konfrontation wollte sie „Partnerschaft und brüderliche Verbundenheit“.<sup>593</sup> Das zielte in erster Linie auf die Gewerkschaften, denen im konservativen Diskurs über den *Verbändestaat* eine schleichende Unterwanderung der Demokratie mit dem Ziel einer Sozialisierung der Bundesrepublik unterstellt wurde – von der CSU genauso wie von der CDU.<sup>594</sup> Für die Partei des Franz Josef Strauß selbst schien dieser Aufruf zu „Verständigung“ und „Versöhnung“ jedenfalls nicht zu gelten ange-sichts einer politischen Strategie, die auf Konfrontation, also genau auf das Gegen teil setzte.<sup>595</sup>

<sup>589</sup> LUDOLF HERRMANN, Ein Kompendium voll ewiger Wahrheiten, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 2. 5. 1976.

<sup>590</sup> Z. B. Bundesparteitag der CDU 1978, Richard von Weizsäcker, S. 125; siehe oben S. 186–193.

<sup>591</sup> HÖLSCHER, Die Säkularisierung der Kirchen.

<sup>592</sup> Vgl. z. B. BUCHHEIM, Christlich, konservativ, liberal, sozial, 1977/1981, S. 38–40.

<sup>593</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 15; vgl. CSU-Grund satzprogramm 1976, S. 4–6.

<sup>594</sup> Vgl. z. B. DETTLING, Macht der Verbände. Einleitung, 1976.

<sup>595</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 15.

Das Paradox der Betonung des Christlichen in CDU und CSU in den 1970er Jahren bestand in der Tatsache, dass all die Begriffe, die damit verbunden wurden, der christlichen Begründung nicht bedurften. Über *Freiheit*, *Solidarität*, *Subsidiarität*, *Partnerschaft*, *Gerechtigkeit*, den *Menschen*, die *Grundwerte* konnte gesprochen werden ohne Verweis auf theologische Zusammenhänge. Rainer Barzel, 1972 unter massivem Druck, beschrieb den Kurs der Partei als *antisozialistisch*, *freiheitlich*, *partnerschaftlich*, *demokratisch*, auf die *soziale Marktwirtschaft* setzend – aber nicht *christlich*.<sup>596</sup> Kurt Biedenkopfs Texte zur Reform der Partei kamen weitgehend ohne christliche Bekenntnisse aus;<sup>597</sup> in seiner kritischen Analyse der Partei im März 1973 hatte er konstatiert, dass die „christlichen Bekenntnisse [...] keine wirksame Grundlage politischer Integration mehr darstellten“.<sup>598</sup> Helmut Kohls programmatische Beiträge zu Beginn der 1970er Jahre ließen den Bezug zum Christlichen ebenfalls vermissen – das änderte sich erst, als er den Parteivorsitz übernahm.<sup>599</sup> Franz Josef Strauß legte ohnehin großen Wert darauf, das C auf die Verpflichtung auf das *Sittengesetz* zu reduzieren.<sup>600</sup> Die überlieferten Begriffe des christlichen Vokabulars erfuhren eine Enttheologisierung, die mit ihrer Liberalisierung einher ging. Dies öffnete die Parteien für diejenigen, die mit dem christlichen Glauben nichts mehr anzufangen wussten. Die christliche Verankerung gebe der Partei eine „ethische Grundlage“, die auch von Nichtchristen anerkannt werden könne, konstatierte das *Ludwigshafener Grundsatzprogramm* der CDU.<sup>601</sup> Auch in diesem Zusammenhang gewann der Begriff der *Werte* an Bedeutung in der politischen Sprache der Union.

Die intensive Programmarbeit von CDU und CSU in den 1970er Jahren ist auch als eine Antwort auf die Säkularisierung der Gesellschaft und den Wandel ihres Verhältnisses zu den christlichen Kirchen zu verstehen. Als exklusive Sinnproduzenten für die C-Parteien fungierten diese, zumal die katholische Kirche, nicht mehr. Das wurde in den Parteien besonders in der Krisensituation im Frühjahr 1973 scharfsichtig bemerkt.<sup>602</sup> Für die CSU forderte Walter Becher daher die Erarbeitung eigener Begriffe, um das Grundsätzliche zu beschreiben, die Entwicklung einer „zivilen Theologie“.<sup>603</sup> Vom C kamen die Parteien allerdings nicht los, selbst wenn Anfang der 1970er Jahre Vorschläge lanciert wurden, dieses aus dem Partei-

<sup>596</sup> Vgl. BARZEL, Keine Öffnung für den Sozialismus, 1972; ders., Friede, Freiheit und Gerechtigkeit, 1972; ders., Der Dienst, 1973.

<sup>597</sup> Vgl. z. B. KURT H. BIEDENKOPF, Eine Strategie für die Opposition, in: DIE ZEIT, 16. 3. 1973; ders., Fortschritt in Freiheit, 1974.

<sup>598</sup> KURT H. BIEDENKOPF, Eine Strategie für die Opposition, in: DIE ZEIT, 16. 3. 1973.

<sup>599</sup> Vgl. KOHL, Hausputz hinter den Fassaden, 1971; ders., Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland, 1975.

<sup>600</sup> Vgl. z. B. ACSP, Parteitagsprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 80.

<sup>601</sup> Grundsatzprogramm der CDU, Ludwigshafen 1978, S. 123.

<sup>602</sup> Vgl. z. B. BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, Paul Mikat, S. 1161–1165.

<sup>603</sup> ACSP, LGF – V 29. 1. 1973, Niederschrift über die Sitzung des Landesvorstandes der CSU, 29. 1. 1973, S. 63. Die Forderung nach einer „zivilen Theologie“ hatte Peter Schmidhuber in einer Sitzung der CSU-Landesgruppe formuliert.

namen zu streichen.<sup>604</sup> Die Kraft des Begriffs rührte aus seiner Verwobenheit mit der Parteigeschichte. Das C „bleibt“, unterstrich Barzel 1973 energisch, „oder wir verlieren die Kontinuität unserer selbst und beenden damit unseren geschichtlichen Auftrag“<sup>605</sup> Das C blieb. Ihm wurden allerdings weitere Begriffe gleichrangig beigeordnet. Die Union bezeichnete sich, wie wir gesehen haben, als *konservativ, sozial, christlich* und *liberal* – und als Letzteres besonders nachdrücklich.

Wenn CDU und CSU von sich als *liberalen Parteien* sprachen, so zielte das zulernerst auf die FDP. Die nämlich habe sich, seitdem sie als Koalitionspartner der SPD weit nach links gerückt sei, vom Liberalismus verabschiedet.<sup>606</sup> Eine alternative Version brachte Biedenkopf vor, der argumentierte, dass sich der „historische Auftrag“ von Liberalismus wie Sozialismus erfüllt habe, diese Allgemeingut geworden seien und deshalb neue Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart nötig seien – wie sie nur die nach 1945 gegründete Union geben könne.<sup>607</sup> Die „tragenden Ideen eines modernen und sozialen Liberalismus werden heute in der Bundesrepublik konsequent nur von den Unionsparteien vertreten“, behaupteten diese 1975 apodiktisch.<sup>608</sup> Dabei hatten sie den Wahlkampf 1976 und damit das bürgerliche Wählerreservoir fest im Blick.<sup>609</sup> Wie wir gesehen haben, rückte der Freiheitsbegriff in CDU wie CSU ins Zentrum ihrer Selbstverständigungsdebatten.

Die *Freiheit*, die die Union propagierte, zielte erstens auf den einzelnen, dem *Selbstbestimmung, Eigenverantwortung, Selbstverwirklichung, Selbständigkeit, Selbsthilfe, Selbstentfaltung* und *Leistungsgerechtigkeit* versprochen wurden. Sie zielte zweitens auf die *Freiheit der Wirtschaft*, realisiert in der sozialen Marktwirtschaft, aufbauend auf *Wettbewerb, Leistung, privater Initiative, privatem Eigentum, Vertragsfreiheit, Tarifautonomie* und *verlässlicher Ordnungspolitik*. Es schade überhaupt nichts, sich in wirtschaftspolitischen Fragen das „Gedankengut des klassischen Liberalismus“ zueigen zu machen, meinte Johann Wilhelm Gaddum, Finanzminister in Rheinland-Pfalz.<sup>610</sup> Drittens zielte sie auf die *Freiheit des Staates* nach innen und außen, so dass dieser wieder an *Autorität* gewinnen und die Demokratie gefestigt werden könne. Der Union ging es darum, die *Freiheit* und damit die liberale Demokratie zu bewahren vor dem Ansturm „linker Utopie“ und „Ideologie“.<sup>611</sup> Im anderen Teil Deutschlands hatte die obsiegt und die *Freiheit* verkümmern lassen. Der Ruf nach *Freiheit* hätte daher immer eine deutschland- und außenpolitische Komponente: Die CDU wollte politisch so agieren, um das Versprechen auf *Freiheit* für die Menschen in der DDR in einem wieder-

<sup>604</sup> Vgl. RADUNSKI und NIEMETZ, Die Anlage des Landtagswahlkampfes, 1971; in einem Interview wurde Gerhard Schröder 1973 mit diesen Vorschlägen konfrontiert, der sie ablehnte, vgl. Schröder zur künftigen Position der Union, 1973.

<sup>605</sup> BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandprotokolle 1969–1973, S. 1087.

<sup>606</sup> Vgl. z. B. KOHL, Freiheit und Gerechtigkeit, 1976.

<sup>607</sup> Vgl. BIEDENKOPF, Fortschritt in Freiheit, 1974, S. 111–113.

<sup>608</sup> Die FDP redet von Liberalismus – Die Union praktiziert ihn, 1975.

<sup>609</sup> Vgl. ACDP, 07-001-17019, Warnfried Dettling an Hoffmann, Asmussen, Kreye, Stronk, 4. 4. 1974, Anlage: Zur politischen Strategie der CDU, S. 15.

<sup>610</sup> GADDUM, Der Bürger und sein Staat, 1975, S. 129.

<sup>611</sup> Vgl. z. B. KOHL, Recht sichert die Freiheit, 1978.

vereinigten Deutschland einzulösen. Und nicht nur das: Die *Freiheit*, für die der Westen einstand, sollte sich im Systemkonflikt durchsetzen. Dafür war eine Politik nötig, die auf *Sicherheit* setzte, und dies im umfassenden Sinne: „Äußere und innere, militärische und politische, wirtschaftliche und soziale Sicherheit gehören zusammen und ergänzen einander“.<sup>612</sup> In Zeiten des Terrorismus hatte der Sicherheitsbegriff eine Aufwertung erfahren und sich in der politischen Sprache der Union eng mit dem eingeführten Ordnungsbegriff verbunden. Beide waren auf den Begriff der *Freiheit* hin ausgerichtet – *Sicherheit* und *Ordnung* waren nötig, um die *Freiheit* zu sichern, so lautete eine viel benutzte Formel.<sup>613</sup> Dazu kam, dass die allenthalben konstatierte tiefe und umfassende *Krise* nicht nur der Bundesrepublik, sondern der westlichen Welt in toto ein Unsicherheitsgefühl erzeugte, das sich in einem Bedürfnis nach mehr Sicherheit ausdrückte. Wie solche Sicherheit in einer freien Gesellschaft gewährleistet werden konnte, das war eine der großen Fragen der 1970er Jahre.<sup>614</sup> Um den Begriff der *Freiheit* spann sich also ein semantisches Netz, das in weite Teile der Programmatik vordrang.

Die Umarmung des Liberalismusbegriffs durch die Union war keineswegs so selbstverständlich, wie sie dargestellt wurde. Sicherlich hatte Gerhard Stoltenberg recht, wenn er auf die liberalen Traditionen der Partei verwies und Ernst Lemmer und Ludwig Erhard zu deren Kronzeugen machte.<sup>615</sup> Doch verdeckte er mit dieser Genealogie die Aversionen gegenüber dem Liberalen, die bis weit in die 1960er Jahre noch vorherrschten und in den 1970er Jahren in abgeschwächter Form auf dem christlich-sozialen Flügel weiterhin artikuliert wurden.<sup>616</sup> Große Vorbehalte gegenüber dem Liberalen waren darüber hinaus in Fragen der Moralpolitik, die in den 1970er Jahren angesichts der Initiativen der sozialliberalen Koalition zur Reform des Ehescheidungsrecht sowie des Paragraphen 218 im Fokus der öffentlichen Debatte standen, in den Unionsparteien weit verbreitet.<sup>617</sup> Dies nun deckte Helmut Schelsky schonungslos auf,<sup>618</sup> der, wie wir gesehen haben, systematisch

<sup>612</sup> Grundsatzprogramm der CDU, Ludwigshafen 1978, S. 163.

<sup>613</sup> Vgl. SAUPE, „Innere Sicherheit“ und „Law and Order“, bes. S. 180–186. Für die Verbindung von *Sicherheit*, *Ordnung* und *Freiheit* vgl. z. B. KOHL, Perspektiven freiheitlicher Politik, 1977, S. 15. Zum Sicherheitsdiskurs vgl. SCHILDT, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“, S. 467–472; zum Terrorismus allg. vgl. WEINHAUER et al., Terrorismus in der Bundesrepublik; HÜRTER, Terrorismusbekämpfung in Westeuropa.

<sup>614</sup> Vgl. GEYER, Rahmenbedingungen, S. 47–87; CONZE, Die Suche nach Sicherheit, S. 569–574.

<sup>615</sup> Bundesparteitag der CDU 1978, S. 73; die gleiche Herleitung gibt BIEDENKOPF, Die Politik der Unionsparteien – Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus, 1973, S. 5–6.

<sup>616</sup> Vgl. z. B. die Äußerungen des Vorsitzenden der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Alfons Müller zur Gleichwertigkeit von *Freiheit* und *Solidarität* auf dem Ludwigshafener Parteitag der CDU 1978: Bundesparteitag der CDU 1978, S. 129; sehr abwägend auch BLÜM, Christlich-Sozial: Zwischen!, 1980. Zu den Auseinandersetzungen in der Union um den Liberalismus-Begriff in den 1950er und 1960er Jahren siehe oben S. 164–186.

<sup>617</sup> Zur kirchlichen Diskussion um den Paragraphen 218 vgl. GROSSBÖLTING, Der verlorene Himmel, S. 131–136; MANTEI, Nein und Ja zur Abtreibung; aus rechtshistorischer Sicht: BEHREN, Die Geschichte des § 218 StGB; zur Debatte um das Ehescheidungsrecht vgl. NEUMAIER, Ringen um Familienwerte?. Zur Familienpolitik vgl. SCHUMANN, Bauarbeiten am „Fundament der Gesellschaft“.

<sup>618</sup> Vgl. SCHELSKY, Wie liberal ist die CDU?, 1976.

versuchte, CDU und CSU in seinem Sinne zu beeinflussen und durchaus Widerhall fand in der Union.<sup>619</sup> Dass die „neue soziale Frage“ eine „liberale Frage“ sei, wie Kohl behauptete, weil sie die neuen Gefährdungen der Freiheit im bürokratisierten Wohlfahrtsstaat offenlege,<sup>620</sup> zeigte zudem, auf welch glattem Eis sich die CDU mit ihrer Liberalismus-Rhetorik bewegte.

*Freiheit* sollte sich in *Bindung*, in wohlgestalteter *Ordnung* manifestieren, als verantwortete *Freiheit* eben. Die *Selbstverwirklichung* des einzelnen, die die CDU meinte, respektierte die Grenzen, die die Gesellschaft setzte. Ihr Gegenbegriff war die *Emanzipation*, die letztlich zur Zerstörung der *Freiheit*, zur Negation der *Verantwortung* für den anderen, zur Unterminierung der liberalen und sozialen *Ordnung* führen würde.<sup>621</sup> „Libertinage hat mit Liberalität nichts zu tun“<sup>622</sup> betonte Kohl und versuchte damit, den Liberalismus-Begriff für die Union verwendbar zu halten. In aller Deutlichkeit besorgte die Arbeit am Begriff Franz Josef Strauß, und was er für seine CSU definierte, traf auch auf die CDU zu: Die CSU sei *liberal* „im Sinne des liberalen Gedankenguts, das heute Allgemeingut aller wirklich modernen und fortschrittlichen Kräfte“ sei. Dagegen habe seine Partei „nichts mit jener Entartungserscheinung des Spätliberalismus gemeinsam, in dem hemmungslose Freiheit des Individuums bereits Hand in Hand mit der Förderung kollektivistischer Tendenzen gleichzeitig vertreten wird. Diese Art Pseudoliberalismus macht sich auch zum Wegbereiter und Steigbügelhalter des Sozialismus“ und damit zum Zerstörer der Demokratie.<sup>623</sup> Während Strauß konsequenter Weise seine Politik als *liberal-konservativ* bezeichnete, scheute Kohl eine solche Qualifizierung des Liberalismusbegriffs – obwohl sie durchaus nahe gelegen hätte.

Aber das Liberale sollte ja auch nur ein Teil der Unionsprogrammatik sein. Die gleichgewichtige Aneinanderreihung von politischen Zuschreibungsgriffen machte nicht nur manchen Parteipolitiker ratlos, wie etwa Norbert Blüm, der einen „Hauptnennen“ in diesem „Kartell von Traditionen“ forderte und den, kaum überraschend, im C sehen wollte – naturgemäß einem C im Sinne der Sozialausschüsse.<sup>624</sup> Auch die politischen Beobachter wunderten sich über die „stattliche Zahl von Gemeinplätzen“ in den programmatischen Texten der Union, das „Ragout“, das der Öffentlichkeit serviert wurde.<sup>625</sup> Dieses Ragout fand dann aber

<sup>619</sup> Vgl. z. B. die Äußerungen Richard von Weizsäckers im CDU-Bundesvorstand: BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandprotokolle 1969-1973, S. 1159; außerdem Schelskys Referat beim CSU-Parteitag 1973: ACSP, Parteitagsprotokolle, 19730928, Helmut Schelsky, Der selbständige Mensch in der modernen Gesellschaft. Individuelle oder kollektive Verantwortung. Vgl. dazu die Auswertung durch die CDU-Planungsgruppe: ACDP, 07-001-17025, Auswertung der Rede von Helmut Schelsky: „Der selbständige oder der betreute Mensch?“ vor dem Parteitag der CSU in München, September 1973.

<sup>620</sup> KOHL, Freiheit und Gerechtigkeit, 1976, S. 20.

<sup>621</sup> Vgl. z. B. Herausforderungen unserer Zeit, 1972, S. 30-31; BIEDENKOPF, Auftrag und Ethos der CDU, 1976; DETTLING, Demokratisierung, 1974.

<sup>622</sup> KOHL, Perspektiven freiheitlicher Politik, 1977, S. 20.

<sup>623</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19711017, Parteitag der CSU, 17. 10. 1971, S. 35.

<sup>624</sup> Bundesparteitag der CDU 1978, Norbert Blüm, S. 138.

<sup>625</sup> HERBERT RIEHL-HEYSE, Auf der Suche nach einem klaren Profil, in: SÜddeutsche ZEITUNG, 12. 3. 1976.

doch einen Generalnenner, der allerdings kaum zur Profilschärfung beizutragen imstande war: *Partei der Mitte*. Seit den Gründungsjahren von CDU und CSU gehörte diese Formel zu den Schlüsselbegriffen ihrer politischen Sprache.<sup>626</sup> In den 1970er Jahren erfuhr sie eine starke Aufwertung. Die *Mitte* sollte zum Integrationsbegriff werden, der das „Kartell der Traditionen“ in der Union, um mit Blüm zu sprechen, überwölbte. Insofern beerbte der Begriff der *Mitte* das C, das im Zuge des Säkularisierungsprozesses immer fragwürdiger geworden war. Wollte die CDU eine Zukunft haben, musste sie „eine Sprache der Mitte entwickeln“, forderte Biedenkopf in der aufgeheizten Atmosphäre des Frühjahrs 1973. Das bezog sich auch auf die schwierige innerparteiliche Situation, die von einem Auseinanderstreben der Flügel gekennzeichnet war. Die Polarisierungstendenz, die die politische Kultur der 1970er Jahre grundsätzlich kennzeichnete, war auch in der Partei spürbar. Auf der einen Seite eigneten sich der christlich-soziale Flügel, der RCDS und die Frauen-Union immer deutlicher Positionen an, die als *links* galten, was sich besonders in der die Partei über Jahre aufwühlenden Debatte um die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung zeigte.<sup>627</sup> Auf der anderen Seite gewann der marktliberal, etatistisch und national argumentierende Flügel an Bedeutung, als dessen Sprecherfiguren sich Alfred Dregger, Karl Carstens und Gerhard Stoltenberg profilierten. Die CDU wurde in ihrem Reformjahrzehnt „vielstimmiger“.<sup>628</sup> In der *Mitte* suchte die *Volkspartei* also auch ein neues integrierendes Moment.

Nur wofür stand die *Mitte*? Als relationaler Begriff bedurfte *Mitte* immer der Abgrenzung gegenüber den Polen, zwischen denen er angesiedelt wurde. Gegenbegriffe waren nötig, die Grenzen definierten. Als solche fungierten etwa *schwärmischer Sozialismus*, *sozialistische Gleichheitsideologie*, *egalitäre Gleichmacherei*, *Dogmatisierung*, *Ideologisierung*, *obrigkeitsstaatliche Bevormundung* – alles Beispiele aus der Rede Kohls nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden 1973.<sup>629</sup> Als Extreme in einer auf die *Mitte* verpflichteten Sprache benötigten sie dann aber auch einen Ausgleich, das war geradezu das Gesetz der *Mitte*. Ein solcher Ausgleich manifestierte sich in Begriffen, die das synthetische Prinzip versinnbildlichten: *Partnerschaft*, *Evolution*, *Reform*, *soziale Marktwirtschaft*, *Solidarität* beispielsweise. Sie gehörten zu den Essentials der politischen Sprache der Union, ihre Tradierung und Aktualisierung sorgte für Stabilität im Begriffshaushalt und damit auch für jene Kontinuität, die das parteigeschichtliche Narrativ verlangte. Zugleich wurden neue synthetische Begriffe ausgeprägt, wie etwa *humanes Leistungsprinzip*, *verantwortete Freiheit*, *Chancengerechtigkeit* bzw. *Chancengleichheit*, *partnerschaftliche und funktionsgerechte Mitbestimmung*, *Gemeinschaftsbezogenheit*

<sup>626</sup> Siehe S. 167–168, 202–204.

<sup>627</sup> Für eine kurze Zusammenfassung der bundesrepublikanischen Debatte um die Mitbestimmung vgl. SÜSS, Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder in der Reformära, S. 196–199 und 203–205; GEYER, Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder, S. 138–143.

<sup>628</sup> BÖSCH, Die Krise als Chance, S. 303. Zur Flügelbildung vgl. SCHMIDT, „Die geistige Führung verloren“, S. 104–107.

<sup>629</sup> Bundesparteitag der CDU Bonn 1973, S. 88–106.

*individueller Freiheiten oder Sozialpflichtigkeit von Eigentum.* Sie sollten das leisten, was Biedenkopf 1973 verlangt hatte: Sie sollten die „Sprache der Mitte“ prägen, eine Sprache, die in ihrer synthetischen Kraft dazu geeignet war, die auseinanderstrebenden Flügel der *Volkspartei* zusammenzuhalten. Dass das Strukturprinzip der Gegensatzbildung und das des Ausgleichs und der Synthese aufeinander bezogen waren, dies war, wie wir vielfach gesehen haben, konservativem Denken seit jeher eingeschrieben.<sup>630</sup>

Die Attraktivität des Begriffs der *Mitte* rührte dabei zu einem Gutteil aus der Flexibilität, mit der er angewendet werden konnte. Die Union verortete sich, je nach Situation, in der *Mitte* zwischen *Progressiven* und *Reaktionären*,<sup>631</sup> zwischen „demokratischer Linker“ und „demokratischer Rechter“,<sup>632</sup> zwischen „sozialistische[m]“ und „hybrid liberalistische[m]“ Denken<sup>633</sup> oder zwischen „Individualismus“ und „Kollektivismus“, „Kapitalismus und Sozialismus“<sup>634</sup> Auch das charakteristische Modell kontinuierlicher Zeitlichkeit wurde über den Begriff der *Mitte* beschrieben: Unter *Mitte* verstehe die CDU, so Helmut Kohl 1971, „Geschichte und Tradition nicht über Bord zu werfen, sondern weiterzubauen und weiterzuschreiben; Mitte heißt aber [...] ebenso klar, das, was sich nicht als tragfähig für die Zukunft erweist, mit Sorgfalt, aber dann auch konsequent und mutig durch Neues zu ersetzen“.<sup>635</sup> Das semantische Netz, das sich um den Begriff der *Mitte* schläng, drang tief ein in die politische Sprache der Union, so wie das bereits seit den Gründungsjahren der Partei der Fall war. Die Begriffe *Ausgleich*, *Maß*, *Gleichgewicht* und *Synthese* verbanden sich zuvorderst mit dem Sprechen über die *Mitte*. So definierte etwa der katholische Theologe und Soialethiker Oswald von Nell-Breuning den Solidaritätsbegriff über das „Gleichgewicht [...] zwischen Rechten und Pflichten des Gliedes [...] und des Ganzen [...]“, zwischen „Bindung“ und „Rückbindung“, so dass der Begriff „die goldene Mitte“ zwischen „Individualismus“ und „Kollektivismus“ besetze und sich damit jedem „Radikalismus“ versage.<sup>636</sup>

Mit der Position der *Mitte* verknüpfte die Union darüber hinaus einen spezifischen Politikstil – auf *Vernunft* basierend, extremen Lösungen abhold, am rechten *Maß* orientiert, den Konsens suchend. Genau das hatte ihr Hans Maier bereits 1969 empfohlen und darin einen neuen Konservatismus erkannt.<sup>637</sup> „Politische Mitte bedeutet“, so Theo Waigel für die CSU, „politische Vernunft und Absage an politische Heilslehren“.<sup>638</sup> Gerne wurde dafür das Bürgertum in die Pflicht

<sup>630</sup> Vgl. GREIFFENHAGEN, Das Dilemma, 1971, S. 231–233.

<sup>631</sup> Vgl. z. B. ACSP, NL Jaeger, P 20, Prominente Politiker schreiben für die AZ – Die Stimme der CSU: Dr. Richard Jaeger, in: ABENDZEITUNG, 2. 1. 1969.

<sup>632</sup> Vgl. STRAUSS, Was will die CSU?, 1976, S. 13.

<sup>633</sup> BÖHM, Braucht die Union ein Programm?, 1978, S. 60.

<sup>634</sup> BLÜM, Auf einen Fingernagel, 1980, S. 32.

<sup>635</sup> HELMUT KOHL, CDU – Platz in der Mitte, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 8. 1. 1971; ähnlich: KLEIN, Weder Anpassung noch Konfrontation, 1973, S. 62.

<sup>636</sup> NELL-BREUNING, Grundsätze christlich-sozialer Politik, 1975, S. 28–29.

<sup>637</sup> Siehe S. 323–324.

<sup>638</sup> ACSP, Parteitagsprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 21.

genommen, wurden „bürgerliche Tugenden“ als Gewähr für eine Haltung des „Maß[es]“ und der „Mitte“ gepriesen.<sup>639</sup> Auch hier befanden sich die Unionsparteien in symbiotischer Nähe zu den intellektuellen, liberal-konservativen Wurführern einer „Philosophie der Bürgerlichkeit“.<sup>640</sup> Die Evokation des Bürgerlichen diente dabei auch der sozialen Dimension, die der Begriff ansprach: Die Union zielte auf die *Mitte* der Gesellschaft, auf jene Schichten, die die Republik trugen. Auch dieses semantische Netz zeigte sich beständig, wie nicht zuletzt Ludwig Erhard bewies, der dessen ordoliberalen Wurzeln 1973 aktualisierte und damit gleichzeitig an die *soziale Marktwirtschaft* als Ausdruck des Strebens nach „Maß und Mitte“ erinnerte.<sup>641</sup> Eine Politik, die der *Mitte* verpflichtet war, sorge dabei nicht allein für die Integration des Gegensätzlichen, sondern für dessen Synthese, aus der etwas Neues entstehe. Am Beispiel der Geschichte der Unionsparteien zeige sich dies in aller Deutlichkeit, argumentierte Warnfried Dettling. Denn den politischen Strömungen des „Liberalismus“, „Konservativismus“ und der „christlichen Soziallehre“, die allesamt in CDU und CSU aufgegangen seien, sei der „extreme Rand gleichsam abgekappt“ worden. Deshalb stellte die CDU als „Volkspartei der Mitte“ eine „von den extremen Rändern befreite und deshalb geläuterte Synthese“ dar.<sup>642</sup>

Eine solch explizite Abgrenzung von den Extremen im sprachlichen Duktus der *Mitte* war Anfang der 1970er Jahre nötig geworden und hatte den Nachdruck, mit dem die Union auf die *Mitte* pochte, massiv verstärkt. Ihr Anrecht auf die Vertretung der *Mitte* wurde CDU und CSU nämlich von der SPD streitig gemacht.<sup>643</sup> Indem Brandt in der Abschlussitzung des sechsten Bundestags im September 1972, auf dem Wahlparteitag der SPD und noch einmal in seiner Regierungserklärung im Januar 1973 eine „neue Mitte“ in der Bundesrepublik proklamierte, geschaffen durch die sozialliberale Koalition, suchte er das politische Koordinatenystem begrifflich zu verschieben. Der entscheidende historische Einschnitt, der sich im Regierungswechsel 1969 ausgedrückt habe, sei die „Verlagerung der politischen Mehrheit von der rechten zur linken Mitte“ gewesen. Daraufhin sei die Union nach „rechts“ gerückt und die politische „Mitte“ werde durch SPD und FDP repräsentiert.<sup>644</sup> Dazu kam, dass die SPD dabei auch den Konservativismusbegriff aufgriff und ihn einer auf der Rechten platzierten Union zuschrieb.<sup>645</sup> Es war vor allem Franz Josef Strauß, der für die Union den Begriff der *Mitte* vor dem „großen propagandistischen Vernebelungs- und Vertuschungsmanöver“ Brandts zu retten suchte – im Bundestag und auf dem

<sup>639</sup> BIEDENKOPF, Auftrag und Ethos der CDU, 1976, S. 11.

<sup>640</sup> Vgl. HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit.

<sup>641</sup> Vgl. LUDWIG ERHARD, Die neue Mitte – eine blutleere Formel, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 22. 1. 1973.

<sup>642</sup> DETTLING, Die christliche Demokratie vor den Europawahlen, 1978, S. 56.

<sup>643</sup> Für eine frühe Reaktion auf diese Taktik vgl. PÜTZ et al., 34 Thesen zur Reform der CDU, 1969.

<sup>644</sup> DBT, 6. WP, 199. Sitzung, 22. 9. 1972, S. 11764; DBT, 7. WP, 7. Sitzung, 18. 1. 1973, S. 133; VORSTAND DER SPD, Außerordentlicher Parteitag der SPD, 1972, S. 45–79, bes. S. 46 und 79.

<sup>645</sup> Siehe S. 311–313.

Parteitag der CDU.<sup>646</sup> Das Argument war begriffspolitisch informiert: Die Proklamation einer *neuen Mitte* und die gleichzeitige Identifikation des Begriffs *konservativ* mit *reaktionär* gehöre zu der Sprachstrategie von SPD und FDP, mit der sie „Bewusstseinsgestaltung oder Bewusstseinsänderung“ betreibe. Eine „linke Mitte“ aber könne es nicht geben, konterte Strauß: „Denn wenn die Mitte links ist, dann ist sie nicht mehr Mitte, und was links ist, kann nicht Mitte sein.“<sup>647</sup>

Das begriffspolitische Ringen um die *Mitte* sollte in den 1970er Jahren nicht mehr verhallen. Den Mechanismus, der hinter diesem ‚Kampf‘ um einen Begriff steckte, beschrieb Kurt Sontheimer 1976 recht treffend. *Mitte* bedeute in der politischen Kultur der Bundesrepublik „nahezu alles und darum eigentlich nichts“ und das sei der Fall, weil jene keine ernst zu nehmenden politischen Extreme aufweise. Deshalb sei die Okkupation der *Mitte* allein „ein Protest gegen jeden Versuch, vom Gegner in die eine oder die andere Ecke des politischen Spektrums verwiesen zu werden“, sich des Verdachts des Extremismus zu erwehren. Dieser Reflex, so Sontheimer, röhre aus dem warnenden Beispiel der Weimarer Republik, das in der bundesrepublikanischen Politik omnipräsent sei. Aus der Lehre, die daraus gezogen werde, resultiere die Angst, dass die politische Mitte ein weiteres Mal nicht stark genug sein könnte, um dem Ansturm der Extreme gewachsen zu sein.<sup>648</sup> Diese Analyse traf. Die aufgeregte Furcht vor einer linken Manipulation der tragenden Begriffe der Demokratie und das Bemühen um konsensuale Begriffe in der politischen Sprache der Bundesrepublik, das Zuckschrecken in der CDU vor einer allzu starken Polarisierungsstrategie, die die CSU verfolgte, das Bemühen um die *Grundwerte*, all dies wurde diskutiert vor dem Hintergrund des Jahres 1933. Was Sontheimer allerdings übersah, war die tief gehende Bedeutung, die der Begriff der *Mitte* in der politischen Sprache der Union einnahm – er stand für eines ihrer zentralen Strukturprinzipien. Nur so lässt sich die Aufgeregtheit verstehen, mit der auf die begriffliche Herausforderung der *neuen Mitte* reagiert wurde. Brandts *neue Mitte* war in der Tat „eine außergewöhnlich gefährliche, den Gegner deplazierende und deklassierende Waffe gegen die Unionsparteien“, wie Herbert Kremp in der *Welt* scharfsichtig erkannte.<sup>649</sup> Verlor die Union den Kampf um die *Mitte*, verlor sie einen gewichtigen Teil ihrer politischen Sprache.

Fand die Union nun zu einer neuen Sprache in den 1970er Jahren? Überwand sie ihre Sprachlosigkeit, mit der sie seit den frühen 1960er Jahren kämpfte? CDU und CSU taten jedenfalls viel dafür, verstärkt seit 1973, dem Verlust ihrer Sprache zu begegnen. Dass ihre volltönenden Ankündigungen einer intellektuellen Ausrüstung im ‚Kampf um die Begriffe‘ vor allem auch ein taktischer Schachzug im

<sup>646</sup> DBT, 6. WP, 199. Sitzung, 22.9.1972, S. 11777; und: DBT, 7. WP, 8. Sitzung, 24.1.1973, S. 171–172. Dazu: „Da kann sich ja jeder was reindenken“, in: DER SPIEGEL, 29.1.1973.

<sup>647</sup> Bundesparteitag der CDU Hamburg 1973, S. 371–372.

<sup>648</sup> KURT SONTHEIMER, Der Drang zur Mitte, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 7.5.1976.

<sup>649</sup> HERBERT KREMP, Jetzt droht der CDU der Hinauswurf aus der Epoche, in: DIE WELT, 22.1.1973.

Spiel medialer Aufmerksamkeitsökonomie waren, haben wir gesehen. Sicherlich zeichnete sich die programmatische Erneuerung der Union durch eine besondere Sprachsensibilität aus, die zur bewussten Platzierung von Begriffen führte. Doch die politische Sprache war nun einmal nicht so einfach steuerbar, wie Biedenkopf und seine Strategen vorgaben. Das hatte Hermann Lübbe 1975 am Beispiel des Konservatismusbegriffs gezeigt.<sup>650</sup> Die überwiegende Mehrheit der Begriffe, aus denen die Union in den 1970er Jahren ihr Profil entwickelte und die nur in ihrer Bezogenheit aufeinander ihre charakteristische Bedeutung erlangten, waren seit Langem Teil ihres semantischen Haushalts. Sie wurden neu angeordnet, relativiert bzw. in ihrer Bedeutung hervorgehoben, rückten ins Zentrum der politischen Sprache, während andere an die Peripherie abgedrängt wurden. Zentrale Begriffe in der Sprache der Union der 1970er Jahre, wie besonders die Begriffe *Freiheit*, *Demokratie*, *der Mensch* und *Werte*, prägten diese seit 1945. Sie erfuhren eine durchgreifende Liberalisierung ihrer Bedeutungsgehalte, die sie zu Kristallisierungskernen jener politischen Alternative werden ließ, die die Union in der Polarisation der 1970er Jahre als Gegenstück zu *Sozialismus* und *Kollektivismus* formulierte. Aber selbst diese antisozialistische Stoßrichtung transportierten sie aus den 1950ern in die 1970er Jahre.

Allein, der Antisozialismus der Union trat nun als liberal auf, CDU und CSU verstanden sich als Erbinnen der liberalen Bewegung des 19. Jahrhunderts. Dementsprechend wandelte sich die Bedeutung, die dem Christlichen zugeschrieben wurde. Es wurde einerseits als Garant für die Freiheit des Individuums vorgestellt, andererseits fungierte es zunehmend als Marker für das Soziale. Die Liberalisierung der politischen Sprache der Union erfolgte in enger Verkettung mit dem Bedeutungswandel des Demokratiebegriffs. Das Liberale in der CDU und CSU bezog sich in erster Linie auf die Verfahren und Institutionen der Demokratie sowie des demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Diese galt es zu *bewahren* und vor dem Ansturm der *revolutionären* Linken zu schützen. Das Liberale in der Union hatte einen konservativen Kern. APO, Studentenbewegung, der Regierungswechsel 1969 und schließlich die Bestätigung der sozialliberalen Koalition 1972 hatten diese Umkodierung der politischen Sprache der Union dabei nicht ausgelöst, sondern stark dynamisiert.

Sie wirkten auch deshalb so einschneidend, weil sie der Union eine kaum vorhersehbare Diskurskoalition bescherten. Die C-Parteien, die bislang ihre intellektuellen Reserven vornehmlich in den Kirchen, theologischen Seminaren und einer konservativen Kulturkritik gefunden und die Distanz zu einer modernen Intellektualität zunehmend als Defizit empfunden hatten, erhielten nun Unterstützung von relativ jungen, konsensliberal geprägten Politikwissenschaftlern und Soziologen. Dabei erwies es sich als weniger bedeutsam, dass diese sich – wie besonders Hans Maier – in den Parteien selbst engagierten, viel wichtiger waren ihre Beiträge zum öffentlichen Diskurs. Sie trugen gezielt zur Ausprägung und Vertiefung des semantischen Netzes bei, das die Alternative der Union kennzeichnete.

<sup>650</sup> Siehe S. 240–241.

Auch deshalb war diese in erster Linie demokratietheoretisch und scharf antizonalistisch informiert. *Freiheit, Individuum, Staat, Autorität, Institution, Reform, Evolution, Grundgesetz, Werte, Nüchternheit, Wirklichkeit, Vernunft, Ausgleich* und so fort lauteten die Begriffe, die Hermann Lübbecke, Wilhelm Hennis, Hans Maier, Kurt Sontheimer und andere profilierten, und sie waren nicht von ungefähr deckungsgleich mit dem Begriffsarsenal, mit dem die Union hantierte. Die intellektuellen Advokaten einer Bewahrung der liberalen Demokratie allerdings stellten ihr Projekt in einen weiteren Rahmen: Als Hüter der Begriffe wollten sie einen Konservatismus aus liberalem Geiste, orientiert am angelsächsischen Vorbild, in der Bundesrepublik etablieren. Dieses Vorbild aber lehrte sie, dass ein solcher in einer Demokratie nur Erfolg haben konnte, wenn er von einer Partei getragen wurde.

Diese Rolle kam der Union zu. Der aber machte das „stachelige Wort“ des Konservatismus zu schaffen in den 1970er Jahren, und dies galt besonders für die CDU.<sup>651</sup> Ihre innerparteiliche Pluralität, die Begriffspolitik von SPD und FDP sowie die Okkupation des Konservatismusbegriffs durch die Neue Rechte ließen seine spitzen Stachel im Laufe der 1970er Jahre so verletzend zustechen wie selten zuvor. Zugleich aber holte die CDU der Begriff in seiner liberalen Lesart ein ums andere Mal ein: Denn sie teilte nun einmal alle Strukturprinzipien und Begriffsbestände mit der intellektuellen Alternative, die mit gutem Recht als *konservativ* etikettiert wurde, und ein solches Verständnis des Konservativen hatte sich zudem seit den späten 1950er Jahren in der Partei selbst entwickelt. Letztlich allerdings blieb der Begriff ambivalent. Dazu trug auch die CSU bei, die die Probleme ihrer Schwesternpartei in dieser Hinsicht nicht teilte und sich zu einer offensiven Ummarmung des Konservatismusbegriffs entschloss. Aber auch sie war keineswegs Herrin über die begriffspolitische Lage, selbst wenn Franz Josef Strauß das glauben möchte. Ihr Flirt mit der Rechten diskreditierte den Konservatismusbegriff, so sehr Strauß auch die liberalen Potenziale seines Politikentwurfs betonte, die freilich in erster Linie marktliberal waren.

Dazu kam, dass zwei Strukturprinzipien konservativer Sprache in je unterschiedlicher Gewichtung in CDU und CSU zum Ausdruck kamen. Während die CSU das Prinzip der Gegensatzbildung stark machte, setzte die CDU auf das Prinzip des Ausgleichs, auch weil sie genötigt war, ihre ungleich größere innere Pluralität so aufzufangen. Allein: Dies – und die persönlichen Divergenzen unter den Spitzengesetzgebern der Union – verdeckte die vielen Gemeinsamkeiten in der Sprache der beiden Parteien. In beiden Parteien wirkten beide Strukturprinzipien, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, und sie teilten die Grundbegriffe ihres Vokabulars. Sicherlich waren Begriffsbestände des Sozialen in der politischen Sprache der CDU ausgeprägter als in jener der CSU, nur darf das nicht den Blick dafür verstellen, dass in ihr die antizonalistische Semantik von *Freiheit, Individuum, Eigentum* und *Sicherheit* dominierte – auch im *Ludwighafener Grundsatzprogramm*. Deshalb bedeutete die Kanzlerkandidatur von Strauß 1980

<sup>651</sup> BAUMANN und BERGSDORF, CDU im dritten Jahrzehnt, 1971, S. 8.

sicherlich eine programmatische Weichenstellung, doch lag eben auch sie in der Konsequenz der politischen Sprache, die seit den frühen 1970er Jahren ausformuliert worden war. Sie, wie Frank Bösch das tut, als „Rückschlag für die gesamte programmatische Arbeit der CDU“ zu werten, unterschlägt die Ambivalenzen und liberalen Potenziale des Programmprozesses.<sup>652</sup> Das zeigte auch die Entwicklung Kurt Biedenkopfs nach seinem Ausscheiden als Generalsekretär wegen zunehmender Differenzen mit Kohl. Fortan profilierte sich Biedenkopf angesichts von Rezession und zweiter Ölpreiskrise Ende der 1970er Jahre als marktliberaler Ordnungspolitiker mit engem Draht zu Strauß.<sup>653</sup> Die Vielstimmigkeit der mittleren 1970er Jahre, die eine Folge der integrationswilligen Sprache des Ausgleichs in der CDU gewesen war, ließ Biedenkopf hinter sich.<sup>654</sup> Die CDU sprach – genauso wie die CSU – in den 1970er Jahren eine konservative Sprache. Nur gab sie dem keinen Namen.

<sup>652</sup> BÖSCH, Macht und Machtverlust, S. 42.

<sup>653</sup> Zu den geänderten Allianzen vgl. SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 239–256.

<sup>654</sup> Vgl. GEYER, Rahmenbedingungen, S. 38; zum Institut für Wirtschaft und Gesellschaft, das Biedenkopf zusammen mit Meinhard Miegel nach dem Vorbild britischer und amerikanischer Think-Tanks zur Propagierung marktliberalen Denkens gründete, vgl. KÖPF, Der Querdenker, S. 141–146; WENDT, Kurt Biedenkopf, S. 80–91.